C 21734 D



Polen: Ein Durchbruch für die Arbeiter Seite 40

Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.184 8.9.80
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 3,-
Förderpreis DM 5,-



Olaf Ritzmann, ein 16jähriger Lehrling, ist tot. Zusammen mit 15.000 anderen Hamburgern hatte er am 25. August gegen den Auftritt des Unions-Kanzlerkandidaten F.J. Strauß demonstriert. Hamburgs SPD-Senat hatte mehr als 3.500 Polizisten und Grenzschützer aufgeboten, um zu verhindern, daß ein größerer Teil der Demonstranten direkt zur Kundgebung von Strauß marschiert. Ein Verbot des Hamburger Verwaltungsgerichts, direkt „am Ort des Geschehens" zu demonstrieren, gab für den SPD-Senat den „legalen Rahmen" ab, das seit langem größte Polizeistaatsmanöver in der Hansestadt zu inszenieren.
Als am Abend des 25. August mehrere Hundert Demonstranten (ohne erkennbaren äußeren Anlaß) von einer Polizei-Hundertschaft mit Knüppelhieben und Tränengas in einen S-Bahnhof getrieben wurden, kam Olaf Ritzmann bei der Flucht vor einen einlaufenden Zug und wurde lebensgefährlich verletzt. Er starb drei Tage später, ohne das Bewustsein wiedererlangt zu haben.

Ausführliche Berichterstattung auf Seite 3 ff

Betrifft: »2. Juni-Prozeß«

Aufruf

Die Justiz schließt einen politischen Prozeß ab und die sechs angeklagten Gefangenen weg in die Kälte der Isolationsbunker.

Für das breite Spektrum der Linken stellt sich die Frage, ob und wie sie sich diesem politischen Prozeß stellt. Denn es ist ein Prozeß gegen uns, der bislang erfolgreich bis zu dem Punkt geführt wurde, wo sich der überwiegende Teil der Linken nicht mehr politisch mit allen möglichen Formen von Widerstand auseinandersetzt. Stattdessen werden kriminalistische Sandkastenspielchen betrieben und die Gefangenen in die Formen von „Schuld" und „Unschuld" zu pressen versucht; Verweigerung von Solidarität dem, der kein A-, B-, C-, D-, E-libi bringt.

In diesem Sinne ist mit vielen von uns ein politischer Prozeß der Entsolidarisierung und Entpolitisierung vollzogen worden, der die Ungeheuerlichkeiten des zweijährigen juristischen Spektakels in seiner Wirkung weit übertrifft. Aus Systemfeinden sind allenfalls Systemkritiker geworden. An die Stelle des Jubels beispielsweise für die erfolgreiche Befreiung von sieben Gefangenen aus den Klauen des Staates tritt die Verdrängung unserer politischen Geschichte. An die Stelle der aktiven Sympathie tritt die Verdrängung der Notwendigkeit, basisorientierten Widerstand zu diskutieren und tatkräftig zu entwickeln.

Die Straßen gehören den KOB's. Die Fabriken sind befriedet. Es herrscht Ruhe im Land. Der Haß und die Liebe der Gerechten versickert im Pflaster. Hoffungen konzentrieren sich auf den Strand von Tu-nix. Eine unbelehrbare radikale Minderheit macht Putz gegen Nato-Nachrüstungspläne und Atombombenpolitik, nimmt sich Wohn- und Lebensraum.

Wir wollen uns **am 19./20./21. September** – in der Phase des voraussichtlichen Prozeßendes – **in Westberlin** treffen und uns darüber zusammensetzen, was unser politischer Prozeß in den letzten Jahren war und in den kommenden Jahren sein kann. Der Prozeß gegen die Gefangenen soll uns dabei als Spiegel dienen. Die politische Kontroverse – gerade auch unsere konkreten Eingriffsmöglichkeiten in diesen Prozeß – soll möglichst breit diskutiert werden.

Wir wollen, daß sich möglichst viele auch westdeutsche Gruppen und Individuen aktiv daran beteiligen.

Bis jetzt sind folgende Themen in konkreter Vorbereitung:
- „Öffentlichkeitsausschuß 2. Juni-Prozeß":
  Selbstkritische Auseinandersetzung mit seiner Arbeit und dem Echo besonders in der Linken
- „Knastgruppe Wedding":
  Die politische Tat, die Inhalte des Prozesses, entfaltete oder verkommene Solidarität
- „Redaktion ‚Autonomie' ":
  Entsolidarisierungskampagne des Staates und die Reaktion der Linken
- „Initiative gegen Hochsicherheitstrakt" und ehemalige Gefangene:
  Haftbedingungen, Hochsicherheitstrakts
- Anwälte werden über das Prozeßgeschehen informieren
- Theatergruppen und Filme

Kundgebung vor dem Knast: Sonnabend, 20. Sept., 12 Uhr
Veranstaltungsort: „Mehringhof", Gneisenaustr. 2 , 1 Bln 61

Termin: 19./20./21. September 1980
Koordination: „Öffentlichkeitsausschuß 2. Juni-Prozeß" im „Chamissoladen", Willibald-Alexis-Str. 15
1000 Westberlin 61, Tel. 030/692 84 59: Mo, Mi, Fr. 18 bis 20 Uhr

Nach Mordanschlag:
6 Nazi-Terroristen in Haft

Zwei Vietnamesen starben, als Faschisten in der Nacht des 21./22.8. eine Brandbombe in ein Hamburger Ausländerwohnheim warfen. Mit der an die Wand gesprühten Hetzparole „Ausländer raus!" hatten die Mörder ihr Markenzeichen hinterlassen.

Polizei und Justiz, ansonsten mit bemerkenswerter Blindheit bei der Aufklärung nazistischer Verbrechen geschlagen, haben sich in diesem Fall einmal beeilt, die Täter zu präsentieren. Verhaftet wurden sechs Nazis – und damit, so gaben die Behörden zum besten, sei diese Nazibande auch schon „zerschlagen".

Zwei der Verhafteten, der Schlossermeister (und Bombenbauer) Raimund Hörnle (49) aus Kirchheim/Teck und die Angestellte Sybille Vorderbrügge (24) aus Bremerhaven, sollen den Mordanschlag auf das Hamburger Ausländerwohnheim bereits gestanden haben. Außerdem sollen sie gestanden haben, eine Reihe weiterer (s.u.) Mordanschläge verübt zu haben. Auch ein dritter Verhafteter, der Arzt Heinz Colditz (50) soll seine direkte Beteiligung an mehreren dieser Anschläge bekannt haben.

Verhaftet wurden außerdem dessen Tochter Gabriele Colditz (25), ihr Freund Klaus Peter Schulz (25) und, als besonderer Leckerbissen, der berüchtigte Naziführer Manfred Roeder. Er soll der Chef der „zerschlagenen" Bande gewesen sein.

Wenige Tage vor diesen Festnahmen hatte die Wochenzeitung „Die Zeit" enthüllt, daß in diesem Jahr eine ganze Serie von Bombenanschlägen durch offenbar einen Täterkreis verübt worden war, ohne daß dies in der Öffentlichkeit bekannt geworden wäre und ohne daß eine zentrale Ermittlung betrieben worden wäre. Mindestens fünf dieser Anschläge waren mit Rohrbomben verübt worden, die jeweils mit demselben Zündmechanismus ausgestattet waren:
- Am 21.2. explodierte im Landratsamt Esslingen (bei Stuttgart) eine Bombe, für die sich die „Deutschen Aktionsgruppen" verantwortlich erklärten; sie richtete sich gegen eine dort gezeigte „Auschwitz-Ausstellung".
- Am 18.4. explodierte eine Bombe am Haus des Landrats Braun, der für die Esslinger Ausstellung zuständig war. Wieder bekannten sich die „Deutschen Aktionsgruppen" zu dem Anschlag.
- Am 27.4. riß eine nächste Bombe ein Loch in die Tür der Hamburger Janusz-Korczak-Schule (ehemals: Schule Bullenhuser Damm). In diesem Gebäude waren wenige Tage vor Kriegsende zwanzig jüdische Kinder und deren Pfleger viehisch umgebracht worden. Die Umbenennung der Schule auf den Namen des polnischen Arztes Janusz Korczak, der zusammen mit den Kindern des von ihm geleiteten Waisenhauses im KZ Treblinka ermordet worden war, war erst wenige Monate zuvor erfolgt.
- Am 30.7. zertrümmerte eine Bombe Fenster und Mauerwerk im Küchentrakt des Bundessammel-

Fortsetzung Seite 2

IN DIESER AUSGABE:

Kampf gegen die Heimerziehung – Interview mit Peter Brosch

Als rebellischer Sozialarbeiter wurde Peter Brosch 1977 bekannt: Damals half er, haarsträubende Mißstände im Isenbergheim (einem von der Inneren Mission betriebenen Mädchenheim in Bremen) öffentlich zu machen. Prompt wurde er entlassen. – Weniger bekannt ist die Beteiligung von Peter Brosch an der Heimkampagne der APO, 1968/69 – als Peter selbst noch „Heimjugendlicher" (im berüchtigten Staffelberg) war.
In einem Interview berichtet Peter Brosch, wie es damals war und wie er heute die Perspektiven des Kampfes gegen die Heimerziehung sieht.
Seite 32/33

»Krieg dem Rauschgift« Wer steckt dahinter?

Aufkleber mit Texten wie „Krieg dem Rauschgift" sieht man jetzt häufiger. Verbreitet werden diese Aufkleber von einer sogenannten „Anti-Drogen-Koalition" (ADK). Hinter dem Namen ADK versteckt sich die EAP, seit Jahren berüchtigt durch allerlei Provokationen und Weltverschwörungsgeschichten. Die Bündnispolitik der ADK reicht bis in die CDU/CSU.
Seite 34

»Demokratische Psychiatrie« – Zum Tod von Franco Basaglia

Der Begriff der „Demokratischen Psychiatrie" ist eng verknüpft mit dem Namen von Franco Basaglia, der am 29. August in Venedig starb. „Demokratische Psychiatrie", das meint Abschaffung der Zwangstherapie, Abschaffung der „geschlossenen Anstalten", Demokratisierung und Öffnung der psychiatrischen Kliniken.
Seite 35

Polen: Ein Durchbruch für die Arbeiter

Die wochenlangen Streiks in Polen haben mit einem politischen Sieg der polnischen Arbeiterklasse über die herrschende Bürokratie geendet: Die Arbeiter haben sich nicht bloß die Anerkennung des bislang im „realen Sozialismus" verpönten Streikrechts gesichert, sondern sich auch das Recht zur Bildung autonomer Gewerkschaften erobert. Zukünftig wird es auch in den anderen Ländern des „realen Sozialismus" den Herrschenden schwerer fallen, der Arbeiterklasse ihre elementaren politischen Rechte vorzuenthalten.
Seite 40/41

Autonomes Frauen-Statut im KB

Als erste Organisation der westdeutschen Linken ist im KB ein autonomes Frauen-Statut beschlossen worden. Wir dokumentieren in diesem AK den Text unseres Frauen-Statuts und berichten über die Diskussion unter den Genossinnen zu einzelnen Punkten des Statuts.
Seite 28/29

Ein Jahr nach der KB-Spaltung

Ende August 1979 begann der Fraktionskampf, der im Dezember 1979 zu Abspaltung der ZL-Fraktion (heute „Gruppe Z") vom KB führte. Wie sehen wir heute, ein Jahr danach, die damalige Auseinandersetzung und die heutige Situation? Zu diesem Thema nimmt in diesem AK auch die „Gruppe Z" mit einem eigenen Artikel Stellung.
Seite 43 bis 45

6 Nazi-Terroristen in Haft

Fortsetzung von Seite 1

lagers für Asylsuchende in Zirndorf.
– Am 17.8. explodierte eine Bombe am Fensterbrett einer Asylantenunterkunft in Lörrach. Zwei Frauen aus Äthiopien wurden schwer verletzt.

Erst nach dem Anschlag von Hamburg am 21.8. wurde von den ermittelnden Behörden eine bundesweite Fahndung überhaupt erwogen. Bis dahin hatten „Kompetenzschwierigkeiten" dazu geführt, daß nicht einmal geprüft wurde, ob die einzelnen Bomben etwa aus demselben Rohr hergestellt worden waren!

Mit R. Hörnle soll jetzt der Bomben-Bauer dieser Anschläge feststehen. Mit den jetzt Verhafteten seien – so die Bundesanwaltschaft – sämtliche Anschläge aufgeklärt und die gesamte Bande „zerschlagen" worden. Gemeint sind damit offensichtlich die „Deutschen Aktionsgruppen". Doch Zweifel scheinen mehr als angebracht.

Manfred Roeder endlich im Knast

Ganz und gar nicht ins Bild der „zerschlagenen" Bande paßt die Verhaftung von **Manfred Roeder** im Rahmen dieser Fahndung: Roeder ist seit Jahren ein Mann mit vielfältigsten Kontakten in der gesamten Nazi-Szene. Interessant auch der Ort der Festnahme: In Hannoversch-Münden existiert seit längerem ein Ableger der „Wehrsportgruppe Hoffmann", die sich aus einer rechten Pfadfindergruppe (geführt von einem Lehrer!) entwickelt hatte.

Bis zu seiner Flucht ins Ausland im Frühjahr 1978 war Roeder die bekannteste Figur des militanten Neonazismus in der BRD. Nach Überfällen auf „Auschwitz-Ausstellungen" in den frühen 70er Jahren (vgl. die jetzigen Anschläge in Esslingen!) war

kannteste Figur des militanten Neonazismus in der BRD. Nach Überfällen auf „Auschwitz-Ausstellungen" in den frühen 70er Jahren (vgl. die jetzigen Anschläge in Esslingen!) war

es Roeder, der in spektakulären Aktionen die militanten Nazis zusammenbrachte, der die antisemitische Schrift seines Kumpanen Thies Christophersen „Die Auschwitzlüge" in hunderttausenden von Exemplaren vertrieb und der damit entscheidend die Bildung nazistischer Banden forcierte.

Jahrelang konnte Roeder seine Umtriebe ungestört betreiben, bis er im Frühjahr '78 endlich seine erste Haftstrafe antreten sollte.

Auch nach seiner Flucht ins Ausland machte Roeder, der angeblich auf der Interpol-Fahndungsliste „ganz oben" verzeichnet war, nie ein Hehl um seine Aufenthaltsorte oder seine Aktivitäten. So vertrieb er die Rundbriefe seiner „Deutschen Bürgerinitiative" von einer Adresse in den USA (Buffalo/New York), so organisierte er dort internationale Nazi-Treffen, wo neben Mitgliedern der „National Front" (England) auch der kanadische Nazi Zündel anwesend war, der „Kampfgruppen" in der BRD aufbaut. Später tauchte Roeder in Brasilien auf, wo er bei einer Geburtstagsfeier zusammen mit NS-Verbrechern sich sogar fotografieren ließ.

Anfang August '79 reiste Roeder in England ein; am 14.8. war er in Birmingham, von wo er am 16.8. nach Stockholm weiterreiste. Spätestens im Oktober '79 war Roeder wieder in Westeuropa. Am 11.10.79 wurde er in der Nähe von Luzern (Schweiz) festgenommen, dort aber nicht festgehalten, weil angeblich kein „Festnahmegrund" bestand. Einen Tag später, als das westdeutsche Auslieferungsbegehren eintraf, war Roeder schon wieder „unauffindbar". Ebenfalls im Herbst '79 soll Roeder in Österreich an einer „Gästewoche der deutschen Kulturgemeinschaft" teilgenommen haben. Außerdem soll Roeder in Österreich Kontakt zum Bombenleger Burger (verantwortlich für Anschläge in Südtirol) gehabt haben.

Eine interessante Spur führt von Roeder zum Braunschweiger **Paul Otte**, der sich noch in diesem Herbst vor Gericht u.a. dafür verantworten muß, daß er mehrere Rohrbomben für nazistische Anschläge (u.a. der „Hansa"-Bande) hergestellt hatte und auch andere (Kriegs-)Waffen beschafft hatte. Sowohl Roeder wie Otte unterhielten „Solidaritätskonten" in der Schweiz; Ottes Konto war als „Stille Hilfe" deklariert und diente der Unterstützung von „Kameraden in Not".

Vollständige Aufklärung des Hintergrunds!

Wenn Roeder der Kopf der Nazi-Bombenleger war – was die Polizei ja behauptet –, dann ist schwer vorstellbar, daß seine Bande wirklich nur aus den fünf jetzt Verhafteten bestanden haben soll: Roeder hat zu Hunderten von bundesdeutschen Nazis Kontakt gehabt. Was die fünf mit Roeder Verhafteten angeht, ist uns keiner von ihnen bisher aus der Nazi-Szene bekannt gewesen. Das macht es noch unwahrscheinlicher, daß dieses Häufchen im Alleingang die Attentate verübt haben soll – wozu ja auch die Beschaffung größerer Mengen von Sprengstoff, Auskundschaftung der Objekte etc. gehört haben muß.

die Attentate verübt haben soll – wozu ja auch die Beschaffung größerer Mengen von Sprengstoff, Auskundschaftung der Objekte etc. gehört haben muß.

Der bundesdeutschen Behörden-Tradition im Umgang mit den Neonazis entspricht es aber natürlich, den Gedanken an weiterreichende Verbindungen der jetzt Verhafteten gar nicht erst aufkommen zu lassen. So erklärt sich auch der ungeheuerliche Vorgang, daß eine geplante Öffentlichkeitsfahndung wegen der Bombenanschläge (es wäre die allererste gewesen, die sich mal nicht gegen linke Terroristen gerichtet hätte!) von der Bundesanwaltschaft (Rebmann) wieder abgeblasen wurde mit der sagenhaften Begründung, **„daß eine Großfahndung zum gegenwärtigen Zeitpunkt die gesuchten Täter** (es handelt sich immerhin um Mörder! – Anm. AK) **in den Untergrund abdrängen könne"** (laut „Hamburger Abendblatt", 1.9.80).

Herr Rebmann weiß natürlich ganz genau: Je weniger Transparenz und Öffentlichkeit bei der Fahndung und Ermittlung, umso leichter lassen sich Verbindungen in der Nazi-Szene „übersehen", Beweise ignorieren, Spuren vertuschen.

Die Antifaschisten sind auch in diesem Fall gut beraten, selbst Augen und Ohren aufzuhalten, um möglichst in die Nazi-Anschläge doch etwas mehr Licht zu bringen, als es der Polizei und Justiz lieb ist!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg




Der jetzt festgesetzte Manfred Roeder, auf dem rechten Bild bei einer Zwischenstation in Brasilien, wo er am „Führergeburtstag" teilnahm.



Eine Reise durch die Republik vom 13. September bis 5. Oktober 1980

Von Sonthofen kommend („Wenn die Verflachung der Politik beginnt, dann wird aus den bayerischen Bergen die Rettung kommen", Strauß 1970) nimmt „der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy" Kurs auf (1) die Feldhermhalle in München, läßt kurz vor Passau Braunau am Inn rechts liegen und erreicht über Vilshofen Nürnberg (2): „Ich wünsche Ihnen hier in unserer Reichshauptstadt einen angenehmen Aufenthalt" (Franz Josef Strauß zur Eröffnung des evangelischen Kirchentags in dieser Stadt 1979). In Frankfurt steht noch die Paulskirche (3), wo sich Deutschlands Bürger (zaghaft) für die einige demokratische Republik erklärten, in Rüdesheim huldigt das Niederwald – Denkmal (4) der dann unterm Preussenstiefel erfolgten Einigung, und in Andernach ist noch die erste Kaserne (5) der Armee in Betrieb, deren Minister Franz Josef Strauß wurde. Die Elbe nahe der Grenze überquerend (Strauß: „Auf einen Gewehrschuß an der Elbe kommt als Echo die Detonation einer Atombombe") trifft der Zug in Kiel auf das Marine – Ehrenmal (6) und in Hamburg auf das von Hitler hinterlassene Kriegsdenkmal, Aufschrift: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen" (7). Schließlich führt über die „Villa Hügel" (8), wo deutsche Kaiser und Kanzler den Krupps ihre Aufwartung machten, der – hier in einigen wenigen Beispielen vorgeführte – Weg nach Bonn.

Brecht statt Strauß

Brecht statt Strauß

Am 15. September (oder schon am 13.) soll es in Sonthofen losgehen: Da, wo Kanzler-Kandidat Strauß seine berüchtigte Rede hielt, wird zum erstenmal ein „anachronistischer Zug" auftreten – und am 5. Oktober, dem Tag der Bundestagswahl, soll der letzte Auftritt in Bonn erfolgen. Wie schon im Mai 1979, bei der Wahl des Ex-NSDAP'lers Carstens zum Bundespräsidenten, wird – auf Stationen in der ganzen BRD – ein Gedicht Bertolt Brechts, „Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy", vorgetragen und in Szenen vorgespielt.

Das Gedicht zeigt den (Wieder-) Aufmarsch der alt-neuen rechten und faschistischen Kräfte, allesamt mit der Parole „Freiheit" und (zeitgemäß amerikanisch) „Democracy" auf den Lippen. Brecht läßt die Nazi-Gestalten und ihre Sympathisanten „von Süden" kommen und, unter anderem, an der „Isarbank", in der „Hauptstadt der Bewegung" auftreten – selbst in solchen Details drängt sich die Strauß-bayerische Gegenwart also geradezu auf.

Der gesamte Umzug, auf drei Wochen veranschlagt und mit mehreren Hundert festen Schauspielern, Organisatoren etc. bestückt – veranschlagte Kosten: eine halbe Million Mark –, läuft unter dem Slogan: „Brecht statt Strauß". Zu den Erstunterzeichnern eines Unterstützungs-Aufrufs gehören u.a. Prof. Abendroth, Pastor Albertz, Ingeborg Drewitz, Axel Eggebrecht, Hermann Gremlitza („konkret"), Udo Lindenberg, Christoph Strässer, Klaus Thüsing, Günter Wallraff.

Aus den bisherigen Erklärungen der Veranstalter des Zuges ist unschwer zu erkennen, wo die politischen Vorlieben dieser Anti-Strauß-Initiative liegen: Was Guggomos („Neue") als das *„breitest mögliche demokratische und antifaschistische Spektrum in dieser Republik"* vorgestellt hat, bewegt sich zwischen linker SPD, Jusos, VVN/DKP-Umfeld.

So gerät denn besonders SPD-MdB Thüsing (Pressekonferenz am 11.6.80) der Anti-Strauß-Kampf zur Auseinandersetzung zwischen der „deutschen demokratischen Tradition" und dem Nazi-Zug, der wieder einmal – mit Strauß – abzufahren droht. Wer ihn stoppen kann, bleibt da nicht im Dunkeln: Willy Brandt wird als Kronzeuge besten Willens zitiert, die SPD bleibt selbst dann noch jenseits von Gut und Böse, wenn – ganz richtig – festgestellt wird: *„Die politische Entwicklung in der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren nach rechts gegangen".*

Nun sind die Perspektiven der Umzugs-Organisatoren eine Sache, das Brecht-Gedicht und seine Anti-Strauß-Wirkung aber eine andere. Neben der Möglichkeit, direkt sich dem Zug anzuschließen, bei der Vorbereitung usw. mitzumachen (zentrale Kontaktadresse: Angela Kammrad, Tulbeckstr. 4, 8 München 2), wozu auch zahlreiche örtliche Vorbereitungsgruppen gebildet worden sind, bietet der Zug insgesamt und bieten die jeweiligen Auftritte natürlich in jedem Fall gute Möglichkeiten zur Anti-Strauß-Propaganda. **Bislang angepeilte Stationen (die möglicherweise noch ergänzt und auf Zwischenstationen erweitert werden) sind Sonthofen, Schongau, Augsburg, München, Simbach, Passau, Vilshofen, Regensburg, Nürnberg, Stuttgart, Mannheim, Mainz, Frankfurt, Wetzlar, Kassel, Göttingen, Hannover, Kiel, Hamburg, Bremen, Bielefeld, Essen, Aachen, Bonn.**

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Mörder von Bologna in Haft?

Knapp einen Monat nach dem Bombenanschlag in Bologna (84 Tote) gaben Polizei und Justiz einen „grossen Schlag" gegen die Faschisten bekannt, mit dem man auch den Mördern von Bologna auf der Spur sei. Berufsskeptiker neigen eher zu der Einschätzung, daß die Behörden mit diesem „großen Schlag" nur von ihrer Untätigkeit und/oder Unfähigkeit in Sachen Bologna ablenken wollen.

Im Zuge des „großen Schlages" wurden Ende August 28 Haftbefehle verfügt. 4 von diesen 28 Faschisten waren ohnehin schon in Haft, 18 wurden jetzt in Haft genommen, 6 sind noch flüchtig. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind die Verhafteten alte Bekannte der Behörden. Die meisten saßen schon mehrmals in Haft und wurden ebenso oft von den Behörden wieder freigelassen. Die Behörden würden sich also einen riesigen Skandal bescheren, falls sie unter diesen Leuten (die fast alle ,unter Beobachtung' gestanden haben müßten) jetzt die Mörder von Bologna ausmachen.

Hinzu kommt, daß von den 28 Haftbefehlen offenbar nur drei überhaupt das Massaker von Bologna beinhalten. Die drei Verhafteten, die mit dem Attentat in Verbindung gebracht werden, sind *Dario Pedretti, Sergio Calore* und *Francesco Furlotti*. Von diesen dreien saßen Pedretti und Calore schon zur Tatzeit im Knast. Dort sollen sie im Juni einem Mitgefangenen Hinweise auf ein bevorstehendes großes Attentat der Faschisten gegeben haben, worüber der Mitgefangene (auch ein Faschist) jetzt die Polizei informiert hat. Der dritte wegen Bologna angeklagte Verhaftete, Furlotti, hat sich am Tattag angeblich in Süditalien (Apulien) aufgehalten und kann das anscheinend beweisen. Bezüglich Bologna scheint die Ausbeute des „großen Schlages" also sehr mager.

Bei den übrigen Verhafteten - fast alle im Alter zwischen 21 und 26 Jahre - beinhalten die Anklagen-Punkte wie „subversive Vereinigung", Bildung einer bewaffneten Bande und einzelne konkrete Vorwürfe (Beteiligung an der Ermordung eines Richters u.a.). Es geht um Beteiligung an nazi-terroristischen Gruppen wie der NAR und um illegale Fortführung der verbotenen Nazi-Organisation „Ordine nuovo"/„Ordine nero". Viele der jetzt Verhafteten haben unter genau den selben Vorwürfen allerdings schon früher ergebnislos in U-Haft gesessen. Das alte Spiel - Verhaftung mit großer Medienreklame und dann klammheimliche Freilassung - könnte sich also einfach wiederholen.

Am interessantesten scheinen unter den jetzt Verhafteten *Paolo Signorelli* (46) und *Aldo Semerari* (57). Der Lehrer Signorelli war früher ZK-Mitglied der faschistischen MSI und zog für diese 1971 in Rom als Stadtrat ein. Er gilt als Kopf von „Ordine nuovo" bzw. „nero". Semerari ist Professor für Krimonologie und Gerichtsgutachter; seine Beziehungen zu Justizkreisen sind entsprechend vorzüglich. Nach letzten Informationen könnten diese beiden von den Behörden auch der „geistigen Urheberschaft" für das Attentat von Bologna verdächtigt werden. Ob das stimmt und ob etwas dabei herauskommt, bleibt abzuwarten.

Wem nützen Demonstrationen gegen Strauß?

Die SPD-Spitze hat nach der Hamburger Demonstration vom 25.8. an ihre Jusos noch einmal den Befehl ausgegeben, daß Demonstrationen gegen Strauß eine „Eselei" und „Riesendummheit" seien. Die Jusos dürften sich folglich an solchen „Dummheiten" nicht beteiligen. Große Teile der Jusos scheinen sich mittlerweile an diesen Befehl halten zu wollen. Hierzu gehört auch die Aufforderung der SPD-eigenen Anti-Strauß-Initiative (Staeck), man solle doch lieber ins Grüne fahren, statt gegen Strauß zu protestieren. Eine positive politische Begründung darf nicht fehlen: Strauß w o l l e doch bloß die Proteste gegen seine Person als Wahlkampfmunition.

Auf schwierigem Posten steht die DKP: Auf der einen Seite muß sie sich gegen die SPD-Spitze verteidigen und daran festhalten, daß Demonstrationen gegen Strauß keine „Eselei", sondern Pflicht aller Demokraten seien. Auf der anderen Seite übernimmt sie aber die Argumentation der SPD, um nun ihrerseits gegen „Krawalle" (wie in Hamburg) Stellung zu nehmen, die angeblich „nur Strauß nutzen". Durch „Krawalle" (d.h. alles, was die Polizei nicht erlaubt) werde Strauß *„der Vorwand geliefert, um seine Gegner als gewalttätige Minderheit zu diffamieren und damit in der Bevölkerung auf Zustimmung zu stoßen"* (aus der Erklärung der DKP-beeinflußten Hamburger „Initiative gegen Rechts – Stoppt Strauß", die am 25.8. verteilt wurde). *„Strauß will seine Gegner in die Ecke von Gewalttätern stellen, um sie in der Öffentlichkeit zu isolieren und damit von seinem reaktionären Konzept abzulenken"* (aus einer Erklärung derselben „Initiative..." nach dem 25.8.).

Allen diesen Argumentationsketten – von SPD bis DKP – ist gemeinsam, daß sie angeblich alle nur von dem tadellosen Ziel ausgehen, einen Wahlsieg von Strauß zu verhindern. Das erlaubt es ihnen, alle gegenteiligen Ansichten als Wahlhilfe für Strauß zu diffamieren. Dabei ist die eine Argumentationskette so „logisch" wie die andere: Keine von ihnen arbeitet mit F a k t e n. Geradeso gut könnte man auch behaupten, Strauß wolle die politische Polarisierung im Wahlkampf. Diese dürfe man folglich nicht zulassen. Also seien nicht bloß Demonstrationen, sondern sogar schon schärfere Polemiken gegen Strauß eine Wahlhilfe für diesen.

Wer sich aber an F a k t e n hält, mag sich an den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen vor einigen Monaten erinnern: Dort gab es spektakuläre „Krawalle" gegen Strauß, mit Sprechchören, Eierwürfen usw. auf seinen Wahlkundgebungen. An diesen „Krawallen" beteiligten sich damals auch Jusos, Falken, DKPler. Haben diese „Krawalle" damals der CDU genutzt? Das Wahlergebnis ließ eher den gegenteiligen Schluß zu!

Ende der 60er Jahre gab es vielerorts militante Demonstrationen gegen Wahlkundgebungen der neofaschistischen NPD. Wiederholt kam es dabei auch zu schweren Konfrontationen mit der Polizei. Jusos, Falken und DKPler waren ebenfalls an diesen „Krawallen" beteiligt. Haben sie damit der NPD genutzt? Oder haben die damaligen Demonstrationen nicht den Niedergang der NPD b e s c h l e u n i g t?

Die heutige DKP-Argumentation gegen Anti-Strauß-„Krawalle" bewegt sich außerdem im Rahmen eines rein obrigkeitsstaatlichen Denkens: Wenn die Polizei beispielsweise verbietet, zum Kundgebungsort von Strauß zu demonstrieren, so hat man sich gefälligst daran zu halten. Anderenfalls ist man ein Provokateur. „Den Anweisungen der Polizei ist Folge zu leisten . . . ". **Wäre es nicht besser, die DKP würde sich in erster Linie gegen Demonstrationsverbote und Polizei-Prügeleien wenden, statt Tausende von Strauß-Gegnern als krawll-suchende Provokateure zu beschimpfen?**

Aber zurück zur Frage: Wem nutzt das? Die Antwort geben mittlerweile sogar schon die CDU/CSU und die konservative Presse: Es ist für Strauß gewiß keine Wahlkampfmunition, sondern ein erheblicher Schade, wenn er permanent mit gigantischen Polizei-Aufmärschen und mit „Krawallen" in Verbindung gebracht wird. Die Tatsache, daß dieser Mann in den meisten Teilen der BRD nur unter stärkstem Polizei-Schutz auftreten kann, ist bestimmt keine Wahlkampfhilfe für ihn. Die Hamburger SPD war frech genug, sich diesen Effekt direkt nutzbar machen zu wollen: In einer Wahlkampf-Anzeige (am 5.9.) unter der Überschrift „3500 Polizisten in Hamburg" wurde Strauß als ein gefährlicher Mann dargestellt, bei dessen öffentlichen Auftritten „immer viel Polizei nötig" sei. – Das stimmt, aber es ist natürlich kein gutes Wahlkampf-Argument für d i e Partei, die die Polizei gegen Strauß-Gegner mobilisiert.

Am 5. Oktober sind Sie gefordert:

Sicherheit für Deutschland.

Immer dabei?

3500 Polizisten in Hamburg

Die etwas Älteren kennen es seit über 30 Jahren: Wo immer Strauß für die CDU und CSU öffentlich auftritt, ist viel Polizei nötig. Denn: „Es ist gerichtsbekannt, daß der Kanzlerkandidat der Union auf nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung nicht nur provozierend, sondern auch aggressionsauslösend wirkt" (Verwaltungsgericht Hamburg).

Die Jüngeren kennen den ganzen Strauß nur aus den Geschichtsbüchern: z.B. die Sache, wo er das Parlament belog und als Minister seinen Hut nehmen mußte. Oder seine Chile-Reise mit viel Lob für einen Diktator. Oder seine unglaublichen Geschichtsvergleiche mit Nationalsozialisten oder seine Ausbrüche gegen Künstler und andere Menschen.

Das hat viele gegen Strauß aufgebracht.

Zur Klarstellung: Wir verurteilen nachdrücklich jede Form von Gewalt und Krawall. Wir finden es töricht, wenn junge Demokraten die Nerven verlieren oder sich provozieren lassen. Und gegen ihren Willen Strauß helfen.

Jeder spürt: Ruhe kommt erst wieder ins Land, wenn Strauß seinen Griff zur Macht endgültig aufgibt.

Sie können das sicherstellen mit Ihrer Zweitstimme für die SPD.

Noch 30 Tage



SPD

Diese freche Anzeige erschien in Hamburgs MoPo am 5.9.

Strauß in Hamburg: Olaf Ritzmann ist tot!



Wenige Minuten nach dem tödlichen „Unfall". Olaf ist schon geborgen und liegt lebensgefährlich verletzt auf dem Bahnsteig des S-Bahnhofs Sternschanze

Der Strauß-Auftritt in Hamburg hat ein schweres Opfer gefordert. Bei der Verfolgungsjagd der Polizei auf Anti-Strauß-Demonstranten in einem S-Bahnhof wurde der 16-jährige Olaf Ritzmann von einem Zug erfaßt und so schwer verletzt, daß er wenige Tage später verstarb. Die unmittelbare Verantwortung für den Tod dieses Jugendlichen trägt die Hamburger Polizeiführung, die einen brutalen und durch nichts zu begründenden Überfall auf eine sich schon auflösende Demonstration befahl. Die eigentliche Verantwortung aber tragen die Regierungskreise von SPD/FDP und CDU/CSU, die jeden Strauß-Auftritt als willkommenen Anlaß für Bürgerkriegsübungen nutzen, ganze Stadtteile von Polizeiheerscharen absperren lassen und Strauß-Gegner zu Freiwild für die Polizei erklären. Dieser Tod ist die grausame Konsequenz einer immer weiter voranschreitenden Brutalisierung der Polizeieinsätze gegen Demonstrationen. Umso notwendiger ist es, daß die volle Wahrheit aufgeklärt wird, daß alles daran gesetzt wird, der Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß dieser Tod k e i n Z u f a l l war, sondern Produkt der Polizeistaatspraktiken.

15 000 Strauß-Gegner demonstrierten an diesem Tag nicht nur gegen den Kanzlerkandidaten, sondern gleichzeitig gegen ein massives Polizeiaufgebot, das jegliche Störungen des Strauß-Auftritts verhindern sollte. Im Verlauf der Demonstration kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Mindestens 25 Demonstranten wurden verletzt (Kopfplatzwunden, schwere Prellungen), 18 wurden festgenommen. Die Zeitungen berichteten von einigen hundert militanten Demonstranten, die sich eine „Schlacht" mit der Polizei geliefert hätten. In Wahrheit waren es ca. 6000 der insgesamt 15000, die an die Polizeisperren heranzogen.

Wer die politischen Verhältnisse in Hamburg nur ein wenig kennt, der wußte, daß es gegen die Strauß-Kundgebung am 25.8. zu einer wirklichen Massenmobilisierung kommen würde. Und weit über die Demonstranten hinaus würde ihnen die Sympathie der Mehrheit der Hamburger gelten. Dies schließt auch die massive Störung oder gar die Verhinderung der Kundgebung durch entschlossene Straußgegner ein. Gerade dies machte ja auch die besondere Sorge der SPD aus. Deshalb setzte diese, in Zusammenarbeit mit der Springerpresse, schon Wochen vorher alles daran, die Mobilisierung mit allen erdenklichen Mitteln einzuschränken. Sie verbot ihren Parteigliederungen (insbesondere den Jusos), zu Gegendemonstrationen aufzurufen, den Mitgliedern, an solchen teilzunehmen; mit dem Hinweis auf Bremen wurde ein horrendes Polizeiaufgebot von über 3000 Polizisten angekündigt; ein ganzer Stadtteil wurde in den Belagerungszustand versetzt; eine Gegendemonstration zur Ernst-Merck-Halle (Kundgebungsort) wurde verboten.

Trotz alledem versammelten sich am 25.8. über 15000 Strauß-Gegner zu einer Gegendemonstration. Sie folgten einerseits einem Aufruf der „Initiative gegen Rechts – Stoppt Strauß", die wesentlich von Jusos und DKP bestimmt wird. Diesem Aufruf schlossen sich auch die Judos, die IG Drupa und einzelne Gewerkschaftsgliederungen an. Andererseits gab es einen Aufruf des „Initiativkreises gegen Strauß", der von einer Reihe von Anti-Strauß-Initiativen, Anti-AKW-Initiativen, den „Schülern gegen Rechts" und linken Organisationen (KB, FAU, Autonome und anfangs auch GIM, Volksfront und KBW) unterstützt wurde. In diesen beiden Kreisen drückte sich die gegenwärtig immer wiederkehrende und gegenwärtig auch unvermeidliche Spaltung der Anti-Strauß-Bewegung aus. Einerseits Jusos und DKP, die ein Arrangement mit der Polizei und dem SPD-Senat geschlossen hatten, weit außerhalb des Kundgebungsortes zu demonstrieren und die ihre Hauptaufgabe darin sahen, zum Frieden und zu friedlichen Protesten aufzurufen. Andererseits der „Initiativkreis gegen Strauß", der zum Kundgebungsort demonstrieren wollte, auch gegen den erklärten Willen von SPD und Polizei (näheres zu der Entwicklung in AK 183).

Schon sehr bald zeigte sich, daß das Konzept von Jusos und DKP nicht aufgehen sollte. Am nächsten Punkt der Demonstrationsroute von Jusos und DKP zur Strauß-Kundgebung war eine martialische Polizeisperre aufgezogen worden. Jusos und DKP riefen zum „friedlichen" Vorbeiziehen auf. Aber die Hälfte der Demonstranten machte dies nicht mit. Sie zogen vor die Polizeisperre und forderten, zur Ernst-Merck-Halle durchgelassen zu werden. Hier gab es dann die ersten Zusammenstöße mit der Polizei. Diese versuchte, sich Einzelne herauszugreifen, warf Tränengasgranaten in die vordersten Reihen und erntete dafür einen Stein- und Flaschenhagel. Ein kleiner Teil von Demonstranten (vor allem Autonome) war hinter die Sperre gezogen und wurde dort brutal niedergeknüppelt. Die eigentlich schweren Überfälle der Polizei an dieser Stelle gab es aber erst dann, als die Demonstranten sich schon längst entschlossen hatten weiterzumarschieren. Die abrückende Demonstration wurde von hinten angegriffen, immer wieder wurden einzelne herausgegriffen und zusammengeschlagen.

Noch einmal vereinigten sich beide Teile der Demonstration. Als Jusos und DKP dann aber dazu aufriefen, die Demonstration mit einer „friedlichen" Kundgebung zu beschließen, kam es zur zweiten Spaltung der Demo. Ca. 6 000 zogen weiter durch die Stadt in Richtung Ernst-Merck-Halle, mit dem erklärten Willen, es dem SPD-Senat und der Polizei mit der Herstellung von Ruhe und Ordnung nicht allzu einfach zu machen. Auch zu diesem Zeitpunkt ging das Konzept von Jusos und DKP nicht auf. Hatten sie gehofft, die überwältigende Mehrheit würde sich ihrem Aufruf anschließen, sahen sie sich getäuscht. Nur 2-3000 Menschen nahmen an ihrer Kundgebung teil. 6 000 zogen weiter, ein großer anderer Teil verließ die Demo. Dieser Teil hatte kein Interesse, weit ab vom Ort des Geschehens altbekannten Reden zu lauschen, war aber aus Angst vor Auseinandersetzungen mit der Polizei auch nicht bereit, weiterzugehen.

Die 6000 zogen bis nahe an die Ernst-Merck-Halle zur letzten Polizeisperre vor. Kaum dort angekommen, wurden sie von zwei Seiten von der Polizei angegriffen. Hier zeigte sich jedoch sehr schnell die entscheidende Schwäche dieser Demonstration: es gelang trotz wiederholter Versuche nicht, einen geschlossenen Block aufzubauen. So lieferte sich ein Teil heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei, durch die diese zeitweilig auch auf Distanz gehalten werden konnte. Der größte Teil der Demonstration löste sich jedoch bei den ersten Angriffen fluchtartig auf. Und wieder passierte hier das gleiche wie an der ersten Sperre: auf die fliehenden Demonstranten wurde am härtesten eingeprügelt. Etwa eine Stunde gingen die Auseinandersetzungen hin und her. Dann entschloß sich die Mehrheit der Demonstranten, geschlossen abzumarschieren. Noch ca. 1000 versammelten sich und zogen geschlossen zur Sternschanze – dem Ort, wo Olaf Ritzmann in den Tod getrieben wurde.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Ein Demonstrant ist tot – ein Opfer des Polizeiterrors – ein Opfer für Strauß!


Erster Bulleneinsatz an der Stadthausbrücke: Hier wurde u.a. Tränengas (ohne Rücksicht auf Verluste) eingesetzt

Nach dem Abzug in Richtung Sternschanze begannen die typischen Rachefeldzüge der Polizei. Auf zurückgebliebene Demonstranten am Messegelände wurde wahllos eingeschlagen und selbst unbeteiligte Passanten wurden wieder einmal mit verprügelt. Das gesamte Stadtviertel wurde noch Stunden später von Polizeitruppen durchkämmt, auf der Suche nach versprengten Demonstranten oder Leuten, an denen sie ihre Rache ausüben konnten. Erstmals wurden bei dieser Jagd Hubschrauber eingesetzt, die mit Scheinwerfern die Straßen und Hinterhöfe ausleuchteten. Wieviele Verletzte es hierbei noch gegeben hat, ist leider heute nicht mehr zu rekonstruieren.

Den traurigen Höhpunkt bildete dann das Vorgehen an der Sternschanze. Etwa 1000 Demonstranten nahmen hier an einer kurzen Abschlußkundgebung teil. Bis zu diesem Zeitpunkt war an diesem Bahnhof keinerlei Polizei zu sehen. Erst als ein Teil der Demonstranten sich schon verstreut hatte, begann es: Mindestens fünf Mannschaftswagen fuhren vor. Die Bullen stürzten heraus und riegelten die beiden Eingänge ab. Etwa dreihundert Demonstranten hatten sich zu diesem Zeitpunkt in der Bahnhofsvorhalle versammelt, ein kleiner Rest stand noch draußen. Die Polizisten trommelten nun mit den Schlagstöcken auf die Schilder und rannten in die Halle hinein. Sie trieben die flüchtenden Menschen die Treppe hinauf. Aufgrund der Enge und der Anzahl der Menschen entstand panikartiges Geschiebe. Dies wurde noch durch das Werfen von Tränengasgranaten (oder Nebelkerzen, dies ist noch nicht ganz geklärt) bewußt angeheizt. Über dem Bahnhof kreiste schon wieder ein Hubschrauber, der die Szene für die angreifende Polizei ausleuchtete. Viele Demonstranten (nach Augenzeugenberichten zwischen 30 und 50) sahen in dieser Situation keine andere Möglichkeit, als sich über die Gleise in Sicherheit zu bringen. In dem Moment als sie diese wieder ver-
dem Moment als sie diese wieder ver-
lassen wollten, wurde der sechzehnjährige Tischlerlehrling und Heimjugendliche von einer einfahrenden S-Bahn erfaßt und so schwer verletzt, daß er am 29.8. starb. Die entfesselten Polizisten waren derweil fluchtartig abgerückt. Dabei wurde der Sanitätswagen der Demonstranten überfallen, die Scheiben und die Scheinwerfer zerstört, zwei Insassen herausgezogen und festgenommen.

Aber kaum war der Schwerverletzte abtransportiert, kam eine neue Hundertschaft und stürmte zum zweiten Mal den Bahnhof. Diesmal drangen sie bis auf den Bahnsteig vor und prügelten auf einzelne Menschen ein, jagten sie durch den Bahnhof, obwohl zu diesem Zeitpunkt der Zugverkehr schon wieder aufgenommen worden war.

Zum Zeitpunkt des tödlichen Überfalls wurde nur einen Kilometer weiter der abfahrende Lautsprecherwagen von einer MEK-Einheit überfallen. Der Wagen wurde gestoppt, die Insassen mit gezogener Pistole zum Aussteigen aufgefordert. Noch als sie mit erhobenen Händen dieser Aufforderung nachkamen, wurde zweien Chemical Mace ins Gesicht gespritzt, zwei andere wurden auf den Boden geworfen (genaue Einzelheiten über den Tod von Olaf Ritzmann und das Vorgehen der Polizei werden in einer demnächst erscheinenden Dokumentation des Ermittlungsausschusses beschrieben).

Alle Voraussetzungen für diesen tödlichen Polizeiüberfall belegen, daß es nicht im Mindesten mehr um den Schutz der Strauß-Veranstaltung ging; es ging zu diesem Zeitpunkt nicht einmal mehr um das Vorgehen gegen militante Aktionen. Es ging einzig und allein um einen Rachefeldzug der Polizei gegen Demonstranten, die sich vorher ihrem Diktat nicht gefügt hatten.

SPD-Senat und Polizei hatten versucht, schon mit der Ankündigung von gewalttätigen Auseinandersetzungen und einem horrenden Polizeiaufgebot, jede Gegendemonstration zum Ort der Strauß-Kundgebung zu verhindern. Es geht dabei um die Durchsetzung eines Konzepts, Demonstrationen als Kampfmittel zu unterdrücken und zu zerschlagen. In diesem Konzept übernehmen gegenwärtig Jusos und DKP die Rolle, „friedliche" Demonstrationen weit ab vom Geschehen anzubieten (erinnert sei hier auch an Brokdorf/Itzehoe). Dennoch hatten ca. 6000 Demonstranten zeitweilig und begrenzt das Verbot durchbrochen. Hierin liegt der politische Grund für die enorme Brutalität des Polizeieinsatzes. Und gerade weil damit gerechnet werden muß, daß dies nur ein Vorzeichen für das Vorgehen gegen weitere Demonstrationen ist (insbesondere in der AKW-Auseinandersetzung), ist eine vollständige Aufklärung dieses Polizeiopfers notwendig. Notwendig, um der Polizei nach Kräften den Boden für solche Einsätze zu entziehen.

Polizei und Senat verstricken sich in Lügen

Auch wenn dieses Todesopfer durch die Art des Polizeieinsatzes offensichtlich bewußt in Kauf genommen wurde, wollte die Polizei natürlich dafür in der Öffentlichkeit nicht die Verantwortung übernehmen. Innensenator Staak lobte ausdrücklich den Polizeieinsatz: *„Die Polizei hat sich besonnen verhalten"*. Die erste Polizeiversion über das „Unglück" lautete, Olaf Ritzmann sei beim *„übereilten Rückzug vor der Polizei"* vor die Bahn gestürzt. Betont wurde, *„Polizeibeamte befanden sich nicht auf dem Bahnsteig"* („Hamburger Abendblatt" (HA), 27.8.). Zugegeben wurde zu diesem Zeitpunkt noch, daß es einen Polizeieinsatz im Bahnhof vor dem „Unglück" gegeben hat. Angeblich hätten sie jedoch nur den Vorplatz geräumt, woraufhin Demonstranten die Treppe hinaufgerannt seien. Damit sollte ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Polizeieinsatz und der Flucht auf die Gleise verschleiert werden. Als dieser durch Aussagen der Demonstranten beweiskräftig in der Öffentlichkeit vorgebracht wurde, verstieg sich die Polizeiführung in ein glattes Lügengebäude (was ihr heute s o sicherlich schon leid tun wird, da immer noch die Weisheit gilt: wer einmal lügt, dem glaubt man nicht . . .). Jetzt behauptete sie, der „Unfall" habe um 21.23 Uhr stattgefunden (was stimmt) und der erste Polizeieinsatz sei erst um 21.40 Uhr erfolgt.

Bereitwillig wurde diese Version von der Hamburger Presse (d.h. im wesentlichen Springer) und dem NDR übernommen, ohne die Vorwürfe der Demonstranten zu überprüfen. Ein sofort eingerichteter Ermittlungsausschuß konnte jedoch innerhalb kürzester Zeit mit heute insgesamt 100 Berichten von Dabeigewesenen, teilweise Demonstranten, die selbst auf die Gleise gelaufen waren, belegen, daß diese Polizeiversion eine Lüge ist. Insbesondere wurde herausgearbeitet, daß es einen Polizeieinsatz unmittelbar vor dem Unglück gab, der die Menschen direkt auf die Gleise getrieben hat. Als die Polizei an dieser Wahrheit nicht mehr vorbeikam, tischte sie die nächste Reinwaschungsversion auf. Danach soll eine Hundertschaft den Befehl bekommen haben, *„den Lautsprecherwagen der Demonstranten sicherzustellen"* („HA", 5.9.). Am Bahnhof seien sie *„mit Steinwürfen empfangen worden"*, und sie seien erst dann gegen die Demonstranten vorgegangen. Nur, der Lautsprecherwagen befand sich zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr am Bahnhof, sondern wurde fast zur gleichen Zeit von einer MEK-Einheit überfallen. Ihre Wut ließen sie stattdessen an dem Sanitätswagen (unverwechselber mit einem Lautsprecherwagen) und den umherstehenden Demonstranten aus. Auch diese Version ist kaum glaubhaft, da allen Berichten nach die Bullen sofort nach Verlassen der Mannschaftswagen zielstrebig die Eingänge des Bahnhofs besetzten und unmittelbar danach die Demonstranten auf den Bahnsteig und die Gleise trieben.

Gedeckt wird dieses Lügengebäude vollständig vom Hamburger SPD-Senat, wenn es nicht sogar beim Innensenator selbst ausgearbeitet wurde. Gedeckt wird es bisher leider auch indirekt durch die Jusos, die sich mit keinem Wort zu diesem Polizeiopfer geäußert haben.

Die Wahrheit muß ans Licht!

Sofort nach der Demonstration vom 25.8. wurde ein Ermittlungsausschuß gebildet, um die Wahrheit über den Polizeiüberfall an die Öffentlichkeit zu bringen. Er hatte es mit der Schwierigkeit einer weitgehend gleichgeschalteten Presse zu tun, die bereitwillig die Polizeiversionen übernahm und nicht die mindesten Anstrengungen unternahm, selbst zur Aufklärung etwas beizusteuern.

Die wesentliche Aufgabe bestand darin, Berichte von Augenzeugen zu sammeln, um so ein genaues Bild zusammenzustellen. Die Bereitschaft zur Unterstützung dieser Arbeit war enorm. Innerhalb kurzer Zeit gelang es, 100 schriftliche Bericht zusammenzubekommen. Auf Grundlage dieser Berichte gelang es dann, erste kritsche Anmerkungen in die Presse zu bekommen. Die systematische Arbeit wurde dann damit belohnt, daß auf einer Pressekonferenz des Ermittlungsausschusses alle relevanten Zeitungen vertreten waren. Durch diese Arbeit und dann auch durch den Einsatz einzelner Journalisten ist es gelungen, die offenkundige Lüge der Polizei, daß es keinen Einsatz vor dem „Unfall" gegeben habe, zu durchbrechen.

Die Arbeit des Ermittlungsausschusses soll jedoch weitergehen. Es geht jetzt darum, restlos aufzuklären, mit welchem Ziel dieser Polizeieinsatz erfolgt ist; und es geht darum, das Vorgehen der Polizei während der gesamten Demonstration zu untersuchen. Denn einmal mehr hat sich angesichts dieses Polizeiopfers gezeigt, daß die Öffentlichkeit an Polizeistaatsmethoden schon weitgehend gewöhnt ist und daß nur durch die ganz konkrete Wahrheit eine Aufrüttelung erfolgt.


Unübersehbar: Die Polizisten handeln in Notwehr; hier müssen sie sich der haßerfüllten Attacke von Gewalttätern erwehren ...





Besetztes Karolinen-Viertel: Selbst Anwohner wurden von den Bullen mit scharfen Hunden bedroht – und mußten sich demütigenden Kontrollen unterziehen, um in ihre Wohnungen zu kommen; rechts ein von einem Bullenhund gebissener Demonstrant

Augenzeugen berichten

„Kurz nach Abschluß der Kundgebung fuhren einige Mannschaftswagen vor. Deswegen ging ich in den Bahnhof, um mit der S-Bahn nach Hause zu fahren. Die Halle und die Treppe waren dicht voll von Menschen. Als ich noch vor der Treppe angelangt war, riefen von hinten welche: „Sie kommen", worauf hin viele zu rennen begannen. Einige riefen: „Ruhigbleiben, nicht laufen. Stehenbleiben". Auf dem Bahnsteig lief gerade der Zug Richtung Altona aus. Weil ich in diesen nicht mehr einsteigen konnte, ging ich in Fahrtrichtung ein Stückchen mit, auf das Ende des Bahnsteiges zu. Da begannen die Menschen auf der Treppe zu rennen und zu schreien: „Die Bullen kommen". Ich lief in der Richtung weiter, in der ich gerade stand, weil es mit oder ohne Überlegung keine andere Möglichkeit mehr gegeben hätte. Ich sprang auf die Gleise, stolperte und befand mich kurz darauf auf einem schmalen Rost, der über die Brücke führte. Als ich mich umdrehte, sah ich Tränengaswolken und von Bullen gejagte Menschen. Ich hörte Hunde bellen. Deshalb wollte ich schnell weg und sprang in das Gebüsch hinter der Brücke. Ich hatte nicht damit gerechnet, daß es dahinter steil bergab ging, und ich fiel hinab. Unten gingen vor und hinter mir noch einige andere, in einer Matschrinne erst an einer Häuserwand und dann an einem Zaun entlang. Hinten bellten die Hunde und schrieen Menschen. Über uns flog ein Hubschrauber mit Scheinwerfern. Einige kletterten über den Zaun und legten sich auf das Dach des dahinter befindlichen Gartenhäuschens oder
legten sich auf das Dach des dahinter befindlichen Gartenhäuschens oder
kletterten auf die Bäume. Ich duckte mich ins Gebüsch. Wir alle dachten, daß sie uns bis hierhin verfolgen würden. In dem Moment hörte ich ein lautes Bremsgeräusch der S-Bahn. Als ich wenig später auf die Uhr schaute, war es 21.30 Uhr. Ich wartete noch einen Moment ab, weil der Hubschrauber noch immer über mir flog. Hinten war es noch immer laut, aber es kam niemand mehr vom Bahnsteig hergelaufen. Als das Hundegebell lauter wurde, wollte ich über den Zaun klettern. Da wurde das Gartenhäuschen von innen aufgeschlossen und einige Leute traten hinaus. „Ich glaube, jetzt ist es ruhiger", sagte einer. Anscheinend waren es Anwohner zur Schanzenstraßenseite, die sich hier in Sicherheit bringen wollten. Als sie wegwaren, überstieg ich diesen Zaun und einen zweiten in einem Hinterhof. Dort saßen noch immer einige Leute im Gebüsch. Sie fragten, was los sei und wie es jetzt aussähe, und ob man auf den Bahnhof zurückkäme. Ich lief über den Hof und kletterte über einen dritten Zaun auf die Straße. Bei dem Überklettern der hohen Zäune habe ich mir eine Sehnenzerrung und einen Bluterguß im linken Oberschenkel zugezogen.

***

(Der folgende Bericht ist eine Aufzeichnung des Ermittlungsausschusses)

G. brachte eine Freundin zur S-Bahn, sie stieg ein. G. wollte runtergehen. G. stand fast an der Treppe in der Mitte des Bahnsteigs am Geländer. Dann hörte G. Schreie: „Die Bullen kommen". Die Leute stürmten auf den Bahnsteig, das war die Masse. Viele rannten auch um das Geländer herum auf die Brücke. Ca. 20 Leute rannten auf den Gleisen bzw. standen im hinteren Bahnsteigsabschnitt. G. war noch nicht so aufgeregt und hat gesehen, daß sie schnell auf den Schotter kommt. G. lief bis hinter den Beginn der Böschung. G. guckte zurück und sah nur noch wenig Leute auf dem Bahnsteig. Einer sagte: „Laß uns mal gucken, was los ist". G. wollte eigentlich zuerst die Böschung runter. Dann schaute G. zurück auf den Typen. Er stand so, daß er mit einem Fuß zwischen den Gleisen war. Sie haben ca. zwei Minuten auf dem Schotter gestanden. Ca. vier Leute standen mit G. zusammen auf dem Schotterstreifen. Von den vier Leuten gingen drei schon vor. G. wollte dann auch losgehen. Es kam ein Zug auf dem dritten Gleis vom Schotterstreifen aus. Prellbock in der Mitte. Die drei anderen sind runter von dem Gleis. Olaf kam zuerst mit dem Kopf gegen den Zug. Olaf überschlug sich. G. schrie, Olaf lag mitten auf dem Gleis. Eine Frau sagte: von den Gleisen tragen. Jemand nahm Olaf bei den Schultern. G. nahm seinen rechten Fuß, noch jemand den linken. Dann haben sie Olaf neben das Gleis gelegt.

Friedlicher Protest oder militanter Widerstand gegen den Polizeistaat

Strauß-Auftritte sind heute in der Regel Anlaß für wahre Bürgerkriegsübungen. Hier steht die SPD der CDU/CSU um keinen Deut nach. In Hamburg wurde dafür ein ganzer Stadtteil abgeriegelt. Strauß-Gegnern wurde verboten, sich dem Kundgebungsort auf mehr als einen km zu nähern. Ein Polizeiaufgebot in bisher nicht gekanntem Ausmaß wurde bereitgestellt, um jeden Ansatz einer möglichen Störaktion der Strauß-Kundgebung im Keim zu ersticken.

Noch schlimmer kam es einige Tage später bei einer Protestdemonstration zum Tod von Olaf Ritzmann. Die ca. 3.000 Demonstranten wurden von einem Polizeikordon umstellt und so wie ein Gefangenentransport durch die Stadt geführt.

Dieses Vorgehen folgt dem polizeilichen Konzept, jede Möglichkeit einer Kampfdemonstration (in diesem Fall die Störung der Strauß-Veranstaltung) durch Truppenaufmarsch zu ersticken und zu zerschlagen, wenn sich dennoch Ansätze dafür herausbilden. Zugelassen werden als „Protest" lediglich Demonstrationen weit außerhalb des eigentlichen Anlasses.

Zur Durchsetzung dieses Konzeptes gab es neben den polizeilichen Vorbereitungen ein interessantes Zusammenspiel von SPD und Jusos. Gleich nach Bekanntwerden der Strauß-Kundgebung verbot der SPD-Vorstand den Parteigliederungen, zu Gegenveranstaltungen aufzurufen; den Mitgliedern wurde verboten, an solchen teilzunehmen. Als die Jusos sich an dieses Verbot nicht hielten, gab es außer einigen „starken" Worten keinerlei sichtbare Anstrengungen, diese von ihrem Vorhaben abzuhalten. Während so die SPD gegen eine Teilnahme an der von Jusos und DKP initiierten Demonstration aufrief, diejenige des „Initiativkreises gegen Strauß" sogar verbieten ließ, konnten die Jusos weitgehend ungestört für ihre Demo werben. Der Preis dafür war allerdings ein Arrangement mit Senat und Polizei, nur weit außerhalb des Sperrgebiets zu demonstrieren. Zugetrieben werden sollten die Strauß-Gegner dieser Demonstration durch horrende Meldungen über zu erwartende „Krawalle". Auch hier wieder die Arbeitsteilung. Die SPD kündigte an, jeden Versuch, am Kundgebungsplatz zu demonstrieren, zerschlagen zu lassen. Die Jusos „warnten" in der Koordination Hamburger Anti-Strauß-Initiativen vor möglichen Polizeiprovokationen.

All dies zielte darauf ab, möglichst viele Menschen davon abzuhalten, in Richtung Kundgebungsort von Strauß zu demonstrieren. Nun ist aber auch allgemein bekannt, daß außer eingefleischten Sozialdemokraten und DKPlern kaum jemandem klar zu machen ist, weshalb eine Demonstration in Lüneburg gegen einen Auftritt von Strauß in Hamburg politisch sinnvoll sein soll. Als entscheidendes Element wurde so die A n g s t vor der Polizei geschürt. Aber es wurde natürlich nicht einmal offen zugegeben, daß man Angst vor der P o l i z e i hatte, sondern als Verursacher von möglichen Gewalttätigkeiten wurden diejenigen verurteilt, die zur Strauß-Kundgebung wollten.

Daß es sich bei diesem unterschiedlichen Vorgehen von SPD und Jusos tatsächlich nur um ein abgekartertes Spiel handelte, wurde nach dem 25.8. deutlich. Von der angekündigten Rüge blieb nichts übrig, die Jusos wurden sogar ausdrücklich gelobt (siehe zu diesem Vorgehen auch das Verhalten in Bremen).

Diese Art des friedlichen Protestes verzichtet von vornherein auf die Verteidigung des Demonstrationsrechts und ordnet sich vollständig der Polizeitaktik unter. Diese Kräfte würden sogar gänzlich auf Demonstrationen verzichten, wenn dies von der Polizei befohlen wird, was nicht einmal unwahrscheinlich ist.

Die Jusos schlagen diesen Weg ein, weil sie sich grundsätzlich mit diesem Staatsapparat identifizieren.

Mag der Protest gegen Strauß auch noch so radikal sein, hat er seine Grenzen darin, wenn die Konfrontation mit dem Staatsapparat zu befürchten ist. Dieses Verhältnis zu SPD und Staat ist schon so eingefleischt, daß die Jusos nicht einmal öffentlich protestierten, als ihnen von der Polizei eine Demonstrationsroute weit ab vom Geschehen vorgeschrieben wurde. Im Gegenteil wurde dies noch als besonders kluge und weitsichtige politische Entscheidung verkauft, da gewaltsame Auseinandersetzungen nur Strauß nützen würden.

Nun ist es aber so, daß Strauß ohne den Schutz des Staatsapparates seine Kundgebung nicht (ungestört) hätte durchführen können. Will man einen wirksamen Protest gegen seinen Auftritt organisieren, wird man in k e i n e m Fall an der Konfrontation mit dem Staatsapparat vorbeikommen. Beschränkt man sich generell auf friedliche Mittel, d.h. in diesem Fall Demonstrationen mit Symbolcharakter, ist es tatsächlich weitaus logischer, dem Vorschlag der SPD zu folgen und Strauß mit dem Wahlzettel zu schlagen.

Die opportunistische Linke

Dieses Zusammengehen von SPD, Polizei und Jusos/DKP hatte auch innerhalb der Linken ihre Auswirkungen. Unterstützten anfangs neben dem KB, der FAU und den Autonomen von den linken Organisationen auch die GIM, der KBW und die „Volksfront" den Vorschlag, in Richtung Messehallen weiter zu demonstrieren, sprangen die letzteren drei im Verlauf der Auseinandersetzung ab. Die GIM wollte unbedingt mit den Jusos bis zum Ende demonstrieren; der KBW hatte den „gewerkschaftlichen Charakter" der Juso/DKP-Aktion erkannt, was auch ihn in diese Richtung zog; die „Volksfront" sprang am Tage der Demonstration ab, ohne dies bisher zu begründen. Alle drei nahmen an der Abschlußkundgebung von Jusos/DKP teil und beteiligten sich auch danach nicht an den folgenden Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Die Gruppe „Z" hatte sich im Verein mit den Grünen gegen eine Demonstration in Richtung Messehallen ausgesprochen. Sie rief dazu auf, sich direkt dort zu versammeln. Das hieß konkret, daß vereinzelte, versprengte Gruppen an den Absperrungen standen, die aber nicht einmal von der Polizei als Gefahr ernstgenommen wurden.

In dieser Entwicklung spiegelt sich konkret das Zurückweichen der Linken vor der scheinbaren Allmacht des Staates wider. Allein dies wäre noch kein allzu großer Beinbruch. Politisch gefährlich für die Linke wird dies jedoch dadurch, daß der Verzicht auf den militanten Widerstand gegen die Polizeistaatsmethoden politisch beschönigt wird, indem jeweils eine besonders „geschickte" Bündnispolitik (gegenüber Jusos, Grüne usw.) für diesen Kurs herhalten muß.



Bullen im Hamburger Karolinenviertel: Um die verschlossene und leere (!) linke Kneipe „Gewinde" aufzubrechen, werden Türen und Fenster eingeschlagen; hier Bullen bei Steinwürfen

3.000 auf der Demonstration in Hamburg – Polizei und Senat provozieren weiter



Trauer- und Protestmarsch am 6.9. – die Bullen bildeten provokativ „Spalier"

Über 3.000 Demonstranten folgten am 6.9. trotz der Fortsetzung des brutalen Polizeiterrors durch die Hamburger Polizei dem Aufruf zu einer Trauer- und Protestdemonstration aus Anlaß des Todes von Olaf Ritzmann, die zu diesem Zeitpunkt angesetzt wurde, da die Behörden die Beerdigung von Olaf hinauszögern. Veranstalter war der Ermittlungsausschuß, unterstützt wurde die Demonstration vom KB, der FAU, der GIM, der GALA, den Grünen, dem KBW, dem SSB, Schüler gegen Rechts, der Gruppe Z, der ATÖF und dem AK Ökologie.

Am Tag vor der Demonstration ließ die Polizei eine Erklärung an die Presse geben, die die „Hamburger Morgenpost" am 6.9. unter der Überschrift *„Hamburg: Heute die schlimmsten Krawalle?"* auf Seite 1 verbreitete. Da ließ die Polizei vermelden, daß 2.500 *„Gewaltfreie Linke', „die größte Ansammlung von Anarchos bei einer Kundgebung seit Bestehen der Bundesre-*

vermelden, daß 2.500 *„Gewaltfreie Linke', „die größte Ansammlung von Anarchos bei einer Kundgebung seit Bestehen der Bundesre-*

publik" zu erwarten sei. Die Polizei hatte sich diese Geschichte einfallen lassen, um ihre Bürgerkriegs- und Polizeistaatstaktik vom 25.8. fortzusetzen. Da die Polizei die Demonstration als *„unfriedlich"* eingestuft hatte, wollte sie *„Präsenz und Stärke"* zeigen (NDR II, „Pop und Politik", 6.9.). Sie bewies erneut augenfällig, was Demonstrationsfreiheit in einer sozialdemokratisch regierten Stadt heute heißt: fast 2.000 Bullen aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen waren an diesem Tag im Einsatz. Provokativ fuhr ein Riesenaufgebot Bullen rund um den S-Bahnhof Sternschanze auf. Auf dem Bahnsteig patroullierten Bahnpolizisten mit Hunden. Ankommende wurden kontrolliert, rund um den Bahnhof wurden weiträumig Kontrollpunkte eingerichtet, an denen Taschen von Passanten durchsucht und Ausweise kontrolliert wurden. Polizeiwagen mit Blaulicht und Martinshorn fuhren durch die Demonstranten. Als der Demonstrationszug startete, wurde er von ca. 800 Bullen „eskortiert", jeweils eine Hundertschaft vor und hinter dem Zug und auf beiden Seiten eine im Gänsemarsch marschierende Kette. An allen Kreuzungen waren zusätzliche Einheiten aufgefahren, an als „kritisch" eingeschätzten Punkten standen Wasserwerfer in Bereitschaft.

Für den Hamburger Passanten glich diese Demonstration teilweise einem Gefangenentransport. Die Einschüchterung war enorm, der Zweck,

Für den Hamburger Passanten glich diese Demonstration teilweise einem Gefangenentransport. Die Einschüchterung war enorm, der Zweck,

immer mehr Menschen davon abzuhalten, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, verfehlte seine Wirkung bei vielen nicht.

Um so kämpferischer und entschlossener war die Stimmung bei den Demonstranten. Sie führten die Aktion in großer Geschlossenheit durch. Sie bildeten an den Seiten der Demonstration Ketten, um den Zug vor Bullenübergriffen zu schützen. In verschiedenen Ansprachen und in der Agitation gegenüber der Bevölkerung ist es gelungen, den absurden und brutalen Polizeieinsatz anzuklagen als den Versuch der SPD-Führung und der Polizei, von ihren eigenen Untaten abzulenken und den aufkommenden demokratischen Prozeß, der u.a. durch die Ermittlungsarbeit zum 25.8. erreicht wurde, brutal zu unterdrücken. Hamburgs SPD scheut dabei nicht vor offen polizeistaatlichen Maßnahmen zurück.

Wir betrachten es als Erfolg dieser Demonstration, daß es der Polizei nicht gelungen ist, die vorprogammierte Provokation durchzusetzen. Auch dieser Polizeieinsatz wird Folgen haben.

Schlimm ist, daß eine Zeitung wie die „Hamburger Morgenpost", die gerade dabei ist, als alternatives Medium zur Springer-Presse anerkannt zu werden (und deshalb von der SPD heftig befehdet wird), durch Meldungen im „Bild"-Zeitungsstil diese Entwicklung mitträgt. Schlimm ist, daß Teile des NDR, insbesondere der Moderator Ortwin Löwa, zunehmend

gen im „Bild"-Zeitungsstil diese Entwicklung mitträgt. Schlimm ist, daß Teile des NDR, insbesondere der Moderator Ortwin Löwa, zunehmend

die Versionen der Polizei über den Sender verbreiten. So kommentierte Löwa den Polizeieinsatz am 6.9.: *„Es ist aus meinem Demonstrationsbeobachterstandpunkt eine der interessantesten Polizeitaktiken, die ich je gesehen habe"* („Pop und Politik", 6.9.). Lieber sollte er schweigen, als solchen Zynismus zu verbreiten – die von Stoltenberg angesetzte CDU-Schere im NDR scheint in sozialdemokratischen Köpfen zunehmend zu wirken...

Wir trauern um den 16jährigen Kollegen

Olaf Ritzmann

der mit uns gemeinsam am 25. 8. gegen den Kanzlerkandidaten F. J. Strauß demonstrierte und nach der Demonstration offensichtlich im Zuge des Polizeieinsatzes von einem einfahrenden Zug getötet wurde.
Wir fordern die vollständige Aufklärung der Ereignisse im Sternschanzenbahnhof.

R. Karrer; C. Lehmann (Zentral Film); I. Feddersen (GEW); H. Japing (GEW); K. Pietrowski; U. Ruenler; B. Engel (GEW); F. Naudorf (IG Druck); M. Stolartzik (IG Druck); H. Werner, Jugendvertreterin (IG Druck); M. Klee (IG Druck); G. Laass (IG Druck); E. Schwarz (IG Druck); D. Penmöller; M. Marko; J. Ahlers (GEW); H. Schmidt; J. Hagen; T. Oehser; K. Oehler, Vertrauensmann (IGM); G. Littschwager; J. Rübke (IGM); W. Winkelmann (GEW); E.-M. Winkelmann (GEW); J. H. Schwarz (IGM); D. Beckmann; V. Albert; C. Behrens (GEW); B. Stünitz; V. Mabruk; C. Schmidt; J. Wolpers; T. Görtzen; M. Kammann; H. Both; F. Vetter, Jugendvertreter (IGM); P. Kertel, Vertrauensfrau (HBV); K. Seligmann, Delegierter OJA (IG Druck); M. Bolt (IG Druck); L. Streeck (IG Druck); R. Loops (IG Druck); M. Lützner; B. Höder (ÖTV); C. Krüger (ÖTV); H.-H. Gehrke, Bezirksvorsitzender (IG Druck); N. Winter (IG Druck); Röhl (IG Druck); N. Hackbusch, Vorstandsmitglied (IG Druck); F. Schütze, stellv. Landesbezirksjugendleiter (IG Druck); B. Stehn; U. Kußmann; M. Schmitt; H. P. Müller, Betriebsrat (IG Chemie); W. Gessner; C. Sieloff; U. Becher; G. Kröchner, Betriebsrat; W. Bartsch; H. Hauer; W. Bock; C. Diesener; S. Petersen; H. Frankenberg, Vertrauensmann (IG Chemie); D. Jrawe, Vertrauensfrau (GEW); K. Groth, Vertrauensmann (HBV); C. Peich; P. Doebeck; L. Möller; R. Seidl; V. Bargen; A. Sieloff; S. Seidenberg; U. Rechenberg; G. Scheifer; H. Neitsch; H. Wojahn; G. Popow (HBV); P. Lohmann (HBV); W. Brüne; T. Hansen, Betriebsratsvorsitzender (IGM); F. Thiermann; T. Freyer; B. Berg; P. Mielke; J. Smaj; K. Kansthöft; K. Hamdorf, Blocksprecher G 5 (IG Druck); F. J. Suhr, Delegierter (IG Druck); S. Suhr; L. Lieske (IG Druck); D. Poeck VK-Leitung (IGM); H. Obloch, Vertrauensmann (IGM); W. Scheer; A. Seidl; H.-J. Welner (GEW); J. Brüsecke (GEW); B. Pier (GEW); A. Herrmann (GEW); C. Bargholz (GEW); M. Panther (GEW); G. Schwigon, OJA (HBV); K. Meyer OJA (HBV); J. Jabel OJA (HBV); I. Koeniger (IG Chemie); O. Ruter; H. Thormählen, VK-Leitung IG Chemie; K. Roocks, Betriebsrat (IG Chemie); J. Schwanck, Betriebsrat IG Chemie; K. Thomsen, Vertrauensmann (IG Chemie); W. Lancker, Vertrauensmann (IG Chemie); V. Marks, Vertrauensleutesprecher (NGC); R. Hamann; W. Hafkus (GEW); B. Lattwesen (GEW); D. Husenbeth (GEW); R. Silvester; G. Paap (GEW); M. Wiese (GEW); H. Stoltenberg (GEW); S. Schlutius (GEW); U. Stock (GEW); O. Sommer; A. Gellert, Delegierter (IG Druck); S. Siegel; S. Bachmann; W. Rambatz; S. Busch; F. Hamdorf; W. Hatscher; E. Hegenscheidt; Ch. Streege; H. Käckenmester; K. Jessen; R. Kesler; S. Seidel; U. Krey, KJA-Vertreter (GHK); K. Frank, KJA-Vertreterin (GHK); R. Granz, Betriebsrat (GHK); A. Homann (GHK); W. Grage (GHK); P. Koch (GHK); U. Braun, Bezirksjugendvorsitzender (GHK); J. Fuhrberg (IGM); D. Schütt; R. Krohn (GHK); M. Stock (GHK); W. Weskamp, Betriebsrat; H. Brey (IGM); H. Weskamp; U. Zabel, VK-Leitung (IGM); G. Jacob, Vertrauensmann (IGM); Z. Engli, Jugendvertreter (IGM); R. Schroth, Jugendvertreter (IGM); R. Tetzlaff (IGM); A. Schmid, Jugendvertreter (IGM); H. Sager, VK-Leitung (IGM); Großmann; A. Bars; H. Daedrich; J. Klein, Vertrauensmann (IGM); A. Göttlich, Jugendvertreter (IGM); G. Bornfleth (ÖTV); D. Schwadke; R. Serfas (IGM); M. Pawlos (IGM); A. Rüthje, Betriebsrätin (IG Druck); G. Labusch (IGM); S. Davids, Jugendvertreterin (IGM); R. Ewald, Delegierter (GEW); Schneevoigt, VK-Leitung (IGM); Chr. Schlessinger (IGM); Th. Willhöft (IG Druck); J. Bednarz, Jugendvertreter (IGM); A. Rieken (ÖTV); S. Kalberlab, Jugendvertreterin (ÖTV); B. Adrians, Delegierte (GEW); I. Wandenberg; S. Gierlich, Vertrauensmann (GEW); W. Lebmann (GEW); V. Steege (IG Druck); I. Ludwig, Vertrauensfrau (IG Druck); U. Heinrich, Delegierter (IG Druck); H.-J. Schulz, Delegierter (HBV); K. v. Appen, Bezirksjugendleiter (IG Druck); M. Schmidt (IG Druck); J. J. Schmidt; S. Blankenfeldt (IG Druck); A. Kock (HBV); H. Kröger; S. Koos; P. Erdmann; J. Boehnisch; P. Bachofner; Betriebsrat (IG Druck), J. Bergmann; L. Antosch, Betriebsratsvorsitzender (IG Druck); J. Fehrs; A. Tews; S. Petersen; C. Schütt; R. Garbe; H. Berodt; O. Müller; U. Steinfeld; M. Guzek; C. Schewe; M. Brandt; Chr. Wagner; A. Gierke; R. Oppermann, Vertrauensmann (ÖTV); M. Wituska, OJA-Delegierter (IGM); M. Ehlert, VK-Leiter (IGM); J. Oberkampf, Betriebsrat; P. Skalawski, Vertrauensmann (HBV); J. Blankenburg, Delegierte (HBV); M. Dietrich, Delegierte (HBV); J. Klewitz, Delegierter (IG Druck); H. Jäckel, Vertrauensfrau (IG Druck); H. v. Thaden, Betriebsrat (IGM); G. Wöckner, Betriebsratsvorsitzender; P. Camin, Betriebsrat (IGM); G. Thode, Betriebsratsvorsitzender (IG Chemie); M. Thormählen, Vertrauensfrau (ÖTV); G. Kiesewer; I. Böhle, Jugendvertreter, OJA Vorsitzender (HBV); U. Ulbricht, OJA (HBV); U. Hansen; C. Gebaner (HBV); D. Schwarzer; U. Heyden (IGM); F. Stritzel, Betriebsrat (IGM); G. Preyawa (IGM); K. Wiemann (IGM); H. Kuhr (IGM); M. Humberg (Arzt); B. Kästner (ÖTV)

Angaben von Funktionen dienen lediglich Informations- und Identifikationszwecken.

aus „Morgenpost",5.9.80

Angaben von Funktionen dienen lediglich Informations- und Identifikationszwecken.

aus „Morgenpost",5.9.80

Heute Olaf – morgen wir?

Aktionen in Münster

Nachdem die Nachricht vom Tode Olafs in Münster bekannt wurde, setzten sich Leute ans Telefon, um andere zur Besprechung von Aktionen zu mobilisieren. Es versammelten sich dann am Sonntagabend etwa 50 Leute (Spontis, Leute aus Initiativen, der Grünen Alternativen Liste (GAL) und dem KB), die alle sehr traurig und betroffen, gleichzeitig aber ungeheuer wütend über den Tod von Olaf waren. Zunächst wurde sehr ausführlich darüber gesprochen, wie dieser Tod einzuschätzen sei: War er bewußt durch die offensichtlich überflüssige und brutale Polizeitaktik in Kauf genommen? Was bedeutet das für eine Einschätzung unseres Bullenstaates insgesamt? Viele berichteten auch von erschreckend gleichgültigen Reaktionen vieler Linker auf diesen Tod.

Um das gleichgeschaltete Schweigen der Münsteraner Presse zu durchbrechen, wurde beschlossen, ein Flugblatt in hoher Auflage (10.000) zu drucken und während eines kleinen Umzugs mit Transparenten in der Stadt zu verteilen. In diesem Flugblatt wurden die Ermittlungen des Hamburger Untersuchungsausschusses dargestellt und die Forderung nach Aufklärung des Polizeieinsatzes, der zum Tode von Olaf führte, erhoben. Durch diese Aktion konnten sehr viele Münsteraner Bürger erreicht und informiert werden.

Im Anschluß an diese Aktion statteten wir noch einer SPD-Wahlkampfveranstaltung einen Besuch ab: Die Münstersche SPD mit ihrem Bundestagskandidaten Wolf Michael Catenhusen, der sich immer wieder als Linker zu profilieren versucht, hatte für ihre Veranstaltung am 1.9. (Antikriegstag) den Kriegsminister Apel eingeladen. Als Apel anfing zu reden, standen wir auf, entrollten unsere Transparente, forderten in Sprechchören die Untersuchung des Todes von Olaf und verteilten unser Flugblatt. Das Erstaunen der anwesenden Sozialdemokraten war recht groß; das hatten sie wohl nicht erwartet, daß auch mal eine von ihren Veranstaltungen „gestört" wurde. Fürchterlich sauer reagierte der linke Bundestagskandidat und griff vor allem ein Ratsmitglied der GAL an, der die Erklärung zusammen mit einer anderen Frau vortragen wollte. Nachdem Apel zunächst den Saal räumen lassen wollte, „erlaubte" uns Catenhusen zwei Minuten Redezeit nach der Apel-Rede. In dieser Erklärung wurde ein Zusammenhang hergestellt zwischen der auch durch die SPD und ihren Minister Apel verschärften Kriegsgefahr und der massiven Unterdrückung von Widerstand in der BRD, bei der auch Tote in Kauf genommen werden. Es wurde aufgezeigt, daß diese verschärfte Repression von der SPD führend mit vorangetrieben wurde, wovon Olaf in Hamburg nur ein Beispiel ist, und nicht daran zu glauben ist, daß die SPD mehr soziale Reformen und Freiheiten verschaffen werde, wie das noch von Catenhusen in seiner Rede versprochen wurde. Außerdem wurde der Vorgang in Hamburg dargestellt und eine unabhängige Untersuchung gefordert. Außer dummen Sprüchen über die Grünen fiel Apel zu diesem Thema nicht viel ein. Außer diesen Aktionen versuchte das Solidaritätskomitee für Olaf noch, eine Todesanzeige in beide Münsteraner Zeitungen zu bringen. Den Abdruck lehnten allerdings beide Zeitungen ab.

KB/Gruppe Münster

P.S.: Auch in Bonn kam es zu Aktionen anläßlich des Todes von Olaf: In einer Nacht wurden die Wahlkampfplakate der großen bürgerlichen Parteien mit Parolen überklebt.



Mahntafel für Olaf an der S-Bahn Sternschanze. Am 6.9. (also kurz nach der Demo) wurde das Stellschild von „Unbekannten" entfernt

Frankfurter Polizei: Mit der Pistole gegen Demonstranten

Der tote Strauß-Gegner Olaf war noch nicht unter der Erde; da kam es anläßlich einer Protestkundgebung gegen die Hamburger Polizei-Ausschreitungen in Frankfurt am 2.9. zu einem neuen gefährlichen Zwischenfall: Kundgebungsteilnehmer hinderten fotografierende Spitzel an der Fortsetzung ihrer Tätigkeit. Darauf zogen die zwei Zivilbullen ihre Pistolen, hielten die Demonstranten in Schach und setzten sich hinter bereitstehende Polizeiketten ab. Wer denkt da nicht an Benno Ohnesorg und Kurras?

Am Kundgebungsort selber war eine Hundertschaft in voller Montur aufgefahren, weitere Hundertschaften hielten sich im gesamten Innenstadtbereich in Bereitschaft. Diese sollten vor allem spontane Anschlußdemonstrationen sofort zerschlagen.

Der gigantische Polizei-Aufmarsch galt etwa 300 Kundgebungsteilnehmern, die nach eineinhalbtägiger Mobilisierung dem Aufruf von GLH, KB, Uni-AStA, GIM, SAG, SB, KL, der „Volksfront" und Anarchos gefolgt waren, um anläßlich des Todes von Olaf gegen den zunehmenden Polizeiterror, gerade auch in Frankfurt, zu protestieren.

Bereits der Aufruf zu dieser Demonstration rief bei Polizei und Landesregierung hektische Erklärungen hervor. Innenminister Gries (FDP) bezeichnete die Demonstration gegenüber der eilig zusammengetrommelten Presse als *„bewußte Irreführung der Öffentlichkeit und üble Verleumdungskampagne"*, und der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer *„appelierte an die Bevölkerung, sich nicht aufhetzen zu lassen"* (Neue Presse, 2.9.). Derartige Reaktionen der Polizei und des Innenministers waren bisher bei der Frankfurter Polizei nicht üblich. Ihre sonstige gelassene Dreistigkeit war ziemlich dahin. Was müssen die Bullen für Dreck am Stecken haben, der sie zu solchen Schritten veranlaßt?

Gegen zwei der Aufruf-Flugblätter wurde mittlerweile ein Beschlagnahmebescheid erlassen. Passanten und Demonstrationsteilnehmer jedoch hörten sehr aufmerksam zu, als in der Frankfurter Öffentlichkeit erstmalig ausführlich über die tatsächlichen Abläufe während der Hamburger Anti-Strauß-Demonstration berichtet wurde.

Eine Resolution der Mitglieder der Frankfurter Jugendgruppe der IG Druck und Papier und der SV der Berufsschule für das graphische Gewerbe wurde verlesen.

Ein Frankfurter Hausbesetzer berichtete über die Erfahrungen mit der Polizei bei Hausbesetzungen. Erst am vorhergehenden Samstag erlitt ein Hausbesetzer einen Nierenriß, als die Bullen ihn bei einer Hausbesetzung zusammentraten.



Zivilbullen mit gezückten Pistolen bedrohen Demonstranten

Nach Beendigung der Kundgebung zogen noch etwa 60 Leute auf die Hauptgeschäftsstraße. Vier von ihnen wurden von der Polizei *mit entsicherten Pistolen* abgeführt, mindestens einer von ihnen wurde verletzt.

KB/Gruppe Frankfurt

Trauerzug für Olaf

Während Olafs Tod in Bremen weitgehend totgeschwiegen wurde, wurde eine Gruppe von Schülern und Jugendlichen aktiv. Mit einem Flugblatt, unterschrieben mit *„Alle, die trotz Strauß leben wollen"*, gelang es ihnen, ca. 600 Leute, meist Schüler und Jugendliche, am 5. September zu einem Trauerzug durch die Bremer Innenstadt zu mobilisieren. In Bremen besteht eine besondere Betroffenheit durch die Hamburger Ereignisse, da Strauß am 24.9. auch für Bremen seinen Besuch angekündigt hat.

Bei einer Kranzniederlegung zum Andenken an Olaf am Ansgarikirchhof wurden die Todesursachen, soweit sie durch den Hamburger Ermittlungsausschuß bekannt waren, dargelegt. Nach der offiziellen Auflösung der Demonstration ging der Zug fast geschlossen weiter zum Marktplatz, vorbei an einer massiven Polizeikette, die den Marktplatz und die dort stattfindende „Weserlust" abriegelte. Der Versuch, eine Kirche zu besetzen, scheiterte an den hysterischen Reaktionen der dort anwesenden Kirchenbesucher und des Pfarrers und dem sofort aufmarschierenden Polizeiaufgebot. Man zog sich zurück. Auf dem Nachhauseweg wurde kurzzeitig noch die nächste Kreuzung lahmgelegt.

Außer KB und FAU beteiligte sich keine linke Organisation an der Demonstration. Das Desinteresse wurde damit begründet, lieber zur Demo nach Hamburg fahren zu wollen, oder wenn Strauß kommt, etwas machen zu wollen.

KB Bremen

FJS am 3.9. in Fulda

Obwohl die CDU 20000 bis 30000 Fans erwartet hatte, kamen nur um die 10000, um dem Kanzlerkandidaten sowie Alfred Dregger, dem hiesigen Wahlkreiskandidaten zu applaudieren.

Auch etwa 200 Strauß-Gegner hatten sich eingefunden, die mit Transparenten, Trillerpfeifen und Strauß-raus-Rufen den Kandidaten zu einigen Bemerkungen über die „jüngsten Krawalle und bürgerkriegsähnlichen Vorfälle in Hamburg und Bremen" veranlaßten. Selbst in einer CDU-Hochburg wie der Bischofsstadt Fulda kann der Kandidat erfreulicherweise nicht ohne lautstarken Protest auftreten.

KB/Fulda

DKP: Zynismus ohne Grenzen

Am 4.9. erschien das DKP-Zentralorgan „UZ" auf Seite eins mit der Schlagzeile: *„Nach den Vorfällen bei Hamburger Anti-Strauß-Aktion: Neonazi-Terroristen als Provokateure entlarvt"*. Darunter hieß es dann im Vorspann: *„Beim Versuch, die große Hamburger Demonstration gegen Strauß am 25. August durch gewalttätige Ausschreitungen zu sprengen, haben auch Mitglieder der neonazistischen Terrororganisationen mitgemischt. ... Damit wird erneut klar, daß die vielbeschworenen Terroristen, mit deren Hilfe die Linkskräfte in unserem Land diskreditiert werden, rechte Kräfte sind oder den Rechtskräften in der Bundesrepublik nutzen"*.

Dieser Text läßt Gewaltiges vermuten. Er entpuppt sich jedoch als typisches Windei im bekannten DKP-Stil: Die Sache reduziert sich auf den nackten Fakt, daß *Michael David* von der nazistischen Hansa-Bande *„als ‚Punker' verkleidet"* („UZ") an der Demonstration gegen Strauß am 25.8. und zwei Tage später an einer Demonstration gegen die Polizei-Ausschreitungen anläßlich dieser Demonstration teilgenommen habe. David habe am 25.8. „inmitten provozierender Kräfte mitgemischt, um eine Konfrontation mit der Polizei zu provozieren". (vgl. dazu unsere Bitte um Hinweise, „Betrifft Michael David").

Daß Michael David am 25.8. *„inmitten provozierender Kräfte mitgemischt* (habe), *um eine Konfrontation mit der Polizei zu provozieren"*, darf vorerst als lockere, nicht unbedingt glaubwürdige Zugabe der „UZ" gewertet werden.

Daß es der DKP bei dieser „Enthüllung" keineswegs um Politik gegen die Neonazis, sondern um mieseste Polemik gegen L i n k s geht, wird schon aus der Tatsache ersichtlich, daß sie zwar die Meldung über Michael David groß auf die erste „UZ"-Seite setzen läßt, hingegen über die Verhaftung von Roeder und anderen Nazi-Terroristen erst in einer kleinen Meldung auf Seite zwei berichtet. Diese Meldung auf Seite zwei benutzt die „UZ" zudem nochmals zu einer Polemik von der schmutzigsten Sorte: *„Die jüngsten Terroranschläge und die Provokationen am Rande der großen Demonstration* (am 25.8. gegen Strauß) *in Hamburg, an denen Neonazis mitgemischt haben, unterstreichen erneut die Forderungen ..."* (nach Verbot faschistischer Propaganda etc.) **Die Demonstration gegen Strauß wird also auf eine Stufe gesetzt mit nazistischen Mordanschlägen.**

Daß Miachel David sich neuerdings unter die ‚Punker' gemischt hat und gelegentlich auch in deren Stammkneipe im Karolinenviertel aufkreuzt, konnten AK-Leser bereits am 30. Juni erfahren (AK 180, S.20). Niemand (außer vielleicht einem durchgeknallten DKP'ler) wird darin einen Beweis sehen, daß die ‚Punk'-Szene plötzlich faschistisch geworden wäre. Nachdem die durch Verhaftungen reduzierten Reste der Hansa-Bande seit Monaten in Hamburg nicht mehr in Erscheinung getreten sind, liegt die Vermutung nahe, daß sich deren Aktivisten und Mitläufer (mehrheitlich sehr junge Leute) inzwischen andere soziale Bezugsfelder gesucht haben — bei den ‚Punks', bei den HSV-Fans, vielleicht sogar in irgendeinem ganz friedlichen Freizeitverein oder bei der SDAJ. Daß es sich dabei nur um „Verkleidung" zwecks Fortsetzung nazistischer Aktivität handelt, läßt sich — ohne Kenntnis der konkreten Umstände — noch nicht einmal g e n e r e l l sagen. Es mag durchaus sein, daß einige Jungnazis die ‚Punk'-Szene oder einen kirchlichen Gesangverein oder sonstwas inzwischen t a t s ä c h l i c h als ihre soziale Heimat begreifen. **Das müßte eigentlich gerade der DKP einleuchten, die sich im Parteivorstand gern mit einem Mann wie Richard Scheringer brüstet, der in der Weimarer Republik als rechtsradikaler Terrorist im Knast saß, bevor er sich zum Kommunismus ‚bekehren' ließ.**

Außerdem: die Teilnahme e i n e s Nazis an einer Demonstration gegen Strauß — an der sich mehrere Tausend Menschen beteiligten — besagt natürlich nichts über den Charakter der Demonstration. Bestenfalls könnte man den Verantwortlichen der Demonstration Unaufmerksamkeit vorwerfen. Dieser Vorwurf wäre aber seitens der DKP auch nur scheinheilig: Wenn die Zeugen der DKP, die den „verkleideten" Michael David auf der Demo erkannt haben, sich an die Demo-Leitung gewendet hätten (statt die Sache für eine hämische Hetze gegen Links zu reservieren), wäre David zweifellos umgehend gegriffen und vertrieben worden.

Die DKP ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß der gerade jetzt inhaftierte Nazi-Terrorist Manfred Roeder am 19.2.77 Teilnehmer jener legendären Spalterdemonstration in Itzehoe (gegen das AKW Brokdorf) war, die auch von der DKP massiv unterstützt wurde. Der Vorgang ist durch Presse-Fotos bestens belegt. Anders als jetzt David war Roeder damals keineswegs „verkleidet" und wurde zudem von einem ganzen Trupp seiner Anhänger begleitet. Es ist nicht bekannt, daß damals DKP'ler oder andere Demonstrationsteilnehmer gegen Roeder und seinen Haufen eingeschritten wären. Was wird dadurch bewiesen? Daß die Kundgebung in Itzehoe eine Provokation von Neonazi-Terroristen war? Daß die DKP in Itzehoe „Arm in Arm" mit Neonazi-Terroristen demonstriert hat?...

Die Hetze der DKP gegen Links bewegt sich in bemerkenswert plumpen, primitiven Formen. Ähnlich wie jetzt die Hamburger Demonstration gegen Strauß ist in der „UZ" die Bremer Demonstration gegen eine öffentliche Rekrutenvereidigung lang und schlapp diffamiert worden: In diesem Fall versuchte die „UZ", durch mechanische Wiederholung ihrer Behauptung den Eindruck zu erwecken, diese Demonstration sei vom MAD (Bundeswehrgeheimdienst) und vom Verfassungsschutz „inszeniert" worden.

Daß bei dieser penetranten Hetze gegen Links kaum Platz für ein kritisches Wort zum Vorgehen der Polizei gegen die Anti-Strauß-Demonstranten bleibt, liegt auf der Hand. Die Ermittlungen der Strauß-Gegner über die Polizei-Einsätze am 25.8. in Hamburg, die sogar von der bürgerlichen Presse berücksichtigt wurden, durften in der „UZ" selbstverständlich mit keinem Wort erwähnt werden. Lieber setzt die DKP von der Polizei angegriffene Strauß-Gegner mit Nazi-Mördern gleich.

Hamburger Utsichten
DKP
Extra-Extra

Provokationen am 25.8.80:

Neonazis mischten mit!

Betrifft: Michael David

Michael David, Aktivist der nazistischen Hansa-Bande und seit einigen Monaten in die Punk-Szene im Karolinenviertel eingestiegen, ist in letzter Zeit mehrfach am Rand von linken Demonstrationen gesehen worden. Seine Begleiter bei diesen Gelegenheiten waren uns aus der Nazi-Szene nicht bekannt.

Von der DKP werden diese Auftritte von Michael David zu einer Schmutzkampagne gegen die Linke unter dem Motto „Zusammenarbeit zwischen maoistischen und nazistischen Provokateuren" benutzt.

Nach unseren bisherigen Feststellungen haben M. David und seine Begleiter an den betreffenden Demonstrationen nicht direkt teilgenommen, sondern sie teils als Zuschauer verfolgt, teils am Rande streckenweise begleitet.



Michael David

Wir bitten um Hinweise: Wer hat M. David bei den Demonstrationen am 25.8., 27.8. und 6.9. gesehen und kann über sein Verhalten Auskunft geben? Wer kennt die neuen Freunde von M. David? Wer kann über die aktuellen politischen Aktivitäten von M. David berichten?

Zur Vermeidung von Mißverständnissen: Bei M. David handelt es sich nicht um einen „kleinen Mitläufer" der Hansa-Bande, sondern um einen Aktivisten des „harten Kerns", der auch an den letzten Provokationen der Bande (nach der Verhaftung von Kühnen) als Schläger beteiligt war.

Diese letzten öffentlichen Auftritte der Hansa-Bande liegen inzwischen allerdings mehr als ein halbes Jahr zurück. Wer weiß etwas über den Verbleib der anderen Bandenmitglieder, z.B. Tibor Schwarz?

Alle verfügbaren Hinweise bitte rasch an die AK-Redaktion.

Repressionen gegen Strauß-Gegner

In der ganzen Bundesrepublik ist eine anwachsende Welle von Verfolgungsmaßnahmen gegen Strauß-Gegner zu beobachten. Am härtesten weht der Wind natürlich in Bayern, aber mittlerweile sind kaum noch Unterschiede im Vorgehen CDU/CSU-regierter und sozial-liberal regierter Länder feststellbar. Überall machen sich willfährige Helfer des „Kandidaten", seien es nun Polizisten auf Streife, Staatsanwälte, Politiker (nicht nur der CDU!), Schulleitungen oder Kapitalisten, auf die Beine, die Ehrenrettung ihres Idols zu betreiben. Was dabei herauskommt, ist ein Feldzug gegen die Meinungsfreiheit; Pressezensur, Selbstzensur bei Strauß-Gegnern; insgesamt wird versucht, ein Klima zu schaffen, in dem die offene Meinungsvertretung über die Person und das Programm Strauß' in den Bereich des Kriminellen gedrückt wird. Die Bayerische Staatskanzlei nimmt dabei eine nicht ganz unwichtige Stellung ein: Oft werden ihr von den Staatsanwaltschaften die Fälle erst zugetragen, dann übernimmt sie stellvertretend für Strauß die Anzeige, erteilt so faktisch im Nachhinein das Ja-Wort für eine Anklage gegen Strauß-Gegner. Aber der juristische Strang der Verfolgung stellt nur die Speerspitze der Repression dar: Raumverbote, Entlassungen aus Schule und Betrieb, Be- und Verhinderung kultureller Veranstaltungen – die Liste aller Fälle geht bereits in die Hunderte und nur wenige erreichen die Publizität wie der Fall Christine Schanderl. Es gilt – besonders im bevorstehenden Wahlkampf – die Summe dieser Erfahrungen in die Auseinandersetzungen gegen Strauß einzubringen, den Betroffenen eine wirksame Solidarität zu bieten und die Erkenntnis zu fördern, daß SPD und FDP ihren möglichen Einfluß, diese Entwicklung zu verhindern, nicht nutzen, sondern vielmehr des öfteren an der Repression verantwortlich beteiligt sind.

IKAH

◘◘

Wie bereits berichtet, ist die Justiz ganz fix hinter der Rockgruppe „Checkpoint Charlie" her, weil sie ihr Maskottchen, ein zwei Meter großes Papp-Schwein, „Franz-Josef" nennt und mit diesem bei ihren Auftritten allerlei Späße treibt („*Franz Josef, die Sau ... vielleicht hilft sie euch, darüber nachzudenken, was in der Zu-*

Papp-Schwein, „Franz-Josef" nennt und mit diesem bei ihren Auftritten allerlei Späße treibt („*Franz Josef, die Sau ... vielleicht hilft sie euch, darüber nachzudenken, was in der Zu-*

kunft vielleicht auf uns zukommt ..."). Die Gruppe wundert sich natürlich darüber, daß die Ermittlungsbehörden darin eine Anspielung auf Strauß sehen. In mindestens fünf Städten kamen Spitzel in den Genuß guter Rockmusik und die Folge ist, daß nun die Amtsgerichte in Kempten, Böblingen, Hamburg, Freiburg und Heidelberg Zeugen zu dem Programm der Gruppe vernehmen. In Kaiserslautern mußten sich die Checkpoints erkennungsdienstlich behandeln lassen. In Kempten steht demnächst die Hauptverhandlung an.

◘◘

Kempten. Wegen übler Nachrede „gegen eine Person des öffentlichen Lebens" hat ein Jugendrichter in Kempten einen heute 21jährigen Abiturienten zu einer Geldstrafe von 1800 DM verurteilt. Der junge Mann, Kreisvorsitzender der „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg" hatte presserechtlich für ein Flugblatt verantwortlich gezeichnet, in dem Strauß zitiert wurde: „*Wer mich hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen*". Der Angeklagte verteidigte sich damit, daß der Satz vor zehn Jahren im „Spiegel" gestanden hatte, und Strauß dagegen nicht vorgegangen sei. Der Richter meinte dagegen, daß der Angeklagte den Nachweis hätte erbringen müssen, daß der Ausspruch wirklich gefallen sei. Vielleicht hat Strauß das ja damals überlesen: oder sollte er sich an den „Spiegel" nicht rangewagt haben, oder sollte gar der Ausspruch richtig sein? (Nach „SZ" vom 17.7.80.)

◘◘

Regensburg. Der „Frei"staat Bayern hat wieder zugeschlagen. Christine Schanderl, 18jährige Gymnasiastin, wurde vom Disziplinierungsausschuß des Albertus-Magnus-Gymnasiums von der Schule verwiesen, weil sie auch weiterhin eine „Stoppt-Strauß"-Plakette getragen hat. Der Beschluß wurde damit begründet, daß „*aus pädagogischen Gründen und zur Vermeidung weiterer Störungen des Schulbetriebes*" die Schulentlassung notwendig sei.

Mit dieser Schulentlassung wurde der bisherige „Höhepunkt" einer mehrmonatigen Auseinandersetzung zwischen Schulleitung und der Schülerin erreicht. Die gesamte Palette von Maßnahmen, die die „Allgemeine Schulordnung" (ASchO) in Bayern gegen „aufmüpfige" Schüler/innen vorsieht, wurde gegen Christine durchgezogen. Bei der Entscheidung wurde Christine auch ihr „Gesamtverhalten" in den vergangenen drei Jahren vorgeworfen. Es ist außerdem nicht unbekannt, daß Christine „in linken Kreisen" aktiv ist. Christine will gegen die Schulentlassung klagen und hat auch eine Normenkontrollklage gegen die bayrische ASchO angekündigt, da diese gegen das Grundgesetz verstoße, da sie solche „existenzbedrohenden" Strafen zulasse. Auf jeden Fall besteht sie weiter auf dem Recht der freien Meinungsäußerung. CSU-Sprecher Godel Rosenberg gab zu diesem Vorfall einen bezeichnenden Kommentar ab. Das Verhalten der Schülerin sei eine „*öffentliche Provokation*". Die Maßnahme der Schulentlassung sei absichtlich herbeigeführt worden.

Inzwischen hat die Lehrerkonferenz Christines Widerspruch gegen die Entlassung zurückgewiesen; sie darf also auch weiterhin nicht die Schule betreten. Der ganze Fall entwickelt sich sogar so weit, daß nunmehr auch der faschistische Sumpf, der auf die Strauß-Kandidatur setzt, sich zu Wort meldet: „*Meine Eltern mußten sich am Telefon anonyme Morddrohungen anhören, und ich habe,, ebenfalls anonym, Drohbriefe erhalten. In einem heißt es: 'Du Kommunistenhure, hoffentlich verreckst du bald!'* " (Christine in einem interview der „Metall" vom 6.8.80). Es gibt aber auch viel Solidarität: Ca. 20 Mitschüler erschienen nach Christines Rausschmiß in der Schule gleichfalls mit Anti-Strauß-Plaketten, versehen mit dem Zusatz: „aus Solidarität". Die Minderjährigen unter ihnen haben deswegen einen Brief nach Hause bekommen und die Älteren bereits einen Verweis! Drei Schüler wurden für sechs Tage von der Schule ausgeschlossen und weiteren drei der Schulausschluß angedroht. Gegen all dies hat eine Elterninitiative eine Protestaktion organisiert. Klaus Hahnzog, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Juri-

schlossen und weiteren drei der Schulausschluß angedroht. Gegen all dies hat eine Elterninitiative eine Protestaktion organisiert. Klaus Hahnzog, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Juri-

sten, bezeichnet das Vorgehen gegen Christine als „rechtwidrig", weil hierfür keine gesetzliche Grundlage gegeben sei, und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Hiersemann nennt es sogar „verfassungswidrig". Die FDP spricht von einem „pädagogischen Offenbarungseid" und hofft auf die Gerichte. In einem Interview des Deutschlandfunks äußerte der 83jährige Fritz Eberhardt, einer der „Väter des Grundgesetzes", einer Schülerin dürfe eine Meinungsäußerung auch in der Schule nicht verboten werden. Dies lasse nach seiner Ansicht das Grundgesetz nicht zu. Der SPD-Europa-Parlamentarier Gerhard Schmidt sieht bereits negative Auswirkungen auf das Ansehen der BRD in Europa; Judos, Grüne, Bunte, Gewerkschaftsverbände geben Christine Zuspruch. Es bleibt zu hoffen, daß nun a l l e Schikanen gegen Strauß-Gegner in diese öffentliche Diskussion einbezogen werden.

Solidaritätsadressen für Christine bitte richten an den IG-Metall-Kollegen **Heinz Vogt, Silberne Fischgasse 16, 8400 Regensburg.**

Auf Wunsch wird dann die Dokumentation über die Entlassungen von Strauß-Gegnern in Regensburg zugesandt.

(„FR", „SZ", „TaZ", „Neue", „MoPo", 18.7. – 29.7.80).

◘◘

Iserlohn. Erhard Sieland, ein 27jähriger Arbeiter, will vom Bundesarbeitsgericht in Kassel klären lassen, ob das Tragen einer Anti-Strauß-Plakette im Betrieb ein „*parteipolitisches, provokatorisches Verhalten*" ist. Mit dieser Begründung hatte das Hammer Landesarbeitsgericht Sielands Berufung gegen seine fristlose Kündigung durch die Sundwiger Messingwerke zurückgewiesen und damit das Urteil aus erster Instanz bestätigt („FR", 18.8.80).

◘◘

Stuttgart. Die erfreuliche Tatsache, daß zahlreiche fortschrittliche Kirchenleute ihren Einfluß nutzen, um auf die Gefahr Strauß aufmerksam zu machen, läßt den Vorsitzenden der „Konferenz bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands", Pfarrer Fritz Grünzweig, wütend aufschäumen: Dieses „*Kesseltreiben*" sei eine „*unverantwortliche Vergiftung des politischen und kirchlichen Klimas*" und werde von solchen Theologen bewerkstelligt, die „*bisher schon das biblische Evangelium zu einer politischsozialistischen Ideologie umzufunktionieren versuchen*". Grünzweigs „bekennende Gemeinschaften" stellen nebenbei gesagt, die Speerspitzen der reaktionär-klerikalen Kampagne gegen die Abtreibung – wer sagte da „Vergiftung des Klimas"...? („FR", 20.8.80.)

◘◘

Aachen. Ein Chemiefacharbeiter ist von einem Unternehmen in Stolberg bei Aachen wegen Tragens einer „Stoppt Strauß"-Plakette am Arbeitsplatz fristlos entlassen worden. In dem Kündigungsschreiben beruft sich die Firma auf das Betriebsverfassungsgesetz, das jede parteipolitische Betätigung im Betrieb untersage. Der Arbeiter war vorher aufgefordert worden, die Plakette nicht im Betrieb zu tragen.

Der Betriebsrat hatte der fristlosen Kündigung üblerweise zugestimmt, obwohl der Kollege selbst stellvertretendes Betriebsratsmitglied ist. Die Abstimmung fiel knapp aus.

Vor dem Arbeitsgericht schließlich stand ein Vergleich an: Die Firma Grünenthal solle den Arbeiter weiterbeschäftigen, wenn er sich bereiterkläre, die Plakette direkt am Arbeitsplatz (aus Sicherheitsgründen) abzulegen, andererseits habe die Firma ihm zu gestatten, die Plakette auf dem Werksgelände und während der Pausen zu tragen, da das Grundgesetz der freien Meinungsäußerung nicht so einfach außer Kraft zu setzen sei. Diesen Vergleich lehnte die Geschäftsleitung ab, sie will eben ein politisches Urteil zu ihren Gunsten. So kam es am 27.8. zum Arbeitsgerichtsprozeß, dessen Ausgang noch nicht bekannt ist. („SZ", 29.7., „TAZ", 30.7.80).

◘◘

Hamburg. Die Bundesvereinigung

◘◘

Hamburg. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände drohte im Süddeutschen Rundfunk, daß Arbeiter und Angestellte die im Betrieb eine „Stoppt-Strauß-Plakette" tragen, mit Entlassung rechnen müssen. Gewichtiges Argument der Kapitalisten: Auch in Betrieben der Gewerkschaft würde so verfahren! Es sei „parteipolitische Betätigung" (wo's doch genau das Gegenteil ist! Anm. IKAH) und die Rechtsprechung rechtfertige solche Maßnahmen. Unverkennbar versuchen die Kapitalisten z.Zt. massiv eine solche Recht(s)sprechung zu institutionalisieren. („SZ", 24.7.80).

◘◘

Ansbach. Das Verwaltungsgericht Ansbach hat den Antrag der Nürnberger Studienrätin Brita Wandt abgelehnt, die sofortige Vollziehung des Verbots zur Führung der Dienstgeschäfte aufzuheben, das der Stadtrat gegen sie wegen Tragens einer „Stoppt-Strauß-Plakette" in der Berufsschule ausgesprochen hatte. Begründung: „*Politische Betätigung*" und damit „*Verstoß gegen das beamtenrechtliche Mäßigungs- und Zurückhaltungsgebot.*" Ein öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung sei gegeben. („SZ", 25.7.80).

◘◘

Regensburg. Mit welchen merkwürdigen Begründungen heute das Recht auf freie Meinungsäußerungen außer Kraft gesetzt wird, zeigt anschaulich die 4. Kammer des Arbeitsgerichts in Regensburg: Sie verwarf den Widerspruch eines 19-jährigen Maschinenschlossers gegen seine fristlose Kündigung wegen Tragens einer Anti-Strauß-Plakette, weil dies „*eindeutig gezielte parteipolitische Werbung*" sei, die die Grenzen der gesetzlich garantierten freien Meinungsäußerung am Arbeitsplatz überschreite, weil die Kollegen sich hier nicht entziehen könnten, und weil sie Auseinandersetzungen provoziere, Arbeitsablauf und Betriebsfrieden also gefährde. Man könne der Firma die Weiterbeschäftigung eines Arbeiters nicht mehr zumuten, der bei seinen Aktionen „*mit dem Kopf durch die Wand gehen wollte*"!! (SZ, 6.8.80).

◘◘

Nürnberg. Die Bezeichnungen „Hitler von heute" und „Mann nach der Art Hitlers" für Strauß, sowie die Formulierung „Stoppt Strauß, verhindert ein neues '33'' und ein weiterer Satz, daß Gegner von Strauß in Konzentrationslager gebracht werden k ö n n t e n, sind der „KPD" (exML) bei Androhung von 500.000 D-Mark Ordungsgeld verboten worden. Auch die Parole „Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, stoppt Strauß" wurde in diesem Urteil verboten, weil sie sich gegen eine bestimmte Person richte. („FR", 22.7.80).

◘◘

Lüneburg. Die Initiative „Lüneburger gegen Strauß" hatte am 12-Juli ihren ersten öffentlichen „Auftritt" in der Stadt. Sie verteilte ein Flugblatt: „*Wi wüllt hem nich*" zu Straussens Kriegsplänen. Darin wurde aber auch die kriegstreibende Politik der Bundesregierung angegriffen. Die Reaktion der SPD-regierten Stadt war: Raumverbot im Haus der Jugend, dem Treffpunkt dieser und vieler anderer Initiativen.

◘◘

München. Das Bayrische Innenministerium bezeichnete im monatlichen Verfassungsschutzbericht den Schriftsteller Bernt Engelmann wegen seiner Anti-Strauß-Aktivitäten als „*linksextremen Aktivisten*" und „*orthodoxen Kommunisten*"(?!), dessen Verhalten verfassungsfeindlich und „*für die Sicherheitslage in Bayern relevant*" sei. Vor Gericht erreichte Engelmann kürzlich, daß das Innenministerium diese Aussagen widerrufen muß. Das Innenministerium kündigte unterdes an, daß „mit Sicherheit" Berufung dagegen eingelegt wird.

Frankfurt. Die IG Metall hält das Tragen von politischen Plaketten für eine durch das Grundgesetz geschützte Meinungsäußerung. Sie will all ihren Mitgliedern bei Schwierigkeiten im Betrieb in dieser Sache Rechtsschutz gewähren.(„Mopo", 31.7.80). Diese Zusicherung stieß bei den CDU-Sozialausschüssen merkwürdigerweise (in der Tat s e h r merkwürdig!-Comp.) auf Kritik. („Mopo", 1.8.80).

◘◘

Hamburg. In einer Presseinformation vom 20.8.80 gibt eine Hamburgerin bekannt, daß ihr ein Prozeß wegen Beleidigung von Strauß bevorsteht. Sie hatte an ihrem Auto einen Aufkleber „Stoppt Strauß", wobei der Name am Ende mit Zeichen versehen war, die den SS-Runen ähnlich sind. Die Polizei stoppte sie und entfernte den Aufkleber mit der Bemerkung, er sei verboten. Die Hamburger Staatsanwaltwaltschaft informierte die bayrische Staatsanzlei, die dann „im Auftrag von Strauß" Anzeige erstattete.

◘◘

Um den phantasievollen Verzierungen des Konterfeis von Strauß auf CSU-Wahlplakaten ein Ende zu bereiten (Strauß mit Hitler-Bärtchen, mit Hitler-Frisuren usw.), hat die CSU in München eine Greiftruppe aus Parteimitgliedern rekrutiert, um diese Plakate nunmehr „zu sichern". Da von der Polizei „nicht viel Hilfe" zu erwarten sei, müsse die CSU eben selbst tätig werden. Deshalb patroullieren jetzt nachts CSU-Schläger vor allem durch die Stadtteile Münchens, in denen solche „Plakatschändungen" häufiger auftreten (im CSU-Jargon: die „Extremistenviertel"). Vier Jugendliche haben kürzlich mit einem solchen Kommandounternehmen der CSU Bekanntschaft machen müssen. Die Szene erinnert an SA-Methoden: Da stürmten aus drei dicht hintereinander fahrenden Autos sechs CSU-Schläger - einer war mit einem Knüppel bewaffnet - , umringten die vermeintlichen „Plakatschänder", stießen sie in die Fahrzeuge und übergaben sie dann der Polizei.

50.000 Anti-Strauß-Plakate der »Volksfront« beschlagnahmt

50.000 Anti-Strauß-Plakate der »Volksfront« beschlagnahmt



BELEIDIGEND oder nicht?

Auf Befehl von Strauß veranlaßten die Staatsanwaltschaften von Dortmund und Aschaffenburg am 23. August eine bundesweite Beschlagnahme-Aktion gegen ein Wahl-Plakat der von der KPD/ML zur Bundestagswahl gegründeten Liste „Volksfront". Das Plakat zeigt Strauß als schnaubenden Kampfstier und die „Volksfront" als Torrero. Darüber steht der Text: „*Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!*". Laut Beschluß des Amtsgerichts Dortmund stellt dieses Plakat eine Beleidigung des Strauß dar, „**da er durch die Karikatur in Verbindung mit den angeführten Formulierungen dadurch herabgewürdigt werden soll, daß er als Reaktionär, Faschist und Kriegstreiber dargestellt wird, der gegen Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Frieden eintritt. Gleichzeitig wird zum Ausdruck gebracht, daß seine Politik nicht verstandesgemäß angelegt sei, sondern von dumpfer Animalität geprägt sei**".

Was den zweiten Punkt des Beschlusses angeht, handelt es sich zweifellos um eine bis in die Bundesregierung hinein weitverbreitete Meinung über den CSU-Chef. Wenn Strauß jetzt sogar solche Meinungen verbieten lassen kann, zeigt das nur wieder, wie nahe wir den Zuständen schon sind, die Strauß fordert.

Noch interessanter ist der erste Teil des zitierten Beschlagnahmebeschlusses. Demzufolge wird Strauß auch durch die Ansicht beleidigt, er trete gegen „*Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Frieden*" ein. Die Frage stellt sich, ob Kritik an Strauß denn ü b e r h a u p t noch erlaubt sein darf? Hinzu kommt, daß die hier zitierten Begriffe gar nicht zur eigentlichen Aussage des beschlagnahmten Plakats gehören, sondern zum Listen-Namen der „Volksfront", der unten auf dem Plakat steht. Diese nennt sich nämlich mit vollem Namen: **„Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden".** Das ist zwar ebenso umständlich wie platt, aber eigentlich das gute politische Recht der „Volksfront". Immerhin läßt sich Strauß auf seinen Plakaten ja auch als „*Kanzler für Frieden und Freiheit*" bezeichnen – was doch die (beleidigende?!) Schlußfolgerung enthält, daß der amtierende Kanzler Schmidt k e i n „Kanzler für Frieden und Freiheit" sei. Falls sich das Dortmunder Amtsgericht mit seiner haarsträubenden Beschlagnahmebegründung durchsetzt, müßten „von Rechts wegen" fast sämtliche Wahlplakate a l l e r Parteien beschlagnahmt werden, die ja alle das Monopol der jeweiligen Partei auf die höchsten Ideale von „Sicherheit", „Freiheit" usw. bekunden, also das Eintreten der Konkurrenten für diese höchsten Ideale in Frage stellen.

Der Beschlagnahmebeschluß gegen das „Volksfront"-Plakat ist so offenkundig absurd, daß er wahrscheinlich am Ende nicht zu halten sein wird. Davon hat dann aber die in diesem Fall getroffene „Volksfront" nichts mehr: Der Wahlkampf wird dann sowieso längst vorbei sein, und der Strauß hat seinen Zweck erreicht. Die „Volksfront" hat deshalb angekündigt, daß sie wegen Behinderung die Bundestagswahl anfechten wird. Diese Anfechtung ist gerechtfertigt.

Bremer Jusos: Nur noch Stimme ihres Herren

Nach dem ,,Bremer 6. Mai'' und den Hamburger Anti-Strauß-Protesten dürfen die Jusos nicht mehr demonstrieren. Das gilt insbesondere für künftige Aktionen gegen Strauß, aber auch für Proteste gegen Aufrüstung und Beteiligungen an Bündnissen zum Antikriegstag, sofern an ihnen auch Kommunisten teilnehmen.

,,Wer unter den SPD-Mitgliedern so töricht sei, dies nicht zur Kenntnis zu nehmen, müsse sich nachdrücklich fragen lassen, ob der verständliche Wunsch nach Demonstration gegen Strauß wichtiger sei als die Loyalität zur eigenen Partei'', so SPD-Vorstandssprecher Lothar Schwarz nach der Hamburger Demonstration (,,Weser-Kurier'', 29.8.).

Erste Auswirkungen dieses totalen Maulkorberlasses gab es in Münster und Bremen: In Münster distanzierten sich die Jusos von einer Protestdemonstration gegen Strauß am 27.8., weil auch DKP und DFU z.B. aufgerufen hätten und der Aufruf nicht *,,eindeutig deutlich gemacht''* hätte, daß *,,eine Machtübernahme durch Strauß nur durch die Wahl der SPD verhindert''* werden könne (,,Neue'', 29.8.).

In Bremen sprangen die Jusos von einem Bündnis mit DFG/VK und DKP zum Antikriegstag ab, weil der Aufruf keine eindeutige Verurteilung des sowjetischen Einmarsches nach Afghanistan beinhaltete. SPD-Funktionäre, die den Aufruf schon unterzeichnet hatten, zogen ihre Unterschrift zurück oder (in zwei Fällen) müssen mit einem Parteiordnungsverfahren rechnen (Weser-Kurier, 30.8.).

Am 24.9. will Strauß nach Bremen kommen. Nach den massenhaften Protesten anläßlich seines letztjährigen Auftritts in Bremen, nach dem 6. Mai ist dieser Auftritt als glatte Provokation gegenüber der Linken (einschließlich innerhalb der SPD) zu werten (siehe die Behauptungen der CDU/CSU seit dem 6. Mai, in Bremen herrsche ein ,,Volksfrontbündnis''). Schon jetzt jedoch ließen die Jusos den Bremer SPD-Vorsitzenden Kunick unwidersprochen erklären: *,,Wir würden es ... sehr begrüßen, wenn Strauß den Bremern in einer ruhigen Atmosphäre zeigen könnte, wer er ist''* und: *,,Wir jedenfalls - und da schließe ich die Jungsozialisten ein - werden zu keiner Gegendemonstration aufrufen''* (,,Weser-Kurier'', 30.8.).

Die Strategie ist deutlich: Nachdem von SPD/FDP und CDU/CSU g e m e i n s a m spätestens seit dem 6. Mai darüber geklagt wird, daß ,,friedliche Demonstranten'' - u.a. sind damit gemeint Jusos und Judos - *,,durch Aktionsgemeinschaften* (den) *Extremisten und Politrockern noch die Kulisse für solch blutige Schauspiele liefern''* (,,WK'', 27.8.), wird mit allen Mitteln versucht, jeglichen demokratischen Protest zu kriminalisieren. Ein Mittel dazu sind die unglaublich brutalen Polizeieinsätze der letzten Zeit; ein weiteres die gleichgeschaltete Pressehetze und - soweit möglich - eben die Drohung mit Parteiausschluß.

Strauß setzt seine Politik schon jetzt um - gerade in SPD-regierten Bundesländern.

Gegen das Verbot, fortschrittliche Politik zu machen, fehlen bei den Bremer Jusos alle Hinweise auf ernsthafteren Widerstand. Sie fehlen auch, nachdem bekannt geworden ist, welch eine dubiose Rolle der Bremer Jusovorstand im Vorfeld der Rekrutenvereidigung im Weserstadion gespielt hat: Die Jusos, die zum 6. Mai ja immerhin noch zu einer Demonstration aufgerufen hatten, durften damals schon nur nach einem vom SPD-Vorstand abgesegneten Demonstrationsplan vorgehen, der mit der Polizeitaktik abgestimmt wurde. Dieses schamlose Unternehmen wollen wir hier etwas genauer dokumentieren.

Zum Juso – SPD-Plan

Nachdem es in Bremen zu mehrfachen Bündnisbemühungen gegen die Rekrutenvereidigung gekommen war, hatten auch die Jusos eingeladen - natürlich nicht die K-Gruppen, also auch nicht den nach dem 6. Mai so hochgespielten KBW. Mit ihren Bündnisgesprächen - so Jusochef Parpart - sei es den Jusos *,,gerade darum gegangen, den KBW zu isolieren''* (lt. ,,Neue'', 1.8.).

Das gesamte Vorgehen der Jusos war gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion in einem ,,Demonstrationskonzept'' festgehalten worden (so Drescher in der ,,FAZ'' vom 16.6.). Am 25. und 28.4. hatten sich darüber hinaus auch der SPD-Vorstand und das Präsidium in Bonn mit der Aktion beschäftigt (,,FAZ'', 23.8.). Ergebnisse waren: Bei Auseinandersetzungen dürfe die SPD *,,mit derartigen Vorkommnissen nichts zu tun haben''* (Minister Apel, lt. ,,FR'', 6.5.). Nach dem Demonstrationskonzept sollten die Jusos *,,auf eine gemeinsame Aktion mit linksextremen K-Gruppen verzichten''*. Aber es war *,,ihnen gestattet worden, ihre ,friedliche' Gegendemonstration in unmittelbarer Nähe des Stadions abzuhalten''*, für den Preis, daß dafür umgekehrt die Jusos ihr Einverständnis zu der Gelöbnisfeier der Bundeswehr abgaben (Drescher in der ,,FAZ'', 16.6.). Zusätzlich sollte der geplante Kundgebungsredner Ex-Juso-Chef Schröder *,,zur allgemeinen Beruhigung der Gemüter beitragen''*.

Der SPD-Landesvorsitzende Kunick bestätigte diese Version Dreschers und sprach von einer gemeinsamen Sitzung von Jusos und Landesvorstand am 27.4.

Doch Anfang Mai war selbst den Jusos das Konzept zu ,,waghalsig'' geworden. Ihnen waren Zweifel gekommen, ob der Auftrag ordnungsgemäß vonstatten gehen könne, *,,alles zu vermeiden, was dazu führen könnte, daß die friedlichen Demonstranten von gewalttätigen Gruppen durchsetzt''* würden.

Kunick dazu: *,,Die Jungsozialisten sind mehrere Tage vor der Nato-Feier zu mir gekommen und haben mir ihre Sorge vorgetragen, die Demonstration könnte von Politrockern umfunktioniert werden und entgegen der Absicht der Veranstalter aus den Fugen geraten''*. Er, Kunick, habe daraufhin dem Innensenator Fröhlich *,,die Bedenken der Jusos und seine eigenen vorgetragen''*, Fröhlich wurden mehrere *,,Verlegungsvorschläge unterbreitet''*, die also per Polizeiauflage verordnet werden sollten (lt. ,,FR'', 9.5.80).

Am 2. Mai rief Parpart dann den Polizeipräsident Diekmann an, um zu erfragen, *,,ob die Polizei beabsichtige, aus Sicherheitsgründen die Demonstration zu verbieten. Der Polizeipräsident habe dies verneint''* (so Parpart).

Parpart sagt selbst, daß ein Verbot der Kundgebung *,,sicherlich die Position der Jusos in der Initiative gegen die Rekrutenvereidigung, die sich für den Rathausplatz als Kundgebungsort stark machen wollten, wesentlich erleichtert''* hätte (,,Bremer Nachrichten'', 20.6.).

Parpart will sich nach dem totalen Demo-Verbot nur ,,erkundigt'', aber es nicht gefordert haben, was Diekmann behauptet. Laut Diekmann wollte Parpart mit dem Verbot, die Jungsozialisten zum Ausstieg aus der Aktion bewegen (,,taz'', 24.6.80). Da beide unter Eid aussagten, soll jetzt die Staatsanwaltschaft ermitteln (wir vermissen natürlich die Anzeige Parparts wegen Beleidigung gegen Diekmann, denn ein bißchen mehr Ehrgefühl dieser Sozialdemokraten würde sicher noch interessante weitere Details ans Tageslicht bringen).

Das Anliegen der Jusos war von den Polizeistellen rundheraus abgelehnt worden. Denn ein Verbot hätte lt. Diekmann *,,verheerende Wirkung''* gehabt, weil dann *,,die Schlacht''* in der Innenstadt und unter schlechteren Voraussetzungen für die Polizei stattgefunden hätte (,,Neue'', 8.8.). Sowohl Polizeiführung als auch der Senat waren sich offensichtlich im Klaren darüber, daß Proteste gegen die Kriegspropagandashow nicht zu verhindern gewesen wären. Den Jusos wurde deshalb die Aufgabe übertragen, die Proteste vom Weserstadion möglichst abzulenken und zu besänftigen.

Nach dem Scheitern dieses Konzeptes werden Wege und Mittel gesucht, Demonstrationen und Proteste von vornherein zu unterdrücken oder sie zusammenschrumpfen zu lassen auf den Kern der Linken, wobei man sich in Hinblick auf die Reaktionen der Öffentlichkeit keine allzu großen Sorgen zu machen braucht, wenn die von den Bullen zusammengeschlagen werden.

Mit dem Vorwand, die Polizei müsse in der Lage sein, *,,organisierte Politrocker'' ,,abzufangen''*, soll sie kriegsmäßig mit Gummigeschossen und Wasserkanonen ausgerüstet werden; unter demselben Vorwand fordert Polizeipräsident Diekmann eine radikale Wende der Senatspolitik, um den ,geistigen Nährboden' *,,zunehmender Respektlosigkeit und ... Autoritätsverlusts der Politiker''* und der Polizei auszutrocknen (,,Weser-Kurier'', 16.7.).

Nicht nur in Bremen: In Hamburg erklärte das Gericht einen Sperrbezirk um die Strauß-Veranstaltung generell für Rechtens, da Strauß bekanntlich ,,aggressionsauslösend'' sei; in Remscheid wurde selbst Vorbeugehaft und militärisches Sicherheitsgebiet mit 5.000 Bullen mit der Begründung gerechtfertigt, daß es ja in Bremen ,,Krawalle'' gegeben habe. Mit dieser Masche kann man die BRD in einen völligen Polizeistaat umwandeln.

Das ,,Volksfrontbündnis'' der Jusos

Es paßt in das Konzept, die Linke zu isolieren und einzuschüchtern, daß nach dem 6. Mai die Jusos und die SPD besonders wegen der ,,Volksfront'' mit Kommunisten gebeutelt wurden. Natürlich war es vollkommen kar, daß die Jusos alleine keine friedliche Ablenkungsdemonstration hätten zustande bringen können. Das wußte auch der SPD-Vorstand.

Dennoch wurde ein wahrer Eiertanz zu diesem Thema aufgeführt: Kunik erklärte vor dem Ausschuß in Bonn, die Jusos hätten *,,versichert''*, daß es *,,eine Verbindung mit der DKP ... nicht gebe''* (,,Welt'', 31.7.80). Die Jusos seien wegen ihrer Aktionseinheit mit *,,den orthodoxen Kommunisten'' ,,schärfstens gerügt worden''* (,,FR'', 31.7.80).

Koschnik sagte, für ihn sei dies *,,tägliches Brot''*, daß die Jusos *,,gelegentlich ausflippen''*. Parpart gab ebenfalls klein bei: die Jusos *,,hätten diese Rüge akzeptiert und eingesehen, daß dies ein Fehler gewesen sei. Die Jusos hätten keinerlei Lust, mit dieser 0,3-Prozent-Partei zusammenzuarbeiten''*. Um sich aber nicht vollends ins unbedeutende Juso-Umfeld allein zurückzuziehen, fügte er hinzu, daß sie aber nich gleich weglaufen könnten, *,,wenn ein paar kleine Kommunisten auftauchen''* (,,FR'', 31.7.80).

Nun, inzwischen sind sie soweit, daß sie weglaufen, siehe Antikriegstag, siehe Absage, gegen Strauß zu demonstrieren.

Außer dem Vorwurf, die Jusos hätten mit der DKP gemeinsame Sache gemacht, hatte ihnen eine Pressekampagne der Springer- und übrigen rechten Blätter unter Hinweise auf VS- und MAD-Material ein ,Volksfrontbündnis' mit dem KBW unterstellt. Das war von Bürgermeister Koschnik und den Jusos von Anfang an vehement bestritten worden.

Im MAD-Bericht hieß es, daß zumindest einer von vier namentlich nicht genannten sich als Juso auf dem KBW-Treffen vom 17.4. ausgegeben hätte. Als Koschnik deshalb die Offenlegung der Materialien verlangte und die Jusos bzw. der Sozialdemokratische Pressedienst mutmaßten, die *,,Krawalle''* seien *,,auch ein Werk skrupelloser V-Leute''* gewesen, mußte die Kampagne eingestellt werden, nicht ohne noch ein letztes Aufjaulen. *,,Damit sind die Jusos aus dem Schneider, denn man weiß ja, daß Nachrichtendienste sich zu sowas nicht äußern können''*, meinte auch der Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Jenninger. Men wolle davon *,,ablenken''*, daß man den *,,Gewalttätern Deckung''* gegeben habe. Es sei *,,ungeheuerlich''*, daß Koschnik den ,,Quellenschutz'' habe aufgeben wollen (CSU-Pressemitteilungen vom 29.7. und 6.8.). Das konnte aber nur noch von der Wirkung her rechtes Strohfeuer sein, nachdem sie selbst die Springer-Presse ständig mit VS- und MAD-Internas gefüttert hatten, um ihre Kampagne zu führen. Der Behauptung, dies sei aus den Kreisen des Ausschusses geschehen, mochte die CDU/CSU nicht einmal widersprechen.

Tatsächlich ist die Forderung, Licht in das Geheimdienstdickicht zu bringen, nur zu unterstützen. Denn bekanntlich soll auf jeder Sitzung mindestens ein Informant gesessen haben und zudem wurde die Kampagne mit dem Ziel geführt, noch mehr Spitzel einzusetzen.

Man wolle in Zukunft auch gründlich die Spontiszene bespitzeln, während man über die K-Gruppen-Szene gut informiert sei, hieß es. Weiterhin forderte die Springer-Presse zusammen mit Diekmann und anderen der Polizeiführung, die *,,Naturschutzparks''* in Bremen müßten endlich aufgehoben werden, d.h. der VS solle wieder offen auch in Univorlesungen, Betrieben und Juso-Büros schnüffeln dürfen, was er formell laut Senatsbeschluß nicht mehr darf (d.h. er darf sich nicht dabei erwischen lassen), nachdem etliche Skandale die VS-Praktiken allzusehr ins Bremer Zwielicht gebracht hatten.

Wir bezweifeln nicht, daß Agenten der Geheimdienste in solchen linken Gruppen auch bei militanten Auseinandersetzungen munter mitmischen und teilweise als agents provokateurs tätig sind. Dennoch ist es schon merkwürdig, wie ernsthaft einige Gruppen - vorzugsweise die, die sowieso am liebsten andere Linke als ,,Krawallmacher'' und ,,Provkateure'' verteufeln - aufgrund dieser Kampagne jetzt an dem Bild reiner Agenten,,krawalle'' basteln.

Für sie bietet sich die einmalige Gelegenheit, ihre These, militante Proteste seien sowieso immer von rechts gesteuert, zu ,,untermauern''.

dkp

Am 8.5. hatte die UZ noch behauptet, daß *,,vor allem von außerhalb angereiste Personen ... sich durch dieses Aufgebot* (der Polizei — Anm. Red.) *zu Handlungen hinreißen''* ließen. Als ,,Provokation'' wurde das Gelöbnis selbst noch angegeben. Kaum eine Woche später waren es schon *,,von interessierter Seite organisierte Provokationen''*. Am 8.8. hieß es dann, daß man *,,was man ,Bremer Krawalle' nennt wochenlang den demokratischen Kräften ans Bein binden wollte.''* Zwar wird immer noch von *,,Mittäterschaft''* der Geheimdienste gesprochen, aber die ,,Bremer Krawalle'' als *,,Wahlkampf für Strauß''* dargestellt. Hinzugefügt wird von der DKP, daß man schon 1976 den KBW-Chef in Hannover als VS-Agenten ,,enttarnt hätte.

Sicher ist sich die DKP, daß hinter den in der Tat merkwürdig versteckten bzw. geschwärzten Gesichtern einiger Demonstranten auf den Fahndungsfotos der Bremer Bullen Spitzel stecken müssen.

,,KPD/ML''

,,MAD schürte Ausschreitungen vor dem Weserstadion'' schrieb der ,,Rote Morgen'' am 8.8., wahrscheinlich werde man nie erfahren, wer von den Molotow-Cocktail-Werfern'' *anarchistischer Provokateur, wer ein MAD- oder ein Verfassungsschutz-Provokateur war.''* Bekannte VS-Agenten und auch Polizisten hätten *,,ungerührt danebengestanden''*, als Bundeswehrbusse umgeworfen wurden. Nicht fehlen darf die Behauptung, daß *,,Bundeswehrsoldaten mit Molotow-Cocktails angegriffen wurden''*.

Auch für den ,Roten Morgen' ist die Begründung für diese kühne These schlicht die Tatsache, daß damit der ,,Tatsache'' einer gemeinsamen Demonstration von Jusos und Christen bis eben hin zu Volksfront geschadet werden sollte.

Zwei Wochen später war dann bereits *,,erwiesen, daß die Ausschreitungen in Bremen durch Provokateure der Geheimdienste initiiert worden sind''* (am 21.8.). Am 16.5. hatte der Rote Morgen immerhin noch die *,,von den 100 bis 200 Spontis inszenierte Schlacht''* als *,,Fehler''* bezeichnet. Was ja noch höflich klingt, allerdings waren auch hier diese dafür verantwortlich gemacht worden, daß damit *,,die Teilnehmer insgesamt verunglimpft''* werden konnten.

kabd

Für den KABD war natürlich von vorneherein klar, daß *,,die Bremer Straßenschlachten von einigen Provokateuren angezettelt und von der Polizei unter bewußter Inkaufnahme zahlreicher Verletzter zielstrebig eskaliert wurden''*, sie brauchten am 26.7. ihre ,,Analyse'' nur noch mal für ,,bestätigt'' zu erklären.

Damals im Bericht der ,,Roten Fahne'' hatten nämlich die Berichterstatter geschrieben, daß *,,den Anarchisten ... Bundeswehrfahrzeuge ohne Bewachung regelrecht angeboten''* worden seien und dann auch noch prompt umgekippt wurden. Schon am 17.5. witterte der KABD hinter den schwarzen Tüchern schlicht ein mögliches *,,Sprechfunkgerät der Polizei''*. Die Polizei hätte sich in einem *,,Meisterstück''*anarchistischer ,,Provokateure'' bedient, auch sonst waren für den KABD das *,,Wirrköpfe'', ,,wildgewordene Kleinbürger''*, die auch freies Hasch forderten, also insgesamt ziemlich BILD-Zeitungsjargon.

Damit sollte *,,abgelenkt''* werden von *,,den Forderungen der antimilitaristischen Demonstration''*, das ganze richte sich gegen *,,alle konsequenten Antimilitaristen und ihre führende Kraft, die Kommunisten''*.

taz

Auch in der taz-Berichterstattung kann sich neben guter Berichterstattung gleichzeitig die Frage erlaubt werden, ob ,,agents Provokateurs'' nun *,,den ersten, zweiten, dritten Stein''* geworfen hätten (taz, 4.8.80).

Insgesamt sind diese Stellungnahmen nichts weiter als diffamierende Angriffe gegenüber den militanten Aktionen Linker. Es ist nur allzu sichtlich, wie begierig diese Argumentationen von Organisationen aufgegriffen wurden, die von vorneherein leicht bei der Hand sind, andere Linke, die nicht nach ihrer Mütze tanzen, als Provokateure, Helfershelfer von Strauß und ähnliches anzugreifen.

Erstaunlich ist dabei, wie diese Klugköpfe im ,,Enttarnen'' LINKER Provokatuere gleichzeitig in dümmster Manier schlicht das als wahr nachplappern, was der MAD selbst behauptet. Wie kann man einerseits behaupten, die Staatsspitzel hätten auf der Demo alles am langen Gängelband gehabt, während andererseits sie so blöd sind, um umgekehrt serienweise eingeschleuste und getarnte Spitzel platzen zu lassen?

Wer sagt denn, daß es nicht schlicht eine Finte ist, zu behaupten, ein 23-jähriger Schwaneweder KBW-ler, der nun nach Rheinland-Pfalz gegangen sei, sei der Spitzel gewesen, oder der einzige? Wieso kann damit nicht eine falsche Verdächtigung ausgesprochen werden, wo dann beiläufig eingestreut wird, der KBW-Kontaktmann aus Hannover sei auch MADler, wo dann beiläufig eingestreut wird, man höre die KBW-Zentrale ab. Da können wir schon eher dem KBW folgen, der schreibt, wenn der Geheimdienst einen Soldaten *,,als Spitzel öffentlich bloßstellt, es sich gewiß anders verhält und bloß die Verbindungen in Kasernen gestört werden sollen''*. Wieso dies einfach ,,vergnüglich mitanzusehen'' *sei, wie* der KBW dann behauptet (,,KVZ'', 4.8.80), kann man dann noch höchstens als Durchhalte-Parole ,,bange machen gilt nicht'' begreifen.

Wer solche Enthüllungen naiv in Bausch und Bogen für bare Münze nimmt, macht sich tatsächlich zum Spielball bürgerlicher Propaganda. Das wäre eine weitere Tür, um sich von militanten Protestaktionen davonzuschleichen. Die gesammelte Reaktion würde es freuen.

Erfrischende Töne vom Arbeiterbund

,,Wer Antimilitaristen, deren Zorn über diese militärische Provokation sich auf Armeefahrzeuge entlud, als agent provocateurs der Geheimdienste diffamiert, nur um mit den Wölfen heulen zu können, der ist den Militaristen in die Falle gegangen. Der verbreitet Panik unter den Antimilitaristen, Angst vor einem zweiten Bremen, statt Entschlossenheit, Schlimmeres als ein zweites Bremen, nämlich den 12. November zu verhindern. Und damit hätten die Militaristen schon ihr Ziel erreicht, das sie mit den Rekrutenvereidigungen erreichen wollten: Verängstigung der Friedenskräfte, Ermunterung und Herausforderung des Hurra-Patriotismus und Chauvinismus!

....

Verzweifelt und hilflos war noch der Widerstand, die friedliche Demonstration wie die zornigen Aktionen vor dem Weserstadion. Daß nun die ganze Reaktion dem friedliebenden Volk Tag für Tag die Leviten liest, daß sie hetzt und tobt, alle einschüchtert und keinen Juso, kein DKP-Mitglied, keinen Friedensfreund ungeschoren läßt, das ist nicht die Strafe für die Pflastersteine und brennenden Bundeswehrbusse. Sondern die Strafe dafür, daß so viele Antimilitaristen den Kopf zwischen die Schultern gesteckt haben, als die Reaktion so aufgeheult hat wegen der ,,Gewalttätigkeiten'' vor dem Stadion.

Jetzt haben die Militaristen Blut geleckt, ein zweites Bremen soll es geben, aber in der ganzen Republik!

....

Laßt euch nicht fertigmachen!
Man kann doch nicht gleichzeitig für Abrüstung sein und sich gemeinsam mit den Militaristen entsetzen, wenn ein Bundeswehrbus brennt!

Man kann doch nicht gleichzeitig für Entspannung eintreten und dulden, daß die Militaristen sogar im eigenen Volk herumspionieren lassen, das es doch angeblich zu verteidigen gilt.

....Statt daß hier nachgeforscht wird, warum sich die westdeutschen Geheimdienste bei ihrer Schnüffelei im Volk schon gegenseitig auf die Füße treten, sollen die Jusos vor den CDU-Mitgliedern im Untersuchungsausschuß Rechenschaft ablegen, mit wem sie Bündnisse eingehen, mit wem sie demonstrieren usw. Sind denn die Jusos eine gleichgeschaltete Staatsjugendorganisation, die den Staatsorganen Rechenschaft schuldig ist?''
(aus ,,KAZ'', 19.8. und Aufruf zum Antikriegstag).

14. bis 16. November in Bielefeld:
Kongreß zu »Alternativen in der Kommunalpolitik«

Dieser Kongreß, zu dem bundesweit eingeladen wird, soll nach dem Willen der Veranstalter, dem Bielefelder Stadtblatt und der Bunten Liste Bielefeld, einem breiten politischen Spektrum als Forum zum Erfahrungsaustausch und zur Auseinandersetzung dienen. Zur Mitarbeit aufgefordert sind insbesondere *„Grüne/Bunte/Alternative lokale Listen; Bürgerinitiativen und Stadtblätter; freie städtische Kulturinitiativen; ‚vor Ort' arbeitende Basisgruppen aus politischen Organisationen und Parteien; fortschrittliche Stadtplaner, Sozialarbeiter usw. aus der lokalen Verwaltung; kritische Wissenschaftler, die nach neuen Wegen der Stadtentwicklung forschen"* (aus dem Einladungsschreiben). Für eine Podiumsdiskussion zu Beginn des Kongresses sollen neben Vertretern der Bunten Listen aus Hamburg und Bielefeld und der AL Westberlin auch Parlamentarier der Bremer Grünen und der DKP Bottrop gewonnen werden, außerdem Vertreter einer bisher nicht näher bezeichneten „Unabhängigen Wählergemeinschaft aus Süddeutschland" sowie einer „lokalen SPD-Initiative". Am zweiten Kongreßtag sollen zunächst Arbeitsgruppen stattfinden zu den Schwerpunkten Wohnen, Verkehrspolitik, Stadtteilkultur, Haushalt und Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit, Ausländerarbeit. Ab 17 Uhr wird es dann zwei Plenumsdiskussionen geben: „Parlamentarische und außerparlamentarische Alternative. – Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, die Anliegen der städtischen Initiativen und Bewegungen parlamentarisch zu verstärken, und wie kann das geschehen?" und „Welche Art der Alternative wollen wir? – Eine Kontroverse, konkretisiert an den Auseinandersetzungen um die Haushaltspolitik der Bremer Grünen" (zitiert aus dem Einladungsschreiben).

Wer an dem Kongreß teilnehmen möchte, sollte sich bis spätestens Ende Oktober bei der Bunten Liste Bielefeld anmelden: Elsa-Brandström-Str. 13, 4800 Bielefeld 1; Tel. 0521/179542.

Einladung zur Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Seit der Räumung des Dorfes 1004 ist von zahlreichen Bürgerinitiativen der Wunsch nach einem bundesweiten Treffen zur Beratung der weiteren Perspektive verstärkt geäußert worden. Auf Initiative der BI Lüchow-Dannenberg fand am 23.8. in Kassel ein Vorbereitungstreffen zu der Frage statt. Ca. 30 Vertreter/innen aus 14 Bürgerinitiativen und Anti-Atom-Gruppen nahmen daran teil.

Beschlossen wurde, eine Bundeskonferenz am 29./30. November in Kassel durchzuführen. Alle Teilnehmer waren sich darüber einig, daß diese Konferenz von möglichst vielen Gruppen getragen und die Bedingungen für eine sorgfältige Vorbereitung gegeben sein müssen. Deswegen schien ein Termin vor Ende November nicht möglich. Auf dem Vorbereitungstreffen wurde deutlich, daß zur Zeit die Anti-AKW-Bewegung mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert ist, so daß eine Diskussion über den weiteren Weg nötig scheint.

– Das Vorgehen der Polizei während der Räumung von 1004 hat nicht nur eine breite Welle der Empörung erzeugt, sondern auch resignativen Tendenzen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung Vorschub geleistet.

– Die BI's sehen sich seit längerem einer Kampagne von Politikern und Betreibern ausgesetzt, in der nicht mehr die „Sicherheit" von Atomanlagen im Mittelpunkt steht, sondern die Angst vor Rohstoff- und Energiekrisen, sowie kriegerische Auseinandersetzungen im Falle eines Verzichts auf Atomenergie. Dies zwingt die Atomgegner, sich auf neue Fragen einzustellen.

Einhelligkeit bestand auch darin, die Bundeskonferenz als Ausgangspunkt für einen intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu betrachten und keine falschen Erwartungen auf rasche Vereinheitlichung der Standpunkte in sie zu setzen.

Folgende Themenschwerpunkte wurden in Kassel festgelegt:

1. Auswertung der Aktion 1004
– Was hat Gorleben für unseren Widerstand insgesamt gebracht?
– Haben sich die Organisationsstrukturen bewährt (passiver Widerstand – Modell für die Anti-AKW-Bewegung?)?
– Strategie von Staat und Polizei bei der Räumung
(Kontakt: Gaby Jäger, 3136 Gartow, Elbholz).

2. „Neues" Entsorgungskonzept der Bundesregierung:
– Zwischenlager, Kompaktlager, WAA Hessen
(Informationen dazu auf dem Zwischenlager-Hearing am 13./14. Sept. in Ahaus)
(Kontakt: Ute Kampmeyer, Streets 10, 3138 Dannenberg; Tel.: 05861/7688)

3. Energie-Politik der Bundesregierung
– Auswertung des Berichtes der Enquete-Kommission
– Energiespar-Kampagne der Bundesregierung
– Warum propagiert die Bundesregierung alternative Energien?
(Kontakt: Gorleben-AK Marburg, c/o Friedhelm Musall, Gartenweg 5, 3576 Schwabendorf, Tel.: 06425/1528)

4. Zusammenhang von Atomprogramm und atomarer Aufrüstung
– AKW-Exporte in die 3. Welt
– Kann Atomenergie den Krieg um's Öl verhindern?
– Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Nutzung von Atomenergie
– Ansätze für eine Zusammenarbeit mit antimilitaristischen Gruppen/Erfahrungen?
(Kontakt: BUU Hamburg, Bartelsstr. 24, 2000 Hamburg 6, Tel.: 040/4398671/432171; BBU-Geschäftsstelle, Hellberstr. 6, 7900 Karlsruhe, Tel.: 0721/574248)

Die Kontaktgruppen zu diesen vier Themen haben sich bereit erklärt, schriftliche Beiträge von anderen BI's zu sammeln, um auf dieser Grundlage in Zusammenarbeit mit interessierten BI's den jeweiligen Teil für eine Materialmappe zusammenzustellen.

5. Arbeitsgruppe Prozesse gegen AKW-Gegner/Kriminalisierung.
Zu diesem Thema sollte (mindestens!) auf der Bundeskonferenz ein Bericht gehalten werden.
Zuständig für die Materialsammlung ist der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, Postfach 45, 3400 Göttingen.

Diese Themenwahl soll lediglich einen groben Rahmen für die Bundeskonferenz umreißen und keine Initiativen für weitere Arbeitsgruppen abwürgen, die sich aus der erst anlaufenden Diskussion ergeben könnten.

Wie schon erwähnt, soll als Vorbereitung auf die Bundeskonferenz eine Materialmappe erstellt werden, die vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie ca. 3 Wochen vor der Bundeskonferenz auf Grundlage von Bestellungen (nur bei Vorauszahlung; Preis per Exemplar 3,- DM) verschickt wird.

Die endgültige Zusammenstellung der Materialmappe erfolgt am 25./26. 10. in Göttingen auf Grundlage der Arbeitsgruppenergebenisse sowie weiterer (außerhalb dieser Themenbereiche liegenden) Einzeleinsendungen. (Der Einsendeschluß für die vier Themenbereiche ist 14 Tage vorher, am 10.10.)

Dieses Redaktionstreffen ist gleichzeitig die letzte „offzielle" Vorbereitungssitzung für die Bundeskonferenz.

Kirsten Hellwig, Sonderkonto: 311 280 303, Postscheckamt Hannover BLZ 250 100 30

i. A. für das Kasseler Treffen: Gaby Jäger, BI Lüchow-Dannenberg Matthias Küntzel, WAA-Gruppe Lüneburg

Wie gehabt — Wahlbehinderung in Santa Fu

Wie im AK berichtet, hat der Hamburger Landesverband der Grünen Karl-Heinz Galander, zur Zeit Gefangener in Santa Fu (Strafvollzugsanstalt Fuhlsbüttel), auf Platz drei seiner Landesliste für die Bundestagswahl nominiert. Karl-Heinz, schon 1978 Kandidat der Bunten Liste im Bürgerschaftswahlkampf, gehört zu den Mitbegründern der Internen Gefangenen-Selbsthilfe e.V. (GSI) und hat außerdem in den vergangenen Monaten 50 seiner Mitgefangenen für den Eintritt in die Grünen gewinnen können – bei insgesamt etwa 580 Gefangenen in Santa Fu sind das 8,5%.

nen Monaten 50 seiner Mitgefangenen für den Eintritt in die Grünen gewinnen können – bei insgesamt etwa 580 Gefangenen in Santa Fu sind das 8,5%.

Eine aktive Teilnahme am Wahlkampf der Grünen wird Karl-Heinz allerdings vollständig unmöglich gemacht:

– Ein Antrag auf Haftunterbrechung vom 19.8. bis zum 7.10. wurde nach fünfwöchiger „Bearbeitungszeit" von der Justizbehörde abgelehnt: der Senat habe „keine Möglichkeit für eine Haftunterbrechung gesehen". Ein Urlaubsantrag an die Anstaltsleitung wurde ebenfalls abgelehnt.

– Ein Antrag von Karl-Heinz auf Teilnahme an der Friedensdemonstration am 1.September wurde ebenfalls ohne Begründung abgelehnt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Anstaltsleitung Gefangenen die Teilnahme an Reserveübungen der Bundeswehr genehmigt hat.

– Eine von der GSI in Santa Fu geplante Veranstaltung, auf der die zum Bundestag kandidierenden Parteien sich vorstellen und Fragen der Gefangenen beantworten sollten, darf ebenfalls nicht stattfinden. Die Justizsenatorin bezog sich dabei auf einen Senatserlaß, der solche Veranstaltungen im Knast generell verbieten würde.

Der Pressesprecher der Hamburger Grünen, Jürgen Reents, schreibt dazu in einer Erklärung vom 3.9.: „Diese Vorfälle summieren sich insgesamt zu einer eklatanten Mißach-

Der Pressesprecher der Hamburger Grünen, Jürgen Reents, schreibt dazu in einer Erklärung vom 3.9.: „Diese Vorfälle summieren sich insgesamt zu einer eklatanten Mißach-

tung der Rechte von Gefangenen und gleichfalls zu einer unverkennbaren Wahlbehinderung der Grünen – sei diese Wahlbehinderung nun durch irgendwelche juristischen Vorschriften, Erlasse oder ähnliches abgedeckt oder nicht. Es ist auch unverkennbar, daß der Justizbehörde auch deshalb an einer Einschränkung der Wirkungsmöglichkeiten des grünen Bundestagskandidaten Karl-Heinz Galander liegt, weil dessen engagierte Arbeit im Knast – u.a. auch gegen Hochsicherheitsstationen und alle möglichen Alltags-Schikanen im Justizvollzug – der Behörde und den etablierten Parteien nicht angenehm ist, einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu werden."

Anti-AKW-Zeltlager in Öpfingen

Anti-AKW-Zeltlager in Öpfingen

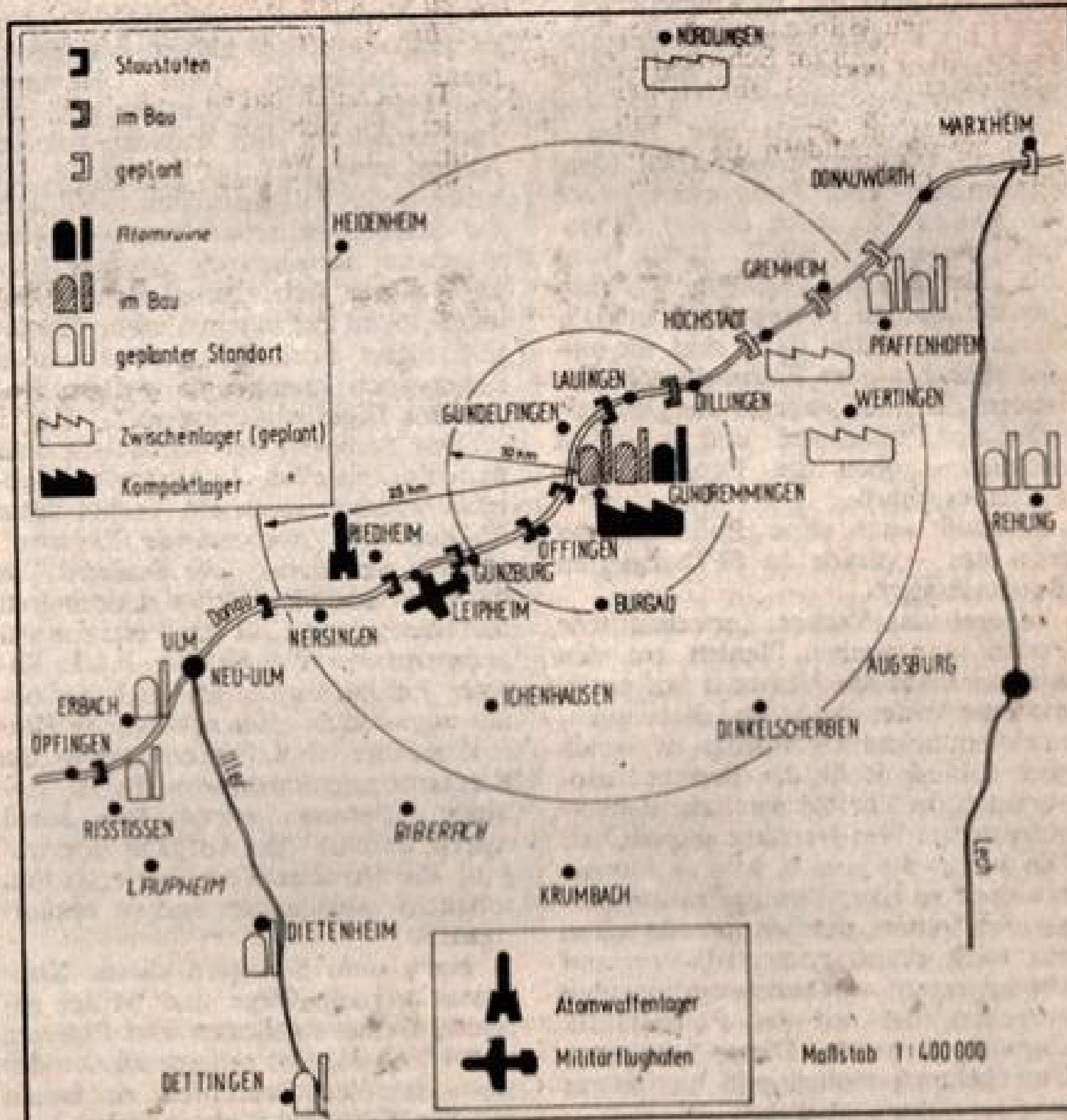
Vom 27.8. bis 3.9. fand bei Öpfingen ein Anti-AKW-Zeltlager statt, zu dem mehr als zehn Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen aus Nord- und Oberschwaben aufgerufen hatten.

Das Zeltlager fand auf einem von mehreren Plätzen statt, die die baden-württembergische Landesregierung als mögliche Standorte für die drei neu geplanten AKWs bestimmt hat. Die EVS (Energie-Versorgung-Schwaben AK, die Betreiber der AKW wäre) kauft um Öpfingen schon teilweise zu überhöhten Preisen Grundstücke auf, die dann gegen AKW-Baufläche eingetauscht werden sollen.

Nicht nur die hohe Teilnehmerzahl (100 - 150 Menschen) führte dazu, daß das Ziel des Zeltlagers (Informationsverbreitung und Formierung des Widerstands) voll erreicht wurde. Erfreulich war vor allem auch die rege Beteiligung von Bauern und Einwohnern aus der Umgebung. So waren die Filme und Veranstaltungen über Gefahren der Kernenergie, Alternative Energien etc. alle sehr gut besucht!

Der Widerstand gegen Atomenergie wird fortgesetzt mit einer Demonstration gegen „friedliche" und militärische Nutzung der Atomkraft
am 27.9. in Ulm
Beginn: 13 Uhr, Rathaus Neu-Ulm
Kundgebung: ca. 15 Uhr, Münsterplatz Neu-Ulm; mit Petra Kelly, Dr. Hirsch und Kulturprogramm

ein Sympi aus Kreßbronn



Stellungnahme von J. Reents (»Die Grünen«)

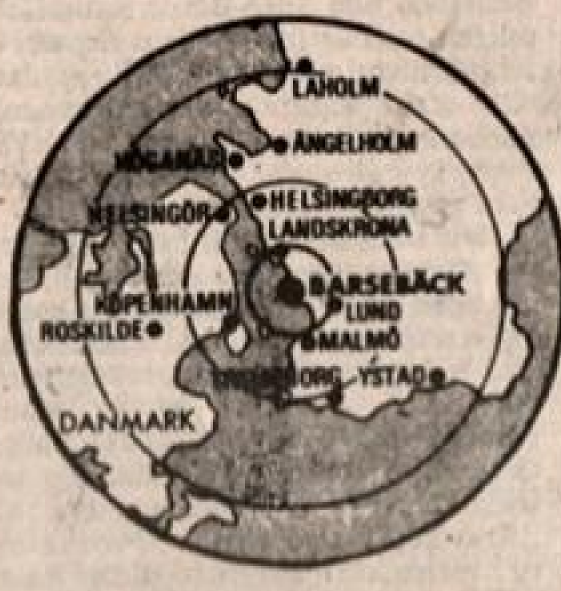
Ihr habt im neuen AK geschrieben, daß ich auf einer Sitzung des Altonaer Kreisverbandes der Grünen die Kandidatur-Rücktritte von Helmut Kynast und Thea Röschert als „parteischädigend" bezeichnet hätte, und noch drei Pünktchen angefügt – wohl als so 'ne Art Suggestiv-Kommentar, daß das ganz schön nach SPD o.ä. klinge. Was ihr geschrieben habt, ist schlicht Quatsch. Meine Argumentation zu den Rücktritten ist im wesentlichen die gewesen, daß Helmut Kynast und Thea Röschert sich damit die Vorwürfe und Angriffe der diversen „Hamburg-Gegner" innerhalb (und ehemals innerhalb) der Grünen zu eigen gemacht haben, dies politisch zu bewerten und ebenso die Tatsache, daß sie bei ihrer Kandidatennominierung die Landesversammlung politisch getäuscht haben (wo z.B. Helmut Kynast ausschließlich mit einer links-drapierten Kritik an der Dortmunder Wahlplattform aufgetreten ist, die seinen Worten nach „überzogene Konzeption" mit einem Schwulen auf Platz eins usw. aber augenscheinlich dadurch „akzeptiert" hatte, daß er ohne eine abgrenzende Bemerkung dazu weiter für die Plätze 3-7 kandidiert hat). Ich will das hier nicht weiter ausführen und halte das im Detail an dieser Stelle auch nicht für nötig; eine derart formale und – wie ihr offenbar unterstellen wollt – in SPD-Nähe befindliche Argumentation habe ich nirgendwo dazu gebracht.

Schöne Grüße
Jürgen

Antwort der AK-Redaktion

Lieber Jürgen,
keineswegs war es unsere Absicht, in dem von Dir zitierten Satz („parteischädigend") irgendwelche Assoziationen zur SPD zu wecken, Dir gar die Absicht zu unterstellen, Du wolltest den Rücktritten mit Parteiausschlüssen oder sonstigen Disziplinarmaßnahmen begegnen.

Auf nach Barsebäck am 13. September



Auch in diesem Jahr wird eine Demonstration gegen das AKW Barsebäck in Südschweden stattfinden. Wegen der gefährlichen Nähe zu mehreren Großstädten (siehe Karte) ist die Forderung nach Stillegung des AKW Barsebäck die wichtigste der nordischen Atomgegner. Im vorigen Jahr hatten die schwedischen Veranstalter der Demonstration von der Forderung nach sofortiger Stillegung abgesehen, da dies ihrer Alternative in der Volksabstimmung widersprochen hätte. Stattdessen forderten sie die Stillegung nach spätestens zehn Jahren. Wegen dieser Haltung hatte die dänische OOA überhaupt nicht zur Demonstration in Schweden aufgerufen.

In diesem Jahr erwartet sich die „Folkkampanjen mot Kärnkraft" von der Demonstration am 13.9. einen neuen Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung, der nach dem Ausgang der Volksabstimmung notwendig ist. Auf der dänischen Seite mobilisiert die OOA für eine Teilnahme an dieser Demonstration.

Die Demonstration wird um 8 Uhr am Hafen von Barsebäck (Barsebäckshamn) beginnen und voraussichtlich um 17 Uhr in Lund eintreffen. Die Demo geht den selben Weg, den beim üblichen Nordwestwind eine radioaktive Wolke aus Barsebäck nehmen würde.

Skandinavien-Kommission

7.000 gegen Startbahn West – wird jetzt das Urteil hinausgezögert?

Am 31. August demonstrierten über 7000 Menschen - direkt am Frankfurter Flughafen - gegen den geplanten Bau der 3. Startbahn („West").

Die Kundgebung, die von der BI gegen die Flughafenerweiterung organisiert war, wurde von über 150 Vereinen, Organisationen und Parteien aus den umliegenden Gemeinden und dem gesamten Großraum Frankfurt unterstützt.

Dies war die bisher größte Aktion gegen die geplante Erweiterung. Sie richtete sich in allererster Linie gegen Hessens Wirtschaftsminister Karry (FDP), der am 22.7. die „sofortige Vollziehung" des Baus anordnete.

Die Kundgebung sollte jedoch auch die beachtliche Stärke der Bewegung gegen den Ausbau des Flughafens beweisen. Denn am 9. September sollte der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel eigentlich über den Bau der Startbahn West entscheiden.

Die machtvolle Kundgebung und die seit 6 Wochen verstärkten Proteste gegen die Absichten der Landesregierung haben scheinbar zu einer weiteren Verzögerung des Gerichtsverfahrens geführt. Bisher war man davon ausgegangen, daß bereits am 9. September über das Ja oder Nein der Startbahn West entschieden würde, zumindest jedoch über Karrys Antrag auf „sofortige Vollziehbarkeit".

Am 1.9. erklärte jetzt die vorsitzende Richterin des 2. Senats des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel, Sturm-Wittrock, daß während des Erörterungstermins am 9.9. weder über den Bau der Startbahn noch über Karrys Antrag entschieden werden soll (FR, 2.9. und FAZ, 3.9.80). Erörtert werden soll lediglich das Gutachten, das 1971 (!) zur Genehmigung des Baus der Startbahn geführt hatte. Bislang wurden alle Anträge, ein neues Gutachten einzuholen, das nicht 10 Jahre alt ist und auch ökologische Aspekte behandeln soll, abgelehnt. Jetzt erklärte die Richterin, daß doch noch die Möglichkeit bestehe, nach Abschluß der Verhandlungen ein Zusatzgutachten oder gar ein völlig neues Gutachten einzuholen.

Zu guter Letzt wurde sogar erklärt, daß es auch nicht ausgeschlossen sei, daß der ganze Prozeß nach dem Urteil in Kassel wieder zum Bundesverwaltungsgericht nach West-Berlin geht - wo er schon einmal war.

Im nächsten AK wollen wir diese Spielchen der Justiz - die ja immerhin seit 1971 gespielt werden - genauer unter die Lupe nehmen und über die Verhandlung des Prozesses in Kassel berichten.

KB-Gruppe Frankfurt



Biblis: Polizeihubschrauber attackiert Atomgegner

Auf einem Nebengelände des Bibliser Atomkraftwerkes unternahmen vier Leute während des Sommer-Anti-AKW-Camps einen Informationsspaziergang. Auf ihrem Rückweg bemerkten sie einen Hubschrauber, dessen Besatzung soeben im Schwebeflug die Kennzeichen ihrer abgestellten KFZ abfilmte. In einer Dienstaufsichtsbeschwerde schildern die AKW-Gegner: *„Der Polizeihubschrauber Nr. 92 stieß plötzlich in einem gezielten, schnellen, furchterregenden und riskanten Sturz-Tief-Angriffsflug von ca. 60 bis 100 Meter mit einem nervenzerpeitschenden Motorlärm auf die Gruppe bis auf ca. 10 Meter herunter".*

Die Teilnehmer haben sich dann hingekniet, um sich vor dem Angriff zu schützen und waren stark schokkiert. Dieser Angriff war nach Angaben des Darmstädter Regierungspräsidiums *„vorsorgliche Beweissicherung"* während eines *„routinemäßigen Kontrollfluges".*

Im letzten Winter stürzte eine hessischer Polizeihubschrauber auf einem „routinemäßigen" Flug in den Rhein. Für die drei ertrunkenen Bullen gab es damals eine herzzerreißende Trauerfeier ...

KB-Gruppe Frankfurt

Gegner: „Der Polizeihubschrauber kiert. Dieser Angriff war nach Anga- KB-Gruppe Frankfurt

Plogoff: Einem Bullen Angst eingejagt – vier Monate Knast!

Zu je vier Monaten Knast (plus zwei Monate auf Bewährung) sind drei AKW-Gegner aus der Gegend um Plogoff verurteilt worden. Nach viereinhalb Monaten Untersuchungshaft sind die drei damit allerdings wieder frei – was denn auch in Plogoff zum Anlaß für eine Freudendemonstration genommen wurde. Auch die Verurteilten scheinen der Meinung zu sein, daß sich ihr „Einsatz" gelohnt hat. Und das ist der Tatbestand (zitiert nach „Le Canard de Nantes a Brest" Nr. 69):

Jean-Yves Colin, einer der Angeklagten, 29-jähriger Verwaltungsangestellter, vor Gericht: *„Für mich hat alles am 7. Februar angefangen, als mir ein Einsatzpolizist (gendarme mobile) eine Gummigranate in die Geschlechtsteile geschossen hat. Danach war die große Razzia vom 29. Februar. Am nächsten Abend habe ich mit Perennes und Donnart* (den beiden anderen Angeklagten; Anm. AK) *in einem Cafe in Plogoff getroffen. Wir beschlossen, nach Pont Croix zu fahren."* – Der Richter: *„Sie suchten Polizisten?"* – Colin: *„Ja. Im Yam's* (einer Disco; Anm. AK) *haben wir einen am Haarschnitt erkannt. Wir haben ihn am Ausgang erwartet. Aber wir waren nicht ganz sicher, ob es ein Einsatzpolizist war. Als er ging, haben wir ihn gefragt, was er wäre. Er wollte uns einreden, er wäre Matrose aus Brest. Also ließen wir uns seine Papiere zeigen. Weil er sehr langsam machte, hat Daniel die Sache etwas beschleunigt. Danach ist er plötzlich losgelaufen. Wir haben ihn eingeholt, Perennes hat ihn festgehalten. Als ich ankam, lag er am Boden. Ich habe ihm zwei oder drei Fußtritte gegeben. Danach hat ihn keiner mehr angerührt.*

Ich habe zu ihm gesagt: Wenn Du die Gegend hier nicht kennst, dann zeigen wir sie Dir. Wir zeigen Dir die Gegend, die Du und die anderen Bullenschweine kaputtmachen helfen." – Der Richter: *„Sie haben ihn im Wagen nicht geschlagen?"* – Collin: *„Nein. Wir haben diskutiert. Er hat uns von seinem Beruf erzählt. Er sagte, er sei Polizist geworden, weil er eine unglückliche Kindheit gehabt habe. Von Plogoff sind wir zur Pointe du Raz (äußerste Spitze der Halbinsel; Anm. AK) gefahren. Er wollte aussteigen, um zu urinieren. Donnart und ich sind mit ihm ausgestiegen, um ihn zu bewachen. Dann sind wir zum Bunker gegangen. Ich habe ihm die Augen verbunden. Er bat mich um eine Zigarette. Ich habe ihm gesagt: genieße sie, das ist Deine letzte. Dann habe ich ihn aufgefordert, bis 50 zu zählen. Und wir sind abgehauen und haben ihn dort gelassen..."*

Diese „nicht sehr böse Strafexpedition" („Le Canard") wollte der kostenlos spaziergefahrene Bulle aber nicht als Punktsieg der AKW-Gegner anerkennen. In seiner Berufsehre verletzt, erstattete er Anzeige und erfand noch eine Pistole, mit der er bedroht worden sei, und schwere Mißhandlungen – obwohl ärztlicherseits keinerlei Verletzungen festgestellt werden konnten. Die psychologischen Gutachter wollten auch keinen durch die „Entführung" verursachten psychischen Schaden attestieren. Stattdessen charakterisierten sie den Bullen als zu Dramatisierungen und Übertreibungen neigend. Das hinderte allerdings den Staatsanwalt nicht, die Qualen und Todesängste des „Entführten" in den schrillsten Farben zu malen. Sämtliche in dem Verfahren gehörten Zeugen bekundeten dagegen ihre Sympathie oder doch zumindest ihr Verständnis für die „Tat".





Anti-AKW-Bewegung und Gewaltfrage

Der Terror des Staatsapparates auch gegen gewaltfreie AKW-Gegner (wie bei der Räumung von 1004) führt keineswegs zur Abkehr von der gewaltfreien Ideologie, sondern verstärkt im Gegenteil deren Einfluß in der Anti-AKW-Bewegung. Die Argumentation ist schlüssig: Weil der Staat so martialisch auftritt, ist offensiver Widerstand sinnlos.

In dem Artikel „Wie geht es weiter mit der Anti-AKW-Bewegung" (AK 102, auch veröffentlicht in dem Buch „Alternativen zum Atomstaat" von Jan Peters) wird festgestellt, daß Klarheit über die Gewaltfrage auf breiter Ebene *„nicht in erster Linie aus der Theorie, sondern aus der Praxis"* gewonnen wird.

Die Voraussetzungen für erfolgreiche militante Massenaktionen lassen sich grob umreißen:

– massenhafte Mobilisierung der AKW-Gegner
– „ungetrübte", d.h. spontane Widerstandsbereitschaft
– günstige Kräfteverhältnisse bedingt durch einen Überraschungseffekt (also kurzfristiges Überrumpeln der Staatsgewalt durch unerwartet zahlreiches und entschiedenes Auftreten der AKW-Gegner).

Derzeit entwickeln sich zweifelsohne nur ganz selten die Rahmenbedingungen, unter denen eine solche Konstellation (z.B. der Samstag nach Räumung von 1004; es ist durchaus überlegenswert, inwieweit der linke Flügel der Anti-AKW-Bewegung diesbezüglich gepennt bzw. zu sehr gezögert hat).

Demgegenüber zeichnet sich der graue Alltag des militanten AKW-Gegners dadurch aus, daß die Diskussion der Gewaltfrage anhand praktischer Erfolge im Anti-AKW-Bereich unmöglich geworden ist: seit mehreren Jahren zwingt die Staatsgewalt die AKW-Gegner bei größeren Aktionen zur Friedfertigkeit. Im bereits erwähnten Artikel aus AK 102 wurden drei unterschiedliche Begründungszusammenhänge für die Gewaltfreiheit unterschieden:

– *1) Diejenigen, die ‚gegen Gewalt' wesentlich deshalb sind, weil sie gar nicht vorhaben, mit dem bürgerlichen Staat und der ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung' zu brechen (...)*
– *2) Diejenigen, die ‚gegen Gewalt' aus der Überzeugung heraus argumentieren, daß wir damit dem Ansehen der Anti-AKW-Bewegung in der Bevölkerung schaden würden, daß wir uns insbesondere von der örtlichen und am unmittelbarsten betroffenen Bevölkerung dadurch isolieren würden usw.*
– *3) Diejenigen, die ‚gewaltfreie Aktionsformen' befürworten, weil sie nach den bisherigen Erfahrungen der Meinung sind, daß wir gegen die Polizei doch nicht ankommen, daß wir uns nur sinnlos blutige Köpfe holen würden usw."*

Die Krise der Linken innerhalb der Anti-AKW-Bewegung rührt allerdings weniger daher, daß die Aufrüstung des Staatsapparates gegen die gesamte Bewegung den pragmatischen Überlegungen bezüglich der Gewaltfreiheit den Rücken stärkt (Punkt 3), sondern hängt damit zusammen, daß mit dieser Aufrüstung die reformistischen und opportunistischen Argumentationslinien (Punkt 1 und 2) erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Schon im AK 172 wurde zum Arrangement vieler Linker mit dem bürgerlichen Staat ausgeführt („.... oder mit dem gemeinsamen Untergang"):

„Es ist ein bemerkenswertes Kuriosum, daß das Bewußtsein über die Existenz dieses hochzentralisierten und auf dem modernsten Stand der Technik aufgebauten Polizei-Apparats der Ausbreitung reformistischer Staats-Theorien geradezu förderlich ist. Der Staatsapparat erscheint so all- und übermächtig, daß leicht die Alternative nur noch zwischen einem wilden verzweifelten selbstmörderischen Ansturm gegen diese Stahlwand (‚Stadt-Guerilla') oder aber in Illusionen über die ‚gewaltfreie' Wandelbarkeit eben dieses Staates gesehen wird (Horst Mahler)."

Der BBU, der beispielsweise die *„gewaltfreie Konfrontation, auf Massenbasis angewandt (als) eine Alternative zum Volksaufstand und Bürgerkrieg"* propagiert und die Wanderung *„auf dem schmalen Grat zwischen Anpassung an das bestehende System (Integration) und seiner völliger Ablehnung (Negation)"* als eine seiner *„goldenen Regeln"* hervorhebt („Aktionskatalog" des BBU), äußerte sich unmittelbar nach der Räumung von 1004 *„enttäuscht"* über die Phantasielosigkeit, mit der der Staatsapparat vorgegangen sei und ruft unbeschwert zum weiteren Dialog mit der Polizei auf, die gar nicht der „eigentliche Gegner" der BI's sei (Schuhmacher in Lingen).

Die Zerfahrenheit, die derzeit auf dem linken Flügel der Anti-AKW-Bewegung herrscht, demonstriert ein Beitrag von Jens Scheer (und Teilen des Göttinger Arbeitskreises) in der taz vom 30.7. („Wie kippen wir das Atomprogramm"). Als „gescheitert" betrachtet er dort zum einen *„alle Vorstellungen, im legalen Rahmen ... voranzukommen"* (inklusive grüner Partei) als auch die Vorstellung *„durch Platzbesetzungen und Zerstörungen von Anlagen allein das Programm zu Fall zu bringen".* Nun entdeckt Scheer scheinbar „völlig neues". Er propagiert Widerstandsmaßnahmen, die das Schwinden *„der Loyalität breiter Kreise der Bevölkerung zum Staat, gegenüber den staatlichen Institutionen"* zur Folge haben könnten, wobei er als gutes Beipiel *„die ernstliche Bedrohung des Transportes"* von Baumaterial für Gorleben durch Straßensperren anführt. *„Mit einer gewissen Genugtuung"* erwiderte ein Mitglied der Graswurzelgruppe Marburg diesen Beitrag (in der taz, vom 11.8.) mit dem Hinweis, daß Scheers Vorschlag ein alter Ladenhüter der (anarchistisch-orientierten) gewaltfreien Aktionsgruppen sei. *„Wenn nun Jens Scheer das Scheitern von militärischen Strategien des Widerstandes zugesteht und dafür plädiert, Aktionsformen zu wählen, die geeignet sind, die ‚Staatsloyalität' zu untergraben"*, dann müsse nunmehr diskutiert werden, *„welche Strategie kann soviel Sympathie und Unterstützung bekommen, daß die Loyalität gegenüber dem Staat in breiten Teilen der Bevölkerung zusammenbricht?"* Ganz zu recht führt er in diesem Zusammenhang an, daß es die „Gewaltfreien Aktionsgruppen" waren, die die Straßenblockaden gegen Transportfahrzeuge außerhalb von Gorleben ins Leben gerufen haben.

Natürlich wäre es unsinnig, die Bedeutung derartiger Aktionen wie auch vielfältiger Aktionen „im legalen Rahmen" in Frage stellen zu wollen. Sondern die Frage, die mit dieser Debatte aufgeworfen wird, lautet, inwieweit der Widerstand der AKW-Gegner sich auf einen Rahmen zu beschränken hat, der eine „breite Sympathie" in der Bevölkerung garantiert, wobei in diesem Zusammenhang der Vertreter der Graswurzelrevolution in Errinerung zu rufen wünscht, daß im Fall von *„militärischen Strategien ... an vielen AKW-Standorten die Angst vor den Besetzern größer war, als vor der staatlichen Bürgerkriegsarmee".* Diese Position (die der oben genannten gewaltfreien Argumentationslinie 2 entspricht) ist kennzeichnend für einen bodenlosen Opportunismus („Die Bevölkerung ist gegen Gewalt, also dürfen wir keine anwenden"). Sie legt unseren Widerstand an die Kette der bürgerlichen Massenmedien, die jetzt und in absehbarer Zukunft darüber entscheiden, was sich in den Köpfen von *„breiten Teilen der Bevölkerung"* abspielt. Diese Medien hetzen bereits über Rechtsverstöße, und wittern terroristische Einflüsse, wenn die AKW-Gegner Autoreifen zerstören oder einen Zaun kaputtmachen (was vom BBU seinerzeit durchaus noch als akzeptable Vorgehensweise im Rahmen der Gewaltfreiheit gebilligt wurde). Wer bereit ist, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, wird eingestehen müssen, daß die Festlegung des Widerstandes auf diesen Rahmen in Gorleben, Esenshamm und anderswo, nicht einmal zu erwähnenswerten Verzögerungen bei der Errichtung neuer Atomanlagen geführt hat, während überall dort, wo der Widerstand zu Teilerfolgen geführt hat (Brokdorf, Grohnde) die schlimmste und abwegigste Hetze in den Masenmedien nicht zu vermeiden war, was im günstigsten Fall Teilen der Bevölkerung die Augen über den Charakter dieser Medien öffnete. Anstatt sich von dem reformistischen (irrwitzige Illusionen über die Bedingungen unseres Widerstandes verbreitenden) Sumpf ins Bockshorn jagen zu lassen, sollte der linke Flügel der Anti-AKW-Bewegung nüchtern die realen Kampfbedingungen analysieren und in der größten Massenbewegung der BRD die Eigenständigkeit wahren und behaupten, um über diese Diskussion zur Handlungsfähigkeit zurückzufinden.

Ein Genosse aus dem Anti-AKW-Bereich

DGB-Chef Vetter:

Sympathie für UVB gegen die DKP

„In der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) wird zum ersten Mal eine Führungsmannschaft an die Spitze treten, die das Bündnis mit Kommunisten nicht nur toleriert, sondern Kommunisten sogar Zugang zu hohen Positionen verschafft."

Diese düstere Prognose über die Gewerkschaft HBV enthält ein Kommentar des „FAZ"-Gewerkschaftsexperten Ernst Günter Vetter, den das Blatt am 2.9. unter der Überschrift: *„Volksfront in den Gewerkschaften"* veröffentlichte. Nach Meinung des „FAZ"-Kommentators ist aber die vorprogrammierte, zunehmende Einflußnahme der Kommunisten in der HBV noch längst nicht alles. Nach seinen Erkenntnissen steuern auch andere Gewerkschaften und damit der DGB insgesamt in eine kritische Situation:

Angeblich soll sich die wichtigste Hochschule für die Funktionärsausbildung - gemeint ist wohl die HWP in Hamburg - in der Hand von Kommunisten und deren Sympathisanten befinden. Der Vorsitzende der Druckergewerkschaft lobe die Zusammenarbeit mit Kommunisten. Vermutet werden muß, daß auch der IG Metall-Vorsitzende Loderer nicht mehr offen über politische Entwicklungen zu reden wagt. Die Begründung hierfür: Loderer hatte den unterstellten wachsenden kommunistischen Einfluß als Erzeugnis aus der Giftküche des politischen Gegners bezeichnet. Voraussichtlich nur mit Mühe werde es dem Vorsitzenden der IG Chemie gelingen, seine Organisation vor einem Linksruck zu bewahren.

Natürlich reflektieren solche Hetzartikel den realen Einfluß der Linken in den Gewerkschaften nicht im entferntesten. Vielmehr geht es hierbei um Stimmungsmache mit dem unverkennbaren Ziel, auch gegen DKP-Mitglieder einen Unvereinbarkeitsbeschluß durchzusetzen.

Ermutigt wurden die Antikommunisten von dem ersten vertraulichen Brief des DGB-Vorsitzenden Vetter (siehe AK 181), in dem dieser zu den Ereignissen bei der HBV-Oldenburg Stellung nahm. Vetter hatte in diesem Brief an die Vorsitzenden der 17 Einzelgewerkschaften Anerkennung für den gekündigten und suspendierten HBV-Bezirkssekretär Albers und Kritik am Verhalten der HBV-Führung zum Ausdruck gebracht.

Mittlerweile hat Vetter in einem zweiten Schreiben eine Darstellung zum Fall Albers verbreitet, die von der HBV-Führung verfaßt wurde. Die HBV-Führung hat zwar ihre eigenen Anmerkungen und Richtigstellungen an dem Vetter-Brief veröffentlicht, leider jedoch nicht das entsprechende Begleitschreiben Vetters. Hierfür dürfte es einleuchtende Gründe geben, denn nach Angaben des HBV-Vorsitzenden Vietheers *„vermeidet der DGB-Vorsitzende darin ein endgültiges Urteil zu der umstrittenen Entlassung des Oldenburger HBV-Sekretärs"* („FAZ", 2.9.).

Tatsache ist jedenfalls im Augenblick, daß sowohl Albers und seine Freunde und Helfer als auch der HBV-Hauptvorstand den Zuspruch des DGB-Vorsitzenden in Anspruch nehmen.

„Die Erkenntnisse des DGB's in der Angelegenheit Albers"

Mit diesen Worten beginnt der als vertrauliche Information gekennzeichnete Brief.

„Die vom Hauptvorstand der HBV bislang vorgetragenen Kündigungsgründe, insbesondere der Vorwurf, daß sich Albers zum Schaden seiner Gewerkschaft in Verbindung mit Vertretern einer gegnerischen Organisation (DAG) betätigt habe, werden von Kennern der örtlichen Gewerkschaftsszene strikt zurückgewiesen."

Demgegenüber behauptet die HBV-Führung weiter, daß Albers allein aus arbeitsrechtlichen Gründen und wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten gekündigt wurde.

Albers und die DAG

„Es ist ebenfalls bekannt, daß Albers bei dieser Aufbauarbeit am laufenden Band DAG-Mitglieder zur HBV herüberzog. So ist es ihm noch kurz vor seiner Kündigung gelungen, 15 DAG-Mitglieder, die bei der Firma Horten beschäftigt sind, zum Übertritt in die HBV zu bewegen,... Es ist auch bekannt, daß Kollege Albers bei den gerade durchgeführten Sozialwahlen während des ‚Wahlkampfes' ganz energisch gegen die DAG zu Felde gezogen ist."

Dies sind Angaben, die vom HBV-Vorstand nicht widerlegt wurden. Der Vorwurf der Zusammenarbeit mit der DAG bezieht sich im wesentlichen auf die unzulässigen Kontakte mit dem ehemaligen HBV-Beschäftigten und jetzigen DAG-Sekretär Heyll, so jedenfalls heißt es in den HBV-Anmerkungen.

Die HBV und die Kommunisten

„Es wird unterstellt, daß Kollege Volkmar sich zur Zeit auf gar keinen Fall mit den Kommunisten anlegen will, weil er auch die durch die DKP abgedeckten Delegiertenstimmen gebrauche, um Vorsitzender seiner Gewerkschaft zu werden. Kommunisten gäbe es im HBV-Bezirk und im Bereich der Landesleitung in beträchtlicher Anzahl".

Der derzeitige HBV-Vorsitzende Vietheer erklärte hierzu, daß Volkmar auf die Stimmen der DKP-Delegierten nicht angewiesen sei. Und Volkmar ist nach eigenen Angaben vom Vorsitzenden Vetter sogar legitimiert worden, dies als Lüge zurückzuweisen.

Außerdem weist die HBV-Führung darauf hin, daß der Anteil sowie der Einfluß von DKP-Mitgliedern in den entsprechenden Bereichen nicht das auch in anderen DGB-Gewerkschaften vorfindbare Maß übersteige.

Der UVB gegen die DKP

„Kollege Albers, so wird unterstellt, hat nichts gegen den Antrag unternommen, weil er der Meinung sei, irgendwo müsse mal Schluß sein mit der unwidersprochenen, großen Einflußnahme der DKP zu Lasten der Gesamtarbeit von HBV. Er wollte, daß über das Problem gesprochen würde, weil es seiner Ansicht nach gefährlich sei, weiterhin zu schweigen" (Alle Zitate aus dem Vetter-Brief).

Hierzu fällt der HBV-Führung nicht mehr als das Bekenntnis ein, daß sich die Politik der HBV im Rahmen der Programme und Beschlüsse des DGB vollziehe.

Das eigentliche Anliegen Albers' jedoch, welches der Vetter-Brief ausführlich und wohlwollend vorstellt, „daß über das Problem (UVB) gesprochen wird", bleibt unwidersprochen. Hinter diesem Stillschweigen steckt natürlich Absicht. Die HBV-Führung will in dieser Frage keinen offenen Konflikt mit der DGB-Spitze.

Herausgestellt wird vom HBV-Vorstand stattdessen, daß der Oldenburger UVB trotz formaler Mängel auf dem Gewerkschaftstag behandelt wird. Ein eindeutiges Zugeständnis, an den von der DGB-Spitze ausgehenden Rechtsdruck.

Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.
Dieses Buch gibt darüber eine ausführli-

ISBN 3-88305-011-3
650 Seiten DM 22,--

DKP auf Tauchstation

Schon zu Beginn der Auseinandersetzung um die angebliche „Unterwanderung" der Gewerkschaftsjugend durch die DKP/SdAJ stand die Gewerkschaftslinke, die sich der erneuten antikommunistischen Ausrichtung des DGB entgegenstellen wollte, vor einem wesentlichen Problem: die DKP als Hauptbetroffene der von der DGB-Spitze entfachten Kampagne hüllte sich weitgehend in Schweigen. Anstatt den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen und die Ziele und Hintergründe dieser sozialdemokratisch gesteuerten Kampagne aufzudecken, statt die Drahtzieher zu benennen und ihre Methoden zu entlarven, bemühte sich die DKP vergeblich, sich durch Stillschweigen den Angriffen zu entziehen. Je heftiger die Angriffe von Seiten der DGB-Kanalarbeiter vorgetragen wurden - assistiert von der gesamten reaktionären Presse, vom „Bayern-Kurier" bis zur „FAZ" - desto lauter beteuerte die DKP ihre Loyalität gegenüber der DGB-Spitze. Die dramatische Beschwörung der Prinzipien der Einheitsgewerkschaft brachte der DKP nur den Spott und unverhohlene Drohungen von Seiten des DGB-Chefs H.O.Vetter ein, der in einem Diskussionsbeitrag zum zukünftigen DGB-Grundsatzprogramm die Existenz einer eigenständigen Kommunistischen Gewerkschaftstradition glatt abstritt, mitsamt aller daraus etwa abzuleitenden Ansprüche.

Ermutigt durch die feige Haltung der DKP, sind rechte Exponenten im DGB mittlerweile dazu übergegangen, der antikommunistischen Polemik organisatorische Maßnahmen folgen zu lassen. Ein Unvereinbarkeitsbeschluß gegen DKP-Mitglieder steht auf der Tagesordnung.

Wer nach den Ereignissen in der Oldenburger HBV damit gerechnet hat, wenigstens jetzt, wo es ihr direkt ans Leder gehen soll, aus der Reserve kommt, sieht sich abermals getäuscht. Mag die HBV-Führung auch ihre Gründe haben, den Rausschmiß des rechten Bezirkssekretärs Albers ausschließlich bürokratisch-arbeitsrechtlich zu begründen und nicht politisch, so ist das Totstellen der DKP in dieser Angelegenheit völlig widersinnig.

In einer der raren Stellungnahmen zu den laufenden Auseinandersetzungen macht Ludwig Müller, Mitglied des Präsidiums der DKP, den hoffnungslosen Versuch, sich bei seinen Gegnern erneut anzubiedern. Ohne auf die konkreten Ereignisse und ihre Zusammenhänge auch nur mit einem Wort einzugehen, singt er, noch dazu für das falsche Publikum, ein hohes Lied auf die Verfassungstreue der DKP. In einem Interview der „UZ" vom 17.7. nimmt er Bezug auf die Bestrebungen in der Postgewerkschaft, der NGG und der HBV, DKP-Mitglieder von Funktionen innerhalb der Gewerkschaft auszuschalten bzw. sie ganz aus der Gewerkschaft rauszuschmeißen; begründet sind diese Vorstöße ausdrücklich mit der „Verfassungsfeindlichkeit" der DKP. Mit untauglichem Jammern nach Legalität, bei völligem Schweigen zu den konkreten Vorgängen macht Müller noch einmal deutlich, daß die Gewerkschaftslinke mit der DKP auch in absehbarer Zeit nicht rechnen kann, wenn es um den Kampf gegen die Ausschlußpraxis geht. Das Problem der scharfen Rechts-Ausrichtung des DGB wird verniedlicht zu einer *„äußerst bedauerlichen Entwicklung"* in der *„einzelne Gewerkschaftsfunktionäre persönliche Meinungen von Ministern und Regierungsbeamten über eine angebliche Verfassungsfeindlichkeit der DKP ... aufgriffen"*. Die Tatsachen völlig auf den Kopf stellt auch folgende Aussage: *„Mit Recht stellen sich nicht wenige Kollegen die Frage, wie lange es dauern wird, bis sich der Verfassungsschutz bei der Beschnüffelung und Verfolgung aktiver Kollegen auf eben solche Aussagen berufen wird"* - wo doch augenfällig ist, daß die Gewerkschaftsführer gerade beim Verfassungsschutz abschreiben!

Als Antwort auf den Vorwurf, daß die DKP als Fernziel den Sozialismus anstrebe, weiß Müller nur zu erwidern, *„daß der Sozialismus (...) in jedem Land durch spezifische, den nationalen Bedingungen entsprechende Züge gekennzeichnet ist"* - also doch nicht DDR-Verhältnisse und damit auch nicht verfassungswidrig? Da werden die rechten Gewerkschaftsführer aber beeindruckt sein.

In diesem Stil geht es munter weiter. Unsere Frage an die DKP: Wie lange noch?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Wahlprüfsteine als Freibrief für Strauß

Der DGB hat seine Wahlprüfsteine doch noch verabschiedet. Lesen tut sie von der breiten Masse der Wähler eh kaum jemand. Nutzen haben sie aber zumindest für Strauß. Die Wahlprüfsteine müssen im abgedruckten DGB-internen Rundschreiben dafür herhalten, Gewerkschafter an Aktivitäten gegen Strauß zu hindern. Bemüht und strapaziert wird wieder einmal der Erhalt der Einheitsgewerkschaft.

Gemünzt ist dieser Beschluß auch gegen die DKP. Der drohen laut Kommunistenfresser Karl Schwab neue Schwierigkeiten, da die DKP mit der Gewerkschaftstätigkeit ihrer Bundestagskandidaten wirbt. Schwab gegenüber der Springer-Zeitung „Welt": alle DGB-Verbände würden darauf hingewiesen, *„daß den Kommunisten vor Ort klargemacht werde, daß die Verwendung gewerkschaftlicher Funktionsbezeichnungen nicht geduldet werde"*. Der DGB werde *„nicht hinnehmen, daß die Kommunisten ihre gewerkschaftlichen Funktionen jetzt als Köder bei der Bundestagswahl benutzen"* („Welt", 21.8.).

Als Eugen Loderer, Oskar Vetter und Karl Hauenschild für die SPD sowie der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Hoffmann für die CDU zu den Europawahlen kandidierten, war keine Rede vom „Schutz der Einheitsgewerkschaft". Jetzt, wo Strauß ruft und es gegen Linke geht, wird sie bemüht ...

An die
DGB-Landesbezirke, Kreise und
Zweigbüros
DGB-Bundesschulen,
Haus der Gewerkschaftsjugend, VTG
und Ges. für Jugendheime
Abteilungen im Hause
den Mitgliedern des Bundesvorstandes
zur Kenntnis

359 Org./Pt/De 24. Juni 1980

Bundestagswahl 1 9 8 0

Den Mitgliedern des Kreisvorstandes zur Kenntnisnahme !

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mit der Verabschiedung der Wahlprüfsteine durch den Bundesausschuß ist den Gliederungen des DGB ein Instrument an die Hand gegeben worden, an dem die Bundestagskandidaten und die Parteien im Bundestagswahlkampf gemessen werden können.

Aus gegebenem Anlaß müssen wir nachdrücklich darauf verweisen, daß ein darüber hinausgehendes Engagement von Gliederungen des DGB für oder gegen bestimmte Parteien oder Kandidaten nicht mit der parteipolitischen Unabhängigkeit des DGB zu vereinbaren ist.

Dies gilt insbesondere

- für das Aushängen von Plakaten in Räumen, die der DGB angemietet hat oder für seine Arbeit benutzt sowie für das Auslegen einschlägigen Materials
- für die Unterstützung von oder Teilnahme an Demonstrationen oder Kundgebungen, die von anderen Verbänden, von Gruppierungen oder von Parteien organisiert werden
- für die Unterstützung von Wählerinitiativen o.ä., gleichgültig für oder gegen wen sie auch aktiv werden.

Die Einheitsgewerkschaft ist ein kostbares Gut. Es wäre verantwortungslos, sie wegen kurzfristiger Wahlkampfauseinandersetzungen langfristig zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz O. Vetter Karl Schwab

IG Bergbau setzt auf den neuen Bundesjugendsekretär

Sichtlich zufrieden und mit vielen Vorschußlorbeeren begrüßt die IG Bergbau in ihrer Zeitung „Einheit" vom 1.8. die Bestellung von Hans Ludwig Brauser zum neuen Bundesjugendsekretär.

Die IG Bergbau verbindet mit der Ernennung von Brauser die Hoffnung, *„daß in der DGB-Jugend endlich wieder offen und selbstkritisch über die Probleme über die Formen und Inhalte gewerkschaftlicher Jugendarbeit diskutiert wird."*

Der Grund, warum die IG Bergbau die Konfliktfreudigkeit und die Bereitschaft von Brauser zur offenen Debatte so erwartungsvoll hervorhebt, ist relativ einfach. Brauser soll zu denen gehören, die dem Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung dadurch entgegentreten wollen, *„daß über dieses offensichtlich Problem innerhalb der Gewerkschaftsjugend diskutiert wird."*

Deshalb soll sich Brauser auch stets für die Diskussion des Papiers aus der DGB-Bundesschule Oberursel „zur Strategie der DKP und SDAJ in der Gewerkschaftsjugendarbeit" eingesetzt haben. Sollten sich die Erwartungen der IG Bergbau tatsächlich bestätigen, daß sich Brauser hauptsächlich der angeblichen Unterwanderung der Gewerkschaftsjugend durch DKP und SDAJ widmet, dann ist zu hoffen, daß er die Vorhersage der IG Bergbau, *„daß diese Konflikte durchgestanden werden müssen"*, nicht erfüllen kann.

Gedanken zur »Flucht«debatte

Ausgelöst durch die Krise der westdeutschen Linken ist auch die Frage ihrer Betriebsarbeit hochgespült worden. Diese Betriebsarbeit hat inzwischen eine 1o- bis 12jährige Geschichte. Am Anfang stand der Wunsch der Intellektuellen, aus ihrem Ghetto rauszukommen und zu versuchen, größere Teile der Bevölkerung anzusprechen. Ein Mittel dazu war, in die Betriebe zu gehen. Das war jedoch nicht unproblematisch, da die Intellektuellen und Jugendlichen der „Mittelschicht" anders dachten und fühlten als ihre Kollegen, die im Betrieb waren, um Geld zu verdienen und nicht, um dort die Revolution vorzubereiten. Meine persönliche Erfahrung ist hierbei folgende (ich selbst komme aus einem bourgeoisen Elternhaus):

1. Ich gehe an meine Arbeit, an Auseinandersetzungen mit den Vorgesetzen etc. ganz anders ran als meine Kollegen. Im Hinterkopf habe ich den Gedanken: Hier bleibst du nicht dein ganzes Leben, es gibt noch interessantere Jobs, die du auch noch machen kannst. Meine Kollegen/innen sind jedoch meist gezwungen, ihr ganzes Leben in dieser Fabrik zu verbringen und überlegen sich, bevor sie sich wehren, genau, ob sich das lohnt und welche Konsequenzen das für sie hat. Von mir und anderen Genossen/innen weiß ich auch, daß man den Kollegen/innen gegenüber Herkunft und frühere Ausbildung verschweigt, um schwierige Fragen zu vermeiden, auf die man nicht antworten möchte

und frühere Ausbildung verschweigt, um schwierige Fragen zu vermeiden, auf die man nicht antworten möchte

(etwa so: Mensch, du mit Abitur, geh doch zur Uni und mach was aus deinem Leben).

Meine Erfahrung ist auch, daß gerade die fortschrittlichen Kollegen/innen versuchen, über den 2.Bildungsweg sich noch irgendwie weiterzuqualifizieren. Diese Kollegen/innen haben noch mehr den Anspruch, sich in ihrem Beruf selbst zu verwirklichen. Die meisten anderen Kollegen/innen trauen sich das nicht zu oder sind aufgrund finanzieller Schwierigkeiten gar nicht dazu in der Lage. Besonders die Jugendlichen (die noch nicht so unter materiellem Druck stehen, Familie. . .) versuchen, beruflich weiterzukommen.

2. Jeder Ausgebeutete im Kapitalismus versucht sein Leben so angenehm wie möglich zu machen (das muß nicht unbedingt Anpassung an die herrschenden Verhältnisse bedeuten). Über kurz oder lang wird es deshalb wohl keinen Intellektuellen geben, der sich nur aus politischen Gründen dem eintönigen Streß im Betrieb unterwirft. Viele Linke kommen von der Oberschule oder von der Uni und sind dort oft „auf den Geschmack gekommen". Das heißt, sie haben sich mit vielen interessanten Themen (Naturwissenschaften, Erziehung, Sprachen, Geschichte . . .) auseinandersetzen können. Ich glaube, jeder Mensch, der weiß, daß es Berufe oder Ausbildungsmöglichkeiten gibt, wo man/frau den eigenen Kopf mehr gebrauchen kann – sich etwas mehr selbst verwirklichen kann als bei der oft stumpfsinnigen Arbeit im Betrieb – wird sich letztlich doch eben dieser interessanteren Tätigkeit zuwenden. Sicher, oft gibt es Phasen, wo man/frau durch irgendwelche guten betrieblichen Aktivitäten noch motiviert wird, im Betrieb zu bleiben, aber langfristig kann einen das nicht halten.

3. Wichtig ist weiterhin, daß man/frau als Intellektueller oft mehr verdient als Arbeiter, und was noch wesentlicher ist, daß man seine Gesundheit (durch wenig Schlaf - Frühaufstehen-, Akkord- und Schichtarbeit) nicht so ruinieren muß.

Fazit: Ich sehe im KB immer mehr die naturwüchsige Entwicklung, daß im Betrieb nur noch die Genossen/innen bleiben, die eben auch als Proletarier im KB angefangen haben, d.h. Genossen/innen, die aus Arbeiterfamilien kommen, keine weitergehenden Ausbildungen haben.etc. Alle anderen werden über kurz oder lang die Betriebe verlassen. Eine Ausnahme dabei sind die Genossen/innen, die sich inzwischen in gewerkschaftlichen oder/und betrieblichen Gremien etabliert haben (als Betriebsrat hat man/frau ja auch oft Abwechslung durch Sitzungen, Gespräche mit Kollegen/innen usw). Oder die Genossen/innen, die ein freundschaftliches Verhältnis zu ihren Kollegen/innen haben und sich in ihrer Abteilung wohl fühlen.

Aufgrund dieser Überlegungen ist meiner Ansicht nach die einzige logische Konsequenz für unsere Organisation, daß wir der naturwüchsigen Entwicklung Rechnung tragen und alle Genoss/innen, die für sich irgendwelche Möglichkeiten sehen, sich beruflich zu verbessern, e r m u n t e r n, dies zu tun. Schließlich ist es unser Interesse, daß sich jeder Mensch, Genosse/in auch heute schon so wohl wie möglich fühlt und seine persönlichen Bedürfnisse nicht zurückstellt, bis es in den Betrieben gärt und die Revolution nicht mehr weit ist.

Einschränkend würde ich hier noch anmerken, daß es sicherlich überlegenswert ist, ob man/frau es riskiert, z.B für eine relativ aussichtslose Sozialarbeiterkarriere wichtige betriebliche und gewerkschaftliche Positionen, die man sich in jahrelanger Arbeit errungen hat, preiszugeben. Ich habe den Eindruck, daß viele Genossen/innen, denen unsere Betriebspolitik am Herzen liegt, insgeheim hoffen, daß diese momentane Entwicklung (raus aus den Fabriken) nicht so rasant abläuft. Doch ich meine, daß das eine Illusion ist und nur unnötige Kommunikationsstörungen zwischen uns und den Genossen/innen, die etwas anderes machen wollen, bewirkt. Was hat uns die Arbeit im Betrieb gebracht? Im Gegensatz zu anderen linken „Seminarmarxisten" haben wir durch unsere persönlichen Erfahrungen in den Betrieben eine einigermaßen realistische Sichtweise bekommen, von der wir heute auch in anderen politischen Arbeitsbereichen noch profitieren. Das unterscheidet uns auch von den Linken, die in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit stecken oder Hauptamtliche sind und die

von den Linken, die in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit stecken oder Hauptamtliche sind und die

immer weniger mit den Massen in den Betriebn zu tun haben. Wer kennt nicht den arroganten Theoretiker, der nach intensivem Studium zu der Meinung gekommen ist, daß die Kollegen/innen in den Betrieben eigentlich ganz schön blöd sind, daß sie alles so schlucken. **Nichtsdestotrotz halte ich es nach wie vor für lebenswichtig, daß wir uns Gedanken machen, wie wir unsere Arbeit auf dem B & G-Sektor verbessern können, wie wir es schaffen, daß sich mehr Genossen/innen erst einmal oder wieder für diesen Sektor zu interessieren beginnen.**

Weiterhin heißt das für mich, daß wir – vor allem auch über unsere Zeitung – Kontakte herstellen und intensivieren zu oppositionellen Kollegengruppen, linken Sozialdemokraten, linken Betrieberatalisten und allen sonstwie gearteten zaghaften Ansätzen betrieblicher und gewerkschaftlicher Gegenwehr. Ich sehe natürlich auch die Schwierigkeit, daß in der gewerkschaftlichen Linken heute weniger irgendwelche Theoretiker gefragt sind, sondern Leute, die selbst auch Aktivitäten in ihrem Bereich entfalten, die Sinnvolles zu einem Erfahrungsaustausch unter aktiven Gewerkschaftern beitragen können. Wir erleben es ja heute ständig, daß wir als KB, obwohl wir eine ganz bestimmte Einschätzung der Gewerkschaften haben (die sich im Gegensatz zu anderen Organisationen in den letzten 10 Jahren auch nicht wesentlich verändert hat) in der Linken als Theoretiker wenig gefragt sind.

Interessant wäre es meiner Ansicht nach zu untersuchen, wie damals Ende der 6oer Jahre Teile der anpolitisierten Arbeiterjugend zu unser Organisation stießen. Meiner Ansicht nach war die damalige Entwicklung Ausdruck einer starken Studentenbewegung, durch die auch viele Arbeiterjugendliche mitgerissen wurden und nicht das „Arbeitsergebnis" von intellektuellen „Agenten", die diese Jugendlichen in den Betrieben für uns gewonnen haben.

Ähnlich verhält es sich doch mit der Anti-AKW-Bewegung. Die vielen Kollegen/innen aus den Betrieben, die sich zur Anti-AKW-Bewegung dazugehörig fühlen, sind doch auch in erster Linie durch die Stärke der Anti-AKW-Bewegung mitgerissen worden, sind durch Bürgerinitiativen und durch Demonstrationen auf der Straße angesprochen worden und nicht durch „Agenten", die sie im Betrieb als AKW-Gegner gewonnen haben.

Ein Metallgenosse

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

„So ein Tag so wunderschön wie heute. . ."

Mit diesem Lied zogen die 25 Arbeiterinnen der Thyssen-Draht AG aus dem Gerichtssaal. Sie hatten bei dem Wetzlarer Arbeitsgericht für eine gerechte Eingruppierung in die Lohngruppe 3 statt 4 geklagt und rückwirkende Lohnerhöhung gefordert. Das Urteil fiel für die Kolleginnen aus, sie bekommen jetzt 75 DM mehr im Monat.

Arbeitsgericht lehnte Kündigungsantrag gegen linke Betriebsrätin ab

Der Antrag der Broschek-Kapitalisten zur fristlosen Kündigung der linken Betriebsrätin Ulrike F. ist vom Arbeitsgericht Hamburg in erster Instanz unter tosendem Beifall der 40-50 anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus vielen Betrieben abgelehnt worden.

Worum ging es ?

Ulrike F., eine aktive Betriebsrätin, führte vor einigen Wochen ein Interview mit einer Journalistin der Zeitschrift „Konkret Sexualität" über die sexuellen Anmachen seitens der männlichen Kollegen im Betrieb. Dieses Interview wurde von der Journalistin zu einem ziemlich reißerischen Artikel verarbeitet, in dem ungeschickterweise Namen, u.a. auch der der Betriebsrätin, genannt wurden. Einige Herren der Schöpfung fühlten sich nun arg beleidigt und auch vereinzelte Frauen sahen sich genötigt zu behaupten, daß an den geschilderten sexuellen Anmachen nichts dran wäre. Insgesamt beschwerten sich 30 Kolleginnen und Kollegen bei der Geschäftsleitung, nicht etwa wegen der Zustände im Betrieb, sondern darüber, daß diese Zustände nach außen hin ausgeplaudert wurden, zudem noch unzutreffend, wie es hieß. Für die Geschäftsleitung war dies ein willkommener Anlaß, die Betriebsrätin zu feuern. Der Kündigungsantrag an den BR wurde begründet: 1. Sie hätte den Betriebsfrieden gestört, weil der Artikel Anlaß für hitzige Diskussionen gewesen sei. 2. Sie hätte die Treuepflicht verletzt und sich mit der Veröffentlichung der Mißstände geschäftsschädigend verhalten. Außerdem wäre alles erstunken und erlogen und zudem hätte sich die Kollegin in Fällen sexueller Anmachen vertrauensvoll an die Herren der Geschäftsleitung wenden können. Gegen die im Artikel dargestellten Anmachen gegenüber Kolleginnen, die bis zur Vergewaltigungsdrohungen gingen, wurde nichts unternommen.

Der Betriebsrat erkannte in der Begründung die Fadenscheinigkeit, mit der die Geschäftsleitung eine aktive Betriebsrätin loswerden wollte. Er lehnte den Kündigungsantrag einstimmig ab.

Die Kündigung blieb auch von den Kolleginnen und Kollegen nicht unbeantwortet. Wortbeiträge auf der Betriebsversammlung und eine Unterschriftensammlung, die trotz Urlaubszeit locker 300 (von 700 Beschäftigten) Unterzeichner fand, stärkten der Kollegin den Rücken und forderten die Rücknahme der Kündigung. Frauen der IG-Druck und der IG-Metall, die von ähnlichen Fällen berichten konnten, schickten Solidaritätsadressen. Fortschrittliche Journalistinnen interessierten sich brennend für den Fall.

Sogar 12 Kolleginnen und Kollegen, die sich anfangs bei der Geschäftsleitung über den Artikel beschwert hatten, forderten nach vielen Diskussionen die Rücknahme der Kündigung.

Vor dem Arbeitsgericht machte die Geschäftsleitung einen denkbar schlechten Eindruck. Sogar die Arbeitsrichter erkannten die Fadenscheinigkeit der Begründung und faßten sich nur an den Kopf. Es könne - so der Richter - niemand, der ein Interview gebe, für die spätere Verarbeitung dessen, was er sage, verantwortlich gemacht werden. Die Geschäftsleitung versuchte - in der Erkenntnis, daß vor diesem Gericht sowieso nicht mehr zu holen war - einen Vorschlag zu machen. Dieser beinhaltete, daß die Betriebsrätin eine Gegendarstellung in der „Konkret" erwirken sollte, in der sie entgegen der Tatsachen behaupten solle, daß die Journalistin ihr die Äußerungen über die Zustände im Betrieb in den Mund gelegt habe. Unter Gelächter im Saale lehnte die Kollegin dankend ab.

Der Kündigungsantrag wurde vom Gericht ohne weitere Verhandlung abgelehnt. Es ist noch offen, ob die Geschäftsleitung in die Revision geht.

Für die Frauen, die die sexuellen Anmachen im Betrieb immer noch stillschweigend ertragen, vielleicht eine kleine Ermutigung. Für die Betriebsrätin und die, die sie unterstützen, ein großer Erfolg.

Für die Geschäftsleitung eine Blamage, denn nun stürzen sich die Medien auf diesen Fall und rücken Broschek ins rechte, schlechte Licht.

Lohnklagen: »Nach dem Prozeß werden wir

Lohnklagen: »Nach dem Prozeß werden wir nicht mehr die alten, nicht mehr nur ‚stille Heimchen' sein«

16 Kolleginnen der Firma Dibona-Abfüllbetrieb für Langnese-Honig, ein zum Oetker-Konzern gehörender Betrieb in Lübeck, klagen stellvertretend für 61 Kolleginnen im Betrieb für mehr Lohn. Die Frauen in diesem Betrieb arbeiten an den Fließbändern, sie füllen den Honig in die Gläser, etikettieren und verpacken. Diese Tätigkeit wird mit der Lohngruppe IV (leichtere Arbeiten) bezahlt, d.h. in der Stunde 7,98 DM. Die im gleichen Betrieb arbeitenden 51 männlichen Kollegen fahren die Muli's und verladen den Honig, sie sind in der Lohngruppe II (angelernte Arbeitnehmer) und erhalten 9,50 DM Stundenlohn. Die Frauen im Betrieb sehen keinen Unterschied in der Schwere der Arbeit zwischen sich und den Männern. Auch sie bedienen Maschinen, die eine Anlernzeit erfordern. Ihre Arbeit erfordert enorme Konzentration und dazu kommen gesundheitliche Schäden wegen des großen Lärms am Arbeitsplatz.

Die Richterin Roswitha Schmidt ging selbst 5 Stunden in den Betrieb, um an Ort und Stelle die Arbeitsbedingungen der Frauen zu protokollieren. Sie selbst wird leider nicht das Urteil fällen, weil sie an ein anderes Gericht versetzt wurde. Wie die „Frankfurter Rundschau" zu berichten wußte, wird der Nachfolger *„einiges zu lesen haben; denn was Roswitha Schmidt der Protokollführerin am Mittwoch über die Arbeit der Frauen an den Maschinen mit bis zu elf verschiedenen Steuerungs- und Kontrollschaltern und schnellaufenden Bändern, die bis zu zweihundert Glas Honig in der Minute an den Arbeiterinnen vorbeiführen, diktiert hat beziehungsweise wegen des Krachs ins Ohr schreien mußte, ist wohl eine der detailliertesten Arbeitsbeschreibungen, die ein Richter vorgenommen hat"* („FR", 15.8.8o).

Die Lohnklagen der Kolleginnen versuchen die Oetker Kapitalisten zum Auseinander-Dividieren von Frauen und Männern einzusetzen. Die neu eingestellten männlichen Kollegen wurden jetzt in die Lohngruppe III (schwere Arbeit) eingestuft und den Kollegen mit der Lohngruppe II wurde die Rückstufung angedroht. Die klagenden Kolleginnen anworteten sofort mit einem Brief an die Geschäftsleitung: *„Über diesen Schritt der Werksleitung sind wir sehr betroffen und empört. Wir bitten sie hiermit, die Herabgruppierung nicht durchzuführen. Es kann doch wohl nicht angehen, daß unsere männlichen Kollegen dafür bestraft werden, daß Frauen ihre Rechte wahrnehmen"* („FR", 15.8.).

Auch der Betriebsrat, der die Frauen unterstützt, hat sofort eine Klage beim Arbeitsgericht eingereicht; allerdings nur mit dem Ergebnis, daß die Eingruppierungsfrage für die Männer vom Prozeß der Frauen abhinge und vorläufig zwar neue Arbeitskräfte eingestellt werden dürfen ohne eingruppiert zu werden. Dieses vorläufige Urteil hat viele männliche Kollegen gegen die Frauen im Betrieb aufgebracht: *„Hättet ihr nicht geklagt, wäre alles beim alten geblieben"* („FR", 15.8.). Die Kolleginnen berichten, daß sie im Betrieb jetzt einiges zu hören bekommen. „Männer müssen mehr verdienen als Frauen" oder als eine Kollegin von ihrem männlichen Kollegen wie üblich eine Holzpalette verlangte, tönte dieser bissig entgegen: *„Die könnt ihr euch selbst holen, ihr wollt ja auch das gleiche Geld"* („Stern", 21.8.8o). Somit haben die Kolleginnen nicht nur die Kapitalisten gegen sich, sondern auch männliche Kollegen. Die Kapitalisten werden sich die Hände reiben. Sie haben zunächst einmal mit ihrer Rückgruppierungsdrohung ihr Ziel erreicht und einen Keil zwischen Frauen und Männer im Betrieb getrieben.

Mit der gewerkschaftlichen Unterstützung machen die Kolleginnen auf jeden Fall weiter. Wenn sie die Klage gewinnen, müssen die Kapitalisten zwischen 4.5oo und 5.ooo DM rückwirkend an jede Kollegin auszahlen. Die Kolleginnen wollen sich trotz der schlechten Erfahrungen nicht unterkriegen lassen. *„Eine von ihnen sagt: ‚Nach dem Prozeß werden wir nicht mehr die alten, nicht mehr die nur ‚stille Heimchen' sein"* („FR", 15.8.).

Parallel zur Lohnklage dieser Kolleginnen erschien der Bericht der Bundesregierung über die Gleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz. Kleinlaut ist in der Presse zu vernehmen, daß die BRD auf den untersten Plätzen in Sachen Lohngleichheit in West-Europa zu finden ist. Während in der BRD die Frauen durchschnittlich 27% weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, liegen die Unterschiede beispielsweise in Schweden bei 13%, in Frankreich bei 14% und in Dänemark bei 15%.

Die Springer-Presse ist mit einer besonders originellen Erklärung angetreten: *„ Diese Zahl (gemeint sind die 27%), nackt und kommentarlos in den Raum gestellt, klingt ungeheuerlich. Aber sie muß relativiert werden: Frauen haben dank Teilzeitarbeit oft eine kürzere Arbeitszeit als Männer. Sie machen im allgemeinen weniger Überstunden. Nur jede zweite Frau hat eine betriebliche Berufsausbildung gegenüber den Männern, die zu zwei drittel ihren Facharbeiterbrief vorzeigen können. Die meisten Frauen gehören ihrem Betrieb erst eine kürzere Zeit an als die männlichen Mitstreiter. Und das Durchschnittsalter der berufstätigen Frauen ist niedriger als das der Männer"* („Hamburger Abendblatt", 28.8.8o).

♀ Kommission Betrieb und Gewerkschaft ♀



Richterin Schmidt suchte die Kolleginnen, deren Lohnklage sie bearbeitet, am Arbeitsplatz auf.

Thesen zur Entwicklung im DGB

War es für die jüngere Gewerkschaftsbewegung innerhalb der führenden Funktionärsebene üblich, daß, falls vorhanden, kontroverse Diskussionen und Debatten n i c h t in der gewerkschaftlichen und außergewerkschaftlichen Öffentlichkeit bekannt und diskutiert wurden, so hat sich dieses Bild in der letzten Zeit erheblich geändert.

Es ist wohl ohne Übertreibung zu sagen, daß alle im D G B zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften derzeit n i c h t mehr in allen Fragen an einem Strick ziehen, was jahrelang der Fall gewesen ist.

In vielen Fragen - und nicht die unwichtigsten für die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Ausrichtung - gibt es gegenwärtig eine teilweise öffentliche Debatte und sogar heftigen Schlagabtausch.

Sei es über die niederliegende Jugendarbeit oder über den Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes, das in vielen wichtigen Einzelfragen umstritten ist. Oder die dauernde Gesprächsbereitschaft der DGB-Spitze mit dem Kanzlerkandidaten F.Strauß, die einige Einzelgewerkschaften angegriffen haben. Das Verbot der DGB-Spitze, an Veranstaltungen zum internationalen Frauentag teilzunehmen, wurde teilweise von einigen Einzelgewerkschaften demonstrativ mißachtet. So gibt es neuerdings mehrere Entscheidungen des DGB-Bundesvorstandes, die nicht nur nicht mitgetragen wurden von allen Einzelgewerkschaften, sondern sogar auf starken Protest einiger Einzelgewerkschaften stießen. So z.B. die Nichtveröffentlichung der Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl im Oktober dieses Jahres, wo der DGB-Bundesvorstand seine Entscheidung rückgängig machen mußte.

Aber nicht nur zwischen DGB-Bundesvorstand und den Einzelgewerkschaften gibt es eine erhebliche Kontroverse. Auch die verschiedenen Einzelgewerkschaften tragen in der Öffentlichkeit und über ihre Zentralorgane starke Meinungsverschiedenheiten aus. Als z.B. D. Hensche für die DruPa sich g e g e n eine Debatte um kommunistische Unterwanderung des DGB aussprach, brachte ihm das erhebliche Kritik der ÖTV-Führung (über ihr Zentralorgan) ein. Oder L.Mahlein, der vorsichtig die Sozialpartnerschaft in Frage stellte, mußte sich vom Vorsitzenden der IG Textil in der bürgerlichen Presse (!) heftige Kritik einhandeln. Oder seien es die Bestrebungen einiger Einzelgewerkschaften, stärker bzw. überhaupt gegen F.Strauß vorzugehen, was auch innerhalb der DGB-Gewerkschaften zu erheblichen Kontroversen geführt hat und immer noch führt.

Dies soll nur einen kleinen Ausschnitt aus der derzeitigen Debatte darstellen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Entscheidend und neu ist, daß diese Diskussion und Auseinandersetzungen zwar schon früher an der gewerkschaftlichen Basis geführt worden sind, aber h e u t e bis in die obersten Führungsorgane der DGB-Einzelgewerkschaften gehen.

Die Reaktion der Linken

Diese in letzter Zeit öffentlich geführten Diskussionen und Widersprüche sowie der Stahlstreik in der Metallindustrie haben nun auch innerhalb der gewerkschaftlichen Linken bzw. seinen Beobachtern sehr unterschiedliche Reaktionen und Einschätzungen hervorgebracht, sofern sich überhaupt mit dieser Auseinandersetzung bechäftigt wird.

Nach dem Stahlarbeiterstreik tauchte in einigen linken Zeitungen und Strömungen die These von den Bestrebungen innerhalb der IG Metall auf, daß sich hier eine autonome Gewerkschaftspolitik entwickeln würde. Durch die jüngsten Auseinandersetzungen innerhalb des DGB hat diese Strömung nun neue Impulse bekommen.

Die GIM z.B. hat vor einigen Wochen einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wird, daß wesentlich der Einfluß der (fortschrittlichen) IG Metall im DGB zurückgeht, daß sich der DGB von der IG Metall emanzipieren will, also viele ,,fortschrittliche'' Vorstellungen der IG Metall nicht mehr (!) vom DGB-Bundesvorstand übernommen werden.

Andere Linke wie die SOST, SB usw. sehen und sprechen heute von autonomen Bestrebungen bei einzelnen Gewerkschaften bzw. sogar beim gesamten DGB. Andere wieder, wie die Z-Gruppe, greifen diese These heftig an, ohne wiederum die bestehenden Widersprüche und Auseinandersetzungen rauszuarbeiten und zu verarbeiten.

Wie aus den am Anfang genannten Beispielen zu sehen ist, ist innerhalb der DGB-Einzelgewerkschaften einiges in Bewegung gekommen, was die Linke untersuchen muß, da dies auch erheblich unsere Arbeit beeinflussen wird. Das gilt meiner Ansicht auch für den KB, der sich mit dieser Entwicklung im DGB auseinandersetzen muß, was bisher nicht der Fall ist.

Diese Frage um die Entwicklung und Ausrichtung des DGB bzw. seiner Einzelgewerkschaften wird auch in der nächsten Zeit in der linken Bewegung eine Rolle spielen, da auf der nächsten Sozialistischen Konferenz im Dezember die Gewerkschaftsfrage mit ein Schwerpunkt der Debatte sein wird. Dazu kommt, daß die Hamburger Vorbereitungsgruppe diesen Punkt übernommen hat.

Meine Thesen

Entgegen der These der GIM, es gebe innerhalb des DGB keinen Rechtskurs, vertrete ich ganz entschieden die These, daß der DGB innerhalb der

Meine Thesen

Entgegen der These der GIM, es gebe innerhalb des DGB keinen Rechtskurs, vertrete ich ganz entschieden die These, daß der DGB innerhalb der

letzten Jahre ideologisch einen ganz erheblichen Rechtskurs gemacht hat, der auch weiter anhält. Die Anbindung an den kapitalistischen Staat erscheint mir immer stärker, was wohl auch mit am deutlichsten Bekenntnis zur ,,inneren Sicherheit'' im neuen Entwurf zum DGB-Grundsatzprogramm wird. Oder seien es die Tendenzen, jetzt die DKP-Mitglieder aus der Arbeit im DGB rauszuschmeißen oder die vollständige Verbannung der kommunistischen Tradition in der Gewerkschaftsbewegung zugunsten der christlichen (CDU) Tradition. Oder sei es verstärkt die Entpolitisierung seit und mit der F.-Strauß-Kandidatur.

Entscheidend für mich ist aber auch, daß diese Rechtsentwicklung n i c h t e i n h e i t l i c h von allen Einzelgewerkschaften mitgetragen wird. Die von mir anfangs aufgezählten Beispiele zeigen recht deutlich, daß es gegen diese verstärkte Ausrichtung erhebliche Widerstände von den Führungen einiger Gewerkschaften gibt. Das heißt, es gibt eine Opposition innerhalb der Einzelgewerkschaften bis in die jeweiligen Hauptvorstände gegen diese angestrebte Rechtsentwicklung. Allerdings ist dieser Kampf rein defensiv.

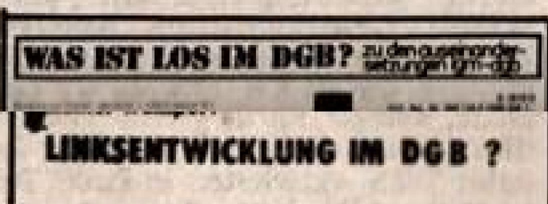
Hintergrund dieser ganzen Auseinandersetzung ist meiner Ansicht nach, daß die Gewerkschaftsführung innerhalb des kapitalistischen Systems an Grenzen gestoßen ist.

Gewerkschaftliche Erfolge fallen nicht mehr wie reife Früchte in den Schoß, mit Säbelrasseln und linken Sonntagsreden ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Die Ansprüche der Gewerkschaftsmitglieder an ihre jeweilige Führung steigen, da auf individuellem Weg der Lebensstandard und der Arbeitsplatz nicht zu sichern sind. Die Gangart der Kapitalisten wird immer härter, die Politik der jahrelangen Partnerschaft und der Rücksichtnahme auf die SPD/FDP-Regierung stößt nicht nur an ihre Grenzen, sondern führt immer mehr in die Niederlage. Der Sozialpartnerschaft, die grundlegende Orientierung des DGB im wesentlichen seit der Debatte um das Grundsatzprogramm von 1963 ist, wird der Teppich unter den Füßen immer stärker weggezogen.

Vieles, was die Gewerkschaftsführer früher erkämpft haben, oder besser gesagt, ihnen relativ kampflos zugestanden wurde, wird heute von den Kapitalisten in Frage gestellt und n i c h t mehr kampflos zugestanden, als ganz natürliche Folge der größeren kapitalistischen Konkurrenz unter den Kapitalisten. Daher haben auch einige Einzelgewerkschaften in den letzten Jahren einige zum Teil sehr heftige Tarifauseinandersetzungen gehabt mit Aussperrung und Streik.









Wie nun eine für die Mitglieder erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit im kapitalistischen System zu erreichen ist, unter den veränderten Bedingungen, ist der entscheidende Hintergrund für die Auseinandersetzung innerhalb des DGB. Diese Auseinandersetzung greift nicht das kapitalistische System als ganzes an, in der Richtung, dies System zu überwinden, sondern bleibt innerhalb des kapitalistischen Systems hängen. Es geht darum, wieder mehr Krümel vom kapitalistischen Kuchen abzubekommen, um es mal so auszudrücken.

Während nun der DGB und einige Einzelgewerkschaften weiter nach rechts rücken, sich noch stärker an den kapitalistischen Staat binden, den bürgerlichen Politikern nachlaufen usw., setzen andere Gewerkschaftsführer darauf, wieder etwas mehr Klassenkampf einzusetzen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Aber auch Einzelgewerkschaften, die derzeit wieder auf (mehr) Klassenkampf setzen und den Rechtskurs der DGB-Spitze nicht mitmachen wollen und vielleicht auch nicht können, bleiben doch immer noch in der kapitalistischen Logik hängen. Um eine wirkliche Autonomie zu erreichen, wäre es gerade notwendig, diese kapitalistische Logik zu überwinden. Manche Linke, die mehr Klassenkampf schon (einfach ausgedrückt) mit Autonomie gleichsetzen (z.B. die GIM), begehen eine schwere politische Fehleinschätzung.

Auch bekannte ,,linke'' Gewerkschaftsführer, die sich mutig gegen den Rechtskurs im DGB stellen wie z.B. L.Mahlein, bleiben doch noch innerhalb der kapitalistischen Logik. Aber seine Alternative: Sein ganzes Dilemma wird in der Kritik des Wegfalls der Wahlprüfsteine deutlich. L.Mahlein spricht vom ,,schwarzen Dienstag der Gewerkschaften''. Was sind aber die Wahlprüfsteine bisher anderes gewesen als kaum verhüllte Wahlhilfe für die SPD! Sicherlich mußte der Wegfall und der Zusammenhang, in dem der DGB dies beschloß, kritisiert werden. Aber eine Alternative kann wohl kaum heißen, Wahlprüfsteine für die SPD müssen wieder her. Es ist bezeichnend für viele linke Gruppen, daß sie oft in großer Aufmachung L.Mahleins Kritik vom ,,schwarzen Dienstag'' übernahmen und den Pro-SPD-Aspekt voll ,,übersehen'' haben. Sicher gibt es Gewerkschaftsführer wie z.B. D.Hensche und vielleicht auch C.Götz (von der DruPa und HBV), die wohl in ihren Vorstellungen noch weiter gehen, nur das ist nicht die vorherrschende Strömung unter den Gewerkschaftsführern, die nicht bereit sind, den Rechtskurs oder die Rechtsentwicklung der DGB-Spitze und einiger Einzelgewerkschaften mitzugehen.

Wenn man in ganz g r o b e n Rastern arbeiten würde, stellt sich für mich heute folgendes Bild innerhalb des DGB dar.

Auf der einen Seite die DGB-Spitze sowie die Vorstände der Einzelgewerkschaften von ÖTV, der IG Bergbau, der IG Textil, der IG Chemie, die wohl zu den ,,rechten'' Gewerkschaften zählen und in denen es kaum Widerstand gegen die Rechtsentwicklung gibt.

Auf der anderen, ,,linken'' Seite, die Vorstände der Einzelgewerkschaften von DruPa, der GEW, der HBV und der IG Metall, in denen es erheblichen Widerstand gegen die Rechtsentwicklung im DGB gibt.

Hier ist wohl noch mit erheblichen Auseinandersetzungen zu rechnen und es besteht für mich sogar die Möglichkeit, daß der DGB als Einzelgewerkschaft bzw. Einheitsgewerkschaft längerfristig in Frage gestellt ist. Die Möglichkeit einer ,,Rechtsspaltung'' im DGB scheint mir auf längere Sicht nicht ausgeschlossen. Seit den ,,Oldenburger Ereignissen'' in der HBV scheint sich die Möglichkeit von ,,Auffanggewerkschaften'' abzu-

werkschaft bzw. Einheitsgewerkschaft längerfristig in Frage gestellt ist. Die Möglichkeit einer ,,Rechtsspaltung'' im DGB scheint mir auf längere Sicht nicht ausgeschlossen. Seit den ,,Oldenburger Ereignissen'' in der HBV scheint sich die Möglichkeit von ,,Auffanggewerkschaften'' abzu-

zeichnen, da für die ,,rechten'' Gewerkschaften das Problem besteht, daß sie unzufriedene Gewerkschaftsmitglieder aus den ,,linken'' Gewerkschaften auffangen müssen, falls Gewerkschaftsmitgliedern der ,,linke'' Kurs ihrer Gewerkschaftsführung nicht passen sollte und die vom Bewußtsein noch voll auf der Linie der Sozial-Partnerschaft stehen.

So sei hier als Beispiel erwähnt, daß sich im DruPa Zentralorgan in letzter Zeit immer häufiger kritische ,,rechte'' Leserstimmen zu Wort melden, die mit den ,,linken'' Artikeln, meist von D.Hensche, nicht einverstanden sind, z.B. an der Afghanistan-Debatte.

Für die Gewerkschaftslinke bedeutet das meiner Meinung nach, daß sie sich mit den von mir angeführten Fragen (stärker) beschäftigen muß.

Teile der Linken beschäftigen sich überhaupt nicht mit diesen Fragestellungen, oder wenn doch, werden diese Fragen mit der klassischen Bemerkung abgetan, der Gewerkschaftsapparat ist nicht zu gewinnen, bloß nicht auf diese Differenzen starren und diese Entwicklungen überhaupt zu ignorieren. Ein anderer Teil der Linken (z.B. Z-Gruppe, Broschüre ,,Linksentwicklung des DGB?''), sieht nur starr den Rechtskurs des DGB, ohne konkret die Gegentendenzen zu sehen bzw. spielt sie herunter und unterschätzt sie. Andere Linke wiederum überschätzen diese Entwicklung voll und sehen Tendenzen zur gewerkschaftlichen Autonomie (z.B. GIM und SB). Andere wie die SOST sehen sogar schon im gesamten DGB Autonomietendenzen.

Zu dieser Entwicklung unsere Einschätzung zu erarbeiten, ist meiner Ansicht unbedingt erforderlich und Ansatz meines Diskussionspapiers.

R., Hamburg

Diskussionsbeitrag zur Mitbestimmung: Die »Basis« tut sich schwer

Einige Gewerkschaftsgenossen im Ruhrgebiet haben in den vergangenen Wochen die Frage der Montanmitbestimmung diskutiert. Hierzu als ergänzender Beitrag zur Berichterstattung im AK einige Eindrücke, wie die IGM-Kampagne an der Basis ausgesehen hat.

Vorweg eine politische Zusammenfassung: Die Mitbestimmung, auch die Montanmitbestimmung, ist für die konkrete gewerkschaftliche Tagesarbeit, für die Probleme der Kollegen direkt nur von untergeordneter Bedeutung. Sie findet auf der Ebene der Konzernspitzen statt und muß so der „Logik" betriebswirtschaftlicher Entscheidungen folgen. Die Mitbestimmung stellt sich für den Gewerkschaftsfunktionär wohl dann als wichtig dar, wenn es um sein Pöstchen geht. Für die Spitze der IGM hat sich wohl auch ein Selbstlauf der Mitbestimmung eingestellt – sie identifiziert sich mit den Entscheidungen, an denen sie mitbestimmt.

Ein Kollege aus Duisburg hat diese Entwicklung in der Zeitung „Revier" so dargestellt, daß die Gefahr besteht, daß „Kompromisse"

Selbstlauf der Mitbestimmung eingestellt – sie identifiziert sich mit den Entscheidungen, an denen sie mitbestimmt.

Ein Kollege aus Duisburg hat diese Entwicklung in der Zeitung „Revier" so dargestellt, daß die Gefahr besteht, daß „Kompromisse"

auch bei Arbeitsplätzen von der IGM inkauf genommen werden, nur damit die Mitbestimmung selbst erhalten bleibt. Das Kampfmittel könnte zum Selbstzweck werden und sich gegen die eigentlichen Ziele richten.

Die politische Bedeutung der Montanmitbestimmung bleibt so weitgehend historisch, wobei einige Vorteile, aber nur wenn sie konkret in der Aktion genutzt werden, dem Kampf der Kollegen dienlich sein können. Sie können aber genauso, bei klassenversöhnlerischen Positionen , zum Schaden der Kollegen wirken.

Ein Beispiel dazu: Im Schatten des Einflusses der Arbeitsdirektoren in den Stahlwerken ist es üblich geworden, alle Betriebsräte freizustellen. Die oppositionellen Betriebsräte Norbert Böhmer und Hartmut Simon bei Hoesch-Union in Dortmund haben beispielsweise versucht, das zum intensiven Kontakt mit Kollegen der Abteilungen zu nutzen. Andererseits aber fördert diese Regelung – und dies ist viel häufiger der Fall – genauso Sesselkleberei und Verteidigung von Privilegien.

Kann aus dem Alltag der IGM-Arbeit nicht die Bedeutung der laufenden Kampagne erklärt werden und zeigt sich aus dem Gesagten eher eine Schwäche der klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung, so muß umso mehr beachtet werden, daß die Unternehmer es sich leisten können, hier anzugreifen und auch schon sozialpartnerschaftlich orientierte Gewerkschaftspositionen anzugreifen.

Diese allgemeine Darstellung hat sich in den Betrieben bestätigt. So ist die Zahl von 5o ooo Kollegen, die die Arbeit niedergelegt haben sollen, wahrscheinlich bei weitem zu hoch gegriffen. Im Raum Dortmund – Hagen gab es in den Stahlwerken nur Aktionen, die 2-3ooo Beteiligte nicht überschritten.

Konkret: Bei Mannesmann Demag in Wetter organisierten die Vertrauensleute einen gemeinsamen Gang von gut 8o Kollegen zum Betriebsrat. Mobilisiert wurde vor allem mit dem Argument der Notwendigkeit einer starken Interessenvertretung, vor allem für die Zeit weiterer Rationalisierungen. In der Versammlung wurde die konkrete Solidarität als Kampfmittel betont, der Tarifvertrag als kampffähiger Aktionsvorschlag seitens der IGM begrüßt und Möglichkeiten der weiteren Information der Kollegen beraten.

Nach dem 3o Juli, als zunehmend auf die Wehner'sche Gesetzesinitiative orientiert wurde, erstarb im Betrieb ein weiteres Vorgehen. Die Vertrauensleute kamen nicht mehr zusammen, die Informationen der Kollegen brach ab, bis Ende August von den Vertrauensleuten zur Teilnahme an der Duisburger Veranstaltung der IGM aufgerufen wurden.

Diese Veranstaltung, als Vollkonferenz aller Mannesmann- Vertrauensleute organisiert, hatte die äußere Form einer Kampfveranstaltung, wie

legen brach ab, bis Ende August von den Vertrauensleuten zur Teilnahme an der Duisburger Veranstaltung der IGM aufgerufen wurden.

Diese Veranstaltung, als Vollkonferenz aller Mannesmann- Vertrauensleute organisiert, hatte die äußere Form einer Kampfveranstaltung, wie

wir sie aus dem Stahlarbeiterstreik kennen. Inhaltlich hielt sie dem jedoch nicht stand.

Die SPD-Gesetzesinitiative wurde als wichtiges Kampfmittel dargestellt, die Positionen der CDU-Sozialausschüsse lobend erwähnt und der Hauptschlag gegen die FDP geführt. Jedoch brach diese Analyse, die logisch dann zur Bremserrolle von Helmut Schmidt führen mußte, dort ab und erging sich in Allgemeinheiten über die Mängel der 76'er Mitbestimmung, „die den Namen nicht verdient". Dieses Kunststück, aus wahltaktischen Gründen den interessantesten Konflikt, der sich grad am Tag vorher abgezeichnet hatte, auszuklammern, führten IGM Vorstandsmitglied Lutz Diekerhoff und IGM-Vorstands-Stahlspezialist Rudolf Judith in der Struktur ihrer Reden fast identisch vor. Es blieb zwei einfachen Betriebsfunktionären vorbehalten, in der anschließenden Diskussion auszusprechen, was Sache ist: Daß F.J. Strauß die „fortschrittliche" Position vertreten kann, indem er für die Novellierung der 56'er Montanmitbestimmung eintritt (siehe AK 183) und Helmut Schmidt mit Rücksicht auf den „kleinen Partner" mit Konsequenzen droht.

Gewerkschaftspolitisch wichtig ist, daß der Tarifvertrag zur Mitbestimmung, der, wie gesagt, streikfähig wäre, ausdrücklich und gegen fast alle Diskussionsredner von der IGM-Spitze als letztes Mittel angesehen wird, nach dem Wehner Entwurf und auch nach der Variante einer Novellierung des 56'er Gesetzes. Es hat sich so die AK-Einschätzung bestätigt, daß ein Kompromiß in Sicht ist, der erneut fortschrittliche Positionen und die Politik in der IGM schwächt.

Ein Genosse aus einem Mannesmannbetrieb

Aktivitäten zum Antikriegstag 1980

Flensburg

Der Anfang gestaltete sich als außerordentlich schwierig, so unterschiedlich waren die inhaltlichen Standpunkte der Mitglieder im „Aktionsbündnis gegen Kriegsvorbereitungen". So kam es zu der Situation, daß zwei getrennte Aufrufe zu einer gemeinsamen Demo am 1. September erschienen. Der eine, von der Mehrheit der Mitglieder des „Aktionsbündnisses...", sah die Kriegsgefahr in der Politik der „beiden" „Supermächte" (USA und Sowjetunion) begründet, verteilte die Schuld gewissermaßen „zu gleichen Teilen" und hielt demnach auch Forderungen wie „DDR raus aus dem Warschauer Pakt" für unabdingbar. (Warum die CSSR z.B. nicht aus dem Warschauer Pakt austreten soll und warum unsere unverbrüchliche Solidarität mit unseren „deutschen Brüdern und Schwestern jenseits des ‚Eisernen Vorhangs'" nur so zaghaft benannt wird, blieb leider unbeantwortet!). Die Minderheit des „Aktionsbündnisses..." gab aufgrund dessen einen eigenen Aufruf heraus (im wesentlichen „Z", Grüne und KB), der sehr starken Bezug zur Politik der NATO, insbesondere USA und BRD, nahm und hierin die bewußte Kalkulation eines „Dritten Weltkrieges" sah.

Von sich aus schlug die Mehrheit des „Aktionsbündnisses..." vor, daß auch die Minderheit eine eigene Kundgebungsrede halten durfte, weil hier wieder unüberbrückbare Gegensätze deutlich wurden. Daher kam es zu einer zwar inhaltlich unterschiedlich ausgestalteten Aktion, aber eben einer gemeinsamen!

Die Kundgebung gestaltete sich zwar aufgrund technischer Mängel als sehr chaotisch, was aber durch eine sehr kämpferische und stimmungsvolle Demo bei weitem wettgemacht wurde. Nichtzuletzt lag dies wohl am vorbildlichen Einsatz unserer türkischen Freundinnen und Freunde!

Die meistgerufenen Parolen waren: „Kampf dem Faschismus in der Türkei!", Carter stellt die Weichen für Millionen Leichen!", „BRD – raus aus der NATO!", aber daneben auch „1,2,3,4 - viele Bremen schaffen wir - 5,6,7,8 - die Bundeswehr wird abgeschafft ! (...wird totgemacht !)". Insgesamt haben 300 Leute an der Demo teilgenommen – für Flensburg sehr viel.

KB/Gruppe Flensburg

Neumünster

Neumünster

Etwa 70 Besucher verfolgten am 1. September eine Podiumsdiskussion, an der sich CDU, SPD, FDP, Grüne, Volksfront, KBW und DKP beteiligten.
100 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration in Neumünster.

Bremen

Die Aktivitäten zum Anti- Kriegstag am 31.8. standen ganz im Zeichen der DKP- orientierten „Initiative zum Antikriegstag 80": eine Fahrraddemo, an der sich ca. 700 Menschen beteiligten, eine Friedensversammlung im Weserstadion, auf der u.a. Roland Vogt von den Grünen auftrat, während Pastor Niemöller aus Krankheitsgründen abgesagt hatte. Und vor der Tür des Weserstations gab es Infostände und kulturelle Darbietungen. Insgesamt waren ca. 2000 Leute gekommen. Die DKP war nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den Linken (Komitees, Arpo, KB, TAZ usw.) bereit gewesen, wohl aber zu Zugeständnissen gegenüber den Jusos (siehe auch AK 182). So wurde in den Aufruf zum Antikriegstag z.B. ein lobender Absatz zum Schmidt- Besuch in Moskau mitaufgenommen. Das zahlte sich allerdings nicht aus: die Jusos mußtten (laut „Weserkurier") ein Flugblatt zum Anti- Kriegstag, das auch zum Friedensfest im Weserstadion aufrief, wieder einstampfen – ihnen wurde ein Parteiausschlußverfahren angedroht !

Neben dem DKP- Bündnisbereich nutzten die Grünen, das Nicaragua-Komitee, die Gruppe Arbeiterpolitik und der KB die Gelegenheit für Infostände. Wir haben u.a. recht starkes Echo mit einem Flugblatt zum Todesopfer beim Hamburger Strauss-Auftritt gefunden.

KB/Gruppe Bremen

Bremerhaven

Zwecks Durchführung gemeinsamer antimilitaristischer Aktivitäten in diesem Herbst bildete sich in Bremerhaven ein Bündnis, bestehend aus Alternativer Liste, Teilen der Grünen, Frauengruppe, SOdZDL, BBA, einer Schülergruppe und dem KB.

Nach einer kleineren Diskussionsveranstaltung im Juli wandte sich jetzt das Bündnis anläßlich des Anti-Kriegs- Tages mit einem gemeinsamen Aufruf an die Öffentlichkeit, der u.a. im Rahmen einer Info- Aktion in der Fußgängerzone verteilt wurde.

Beabsichtigt wird die Durchführung einer größeren Veranstaltung mit Sprechern aus Friedensbewegung und Bürgerinitiativen Mitte September.

mit Sprechern aus Friedensbewegung und Bürgerinitiativen Mitte September.

Zusätzlich planen einzelne Gruppen eigene Veranstaltungen zu speziellen Themen, etwa zu der Frage „Frauen zum Bund?". Natürlich gab's und gibt es noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. So war die DKP nur auf der allerersten Beratung anwesend und ließ nie wieder von sich hören. Die „Volksfront" stieg nach anfänglicher Beteiligung wieder aus, nachdem ihre Absicht, die ganze Sache wesentlich als Wahlkampf zu betreiben, nicht akzeptiert worden war. Und die Grünen schließlich haben – bei allem bekundeten Interesse – nach wie vor Schwierigkeiten, sich zu eindeutigen Entscheidungen aufzuraffen und vor allem, sie auch praktisch werden zu lassen.

KB/Gruppe Bremerhaven



Hamburg: Über 3.000 Menschen demonstrierten am Antikriegstag in der Hamburger Innenstadt. Die Hamburger Friedenskoordination – ein Zusammenschluß aus Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen begann mit einer Kundgebung mit 500 Teilnehmern und schloß sich dann der Demonstration der DGB-Jugend an.

Göttingen

Etwa 200 Besucher kamen zu einer Podiumsdiskussion, die das Göttinger Friedensbündnis zum Antikriegstag veranstaltete. Nachdem es zum 8. Mai noch zwei verschiedene Bündnisse gegeben hatte, konnten sich die verschiedenen Gruppen und Initiativen diesmal ohne größere Schwierigkeiten darauf einigen, den Aufruf von BBU und DFG-VK „Atomanlagen und Atomwaffen –

tiativen diesmal ohne größere Schwierigkeiten darauf einigen, den Aufruf von BBU und DFG-VK „Atomanlagen und Atomwaffen –

gemeinsam abschaffen" zur Grundlage gemeinsamer Aktivitäten zu nehmen. Dem beachtlichen Unterstützerkreis gehörten an: SO, Gewaltfreie Aktion, DFG-VK, BuLi-Linitiative, KB, Arbeitskreis gegen Atomenergie, DKP, MSB, SDAJ, VVN, Jusos, Fachschaftsrat Theologie, Christen für den Sozialismus, Buchladen Rote Straße, DFI.

In einem zweiten kurzen Text trugen die Gruppen die wesentlichen Fragen zusammen, die auf einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „ Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern?" behandelt werden sollten. Die Grünen erklärten dann zur allgemeinen Überraschung, daß die Frage „Gefährden die Vorgänge in Afghanistan den Frieden?" ihnen nicht ausreiche und zogen ihre Unterschrift zurück. Offen sagen, daß es ihnen lediglich darum ging, ein eigenes Flugblatt zu machen, möchten sie wohl nicht.

Eröffnet wurde die Diskussion mit einem Beitrag von E.Jahn (SB, Friedensforscher), der einem Wechsel von der Entspannungspolitik zu einer Politik der Weltkriegsvermeidung konstatierte, und auf die Problematik der Abrüstungsverhandlungen hinwies. Nicht mehr die Quantität der Waffen sei entscheidend, sondern die Qualität, weswegen Abrüstungs- oder Rüstungsbegrenzungsverhandlungen lediglich ein politisches Barometer seien. Er sehe derzeit aber keine aktuelle Kriegsgefahr. Dann überraschte er mit der Feststellung, daß die treibende Kraft der Aufrüstung die Rüstungswissenschaft sei.

Der Vertreter der DKP konzentrierte sich auf die Frage der materiellen Interessen, die hinter Krieg und Aufrüstung stehen und forderte Abrüstung in Ost und West. Einseitige Abrüstung könne es nicht geben.

Ein Mitglied des Juso- Bundesvorstandes kritisierte den „Nach"-rüstungsbeschluß und forderte die Fortsetzung der Entspannungspolitik.

O. Meyer von der Freien Osnabrücker Pfarrkonferenz stellte die These auf, daß der 3. Weltkrieg längst im Gange sei, als Krieg der 1. und 2. gegen die 3. Welt. Ein Krieg der Metropolen gegen die Entwicklungsländer, mit wechselnden Koalitionen, an dem sich die BRD zwar noch zögernd, aber doch in zunehmendem Maße beteilige. Es bestehe die große Gefahr, daß die Stellvertreterkriege in der 3. Welt ausufern.

Der Vertreter der Grünen ging auf die Frage der Rohstoffe ein. Es handele sich nicht um ein Problem der Knappheit, sondern der freien Verfügung des Kapitalismus über diese Ressourcen. Er sehe keine Entwicklung der Entspannungspolitik, sondern lediglich verschiedene Formen der Spannung.

Der weitere Verlauf der heftig und kontrovers geführten Diskussion wurde wesentlich von einem weiteren Beitrag Jahns geprägt, der

Der weitere Verlauf der heftig und kontrovers geführten Diskussion wurde wesentlich von einem weiteren Beitrag Jahns geprägt, der

die Linke vor den „verhängnisvollen" Parolen „BRD raus aus der NATO!" und „Abschaffung aller Atomwaffen" warnte. Sie seien moralisch, unrealistisch und würden die Antikriegsbewegung diskreditieren. Eine These, der im Weiteren erfreulicherweise fast alle widersprachen, bis Jahn dann das auspackte, was ihm offenbar am meisten am Herzen lag: ein Wahlaufruf für die SPD, begründet mit einer gelungenen Synthese aller Argumente, die ansonsten aus verschiedenen Ecken gegen die Grünen gerichtet werden.

Als weitere Veranstaltungen des Bündnisses sind noch ein „Kulturabend" mit Film, Liedern, Gedichten und verschiednene Beiträgen und zwei Filmveranstaltungen in Zusammenarbeit mit einer fortschrittlichen Kneipe geplant.

KB/Gruppe Göttingen

Westberlin

„Für Frieden, Entspannung und Abrüstung in der Welt" lautete das Motto einer Veranstaltung der DGB-Jugend am 1. September in Westberlin. In der überfüllten ‚Neuen Welt' (Veranstaltungsort) waren einige Tausend Vertreter der „Jugend um die 30" erschienen. Jüngere Kolleginnen und Kollegen waren leider kaum auszumachen.

Detlef Prinz, der Landesbezirks-Jugendsekretär, erklärte, daß Frieden nicht von allein kommt, sondern erkämpft werden muß. Die Gewerkschaftsjugend sei aufgefordert, in der Tradition der Gewerkschaftsbewegung ihren Teil dazu beizusteuern. Nach einer lobenden Erwähnung von Willi Brandts Entspannungspolitik verbat er sich jede Belehrung über Forderungen nach Frieden und Abrüstung seitens reaktionärer Politiker, denn es sei schließlich die Arbeiterbewegung gewesen, die in unserem Land den Blutzoll für kriegerische Auseinandersetzungen der Kaiser und Führer zu bezahlen hatte. Er wies in seiner Rede auf zunehmende Tendenzen in der

zoll für kriegerische Auseinandersetzungen der Kaiser und Führer zu bezahlen hatte. Er wies in seiner Rede auf zunehmende Tendenzen in der

Jugend hin, sich rechtsradikalem Gedankengut zuzuwenden und forderte das Verbot der ‚Grauen Wölfe'. Die Sympathiebekundung für die polnischen Arbeiter verknüpfte er mit einer Kritik an westlichen Massenmedien und Politikern, die zwar jubeln, wenn polnische Arbeiter streiken, bei jeder Arbeitsniederlegung in der BRD aber am liebsten den nationalen Notstand ausrufen würden. Für seine Rede bekam er insgesamt viel Beifall, im Gegensatz zu Horst Haase, dem hauptamtlichen Vorstandsmitglied des Westberliner DGB, der unter anderem die Gelegenheit benutzte, den lieben Kolleginnen und Kollegen die Schrecklichkeiten kommunistischer Machtausübung näherzubringen. Aufgrund lauter Mißfallensäußerungen des Publikums, das ihn aufforderte

Fortsetzung nächste Seite



Antikriegstag 1980

Fortsetzung von der vorherigen Seite

aufzuhören, waren seine weiteren Ausführungen zu diesem Thema nicht mehr zu verstehen. Beifall gab es dann allerdings wieder bei solchen Redepassagen, in denen er für eine internationale Abrüstungspolitik eintrat und die Schrecken des 2. Weltkrieges mit seinen 55 Mio Toten eindringlich schilderte. Das danach ablaufende Kulturprogramm war sehr gut und es lag gewiß nicht an Ilse Scheer oder den Mitgliedern des Tribüne-Ensembles, daß sich während ihrer Darbietungen der Saal langsam leerte, aber irgendwie hatte auch ich das Gefühl, daß nach zwei Stunden Brecht, Eisler, Ossietzky und Tucholsky, die aufmerksame Zuhörer erfordern, einfach die Grenze erreicht war. Insgesamt war die Stimmung aber gut.

Anzumerken bleibt noch, daß die Veranstaltung und eine Flugblattaktion der DGB-Jugend fast die einzigen Aktivitäten zu diesem Thema in Westberlin waren. Für die DGB-Veranstaltung konnten von den Betriebsräten bereits Monate vorher Karten angefordert werden, was natürlich in vielen Fällen ebenso unterblieb, wie überhaupt die Information der Kolleginnen und Kollegen. Die Linke hat den Antikriegstag anscheinend weitgehend im Bett verbracht. Der KABD hatte immerhin einen Lautsprecherwagen vor die 'Neue Welt' gerollt, und die Volksfront veranstaltete in „breitem" Bündnis mit zwei Kultur- und Sportvereinen eine kurze Demonstration; nicht zu vergessen der KBW, der einen Stand in der Innenstadt machte. Die AL hat sage und schreibe ein ganzes Flugblatt erstellt, dessen Inhalt, nebenbei bemerkt, fast der in die ewigen Jagdgründe eingegangenen „KPD" alle Ehre gemacht hätte und der KB, ja, der KB, war auch diesmal wieder gut versteckt.

duktion der BRD zu bekämpfen, nicht gefordert ist die sofortige Vernichtung aller Atomanlagen und Atomwaffen, sondern Appelle, Appelle, Appelle, nach denen es sich scheinbar zufriedener schlafen läßt. Unsere Espehdeh-Politiker machen das schon!

Die DGB-Jugend (d.h. stellvertretend für die DGB-Jugend einige Funktionäre) fordert hingegen von unseren Entspannungsschwindlern:
„- *Keine weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes und Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte.*
- *Keine Stationierungen strategischer Waffen der Nato in der Bundesrepublik.*
- *Sofortige Senkung des Rüstungsetats um 10% entsprechend der UNO-Resolution.*
- *Einsatz der freiwerdenden Mittel zur Finanzierung von sozialen und demokratischen Reformen (bei gleichem finanziellem Aufwand lassen sich z.B. im öffentlichen Dienst fast viermal soviel Arbeitsplätze schaffen als in der Rüstungsindustrie).*"

Darüber, daß der Frieden nicht gesichert ist, oder die Abrüstung für uns alle ein Gewinn wäre, sind wir uns mit den Jung-DGB-lern sicher einig. Schön wäre hingegen, gemeinsam zu handeln! Eine gute Gelegenheit dazu ist z.B. die gemeinsame Verhinderung des Rekrutengelöbnisses am 11.9. in Kamen.

Doch diejenigen, die in Düsseldorf am Antikriegstag teilnahmen, waren sicherlich nicht repräsentativ für die gesamte DGB-Jugend. Denn, wer da in Düsseldorf einen Teil des Jubelpublikums stellte, wurde deutlich, als Franco Trincale, ein italienischer Kollege, seine revolutionären- und Streiklieder sang, so zur 35-Stunde-Woche, Baniera Rossa und als Zugabe die Internationale, die etwa 2/3 des Saales aufgestanden mit erhobener Faust mitsangen. Es war zum größten Teil das saalradikale Publikum, das einen Rückzieher nach dem ande-



Antifaschisten bei der NPD-Kundgebung in München

Fortsetzung der Entspannungspolitik – konnte man den Eindruck bekommen, daß die SPD mit all der Kriegsvorbereitung und Aufrüstung überhaupt nichts zu tun hat. Genau das war denn sicher auch Sinn und Zweck der Veranstaltung. Das DGB-Bildungswerk wird, zusammen mit dem Schauspielhaus in Nürnberg, am 12. September eine Antikriegsveranstaltung durchführen. In dem Aufruf hierzu wird festgestellt, daß die Forderungen des DGB nach Entspannung, Abrüstung und Frieden nur zu geringen Teilen Beachtung fanden; „*in keinem anderen Bereich haben die Gewerkschaften so geringe Erfolge aufzuweisen. Unter diesen Umständen müssen sich die Gewerkschaften wieder stärker auf ihre Traditionen im Kampf für Abrüstung und Frieden besinnen, müssen Funktionäre und Mitglieder die Beschlüsse ihrer Organisation ernster nehmen als in den vergangenen Jahren. Ein neuer 1. September ist nicht durch Beschlüsse zu verhindern, sondern nur durch massenhaften Widerstand gegen Wettrüsten und Gewaltpolitik überall in der Welt.*"

Der Kreisverband Nürnberg der „Volksfront" führte eine Antikriegswoche durch, bei der verschiedene antimilitaristische Filme gezeigt wurden; den Abschluß bildete eine Veranstaltung zur Frage „Wie steht es heute mit der Kriegsgefahr?".

In München sahen sich die Antifaschisten und Antimilitaristen mit einer besonders frechen Provokation konfrontiert: ausgerechnet zwei Tage vor dem Antikriegstag führte die NPD auf dem Marienplatz eine Wahlkampfkundgebung durch. Redner war der von der Bundeswehr suspendierte Major Karl Heinz Lindner, NPD-Landesvorsitzender von NRW. Die Faschistenkundgebung war zunächst von Oberbürgermeister Kiesl verboten, dann aber in letzter Minute vom Verwaltungsgericht doch noch erlaubt worden. VVN und die „Münchener Bürgerinitiative" riefen daraufhin zu einer Protestaktion auf, und aus der NPD-Kundgebung wurde nicht viel: die 300 NPD-Anhänger wurden von über 3.000 Antifaschisten empfangen; von Lindners faschistischen Hetztiraden war kaum ein Wort zu hören, und auch gegen einen Hagel von Eiern konnten die NPD-ler nichts ausrichten.

Von sechs „Eierwerfern" wurden die Personalien festgestellt, ansonsten soll es keine „ernstlichen Zwischenfälle" gegeben haben („SZ", 1.9.80).

Am 1. September fand dann noch ein Friedensfest statt, organisiert von VVN und „Münchener Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung"; der DGB-Landesbezirk Bayern veranstaltete am Antikriegstag eine zentrale Kundgebung „Für Frieden und Abrüstung".

KB-Gruppe Nürnberg

Nachlese zum Antikriegstag

Nachlese zum Antikriegstag der DGB-Jugend NRW, am 30.8. in der Düsseldorfer Phillipshalle

Dem Titel des Antikriegstages „Entspannung, Abrüstung und Frieden – jetzt erst recht!" folgend bemühten sich die Initiatoren nachhaltig, in ihrem Sinne gerecht zu werden. Verstand man es durch manipulierten Kartenverkauf in NRW, eigens ein Jubelpublikum nach Düsseldorf anreisen zu lassen, riß die Angst der Veranstalter vor einem kritischen Publikum auch in Düsseldorf selbst nicht ab. Wie viele andere Teilnehmer sahen auch wir es als selbstverständlich an, uns erstmal in der Halle umzusehen, um dann wieder vor der Philipshalle Genossen, Freunde oder Kollegen zu treffen. Doch das war ein Irrtum; denn die vom DGB eigens rangekarrten Ordner und Kartenkontrolleure wiesen nachhaltig darauf hin, niemanden, der die Halle verlassen würde, wieder in die Halle zu lassen, wenn die Eintrittskarte bereits abgerissen sei. So mußten z.B. die Aufrufflugblätter gegen das Rekrutengelöbnis am 11.9. in Kamen von einer Genossin um die Ordner herum einem Genossen in der Halle übergeben werden. Konnte das Protestflugblatt noch ungehindert drinnen verteilt werden, veranstalteten die DGB-Ordner eine wahre Jagd auf verteilende und verkaufende „Volksfront"-ler und KABD-ler, die zahlreich erschienen waren. Sie sollten doch zum Verkauf vor die Tür gehen, mit ihnen hätte man nichts gemeinsam, meinten DGB-Ordner. Nur die sich an diesem Punkt entwickelnde Solidarität konnte entsprechend zu erwartende Rausschmisse verhindern. Dennoch mußten die Volksfrontler ihr verbotenes Plakat (Strauß als Stier), das sie für 50 Pfennig unter das Volk brachten, laufend ein – und an anderer Stelle wieder auspacken.

Wortradikal wurde es auf diesem Antikriegstag, als Georg Benz (der im übrigen viel geschickter auftrat, als Heinz-Oskar im letzten Jahr) vom Vorstand der IGM viel von Kampf redend seinen deutlich durchschimmernden SPD-Wahlkampf zum Besten gab und unter großem Beifall die „zentrale DGB-Forderung an die Politiker, ein l a n g f r i s t i g e s Abrüstungskonzept zu erstellen", verkündete. Hochgehalten wurde hier der Abrüstungsschwindel, verbrämt mit internationalen Solidaritätsbekundungen.

Die Abteilung Jugend gab Hinweise, wie das Problem individuell anzugehen ist. Gewerkschafter sein, hieße auch nein zu sagen, nein sagen, wenn wieder jemand käme und uns auffordert, Kriegsgerät zu erstellen. Soweit, so gut! Kein Aufruf hingegen erfolgte, etwa die Rüstungspro-

Faust mitsangen. Es war zum größten Teil das saalradikale Publikum, das einen Rückzieher nach dem ande-ren macht, wenn es darum geht, z.B. Militärspektakel (öffentliche Vereidigungen etc.) zu verhindern. Nein, dieser Antikriegstag war programmgemäß! Schön war es für dieses Publikum anzusehen, als 150 Jung-DGB-ler aus Köln mit dem Rad in den Saal einfuhren (Licht an, Applaus), vorneweg in Bundeswehrtracht und Antikriegstags-Aufklebern verkleidete Kolleginnen, die ihre Fahrraddemonstration sicherlich sehr ernst genommen haben. Die Art ihrer Einfahrt erinnerte hier aber eher an einen Gag etwa der DDR-Unterhaltungssendung „ein Kessel Buntes".

Erfreulich ist es jedoch, daß besonders durch die von prominenten linken Gewerkschaftern 1979 geschriebene Broschüre der DGB-Jugend zum letztjährigen Antikriegstag, die bekanntlich von DGB-Oberen verboten wurde, innerhalb des DGB und seiner Einzelgewerkschaften Diskussionen hinsichtlich der antifaschistischen gewerkschaftlichen Tradition ausgelöst wurden. Das ließ es den DGB-Oberen diesmal ratsam erscheinen, i h r e Veranstaltung bis auf das größtenteils anwesende Jubelpublikum, soweit wie möglich abzuschotten.

In der Hoffnung auf eine bessere Zukunft,

ein Genosse aus Münster

(mit redaktionellen Kürzungen)

Mitglieder die Beschlüsse ihrer Organisation ernster nehmen als in den vergangenen Jahren. Ein neuer
bung war zunächst von Oberbürgermeister Kiesl verboten, dann aber in letzter Minute vom Verwaltungs-
Frieden und Abrüstung".
KB-Gruppe Nürnberg

Bayern

Traditionsgemäß fiel auch in diesem Jahr der 1. September in die Ferienzeit in Bayern, so daß es nicht sehr viel an Aktivitäten gab.

In Nürnberg fand am 1. September eine kleine Demonstration statt, an der sich 150 Menschen beteiligten. Dem Aufruf der „Deutschen Friedens-Union" (DFU) hatten sich folgende Organisationen angeschlossen: DFI, DKP, MSB, SDAJ und die VVN. Am Abend lud die SPD zu einer Antikriegsveranstaltung ins Gewerkschaftshaus ein. Gezeigt wurde der Antikriegsfilm „Die Brücke"; es gab ein umfangreiches Kulturprogramm und, wie könnte es anders sein, Wahlkampfreden der beiden Nürnberger SPD-Bundestagskandidaten. Renate Schmidt prangerte den schier unaufhörlichen Rüstungswettlauf an; der Forderung nach immer neuen und immer fürchterlicheren Waffensystemen müßten Vernunft und Menschlichkeit entgegengesetzt werden. Dies sei vor allem auch eine Aufgabe der Frauen in aller Welt. Die tödliche Rüstungsspirale müsse endlich gestoppt werden. Und auch beim Redebeitrag von Egon Lutz – er betonte vor allem die Notwendigkeit der

Herbstmanöver-Störmanöver

Auf dem letzten überregionalen Treffen in Hannover wurde für den 20.9. für Hildesheim eine überregionale Demonstration beschlossen.

Hildesheim ist das Hauptquartier für die diesjährigen Herbstmanöver, dem bisher größten Kriegsmanöver der Nato.

MAD befürchtet Störungen

„*Geheimbericht: Radikale wollen NATO-Manöver und Bundeswehr-Jubiläum stören*", mit dieser Schlagzeile erschien Springers „Welt" am 30./31. August, womit diese Zeitung wieder einmal ihre guten Beziehungen zu den Geheimdiensten dokumentierte. Prompt folgte das Dementi aus dem Verteidigungsministerium, daß es sich gar nicht um einen Geheimbericht, sondern eine „*simple Lagebeurteilung*" handele (lt. „taz", 3.9.80).

Der Antikriegstag und das 25-jährige Bestehen seien „*Schwerpunkte linksradikaler Aktivitäten zur Zersetzung der Bundeswehr*", ein Vorwurf i.ü. selbst für die Aktionen am Antikriegstag, auf die Gefängnisstrafen stehen. So konnte der MAD im Juni und Juli auch 334 „*bundeswehrfeindliche Aktionen*" zählen, wobei vielfach „*Teile der Jugendorganisationen staatstragender Parteien und Organisationen*" beteiligt gewesen seien. Bei den in Bonn und den sechs Städten der Wehrbereichkommandos im November geplanten Rekrutenvereidigungen müsse mit „*gewaltsamen Aktionen militanter Gruppen gerechnet werden*".

Nicht fehlen darf bei dieser Aufzählung staatsfeindlicher Akte die geplante Aktion gegen Atom- und Militäranlagen in Nordhorn/Lingen, wobei der MAD mit „*grenzüberschreitenden Aktionen*" der Holländer rechnet. Na denn Prost: da versammeln sich nun die Zersetzer schon international.

Polizei zur Rekrutenvereidigung

„*Vereinigte Dortmunder K-Gruppen*" wollten das Kamener Gelöbnis am 11.9. „*mit Gewalt stören*", „*Gewalt in Kamen wahrscheinlich*" („WR", 1.8., 18.8.); unter diesem Pressetrommelfeuer beantragte die CDU-Fraktion im Kreistag von Unna eine Sondersitzung des Kreispolizeirates, um die „*Sicherheit für die Gelöbnisfeier der Bundeswehr*" in Kamen zu gewährleisten: „*In dieser Sitzung sollen gemeinsam mit der Kreispolizei alle Maßnahmen beraten werden, die für einen friedlichen Ablauf der Gelöbnisfeier der Bundeswehr am 11. September in Kamen erforderlich sind*" („WR-Unna", 29.8.80). Da soll den Kamenern offensichtlich gleich mitdemonstriert werden, wie der Polizeistaat im Notstandsfalle aussieht.

Die Demonstration - das ist schon jetzt offenes Geheimnis - soll wegen dieses Notstandsfalles verboten werden. Das Demonstrationsbündnis, das seine friedlichen Absichten bekundet hat, hat seinerseits Verbotsantrag gegen die NPD-Kundgebung für die Bundeswehr wegen geplanter Volksverhetzung und Aufstachelung von Gewalt gestellt, wobei ausdrücklich auf die Attentate auf Ausländerheime hingewiesen wird.

Der Unterstützerkreis für die Demonstration in Kamen ist weiter angewachsen; GAL Münster, Humanistische Union Dortmund, der Klüngelkerl, die SOdZDL, die Grünen aus Kamen, Bergkamen und Münster, der Arbeitskreis Frieden statt Krieg in Kamen, Antifa-Kreise aus Hagen, Dortmund und Münster, die Frauengruppe gegen Strauß und die Unifrauengruppe aus Münster haben mit KB, Volksfront, Rote Garde, „KPD" und KBW einen gemeinsamen Aufruf unterschrieben. Einzelne Gruppen rufen mit eigenen Aufrufen zu dieser Aktion auf, z.B. der Grüne Landesvorstand in einem Mitgliederrundbrief. Gleichzeitig planen die Grünen einen Brief an Apel und Schmidt, in dem sie dazu auffordern, derzeit keine Rekrutenvereidigungen durchzuführen. Zudem wurde ein symbolisches Rekrutengelöbnis von Pappkameraden und eine symbolische Vorbeugehaft beschlossen.

Jusos und DKP haben sich auf ihrem Distanzierkurs nicht nur in einen anderen Ort geflüchtet, wo sie mit Musik und Diskussion die Zeit während des Gelöbnisses verbringen wollen, sondern im Polizeijargon erklärten die Jusos inzwischen, sie würden sich an keiner Gegendemonstration beteiligen, die „*Ausgangspunkt für Krawalle werden kann. Es ist nicht unser Selbstverständnis, daß wir uns vor den Karren einer politischen Strategie spannen lassen, die nicht die unsrige ist*" (sofern sie nicht vom SPD-Vorstand oder von der CDU oder der Polizei verordnet ist, auf dem Karren fahren die Jusos gut). Aber es hat noch nicht ausgereicht, die Junge Union wirft ihnen unverdrossen „*Volksfrontbündnisse*" bzw. gemeinsame Sache mit den Chaoten vor. Der Abgeordnete Schulte habe den Linken sogar die „Hetzparolen" geliefert, weil er meinte, es könne bei der Vereidigung in Kamen der Eindruck eines Polizeistaats entstehen. Die Junge Union sieht dort mal wieder die „freiheitliche Ordnung" in Gefahr, zu der eben heute das Säbelrasseln offensichtlich unbedingt dazu gehört ebenso wie Jusos, die dann zuhause bleiben müssen. Der DGB-Kreis Unna und die Ortsvereine Kamen und Bergkamen sahen es ebenfalls als notwendig an, per Vorstandsbeschluß bekanntzugeben, daß sich keine Einzelgewerkschaft an der Gegendemonstration beteiligen werde. Seit 1964, als Soldaten auch ÖTV-Mitglieder werden durften, sei „*der in der deutschen Tradition begründete Streit zwischen der Arbeitnehmerschaft und den bewaffneten Streitkräften ein für allemal beendet*" worden („Hellweger Anzeiger", 28.8.80).

Nach dieser Aussöhnung von SPD und Gewerkschaften mit der Bundeswehr soll das jetzt offensichtlich zur Staatsdoktrin erhoben werden und ihre früheren Positionen dürfen heute in der Öffentlichkeit wohl nicht mehr vertreten werden?

Wir rufen alle zur Demonstration um 17.30 Uhr in Kamen am Neumarkt auf.

Treffpunkte zur gemeinsamen Abfahrt sind:
Dortmund: ab 16.00 Uhr vom Busbahnhof
Münster: ab 16.00 Uhr vom Bremer Platz
Witten: ab 16.00 Uhr vom Rathausplatz
Kontaktadresse des Bündnisses: Redaktion Klüngelkerl, Adlerstrasse 84, Dortmund, Tel: 0231/149735

Stadtallendorf

Stadtallendorf. 50 Antimilitaristen aus Marburg und Stadtallendorf protestierten am 5. September gegen die öffentliche Vereidigung von 500 Rekruten und die „Nach"-Rüstungsbeschlüsse. Die Initiative Marburger Antimilitaristen, in der Mitglieder der Grün-Bunt-Alternativen Stupaliste, der taz-Ini, des KBW und des KB und andere beteiligt sind, will weiterarbeiten.

Rekruten - vereidigung im Saarland

Öffentliche Gelöbnisse finden leider nicht nur in Bremen und anderen größeren Städten statt. Auch das Saarland bleibt von der zunehmenden psychologischen Kriegsvorbereitung nicht verschont. Und hier sind es bisher kleine Gemeinden, deren Bevölkerung man die Bundeswehr propagandistisch präsentiert.

Bisherige Aktivitäten gegen Rekrutenvereidigungen im Saarland

Als vor ca. 3 Monaten in Bexbach bei Neunkirchen ein öffentlicher „Zapfenstreich" stattfand, demonstrierten 200 Menschen gegen Militarismus und für Frieden und Abrüstung.

Die nächste Vereidigung war am 14. August '80 in Stennweiler um 21.30 Uhr angesetzt. Von 450 Rekruten sollten 250 geloben, im Ernstfall fürs Vaterland den Heldentod zu sterben. Angehörige und Stammtischmilitaristen reisten an und waren erwünscht; auch zahlreiche Ortsansässige hofften auf Abwechslung und wollten sich die Show nicht entgehen lassen. Neben dem Kommandeur des Pipelinebatallons 890 sprach u.a. auch Friedel Läpple, Ex-Rennomier-JUSO, SPD-Fraktionsführer der „fortschrittlichen" saarländischen SPD im Landtag. Für die musikalische Gefühlsmassage sorgte eine Bundeswehrkapelle. Nicht erwünscht waren die massage sorgte eine Bundeswehrkapelle. Nicht erwünscht waren die 200 Gegendemonstranten, die vor dem Stadion standen, vorwiegend Leute vom KABD und der Volksfront gegen Reaktion und Faschismus (EX-KPD/ML, jetzt „KPD"), aber auch ca. 30 Leute aus Saarbrükken. Offensichtlich ist es unmöglich, die saarländische Linke und Subkultur kurzfristig massenhaft für solche Ereignisse zu mobilisieren. Den militärischen Schutzraum („Von der Schußwaffe wird Gebrauch gemacht") bewachten bewaffnete Feldjäger sowie starke Polizeieinheiten mit Hundestaffel, wobei die ehrenvolle Aufgabe der Gesichtskontrolle den Feldjägern zufiel: Wer lange Haare hatte, lila Pumphosen trug oder sonstwie verdächtig aussah, blieb draußen.

Vor dem Stadion waren mittlerweile Sprechchöre zu hören. Die Parolen („Arbeiter in Fabrik und Uniform – solidarisiert euch!", „Hoch die internationale Solidarität") waren abgehoben und erinnerten in ihrer Monotonie eher an eine katholische Bußprozession als an eine Aktion für den Frieden. Außerdem dürfte es ziemlich zweifelhaft sein, mittels dieser Parolen der Stennweiler Bevölkerung Notwendigkeiten wie Abrüstung nahezubringen. Mehr Aufmerksamkeit auch aus dem Stadion bekam eine Musikertruppe vom KABD, die Arbeiterlieder spielten und sangen. Als einige übereifrige Bullen den Saxophonisten entwaffnen wollten, schützten wir die Musiker, indem wir Ketten um sie bildeten. Überhaupt diese Musik! Mehrmals kamen Bullen vorbei und forderten uns auf, daß Singen (!) einzustellen. Schließlich zogen wir ab. Eine Kette Bullen schloß sich an, wobei sie sich gerade jetzt besonders stark fühlten. Als wir zu unserem VW-Bus rechts abbiegen wollten, wurden wir angepöbelt, wir „sollen der Herde nachgehen". Eine Frau aus unserer Gruppe wurde dabei angerempelt.

Mittlerweile haben wir erfahren (aus dem „Aktuellen Bericht, SR) daß am 12. November in Saarbrücken im Ludwigsparkstadion eine weitere Vereidigung, wahrscheinlich in größerem Stil, geplant ist. Da wir nicht ungerührt zusehen wollen, wie die da oben einen solchen Scheißdreck hier abziehen, haben wir uns entschlossen, was zu tun. Uns kommt es darauf an, möglichst früh darüber zu informieren, was hier laufen soll und mit einem möglichst breiten Bündnis am betreffenden Tag mit möglichst vielen Leuten auf die Straße zu gehen. Die Kriegstreiber sollen merken, daß sie sich in Saarbrükken in ein Wespennest gesetzt haben!

Ein paar Genossen aus Saarbrücken

Pascha des Monats

In den letzten Nummern der Zeitung „Bundeswehr" kommt die Gleichberechtigung der Frauen zu Wort. ‚Gleichberechtigt beim Recht, Henker zu werden', darf man dazu nicht sagen. Die Ausstellung der Hamburger SO bekam deshalb eine Anzeige. Es geht vielmehr um elementare Rechte bei der Gleichberechtigung:

Auf der Bundesdelegiertentagung des Reservistentages wurde über das Thema Frauen zur Bundeswehr diskutiert (am 31.5.): „ ... *daß auch die Bundeswehr einen Beitrag zur Emanzipation der Frau leisten könne. 46.000 Köchinnen und Sekretärinnen seien unter dem Aspekt der Gleichberechtigung der Frau in der Bundeswehr nicht ausreichend. Er sprach sich gegen eine Dienstpflicht für Frauen und den Einsatz von Frauen in Kampfverbänden aus. Es gäbe jedoch genügend Verwendungen innerhalb der Bundeswehr, bei denen auch Frauen ‚durchaus ihre Frau stehen könnten'* ". (Die Bundeswehr 7/80). „*Die Debatte um die Mitwirkung der Frauen in der Bundeswehr bezeichnete er als unvermeidlich, ebenso ... die Frage einer Verlängerung der Wehrdienstdauer*" (Nr. 8/80).

Zum selben Thema meinte Kurt Würzbach, CDU-Mitglied des Bonner Verteidigungsausschusses: „*Vor allem die Unkenntnis und Emotionalität beherrschen heute leider noch die Meinungsbildung. Im Interesse der Frauen sollte eines festgestellt werden: wir müssen sachlich, fair, offen und mit Sachverstand darüber sprechen, um die Diskussion fruchtbar und dienlich zu führen.*

Tatsächlich werden Frauen in den Armeen der Welt zugelassen, weil man sie braucht ... Da aufgrund der fortschreitenden Technisierung der Armeen mehr Soldaten hinter der Front als an der Front benötigt werden, ergeben sich immer mehr Posten, die primär mit Frauen besetzt werden können. Die Verwendung von Frauen hält sich in allen Armeen prozentual in engeren Grenzen. Für die Bundeswehr bedeutet dies, daß höchstens 50.000 Frauen bei einem Gesamtanteil von 10 %, wahrscheinlich aber nur 20.000 Soldatinnen in die Streitkräfte aufgenommen werden sollten ... Erst wenn die Bundeswehr mehr Erfahrungen mit Frauen im Sanitätsdienst, für Unteroffiziere und Verwaltungsdienst gemacht hat, kann bei positiven Ergebnissen auch eine Öffnung weiterer Bereiche überdacht werden". Also die „Emanzipation" soll dort häppchenweise voranschreiten, wenn sich die Frauen „bewährt" haben. Schöne Worte dürfen nicht fehlen: „*Für die Frauen ist die Öffnung der Armeen vor allem aus dem Gesichtspunkt gleicher Belohnung interessant. Noch immer wird in der Bundesrepublik den Frauen für die gleiche Arbeit oft weniger bezahlt. Das ist kein eigentliches Argument für die Öffnung der Bundeswehr, sondern allgemein gegen die Diskriminierung der Frauen in der Gesellschaft und ein Grund für die Attraktivität eines Wehrdienstes auch für Frauen. Zusätzlich stehen den jungen Frauen in der Bundeswehr eine erhebliche Zahl hochqualifizierter Ausbildungsplätze zur Verfügung*" (an Panzern etc.).

Dieser Mann ist sich der Zustimmung der Frauen sicher, denn „*die Einstellung der Frauen zur Bundeswehr und zur Öffnung der Streitkräfte auf freiwilliger Basis auch für Frauen kann generell als positiv bezeichnet werden. Eine stichprobenartige Umfrage bei 500 Mitgliedern der CDU-Frauenvereinigung Westfalen ergab beispielsweise, daß über 70 % der Befragten dafür sind, daß Frauen freiwillig und ohne Waffe Dienst in der Bundeswehr leisten können. Über 90 % der Frauen sind der Meinung, daß es in einigen Jahren einmal Frauen in der Bundeswehr geben wird. Mehr als 60 % würden gar den Wunsch ihrer Tochter, in die Bundeswehr einzutreten, unterstützen*". Und weiter: „*Wir sind es unseren Frauen schuldig, diese Fragen sorgfältig und rechtzeitig politisch zu klären, bevor der Zwang der Zahlen zu wohlüberlegten Entscheidungen keine Zeit mehr läßt*" (Bundeswehr 8/80).

D.h., das ganze Gleichberechtigungsgedöns soll lediglich vertuschen, daß sowieso die Frauen mehr und mehr herangezogen werden sollen, um die Bundeswehr insgesamt aufstocken zu können, man will es bloß lieber auf die „freiwillige" Masche. Bei soviel Fürsorge möchten wir Kurt Würzbach ernsthaft zum Pascha des Monats vorschlagen.

Z., KB-Gruppe Göttingen

»Selbstfinnlandisierung« Dänemarks?

Statt der von der NATO geforderten jährlichen realen Erhöhung des Verteidigungshaushaltes um 3% will die dänische Regierung Jörgensen den Verteidigungshaushalt beim derzeitigen Betrag von 7 Mrd. Kronen einfrieren und lediglich einen Inflationsausgleich zulegen.

US-Kriegsminister Brown und der dänische US-Botschafter drohten daraufhin, der dänischen Regierung „*keine Garantie für eine amerikanische Hilfeleistung im Konfliktfall*" leisten zu können, berichtete die „New York Times". Pflichtgemäß wurde dies dann von der dänischen Regierung dementiert, allerdings erklärt, daß es zu dem Thema einen Briefwechsel gebe.

Konservative, Venstre und die die Regierung in Wirtschaftsfragen unterstützenden Zentrumsdemokraten fordern inzwischen zusammen mit Militärs, den Forderungen des Bündnisses nachzukommen. Man könne nicht mehr den „Schutz" der USA erwarten, wenn man nicht „Kosten und Risiko" des Bündnisses trage. Jörgensen erklärte daraufhin (am 10.8.), er habe stets – auch auf dem NATO-Gipfeltreffen – seine Vorbehalte gegen die 3%-Regelung angemeldet, dabei werde er auch bleiben, außerdem leiste Dänemark sich die 7. höchsten Prokopf - Militärausgaben im Bündnis; seine Regierung wolle nicht durch höhere Rüstungsausgaben, „*dem Wettrüsten noch mehr Vorschub leisten und die internationale Spannung weiter... verschärfen*". Prompt handelte er sich mit dieser „ungeheuerlichen" Feststellung, die nicht nur die schlechten finanziellen Möglichkeiten Dänemarks hervorhob, heftige Kritik ein. Nach einem öffentlichen Lob in der Prawda macht nicht nur der Vorwurf der „*Dänemarkisierung*", sondern der der „*Selbstfinnlandisierung*" die Runde.

Wie die „Neue Züricher" (vom 2.9.80) hervorhebt, geht es bei der Kritik an der Entscheidung „*nicht allein um den Finanzaufwand oder dem rein militärischen Aspekt*"- sondern um das „politische Interesse", Dänemark „*ein Optimum an Abwehrbereitschaft*" aufzudrükken.

Antimilitarismus-Kommission

»Zivile Verteidigung«

Kriegsvorbereitung unter humanitärem Vorzeichen

„Bunker sind überflüssig!", meint Kriegsminister Apel, denn bei Aufrechterhaltung einer „abschreckungsfähigen Bundeswehr" sei es unmöglich, für 60 Millionen Menschen Bunkerplätze zu bauen – und die sind schließlich notwendig, geht man wie Apel von einem nuklearen Angriff auf die BRD aus! „Die heutigen Ausgaben für den Zivilschutz müssen verzehnfacht werden", meint der Direktor des Max-Planck-Instituts, Weizsäcker, und fordert den verstärkten Bunkerbau, die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung durch Aufstockung der Vorräte von Lebensmitteln, Trinkwasser und Medikamenten. Hier kann die CDU/CSU nur Beifall klatschen: seit Jahren fordert sie höhere Ausgaben für die „zivile Verteidigung", verlangt die Wiedereinführung der Pflicht zum Schutzraumbau und wirft der Regierung vor, den „glaubwürdigen Schutz der Zivilbevölkerung zu unterlassen und damit gegen die Sicherheitsinteressen des Westens zu verstoßen."

Die „Bürgerinitiative Selbstschutz vor dem Atomtod" glaubt gar, führende SPD-Politiker hätten ein „Geheimabkommen" mit der Sowjetunion unterzeichnet, nach dem die Bundesregierung auf einen nennenswerten Bau von Schutzräumen verzichtet („SZ", 25.6.80).

Sind die CDU/CSU-Militaristen über Nacht zu humanen Menschenfreunden geworden? Und hat die SPD ernsthaft vor, bei ihrer Aufrüstungspolitik so offen über Leichen zu gehen? Die Geschichte und Funktion der „zivilen Verteidigung" soll für das bessere Verständnis der aktuellen öffentlichen Diskussion im folgenden dargestellt werden.

„Zivile Verteidigung" – was ist das?

„Zivilverteidigung" ist ein Sammelbegriff und umfaßt alle nicht-militärischen staatlichen und privaten Maßnahmen, die die Führung eines Krieges möglich machen und unterstützen. Sie umfaßt alle gesetzlichen Regelungen, die die Aufrechterhaltung von staatlichen Institutionen, Wirtschaft und den minimalen sozialen Strukturen im Kriegsfall ermöglichen sollen. Gleichzeitig sollen – dem Anspruch nach – die Folgen des Krieges im eigenen Land vermindert werden.

Die „zivile Verteidigung" ist unverzichtbarer Bestandteil der Kriegsvorbereitung in der BRD; ohne sie ist ein Krieg für die Herrschenden nicht „machbar". Offiziell klingt das dann so: „*Die Bundesregierung hält unverändert daran fest, daß die zivile Verteidigung ein untrennbarer und unverzichtbarer Teil der Gesamtverteidigung ist ... Sicherheits- und Entspannungspolitik sind ohne gleichzeitige Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Kräfte und ohne funktionierende Abschreckung nicht möglich. Zur Glaubhaftigkeit der Abschreckung durch Herstellung der militärischen Einsatzbereitschaft gehören entsprechende Anstrengungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung. Hierin liegt ihre wesentliche sicherheitspolitische Funktion (!) ... Kein Staat kann seine Verteidigungsbereitschaft ständig so hoch halten, daß er jeder militärischen Bedrohung gewachsen wäre. Im Konfliktfall muß deshalb die Verteidigungsbereitschaft rasch gesteigert werden können. Die militärische Einsatzbereitschaft ist dabei ohne zivile Unterstützung nicht herstellbar. Der Sinn einer Verteidigung besteht darin, die Bevölkerung und den Staat bei einem Angriff von außen vor Schäden zu bewahren. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn nicht nur die militärische, sondern auch die zivile Verteidigung ausreichend gerüstet ist ...*" (Weißbuch der zivilen Verteidigung, 1972).

Deutlich wird der unverzichtbare Charakter der zivilen Verteidigung für die Kriegsvorbereitungen, wenn man/frau betrachtet, welche Sektoren der militaristischen Politik hierunter zusammengefaßt werden: „*Die Aufgaben der zivilen Verteidigung gliedern sich um die Schwerpunkte:*

- *Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen;*
- *Schutz des Menschen;*
- *Sicherstellung der lebenswichtigen Versorgung;*
- *zivile Unterstützung der Streitkräfte.*"

Hinter diesen recht humanitär klingenden Begriffen – es wird ja immer wieder betont, daß dies vor allem für „Katastrophenfälle", „Unglücke" usw. gedacht sei – verbirgt sich die gesamte Notstandsplanung der BRD. Die „Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen" wurde durch die Notstandsgesetze (1968) umfassend geregelt. In einer Situation des „inneren Notstandes", bei einem „Spannungs- oder Verteidigungsfall" können die Herrschenden völlig legal sämtliche demokratischen Rechte außer Kraft setzen; können den Einsatz von Bundesgrenzschutz und Bundeswehr beschließen, unter Umgehung des Parlaments usw. Die „Versorgung in Krisenzeiten und im Verteidigungsfall" ist durch umfassende „Vorsorgegesetze" geregelt, die im Zuge der Notstandsgesetze mit verabschiedet wurden, u.a. das Wassersicherstellungsgesetz, Wirtschaftssicherstellungsgesetz, Ernährungssicherstellungsgesetz, Verkehrssicherstellungsgesetz, Gesetze zur Arbeitssicherstellung und zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung.

Im Rahmen der „Arbeitssicherstellung" ist u.a. die Möglichkeit der Dienstverpflichtung von Frauen „*für die Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung*" verankert: Frauen vom 18.–55. Lebensjahr können im zivilen Sanitäts- oder Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden!

Allen „Vorsorgegesetzen" ist gemeinsam, daß sie wesentliche demokratische Rechte außer Kraft setzen (z.B. das Recht auf die freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes), und daß Teile dieser Bestimmungen bereits in Friedenszeiten angewandt werden können, und zwar in bestimmten „Krisensituationen" oder als vorbereitende Maßnahmen für die Herstellung der Verteidigungsbereitschaft!

Die dritte Aufgabe der „zivilen Verteidigung" – Unterstützung der Streitkräfte – ist nicht durch spezielle Gesetze (außer den Notstandsgesetzen allgemein) geregelt; die allgemeinen Ausführungen hierzu im „Zivil-Verteidigungsweißbuch" machen allerdings den eindeutig paramilitärischen Charakter der gesamten Zivilverteidigung deutlich: „*Bei einer Bedrohung der Bundesrepublik von außen bedürfen die Streitkräfte der personellen Verstärkung und materiellen Ergänzung. Sie sind hierbei (Erfassung, Musterung und Bereitstellung von Menschen und Material) auf die Unterstützung ziviler Behörden angewiesen. Die Streitkräfte können ihren Verteidigungsauftrag nur erfüllen, wenn auch die zivile Seite zur Operationsfähigkeit und Operationsfreiheit beiträgt. Diese Unterstützung besteht vor allem in der Berücksichtigung militärischer Belange bei den zivilen Planungen. Zahlreiche Maßnahmen der zivilen Verteidigung dienen direkt oder indirekt auch der Herstellung der militärischen Verteidigungsbereitschaft*" (S. 19). Klare Worte ...

Zivilschutz – das Sorgenkind der „zivilen Verteidigung" ...

Der vierte Bereich der zivilen Verteidigung, der Zivilschutz, ist mit der wichtigste, aber auch der problematischste Sektor. Bedeutung und Ziel des Zivilschutzes ist es ja gerade, die gesamte Bevölkerung in die paramilitärische Kriegsvorbereitung miteinzubeziehen – etwa in der Frage des Schutzraumbaus, der Verstärkung des Selbstschutzes und der Beteiligung an freiwilligen sozialen und Katastrophenschutz-Organisationen. Genau hier haben bislang jedoch die Hindernisse gelegen, den Zivilschutz in breiteren Teilen der Bevölkerung attraktiv zu machen. Dazu heißt es im Zivilverteidigungsweißbuch: „*Bittere Erinnerungen an Erfahrungen des 2. Weltkriegs, eine Überbetonung der atomaren Kriegsbilder und die erheblichen Kosten der zivilen Vorsorgemaßnahmen haben dazu geführt, daß weite Kreise der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland der zivilen Verteidigung gleichgültig, teilweise sogar ablehnend gegenüberstehen.*" (S. 17)

Die Erinnerung an Tage und Nächte in Bunkern und Luftschutzkellern während des 2. Weltkriegs, die Erinnerung daran, daß kurz vor Beginn des 2. Weltkriegs die Bunker nur so aus dem Boden schossen, – dies alles läßt nicht gerade Begeisterung für den Zivilschutz aufkommen.

Aber dies ist sicher nur eines der Hindernisse, die einer zügigeren Militarisierung in diesem Bereich im Wege stehen:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

– Die Propagierung eines verstärkten Zivilschutzes – und damit verbunden die Feststellung, daß es die Gefahr eines Krieges für die BRD real gibt – ist kaum zu vereinbaren mit der offiziellen Verteidigungsdoktrin, die ja vorgibt, durch Kauf und Produktion immer neuer Waffensysteme, durch ständige Aufrüstung, d.h. durch „Abschreckung“ den Frieden „sicherer“ zu machen, den Krieg zu verhindern.

– Allzu groß ist das Schreckensbild eines Atomkriegs in Europa, als daß heute ernsthaft glaubhaft gemacht werden könnte, daß es einen wirklichen Schutz im nächsten Krieg für die zivile Bevölkerung geben könnte.



– Bei der Finanzierung der zivilen Verteidigung (wobei der größte Anteil in den Zivilschutz hineingepulvert wird) stehen handfeste Interessen von Militaristen und Rüstungsindustrie im Weg: bei der Frage der Prioritäten im Gesamtverteidigungskonzept wurden immer wieder die Ausgaben für die „zivile Verteidigung“ drastisch reduziert. In der BRD wird 1/60 des jährlichen Militärhaushalts für den Zivilschutz ausgegeben – entgegen der NATO-Empfehlung, die zumindest 1/20 für die zivile Verteidigung nahelegt. Die Ernsthaftigkeit, mit der angeblich etwas für den Schutz der Bevölkerung getan wird, läßt sich an nur einem Vergleich deutlich machen: 1979 wurden für Schutzbunker 43 Millionen Mark ausgegeben, dies ist gerade die Hälfte dessen, was ein einziges MRCA-Flugzeug kostet!

Von 1950 bis 1970 wurden für die „zivile Verteidigung“ ganze 3.612 Millionen Mark ausgegeben; das ist zwar sehr viel, aber wenig im Vergleich der Gesamtrüstungsausgaben: der Verteidigungshaushalt 1979 umfaßt (nach offiziellen Anga-
Vergleich der Gesamtrüstungsausgaben: der Verteidigungshaushalt 1979 umfaßt (nach offiziellen Anga-
ben) 36,7 Milliarden Mark! Die Militaristen versuchen heute durch verschiedene Tricks diese Klippen zu umschiffen, um das Engagement der Bevölkerung für den Zivilschutz zu erhöhen: in der Propagierung des Zivilschutzes wird immer wieder hingewiesen auf Naturkatastrophen, Autounfälle oder sonstige Unglücksfälle, in denen der Zivilschutz unbedingt notwendig sei. Der „Unglücksfall Krieg“ wird dann eher am Rande erwähnt, meist mit der Betonung, daß die Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Kriegs größer geworden sei: *„Ein groß angelegter militärischer Angriff gegen die Bündnispartner (der NATO, Anm.) erscheint heute unwahrscheinlich. Dagegen kann die Möglichkeit eines nach Waffen, Streitkräften und räumlicher Ausdehnung begrenzten Konflikts nicht in gleichem Maße ausgeschlossen werden“* (Zivilverteidigungsweißbuch, S. 12).

Wichtig schließlich ist gerade in diesem Bereich die permanente Betonung der „Eigenverantwortlichkeit“ jedes einzelnen – begründet meist ganz sachlich mit dem Chaos, welches im Krisen- oder Kriegsfall herrscht. Die militärischen Kriegsvorbereitungen werden aus Steuergeldern bezahlt; für den zivilen Schutz soll aber doch bitte jeder persönlich zahlen!

Wir wollen abschließend zwei Bereiche des Zivilschutzes noch etwas näher beleuchten, in denen es in besonderer Weise um die Mobilisierung der Bevölkerung geht – hier werden im Zuge der allgemeinen Kriegsvorbereitungen die Aktivitäten sicher noch zunehmen.

Die Debatte um den Bunkerbau

Die Bunker sind eines der Steckenpferde der CDU/CSU in der derzeitigen Kampagne gegen die SPD: schutzlos sei die Bevölkerung der BRD einem Angriff der Sowietunion ausgeliefert; kaum 3 % der Bevölkerung hätten im Kriegsfall einen Bunkerplatz zur Verfügung; und dennoch hätte die SPD 1975 auch noch die finanziellen Mittel zur Förderung des Schutzbunkerbaus gestrichen. Seit Jahren bereits fordert die CDU/CSU, den Bau von Schutzräumen für den Kriegsfall in privaten und öffentlichen Neubauten wieder zur Pflicht zu machen („SZ“, 30.11.78). Tatsächlich müßten von den immer wieder zitierten 3 % der Bevölkerung, die einen Bunkerplatz haben, im Kriegsfall wahrscheinlich die Hälfte bereits nach wenigen Stunden ihr „sicheres Plätzchen“ wieder verlassen müssen, sofern sie das noch können: viele der Bunker stammen noch aus dem 2. Weltkrieg und sind überhaupt nicht gesichert gegen bakteriologische, chemische oder atomare Waffen! Was die CDU/CSU hier allerdings der SPD/FDP-Regierung versucht in die Schuhe zu schieben, hat sie zum allergrößten Teil selbst zu verantworten: die Schutzbauvorschriften des „1. Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ (1957) wurden vom Bundestag suspendiert.

1965 wurde dann im Zuge der Debatte um die Notstandsgesetze auch das „Schutzbaugesetz“ verabschiedet, das eine Schutzbaupflicht vorsah. Auch dieses Gesetz wurde im selben Jahr wieder suspendiert, zunächst zeitlich begrenzt, 1967 – also zu Zeiten eines CDU-Kanzlers – dann auf unbestimmte Zeit. *„Bemühungen, die Suspendierung wieder aufzuheben, blieben ohne Erfolg, weil die finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung der Gesetze nicht zu schaffen waren“* (Zivilverteidigungsweißbuch, S. 25). Bezeichnend ist auch, daß in Bayern, wo Strauß die Trommel rührt, am wenigsten Schutzplätze zur Verfügung stehen: hier müßten jeweils 142 Menschen im Kriegsfall um einen
wenigsten Schutzplätze zur Verfügung stehen: hier müßten jeweils 142 Menschen im Kriegsfall um einen
Bunkerplatz „kämpfen“; für nur 0,7 % der Bevölkerung existieren Schutzbauplätze! („Zeit“, 16.5.80).

Der Schutzraumbau war den Herrschenden in 20 Jahren (von 1950-1970) ganze 360 Millionen Mark wert – blanker Zynismus, wenn man bedenkt, daß schon im Vietnamkrieg 90 % der Toten Zivilisten waren; ein Krieg in Europa würde mit Sicherheit noch größere Opfer bei der Zivilbevölkerung verursachen. Makabre Schlußfolgerung von Ex-Generalleutnant Hildebrandt: *„Am Tage X können nur die Streitkräfte überleben“* („NZ“, 22.3.79) – oder *„Am sichersten ist es an der Front!“*

Die mageren Mittel für den Bunkerbau werden eingesetzt zum „öffentlichen Schutzraumbau“, d.h. der Instandsetzung alter Bunkerplätze aus dem 2. Weltkrieg, dem Bau neuer Bunker, und dem Ausbau bestimmter unterirdischer Anlagen (Tiefgaragen, U-Bahnhöfe usw.). Viele dieser öffentlichen Schutzplätze sind nur „provisorisch“ hergerichtet; nach drei Stunden muß man wieder raus! Seit 1969 wird der private Schutzraumbau finanziell unterstützt. Und seitdem wird von einschlägigen Verbänden kräftig die Werbetrommel dafür gerührt!

Einer davon ist der „Bundesverband für den Selbstschutz“ (BVS) – eine „bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts“; seine Mitglieder sind der Bund, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände. Seine Aufgaben sind: Aufklärung der Bevölkerung über die Wirkung von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes; Unterstützung bei der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit des BVS ist die Propagierung des privaten Schutzbaus; und das klingt dann so: *„Der Staat finanziert Ihren Schutzraum mit. Nutzen Sie diese Chance! Schutzbau-Tip Nr. 1: Schutzräume können Sie benutzen wie jeden beliebigen Keller. Aber auch anders. Zum Beispiel: als Musikraum für Stereoliebhaber ... als Hobbyraum mit allen technischen Annehmlichkeiten ... als Trimm-dich-Raum für Sportler und Bewegungsfanatiker ... als Spielzimmer für Klein und Groß ... als Partyraum für Jung und Alt ... Schutzbau-Tip Nr. 2: besser als gar nichts: Die behelfsmäßige Herrichtung Ihrer Kellerräume für den Notfall. Dazu gehören u.a.: das Schließen von Fensteröfffnungen, (Zumauern, Sandsäcke ...) und die Erhöhung der Tragfähigkeit der Kellerdecke ...“* Und wofür das alles, wird sich wahrscheinlich jeder fragen. Nun, das ist ganz einfach: *„Der beste Schutz – ein Schutzraum. Im Krieg schützt am besten ein Schutzraum. Er schützt Sie mindestens gegen herabfallende Trümmer, gegen radioaktive Niederschläge, gegen Brandeinwirkungen sowie gegen biologische Kampfmittel und chemische Kampfstoffe ...“*

So einfach ist das alles, da braucht man vor dem nächsten Krieg doch nun wirklich keine Angst mehr zu haben. Und um vor allem den Hausbesitzern die ganze Sache noch zu erleichtern, wird gleich noch eine weitere Broschüre mitgeschickt: die Schutzbaufibel. Sie informiert über staatliche Zuschüsse, steuerliche Abschreibungen und technische Richtlinien, bis hin zu Bauplänen für die Bunker!

Ganz toll treibt es die Bürgerinitiative „Selbstschutz vor dem Atomtod“. Hier gibt es gleich eine ganze Sammlung von Merklättern für Bauherrn und Architekten (mit Berechnungen, wieviel Gewinn beim Schutzraum-Bau gemacht werden kann; ein Merkblatt für den Bau von Gemeinschafts-Schutzräumen, mit Finanzierungsvorschlägen über Lebensversicherungen; Merkblatt für den Kauf von Einzel- oder Sammelschutzplätzen, mit Auto-Abstellplatz oder ohne usw. ... Die Mentalität dieser Leute wird schon deutlich, wenn man sich ihr „Merkblatt für die Friedensverwendung von Hausschutzräumen“ zu Gemüte führt: folgende Vorschläge werden u.a. gemacht: Kinderspielraum an Regentagen – „besonders beliebt wegen der dicken Wände“ (!!) ... Schularbeits-Raum: körpergerechte Stühle und Tische; sonst sollte nichts die Kinder ablenken! Der Bunker – ideale Isolierzelle für die Kinder?!

Aber es kommt noch dicker: Im Bewußtsein, daß beim Atomkriegsalarm mit Sicherheit die totale Panik ausbrechen wird, und dann andere Menschen den Bunker stürmen könnten, hat die Bürgerinitiative ein spezielles Warnsystem unter ihren Mitgliedern installiert: ... *„will die Bürgerinitiative ein Vorwarnsystem nur für Schutzraumbesitzer organisieren, um diesen die Gelegenheit zu geben, den Schutzraum unbemerkt von der Öffentlichkeit nur mit den vorgesehenen Personen zu belegen und zu verschließen, damit niemand unbefugt eintreten kann ...“* (Aus einem Merkblatt). Und im Interview mit dem „Stern“ (26.6.80) gibt Herr Hammer, Vorsitzender der Bürgerinitiative, denn auch recht offen zu, woher er die Informationen bekommen würde: *„Ich verfüge über beste Informanten in hohen Militär- und Oppositionskreisen in Bonn.“*

Und was ist, wenn die Vorwarnung zu spät kommt und die Nachbarn den Bunker besetzen wollen? *„Diese Frage, sagt Herr Hammer, ist einfach zu beantworten: da müssen Sie halt mal mit der Maschinenpistole dazwischenhalten“* (*„Stern“, 26.6.80*). Klar, daß Herr Hammer empfiehlt, den Bau des Bunkers geheimzuhalten vor den Nachbarn, *„sonst stürmen die bei Alarm den mit ihrem Geld sauer verdienten Bunker. Das wäre ja eine Fehlinvestition, wenn da fremde Leute überlebten!“* Ist es da noch verwunderlich, daß im Bunker die Marienbilder und das Weihwasser nicht fehlen dürfen; und daß sich die Mitglieder der Bürgerinitiative als die Elite fühlen, die als einzige die „Katastrophe“ überleben werden?

Ist es da noch verwunderlich, daß „persönliche Opfer“ gefordert werden, damit jeder sich seinen eigenen Bunker bauen kann? Und ist es da noch verwunderlich, wenn in einer Broschüre der – als gemeinnützig anerkannten – „Bürgerinitiative“ folgende bemerkenswerte Sätze auftauchen: *„Volkssubstanz erhalten! Wahrhaftig, nur wertvolles ist es wert, erhalten zu werden. Deshalb die notwendige geistige Umkehr. Kein Umsturz der Gesellschaft, sondern Rückkehr zu ihren Werten! Abkehr von der mißbrauchten Freiheit! Abkehr von Porno und Tötung ungeborenen Lebens! ...“* Man könnte diese Leute als rechtslastige Spinner bezeichnen, wenn sie nicht mit dazu beitragen würden, die Gefahr eines Atomkriegs total herunterzuspielen: *„Nach der großen Katastrophe ... gilt erst einmal: Abwarten, bis die Schlingerbewegung der Erde aufhört. Der erste Schritt danach: Die Auserwählten der letzten Tage werden die radioaktiv verseuchten Treppen und Gehsteige mit Wasser säubern!“* („Stern“, 26.6.80) Und auch sonst ist alles halb so wild; der Schutzbunker schützt vor allem; und wenn man einen atomar verstrahlten Apfel essen will, dann pflückt man den Apfel und wäscht ihn mit normalem Leitungswasser ab, *„und schon können Sie beruhigt hereinbeißen“*! Kommentar eines BI-Mitglieds: *„Sie sehen: so einfach ist das: man muß nur mit der Radioaktivität umgehen können, dann verliert man die Angst davor!“* („Stern“, 26.6.80).

Der Selbstschutz – jeder ist seines eigenen Glückes Schmied

Neben dem Bunkerbau – natürlich das wichtigste und lukrativste Geschäft mit der Angst vor dem Krieg – werden die vielfältigsten Tips gegeben, wie man/frau sich im Falle eines Krieges am besten verhalten solle, und was zur Vorsorge alles getan werden kann, selbst wenn gar kein Bunkerschutz vorhanden ist. Hier profiliert sich in besonderer Weise der „Bundesverband für den Selbstschutz“ – unzählige Faltblätter geben Tips für alle Lebenslage. Hier einige Kostproben : das Anlegen eines Lebensmittelvorrats, „Überlebensmittel“ genannt – sinnvoll ist dies natürlich vor allem *„für die Bewirtung von unvorhergesehenen Gästen...“* und so nebenbei dann auch *„zur Überbrückung von Versorgungsschwierigkeiten nach Katastrophen ...“* (aus der Broschüre: Wir wollen, daß sie leben!) Hierzu werden exakte Essenspläne vorgeschlagen; das Anlegen eines Wasservorrats zur Bekämpfung von Bränden darf ebensowenig fehlen wie die Zusammenstellung des Notgepäcks: *„Ihre Dokumente ... sollten sie zusammenhalten und griffbereit in ihrer Wohnung unterbringen.“*

Ein bißchen schwieriger wird die ganze Sache mit dem Selbstschutz dann, wenn's „passiert“ ist: unter der Rubrik „Entstrahlung“ muß dann auch festgestellt werden, daß es keine Möglichkeit gibt, die radioaktive Strahlung zu beeinflussen. Trotzdem werden massenweise Tips verteilt, was am besten alles mit Wasser, Schmierseife und Bürste abgewaschen werden sollte: die gesamte Kleidung, die Lebensmittel; ja auch Straßen, Plätze und Dächer sollten beim Abwasch nicht vergessen werden. Nur an einem Punkt setzt es dann auch bei diesen Vorschlägen aus: *„Verstrahltes Wasser kann nicht behelfsmäßig entstrahlt werden!“* (aus der Broschüre: Selbstschutz im Verteidigungsfall)

Es ist schon erschreckend, wie der BVS (finanziert aus Steuergeldern und als ‚Körperschaft des Öffentlichen Rechts') solche Verdummungskampagnen starten kann. Und es sind nicht einige wenige, die in den Genuß solcher Weisheiten kommen – der BVS führt jedes Jahr in jedem Ort etliche Informationsveranstaltungen, Schulungskurse, Ausstellungen und Training in Selbstschutz durch, tausende von Menschen werden jährlich mit solchen Thesen bearbeitet.

An einen wirklichen Schutz für die Zivilbevölkerung ist in der BRD nicht gedacht, weder von der SPD/FDP noch von der CDU/CSU, die scheinheilig der Regierung die Schuld in die Schuhe schieben möchte.
scheinheilig der Regierung die Schuld in die Schuhe schieben möchte.
Stattdessen werden die Rüstungsausgaben für immer neue Atomwaffen (7000 sind es schon in der BRD, nach den Nachrüstungsbeschlüssen werden es entsprechend mehr sein) und andere Rüstungssysteme verwendet. Man kann sich ausrechnen, was 60 Mio. Bunkerplätze kosten würden, die in aller Regel noch zu kurz, nämlich nur für 14 Tage reichen könnten. Da dürfte es dann dabei bleiben, daß die höchsten Regierungs- und Kapitalvertreter sich retten können (in den Regierungsbunkern oder Springer in sein Häuschen in den Bergen, etc.), hinzu kommen solche reaktionären „Volkseliten“, während der Rest damit abgespeist wird, daß er ja zu den 3 % gehören könnte, die sich zufällig einen Platz ergattern. Ansonsten flüchtet sich die Regierung in Verdummungskampanen, daß auch schon die Aktentasche, oder das zurückgelegte Eßpaket Entscheidendes leisten könnten. Denn ohne Sicherheitsgefühl würde das Militär nicht mehr funktionieren: *„Ohne wirksamen Schutz der Bevölkerung können Streitkräfte in unserem Land nicht operieren, können sie nicht ihren militärischen Verteidigungsauftrag erfüllen. Im übrigen ist es für die Soldaten von großer Bedeutung, ihre Angehörigen geschützt zu wissen... Ohne Zivilschutz sind Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft nicht glaubhaft ...“* (aus der Broschüre: ‚Zivilschutz heute', herausgegeben vom Bundesinnenministerium, S.7).

Aufrüstung, wie von der BRD-Regierung betrieben, ist effektiv u n v e r e i n b a r mit einem wirkungsvollen Schutz der Zivilbevölkerung. Deshalb muß der Forderung nach ausreichendem Schutz für die Zivilbevölkerung die Losung

Einseitige Schritte zur Abrüstung!
und
BRD raus aus der Nato!
vorangestellt werden.

KB/Gruppe Nürnberg

Mobilisierung gegen Bundesparteitag der NPD

Am 23. November soll in Augsburg der Bundesparteitag der NPD stattfinden. Die Vorbereitungen zum Protest laufen bereits seit einiger Zeit an. Diese Protestbewegung ist allerdings schon gespalten: Auf der einen Seite der DGB und Teile der SPD, die sich anläßlich dieses Parteitags unheimlich stark machen in Sachen Antifaschismus (schließlich ist ja auch Wahl). Es ist wahrscheinlich ganz wichtig und interessant, die Protestmaßnahmen dieser Herren vor der Wahl etwas genauer zu schildern, um sie nach der Wahl im November überprüfen zu können.

Auf der anderen Seite gibt es Antifaschisten, die weiter links stehen, und Unorganisierte. Es soll in der nächsten Zeit ein bayern- bzw. bundesweites Treffen zu dem Bundesparteitag stattfinden. Auf diesem Treffen sollen die Gegenmaßnahmen der antifaschistischen Arbeitsgruppen besprochen und eventuell koordiniert werden. Genaueres ist leider noch nicht bekannt. Die Organisierung hat der Antifaschistische Arbeitskreis Augsburg übernommen. Wir werden die Einladung im AK veröffentlichen.

Im Moment können wir anhand der Presse nur über die Vorbereitungen von sozialdemokratischer Seite berichten:

— Im Juli fordern 92 Delegierte der bayerischen IG Metall namens ihrer 351.000 Mitglieder den DGB in einem Initiativantrag auf, den Parteitag der NPD zu verhindern.

— Der DGB führt in Augsburg eine Veranstaltungsreihe zum Thema Bundesparteitag durch. U.a. erklärt der Augsburger IG-Metall-Sekretär das Ziel des DGB: „Wir müssen so lange kämpfen, bis wir die 20.000 Leute zusammen haben, die am 23. November vor der Kongreßhalle den NPD-Parteitag verhindern können".

An den insgesamt 3 Veranstaltungen nehmen u.a. teil: Bert Engelmann, Günter Wallraff, Max von der Grün.

— Der DGB-Landesbezirksvorstand Bayern fordert den Oberbürgermeister von Augsburg auf, den Parteitag zu verbieten.

— Der bayerische DGB-Vorsitzende Deffner spricht von 10.000 Teilnehmern eines Protestzuges, der in einer Sporthalle (4000 Plätze) enden soll. Deffner schließt vor der Presse ausdrücklich „Emotionen" nicht aus, die Teile in Richtung Tagungsort der NPD in Bewegung setzen könnten. Auch soll ein Sonderzug in Bayern organisiert werden.

— Der Oberbürgermeister sieht bisher aber trotzdem keine Handhabe für ein Verbot.

Auf jeden Fall ist dieser Parteitag ein Anlaß, der Nazi-Partei nach Eschwege eine weitere Schlappe zuzufügen.

Über die Vorbereitungen werden wir aktuell weiter berichten.

KB/Gruppe Nürnberg

Kirchenfürst betreibt Imagepflege für GSG 9

„Aussagen von Repräsentanten der evangelischen Kirche haben in der Vergangenheit dazu geführt, daß der Anschein erweckt wurde, diese Kirche stünde dem Anliegen extremistischer und terroristischer Gruppierungen näher, als dem Einsatz der Polizei".

Diesem Anschein hat nun **Rolf Sauerzapf**, Leiter der Evangelischen Seelsorge beim Grenzschutz und „geistlicher" Betreuer der GSG 9, den Kampf angesagt.

In einem Interview mit idea, einem „evangelikalen" (rechts-evangelischen) Informationsdienst, beteuert Sauerzapf, der GSGler sei *„kein Killer, wie das möglicherweise in der Öffentlichkeit gesehen wird. Sie sind in der Regel sensible aufgeschlossene Beamte, die, als Spezialisten ausgebildet, Spitzenleistungen zur Sicherung unseres Gemeinwesens erbringen und sich über die Konsequenzen ihres Tuns im Klaren sind".*

Von den Kirchen wünscht er sich deshalb *„mehr Aufgeschlossenheit und Anerkennung"* für die Polizei, damit sie ihren Dienst mit *„mehr Freude und Loyalität"* tun kann.

Sich selbst versteht er als *„Gesprächspartner, der ihn* (den GSGler) *nicht nur moralisch aufrüstet, sondern ihm auch zu einer Gewissensbildung und -erfüllung verhilft, die es ermöglicht, einen Sinn in dieser Tätigkeit zu sehen".*

Erfreulicherweise sei das *„Interesse an Gottesdiensten und dem Heiligen Abendmahl"* nach Mogadischu bei der GSG 9-Truppe *„in einem erstaunlichen Maße gestiegen".*

Sauerzapf ist Mitglied und ehemaliger Vorsitzender der **„Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V."**, einer konservativen bis rechtsradikalen Gruppe, zu der sich unter anderen auch der NPD-Ideologe **Ernst Anrich, Pascual Jordan, Michael Jach** (Redakteur des „Deutschlandmagazins") und **Hans-Georg von Studnitz** zählen.

Außerdem schreibt er in der Zeitschrift „Konservativ Heute", zu deren Autorenkreis so ausgesuchte Häupter wie Otto v. Habsburg, Lothar Bossle, Christa Meves, Ludek Pachmann, Hans Joachim Schoeps, Wolfgang Strauss und Matthias Walden gehören.

U./Gö

Bamberg: DGB-Kreisvorsitzender wird von Nazis mit Mord bedroht

Der Bamberger DGB-Vorsitzende Hans Josef Haarkötter ist sich seines Lebens nicht mehr sicher. Neonazis bedrohten ihn am Telefon: *„Hier spricht der Tod. Sie sind der nächste."*

Der DGB ist schon seit längerem Zielscheibe neonazistischer Angriffe, seit im Herbst vergangenen Jahres eine Ausstellung zur Judenverfolgung in Bamberg von Neonazis gestürmt und mit antisemitischen Plakaten behängt worden war. Die Staatsanwaltschaft hatte später das Verfahren gegen die Neonazis eingestellt. Dies hatte der DGB-Chef in seiner Rede zum 1. Mai scharf kritisiert.

Auch sonst sind die Neonazis nicht gerade zimperlich. Ein freier Bildjournalist, der israelischer Staatsbürger ist, wird in seiner Wohnung von Neonazis bedroht. Der Ludwig-Feuerbach-Collectiv-Buchladen wird mit Hakenkreuzen beschmiert und die Schaufensterscheibe eingeschlagen.

Nach Angaben des DGB-Vorsitzenden hat sich in einem Bamberger Stadtteil eine „Hitler-Jugend-Gaustadt" gebildet, die sich in letzter Zeit mit zwei Rockergruppen zusammengetan hat. *„Der derzeitige Mitgliederstand der Neonazis und Mitläufer beläuft sich auf 200 Menschen allein in Bamberg. Es bestehen Verbindungen zur ehemaligen Wehrsportgruppe Hoffmann, Waffen sind in größerer Zahl bereits beschafft worden, in diesen Kreisen wird diskutiert, Hoffmann mit Maschinenpistolen aus dem Gefängnis zu holen"* (nach „Fränkischer Tag", 16.8.80).

Doch die Polizei weiß von nichts. Das bayerische Innenministerium erklärte, daß Haarkötters Behauptungen jeglicher Grundlage entbehrten. Staatsanwaltschaft und Polizei werfen ihm vor, ihnen keine konkreten Tatsachen geben zu können. *„Es ist im übrigen nichts Ungewöhnliches, daß im öffentlichen Leben stehende Personen Drohanrufe erhalten. Gerade aber von solchen Personen erwarten die Strafverfolgungsbehörden eine förderliche Mitwirkung zumindest in der Form, daß nicht nur Behauptungen aufgestellt, sondern auch die angeblich vorhandenen Tatsachen ggf. vertraulich, preisgegeben werden"* („FT", 19.8.80). So der Chef der Landespolizeidirektion Bamberg, Günther.

2.9.80, Ein Genosse

2.9.80, Ein Genosse

NPD-Veranstaltungen in Hamburg

Die neofaschistische NPD hat in **Hamburg** mehrere Wahlveranstaltungen angekündigt:

Am Montag, den 8.9.1980 will sie um 19.30 Uhr in der Schule Holzdamm mit dem NPD-Vorstandsmitglied, dem suspendierten Bundeswehroffizier Lindner auftreten.

Am Freitag, den 12.8.80 hat sie eine Veranstaltung ebenfalls um 19.30 Uhr im Wandsbeker Matthias-Claudius-Gymnasium angekündigt.

Wir halten es für einen unglaublichen Skandal, daß diese neofaschistische Partei, die ihren Wahlkampf unter die zentrale Parole „Ausländer raus!" gestellt hat, hier in Hamburg in mehreren Schulen ihre Hetzpropaganda verbreiten kann.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, daß hier in Hamburg zwei Vietnamesen von Neofaschisten ermordet worden sind, fordern wir den Senat auf, diese Veranstaltungen zu verbieten.

Der Hamburger Senat wird sich schon jetzt die Frage gefallen lassen müssen, ob er, wie schon im Falle des Strauß-Auftritts, erneut seinen gesamten Polizeiapparat mit brutalster Härte einzusetzen bereit ist, um nun die rassistischen Hetzveranstaltungen der NPD gegen den demokratischen Protest zu schützen.

Verbot der Nazi-Veranstaltungen!
Verbot der NPD!

Muß Geiss nun in den Knast?

Zu 15 Monaten o h n e Bewährung verurteilte das Stader Landgericht den Neonazi Edgar Geiss (51). Geiss war angeklagt wegen Volksverhetzung, weil er Anfang des Jahres anläßlich des Lischka-Prozesses ein Flugblatt verteilt hatte, in dem u.a. von der „Vergasungslüge" die Rede war.

In der Urteilsbegründung führte der Richter aus, daß die Haftstrafe für Geiss wegen seiner Latte von Vorstrafen angebracht sei: Diese reichen von Diebstahl und Betrug über fahrlässige (?) Körperverletzung bis hin zu mehreren Fällen von Volksverhetzung. In der Tat: Geiss, der durch seinen „Hitlergruß" bei der Beerdigung des aus italienischer Haft entflohenen NS-Verbrechers Kappler erstmals von sich reden machte, hatte sich seitdem zu einem der führenden Figuren der westdeutschen „NSPAP"-Szene entwickelt: Er war Mitglied der „Deutschen Bürgerinitiative" des jetzt verhafteten Manfred Roeder, hatte engste Kontakte zu Schönborn und Christophersen; er trat mehrfach als Organisator und Teilnehmer von Provokationen der Hansa-Bande auf, für die er nach der Verhaftung ihres Chefs Kühnen den väterlichen Betreuer spielte.



Doch im Knast ist Geiss wegen der jetzigen Verurteilung noch keineswegs. Schon einmal, im Herbst 79, wurde Geiss zu damals einem Jahr ohne Bewährung verurteilt, weil er am 19. Mai 78 im Hamburger Hauptbahnhof einen „Aufmarsch" der Hansa-Bande organisiert hatte. In der Berufungsverhandlung im ersten Halbjahr 80 wurde die Strafe aber wieder zur Bewährung ausgesetzt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Protest gegen NPD-Kundgebung

Ganz Oberfranken ist aus Anlaß des Bundestagswahlkampfs übersät mit den „Ausländer-Stop"-Plakaten der NPD. Günther Deckert, Chef des militanten NPD-Flügels, wollte nun in Bamberg am 29.8. mitten in der Fußgängerzone eine Kundgebung veranstalten unter dem Motto „Programm für Deutschland" und „Deutschland den Deutschen — Ausländer raus". Nachdem dieses Vorhaben der Nazis durch ihre großen Anzeigen in der Lokalzeitung bekannt geworden war, wurden Bambergs Antifaschist/inn/en sofort aktiv. Eine Demonstration gegen die Kundgebung wurde von der Stadt nicht genehmigt. Mit einem Flugblatt wurde daraufhin „zur Kundgebung" mobilisiert.

Trotz Ferienzeit kamen mehrere 100 Antifaschist/inn/en und konnten mit ihrem Lärm dafür sorgen, daß niemand Deckerts faschistische Hetzrede hören konnte. Die Polizei schützte die Faschisten mit einer Hundestaffel. Als zum Schluß einige Eier das Auto der Nazis verschönerten, schlugen die Bullen zu und stellten die Personalien einiger Antifaschist/inn/en fest.

2.9.80, Ein Genosse

Angesichts der Fülle des antifaschistischen Büchermarkts überrascht doch eine Tatsache: Zur NPD selbst ist seit 1969, als die grundlegende, leider kaum noch erhältliche Untersuchung von Kühnl, Rilling und Sager erschien, kein einziges Buch mehr publiziert worden. Diese Lücke schließt das hier besprochene Buch.

Tatsächlich ist es mehr als „nur" ein Buch zur NPD (was allein sein Erscheinen rechtfertigen würde): Seine Informationsdichte, sein Überblick über die (mit Ausnahme der nationalrevolutionären Richtung) gesamte neofaschistische Szene und nicht zuletzt sein ausführliches Register machen es zu einem unentbehrlichen Handwerkszeug für jeden im antifaschistischen Bereich Tätigen. Es mag überheblich klingen, aber uns ist aus neuerer Zeit k e i n e antifaschistische Veröffentlichung bekannt geworden, zu der nicht dieses Buch wichtige, sorgfältig belegte und interessante Zusatzinformationen liefern würde. Insbesondere betrifft dies das Gebiet der offenen „NS-Banden", die überwiegend Gegenstand der neueren Publikationen sind: Ob „Hansa"-Bande, „Wehrsportgruppe Hoffmann", „Wiking-Jugend", „NSDAP/AO", „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" usw. – sie alle werden in diesem Buch in d e n Zusammenhang gestellt, der in den meisten übrigen Publikationen fehlt und der von offizieller Seite, und insbesondere in den amtlichen Verfassungsschutzberichten erst recht, kaum Erwähnung findet: Alle diese Banden sind legitime, wenn auch nach außen hin ungeliebte Kinder der NPD. Oder anders ausgedrückt: Ohne die NPD als „legal" arbeitende organisierende Kraft gäbe es heute zweifelsohne diesen terroristischen Nazi-Sumpf nicht. Diese Radikalisierung von Teilen der NPD und insbesondere ihrer Jugend ist sicher Resultat ihres gesunkenen „parlamentarischen", d.h. in Wählerstimmen ausdrückbaren Gewichts. Doch hierin liegt auch nicht die eigentliche Bedeutung der NPD als d e r Wahlpartei der Neofaschisten. Vielmehr ist die NPD die e r s t e neofaschistische Partei seit der Niederlage des Faschismus, mit der es den Herrschenden weitgehend gelungen ist, den Faschismus zu einem Bestandteil des parlamentarischen Systems zu machen. Denn nichts anderes bedeutet das Urteil des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs vom Februar 1978, dessen Kernsatz lautet: *„Es ist nicht erwiesen, daß die NPD verfassungsfeindliche Ziele im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verfolgt".*

Ein Buch, das jeder Antifaschist besitzen sollte.

Italien: Nazi-Reder bald frei?

Weitestgehend unbemerkt von der bundesrepublikanischen Öffetlichkeit fällte das Militärgericht von Bari/Italien ein skandalöses Urteil, das zwar schon eine Zeit zurückliegt (15.7.), wegen seiner Bedeutung dem AK-Leser aber nicht vorenthalten werden soll:

Die Richter von Bari entschieden nach sechsstündiger Debatte, daß der Ex-SS-Kammandeur Walter Reder, der 1951 zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde, nunmehr genug bestraft sei. Er wird zwar nicht direkt auf freien Fuß gesetzt, sondern hat für die nächsten fünf Jahre „Hausarrest" auf der Festung Gaeta, seine Anwälte spekulieren aber nicht ganz unbegründet, daß Reder bereits vor 1985 Italien verlassen kann: Ein kleines Hintertürchen läßt das Urteil da offen.

Reder ist verantwortlich u.a. für das Massaker von Marzabotto im September 1944, bei dem in drei Tagen 1830 Menschen abgeschlachtet wurden. Darunter waren 92 Opfer unter 16 Jahren, 110 unter 10, 22 unter 2, acht Einjährige und 15 Säuglinge (nach „Repubblica", 16.7.80). Reders Verbrechen sind als „Marsch des Todes" in die italienische Geschichte eingegangen.



Die Bevölkerung von Marzabotto reagierte auf den Richterspruch aus Bari mit einer spontanen Protestversammlung am nächsten Abend, an der mehrere hundert Menschen teilnahmen. Vielerorts wurden Kundgebungen und Protestdemonstrationen organisiert. Im Gegensatz zu 1977 und 1979, als Reder über das Militärgericht in La Spezia versuchte freizukommen, reichte der Protest diesmal nicht aus, um diesen Skandal zu verhindern. Der Fall Reder erhält seine besondere Brisanz auch daraus, daß Reder ähnlich wie vorher Kappler eine Symbolfigur der Neofaschisten ist.

Nach der „Flucht" Kapplers wurden die Sicherheitsvorkehrungen für Reder verstärkt. „Heute", wie die Repubblica resigniert feststellt, „wird diese Flucht vielleicht gar nicht mehr nötig sein."

Italienkommission

»Es war ein Mordversuch an uns«

Der Prozeß gegen Christof Wackernagel und Gert Schneider

Der Prozeß gegen Christof Wackernagel und Gert Schneider – beide am 10. November 1977 während des „Deutschen Herbstes" in Amsterdam nach einer Schießerei festgenommen und jetzt angeklagt, weil sie ihre Verhaftungen nicht widerstandslos hinnehmen wollten (in gutem Bundesanwaltsdeutsch heißt das 'Mordversuch') – geht jetzt seinem Ende entgegen. Die Bundesanwaltschaft fordert für beide lebenslänglich, obwohl

– Gert und Christof gegen alle Regeln des Völkerrechts von den holländischen Justizbehörden an die BRD ausgeliefert worden waren und so eigentlich – wenn es kein politischer Prozeß wäre – von einem deutschen Gericht überhaupt nicht verurteilt werden könnten;

– sich im Laufe des Verfahrens herauskristallierte, daß Gert und Christof in einer eindeutigen Notwehrsituation waren – die holländischen Polizeibeamten schossen zuerst;

– von einem Mordversuch an den holländischen Polizeibeamten absolut nicht die Rede sein kann; vielmehr lassen Zeugenaussagen, Sachverständigengutachten und Aussagen der Angeklagten selbst den Schluß zu, daß umgekehrt ein Schuh daraus wird: es gab einen Mordversuch an Christof und Gert!

Sowohl zu Beginn als auch am Ende des Prozesses hatte der holländische Verteidiger van Bennekom beantragt, den Prozeß einzustellen. Entscheidend für diese Anträge war die völlig rechtswidrige Auslieferung von Christof Wackernagel und Gert Schneider im Oktober 1978 an die BRD. Die holländische Justiz hatte auf Anweisung aus dem holländischen Justizministerium auf eine weitere Strafverfolgung wegen der abgegebenen Schüsse auf holländische Polizeibeamte verzichtet, obwohl der Untersuchungsrichter in Amsterdam im Haftbefehl 1977 festgestellt hatte, *„daß die Rechtsordnung in Holland durch die begangenen Taten schwer verletzt worden sei"* (zitiert nach der Broschüre „Der Prozeß gegen Christof und Gert ist ein Prozeß gegen die RAF", Teil I). Schon im November 1977 (wenige Tage nach der Verhaftung) hatte das holländische Justizministerium den deutschen Behörden versichert, daß sie auf jeden Fall bereit seien, auszuliefern. Sie baten sogar, *„eine diesbezügliche*
schen Behörden versichert, daß sie auf jeden Fall bereit seien, auszuliefern. Sie baten sogar, *„eine diesbezügliche*
Entscheidung (über ein Auslieferungsgesuch) *bald zu treffen, da nach niederländischem Recht die Untersuchungshaft nur 100 Tage dauern dürfe"* (aus einem Brief des deutschen Justizministeriums an die Bundesanwaltschaft, 17.11.77; zitiert nach: ebd., S. 13).

So beeilten sich dann auch ihrerseits die holländischen Behörden und umgingen dabei fix noch zwei ausstehende gerichtliche Entscheidungen: einmal ein Berufungsverfahren gegen die Entscheidung des Justizministeriums, die Gefangenen auszuliefern; zum anderen war über einen Antrag von Christof und Gert auf Anerkennung als politische Flüchtlinge, ein Asylverfahren, noch nicht entschieden worden. Daß zwei Gefangene, die auf holländischem Boden holländische Beamte verletzt hatten, an die BRD ausgeliefert wurden, veranlaßte den Anwalt van Bennekom zu der Feststellung, daß *„der Staat der Niederlande nicht nur bindende Vorschriften des Völkerrechts mißachtet* (hat), *sondern auch seine Souveränität aufgegeben, als ob er eine Provinz seines Nachbarn wäre"* (van Bennekom in seinem Einstellungsantrag vom 28.2.80, zitiert nach: ebd., S. 3).

Hatte die holländische Justiz nach dem Auslieferungsersuchen der BRD kein weiteres Interesse mehr an einer Strafverfolgung, so galt das um so mehr für die deutschen Behörden: Christof und Gert hatten in Holland, selbst wenn das Gericht nicht auf Notwehr erkannt hätte, nicht mehr als zwölf Jahre zu erwarten – hier ist eine Verurteilung für „Mordversuch" bis lebenslänglich möglich; und genau dieses Strafmaß hat die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer auch gefordert!

Der 10. November 1977

Anfang November 1977 stieß die niederländische Polizei in Amsterdam auf eine Wohnung, die nach Ermittlungen des BKA von Rolf Clemens Wagner angemietet worden sein sollte. In der Nähe dieser Wohnung wurden am Abend des 10. November 1977 Gert und Christof von einem Sonderfahndungskommando der niederländischen Polizei in einer Telefonzelle überfallen und festgenommen. Gert beschreibt die Verhaftung folgendermaßen:

Wir stehen in der Telefonzelle und telefonieren ... Plötzlich stehen drei
maßen:

Wir stehen in der Telefonzelle und telefonieren. Plötzlich stehen drei Mann vor der Zelle, machen die Tür einen Spalt auf, stecken die Pistolen durch, brüllen und schießen sofort. Ich werde am Bauch getroffen, greif mir an den Bauch, (eine Bewegung, die nachher als Griff zu einer nichtexistenten Waffe das Schießen der Bullen legitimieren soll, Anm. AK) — *kurz danach — schießt der Bulle noch mal und trifft ... das nächste, was ich weiß, ist, daß mir der Lauf gleich darauf zwischen die Augen zielt. Dann schießt die RAF — endlich. ... Christof liegt auf der Straße und zuckt bei den Treffern und ich hock in der Telefonzelle und mir fliegen die Kugeln um die Ohren. ... Bewegt haben wir uns beide nicht mehr, konnten auch gar nicht mehr. Als ihnen die Muni(tion) ausgeht, wird endlich das Feuer eingestellt. Das Resultat vom Ganzen: Bei mir neun Treffer in Kopf, Bauch, Brust, Schulter und Rücken, bei Christof Treffer in Arme und Beine. Daraufhin werden wir umstellt ... und Christof wird mit dem Gewehrkolben ins Gesicht geschlagen.*

Die Bundesanwaltschaft nennt das Verhalten später 'gemeinschaftlich versuchten Mord' — und zwar nicht das Verhalten der Bullen, sondern unseres" (aus der Erklärung der Gefangenen, 28.2.80, zitiert nach: ebd. S. 27f.).

Die holländischen Behörden erklären noch am 11.11.77, daß Christof und Gert zuerst geschossen hätten, zwei Wochen später müssen sie das Gegenteil zugeben („taz", 8.4.80). Nichtsdestrotrotz sagen die niederländischen Beamten im Prozeß als Zeugen aus, daß sie sich *„ernsthaft bedroht"* gefühlt hätten. Dem entgegen stehen die Aussagen von Verena Becker und Stefan Wisniewski, der in dem Verfahren erklärte, *„die Angehörigen der Roten Armee Fraktion unternähmen 'alles nur Mögliche', um der Konfrontation mit Polizisten aus dem Weg zu gehen. Ein anderes Vorgehen würde die RAF 'politisch und strukturell zurückwerfen'"* („Tagesspiegel", 15.8.80). Sogar der Polizeipsychologe Sieber, *„nach eigenen Aussagen seit 1964 mit der Ausbildung von Polizisten befaßt"* („taz", 8.8.80), geht davon aus, *„daß die RAF-Mitglieder durch das Vorgehen der Polizei in eine Notwehrsituation geraten seien"* (ebd.).

Das BKA kennt keine Grenzen

Das BKA kennt keine Grenzen

Woher die holländischen Polizisten trotzdem ihr untrügliches *„Wissen"* haben, daß *„deutsche Terroristen nicht vor dem rücksichtslosen Gebrauch der Schußwaffe zurückschrecken"* (FR, 27.3.80), wurde während des Prozesses klarer. Die Ähnlichkeit dieser Verhaftung mit den Exekutionen von BKA, MEK usw. in der BRD war kein Zufall. Es stellte sich heraus, daß die Angeklagten mit ihrer Vermutung recht hatten, daß BKA-Zielfahnder bei der Verhaftung direkt beteiligt waren. *„Pohl, der Leiter der Gruppe 'Ermittlungen' beim BKA/TE (Terrorismus), gab im Prozeß zu, daß er sich vom 21. September bis 13. November 1977 fast ununterbrochen in den Niederlanden aufgehalten hat. In Den Haag wurden in der Zentrale der niederländischen Kripo Büroräume für das BKA bereitgestellt"* (Der Prozeß gegen ...", Teil II, S. 13). Ebenfalls in Amsterdam hielten sich die BKA-Zielfahnder Ries, Lohmann und Resch auf, die auf Rolf Clemens Wagner angesetzt waren, wobei die Beamtin Lohmann sogar im Prozeß als Zeugin aussagte, daß sie bei der Verhaftung anwesend gewesen sei, eine Tatsache, die 2 1/2 Jahre lang verschwiegen worden war. *„Zu Exekutivmaßnahmen wie Verfolgung und Festnahme sei sie aber nicht befugt gewesen, und es sei dazu auch nicht gekommen"* (TSP, 12.4.80). Eine Aussage, der man nicht viel Glauben schenken kann, denn die Beamtin Lohmann hatte sich *„vor der bereits geplanten und unmittelbar bevorstehenden Festnahme mit dem niederländischen Festnahmetrupp in einem Restaurant"* aufgehalten, *„fuhr dann direkt mit zum Einsatz"* (nach der Broschüre „Der Prozeß gegen...", Teil II, S. 14), will aber dort, 15 Meter vom Geschehen, im Auto sitzengeblieben sein. *„Während der Schießerei ... habe sie sich nicht aus dem Auto gerührt und daher die Auseinandersetzung nur akustisch mitbekommen"* (TSP, 12.4.80). Aber wer soll das glauben? Da sitzt ein BKA-Zielfahndungskommando in Amsterdam und wartet auf seinen Einsatz, bereitet holländische Beamte auf die Festnahme vor und wenn es dann 'endlich' losgeht, setzt die Zielfahnderin sich in ein Auto und guckt nicht mal zu. Wohl ein typisches Verhalten für BKA-Bullen bei Verhaftungen und „finalen Schüssen"?!...

Der Prozeß gegen Christof und Gert

Der Prozeß gegen die beiden läuft seit Ende Februar dieses Jahres im Sondergerichtsgebäude in Düsseldorf. Während der Beweisaufnahme wurde offensichtlich, daß das Gericht unter Vorsitz von Dr. Wagner alles andere als an einer „objektiven" Wahrheitsfindung interessiert war. So wurde ein Beweisantrag der Anwälte abgelehnt, in dem eine Tatortbesichtigung, bzw. falls das nicht möglich sei, eine Rekonstruktion des Tathergangs gefordert wurde. Begründet wurde die Ablehnung vom Gericht damit, daß die Aussagen der Polizeizeugen völlig ausreichend seien. Daß eine Tatortbesichtigung vom Gericht [illegible]
die Aussagen der Polizeizeugen völlig ausreichend seien. Daß eine
Tatortbesichtigung „nicht nötig" sei, hatten die Richter schon zwei Wochen vorher ausgekundschaftet: *„In einem Amsterdamer Außenbezirk halten zwei Mercedes-Limousinen mit holländischem Kennzeichen vor einer Telefonzelle, heraus springt ein halbes Dutzend holländischer Sicherheitskräfte und schirmt die Gegend ab. Dann entsteigen zwei gesetzte Herren und beginnen die Telefonzelle und ihre Umgebung eingehend zu untersuchen. Als sie sich beobachtet fühlen, sitzen sie sehr schnell wieder im Auto und die Wagen rauschen davon ... Die beiden Herren gehören dem Gericht an – einer von ihnen ist der Vorsitzende Wagner persönlich ... Die Gefangenen reagierten mit einem Befangenheitsantrag gegen die beiden Richter, die 'vor Ort' ertappt worden waren; denn das ist ja nun zu offensichtlich: erst heimlich eine private Tatortbesichtigung vorzunehmen, um sie dann offiziell für unnötig zu erklären. Keine Frage, daß die Richter sich nicht befangen fühlen; sie seien aus 'rein touristischem Interesse' zu der Telefonzelle gefahren"* (zitiert nach: „Der Prozeß gegen ...", Teil II, S. 31).

Während das Gericht auf der einen Seite die Beweisaufnahme in diesem konkreten Fall sabotierte, wurde tagelang aus den Urteilen gegen die RAF-Angehörigen Angelika Speitel, Günther Sonnenberg und Christine Kuby vorgelesen. Die Aufnahme dieser Urteile in die Beweisführung hat nur ein Ziel: die Übernahme einer Hilfskonstruktion in dieses Verfahren, die schon zur Verurteilung von Angelika Speitel zu Lebenslänglich geführt hatte. Damals hatte nämlich der gleiche Richter Dr. Wagner festgestellt, *„innerhalb der RAF habe es ... 'eine Grundsatzentscheidung gegeben, sich in keinem Fall festnehmen zu lassen'"* („TAZ", 3.12.79). Das heißt juristisch, daß durch die Mitgliedschaft in der RAF – eine „terroristische Vereinigung" (§ 129a) – automatisch auch eine „Verabredung zum Mord" gegeben ist. In diesem Verfahren gegen Christof und Gert bedeutet das – unabhängig davon, ob die holländischen Polizisten zuerst geschossen haben – daß die beiden „aus niederen Beweggründen" versucht hätten, die Polizisten zu töten. Daß dem in Wahrheit nicht so ist, ist durch Zeugenaussagen und die Erklärungen der Angeklagten bewiesen.

Nachdem Angeklagte und Verteidigung gegen die Verlesung der Urteile gegen RAF-Angehörige Stellung genommen und verlangt hatten, zum Anklagepunkt „Mitgliedschaft in der RAF" in die Beweisaufnahme zu gehen, gab das Gericht einen „rechtlichen Hinweis" ab: *„Der Senat zieht in Erwägung ... folgende Tatsachen als gerichtskundig zu verwerten: die in den Urteilen getroffenen Feststellungen und die dort wiedergegebenen Erklärungen zum Hintergrund der Vereinigung RAF und ihren Aktivitäten"* (zitiert nach: „Der Prozeß gegen..", Teil III, S. 53).



Christof Wackernagel

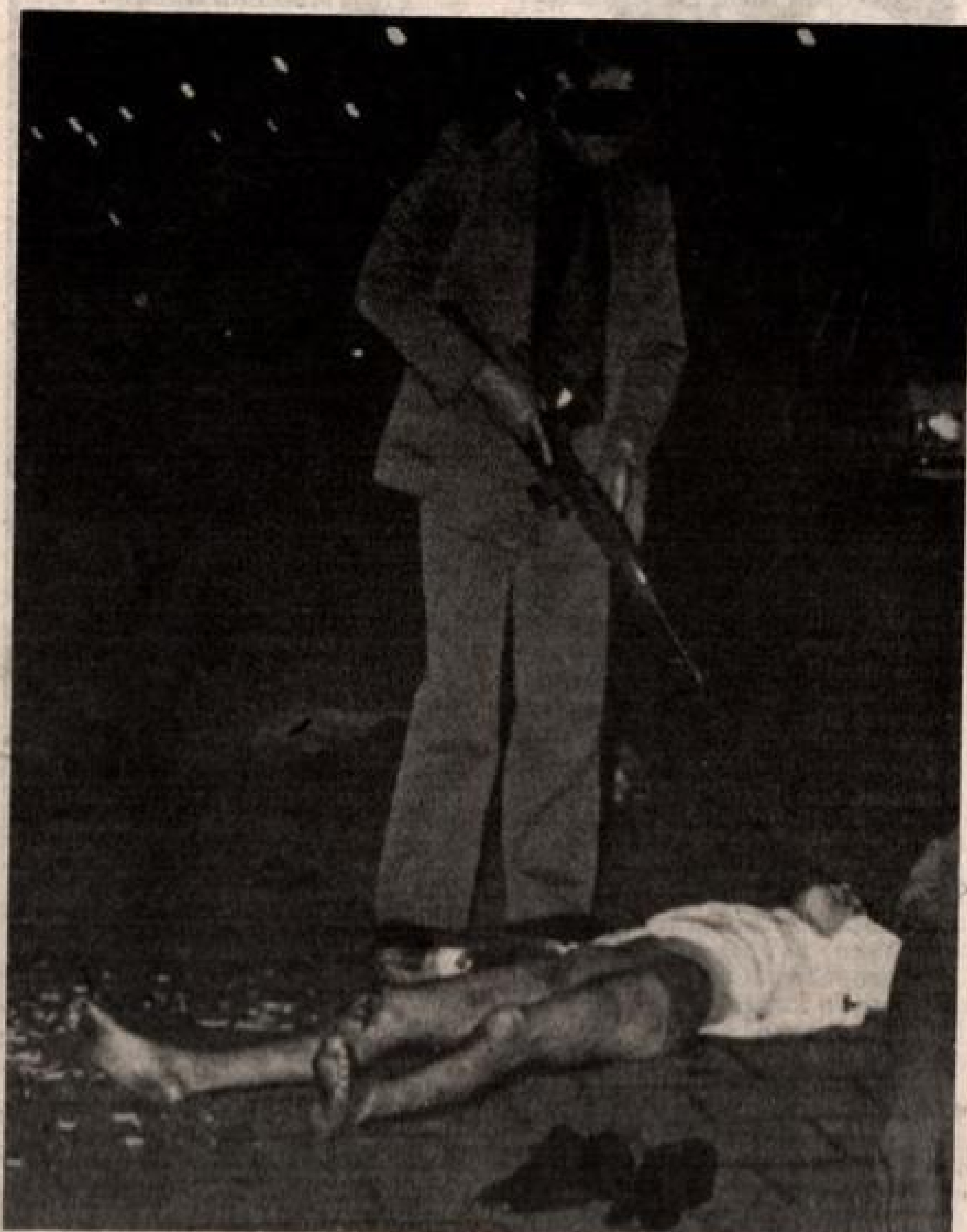


Gert Schneider

Die Verteidigung erklärte in ihrem Befangenheitsantrag dazu: *„ Wenn der Senat...die Feststellungen der verlesenen Urteile als gerichtskundig ver-*
fangenheitsantrag dazu: *„ Wenn der Senat...die Feststellungen der verlesenen Urteile als gerichtskundig ver-*
werten will, muß befürchtet werden, daß er in einem zentralen Punkt nicht von den in der Hauptverhandlung vorgetragenen Beweismitteln ausgehen will, sie von vornherein für irrelevant hält, sondern die Begründung seines Urteils in wesentlichen Punkten aus anderen Urteilen übernehmen will" (zitiert nach: ebd., S. 54). Und das Strafmaß in diesen „anderen Urteilen" lautet ausnahmslos auf Lebenslänglich!

Es ist zu befürchten, daß das Gericht trotz dürftigster 'Beweise' gewillt ist, dem Antrag der Bundesanwaltschaft zu folgen und Christof und Gert lebenslänglich – bis zu ihrem Tod – in Knästen verschwinden zu lassen. Sollte das geschehen, haben die Angeklagten mit ihrer Erklärung zu Beginn des Verfahrens recht gehabt: *„Dieser Prozeß ... hat nur die Funktion, den mißlungenen Versuch einer Exekution auf der Straße durch die lebenslange Überstellung in den staatlichen Geiselstatus zu ersetzen..."*. (zitiert nach: Der Prozeß gegen Christof und Gert..., Teil I, S.6).

Westberliner Anti-Repressionskommission des KB



Welches sind nun die niederländischen Bullen, welches ihre „Berater"? – Fotos von niederländischen Bullen auf „Terroristenjagt" wurden in den letzten Wochen gerade in der westdeutschen Presse mit deutlicher Genugtuung verbreitet – bei keinem dieser Fotos waren jedoch die Gesichter unkenntlich gemacht, die Balken über das Gesicht wurden erstmals bei diesem und allen anderen im Zusammenhang dieser Schlächterei aufgenommenen Fotos angebracht. Warum nur, warum ...?

Die auch von uns oft zitierte Prozeßdokumentation „Der Prozeß gegen Christof und Gert ist ein Prozeß gegen die RAF" ist in bislang 3 Teilen erschienen. Der Teil III enthält die 'Erklärung zur Sache' mit einem sehr lesenswerten Kapitel über die Forderung nach Anwendung der 'Genfer Konventionen'.
Bestellungen an:

Politische Buchhandlung
Im Westenfeld
4630 Bochum

Knut Folkerts: Lebenslänglich für die RAF

Nach ganzen 18 Verhandlungstagen wurde Knut Folkerts am 31. Juli in Stuttgart-Stammheim zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Gerichtssaal waren meist die Richter, die Bundesanwaltschaft und die beiden Zwangsanwälte unter sich. Knut Folkerts hatte sich von der Verhandlung ausschließen lassen, nachdem Richter Foth die Beiordnung seines Vertrauensanwaltes abgelehnt hatte. Generalbundesanwalt Rebmann konnte schon zu Beginn des Prozesses befriedigt feststellen: Die Hauptverhandlung schreitet zügig voran."

Mit der Ausschaltung jeder (Vertrauens-)Verteidigung in diesem Prozeß nähert sich die Entrechtung des Angeklagten der vollständigen Rechtlosigkeit in erschreckender Weise.

Zu 20 Jahren Knast wurde Knut Folkerts bereits in Holland verurteilt, weil er dort bei seiner Festnahme am 22.9.77 einen Polizisten schwer verletzt und einen erschossen haben soll. Daß Knut selber eine — vermutlich vom BKA mitorganisierte — Festnahme überlebte, „verdankt" er womöglich auch dem Umstand, daß im Krisenstab während der damaligen Schleyer-Entführung zumindest überlegt wurde, ob man nicht das Versteck der Entführer durch Folter an vermeintlichen Mitwissern erfahren könnte: *„Israelische und englische Verhörspezialisten sind in der Lage, durch Benutzung von Psychopharmaka das gesamte Wissen von Gefangenen abzufragen... Könnte man auf diese Weise nicht von dem inzwischen in Holland festgenommenen Terroristen Knut Folkerts das Versteck Schleyers erfahren?"* („stern", 24.11.77). Doch *„die Bundesregierung wagte den Einsatz der Folterspezialisten nicht, ... weil sie damit rechnen mußte, daß es in jedem Fall öffentlich wird, — in Holland gibt es keine Kontakt- und Nachrichtensperre — und diese Öffentlichkeit über den Einsatz von Geheimdienstfolterknechten hätte damals das Projekt (,18. Oktober'), die verdeckte Aktion* (Stammheimer Todesnacht, AK) *gefährdet"*, heißt es in einer Prozeßerklärung von Knut.

Nach der Verurteilung von Knut Folkerts in Holland lieferte die holländische Regierung ihn auf Antrag der Bundesregierung in die BRD aus — allerdings unter der Bedingung, daß er nicht wegen der Schleyer-Entführung vor Gericht gestellt werden dürfe, denn *„das war* (Nötigung der Bundesregierung) *für die holländischen Richter ein politisches Delikt"* („Spiegel", 19.5.80); wegen politischer Delikte darf aus Holland heute noch niemand ausgeliefert werden. Für nicht politisch hielt der „Hohe Rat" Hollands dagegen die Erschießung Bubacks, da diese Tat nach Auffassung des Gerichts *„vernünftigerweise nicht zu einem unmittelbaren, auf das Endziel ausgerichteten Ergebnis führen"* könne. Schon merkwürdige Kriterien, über die zu urteilen sich da ein Gericht anmaßt ...

Als Anklagepunkte blieben außerdem übrig ein Waffenraub (gemeinsam mit dem später bei seiner Festnahme erschossenen Willi Peter Stoll) am 1. Juli 1977 in Frankfurt, der mißglückte Raketen-Werfer-Anschlag auf die Bundesanwaltschaft am 25.8.77 und die Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung".

„Prozeßvorbereitung": Iso-Haft und Einzelanklage

Vorbereitet wurde der Prozeß einmal durch nun schon zweijährige Total-Isolation im berüchtigten Stammheimer 7. Stock, zum anderen durch die Abtrennung des Verfahrens gegen Günter Sonnenberg, der ebenfalls an der Erschießung Bubacks beteiligt gewesen sein soll. Er wurde bereits wegen der Schießerei bei seiner Verhaftung zu lebenslanger Haft verurteilt — obwohl er durch seine lebenslängliche Kopfverletzung verhandlungsunfähig war und eigentlich nicht einmal haftfähig ist. Später dann zeigte sich die Bundesanwaltschaft so „human", wegen seines schlechten Gesundheitszustandes ihn (jetzt) nicht noch einmal anzuklagen.

Einige Wochen vor dem Prozeß wurde auch der Haftbefehl gegen Verena Becker wegen der Buback-Erschießung aufgehoben. Knut Folkerts meinte in seiner Prozeßerklärung, *„daß jeweils nur einer von uns angeklagt wird, um eine kollektive Verteidigung — soweit sie überhaupt noch möglich war — zu verhindern, um ein Bild der Zersplitterung zu vermitteln, weil sie uns als Kollektiv nicht angegreifen können, ohne die Politik der RAF, ihre Freiheit zu kämpfen und ihre Stärke: Kollektivität — zu propagieren... Die Bundesanwaltschaft hielt sich drei Jahre lang offen, gegen wen sie den Einzelprozeß am besten nach den Notwendigkeiten der psychologischen Kriegsführung durchzieht."*

Verteidigung unzulässig

Eine weitere „Prozeßvorbereitung" bestand darin, die Verteidigung Knut Folkerts auszuschalten. Sein holländischer Anwalt wurde nicht zugelassen, weil er als Holländer „nicht genügend erreichbar" sei. Weil es in der BRD wegen des Verbots der Mehrfachverteidigung kaum noch linke Anwälte gibt, die in § 129-Verfahren verteidigen dürfen, gelang es erst vier Wochen vor Prozeßbeginn, für Knut den



Knut Folkerts

Hamburger Anwalt Rosenkranz zu finden. Doch Richter Foth weigerte sich auch hier, den Wahlverteidiger Knuts zu verpflichten, da auch dieser von Stuttgart zu weit weg wohne, seine lückenlose Anwesenheit im Prozeß sei nicht gesichert — eine bisher einmalige Entscheidung: *„Gibt es denn in ganz Stuttgart und dem nahen Karlsruhe keinen Richter, der den Kollegen Foth mal zur Seite nimmt und ihm rät, seine aberwitzige Kilometerentscheidung zurückzunehmen?"* („stern", 17.7.80). Es gibt ihn nicht. Rosenkranz konnte nur ganz selten und auf eigene Kosten nach Stuttgart kommen und an der Verhandlung teilnehmen.

Nachdem die Verpflichtung Rosenkranz' abgelehnt worden war, ließ sich Knut Folkerts durch Störungen von der Verhandlung ausschließen. *„Es wird kein Antrag gegen die Vorverurteilung gestellt. Es ist aussichtslos, auf eine Norm der Klassenjustiz zu insistieren... Es wird kein Antrag dazu gestellt, daß die Gespräche zwischen mir und Verteidigern ... abgehört werden... Der permanente Rechtsbruch, oder ,übergesetzlicher Notstand', wie sie das nennen, ist ,Normalzustand' bei allen Gefangenen aus der RAF und ihren Verteidigern. Es wird auch nicht die Hinzuziehung unabhängiger Ärzte zur Feststellung meiner Verhandlungsfähigkeit beantragt, ... weil unabhängige Ärzte nichts anderes feststellen würden, als was sie immer bei allen politischen Gefangenen festgestellt haben, nämlich daß der desolate Gesundheitszustand Ergebnis der Isolation, der Vernichtungshaft ist... Es wird kein Ablehnungsantrag gegen Richter Foth und Berroth gestellt, die am Tod von Holger Meins mitverantwortlich sind ... und daß dieselben Richter hier zu Gericht sitzen über die Aktion des ,Kommando-Ulrike-Meinhof', das Ende von General Buback, der wegen seiner Verantwortlichkeit für die Ermordung z.B. von Holger von der RAF seines Amtes enthoben wurde. Die Richter sind ... grundsätzlich befangen, das ist ihre Qualifikation, sonst würden sie da nicht sitzen... Die Klassenjustiz, ihre Klasse, ihr Gewaltsystem wird nicht bekämpft und letztlich zerschlagen durch ,Anträge', sondern durch revolutionäre Gewalt"* (Prozeßerklärung von Knut Folkerts).

Daß sich Anträge gegen Vorverurteilung, Befangenheit, Vernichtungshaft und Verteidigerausschlüsse fast immer als juristisch erfolglos erwiesen haben, ist sicherlich richtig. Bedenklich ist aber dennoch, bei der ohnehin minimalen und schwerfälligen Öffentlichkeit prinzipiell ganz auf juristische Möglichkeiten zu verzichten, wenn auch juristische Möglichkeiten zur politischen Verteidigung in diesem Prozeß nur mehr Spurenelemente waren.

Der Prozeß läuft „wie geschmiert"

„Die Zeugen kommen. Sie sagen aus. Keine Frage mehr? Der nächste, bitte. Da wird niemand in die Zange genommen, da gibt es keinen Streit um Indizien mit den in Terroristen-Prozessen versierten Bundesanwälten. Es läuft alles im Kammerton, und es läuft wie geschmiert" („stern", 17.7.80).

Die Anklage war nach bewährtem Muster zusammengeschustert: „ *,Die Willensbildung der Bande', beschreiben die Bundesanwälte die Gruppierung, ,erfolgte nicht nur nach hierarchischen Gesichtspunkten, sondern auch im Wege der Diskussion der Mitglieder untereinander...' Knut Folkerts, so folgern die Ankläger, könne auch über kriminelle Aktivitäten und Mordpläne nie im unklaren gewesen sein"* („Spiegel", 19.5.80). Außer dieser Gruppentheorie gab es nur (mehr als) zweifelhafte Zeugenaussagen: So konnte der eine von zwei Zeugen, die Knut Folkerts auf der Suzuki der Buback-Schützen gesehen zu haben glaubten, Knut im Prozeß dann doch nicht identifizieren, der andere hatte bei einer Gegenüberstellung nur „Ähnlichkeiten" feststellen können („Badische Neueste Nachrichten", 25.6.80). Außerdem war bei ihm das blaue Motorrad rot und die Helme hatte er auch nicht wahrgenommen („taz", 1.8.).

Obwohl selbst die Zwangsanwälte meinten, die Anklage sei die *„letzten Beweise"* für Knuts Beteiligung an der Bubackerschießung schuldig geblieben, und hinsichtlich des Frankfurter Waffenhändler-Überfalls müsse gar auf *„nicht schuldig"* erkannt werden („BNN", 1.8.80) — einen Freispruch wagten sie trotz alledem nicht zu fordern —, waren Bundesanwaltschaft und Gericht schon nach der Zeugenvernehmungen zu diesen Tatkomplexen zufrieden. Urplötzlich wurde der Anklagepunkt wegen des Raketenanschlages auf die Bundesanwaltschaft fallengelassen, die Beweisaufnahme wurde geschlossen. Knut Folkerts und sein Hamburger Wahlverteidiger hatten keine Möglichkeiten mehr, sich auf das Ende des Prozesses einzustellen. Die Bundesanwaltschaft forderte zweimal lebenslänglich, das „großzügige" Gericht halbierte die Strafe. Im Urteil wird auch Günter Sonneberg schon mal vorsorglich zum Buback-Mörder erklärt.

Eigentlich ist Knut Folkerts nur für die Dauer des Prozesses an die BRD ausgeliefert worden. Daß er nun aus dem Stammheimer 7. Stock wieder nach Holland zurückkommt, ist wohl kaum zu erwarten.

Richter Foth hat sich als Vorsitzender in diesem Prozeß einmal mehr bewährt: Er darf sich nun als Bundesrichter am Bundesgerichtshof für die Gerechtigkeit einsetzen.

Westberliner Anti-Repressions-Kommission des KB

Solidarität ist eine Waffe

Im 2.Juni-Prozeß begann der erste Verhandlungstag nach den Gerichtsferien mit dem erneuten Eklat.

Da der Verfassungsschützer Grünhagen beim letzten Prozeßtermin nicht erschienen war, weil er – wie Innensenator Ulrich beim Gericht mitteilen ließ – *„nunmehr unerreichbar sei, da er inzwischen unter einem anderen Namen außerhalb Berlins lebe"* („Sp. Volksblatt", 2.9.), wurde an seiner Stelle zunächst sein Chef, VS-Leiter Natusch, vernommen.

Zu 'seinem besten Mann' Grünhagen wollte Natusch gar nichts sagen bis auf die Bestätigung, daß einer seiner Mitarbeiter Gerald Klöpper im Knast aufgesucht habe.

Dankenswerterweise trug er aber dazu bei, die sowieso höchst brüchige Glaubwürdigkeit des Kronzeugen Hochstein und auch die seines eigenen Amtes noch mehr zu erschüttern.

Bisher hatte Hochstein dem Gericht weiszumachen versucht, daß er nach einem langen Läuterungsprozeß sich endlich im März '77 (schweren Herzens, versteht sich) zu einer Aussage entschlossen habe. Laut Natusch dauerte die Läuterung doch nicht so lange, nämlich nur bis Anfang 1976. Versteht sich schon beinahe von selbst, daß Hochsteins '76-er Aussagen bisher sicher und unbekannt beim VS verwahrt sind.

Die Verteidigung geht sogar von einer noch früheren Hochstein-Reue aus, da 'Natuschs bester Mann' Gerald Klöpper bereits 1975 mit dem ersten Kronzeugen-Bekenntnis konfrontiert haben soll.

Dieser Prozeß ist wirklich für jede Schweinerei gut. Wieder ein Indiz mehr, daß die Anklage und die hohen Strafanträge der Bundesanwaltschaft in diesem Verfahren durch absolut nichts belegt sind.

Somit auch wieder eine direkte Aufforderung an die Linke, sich endlich mit allen Angeklagten solidarisch zu erklären, den Widerstand gegen das zu erwartende Terrorurteil nicht von Unschuldsnachweisen der Genossen abhängig zu machen.

Wir dokumentieren hier
– den Aufruf des „Öffentlichkeitsausschuß 2.Juni-Prozeß" zu einem Solidaritäts-Wochenende am 19./20./21. September in Westberlin
– die Stellungnahme eines Betroffenen „zur Teufel-Solidarität der linken Burschuasi"
– den Wortlaut eines standesrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen 63 Rechtsanwälte, die wie viele andere die „Tagesspiegel"-Anzeige „zum Strafantrag gegen Fritz Teufel" unterzeichneten (abgedruckt in AK 182).

Drei gute Gründe mehr für jeden von uns, jegliche Distanzierung beiseite zu lassen und sich vom 19. bis 21.9. in Westberlin einzufinden. Denn: Solidarität ist eine Waffe!
Westberliner Anti-Rep.-Kom.

Freiheit für Mickimaus!

Der graubunte Panther war seiner Gewohnheit entsprechend eine Stunde mit anmutigen Sätzen durch das Rund der Manesche im Tempodrom der Raubtierabteilung getorkelt, wobei er wie so oft vergeblich versucht hatte, mit dem kraftvoll vorauseilenden Bären Schritt zu halten.

Wobei er, obwohl halb blind, mit dem sicheren Instinkt des Dauerläufers nur einmal leicht die Mauer schrammte und einmal stolperte, ohne zu fallen.

Als er durch den langen Laufgang in seinen Käfig gelangt war, hörte er über Käfiglautsprecher den Bericht einer lokalen Rundfunkstation über einen Kongress oder dergleichen der Freunde von Saiensfikschn und Komix. Einer, der mit dieser Art Rauschgift Handel trieb, berichtete vom ständig wachsenden Interesse an dieser Droge, die im Gegensatz zu anderen Drogen keinerlei schädliche Nebenwirkung habe. (Ob das nun stimmt, sei hier dahingestellt, denn das ist eine andere Frage und soll ein andermal erörtert werden.) Selbst Staatsanwälte, erzählte der Düler, interessierten sich zunehmend für Komix. In seinem Laden habe man vor kurzem einen ganzen Schwung mitgenommen, weshalb er sich von Interjuer und Hörern mit den Worten verabschiede „Freiheit für Mickimaus!"

Als der Panther dies hörte, fiel ihm sogleich die Diskussion ein, die weit über die Raubtierabteilung des Moabiter Menschenzoos hinaus, zum Teil sehr erbittert geführt wurde und die speziell ihm, dem Panther schon seit Wochen wie ungemachte Schulaufgaben durch den Kopf ging.

Die Gefangenen in den Nachbarkäfigen, denen die Zoo-Direktion wegen ihrer angeblichen Verbrechen und Wildheit ewige qualvolle Gefangenschaft zugedacht hatte, und erst recht die Freunde der Gefangenen draußen waren, wie man verstehen wird, nicht sehr erfreut über die Kampanje „FREIHEIT FÜR DEN PUTZIGEN PANTHER!", die von den angeblichen Tierfreunden so geführt wurde, als sei das Recht der Schweine unbestritten, allen die Freiheit zu nehmen, die sich nicht unters Joch beugen und nach ihren Melodien grunzen wollten. „Der Panther ist unschuldig!" riefen die Salonglöwen und es klang so wie ,Aber der Bär, und der Tiger, das Nashorn, die Giraffe, der Zaunkönig und der Wolf und alle andern Gefangenen sind schuldig oder zumindest ist uns ihr Schicksal vollkommen gleichgültig...'. Und sie verfassten einen Appell an das Hohe Gericht, das aus drei Schweinen und zwei Rindviechern bestand, von denen eines, ein alter Hornochse, den Vorsitz führen durfte – aber die eigentlichen Reschißöre blieben im Hintergrund – hinter dem Grauschleier, hinter dem die Monstren und Ungeheuer sich verstecken.

Der Appell, der im Mitteilungsblatt der Biedermänner als Anzeige erschienen war, hatte dort anstandslos oder doch ohne größere Anstände eine strenge Zensur im Sinne der Schweine passiert. Als die Schakale die wehrlosen Gefangenen gefoltert hatten, hatte es die Biedermannzeitung abgelehnt, Proteste der Verwandten und Freunde der Gefangenen als bezahlte Anzeige abzudrukken. Selbst bei der Anzeige der Salonglöwen hatte man zunächst einen „Eingriff in ein schwebendes Verfahren" befürchtet, doch hatte der Wortlaut des Appells und die Honorigkeit und Zahl der Unterzeichner offenbar die Bedenken des Eigentümers der Biedermannzeitung beschwichtigt.

Die Anzeige hatte folgenden Wortlaut:

„ERKLÄRUNG ZUM STRAFANTRAG GEGEN DEN PUTZIGEN PANTHER IM KOKOLORES-DENKDRAN-PROZESS:"

Schon in der Überschrift brachten die Verfasser damit zum Ausdruck, daß die anderen fünf Angeklagten in diesem Prozess, der schöne Bär, der trickreiche Tiger, das treue Nashorn, der unbeirrbare Zaunkönig und der einsame Wolf (der nach einer erfolgreich abgelegten Gesinnungsprüfung durch das Ministerium für Zoologie den Status eines Anwärters auf die Haushundschaft sich erworben hatte) für sie weniger intressant waren.

Es hieß dann weiter:

„Die zentrale Schakal-Behörde hat gegen den Putzigen Panther, mitangeklagt im Kokolores-Prozess, in einem zweiten Blödoje 10 Jahre Freiheitsstrafe beantragt. Sie hält ihn für überführt, Mitglied einer Kriminellen Vereinigung zu sein. Sie ist sich dabei genauso sicher wie in ihrem ersten Blödoje, in dem sie den Putzigen Panther ohne jeden Zweifel für schuldig hielt, auch für die Kokolores-Entführung und einen Überfall auf ein Waffengeschäft verantwortlich zu sein, und 15 Jahre Freiheitsstrafe forderte."

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Freiheit für Mickimaus!

Auch in diesem Absatz verschwenden die Verfasser keinen Gedanken an die Mitangeklagten, für die die roten Schakale ebenfalls 15 Jahre gefordert hatten und einmal lebenslänglich für den Bären, den die Schweine besonders zu hassen schienen. Und so wäre es eigentlich logisch gewesen, daß sich die Freunde der Gefangenen besonders für ihn und für die andern eingesetzt hätten, wo die roten Schakale in ihrem zweiten Blödoje von ihren Anträgen nicht abgewichen waren, als sei die Kongresshalle nie eingestürzt (die Kongresshalle ihrer Lügen und Konstruktionen). In der Anzeige heißt es weiter:

„Dieser Hauptteil der Anklage stürzte jedoch wie ein Kartenhaus zusammen, nachdem der Putzige Panther mit einem sicheren Alibi den Gegenbeweis führen konnte. Durch die Aufdeckung der mangelden Beweisführung der zentralen Schakal-Behörde hat sich der Putzige Panther ‚auf sine Weise um den Rechtsstaat verdient gemacht' (Spiegel)".

Hier wird in einem Zitat eines halbamtlichen Regierungsblattes auf die Verdienste des Panthers hingewiesen. Er habe die mangelnde Beweisführung der Schakale aufgedeckt. Als hätten nicht schon seit vielen Jahren Gefangene und Verteidiger auf die schmutzigen Methoden der Schakale hingewiesen und darauf, daß sie vor Folter und Lügen nicht zurückschreckten - was auch den Salonlöwen nicht entgangen sein konnte. Allerdings hatten sie es nie so recht glauben wollen. Und die Aktionen, deren man die Gefangenen bezichtigte und für die die Gefangenen – auch der Panther – eintraten, paßten ihnen nicht in den Kram.

Worum hatte sich der Panther verdient gemacht?

Um den Rechtsstaat?

Um die Ordnung der Schweine?

Oder um den revolutionären Widerstand gegen diese Ordnung? War es ein Verdienst, daß er als Lohnsklave in den Profitmühlen der Schweine sich verborgen gehalten, als andere unter Einsatz ihrer Existenz kühne Handstreiche gegen deren Ordnung unternahmen? Es hätte den Panther sicherlich gekränkt, wenn nun seine Genossen ihn beschuldigt hätten, er habe sich Verdienste um die Sache des Feindes erworben. Und er hatte Glück, daß sie trotz einiger Entfremdung und Differenzen, wie sie unter Genossen leider an der Tagesordnung waren, ihm derlei nicht ernsthaft zum Vorwurf machten.

Im Text der Salonlöwen hieß es weiter:

„Die Schaumschläger beschränken sich bei ihrer Beweisführung darauf, auf der vermuteten Mitgliedschaft des Putzigen Panthers in einer ‚kriminellen Vereinigung' (Bewegung 2. Juni) auf seine Beteiligung an sämtlichen Rechtsbrüchen, die im Namen dieser Vereinigung geschehen sind, zu schließen."

Hier stellt sich die Frage, warum die Verfasser der Anzeige Anführungszeichen benützen bei dem Begriff „kriminelle Vereinigung" (Bewegung 2. Juni). Diese Anführungszeichen sind sozusagen die Zeichen der kritischen Distanz zum Gedankengut der herrschenden Ausbeuter.

Nichts gegen die Kritik am herrschenden Gedankengut, doch hätte sie wohl etwas deutlicher ausfallen können. Wenn wir uns damit begnügen, die Begriffe der Herrschaftssprache in Anführungszeichen zu setzen, laufen wir Gefahr, sie schließlich doch zu übernehmen. Wir müssen uns um eine eigene Sprache bemühen.

Die eigene Sprache ist sozusagen die allgemeinverständliche, die allgemein nützliche, um Wahrheit bemühte, dem eigenen Wissen und Gewissen, der eigenen Klasse gemäße Sprache.

Die Sprache der Herrschaft ist die Sprache von Zensur und Selbstzensur, von Täuschung und Enttäuschung, von Resignation und Desinteresse, von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung. Die Sprache der Herrschaft wütet im Kopf der um die Befreiung ringenden Menschen wie ein faschistischer Banditentrupp, der die Wege der Gedanken so unsicher macht, daß wir Angst vorm selbständigen Denken haben. Wie die Sprache der Herrschaft im Kopf der Anzeigentextverfasser gewütet hat, ergibt sich aus dem Text ihrer Erklärung, der wir uns wieder zuwenden:

„Zu den Banküberfällen hat der Putzige Panther ein ‚B-Libi' vorgetragen, in dem er dem Gericht mitteilte, daß er sich zur Tatzeit Ende Juli '75 in Köln versteckt gehalten habe. Zeugen könne er jedoch nicht nennen, er stehe in der Schuld derer, die ihm damals geholfen haben. Würde er sie dem Gericht benennen, hätten sie wegen ‚Unterstützung einer kriminellen Vereinigung' zusammen mehr Freiheitsstrafe zu erwarten, als er selbst voraussichtlich noch abzusitzen habe.

Wir teilen die Auffassung, wie sie in vielen Pressestimmen zum Ausdruck kam, daß die Beweisführung der zentralen Schakalbehörde in diesem Prozess unbrauchbar ist. Die Schaumschläger hätten allen Grund, die Methode ihrer Überführungspraxis, nicht zuletzt auch in bezug auf die Mitangeklagten zu überprüfen, anstatt nach dem gleichen Muster wiederum dem Angeklagten den Unschuldsbeweis aufzubürden. Schon von Rechts wegen wären sie verpflichtet bis zum Beweis der Unwahrheit von der Richtigkeit der Erklärung des Panthers auszugehen.

Mit ihrem jetzigen Vorgehen setzt sich die zentrale Schakals-Behörde dem Verdacht aus, einen sachfremden und rechtsstaatswidrigen Verurteilungswillen gegen den Putzigen Panther durchsetzen zu wollen. Der Wahrheitsfindung dient sie damit jedenfalls nicht."

Mit ihrer jetzigen Formulierung setzen sich die Verfasser, die – betrachten wir die Vielzahl der weiteren Unterschriften – sozusagen repräsentativ für die berliner und westdeutsche Linke, abzüglich einer linksradikalen Minderheit – dies so formuliert haben, dem Verdacht aus, daß sie ihre Augen weiterhin fest
westdeutsche Linke, abzüglich einer linksradikalen Minderheit – dies so formuliert haben, dem Verdacht aus, daß sie ihre Augen weiterhin fest
verschlossen halten gegenüber folgenden Tatsachen:

1. Weder die zentrale noch irgendeine andere Schakalbehörde haben in diesem und vergleichbaren Verfahren jemals einem vernünftigen Beobachter Anlaß zum Zweifel gegeben, daß sie von etwas anderem erfüllt wären als Verurteilungsinteresse und Vernichtungswillen gegenüber allem, was sich dem Profitinteresse der Ungeheuer und Monstren entgegenstellt. Der Ungeheuer, die davon leben, daß andere vorzeitig und um ihr Glück betrogen sterben.

2. Kein Wort von Ermittlungsmethoden und Haftbedingungen, die die Tatbestände von Folter und Psüchofolter aus dem Schreckenskabinett der modernen Inquisition erfüllen.

3. Kein Wort davon, daß Unsummen darauf verschwendet wurden, der Scheußlichkeit des Knasts die Scheußlichkeit eines Knasts im Knast von Bunkern, deren erklärter Zweck es ist, das Denken zu verändern: GEHIRNWÄSCHE!

Ja, wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß Trakt und Knast auch die Hirne der Menschen außerhalb des Knastes wäscht – daß die Verfasser in dieser Erklärung den Trakt, in dem schließlich auch ihr Hätschel-Gefangener sitzt, mit keinem Wort erwähnen, das ist der beste Beweis.

Die Mehrheit einer ganzen Generation von Gründern der Schakalsrepublik Miesland will nachträglich von den Nazikonzentrationslagern nichts gewußt haben. Wie können wir verhindern, daß die Mehrheit unserer Generation später unseren Kindern erzählt, von Isolierhaft und Trakten hätten sie nichts gewußt?

Durch Feigheit vorm Aussprechen der Wahrheit?

Durch selektive Wahrnehmung?

Welchen Sinn hat der Versuch, einzelne aus der Scheiße zu ziehen, wenn wir nicht anfangen, den ganzen gewalttätigen Irrsinn des kapitalistischen Repressions-Alltags leidenschaftlich und solidarisch zu bekämpfen? Es gilt, mehr zu stoppen als nur Strauß und Reagan. Eine Gesellschaft allerdings, in der Leute wie die frei und mächtig rumlaufen, rechtfertigt nicht den geringsten Glauben an irgendein moralisch fundiertes Recht, das nicht Verlierer wäre. Aber wir wollen dem Schwachsinn nicht vorgreifen. Jedoch, nu isses passiert. Im Text geht's weiter wie folgt:

„Der Patzige Punker ist seit dem



Der putzige Panther 1967

Jahre 1967, als er nach einer Anti-Schah-Demonstration am 2. Juni monatelang in Untersuchungshaft saß und später freigesprochen wurde, für viele eine Leitfigur des gesellschaftlichen Aufbruchs im Gefolge der damaligen Studentenbewegung geworden. Seine Haltung vor Gericht, seine Respektlosigkeit vor hohlem Ritual und aufgepflanzter Würde hat auch viele von uns ermutigt, zu kritisieren, zu kämpfen und zu verändern.

Diese Bedeutung hat er durch seine Haltung im Prozess in der nahezu fünfjährigen Haft und durch seine Veröffentlichungen bis heute behalten."

Als Putzipa diesen Abschnitt der Anzeige gelesen hatte, kamen ihm die Tränen der Rührung. Eine Leitfigur war er und hat viele ermutigt, zu kritisieren, zu kämpfen und zu verändern. Ei, ei. Wo wären wir, wenn es tatsächlich so gewesen wäre? Lobten sie ihn, weil er eine Leitfigur linker Ohnmacht, der Ratlosigkeit und der Schwierigkeit, sich verständlich zu machen, war?

(Der schmutzige Panther wußte manchmal nicht, ob man ihn gerade mit Ruhm oder mit Scheiße beklekkerte und wenn er Leute mit Kübeln
(Der schmutzige Panther wußte manchmal nicht, ob man ihn gerade mit Ruhm oder mit Scheiße beklekkerte und wenn er Leute mit Kübeln
auftauchen sah, bekam er einen gequälten Gesichtsausdruck. Gerne hätte er das Weite gesucht. Fand's aber nicht.)

Warum, so mußte man sich fragen, lobten sie nicht seine Genossen, den Bär, den Tiger, das Nashorn, die Giraffe, den Zaunkönig und den Wolf?

Standen die nicht vor Gericht? Zeigten sie etwa Respekt vor hohlem Ritual und aufgepflanzter Würde und der bewaffneten Macht des Staates? Gab es über ihren Widerstand im Knast und zu ihren Veröffentlichungen nichts zu sagen?

Und warf nicht, wer Genossen totschwieg, sie damit der Repression zum Fraß und Totschlag vor? Sah man nicht, was in den Prozessen gegen Gefangene der RAF sich abspielte? Saßen die haftunfähigen Günter Sonnenberg und Irmgard Möller nicht unter dem peinlichen Schweigen der linken Burschuasi in Isolierhaft? Hatte man mit den Gefangenen der RAF keine gemeinsame Geschichte?

Weiter hieß es im Text der Anzeige:

„Gegenüber der langjährigen Vorverurteilung durch Polizei, Justiz und einen Großteil der Presse gehen wir von den Fakten aus:

Die Umstände der bewaffneten Festnahme des Putzigen Panthers mit gefälschten Papieren lassen im Höchstmaß eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren zu. Beweise dafür, daß der Putzige Panther zum Zeitpunkt der Banküberfälle auch nur in Berlin gewesen ist, liegen nicht vor."

Und von welchen Fakten gehen die Verfasser aus angesichts der langjährigen Vorverurteilung durch Polizei, Justiz und einen Großteil der Presse im Falle der Mitangeklagten, im Falle aller Angeklagten aus vergleichbaren und beliebigen anderen Verfahren? Und wo bleibt die Selbstkritik derjenigen unter den Verfassern, die in Veröffentlichungen wie dem Langen Marsch dazu aufgerufen haben, Genossen der Polizei zu denunzieren, ans Messer zu liefern, dem gezielten Todesschuß und dem Dahinvegetieren in Isolationstrakten auszuliefern?

Hätten die den Putzigen Panther und andere nicht verraten, als sie im Zusammenhang mit der Entführung des Kahlschlagsanierers Kokolores und des gewaltsamen Todes des Präsidenten der Rechts-Beuge-Zunft gesucht wurden?

Und hätten sie es gewagt, „sympathy for the panther" zu bekunden ohne den seltenen Zufall eines Alibis? Unterschied sich ihre Haltung von der der Schakale? Alibi oder dein Schicksal ist uns keine müde Unterschrift mehr wert.

Wo blieb die Erkenntnis, daß die Unschuld vor dem bürgerlichen Gesetz gegenüber der Geschichte eine Schuld sein konnte, wenn nicht mußte?

In der Anzeige heißt es weiter:

„Deshalb zwingt der Verurteilungsantrag der zentralen Schakalbehörde zu der Annahme, daß sie eine Symbolfigur des Protestes, aber auch des schlechten Gewissens der Justiz zerbrechen und zu einem Sinnbild von Aussichtslosigkeit und Entmutigung machen will. In ihren Augen darf Putzipa nicht noch einmal Sieger bleiben.

Wir erwarten, daß das Urteil von Schweinen und Rindviechern unter Vorsitz eines Hornochsen nicht das Recht zum Verlierer macht."

Kann man den Kniefall vor der gesellschaftlichen Reaktion, die die politischen Strafsenate des Kammergerichts so vorzüglich repräsentieren, in untertänigere Worte kleiden?
Kann man den Kniefall vor der gesellschaftlichen Reaktion, die die politischen Strafsenate des Kammergerichts so vorzüglich repräsentieren, in untertänigere Worte kleiden?

Ist das der Mut, zu kritisieren, zu kämpfen und zu verändern, den euch der putzige Panther eingeflößt hat? Bleibt zu hoffen, daß das Kammergericht diesem Kniefall kein Gehör schenkt, damit der Panther und die Erstunterzeichner und die weiteren Unterzeichner noch möglichst lange Gelegenheit haben, über eine wirkliche Solidarität nachzudenken, Freiheit für alle, Abschaffung der Knäste und praktische Schritte auf dem Weg dorthin.

Wo war die finanzielle und moralische Unterstützung all dieser honorigen Unterzeichner für die schwierige und Kosten verursachende Tätigkeit der Gruppen, die Gefangene unterstützen?

Das selbstgefällige Gebrumm einer Auslese linker Prominenz klingt in den Ohren der Geschichte nicht besser als die verzweifelt eitlen Tiraden einer von den Massen isolierten Militanz.

In einem Land, wo Komix beschlagnahmt werden, wo Schweine und Rindviecher über Leben und Tod und Freiheit und Glück von Rebellen und Revolutionären entscheiden, wo die Privateigentümer und Bürokraten die globale Vergiftung, Verseuchung und Ausrottung der Menschheit organisieren, erscheint es dringlich, die Fase der sektiererischen Abkapslung in Klein- und Kleinst-Gruppen, die Zeit von Intrigen und Entfremdung zu beenden.

RAF UND SPASSGERILJA – EINE FRONT!

Raf und Spaßgerilja und Kagruppen und Jusos und Bürgerinitiativen, Alternative und junge Naive, Rocker und Panker, Schüler, Studenten, Azubis, Lohnabhängige, Rentner, Helden und Feiglinge, Frauen, Kinder, Tüpen und Hermafroditen, Ausländer und Deutsche, Inscheniöre und Sabotöre, Bombenleger und Schreibtischtäter, Giraffen, Maulwürfe, Wölfe und Schafe, Flamingos und Bären, Ameisen und Pfauen, Mickimäuse und Panzerknacker, Schmetterlinge und Regenwürmer, Softis und Panzermacker, Schwule, Wespen und coole Lesben, stämmige Eichen und zitternde Espen, Rauschgiftsüchtige und Selbstabfahrer, Spaßmacher und Trauerklöße, und Anzeigenunterzeichner – eine Front!
Freiheit für Mickimaus!
Freiheit für alle!

Staatsanwaltschaft bei
dem Kammergericht

Lewishamstraße 1, den 19. August 1980
D-1000 Berlin 12
Fernruf: [illegible] 2194
Telex 1 85 479

Neue Anschrift:
Am Karlsbad 6-7
1000 Berlin 30
Telefon 26 04-1
intern: 976

Betrifft: Standesrechtliches Ermittlungsverfahren gegen Sie

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

im "Tagesspiegel" Nr. 10589, Ausgabe vom 25. Juli 1980, ist eine Anzeige: "Erklärung zum Strafantrag gegen Fritz Teufel im Lorenz-Drenkmann-Prozeß" erschienen. Nach dem Text der Annonce sollen Sie zu den Unterzeichnern der Erklärung gehören.

Ich gehe davon aus, daß Ihnen die Publikation bekannt ist.

Mir obliegt, das Verhalten der Unterzeichner der Erklärung, soweit diese Rechtsanwälte sind, unter standesrechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen.

Gegen Sie ist der Verdacht angeregt worden, gegen das Standesgebot der Sachlichkeit verstoßen, sich unlauterer Mittel bedient, eine standeswidrige Werbung betrieben und sich sensationell herausgestellt sowie sich gegenüber dem Gericht und der Bundesanwaltschaft nicht so verhalten zu haben, wie dies Ihrer Stellung als Organ der Rechtspflege entsprochen hätte. Sollten Sie als Verteidiger in dem genannten Strafverfahren tätig sein, käme der Verdacht hinzu, versucht zu haben, die Entscheidung des Strafsenats des Kammergerichts durch unsachliche Mittel zu beeinflussen, insbesondere Stellen anzurufen, die nach dem Gesetz keinen Einfluß auf die Entscheidung nehmen können (§§ 1 Abs. I und II, 2, 9, 10 der Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts vom 21. Juni 1973).

Hierdurch gebe ich Ihnen Gelegenheit, sich zur Sache schriftlich zu äußern.

Dem Eingang einer Erklärung, die ich in zwei Stücken erbitte, sehe ich bis zum 1.Oktober 1980 entgegen.

Hochachtungsvoll

(Stief)
Oberstaatsanwalt

Somoskeoy: Ein beschränkter Richter wird versetzt

Kaum zu glauben: Am 15.11.79 beschloß das Präsidium des Landgerichts Köln, den Vorsitzenden Richter der 13. Strafkammer, Dr. Victor Henry de Somoskeoy zu versetzen. Man wollte ihn in eine kleine Zivilkammer, in der er zwar auch Vorsitzender wäre, sich aber mit „Mietsachen und Räumungsklagen begnügen" müßte („Stern", 8.5.80). Dann wäre es aus damit, Ausländern, Demokraten und Antifaschisten hohe Geld- und Haftstrafen aufzubrummen.

1974 z.B. ließ Somoskeoy, der in Kölner Eingeweihtenkreisen „der Schrekken vom Appellhofplatz" genannt wird (der Appellhofplatz ist der Platz, auf dem in Köln das Strafjustizgebäude steht), die engagierte und in einer breiten Öffentlichkeit hoch angesehene Antifaschistin Beate Klarsfeld für zwei Monate in den Knast sperren. Sie hatte versucht, Kurt Lischka nach Frankreich zu bringen, wo er 1950 von einem französischen Gericht in Abwesenheit zu Lebenslänglich verurteilt worden war, wegen seiner Verantwortlichkeit für die Vergasung von 200.000 französischen Juden.

„Frau Klarsfeld wollte durch ihre Aktion gegen die Nicht-in-Kraft-Setzung eines 1971 zwischen Frankreich und der BRD abgeschlossenen Abkommens protestieren, das die BRD-Justiz verpflichtet, in Frankreich in Abwesenheit verurteilte Nazi-Verbrecher wie Lischka auch in der BRD zu verfolgen" (AK 125). Daß die Ratifizierung dieses Vertrages vier Jahre lang, also bis 1975 verschleppt wurde, ist übrigens dem von 1940 - 44 im besetzten Paris dritten Mann an der deutschen Botschaft, dem heutigen ist übrigens dem von 1940 - 44 im besetzten Paris dritten Mann an der deutschen Botschaft, dem heutigen FDP-Abgeordneten Achenbach zu verdanken („Spiegel" 29/74). Als wäre es nicht schlimm genug, daß die Verfolgung dieser Lischkas eines extra Vertrags bedarf, Somoskeoy bestraft die stattdessen versuchte Abhilfe mit Gefängnis (laut „Spiegel" 29/80 war dieser Prozeß „eine Katastrophe").

Ähnlich übel urteilte Somoskeoy in einem Prozeß gegen fünf Kölner Antifaschisten. Er verhängte mehrmonatige Haftstrafen wegen angeblicher „gemeinschaftlich begangener schwerer Körperverletzung" (es ging um eine Auseinandersetzung zwischen Bullen und Nazis einerseits und Antifaschisten andererseits). Dabei konnten die fünf Antifaschisten — mit Ausnahme von einem *„von keinem der Zeugen als ... Täter identifiziert werden"* (aus dem Urteil). Um sie aber trotzdem zu verurteilen — irgendwie wird's schon gehen, es ging doch immer — wurde ihnen kurzerhand eine gewisse „psychische Unterstützung" angelastet. Die nachgewiesenermaßen an der Schlägerei beteiligten NPD-Hauer sind selbstverständlich nicht belangt worden. Dagegen verurteilte Somoskeoy noch 129 Tage Ordnungshaft gegen die angeklagten Antifaschisten und einige Zuhörer — so ganz nebenbei.

Soviel Sympathie Somoskeoy für Nazis aufbringt, soviel ausländerfeindliches Rassedenken kommt in seinen Urteilen zum Ausdruck: 1976 sprach er einen westdeutschen Kraftfahrer frei, der angeklagt war, weil er zwei Türken erstochen und einen dritten lebensgefährlich verletzt hat. Einer der Türken hat nämlich der Frau und der Stiefschwester des Fahrers etwas „erheblich Beleidigendes" zugerufen: „Wie ist es mit Liebe?" Nach Meinung Somskeoys war dies eine Notwehrsituation. Daß der Kraftfahrer die Gefährlichkeit dieser Situation nicht richtig eingeschätzt habe, könne man ihm nicht anlasten.

Zum „Ausgleich" dafür verurteilte Somoskeoy einen Portugiesen zu sechs Jahren Knast, der seinen Nachbarn, einen westdeutschen Polizeibeamten, mit dem Messer verletzt haben soll. Der Staatsanwalt hatte lediglich ein Jahr auf Bewährung gefordert ...

In einem anderen Fall ging es um den bei den '75er Ford-Streiks bekannt gewordenen Baha Targün. Er soll den führenden MHPler Asöcal entführt haben (einziger „Zeuge": der Faschist selbst!) Somoskeoy hielt „die marxistisch-leninistische Motivation" des Angeklagten für strafverschärfend: sechs Jahre Knast für eine nicht bewiesene Tag und „marxistisch-leninistische Motivation" (zu diesen Fällen siehe auch AK 125).

Es gibt eine ganze Reihe weiterer Prozesse und Urteile Somoskeoys, die das Bild, das man durch die genannten Fälle bekommt, noch bestätigen. Solche Prozesse soll e r zumindest nicht mehr führen können, nicht mehr solche Urteile fällen. Somoskeoy aber will nicht versetzt werden. Mietsachen seien nicht sein Metier. Als er schon einmal in der Ziviljustiz tätig war, habe er an „Herzrythmusstörungen" gelitten, an „chronischer Gallenblasenentzündung", an „chronischen Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüren" („Neue", 2.8.80 sowie „Spiegel", 4.8.). Die Strafjustiz habe das geheilt. Das Strafen belastet ihn also nicht, im Gegenteil, „er genießt es" (Broder in „konkret" 9/80).

Somoskeoy nahm also erstmal einen neuen Prozeß an, der am 22. Mai begann. Es ging um Nkishi wa Mbula aus Zaïre, dem vorgeworfen



wird, er habe aus Protest gegen das zaïrische Regime in Bahnklosetts selbstgebastelte Bomben gelegt. (Somoskeoy nach Aktenlektüre, ohne vorher mit Nkishi gesprochen zu haben: „Das ist kein normaler Mensch", vorher mit Nkishi gesprochen zu haben: „Das ist kein normaler Mensch", „stern", 8.5.80). 100 Zeugen waren zu etwa 55 Verhandlungstagen geladen. Geplantes Ende: 31. Oktober 1980. Durch diesen Prozeß konnte Somoskeoy nicht, wie Landgerichtspräsident Rennen es zunächst vorhatte, zum 1. Juni in die Zivilkammer gesteckt werden. Außerdem reichte Somoskeoy gegen die Entscheidung des Landgerichtspräsidiums Klage beim Kölner Verwaltungsgericht ein, das, so hoffte er, die Versetzung bis zum Ende seines „Falls zum Festhalten" („stern", 8.5.) vom Tisch fegen sollte.

Doch es kam alles ganz anders: Seit es nämlich Somoskeoys üble Verhandlungsführung in der Strafjustiz gibt, gibt es auch Kritik daran. Und seit es diese Kritik gibt, strengt Somoskeoy immer neue Verfahren gegen seine Kritiker an.

So bezeichnete die französische Zeitung „Combat" den Kölner Richter anläßlich des Klarsfeld-Prozesses als „Nazi-Richter" und auch andere ausländische Zeitungen fanden treffende Bezeichnungen für ihn. Weil nun der „stern" deshalb den Richter als „Richter von internationalem Verruf" bezeichnete und dabei den „Combat" zitierte, zeigte Somoskeoy die dafür verantwortlichen Redakteure wegen Beleidigung an. Das Hamburger Amtsgericht sprach die beiden Redakteure frei. Henryk M. Broder zeigte Somoskeoy an, weil dieser den „stern" und „Combat" zitierte. Es kam zu einem Prozeß vor dem Kölner Amtsgericht. Während das Hamburger Gericht dem „stern" zubilligte, die „Combat"-Äußerungen nur zitiert und nicht als eigene Meinung übernommen zu haben, und außerdem die Bezeichnung „Richter von internationalem Verruf" angesichts der internationalen Presseäußerungen offensichtlich zutreffe, galt dies alles vor den Kölner Kollegen Somoskeoys nichts. Sie verurteilten Broder zu DM 3.000 Strafe.

Somoskeoy klagte 31 mal gegen seine Kritiker: 24mal in Köln, dreimal in Hamburg, je einmal in Essen, Dortmund, Tübingen und Bonn. Meistenteils hatte er Erfolg, vor allem in Köln — er klagte, seine Kölner Richterkollegen verurteilten — hier nur einige der Prozesse:

- Willi Jasper (ex „KPD") dreimal zu hohen Geldstrafen (900, 500, 2.700 DM) wegen Flugblättern und Artikeln;
- Eva Neuhaus wegen Plakaten, Flugblättern und einer Broschüre zweimal zu Geldstrafen (3.000 und 900 DM) und einmal zu sechs Monaten Knast;
- Uwe Carstensen (ex „KPD") wegen kritischer Flugblätter zu 3.000 DM und wegen Teilnahme an einer Demo gegen Somoskeoy zu acht Monaten Knast (dazu: Uwes Erklärung in AK 138);
- Henryk M. Broder wegen einer Sendung im WDR zu DM 3.000. Wegen eines Artikels in der „Kölner Stadtrevue" verurteilte ihn das Kölner Amtsgericht zu DM 2.500. Nachdem Broder in die Berufung ging und dem Gericht „eine Zeugenparade in Aussicht (stellte), die Herrn Somoskeoys angeschlagenen Ruf noch weit unter die Null-Marke gedrückt hätte" (aus einem Offenen Brief Broders an seinen Freund Graham, nach „taz", 16.5.80), stellte das Kölner Landgericht das Verfahren ein. Das erste Mal hatte Somoskeoy „zuhause" nicht gewonnen. Es war übrigens bisher auch das letzte Verfahren, das er in Köln angestrengt hatte.

Durch all diese Verfahren, u.a. gegen Heinrich Böll, dessen Sohn Renée Böll, Ralph Giordano und viele andere, schaffte Somoskeoy eine Öffentlichkeit zu seinem Fall — allerdings eine Gegenöffentlichkeit; und so wirkten sich auch die Prozesse gegen ihn aus, die er zunächst gewonnen hat. Der „stern" berichtet kritisch über ihn, der „Spiegel", die „FR", die „Süddeutsche", der „Kölner Stadtanzeiger" und auch gewerkschaftliche Zeitungen beschäftigten sich mit dem Fall Somoskeoy („Welt der Arbeit", „der Gewerkschafter" u.a.). Nicht einmal die „Bild"-Zeitung konnte sich die Frage verkneifen: „Hat Kölner Richter Vorurteile gegen Ausländer?" Auch sie bekam einen Prozeß an den Hals, an dessen Ende jedoch das Essener Amtsgericht lediglich die Androhung einer Strafe stellte, wohlwissend, daß die „Bild"-Zeitung sich nicht ein zweites Mal Sorgen um mangelnde Ausländerfreundlichkeit machen würde.

Angesichts dieser wachsenden Gegenöffentlichkeit sah auch der Kölner Landgerichtspräsident Rennen, nach- genöffentlichkeit sah auch der Kölner Landgerichtspräsident Rennen, nach-dem er Somoskeoy jahrelang unterstützt hat, ein, daß der „Schrecken vom Appellhofplatz" für die Kölner Strafjustiz nicht mehr haltbar ist, worauf es dann zum Beschluß vom 15.11. kam. Hinzu kommt noch, was des Richters letzter Prozeß, sein 31., in Hamburg dann ans Licht brachte. In diesem Prozeß ging es um zwei Stellen aus einem Artikel Broders in „konkret" 11/78: *„Der Strafantrag, den Herr de Somoskeoy gegen Marianne Lienau und mich gestellt hat, zeichnet sich durch jene Mischung aus Anmaßung und Beschränktheit aus, die man nirgendwo in solcher Reinkultur findet, wie unter vielen Richterroben... Und deshalb verbietet sich jedes Mitleid mit dem Richter Dr. Victor Henry de Somoskeoy. Er ist ein deutscher Richter, wie er bei Tucholsky im Buche steht: Selbstgerecht, grob und unbarmherzig."* (Dieselben Sätze waren übrigens Anlaß für den oben angesprochenen Prozeß gegen Broder und die „Kölner Stadtrevue".)

Im Verlauf dieses Prozesses gruben also die Anwälte Broders und Gremlitzas, Maeffert und Jipp, Interessantes aus: Einen Bescheid des Versorgungsamtes Köln vom 2.1.52, wonach der Herr Somoskeoy aufgrund einer Kriegsverletztung um 60 % in seiner Erwerbsfähigkeit gemindert ist. Die Folgen dieser Kriegsverletzung sind laut Bescheid: *„Hirnleistungsschwäche, Sehstörung und Kopfschmerzbereitschaft infolge Hirngefäßkrampfes nach Hirnverletzung, Stecksplitter im Gesicht und in der Brustwand, Bewegungseinschränkung im rechten Schultergelenk, Narben am rechten Oberarm und rechten Oberschenken durch Verwundung"* (nach „Spiegel", 4.8.80 a.a.O.).

Der in diesem Prozeß Vorsitzende Richter Schmatz meinte dazu in der Begründung des Urteils — er sprach Broder und Gremlitza frei — *„die Behinderung des Richters de Somoskeoy mache Verhaltensweisen wahrscheinlich, wie sie von den Angeklagten behauptet worden sind"* („Spiegel", 11.8.80).

Die Tatsache, daß Somoskeoy seine Beschränktheit und Anmaßung, seine Selbstgerechtigkeit und Grobheit nun richterlich bestätigt wurden, ließ in Jean Claude Nkishi wa Moula, dem Angeklagten in Somoskeoys „Fall zum Festhalten", die Besorgnis der Befangenheit des Richters verständlicherweise wachsen. Ein entsprechender Antrag der Verteidigung wurde zunächst abgelehnt, doch schon am nächsten Prozeßtag erklärte sich Somoskeoy selbst für befangen und mit ihm alle richterlichen Beisitzer. Denn sie fühlte „menschliche Verachtung tiefster Art" gegenüber der Verteidigung, die Somoskeoy in „abgeschmacktester Weise" dargestellt habe. Mit dieser Befangenheitserklärung ließ Somoskeoy seinen Haltegriff los und es ist wohl, angesichts des starken öffentlichen Drucks, nur noch eine Frage der Zeit, wann er tatsächlich zu seinen Mietsachen muß. Dabei kann er sich nicht über Solidarität seiner Kölner Kollegen beklagen:

„Würde Gremlitza mich so („selbstgerecht, grob und unbarmherzig", „anmaßend" und „beschränkt", Anm. d. Verf.) *beschreiben (oder ich ihn), und würde sich daraufhin einer von uns beleidigt fühlen und zum Gericht rennen, wir müßten lange einen Staatsanwalt suchen, der ein Verfahren einleitet. Und einen Richter, der es zuläßt, würden wir bestimmt nicht finden. Somoskeoy hat in solchen Fällen keine Probleme. Seine Kollegen übten praktische Solidarität, ermittelten, klagten an und verurteilten. Die Justiz funktionierte wie ein Selbstbedienungsladen, mehr als dreißig Mal"* (Henryk M. Broder in „konkret" 9/80).

Diese Unterstützung bekam der Richter nicht nur von seinen gleichgestellten oder untergebenen Kollegen. Auch das Landgerichtspräsidium und das Nordrhein-Westfälische Justizministerium unterstützten ihn bzw. ließen ihm seinen Lauf, obwohl all diese Stellen über den Gesundheitszustand seines Gehirns Bescheid wußten. *„Dennoch unternahmen diese Vorgesetzten nichts gegen Somoskeoys Verhandlungsführung, seinen Jähzorn, seine Herrschsucht ... Im Gegenteil: Den Strafanträgen, mt denen Somoskeoy die Kritiker seiner Verhandlungsführung in über 30 Fällen verfolgte, schloß sich der Präsident des Landgerichts Köln in fast allen Fällen an, auch in dem gegen Broder und Gremlitza"* (Pressemitteilung der Anwälte Maeffert und Jipp vom 25.7.80).

Der „Spiegel" fragte sich daher *„nur noch entsetzt, warum das Präsidium des Landgerichts Köln so spät reagiert und warum sich Günter Rennen, 54, der Präsident des Landgerichts Köln, den meisten Strafanträgen des Richters angeschlossen hat"* (Spiegel, 11.8.).

Die Unterstützung für Somoskeoy scheint noch weiter zu gehen. In Ermittlungen, wieweit etwas an den Vorwürfen gegen S. dran ist, seien *„keine dienstlichen Verfehlungen festgestellt worden"*, ließ die nordrhein-westfälische Justizministerin Inge Donnep wissen. Außerdem sei *„eine Begründung für die Versetzung des Richters von der Straf- zur Zivilkammer dem Justizministerium offiziell nicht bekannt"* (Neue, 30.8.).

Das dürfte kein Wunder sein: Hier in der BRD war es bisher noch nie eine Dienstverfehlung, Prozesse ausländerfeindlich geführt zu haben, Antifaschisten skandalös zu verurteilen und offene Gesinnungsjustiz zu betreiben. Meist gab es dafür Orden.

Ob da nun der jeweilige Richter gesund ist oder zu 60 % „erwerbsunfähig", Hauptsache der Effekt ist der gleiche. Der Vorteil eines kranken Richters für die Justiz: Er kann, falls einmal hineingeschliddert, eventuell eleganter wieder aus dem Kreuzfeuer der Kritik gezogen werden. Genau das scheint hier versucht zu werden. Wir haben dafür zu sorgen, daß die bürgerlichen Machtapparate (wie Justiz und bestimmte Medien) bei dem Versuch, ihresgleichen aus der öffentlichen Kritik zu schleusen, selbst mit hinein gerissen werden.

IKAH

Bei Gefangenen ist in diesem

Bei Gefangenen ist in diesem

System offenbar alles erlaubt !

Düsseldorf: Gegen den Chefarzt der Chirurgischen Klinik im Düsseldorfer Knast, Prof. Dr. Dieter Schleifer, wird in mindestens zwei Fällen wegen „fahrlässiger Tötung" ermittelt.

— Der Gefangene Hartmut Wieschalka hatte im Oktober 1977 mehrere Löffelstiele geschluckt.

Schleifer operierte ihn zweimal, behandelte einen Darmdurchbruch jedoch zu spät und fehlerhaft. Außerdem hatte er die medizinische Überwachung des Frischoperierten vernachlässigt. Als H. Wieschalkas Zustand äußerst bedrohlich wurde, wurde er ins Städtische Krankenhaus verlegt. Dort starb er fünf Tage später.

— Harry Grünholz wurde April 1978 von der JVA Würzburg nach Düsseldorf verlegt, um ärztlich untersucht zu werden.

Schleifer stellte eine Thrombose im rechten Ober- und Unterschenkel sowie in einer der rechten Beckenvenen fest. Eine ärztliche Behandlung fand jedoch faktisch nicht statt.

Stationär wollte Schleifer ihn nicht behandeln, und die bei Thrombose üblichen gerinnungshemmenden Medikamente verschrieb er auch nicht.

Harry Grünholz wurde wieder nach Würzburg zurückverlegt, wo er am 17. Juni 1978 an einer Lungenembolie starb. Zur Herausgabe der Krankenakte mußte die Staatsanwaltschaft Schleifer per Beschluß zwingen lassen.

Inzwischen hat der Regierungspräsident ein Verfahren eingeleitet, Prof. Schleifer vorläufig die Aprobation zu entziehen. Und das Justizministerium hat das „besondere Gewaltverhältnis", das die Gefangenen normalerweise zwingt, sich von den Knastärzten behandeln zu lassen, für chirurgische Eingriffe aufgehoben.

Allerdings hat Schleifer neben H. Wieschalka und H. Grünholz wahrscheinlich noch weitere Gefangene auf dem Gewissen.

Friedrich H. wurde am 14. Juni 1980 als Untersuchungsgefangener in die JVA Düsseldorf eingeliefert. Der herzkranke H. war in derart körperlich schlechter Verfassung, daß die Justizbeamten den Bereitschaftsarzt holen wollten.

Schleifer, der Bereitschaft hatte, war aber erst nach Stunden erreichbar. Obwohl Friedrich H. inzwischen zusammengebrochen und nicht mehr ansprechbar war, kam Schleifer nicht in die JVA, sondern ordnete eine Verlegung an.

Am 16. Juni wird Friedrich H. in seiner Krankenzelle in Bochum tot aufgefunden.

Die „Rheinische Post" hat einen weiteren Gefangenentod recherchiert: Erich Sonntag wurde am 2.11.1979 von der JVA Rheinbach nach Düsseldorf verlegt, um am 12.11. wegen eines Narbenbruches im Bauchbereich operiert zu werden.

Obwohl E. Sonntag immer wieder über starke Schmerzen geklagt hatte und eine starke gelbliche Hautverfärbung hatte, wurde er nicht gründlich untersucht. So wurden ihm die Gallenwege blockierenden Steine nicht entfernt.

Am 22.12. wurde er in die Internistische Klinik der JVA Bochum verlegt. Diese überwies E. Sonntag in ein öffentliches Krankenhaus, in dem er am 26.12.79 an totalem Gallengangverschluß starb.

Entgegen geltender Vorschriften wurde keine Obduktion durchgeführt und kein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

(RP vom 3.7., 23.8., 26.8., 30.8.80)

Detlef/Düsseldorf



Ein bemerkenswertes Urteil: Eierwerfen ist nicht strafbar

Das Nürnberger Amtsgericht hat im Juli ein interessantes Urteil gefaßt: einer Nürnberger Antifaschistin wurde vorgeworfen, durch Eierwerfen bei einer genehmigten NPD-Kundgebung eine „grobe Störung" verursacht und damit gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Das Nürnberger Amtsgericht nun lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens mit folgender Begründung ab: *„Die Staatsanwaltschaft legte der Angeschuldigten zur Last, am 15.3.80 gegen 11.30 Uhr während einer nicht verbotenen Versammlung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands zwischen Hauptmarkt und Museumsbrücke in Nürnberg aus einer Gruppe von Gegendemonstranten 3 Eier in Richtung auf den Redner der NPD, von denen zwei auf den vom Veranstalter verwendeten Bus und eines in einer Gruppe von Zuhörerinnen auftrafen, geworfen zu haben. Dadurch habe sie in der Absicht, die Durchführung einer nicht verbotenen Versammlung zu vereiteln, grobe Störungen verursacht.*

Die Eröffnung ist aus rechtlichen Gründen abzulehnen. Gröblich ist eine Störung, die als besonders schwer empfunden wird und letzlich eine Unterbrechung, Behinderung, Auflösung oder Aufhebung der Versammlung bezweckt oder zur Folge haben kann. Im besonderen Fall kann es das Gericht nicht als „besonders schwer" empfinden, wenn bei Auseinandersetzungen zwischen Linken und rechten Gruppen zu dem relativ harmlosen Mittel des Werfens mit Eiern zur Kundgabe der Meinung gegriffen wird. Ebenso ist nicht ersichtlich, wie dies eine Auflösung der Versammlung zur Folge haben kann. Ebenso ist nach Meinung des Gerichts auch die andere Alternative des § 21 des Versammlungsgesetzes, nämlich Gewalttätigkeiten, nicht gegeben, da in dem Vorgehen der Angeschuldigten kein besonders aggressives Handeln ersichtlich ist.

Alles in allem war daher die Eröffnung des Hauptverfahrens aus rechtlichen Gründen abzulehnen."

Eigentlich klar, daß ein solch vortreffliches Urteil nicht auf Gegenliebe bei der Staatsanwaltschaft stieß; eine „sofortige Beschwerde" wurde wie folgt begründet: *„Das Amtsgericht verkennt den Begriff der ‚groben Störung' des § 21 Versammlungsgesetz, wenn es der Auffassung ist, daß das Werfen von Eiern auf einen Versammlungsredner nicht als solche gelten könne. Das Werfen von Eiern auf einen Kundgebungsredner ist durchaus geeignet, die Durchführung der Versammlung zu vereiteln, etwa wenn ein oder gar mehrere Wurfgeschosse den Redner tatsächlich treffen. Aufgrund des durch Flugblatt erfolgten Aufrufes und des Vorgehens der Angeschuldigten und weiterer Täter, etwa des anderweitig verfolgten XX, muß auch von der in § 21 Versammlungsgesetz vorausgesetzten Absicht ausgegangen werden!"*

Es wird spannend und – für alle Eier-, Hamburger- oder Tomatenliebenden Antifaschisten/innen wichtig, wie diese Sache ausgeht!

KB/Gruppe Nürnberg

Long Kesh und Armagh Kulturdenkmäler des britischen Imperialismus

Die Aberkennung des politischen Status und die damit verbundene Kriminalisierung der irischen, republikanischen Männer und Frauen in den Knästen führte zu breiten Protesten. Die schon unerträglichen „normalen" Haftbedingungen wurden enorm verschlimmert, um den Widerstand in den Knästen zu brechen.

Long Kesh:

„Einige von uns sind nun im vierten Jahr totaler psychischer und physischer Deprivation, ohne daß es Anzeichen von nur geringster Verbesserung gäbe. Wir haben keinerlei Zugang zu Fernsehen, Radio, Zeitungen, kommerziellen wie religiösen — nicht einmal die Bibel hat man uns gelassen. (...). Wir dürfen keine Briefe schreiben noch Papier oder Kugelschreiber haben. Wir erhalten nur begrenzt Post, was ganz im Ermessen der Wärter liegt. Wir dürfen diese dann nur wenige Stunden in unseren Zellen haben, dann wird sie entfernt oder gar vor unseren Augen zerrissen. Manchmal, wenn wir Glück haben und Briefe bekommen, sind Seiten entfernt, so daß der Inhalt keinen Sinn ergibt. Des öfteren werden Informationen über unsere Familien [...] *zensiert.*

Wir sind den ganzen Tag — 24 Stunden — eingeschlossen; keinerlei Hofgang, keinerlei Bewegung! Wir sind nackt bis auf eine Decke oder ein Handtuch. Es gibt keine Möbel in unseren Zellen, lediglich eine Schaumgummimatratze. Einige von uns nähern sich dem vierten Winter in dieser Hölle unbeschreiblichen Dreckes, da sogar unsere normalen Körperfunktionen als Waffe gegen uns verwandt werden. Wir werden regelmäßig geprügelt, an Bart und Haaren gezerrt, getreten, geschlagen mit Stöcken oder mit Schlüsselbunden traktiert. Oft werden wir ohne jede Vorwarnung mit Wasserschläuchen unter hohem Druck niedergespritzt, oder mit Desinfektionsmitteln, die einen fast erblinden lassen, besprüht. Es ist nichts ungewöhnliches, daß Desinfektionsmittel oder Rasierlotion in unserem Trinkwasser ist oder in unseren Teetassen. Nachts laufen häufig Waschmaschinen, um uns den Schlaf zu rauben. Wir sind aus den Zellen gezerrt und gewaltsam gewaschen worden. Abgeschrubbt mit Deckschrubbern, unter kochend heißem Wasser, solange, bis unsere Haut wund gerieben war, anschließend mit eiskaltem Wasser begossen und dann mit einem weißen Desinfektionsmittel bedeckt. Haare und Bärte werden uns gegen unseren Willen geschnitten.

Wenn wir einen anderen Flügel der H-Blocks betreten, etwa zum Besuch oder wenn wir zur Messe gehen, werden wir erniedrigenden ‚Mirror Searches' unterworfen. Wir müssen über einem Spiegel kauern, während unser Anus — manchmal mit Klammern offengehalten, mit dünnen Metalldetektoren, Kugelschreibern, Bleistiften, Fingern mit und ohne Handschuhen, untersucht wird, während wir von bis zu acht Wärtern festgehalten werden, die uns über den Spiegel prügelten.

Genossen, die verdächtigt werden, Kassiber geschmuggelt zu haben, werden solange festgehalten, bis sie ihren Stuhlgang hatten und ihre Exkremente untersucht wurden. Wir werden nicht medizinisch versorgt (...). (Man versucht uns) *zur Unterwerfung zu zwingen, indem man uns hungern läßt. Unsere Essensrationen sind kaum ausreichend, so daß wir immer hungrig sind* (...). *Als ob nicht all dies schon genug wäre, wird auch die Heizung unserer Zellen nicht in Ruhe gelassen. Nachts, wenn die Heizung runtergedreht ist, oder oft auch ganz aus, haben manche von uns sich eine Art Hängematte aus der Decke gemacht, die an den Heizkörper geknotet wird. So kann man zwar nur auf einer Seite liegen, erfriert aber wenigstens nicht.*

Diese Bedingungen existieren hier in Irland, nicht in Chile oder Brasilien oder Südafrika, Zimbabwe oder Argentinien! Die meisten von uns sind hier wegen Aktionen gegen die britische Herrschaft und wir entschuldigen uns nicht für das, wovon wir überzeugt sind. Aber wir stellen sehr wohl die Ernsthaftigkeit derjenigen in Frage, die unsere Aktionen verurteilen, aber bis jetzt zur Frage der H-Blocks stumm blieben. Es gibt gewiß kein besseres Beispiel moralischer Verkommenheit" (Häftlingsberichte, zitiert nach „Reihe Internationale Kritik Irland" des WISK).

Armagh

Im Februar 1980 eskalierten die Wärter/inn/en im Frauenknast Armagh ihren Terror gegen die hier protestierenden Frauen. 40, vermutlich extra aus Long Kesh geholte männliche Wärter überfielen die Frauen und mißhandelten sie auf brutalste Weise. Die Frauen wurden an den Haaren gerissen, Treppen hinuntergestoßen, getreten und gewürgt. Manchmal fielen bis zu 15 Wärter über eine Frau her! Manche Frauen wurden sogar gebissen.

Dies berichteten u.a. die folgenden Betroffenen: Anne-Maruie Quinn, Eilies O'Connor, Peggy Friel, Una Nellies, Shirley Devlin, Ann Bateson und Bernie O'Boyle.

Schon vorher benahmen sich manche Wärterinnen wie Schweine. Am 12.1.80 war Anne-Marie Quinn krank geworden. Die Wärterinnen erlaubten ihr nicht, den Nachttopf zu leeren, bevor dessen Inhalt nicht „untersucht" sei. Überhaupt hatten die Wärterinnen begonnen, aus reiner Schikane vielen Frauen den Gang zum Waschen oder zu den Toiletten zu verweigern, bzw. ließen die Toiletten und Waschräume derart verdrecken, daß überall die Pisse und Scheiße stand.

Anne-Marie bestand darauf, den Nachttopf sofort auszuleeren. Daraufhin wurde sie von der Wärterin derart gestoßen, daß der ganze Inhalt im Gang vergossen wurde. Die Wärterin beschuldigte sie dann auch noch, den Inhalt absichtlich ausgeschüttet zu haben und warf sie in ihre Zelle. Damit nicht genug, bewarf sie Anne-Marie mit einer gebrauchten Monatsbinde.

Auch die Gefängnisleitung bestreitet nicht, daß der ganze Dreck im Armagh-Knast alle möglichen Krankheiten begünstigt. Nur wenige Monate vorher erkrankte Marie McClenaghan schwer an Krätze. Es ist ganz offensichtlich, daß das Knastregime alles verkommen läßt, weil es fälschlicherweise annimmt, so den Widerstand der Frauen zu brechen, sie zu zwingen, den „criminal status" anzuerkennen. (alle Informationen nach „Phoblacht/Republican News" („P/RN") vom 16.2.80 und „Troops Out", März 80).

Die Frauen sind 23 Stunden in ihren Zellen eingeschlossen. Sie wehren sich gegen die Schikanen, indem sie den Müll, die vollen Nachttöpfe in die Gänge werfen. Die Wärter, die zum Reinigen kommen, bewerfen sie mit allem möglichen Gerümpel. Die Wärterinnen setzen die Gänge unter Wasser und versuchen, auch die Zellen zu überschwemmen, indem sie durch die Gucklöcher sprühen.

Das Essen ist fast gänzlich ungenießbar. Meistens kommt es in noch gefrorenem Zustand. Um die Frauen zu erniedrigen, geben sie chronisch zu wenig Binden an diejenigen, die sie dringend brauchen. Der Hunger ist so schlimm, daß der körperliche Zustand der Frauen immer erbärmlicher wird — manche Frauen wiegen nur noch um die 40 kg! („P/RN" vom 23.2.80). Dr. Cole, der Gefängnisarzt, tut sich als brutaler Zyniker hervor: Pauline McLaughlin, die ein Magenleiden hat und ständig erbricht, erklärt er, wenn sie genug Kraft zum Protestieren habe, könne sie auch ihre Krankheit überstehen (ebd.). Ihr Gewichtsverlust wird lebensbedrohend! Eine andere Frau, Maria McClanaghan, die, wie sich später herausstellte, an einem perforierten Geschwür am Zweifingerdarm litt, behandelte er mit Valium (!) gegen „Übernervosität" ... Sie wurde kurz nach ihrer Entlassung aus dem Knast unter Lebensgefahr ins Royal Victoria Hospital in Belfast eingeliefert! Nur eine Stunde später hätte sie tot sein können („P/RN", 22.3.80).

Diese Lage hat sich seit Februar nicht verändert. Vom Juni an erreichen uns bedrohliche Berichte, denen zufolge die meisten Frauen jetzt durch die unhygienischen Bedingungen an schlimmen Infektionen leiden, sie ihre Kleidung seit Monaten nicht wechseln können etc. Der Hunger ist mittlerweile chronisch. Noch am 28.6.80 erklärte Atkins in einer arroganten Rede, der politische Status werde den Gefangenen auch weiterhin nicht wieder gewährt. „An Phoblacht/Republican News" vom 26. Juli berichtet, daß die Bedingungen in Armagh derart katastrophal sind, daß fast alle Frauen an Infektionen leiden und die Wärterinnen nur noch mit Gesichtsmasken und Schutzanzügen die Zellen zu betreten wagen!

Die Perversion der britischen Folterknechte wird den Freiheitswillen des irischen Volkes nicht brechen!

Großbritannien-Kommission KB/Gruppe Frankfurt



Prozeß gegen Harburger Antifaschisten

Am 1. September begann vor dem Harburger Amtsgericht der erste Prozeßtag gegen zwei Antifaschisten. Ihnen drohen Verurteilungen wegen Körperverletzung, Störung einer genehmigten Veranstaltung und Landfriedensbruch.

Vorgeschichte

Am 5. Mai 1979 fand in Hamburg-Harburg eine Kundgebung der NPD zur Europa-Wahl unter starkem Polizeischutz statt. 1979, im Jahr des Kindes, planten zum selben Zeitpunkt zahlreiche Kinderinitiativen und Vereine Informationsstände in der Harburger Innenstadt. Die Erlaubnis, einen Stand aufzustellen und eine Kundgebung abzuhalten, erhielt die NPD, für die Kinderinitiativen war angeblich kein Platz mehr. DGB, Postgewerkschaft, Jusos, VVN, DKP, SDAJ, KB sowie zahlreiche Bürgerinitiativen und Frauengruppen forderten ein Verbot der NPD-Veranstaltung.

Ca. 500 Antifaschisten protestierten mit Pfeifkonzerten, Parolen, Eierwürfen, mit Farbbeuteln und Mehltüten. Die Faschisten bekamen eine gerechte Antwort auf ihre volksverhetzende, rassistische Propaganda. Die 8 - 10 Faschisten, darunter A. Dammann, F. Ulrich Bundt (Aktivist der „Harting-Bande") und Thomas Berg gingen mit Fahnenstangen und Latten mehrmals auf Antifaschisten los. Einem wurde dabei das Nasenbein gebrochen, so daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Fünf Antifaschisten wurden willkürlich von Eingreiftrupps der Zivilen Polizei verhaftet, erkennungsdienstlich behandelt und für mehrere Stunden in einer Gruppenzelle festgehalten. Über das Verhalten der Polizei während der ED-Behandlung heißt es in einem Erlebnisbericht eines Festgenommenen: Ein Polizist sagte mir: ‚Setz dich auf den Stuhl, die Voltzahl stellen wir gleich ein.' Damit nicht genug, Monate später belästigte die Zivile Polizei die Eltern der Angeklagten.

Die Prozesse

Zwei der fünf Festgenommenen wurden im April 1980 vom Jugendgericht zu je 50 DM Geldstrafe verurteilt. Ein Dritter hat inzwischen ein Angebot der Staatsanwaltschaft, gegen 500 DM Geldstrafe den Prozeß einzustellen, angenommen. Auch den beiden Angeklagten, die jetzt vor Gericht stehen, ist ein solches faules Angebot gemacht worden. Offensichtlich scheint der Staatsanwaltschaft dieser Prozeß in der „heißen Wahlphase" dank der breiten Solidarität nicht genehm zu sein.

So waren dann auch am ersten Prozeßtag in einem überfüllten Gerichtssaal ca. 60 Antifaschisten anwesend. Die DKP verteilte vor dem Gerichtsgebäude ein Flugblatt und machte mit Plakaten auf den Prozeß aufmerksam. Die Jusos forderten in einer Presseerklärung die sofortige Einstellung des Prozesses. Leider kam es bisher unter den Organisationen und Initiativen zu keinem gemeinsamen Vorgehen zur Unterstützung der Angeklagten. Zu Beginn der Verhandlung stellte die Verteidigung einen Antrag, den Prozeß auszusetzen, da ein wichtiger Polizeiabschlußbericht bisher in den Akten der Verteidigung nicht enthalten war. Staatsanwalt Reumann (bekannt aus zahlreichen AntifaProzessen) meinte, dieser Polizeibericht hätte für den Prozeß keine Bedeutung. Anscheinend soll versucht werden, wichtige Informationen dem Gericht vorzuenthalten. Der Richter beschloß nach Verlesung der Anklageschrift und einer persönlichen Erklärung der Angeklagten, den Prozeß auszusetzen und bis zum nächsten Gerichtstermin den fehlenden Bericht der Verteidigung zukommen zu lassen. Übrigens, Staatsanwalt Reumann wurde während der Verhandlung vom Staatsanwalt Dr. Georg abgelöst. Als Reumann den Gerichtssaal verließ, klatschte „die Öffentlichkeit".

Der nächste Prozeßtermin findet am 8. September um 8.30 Uhr im Amtsgericht Harburg, Buxtehuder Straße statt.
Weitere Termine
15.9. 14.00 Uhr
22.9. 14.00 Uhr
2.10. 14.00 Uhr
Da dieser Prozeß für die Angeklagten eine große finanzielle Belastung bedeutet, bitten wir Euch: Langt kräftig in eure Taschen, Sparstrümpfe oder erleichtert Euer Bankkonto ein wenig bis viel.
Spendenkonto: B. Esselmann, HSPA, BLZ 200 505 50
Kontonummer: 1087/774137
Stichwort: Unterstützung

Zwei Schritte vor — drei Schritte zurück
pro familia in der Auseinandersetzung um den § 218

Wie in vielen anderen Bundesländern auch, läuft Ende des Jahres in Rheinland-Pfalz das Modellprogramm der dortigen Pro-Familia-Beratungsstellen aus. Das heißt, daß die Beratungsstellen, die nach der „Reformierung" des §218 als „flankierende Maßnahme" zur Indikationsregelung eingerichtet wurden, nach einer Modellzeit von fünf Jahren entweder als reguläre Beratungsstellen übernommen werden — oder sehen können, wo sie für ihre Beratungsarbeit das Geld her bekommen.



Konkret: Als Modell werden diese Beratungsstellen vom Bund finanziell zur Hälfte getragen; nach dieser fünfjährigen „Probe"zeit ist die Finanzierung der Beratungsstellen, wenn sie weiterhin öffentlich anerkannt sind, in erster Linie Sache des jeweiligen Bundeslandes. In Rheinland-Pfalz, wo es derzeit 5 Modellberatungsstellen der Pro Familia gibt, regiert bekanntlich die ach so soziale CDU. Und die hat's immer gern mit christlich-„sozialen" Verbänden zu tun, die ihr besser in die Tasche — sprich: Familienpolitikkonzept á la Strauß — arbeiten als manch nicht kirchlicher Verband, womöglich noch einer, der nicht von vorneherein davon ausgeht, daß Muttersein das einzig Erstrebenswerte für Frauen ist.

Dementsprechend hat die Landesregierung schon vor längerer Zeit angekündigt, daß sie die Pro-Familia-Beratungsstellen nicht für so notwendig halte in Rheinland-Pfalz, da es in diesem Bundesland schon genügend katholische u.ä. Beratungsstellen gebe. Fazit: Keine Übernahme der Finanzierung der Pro-Familia-Beratungsstellen nach Auslaufen des Modellprogramms!



Für die betroffenen rheinland-pfälzischen Pro-Familia-Beratungsstellen ist dies eine existenzielle Bedrohung. Denn Pro Familia ist weitaus mehr auf öffentliche Gelder angewiesen, als die kirchlichen Verbände wie Caritas u.ä. (die bekanntlich aus tiefen Töpfen schöpfen: Kirchensteuer!!)!

Für die Frauen bedeutet das, daß sie jetzt nicht nur wegen des Schwangerschaftsabbruchs, sondern auch schon wegen der Bescheinigung einer Indikation, vor allem einer sozialen, weit fahren müssen, nach Hessen, NRW — oder halt ohne Indikation illegal nach Holland — wie eh und je. Nicht nur das weite Fahren, das an sich schon eine unerhörte Zumutung für die Frauen bedeutet, sondern vor allem die Zeit spielt hier eine große Rolle: Jedefrau, die schon einmal den Instanzenweg der Indikationsregelung abgeklappert hat, weiß, wie wichtig es ist, möglichst schnell einen Termin für die Bescheinigung einer Indikation zu bekommen, denn jeder weitere Tag, der vor einer Abtreibung verstreicht, bedeutet ein zusätzliches medizinisches Risiko (am risikoärmsten ist eine



Abtreibung in der 6. bis 8. Woche), bedeutet zusätzliche psychische Belastung für die Frau, bedeutet ein bedrohliches Näherrücken an das Ablaufen der vorgeschriebenen 12-Wochen-Frist. Schon jetzt kommen die meisten Frauen wegen des Schwangerschaftsabbruchs bei einer Notlagenindikation nach Hessen. Denn in Rheinland-Pfalz gibt es so gut wie keine öffentlichen Krankenhäuser, alle sind in „bester" katholischer Hand, die per Grundsatzbeschluß Schwangerschaftsabbrüche bei sozialer Indikation verboten hat. Ausweichmöglichkeiten — wie in NRW, wo es zwar auch eine katholische Krankenhausmafia gibt, aber immerhin eine Reihe von Frauenärzten, die in ihren Praxen Schwangerschaftsabbrüche durchführen — gibt es in Rheinland-Pfalz nicht: über 90% der Abbrüche werden in Krankenhäusern vorgenommen.

Durch die Pro-Familia-Modellberatungsstellen in einigen großen Städten haben die Frauen derzeit wenigstens noch die Möglichkeit, einer katholischen Zwangsberatung aus dem Wege zu gehen und auch bei einer Notlagensituation eine Indikation zu bekommen.

Bundesweit werden ungefähr die Hälfte aller Indikationen von Pro Familia ausgestellt. Wenn frau bedenkt, daß darunter auch z.B. die medizinischen fallen, die schon eher auch von rückschrittlichen Ärzten ausgestellt werden und daß es in Rheinland-Pfalz sicher nicht so viele einigermaßen akzeptable Alternativen zu Pro Familia gibt wie in einigen anderen Bundesländern, kann frau davon ausgehen, daß die Modellberatungsstellen der Pro Familia in Rheinland-Pfalz für die dortigen Frauen eine wichtige Adresse sind.

Aber — natürlich, wir haben es ja hier nicht mit den Interessen der betroffenen Frauen zu tun! Wo kämen wir da hin?! (Holocaust 1984?!). Für viel unterstützenswerter hält die rheinland-pfälzische Landesregierung die Beratungsstellen z.B. der Caritas, die kürzlich noch erklärt hat, daß „die Beratung ... die entscheidende Möglichkeit (sei), der Frau, die heimlich einen illegalen Schwangerschaftsabbruch gesucht hat, durch die Beratung zu einer anderen Einschätzung ihrer Situation und damit zu einer andern Entscheidung zu verhelfen" (nach „FAZ", 29.8.80). „Neue Wege für Mutter und Kind" (ebd.) sollen gefunden werden — nicht etwa ein Weg in die Legalität selbstbestimmter Entscheidungen von Frauen!

Für den Verband Pro Familia ist die Frage nach öffentlicher Finanzierung der Modellberatungsstellen nicht nur eine Frage der Existenz oder Nichtexistenz einzelner Beratungsstellen, sondern auch eine Frage der Durchsetzung ihres inhaltlichen Konzepts. Außerdem läuft das Modellprogramm nicht nur in Rheinland-Pfalz aus, sondern in allen Bundesländern.

Auf diesem Hintergrund wurde auf der letzten Bundesarbeitstagung der Pro Familia vom 14. bis 16. Mai dieses Jahres diskutiert, im ganzen Bundesgebiet Aktionswochen mit einem abschließenden bundesweiten Sternmarsch auf Mainz gegen den Beschluß der rheinland-pfälzischen CDU, die Pro-Familia-Beratungsstellen finanziell auszutrocknen, durchzuführen.

Die große Mehrheit auf dieser Bundesarbeitstagung sprach sich dafür aus, überall von den Pro Familia Orts- und Landesverbänden in der Woche vom 15. bis 20. September Aktionswochen zu veranstalten und regte dem rheinlandpfälzischen Landesverband an, am 20. September zu dem Sternmarsch aufzurufen.

Ein Aktionskomitee wurde gebildet, das die Vorbereitung dieser Veranstaltung und vor allem die bundesweite Mobilisierung übernehmen sollte. Die Aktionswoche sollte von den einzelnen Ortsverbänden jeweils selbst organisiert und auch auf die jeweilige Situation vor Ort bezogen gestaltet werden, sollte jedoch in erster Linie die drohende Vernichtung der rheinland-pfälzischen Beratungsstellen durch die dortige CDU-Politik behandeln und den Protest dagegen deutlich machen.

Auf dieser Bundesarbeitstagung wurde übrigens auch eine Resolution zur Unterstützung des Tribunals gegen den §218 verabschiedet, die sich eindeutig gegen die derzeitige Praxis des §218 und vor allem dem Zwangscharakter der durch den §218 gesetzlich vorgeschriebenen Beratung wendete.

Auf dem Tribunal gegen den §218, das am 31.5./1.6.80 in Frankfurt von der Frauenbewegung veranstaltet wurde, begrüßten die Frauen diese geplante Aktion der Pro Familia und sprachen sich für eine Beteiligung und Mobilisierung für den Sternmarsch aus.

Parallel zu dem Sternmarsch sollte der nächste Beratungs- und 218-Frauengruppen-Kongreß am 20./21. September in Mainz stattfinden. Die Vorbereitungsgruppe zum Tribunal erklärte sich bereit, auf der Kundgebung des Sternmarsches einen Redebeitrag zu halten und einen Büchertisch zu machen.

Im Programm der Kundgebung weiter vorgesehen waren Beiträge verschiedener Gewerkschafts- und Parteimitglieder, Lieder von Ina Deter, die Teilnahme von Uta König und das Verhügungs-Theaterstück der Neu-Isenburger Beratungsgruppe.

Insgesamt war das ein toller und unserer Meinung nach unterstützenswerter Plan. Gerade auf dem Hintergrund, daß Pro Familia ein sehr heterogener, „pluralistischer" Verband ist, der sich von allem „Politischen" gern fernhalten möchte, und daß sich fortschrittliche und vor allem feministische Kräfte erst langsam deutlicher bemerkbar machen, war dieser Plan ein Schritt nach vorne in der politischen Auseinandersetzung um den §218.

W a r — denn leider bzw. beschämenderweise ist jetzt, drei Wochen vor dem geplanten Sternmarsch, der große Rückzug angetreten worden.

Die Landesverbände Niedersachsen und Schleswig-Holstein hatten sich schon relativ früh aus dem Geschäft zurückgezogen. Jedoch war das noch kein Anlaß zu großen Rückzugsgedanken, denn diese beiden Landesverbände bzw. deren Vorsitzenden sind für ihre teilweise offen reaktionären An- und Absichten hinlänglich bekannt. Nein, ausschlaggebend für diese Manöver sind ganz andere Kräfte: Im Schreiben der Pro Fam'lia Mainz, die den bundesweiten Sternmarsch absagt und stattdessen zu einer Veranstaltung „*bewußt in kleinem Rahmen*" einlädt, wird als Begründung angegeben, daß „*wir hier nicht mit Teilnehmern aus Gewerkschaften und Parteien zum vorgesehenen Zeitpunkt rechnen können.*"

„Zum vorgesehenen Zeitpunkt" — das ist die „heiße Endphase" des Wahlkampfes — 14 Tage vor den Bundestagswahlen! Ganz abgesehen davon, daß wohl zu k e i n e m Zeitpunkt mit einer massenhaften Mobilisierung von Seiten der (etablierten) Parteien und der Gewerkschaften zu einer derartigen Demonstration gerechnet werden könnte, erinnert uns dieses Manöver nur allzu deutlich an die Politik der SPD-Führung im letzten Jahr während des Kampfes um die Errichtung eines Schwangerschaftskonfliktzentrums der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Essen: Dort hatte die nordrhein-westfälische SPD-Spitze während der gesamten Vorbereitung der Demo, an der sich auch der Juso-Bundesvorstand und die ASF Niederrhein aktiv beteiligt hatten, Druck auf die AWO und innerhalb der Partei ausgeübt, sich nicht an der Demo zu beteiligen. Ihr Argument: Eine Demonstration mitten im Wahlkampf (NRW—Landtagswahlen) würde nur die Gemüter erhitzen und die laufenden Verhandlungen platzen lassen.

Wenn in dem Rundschreiben der Mainzer Pro Familia jetzt davon die Rede ist, daß nicht mit Teilnehmern aus den Parteien und Gewerkschaften auf dem Sternmarsch zu rechnen ist, dann bedeutet das, daß DGB, SPD und FDP „kalte Füße" bekommen haben. Daß der DGB seinen Beitrag auf der Kundgebung zurückgezogen hat, war wohl die erste Konsequenz daraus. Inzwischen ist bekannt, daß in mehreren Landesverbänden der Pro Familia SPD und FDP Druck gemacht haben, sich nicht an solch einer — relativ offensiven — Protestbekundung gegen ihren Wahlgegner CDU zu beteiligen. In Baden-Württemberg z.B. seien die Verhandlungen mit den dortigen potentiellen Geldgebern derzeit auf einem relativ positiven Stand, das wolle man nicht durch eine derartige „Provokation" wieder verlieren. Auch in Rheinland-Pfalz sollen in der letzten Zeit „Anfänge einer Finanzierungsgrundlage" geschaffen worden sein (angeblich ist ein Ambulatorium schon „so gut wie zugesagt"), die mensch nicht kaputtmachen wolle.

Selbst wenn es stimmen sollte, daß Verhandlungen für e i n Ambulatorium für ganz Rheinland-Pfalz im Gange sind (was uns wundern würde: in Hessen dauern die Verhandlungen um ein Schwangerschaftskonfliktzentrum inzwischen über 2 Jahre!), wäre das erst recht ein Grund, sich öffentlich dafür einzusetzen, daß die Pro Familia Modellberatungsstellen 1981 weiterarbeiten können. Aber das kennen wir ja schon lange: Trotz großer Sprüche hat auch die SPD alles andere als ein Interesse, sich für die Belange der Frauen einzusetzen.

Obwohl es bei dem Sternmarsch nur darum gegangen wäre, Bedingungen zu schaffen, die die Praktizierung des §218, der schließlich von der SPD gemacht wurde, zumindest in Ansätzen erst ermöglichen (was nutzt der ‚Fortschritt' einer Indikationsregelung, wenn niemand die Indikation, vor allem die soziale, ausstellt!), die SPD also mit dieser Demonstration nur ihre verbalen Bekundungen, daß die „Reform" des §218, vor allem die soziale Indikation, eine große Erleichterung für uns Frauen sei, auch praktisch hätte vertreten können, zieht sie es wieder mal vor, es bei rein verbalen Bekundungen zu belassen. Beschämend an der Rolle der FDP hierbei ist, daß sie sich an diesem Manöver beteiligt, obwohl sie noch vor wenigen Wochen auf ihrem Parteitag in Freiburg den Kampf für die Einführung der Fristenregelung angeblich zu einem zentralen Wahlkampfthema machen wollte.

Daß Pro Familia trotz der Erfahrungen, die sie bisher in den Auseinandersetzungen um ihre Anerkennung machen mußte, sich auf diese Manöver einläßt, ist mehr als bedauerlich. Eigentlich müßte sie wissen, daß ihr Interesse, die Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz zu erhalten, nicht an Verhandlungstischen mit aufgeblasenen CDU/FDP/SPD-Politikern, die immer viel reden und nie was Nützliches tun, durchzusetzen ist, sondern nur durch Druck von der Straße und entschlossenes Auftreten von Menschen, die ein t a t s ä c h l i c h e s Interesse an einer menschenwürdigeren Abtreibungspraxis haben. Gerade auch im Hinblick auf die erst kürzlich verübte Serie von Anschlägen auf Pro Familia Beratungsstellen, müßte sie wissen, wer wirklich ihre Interessen unterstützt: Da haben nicht SPD- und FDP—Führung lauthals protestiert, sondern einige fortschrittliche Pro-Familia-Verbände und vor allem Frauengruppen aus der Frauenbewegung haben durch Aktionen, öffentliche Erklärungen und Demonstrationen sich voll hinter Pro Familia gestellt und die wahren Ursachen dieser Anschläge angeprangert.

Wenn in Mainz am 20. September die „bewußt in kleinem Rahmen" gehaltene Veranstaltung stattfindet, die den Abschluß der Aktionswoche darstellt, dann sicher nicht mit dem Ergebnis, daß eine breite Öffentlichkeit geschaffen wird über die aktuell drohende Verschärfung des §218 in Rheinland-Pfalz. Damit ist das von der b r e i t e n M e h r h e i t der auf der Bundesarbeitstagung Anwesenden getragene Ziel dieser Abschlußveranstaltung auf extrem undemokratische Weise gekippt worden. Wir können nur hoffen, daß es um diese üblen Methoden von innerverbandlicher „Demokratie" und um den langen Arm von SPD/FDP innerhalb von Pro Familia heiße Auseinandersetzungen geben wird!



Perspektiven im weiteren

Perspektiven im weiteren Kampf gegen den § 218

Unter diesem Motto findet am 20./21. September in Frankfurt ein bundesweites Beratungs- und §218-Frauengruppen-Treffen statt.

Das letzte Treffen dieser Art hatte im November 79 anläßlich der sich eskalierenden Hetzkampagne gegen Abtreibung stattgefunden. An dem Treffen hatten sich damals über 100 Frauen aus ca. 30 Städten beteiligt. Dort war auch die Veranstaltung des Tibunals gegen den §218 (31.5./1.6.) beschlossen worden.

Während es im letzten Jahr und auch auf dem Tribunal in erster Linie darum ging, die fünfjährigen Erfahrungen mit dem „reformierten" §218 zusammenzutragen und auszuwerten, wobei die Frauen, vor allem durch die Vorbereitung zum Tribunal, erstaunliche Untersuchungsarbeit geleistet haben und mit viel Material beweisen konnten, daß die Abtreibungssituation sich trotz vielgepriesener „Reform" überhaupt nicht verbessert hat, wollen die Frauen am 20./21. September darüber diskutieren, wie mit dem Material weitergearbeitet werden soll und wie die Frauenbewegung den Kampf gegen den §218 weiterführen will.

Die bundesweite Vorbereitungsgruppe zum Tribunal hat zu diesem Treffen schon einige Themen für Arbeitsgruppen vorgeschlagen:

1. Wollen wir in unserem Kampf in der Defensive bleiben (wie z.B. der ursprünglich geplante Sternmarsch der Pro Familia in Mainz vom Anlaß her eine Reaktion ist) oder in die Offensive gehen? Offensiv wäre z.B. die Weiterentwicklung alternativer Praxis (selbstorganisierte Schwangerschaftskonfliktzentren).
2. Als was verstehen wir den §218 und die Hetzkampagne seit dem letzten Jahr? Als Maßnahme im Zuge einer bestimmten Bevölkerungspolitik — oder als ein Mittel im Zusammenhang mit der Verschärfung politischer Repression?
3. Erfahrungen mit Bündnispolitik (Pro Familia, Parteien, organisierte Frauen).
4. Verhütungsmittel — wie wird damit Politik gemacht (einseitige Forschung, Ärzte).
5. Prostaglandine.

Zu dem Treffen sollen zu einzelnen Themen auch „Spezialistinnen" eingeladen werden, so z.B. das Westberliner Frauengesundheitszentrum für die erste Arbeitsgruppe und Marie-Luise Janssen-Jurreit zur Diskussion über den bevölkerungspolitischen Hintergrund der Hetzkampagne gegen Abtreibung.

Das Treffen wurde schon auf dem Tribunal im Mai angekündigt und bewußt auf dieses Datum gelegt, um parallel zum damals von der Pro Familia geplanten Sternmarsch in Mainz mobilisieren zu können. Zwar ist der Sternmarsch inzwischen geplatzt (siehe Artikel in diesem AK), doch macht die Pro Familia am Samstag, den 20.9. umd 14 Uhr eine kleine Abschlußkundgebung, an der sich das 218-Frauengruppen-Treffen beteiligen will.

Anschließend finden dann die Arbeitsgruppen statt, wobei die Diskussion um die Hintergründe des geplatzten Sternmarsches sicher ausführlich in der AG Bündnispolitik geführt werden wird.

Eingeladen sind zu diesem Treffen, das im Frankfurter Frauengesundheitszentrum (Hamburger Allee 45) stattfindet, alle Beratungs- und 218-Frauengruppen. Weitere Themenvorschläge und Anmeldungen können an das

Frauenzentrum Dreieich,
- Beratungsgruppe -
Frankfurter Str. 125 [Hinterhaus]
6072 Neu-Isenburg

geschickt werden.

»Kampfblatt gegen Abtreibung!«

Mit dieser Überschrift wirbt die katholische „Deutsche Tagespost" (16.4.80) für die neugegründete Anti-Abtreibungs-Postille „Christ und Zukunft" einer „Bewegung für das Leben e.V. – Dachverband zum Schutz der Ungeborenen". Redaktionssitz ist in Mutterstadt – nomen est omen – und die Redaktion besteht aus den Herren Otto Maier, Walter Ramm und Josef Ripsam.

WIR WÄHLEN LEBEN UND ZUKUNFT
ABTREIBUNG ist keine LÖSUNG

Walter Ramm ist gleichzeitig Vorsitzender des obengenannten „Dachverbandes" und der „Aktion Leben e.V."; beide Organisationen sind in Abtsteinach/Odenwald angesiedelt. In Abtsteinach war auch der „Christliche Aktionskreis" ansässig, der 1978 die Kampagne gegen die Lindenfels-Klinik bei Heidelberg initiierte, unterstützt vom rechtsklerikalen „Kardinal-von Galen-Kreis", für den selbst Verhütungsmethoden wie Nidationshemmer und Spirale als *„monatliche Frühabtreibung aus Unkenntnis"* bzw. *„Abtreibung am 12. Tag"* verbotswürdig sind. Ramm war Funktionär beim „Christlichen Aktionskreis", die Postadresse von „Aktionskreis" und „Aktion Leben" ist dieselbe.

Unter den sonstigen Autoren finden sich einige bekannte Namen:
Erna Maria Geier, MdB, CDU, die auch schon an der Kundgebung gegen die Lindenfels-Klinik aktiv beteiligt war;
Siegfried Ernst, Vorsitzender der „Europäischen Ärzteaktion";

Johannes Renert, 2. Vorsitzender der „Aktion Lebensrecht für alle" („ALfa"), die eng mit der „Europäischen Ärzteaktion" zusammenarbeitet; der „Kardinal-von-Galen-Kreis" ist Mitglied der „ALfa".

Enge Verbindungen bestehen auch zwischen der katholischen „Neuen Bildpost" und der „Bewegung für das Leben". Ein Mitarbeiter der „Neuen Bildpost", Pfarrer Winfried Pietrek aus Lippstadt, sprach ebenfalls auf der Kundgebung gegen die Lindenfels-Klinik sowie auf dem Kongreß der „Aktion Lebensrecht für alle" und der „Europäischen Ärzteaktion" im Dezember'75 in Münster.

Die Hefte „Christ und Zukunft" sind offensichtlich dazu gedacht, Abtreibungsgegner mit Material für Argumentation und Aktion zu versorgen, praktische Erfahrungen weiterzugeben und zu ähnlichen Aktionen anzuregen (und so das Gefühl einer „Bewegung" zu vermitteln); nebenbei erhalten verhinderte Poeten aus diesem Kreis die Möglichkeit, ihre Schöpfungen vorzustellen.

Christen wählen keine Abtreibungspolitiker

Christen wählen Leben und Zukunft

Hier eine kurze Auslese aus dem Inhalt der Hefte 1 und 2:

- „Abtreibung – eine Anmaßung" – ein zweiseitiger Aufsatz, der u.a. Frauen, die kein Kind wollen, den Geschlechtsverkehr untersagt *(„ ... dann darf sie ihren Schoß nicht öffnen ...")* und für den Fall, daß das sündige Treiben weiter seinen Verlauf nimmt, allerlei Unannehmlichkeiten prophezeit: *„ ... die Geister der Bosheit, ..., der Geilheit, der Unzucht, ...* (usw.) *erheben ihre Häupter gleich den Häuptern jenes infernalischen Drachens, der aus den satanischen Schlünden der Unterwelt hervorsteigt. Dieser wird die Menschheit mit Bestialitäten überschütten ...".*
- „Ungeborene haben den Tod vor Augen" – hier werden genüßlich die Gefahren und Strapazen der verschiedenen Abtreibungsmethoden für die Frau ausgewalzt sowie die jeweilige Wirkung auf den Fötus, mit Schwerpunkt auf abgetriebene „Lebendgeburten".
- Offener Brief eines Jugendvertreters an die ÖTV, daß er der Gewerkschaft nicht beitreten könne, solange diese sich für die Errichtung von Modellzentren einsetze, *„die doch nichts anderes als 'Kinderschlachthäuser' sind".*

Heft 2:

- Hetzartikel gegen die „Pro Familia" Bremen anläßlich der Brandanschläge: *„'Pro Familia' fürchtet nicht einen Brand in Bremen, aber sie fürchtet, daß man ihre Praktiken an den Pranger stellt".*
- „Täglich 2 Millionen DM für Abtreibungen?" – Artikel gegen die Finanzierung von Abtreibungen und ihrer Folgen (hier wird eine lange Liste von Gesundheitsschäden aufgestellt, die angeblich durch Abtreibungen verursacht werden) durch die Kassen.

Eine Genossin der AG Frauen Hamburg

Offener Brief

Die Frauen aus dem Modellversuch „Frauen in Männerberufen" Maschinenbauerin/Dreherin

An den Bürgermeister der Stadt Hamburg

Herrn Klose

ERST VERSPROCHEN, DANN GEBROCHEN !!!

Wir waren 45 Frauen, jetzt sind wir 38 Frauen, die am Modellversuch „Frauen in Männerberufen" teilnehmen. Wir 38 Frauen betonen nachdrücklich, daß wir gewillt und entschlossen sind, die Umschulung gemeinsam zu machen. Wir sehen unsere Situation aber solange als provisorisch an, wie nicht für alle von uns Frauen die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten zur Umschulung geschaffen sind.

Dies schrieben wir am 10.6.1980, seitdem sind über zwei Monate vergangen, leider mußten inzwischen noch ein paar Frauen aufhören und es hat sich

Dies schrieben wir am 10.6.1980, seitdem sind über zwei Monate vergangen, leider mußten inzwischen noch ein paar Frauen aufhören und es hat sich
noch nichts geändert. Bis zum 30.9.80 müssen wir uns entschieden haben, ob wir die zwei Jahre Umschulung weitermachen können oder nicht.

Nach wie vor sieht es so aus:

- *daß das Geld (UHG) vom Arbeitsamt unregelmäßig gezahlt wird,*
- *daß das Fahrgeld, wenn überhaupt, mit erheblicher Verspätung eintrifft,*
- *daß im Krankheitsfall das Arbeitsamt die Zahlungen unterbricht und wir auf Krankengeld wochenlang warten müssen,*
- *daß Nachzahlungen immer noch nicht eingetroffen sind;*
- *daß die Mehrheit von uns Frauen unter DM 1.000,– (in Worten eintausend!!!) UHG bekommt und davon oft noch mehrere Kinder versorgt werden müssen.*

Hierfür einige Beispiele:

Eine Frau mit vier Kindern, alleinstehend
1. Bewilligungsbescheid vom Arbeitsamt DM 192,– pro Woche
2. " DM 204,– " "
3. " DM 207,– " "

Eine andere Frau mit zwei Kindern, alleinstehend
1. Bewilligungsbescheid vom Arbeitsamt DM 174,60 pro Woche
2. " DM 189,– " "
3. " DM 195,– " "

Noch eine andere Frau mit drei Kindern, alleinstehend
1. Bewilligungsbescheid vom Arbeitsamt DM 204,60 pro Woche – keine Erhöhung.

Es ist einfach unmöglich für uns, zu lernen, wenn wir nicht wissen, wovon wir die Miete bezahlen sollen oder wie wir die nächste Woche überstehen sollen. Da wir so wenig UHG bekommen, müssen wir oftmals während der Schul- oder Werkstattzeit zu den verschiedensten Ämtern rennen und unter den unmenschlichsten Bedingungen um ein paar Groschen betteln. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß das Arbeitsamt uns die Fehlzeiten vom UHG abzieht.

Deshalb haben wir zu Beginn der Maßnahme folgende Forderungen aufgestellt:

- *DM 1.200,– Mindestunterhaltsgeld für alle Umschülerinnen und Umschüler*
- *dazu DM 100,– Kinderzuschlag;*
- *Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch das Arbeitsamt.*

Es muß geregelt sein, daß wir unser Geld von einer Stelle bekommen. Die Bemessensgrundlage des Arbeitsamtes kann so nicht angewandt werden (80% des letzten Nettoeinkommens, die meisten von uns waren aber vorher Hausfrauen, was bekanntlich nicht bezahlt wird). Durch unsere bisherigen Bemühungen haben wir geringfügige Erhöhungen erreicht, die aber bei weitem nicht ausreichen. Dies wird auch von keiner Stelle bestritten, aber auch nicht geändert. Deshalb haben wir uns in den Ferien mit Herrn Behr von der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung in Verbindung gesetzt. Denn vor zwei Monaten war uns angekündigt worden, daß das UHG durch den Etat zur Wiedereingliederung von Frauen ins Berufsleben aufgestockt werden soll. Inzwischen wurde uns mündlich mitgeteilt, daß die Beh. f. Jugend, Arbeit und Soziales und die Beh. f. Schule, Jugend und Berufsbildung dieser Finanzierung zustimmen, daß aber nun noch die Bürgerschaft zustimmen muß. Das kann bis Oktober/November dauern. So lange können wir nicht mehr warten. Bis spätestens 20.9.80 erwarten wir von den Verantwortlichen für diesen Modellversuch eine Zusicherung, daß unser UHG erhöht wird entsprechend unserer Forderungen.
Wir 38 Frauen betonen nachdrücklich, daß wir gewillt und entschlossen sind, die Umschulung gemeinsam zu machen. Wir sehen unsere Situation aber solange als provisorisch an, wie nicht für alle von uns Frauen die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten zur Umschulung geschaffen sind.

Die Frauen aus dem Modellversuch „Frauen in Männerberufen"

Hamburg: Podiumsdiskussion um ein Alibi-Gesetz

Am 1. September fand in der Hamburger 'Markthalle' mit ca. 300 Teilnehmer(inne)n eine Podiumsdiskussion zum Gleichberechtigungsgesetz der arbeitenden Frauen statt. Dieses Gesetz wurde im Juni verabschiedet – mit den Stimmen der CDU/CSU. Für die arbeitenden Frauen hat dies Gesetz keine Verbesserungen gebracht, für die SPD einen Wahlschlager.

Auf dem Podium waren Vertreterinnen der CDU, SPD, FDP, der Grünen, der Humanistischen Union, der Leitstelle für Frauen in Hamburg, des DGB (vertreten durch eine HBV-Funktionärin) und der Arbeitgeberverbände.

Zunächst sollten die Diskutanten unter der Fragestellung „Ist das jetzt verabschiedete EG-Anpassungsgesetz zur Gleichberechtigung der Frauen akzeptabel?" ihre Stellungnahmen abgeben.

Der Vertreter der Hamburger Leitstelle für Frauen meinte, daß dieses Gesetz nicht hätte kommen dürfen: die Frauen, die jetzt klagen, würden auf die Nase fallen und umsonst Gebühren an die Post zahlen. Er forderte ein inhaltliches Gesetz, gegen sexistische Werbung, für mehr Elternurlaub und weniger Arbeitszeit.

Die Vertreterin der CDU, frau staune, meinte, das Gesetz sei das Papier nicht wert, auf dem es steht. Aber es solle wenigstens psychologisch seine Wirkung haben. Das Bewußtsein der Frauen sei eben noch nicht so weit; das sei auch so mit dem Mutterschaftsurlaub, daß Gesetze gemacht werden, die sich letztlich gegen die Frauen richten.

Der Vertreter der HU (Humanistische Union) lehnt das verabschiedete Gesetz ab. Die HU hat schon seit langem ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz gefordert; darin müßten mindestens fünf Minimalbedingungen erfüllt werden. Dazu zählen: Die Beweispflicht muß auf Seiten der Unternehmer liegen; Abfindung: Schmerzensgeld; weiblichen Bewerberinnen muß der Vorzug gegeben werden, bis in den einzelnen Berufszweigen die Frauen 40 %ig beteiligt sind.

Die Vertreterin der Grünen, selbst Betriebsrätin, wies darauf hin, daß die Bewerbungen dem Betriebsrat (BR) gar nicht erst vorgelegt werden. Das neue Gesetz mache es keiner Frau leichter, eingestellt zu werden. Überhaupt sei es für eine Frau fast unmöglich zu beweisen, daß sie abgelehnt wurde, w e i l sie eine Frau ist. Und so blöd würden die Unternehmer ja wohl nicht mehr sein, dies in einem Brief mitzuteilen. Die gesellschaftliche Diskriminierung der Frauen sei nicht mit einem Gesetz wie diesem zu verändern. Vielmehr müsse eine Diskussion geführt werden, wie die Wurzel des Übels angegriffen wird; das beginne bereits bei der Erziehung im Babyalter. Die betroffenen Frauen in den Betrieben müßten mobilisiert werden.

Die Vertreterin der FDP (H. Schuchardt) meinte, daß das verabschiedete Gesetz kein Anti-Diskriminierungsgesetz sei, da nur der Arbeitsbereich und nicht das kulturelle Leben der Frauen abgedeckt sei. Bei dem neuen Gesetz habe die Wirtschaft gesiegt, an diesem Machtkampf hätten sich auch Leute ihrer Partei beteiligt. Von der Quotierung halte sie gar nichts, und das müßte sie doch als Ingenieurin einmal klarstellen: Sie sei auf Grund ihrer L e i s t u n g etwas geworden. Ein Glanzstück der Arroganz!

Die SPD-Vertreterin gab sich besonders wortradikal zu dem von ihrer Partei zu verantwortenden Gesetz: Es sei „ein Papiertiger ohne Biß". In Abgrenzung zu den Grünen machte sie sich aber stark für ein neues Gesetz. Sie forderte eine Quotierungsregelung, die bereits auf dem Ausbildungsmarkt beginnen müßte. Der Staat sollte die Unternehmen in die Pflicht nehmen, in bestimmten Ausbildungsbereichen die Quotierung einzuhalten.

Der Vertreter der Arbeitgeberverbände fand das neue Gesetz völlig überflüssig: Jeder kann klagen vor unseren Gerichten, was wollt ihr noch mehr. Das Problem fange vielmehr bei den Betriebsräten an, die keine Frauen aufnehmen wollten. Die Forderung nach Quotierung bezeichnete er schlichtweg als Verfassungsverstoß, da möchte er sich doch lieber dem Leistungsprinzip der Schuchardt anschließen.

Die Vertreterin des DGB/HBV stellte dar, daß die Gewerkschaften seit 100 Jahren für für den gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen eintreten. Durch das neue Gesetz gebe es keinerlei materielle Verbesserungen für die Frauen. Ein Anti-Diskriminierungsgesetz erwecke den Eindruck, als solle die Putzfrau demnächst mit der Arbeitgeberfrau gemeinsam gegen die gesellschaftliche Diskriminierung kämpfen. An vorderster Stelle müsse die Frauenfrage im Tarifbereich behandelt werden, dies sei aber nur durch den gemeinsamen Kampf möglich.

In der sich anschließenden Diskussion ging es chaotisch zu. Einige wollten geklärt haben, ob die Quotierung nun verfassungsfeindlich ist oder nicht. Andere wollten gegen jegliche Diskriminierung in unserer Gesellschaft ankämpfen und berichteten von den Anti-Strauß-Demonstrationen und den Bulleneinsätzen. Einige Frauen fühlten sich verarscht von der Diskussion und forderten praktische Schritte gegen die Diskriminierung der Frauen. Auf dem Höhepunkt der Diskussion berichtete die CDU-Vertreterin von dem rauhen Klima in den Parteien gegen die Frauen. Fast mußte frau den Eindruck bekommen, in der CDU tobe der Geschlechterkampf. Die Männer hätten dort immer noch die Macht und von allein gäben diese ihre Macht nicht ab. Überall, so klagte die CDU'lerin, seien die Männer am Ruder, beim Sport wie in den Parteien. Die SPD-Frau wollte daraufhin den Leuten weismachen, daß die Frauenfrage in der SPD immer noch am besten aufgehoben ist.

Gelächter von Frauen und ein sich leerender Saal war das Ergebnis (???, die sätzerin) dieser doch recht gut besuchten Veranstaltung.

Als besonders frech muß das Auftreten der Bonner Parteien gewertet werden, die alle das Alibi-Gesetz zu verantworten haben: Mit einer erstaunlichen Einheitlichkeit lehnten ihre Vertreterinnen das Gesetz ab und forderten gleichzeitig die tollsten Geschichten für die Zukunft.

Eine Teilnehmerin aus der Kommission Betrieb und Gewerkschaft ♀

Presseerklärung

Vergewaltigungsprozeß: Zeugin der Anklage — angeklagte Zeugin

Nach insgesamt sieben Prozeßtagen ging in Hamburg am 3. September ein Vergewaltigungsprozeß zuende, der geradezu bilderbuchhaft alle negativen Erfahrungen, die die Frauenbewegung zu diesem Thema bisher zusammengetragen hat und die betroffenen Frauen über sich ergehen lassen mußten, in sich vereinte.

Teilweise bereits vor und dann in der Hauptverhandlung erzeugten Staatsanwalt Gammelin, Verteidiger Hüser und Richter Schmaltz ein Verhandlungsklima gegen die beiden durch den Angeklagten, den nigerianischen Seemann Moses Harry, vergewaltigten Frauen, das offenbar folgendes klarmachen sollte: Gerichte fühlen sich für vergewaltigte Frauen nicht zuständig — und wer's nicht begriffen hat, kriegt's im Gericht bewiesen.

Das durch eine im September 79 vergewaltigte Radio- und Fernsehtechnikerin und ihren Anwalt angestrengte Verfahren stellte Staatsanwalt Gammelin gleich zweimal ein. Ein Weiteres wegen Körperverletzung einer Frau im Dezember 79 ebenfalls. Daß das Verfahren nicht wie sonst üblich vor dem Landgericht, sondern vor dem Amtsgericht eröffnet wurde, meinte man wohl dem Angeklagten schuldig zu sein, war er doch offenbar als V-Mann tätig gewesen, wie aus einer Vernehmung hervorgeht.

An den ersten beiden Prozeßtagen versuchte die Verteidigung, die beiden vergewaltigten Frauen zur rauschgiftabhängigen Gelegenheitsprostituierten und Kleindealerin bzw. zur in Zuhälterkreisen verkehrenden Alkoholabhängigen zu stempeln. Von Frau K. verlangte er Auskunft über die Öffentlichkeit im Zuschauerraum. Am vierten Prozeßtag beschimpfte er die Zuschauer — in der Mehrzahl Frauen — als „mitgebrachte Klaqueure". Richter Schmaltz meinte, der geringe Strafrahmen des Amtsgerichtes wäre ausreichend, denn die Vergewaltigungen wären „ja nicht in freier Wildbahn" passiert, sondern in der Wohnung des Angeklagten (ausführlicher dazu auch unsere Pressemitteilung vom 25.7.).

Unter dem Vorwand, die Angaben von Frau K., ihrer Mutter und zweier Freundinnen bezüglich ihrer Verletzungen auf ihre Glaubwürdigkeit überprüfen zu wollen, setzte Verteidiger Hüser weitere drei Prozeßtage durch.

Ein medizinischer Sachverständiger sollte sagen, ob man die in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag von Schlägen und Würgen herrührenden Verletzungen am Montag abend noch hätte sehen müssen. Kann sein, muß aber nicht, war die Bilanz des Dr. Schulz. Für dieses offenbar unvorhersehbare Ergebnis wurden die beiden Freundinnen zur Wiederholung ihrer Aussagen genötigt und dabei versucht, Widersprüche in ihre Berichte hineinzulegen und sie als unglaubwürdig hinzustellen. Auch Frau K. blieb es

Schulz. Für dieses offenbar unvorhersehbare Ergebnis wurden die beiden Freundinnen zur Wiederholung ihrer Aussagen genötigt und dabei versucht, Widersprüche in ihre Berichte hineinzulegen und sie als unglaubwürdig hinzustellen. Auch Frau K. blieb es

nicht erspart, noch einmal die ihr angetanen Brutalitäten zu schildern und sich zu erinnern, ob der Vergewaltiger sie mit der Faust oder flachen Hand geschlagen habe. Das Würgen wurde von Dr. Schulz als „Angriff gegen den Hals von geringerer Schwere" eingeschätzt, Frau K. war dabei ja auch „nur" schwindelig geworden und sie habe danach nur von Schluckbeschwerden gesprochen. Danach möchte er die erlittenen Brutalitäten noch einemal geschildert haben: ob das Würgen lange war, will er wissen. „Für mich lange genug", ist Frau K.'s Antwort. Das reicht ihm dann.

Auch den dritten Prozeßtag läßt RA Hüser nicht ungenutzt, um gegen die Öffentlichkeit Stimmung zu machen. Als er von Frau K. unterbrochen wird, da er Unwahrheiten verbreitet, und er sie dann oberlehrerhaft zurechtweist, erntet er Lacher aus dem Zuschauerraum. Seinem Antrag, die Zuhörer rauszusetzen, mag Richter Schmaltz aber doch nicht folgen.

Wozu, angesichts der Bilanz des Sachverständigen, noch Fragen nach sichtbaren Verletzungen an zwei Polizeibeamte, die bei der Anzeige mit Frau K. gesprochen haben, gerichtet werden sollen, muß sich nicht nur RA Hüser, sondern auch Richter Schmaltz fragen lassen. Sie konnten auch nicht sonderlich zur Klärung der angeblich „strittigen" Fragen beitragen, es sei denn durch Äußerungen wie die des Kriminalbeamten Scheffelke, der meinte: „Für mich erschien es suspekt, nachts mit einem Ausländer in eine Wohnung zu gehen".

Zu den Plädoyers: Als erster ist Staatsanwalt Gammelin dran.

Er geht zwar von den Aussagen der Frauen aus, meint aber, der Angeklagte habe sich erst zur Vergewaltigung entschlossen, als sie freiwillig nicht wollten. Als strafmildernd führt er die in seinen Augen „am unteren Rande anzusiedelnde Gewaltanwendung" bei Frau K. an. Gemeint ist damit: Schläge ins Gesicht und ganzen Körper, Würgen; Frau K. wurde beim leisesten Widerstand immer wieder mit dem Gesicht ins Kissen gepreßt, so daß sie das Gefühl hatte zu ersticken, sie sprach von Todesangst. Als mildernd wird ebenso der Umstand gewertet, daß der Angeklagte die Frauen „nicht auf der Straße angefallen, sondern die Wohnung ausgenutzt hat". An Frau K. gerichtet: „Ein bißchen mehr von dem Interesse, was wir hier bei Frau K. in der Hauptverhandlung gesehen haben, hätte das Geschehen verhindern können." Drei Jahre fordert er für die beiden Vergewaltigungen.

RA Hoffmann, Frau K.'s Anwalt, zieht eine kritische Bilanz des Verfahrens: Monatelang bekam er keine Akteneinsicht. Im Gegensatz zu anderen Prozessen verlaufen hier die Kontroversen zwischen Staatsanwalt und dem Verteidiger einerseits und der Nebenklägerin und ihrer Vertretung andererseits. Er vergleicht die Diffamierung der vergewaltigten Frauen vor Gericht mit dem Strafverfahren wegen Körperverletzung oder der Wegnahme einer Brieftasche. Niemand würde z.B. auf die Idee kommen, dem Geschädigten „ein freiwilliges Moment in der Hingabe der Brieftasche" zu unterstellen.

Die Tatsache, daß der Angeklagte die beiden Frauen unter einem Vorwand in seine Wohnung gelockt hat, bewertet RA Hoffmann als strafverschärfend. Angesichts des Prozeßklimas brauche man sich nicht über geringe Anzeigebereitschaft und zunehmende Selbstjustiz zu wundern, wie sie z.B. eine Ärztin mit der fachgerechten Kastration ihres Vergewaltigers geübt habe.

bewertet RA Hoffmann als strafverschärfend. Angesichts des Prozeßklimas brauche man sich nicht über geringe Anzeigebereitschaft und zunehmende Selbstjustiz zu wundern, wie sie z.B. eine Ärztin mit der fachgerechten Kastration ihres Vergewaltigers geübt habe.

Bewundernswert war, daß Frau K. nach so vielen Unterstellungen und Demütigungen die Kraft hatte, von ihrem Recht der Schlußerklärung als Nebenklägerin Gebrauch zu machen. „Ich habe mich damals spontan entschlossen, Anzeige zu erstatten. Ich halte es nach wie vor für richtig, obwohl im Prozeß aus mir, der Zeugin der Anklage, die angeklagte Zeugin gemacht wurde. ... Der Ekel wird gesteigert". Die Prozeßführung, wie sie sie jetzt erlebt habe, sei schuld, daran, daß so wenig Frauen Anzeige erstatten.

Frau K.'s Erklärung hielt Anwalt Hüser jedoch nicht davon ab, sie in seinem Plädoyer erneut in den Dreck zu ziehen. Er besteht auf der Rauschgiftversion, behauptet, es wäre „aufgrund von Rauschgiftkonsum zu einer sexuellen Begegnung gekommen, die sehr heftig und wild war, wodurch sich auch der desolate Zustand erklären ließe, den sie am Morgen auf ihre Mutter machte. ... Möglicherweise aus Frustation bei dem Gedanken daran, mit einem Schwarzen zusammen gewesen zu sein, hat sie die Frage der Mutter, ‚bist du vergewaltigt worden', mit Ja beantwortet ... Um sich der Verpflichtung der Anzeige zu entheben, hat sie dann ihren Freundinnen gegenüber behauptet, der Angeklagte sei nach London gereist". ... Aus einer falschen „Solidarität" heraus wäre Frau K. dann von ihren Freundinnen „in eine Situation gedrängt worden, in der es ihre nicht mehr möglich war, die Behauptungen zu widerrufen und damit das Gesicht zu verlieren".

Auch meinte Verteidiger Hüser, Frau K. wäre, „anders als viele Zeuginnen in derartigen Prozessen, ungeheuer cool gewesen. ... Sie war durchaus in der Lage, im Prozeß Einwürfe zu machen ... ihre Frau zu stehen. ... Sie hat also Abwehrkräfte, die man in einer anderen Situation vermißt ... (Und) daß jemand sein eigenes Publikum mitbringt, habe ich bisher noch nicht erlebt, eher den Ausschluß der Öffentlichkeit." Er sagte in diesem Zusammenhang: „Ich stehe zu der im Verlaufe dieses Verfahrens gemachten Äußerung vom Mitbringen von Klaqueuren". Von ihrer Freundin wäre sie dann auch dazu gedrängt worden, den Angeklagten zu suchen und „mußte von ihr erstmal auf den Angeklagten aufmerksam gemacht werden. Zu diesem Zeitpunkt gibt es kein Zurück mehr."

„Und Verletzungen", so dürfen die Prozeßbeteiligten jetzt von RA Hüser erfahren, „waren da, das ist für mich keine Frage". Gab es dann andere Gründe für die ausgiebige Befragung von Sachverständigen und Zeugen?

Abgebrüht auch die Argumentation im Fall der vergewaltigten Schwedin, Frau V.: „Auf die Frage, ob Geschlechtsverkehr und wenn ja, ob Gewalt, darauf wage ich keine Beantwortung zu geben, will ich auch nicht". Ob „der Geschlechtsverkehr — zumindest *aus der Sicht des Angeklagten* — mit Gewalt durchgeführt wurde oder nicht", ist für Dr. Hüser wichtig. „Wenn eine Frau dort schläft, dort ißt, eine Kneipe besucht und duscht, dann muß bei einem normalen Mann der Eindruck entstehen, ‚dann ist sie auch sicherlich zu mehr bereit' "! Auch sei zu berücksichtigen, daß „das Ganze sich nicht in Wellingsbüttel, sondern in St. Pauli abspielte." Und „selbst wenn sie es nicht gewesen ist, mußte der Angeklagte nicht davon ausgehen? Und ist es nicht auch noch eine Frage, ob sie ihre Ablehnung auch deutlich gemacht hat?" Schließlich ist auch „die Unterschiedlichkeit der Kulturkreise" zu berücksichtigen.

nicht gewesen ist, mußte der Angeklagte nicht davon ausgehen? Und ist es nicht auch noch eine Frage, ob sie ihre Ablehnung auch deutlich gemacht hat?" Schließlich ist auch „die Unterschiedlichkeit der Kulturkreise" zu berücksichtigen.

Daß, wie Herr Hüser meint, Frau V. „den Geschehensablauf blaß geschildert hat", soll wahrscheinlich andeuten, daß es ja so schlimm nicht gewesen sein kann. Und das Motiv ihrer Anzeige: Frau V. sei „in Katerstimmung aufgewacht, mit dieser Nacht nicht einverstanden" gewesen. Mit der als Seitenhieb gedachten Bemerkung an der Anwalt von Frau K.: „Es geht der Nebenklage um frauenrechtliche Prinzipien" — für Dr. Hüser ist das offenbar negativ — schließt er sein Blödoje.

Nun sollte der Angeklagte eigentlich mit seinem letzten Wort kommen. Dafür ist er aber offenbar von Dr. Hüser nicht vorbereitet worden. Der Dolmetscher schafft es nicht, sein Durcheinander zu übersetzen. Daher beschließt und verkündet Richter Schmaltz, daß dieser Prozeß einen weiteren Tag bekomme. Zur Fortsetzung hat Moses Harry eine 8-seitige Erklärung mitgebracht. Sie enthält z.B. die Frage, warum Frau K. nicht gleich nach der angeblichen Vergewaltigung zur Polizei gegangen wäre, wo doch die Wache gegenüber seiner Wohnung gelegen habe. Richter Schmaltz ist verärgert, war doch bis dahin nicht aufzuklären gewesen, um welche Wohnung es sich handelte. Das Gericht tritt noch einmal in die Beweisaufnahme über das Wie und Wo der Wohnung ein, das kostet natürlich noch mal Zeit. Schließlich geht es weiter in der Erklärung: Rache sei das Motiv von Frau K. für die Anzeige und die beiden Freundinnen haben gelogen. Als er ankündigt, sowohl etwas zu der vom Gericht nicht verfolgten Körperverletzung als auch zu dem Vorwurf der Spitzeltätigkeit zu sagen, greift RA Hüser ein und bewegt seinen Mandanten dazu, darauf nicht einzugehen: 3 oder 4 Seiten werden beiseitegelegt.

Für die 2. Anzeige nennt er den Schwarzenhaß in Zuhälterkreisen als Motiv. Frau V. erklärt er noch einmal ausdrücklich zur Alkoholikerin.

Für Beratung und Urteilsverkündung ist nun keine Zeit mehr, der 7. Prozeßtag wird angesetzt.

In seiner Urteilsbegründung für das Urteil von drei Jahren ohne Bewährung, bei Anrechnung der U-Haft, folgte das Gericht der Darstellung der Frauen.

Für strafmildernd hielt es jedoch, daß die Schwedin, Frau V., „bereit war, materielle Vorteile inkauf zu nehmen, mit dem Angeklagten ins Kino, Essen und eine Diskothek ging, dort (bei dem Angeklagten, die Verf.) duschte und schlief". Daraus ergab sich — wie Richter Schmaltz vortrug — eine „Gesamtlage, daß sich der Angeklagte Hoffnungen machte", daß er „Annäherungsversuche machen könnte". Frau V. habe also „objektiv" die Tat „gefördert".

Die Argumentation des Gerichts ist doch widersprüchlich, wenn es andererseits sagte, daß „die Ausgangslage in beiden Fällen durch den Angeklagten herbeigeführt wurde", mit anderen Worten, die Vergewaltigungen b e i d e geplant waren.

Ob Richter Schmaltz solche Argumente auch bei einer Körperverletzung oder Schmuckraub gebraucht hätte??

Der Strafrahmen des Amtsgerichts wurde mit drei Jahren zwar voll ausgeschöpft; daß dieses Gericht für diese Taten einen zu geringen Strafrahmen hat, darf dabei nicht in Vergessenheit geraten.

Noch ein Wort zur Öffentlichkeit: Weder die Ausfälle eines Verteidigers, noch die Geheimniskrämerei der Justiz werden uns daran hindern, vergewaltigte Frauen, ob wir sie persönlich kennen oder nicht, vor Gericht zu unterstützen. An jedem Prozeßtag hatte Frau K. Unterstützung durch die zahlreich erschienene Öffentlichkeit, natürlich überwiegend Frauen. Wir haben das Gefühl, es hat genützt.

Mit den Hamburger Medien sieht es allerdings noch anders aus. Gerade die sich als liberal verstehenden, z.B. „Morgenpost" oder NDR haben trotz mehrmaliger Aufforderung gekniffen. Auch die „taz" hat es nicht für nötig gehalten, darüber Öffentlichkeit zu schaffen (liegt es am Sexismusgerangel?).

Hamburg, 4.9.80

Notruf für vergewaltigte Frauen Hamburg



Von Polizeizeugen, Spitzeln, Vergewaltigern und »linken« Anwälten

Beim Aufräumen fiel uns ein 5-seitiges Papier vom Februar 1980 in die Hände. Es hat die Überschrift: *„Über den Widerspruch (von Frauen, Polizeizeugen und ‚linken' Verteidigern)"* und ist von Uwe Mäffert.

Geschrieben wurde es im Zuge der Auseinandersetzung um die Frage, ob linke Anwälte Vergewaltiger verteidigen sollen.

Uwe Mäffert hatte eine solche Mandatsübernahme schon in einem anderen Papier gerechtfertigt und dies anhand von drei Beispielen, angeblichen „A u s n a h m e n", bei denen ihm die Verteidigung geradezu „geboten" schien, erläutert.

Eine der drei „Ausnahmen" war der Fall des nigerianischen Seemanns; sein Prozeß ging kürzlich zuende (siehe AK 182 und nebenstehender Bericht). Mäffert beschrieb ihn seinerzeit als „sanften und klugen" Mann. Im Prozeß entpuppte sich sein ehemaliger Mandant als Polizeispitzel.

Mit der obigen Überschrift des Papiers vom 2.2. von U. Mäffert ist nun der Widerspruch gemeint, in den sich Polizeizeugen und Spitzel verwickeln, wenn sie vor Gericht als Zeugen der Anklage auftreten, wie z.B. in Grohnde-Prozessen o.ä. Anlaß zu diesem unseligen Papier war folgende Äußerung von Frauen im IKAH: *„Uwe findet das Urteil* (Anm.

sich Polizeizeugen und Spitzel verwickeln, wenn sie vor Gericht als Zeugen der Anklage auftreten, wie z.B. in Grohnde-Prozessen o.ä. Anlaß zu diesem unseligen Papier war folgende Äußerung von Frauen im IKAH: „Uwe findet das Urteil (Anm.

AK: Freispruch des von Uwe Mäffert verteidigten Vergewaltigers von Medine A., angeblich aufgrund von Widersprüchen, in die sie sich verwikkelt hatte; Mäffert kommentierte es als „weder zynisch noch frauenfeindlich" *in Ordnung, weil Widersprüche aufgetreten sind. Das ist ein schlechter Witz: Du weißt genau, daß es unmöglich ist, daß unter solchen Voraussetzungen keine Widersprüche auftreten. Die betroffene Frau stand nicht nur ohne Anwalt vor Gericht,* **sondern ist auch noch Ausländerin, Türkin! D.h. die Sache wird für die Frau nicht nur dadurch erschwert, daß der Vorfall drei Jahre zurückliegt, sondern, daß sie schlicht nicht weiß, worauf es in einem solchen Prozeß vor einem ausgebufften Gericht ankommt ..."** (AK 170) (Hervorhebg. nicht im Original).

Dazu drängte sich RA Mäffert folgender Vergleich auf: *Vor etwas mehr als einem Jahr sagte im ‚Hamburger Antifaschistenprozeß' der Leiter der Rechtsabteilung der Polizei als Zeuge aus: ‚Seit 1973 geben Einzelfälle Anlaß, aufgrund von Auswertung von Zeugensituationen den Polizeibeamten bessere Ratschläge als die Fertigung von Gedächtnisprotokollen über ihre Vernehmung bei der Kriminalpolizei zu geben. Demonstrationsprozesse haben bei der Auswertung eine besondere Rolle gespielt ... In diesen Prozessen sind die Zeugen in Schwierigkeiten geraten. Es wurde eine optimale Vorbereitung erforderlich. Der Prozeßbeobachter hat festgestellt, daß die Polizeizeugen sich in Widersprüche verwickelten...' ".*

An dieses Zitat schließen sich 3 1/2 Seiten Beispiele und Allgemeinheiten über die unrühmliche Rolle von Polizeizeugen und Spitzeln und deren Widersprüche in politischen Prozessen an.

Eins davon sei herausgegriffen: *„Prof. Jens Scheer war vor dem Landgericht Itzehoe angeklagt, Rädelsführer von Gewalttätigkeiten in Brokdorf gewesen zu sein. Beschuldigt wurde er durch einen Polizeispitzel, Der Spitzel wurde gefragt, ob er vor seiner Aussage im Prozeß die Protokolle früherer Vernehmungen eingesehen hätte. Vormittags verneinte er die Frage, nachmittags bejahte er sie. Als Grund für seine Lüge gab er an: ‚Der Staatsanwalt hat mir die Protokolle gegeben. Er beschwor mich, davon nichts im Prozeß zu sagen, sonst gehe der Prozeß gleich in die Hose' ".*

Und damit nach diesem unverschämten Vergleich keine Frau einen Grund hat, sich aufzuregen, schreibt Mäffert auf S.5: *„Ich will hier kein Mißverständnis aufkommen lassen. Die Frauen, die Männer der Vergewaltigung beschuldigen, stelle ich den Polizeibeamten, die Bürger belasten, nicht an die Seite".* Warum er trotzdem seitenlang über Polizeizeugen doziert hat, ist wohl sein Geheimnis? ...

Diese ganzen Vergleiche können doch nur heißen, daß RA Mäffert von den vergewaltigten Frauen verlangt, bei der Anzeige und im Prozeß ins offene Messer zu laufen.

Diese ganzen Vergleiche können doch nur heißen, daß RA Mäffert von den vergewaltigten Frauen verlangt, bei der Anzeige und im Prozeß ins offene Messer zu laufen.

Aber auch dieser Vergleich schreckt uns nicht. Frauen, die nicht mehr mitansehen wollen, wie vergewaltigten Frauen vor Gericht der Prozeß gemacht wird, werden fortfahren in ihrer „Zeugenbetreuung" durch Prozeßberichterstattung, juristische und psychische Unterstützung der Vergewaltigten vor Gericht und im Prozeß.

Den Unterschied zwischen der Zeugin im Vergewaltigungsprozeß und einem Polizeizeugen im Grohnde-Prozeß hat RA Mäffert übrigens bis heute noch nicht begriffen: Verlangte er doch, die im Fenster des „Arbeiterbuch" Hamburg hängende Wandzeitung, mit der auf den gerade abgeschlossenen Vergewaltigungsprozeß aufmerksam gemacht wurde, abzunehmen, da der darin enthaltene Hinweis, „es handelt sich um eine von Mäfferts ‚Ausnahmen' ", ihn diffamiere.

Dabei sollte er sich glücklich preisen, daß die Frauen ihn ‚erpreßt' haben, das Mandat niederzulegen! Uwe Mäffert hat zwar bis heute nicht begriffen, warum er Vergewaltiger nicht verteidigen darf; als unerschrockener Ankläger der Praxis von Polizeizeugen und Spitzeln vor Gericht sollte er aber uns Frauen dankbar sein, daß ihm die Schande erspart blieb, ausgerechnet einen solchen zu verteidigen.

Von Blumenspenden bitten wir abzusehen, möchten RA Mäffert aber eine andere Möglichkeit, seiner Dankbarkeit Ausdruck zu verleihen, wärmstens empfehlen:
Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen, Hamburg
Sonderkonto — N — Postscheckkonto Hamburg 20, KtoNr. 40411-207

Mit freundlichen Grüßen
AG Frauen KB/Gruppe Hamburg

Sowjetische »Feministinnen« ausgewiesen

Vier der Frauen, die im Dezember 79 in Leningrad die Zeitschrift „Frauen und Rußland" herausgebracht haben, sind im Juli aus der Sowjetunion ausgewiesen worden.

Während damals die „Courage" diese Texte der „neuen Frauenbewegung in der Sowjetunion" so wichtig fand, daß sie sie anstelle des geplanten März-Schwerpunkts Scheidung fast vollständig abdruckte, und auch „Emma" von russischen „Feministinnen" sprach, beurteilten wir diese Texte skeptischer, weil uns etliches daran weder fortschriftlich noch feministisch erschien. Insbesondere ein Artikel, in dem eine Art Marienkult (als Inbegriff der Weiblichkeit) propagiert wurde, gab Anlaß zu Mißtrauen.

Inzwischen scheint aber gerade diese Position an Boden gewonnen zu haben. Drei der jetzt ausgewiesenen Frauen, Ioulia Voznesenskaia, Natalia Malakhovskaia und Tatiana Goritcheva sowie Sofia Sokolova, die noch in Leningrad ist, haben im März in Leningrad einen „Klub Maria" gegründet. Über diesen Klub schreibt die französische Frauenzeitung „des femmes en mouvement": *„Der Klub ,Maria' unterscheidet sich von Almanach ,Frauen und Rußland' in drei Punkten: für die Frauen vom Klub ,Maria' ist das orthodoxe Dissidententum eine wesentliche Stütze ihrer Ideen: die Religion gestattet ihnen den Zugang zu einer Geistigkeit und einer ,neuen Weiblichkeit', von der sie sagen, daß der sowjetische Staat sie ihnen geraubt hat, und die ihnen erlaubt, den Marxismus und die bolschewistische Revolution anzugreifen"* („des femmes ..", 38/80).

In einem Interview mit „des femmes ..." äußern sich die drei ausgewiesenen „Maria"-Initiatorinnen zur Rolle, die die Religion bei ihnen spielt: Ioulia Voznesenskaia: *„Das, was an unserem Klub Maria besonders ist, das sind die Positionen, die wir zu den* (Olympischen, Anm. d. Verf.) *Spielen, dem Marxismus und der Religion angenommen haben.* (.....) *In unserem Klub Maria haben alle die, die dabeigeblieben sind, über den Marxismus diskutiert, und wir haben dazu eine sehr negative Meinung. Wir glauben auch, daß das Phänomen der Christianisierung der ganzen demokratischen Bewegung in Rußland sehr wichtig ist."*

Natalia Malakhovskaia: *„Es gibt wenige Dissidenten in Rußland; die nicht gläubig sind."*

Tatiana Goritcheva: *„Unsere Bewegung macht die Befreiung zu ihrer Aufgabe. Die Freiheit ist also unser absolutes Kriterium: unsere orthodoxe Kirche ist eine Kirche, die vor allem leidet, eine Kirche der Opposition, der Märtyrer. Sie lebt. Das Schicksal der Frauen und das der Kirche haben gemeinsame Punkte: sie treten derselben Repression entgegen. Das soll nicht heißen, daß wir das Leben meiden, im Gegenteil, gerade dort finden wir das Leben. In der katholischen Kirche kann der Heilige Geist sich nicht offenbaren, zweifellos zieht sie deshalb die Frauen nicht an, denn sie können sich dort nicht verwirklichen. Bei uns dagegen ist der Geist frei. Es gibt eine Bedingung: man muß den Wunsch haben, zur Kirche zu kommen, wenn man es aus Zwang oder aus Tradition tut, ist das nicht das gleiche. Gott muß offen sein"* (des femmes ..., 39/80).

Diese Frauen haben offensichtlich keine Schwierigkeiten damit, sowas als „Feminismus" auszugeben, sie definieren einfach das, was sie machen, als solchen: *„Wenn eine Frau von unserer Zeitschrift reden hört, von unserer Arbeit, wird sie sofort Feministin"* (Natalia Malakhovskaia, „des femmes...", 39/80).

Der Almanach „Frauen und Rußland" und der Klub „Maria" sind jedenfalls nicht Ausdruck einer „feministischen Bewegung" in der Sowjetunion, sondern eher dessen, daß die sowjetischen Dissidenten/innen (einige der Almanach-Frauen haben vorher auch an anderen Untergrundzeitungen mitgearbeitet) in der Frauenpolitik ein neues Arbeitsfeld entdeckt haben. Dies scheint ein guter Griff gewesen zu sein: *„Vor den Olympischen Spielen gab es in Moskau enorm viele Verhaftungen: alle Mitglieder der Gruppen waren gezwungen, sich zu verstecken, die Samisdat-Zeitungen wurden beschlagnahmt. Unsere feministische Bewegung ist die einzige Gruppe, die augenblicklich noch in Rußland existiert und sich in Freiheit befindet"* (I. Voznesenskaja, „des femmes...", 39/80).

„(...) *Unsere Frauen haben sich als stärker als die Männer erwiesen (...) Historisch gesehen ist das, was wir in Bewegung gesetzt haben, im richtigen Moment gekommen. Das war ganz und gar unerwartet"* (N. Malakhovskaia, „des femmes...", 39/80).



Tatiana Mamonova, Natalia Malakhovskaia, Tatiana Goritcheva, Ioulia Vozuesenskaia

Die vierte der ausgewiesenen Frauen, Tationa Mamonova,die Chefredakteurin von „Frauen und Rußland", ist nicht am Klub „Maria" beteiligt. Sie sagt: *„Die Priorität hat für mich die psychologische Revolution im Geist der russischen Frauen, daß sie lernen, daß sie den Männern gleichgestellt sind, aber de facto ausgebeutet, vergewaltigt, erdrückt bleiben.*

Unsere Bewegung breitet sich aus innerhalb des Dissidententums. Bis jetzt hat das Dissidententum noch kein positives Projekt präzisiert, die Bewegung der Frauen wird das tun. Unser Almanach hat angefangen, Antworten zu geben für die Zukunft der Menschheit. Die Frau ist von Natur aus altruistisch, (selbstlos – Anm. AK) *denn sie gibt das Leben und für sie hat das Leben einen hohen Wert"* („des femmes...", 39/80).

Sie will mit anderen emigrierten Dissidenten zusammenarbeiten und sagt dazu: *„Auf sozialem Gebiet haben wir gemeinsame Vorstellungen, aber sie interessieren sich nicht für die Probleme der Frauen, und sie sind, wie schon gesagt, in der Mehrheit Phallokraten. Gewisse Systemkritiken am sowjetischen System mag ich nicht. Es hat sicher absolut negative Seiten, aber ich glaube nicht, daß die westliche Gesellschaft solche nicht besitzt"* (des femmes...", 39/80).

Eine Genossin der AG Frauen Hamburg

Erstes kommunistisches Frauenstatut der BRD verabschiedet
KB-Frauen erkämpfen sich die Autonomie

Am 19.7. wurde auf einer bundesweiten Frauen-VV des KB unser Frauenstatut verabschiedet.Das ist das erste Mal in der Geschichte der BRD-Linken, daß sich Frauen solche innerorganisatorischen Rechte und die Autonomie erkämpft haben !

Linke, organisierte Frauen haben es noch nie leicht gehabt, denn sie werden zusätzlich zum HERRschenden Chauvinismus noch von den Genossen in den eigenen Reihen unterdrückt. Auch die Geschichte der KB-Frauen ist davon gekennzeichnet:

2 Schritt vorwärts - 1 Schritt zurück

Im September '78 erschien im AK 137 der Artikel „KB-Frauenpolitik in der Sackgasse?". Die AG Frauen stellte in diesem Überblick fest, daß Mitte '76 den KB-Frauen ein Irrtum in der Einschätzung zur Situation der Frauen in der Organisation unterlaufen war: die Parole „Macht die Frauenarbeit zur Aufgabe der gesamten Organisation", ausgegeben aufgrund der Doppelarbeit der Genossinnen (die **ZUSÄTZLICH** zu anderen Bereichen noch Frauenarbeit leisteten),führte großenteils zum Zusammenbruch der Frauenstrukturen und der Frauenarbeit; denn es entstand ein Rückzug aus der Frauenarbeit und es setzte sich verstärkt chauvinistisches Verhalten der Genossen durch.

Seit dem „Sackgassenartikel" jedoch bemühten wir uns verstärkt, wieder bundesweit Frauenstrukturen aufzubauen: Den Genossen wurde mühsam klargemacht, daß Frauenarbeit als gleichwertiger Arbeitsansatz zu akzeptieren und zu unterstützen ist. Die Freistellung von Genossinnen für Frauenarbeit wurde durchgesetzt. Wir erkämpften uns das Recht, uns jederzeit autonom in KB-Frauengruppen, regionalen und bundesweiten VV's treffen zu können. Wir führten auf vielen Frauen-VV's heiße Debatten um die Einrichtung von Frauenzellen, wehrten uns dagegen, daß Frauenzellen (d.h. Grundorganisierung ohne Männer nur „Notlösung" angesehen wurden. Der Kampf gegen den Chauvinismus innerhalb und außerhalb der Organisation wurde mehr und mehr im AK dokumentiert, um allen Genossinnen Mut zu machen. Der Geschlechterkampf als Teil unseres Kampfes war besonders mit der Auseinandersetzung um die ZL–Fraktion, die den Geschlechterkampf als kleinbürgerlich diffamierte, umstritten und führte zu den schärfsten Angriffen auf die KB–Frauenpolitik innerhalb der Organisation. Die Einrichtung einer Frauenleitung, die sich aus regional delegierten Genossinnen zusammensetzt, war ein weiterer wichtiger Schritt in der Entwicklung einer kollektiven Zusammenarbeit; das gleiche gilt für den Aufbau bundesweiter Spezialistinnengruppen (Lesben, § 218, Mütter, Gewalt, Studentinnen–Gruppen u.a.).

Im März '80 ging als Ergebnis unserer Frauenerfahrungen und zur Festlegung unserer bereits erkämpften Gewohnheitsrechte der Entwurf eines Frauenstatuts an alle Gruppen der Organisation, mit der Aufforderung zur Diskussion. Auf der KB–Delegiertenkonferenz am 5./6. Juli setzten die Delegiertinnen im allgemeinen Statut des KB folgenden Autonomie-Passus durch: **„Die doppelte Unterdrückung der Frauen im Kapitalismus macht auch nicht vor den Toren einer kommunistischen Organisation halt. Wir tragen dieser Tatsache Rechnung, indem die Genossinnen im KB über eine eigene Fraunstruktur und die Inhalte ihrer Politik selbst bestimmen. Das schafft den Genossinnen die Vorbedingungen, schon heute, auch im KB, mit dem Kampf um die Frauenbefreiung zu beginnen; d.h. andere ökonomische, soziale, emotionale und sexuelle Beziehungen zwischen Frauen und Mann und unter Frauen zu erkämpfen.**

Genauere Aufgaben der Frauenstruktur regelt ein Frauenstatut, das von einer bundesweiten Genossinnen-VV verabschiedet wird."

Wenn frau an vergangene und gegenwärtige Geschlechterkämpfe im KB denkt, kann sie sich nur wundern, daß die Verabschiedung der Frauenautonomie erstaunlicherweise e i n s t i m m i g stattfand.....Mit Sicherheit wird aber die praktische Auslegung unserer erkämpften Autonomie noch einigen Ärger mit sich bringen.

Mit dem 5./6. Juli war der Weg frei, um unser Frauenstatut autonom auf einer Frauen-VV abschließend zu diskutieren und zu verabschieden.

Präambel

Wir Frauen sind die Hälfte des Himmels und wir werden sie erobern! Der KB sieht es als seine Aufgabe an, unermüdlich für die Befreiung der Frau zu kämpfen. Dies bedeutet Kampf gegen die doppelte Unterdrükkung in allen gesellschaftlichen Bereichen, also auch in der Organisation. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung haben uns gezeigt, daß der Kampf für unsere Befreiung unverzichtbarer Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus sein muß. Es gibt allerdings einen Widerspruch zwischen den Interessen der Männer und denen der Frauen im Klassenkampf. Deshalb ist der Geschlechterkampf Teil der Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb des KB.

Der KB will dazu beitragen, eine eigenständige kommunistische Frauenpolitik in der BRD zu entwickeln. Dazu gehört eine umfassende Auferbeitung (ggfls. Kritik) der Geschichte und der Theorie der Frauenbewegung und der theoretischen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Klassikerinnen und Klassiker.

I. Pflichten der Organisation in der Frauenarbeit

1. Mitglied im KB kann nur werden und sein, wer die Präambel und das Frauenstatut des KB kennt und teilt. Bei Neuaufnahmen können Genossinnen mit Vetorecht an der Entscheidung beteiligt werden.
2. Jedes Mitglied hat die Frauenpolitik als unverzichtbaren und fördernswürdigen Arbeitsansatz zu respektieren und nach Möglichkeit zu unterstützen.
3. Frauen, die über die Frauenarbeit für die Organisation gewonnen wurden, und Frauen, die Frauenarbeit machen oder machen wollen, dürfen nicht für angeblich „wichtigere" Aufgaben abgeworben werden.

Jede Genossin entscheidet selbst über ihr Aufgabengebiet!

Ia. Agitation und Propaganda zur Frauenfrage:

1. Alle Mitglieder haben die Pflicht, die Frauenfrage zum Bestandteil ihrer Agitation und Propaganda zu machen. Dabei sollen Genossinnen, die Frauenarbeit machen, zu Rate gezogen werden.
2. Ein besonderes Gewicht soll darauf gelegt werden, Frauen für die Zusammenarbeit mit dem KB zu gewinnen.
3. Jeder AK enthält Seiten für die Frauenpolitik (weiteres siehe unter Rechte der Genossinnen).

Ib. Innerorganisatorische Pflichten:

1. Der Kampf für die Rechte der Frauen muß Bestandteil der Auseinandersetzung innerhalb der gesamten Organisation sein.
2. In allen Bereichen wird die Frauenarbeit durch die Genossinnen a n g e l e i t e t !
3. Von jedem Arbeitsbereich/ jeder Kommission ist eine eigenständige Frauenpolitik zu entwickeln. Bei der Schulung von Sympathisanten ist besonderer Wert auf die Frauenfrage zu legen.
4. Die Bemühungen der Genossinnen, sich zu qualifizieren, müssen besonders gefördert werden, ihr Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten muß gestärkt werden.
Sind Mann und Frau für gleiche Aufgaben qualifiziert, wird die Frau für die Aufgabe gewählt.
5. Anzustreben ist, daß in allen Gremien Frauen zur Hälfte vertreten sind, mindestens aber entsprechend ihrem prozentualen Anteil in der Organisation.
6. (wird noch von den Mütter-Genossinnen formuliert).
7. Die Frauen sind von „frauenspezifischen" Arbeiten, wie Tippen, Organisationsarbeiten etc. zu entlasten bzw. es müssen männliche Genossen zu derartigen Aufgaben verpflichtet werden, damit die Genossinnen sich allseitig qualifizieren können.

Ic. Disziplinierungsmaßnahmen

1. Mit der Mitgliedschaft im KB ist es unvereinbar, daß Männer Frauen schlagen. Solche Genossen sind nach Absprache mit anleitenden Gremien bzw. der Frauenverantwortlichen zu beurlauben, um in dieser Zeit die Gelegenheit zur Diskussion zu nutzen und sich über das Fehlverhalten selbstkritisch bewußt zu werden. Diese Maßnahme verstehen die KB-Frauen als eine Form der Überzeugungsarbeit.
Die brutalste Form der Frauenunterdrückung ist die Vergewaltigung. Die Vergewaltigung einer Frau zieht den Ausschluß aus dem KB nach sich. Zur Unterstützung der betroffenen Frauen ist über die beantragte Disziplinierungsmaßnahme vorrangig und umgehend zu entscheiden.
Des weiteren gilt das Disziplinierungsrecht des allgemeinen Statuts.

II. Rechte der Frauen in der Organisation

1. Jede Frau hat das Recht, ausschließlich Frauenpolitik zu machen.
2. Alle Genossinnen haben das Recht, sich ohne Männer zusammenzusetzen und sich zu beraten.
3. Die redaktionelle Kontrolle der Frauenseiten im AK und aller Frauenpublikationen obliegt einer Gruppe von Genossinnen, die der Frauenleitung verantwortlich sind. Die journalistische Tätigkeit der Genossinnen wird gefördert.
4. Eine Frauen- oder Lesbenzelle kann gebildet werden, wenn mindestens 3 Genossinnen darauf Anspruch erheben.
5. Die Forderung nach mindestens 2 Genossinnen in einer gemischten Zelle ist zu erfüllen. Frauen, die in anderen politischen Bereichen als denen der Frauenarbeit tätig sind, haben jederzeit das Recht, die Frauenverantwortliche zu ihrer Unterstützung hinzuzuziehen.
6. Frauen haben in der Diskussion vorrangiges Rederecht. Die Entscheidungen und Pläne der Genossinnen müssen als Tagesordnungspunkte von DK's, VV's, Kongressen und Leitungsterminen behandelt werden. Änderungsvorschläge dieser Gremien werden in der Frauenstruktur in die Beratung miteinbezogen.
7. Im KB besteht das Recht, das „Private" öffentlich zu machen. Die Bemühungen der Betroffenen, das „Private" öffentlich zu machen, müssen bei Einhaltung der Organisationsdisziplin von allen Einheiten der Organisation unterstützt werden.
8. Die Politisierung des "Privaten" ist zu fördern: dieses betrifft zum Beispiel die Mitarbeit in Lesbengruppen oder in Sexualitäts-Kommissionen.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von der vorherigen Seite

III. Frauenstrukturen im KB

Die Frauenstrukturen im KB dienen zur Entwicklung einer eigenständigen Frauenpolitik, d.h.:
a) der gegenseitigen Stärkung und Emanzipation der Genossinnen
b) der Bekämpfung chauvinistischer Tendenzen
c) der ideologischen und politischen Kontrolle über die Entwicklung der Frauenpolitik zu einem zentralen Bestandteil der Organisation
d) der verstärkten Auseinandersetzung mit verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung
e) der Weiterentwicklung der Bündnispolitik.

Es soll in jeder Zelle eine Frauenverantwortliche und in jedem Bereich eine Frauengruppe des KB für die Frauenpolitik verantwortlich sein.

III a. Frauenvollversammlung

1. Die bundesweite Frauen-VV ist das höchste beschlußfassende Organ in bezug auf die Frauenpolitik des KB. Sie wird mindestens zweimal im Jahr einberufen. Eine außerordentliche Vollversammlung muß stattfinden, wenn ein Viertel der Genossinnen sie fordert.
Eine außerordentliche Frauen-Vollversammlung kann stattfinden, wenn eine Fraueneinheit sie bei der Frauenleitung beantragt. Die Frauenleitung prüft den Antrag im Hinblick auf die Relevanz für die KB-Frauen und handelt entsprechend.
2. Die bundesweite Frauenvollversammlung wählt die Frauenleitung und kann sie auch abwählen. Die Bereichs- und Landes-VV's schlagen ihre Genossinnen für die Frauenleitung vor und können sie auch abwählen.
3. Frauenvollversammlungen in den Bundesländern und Städten können jederzeit einberufen werden bzw. durchgeführt werden.

III b. Frauenleitung

1. Zwischen den Frauenvollversammlungen ist die Frauenleitung das höchste beschlußfassende Organ. Ihre Aufgaben sind Koordinierung und Auswertung der Frauenarbeit. Die Frauenleitung bestimmt ihre Aufgaben und Schwerpunkte u.a. auf Grundlage der Beschlüsse der Frauen-VV's. Sie wird von der Frauen-VV kontrolliert.
2. Sie soll anstehende Kämpfe und Aufgaben in der Frauenpolitik mit der Gesamtpolitik des KB koordinieren.
3. Sie ist der bundesweiten Frauenvollversammlung, dem Kongreß und dem Leitenden Gremium rechenschaftspflichtig.
4. Ihre Mitgliederinnen arbeiten in Kommissionen (AGF, AG-Lesben, KB-Frauengruppen) beziehungsweise in der praktischen Frauenpolitik des KB (Bündnisbereich) mit. Die AG Lesben entscheidet eigenständig über eine Teilnahme an der Frauenleitung. Die Mitglieder der Frauenleitung sind ihrer jeweiligen Basis persönlich rechenschaftspflichtig und können gegebenenfalls auch abgewählt werden.
5. Die Frauenleitung delegiert ihre Vertreterinnen ins LG, sie sind der Frauenleitung rechenschaftspflichtig.
6. Widersprüche innerhalb und zur Frauenleitung sollen in Protokollen/Stellungnahmen offengelegt werden und auf der bundesweiten Frauenvollversammlung zur Diskussion gestellt werden.
7. Bei Konflikten zwischen Frauenstruktur und örtlichen KB-Bereichen/Gruppen werden die nächst höheren Anleitungsgremien beider Strukturen eingeschaltet. Sollte letztendlich der Widerspruch dann zwischen Frauenleitung und LG fortbestehen, entscheidet eine bundesweite Frauenvollversammlung.
8. Das Frauenstatut wird durch eine Frauen-VV beschlossen.
9. Das Frauenstatut wird auf einem KB-Kongreß diskutiert.

Diskussionen auf der Statut-Frauen-VV

Alter Präambel-Entwurf:
„Die Frauen sind die Hälfte des Himmels – und sie müssen sie erobern, dieser Satz ist auch auf den KB-Himmel anzuwenden. Der KB sieht es als seine Aufgabe an, unermüdlich für die Befreiung der Frauen zu kämpfen. Dazu gehört der Kampf gegen die doppelte Unterdrückung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Da es immer einen Widerspruch zwischen dem allgemeinen Klassenkampf, der Revolution und der Befriedigung der besonderen Interessen und Befreiung der Frau geben wird, erkennt der KB den Geschlechterkampf innerhalb und außerhalb der Organisation als Teil des Kampfes gegen die Unterdrückung der Frauen/Genossinnen an. Es ist unser Ziel, jegliche Unterdrükkung der Frauen abzuschaffen."

Eine Kontroverse entwickelte sich daran, ob es einen **Widerspruch** oder einen **Zusammenhang** zwischen den allgemeinen Forderungen des Klassenkampfes und der Befreiung der Frau gibt.

Für die „Widerspruchs"formulierung wurde aufgrund der üblichen, tagtäglichen Konfrontation mit chauvinistischem Verhalten unserer Genossen argumentiert.

Dagegen wurde gehalten, daß eine dialektische Einheit zwischen zwei Widersprüchen, zwischen (hier) „Widerspruch" und „Zusammenhang", besteht, und daß in d i e s e m Sinne der Geschlechterkampf zu fördern sei.
– Zusammenhang heißt: jeder Sieg über ein Stückchen Chauvinismus ist eine Stärkung des Klassenkampfes.
– Zusammenhang heißt: Glaubwürdigkeit und Durchsetzbarkeit revolutionärer Taten waren und sind eng verknüpft mit der Vertretung von Fraueninteressen; auch wenn diese Vertretung gegen die Genossen erkämpft werden muß, sollte im Statut unsere Zielsetzung ausgedrückt werden.

(Die Mehrheit der Genossinnen entschied sich für die „Widerspruchs"-formulierung).

Sozialismus oder Kommunismus?

Bei der Formulierung *„Es gibt allerdings einen Widerspruch zwischen den Interessen der Männer und denen der Frauen im Klassenkampf"* wurde von einigen Frauen befürchtet, daß dieser als antikapitalistischer und nicht als antipatriarchalischer Widerspruch interpretiert werden könnte.

Einige Genossinnen wollten „Sozialismus" durch „Kommunismus" ersetzen, in der Annahme, daß durch die „Sozialismus"-Formulierung Illusionen (als ob im Sozialismus die Befreiung der Frau möglich sei) geschürt werden könnten.

Diese o.g. Diskussionen müssen wir sicherlich noch vertiefen.

Diskussion um psychische Gewalt im KB

Die unter Ic. verabschiedete Passage mit ihrer zusätzlichen Verschärfung zu Vergewaltigern ist bei den KB-Frauen unumstritten. Außerdem haben wir uns gegen die automatische Beurlaubung ausgesprochen (d.h. Beurlaubung o h n e Anhörung) und stimmen somit mit dem Disziplinarrecht im allgemeinen Statut überein. (Hierüber hatte es zuvor heiße Debatten unter den KB-Frauen gegeben).

Ein weiterer Zusatz zu psychischer Gewalt und ihren Konsequenzen für KB-Männer wurde u.a. anhand folgender Frankfurter Resolution heiß und kontrovers diskutiert:

1.c) Disziplinierungsmaßnahmen

Gewalt gegen Frauen tritt in verschiedenen Formen auf: Neben körperlicher Gewalt - z.B. Schlagen von Frauen - gibt es Formen psychischer Gewaltanwendung, die in ihren Auswirkungen auf die betroffene Frau körperlicher Gewalt gleichkommen.

Jegliche Gewaltanwendung, die die Identität von Frauen verletzt oder sogar zerstört, ist als besonders krasse Form chauvinistischer Unterdrückung mit der Mitgliedschaft im KB unvereinbar. Männer, die Gewalt gegen Frauen ausgeübt haben, sind nach Absprache mit der örtlichen Frauenverantwortlichen und der Frauenleitung zu beurlauben, um in dieser Zeit die Gelegenheit zur Diskussion zu nutzen und sich über das Fehlverhalten selbstkritisch bewußt zu werden. Diese Maßnahme verstehen wir KB-Frauen als eine Form der Überzeugungsarbeit. Des weiteren gilt das Disziplinierungsrecht des allgemeinen Statuts.

Begründung:
Gewalt gegen Frauen, ob physisch oder psychisch, hat immer Frauenverachtung zur Grundlage. Gegen jede Form von Frauenverachtung wollen wir mit diesem Passus im KB zu Felde ziehen. Dabei ist uns klar, daß es Unterschiede gibt zwischen den verschiedenen Formen von Gewalt, oft auch zwischen physischer und psychischer Gewalt. Physische Gewalt ist meistens der l e t z t e Schritt, den Männer gehen, um Frauen kleinzukriegen, sie zu erniedrigen, um „ihr Recht" durchzusetzen. Jedoch fängt für uns nicht erst dann, wenn zum ersten Mal geschlagen wird, Gewalt gegen Frauen an.

Physische Gewalt beinhaltet i m m e r psychische Gewalt und psychische Gewalt hat oft ähnlich zerstörerische Auswirkungen auf die betroffenen Frau wie entwürdigendes Schlagen.

Welche konkreten Auswirkungen Gewalt auf die individuelle Frau hat, fühlen wir uns nicht in der Lage festzuhalten. Wichtig ist für uns, daß wir ganz massiv a l l e brutalen Formen von Gewalt bekämpfen, natürlich auch im KB.

Gerade weil davon ausgegangen werden kann, daß wir es im KB nicht in erster Linie mit akut lebensbedrohlicher Gewalt gegen Frauen (d.h. Zusammenschlagen, Vergewaltigung u.ä.) zu tun haben, sondern viel häufiger mit psychischer Gewalt, der ebenfalls Frauenverachtung zugrunde liegt und die daher ebenso zerstörerisch auf die einzelne Frau wirken kann, finden wir es wichtig, unseren aktiven Kampf gegen a l l e krassen Formen von chauvinistischer Unterdrückung im Statut festzuhalten. Wir halten dies auch zum einen für eine Unterstützung der Frauen, die sich konkret gegen solche Unterdrückung wehren müssen und sich bislang nicht trauten, bei „nur" psychischer Gewalt die Unterstützung der Organisation zu fordern, zum zweiten für einen weiteren Schritt, die Mitglieder des KB sowie den an einer Mitarbeit im KB Interessierten für die verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen zu sensibilisieren. Die Gefahr eines Mißbrauchs dieses Paragraphen, die in der Diskussion mehrfach angesprochen wurde, sehen wir nicht. Sicher ist es schwieriger, psychische Gewalt in all ihren Dimensionen „gerecht" zu bestimmen. Das Problem stellt sich bei physischer Gewalt nicht in dem Maße. Das ist für uns aber lange kein Grund, unsere Rechte bei der Bekämpfung von psychischer Gewalt aus dem Frauenstatut auszuklammern.

Außerdem widerspricht die Vermutung bzw. Befürchtung, der § könne mißbraucht werden, auch jeder Praxis von uns KB-Frauen !

Gegenposition dazu:
Bei einem Teil der Genossinnen besteht die Befürchtung, daß ein Passus zur psychischen Gewalt zur Gleichsetzung mit bzw. Verharmlosung von physischer Gewalt führen kann, daß Liebesentzug, chauvinistisches Verhalten in Beziehungen u.ä. als psychische Gewalt definiert werden könnte. Die unterschiedliche Definition des Begriffs „psychische Gewalt" äußerte sich auch im Suchen neuer alternativer Formulierungen wie „psychische Repression" oder „unsolidarisches Verhalten".

Leider redeten wir hier total aneinander vorbei. Die o.g. Beispiele wurden teilweise empört zurückgewiesen. Besonders von Frauen, die massiv mit Formen der psychischen Gewalt konfrontiert worden sind, die Erfahrungen gemacht haben, die an Selbstzerstörung und Selbstaufgabe grenzten, bis hin zur physischen Zerstörung. Psychische Gewalt ist ein zerstörerischer Prozeß und nicht mit dem „normalen" chauvinistischen Verhalten zu verwechseln.

Ein anschließendes Meinungsbild ergab eine klare Mehrheit für die Aufnahme eines Passus zur psychischen Gewalt. Es wurde jedoch auf eine Abstimmung verzichtet, da wir diese Entscheidung nicht per Mehrheitsdruck durchsetzen wollen. Die Diskussion darum hat gerade erst angefangen und wir wollen sie nicht durch eine Abstimmung beenden, sondern wir wollen dieses Problem noch ausführlich (auch im AK) beraten, damit die ganze Organisation unsere Beschlüsse tragen kann. (Deshalb bitten wir um Erfahrungsberichte).

Zur Mütterdiskussion

Ein Extra-Mütter-Passus für das Statut wird von den Müttern selber formuliert. Einigkeit bestand darin, eine Mutter zusätzlich in die Frauenleitung aufzunehmen. Außerdem gibt es jetzt Müttertreffen im KB, s. auch AK 183.

Reg./BO., Bx./Ms.

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg



Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

He-Terror in Schleswig-Holstein!

Lesben im Frauenzentrum Husum sind Auslöser für Räumungsklage gegen das FZ

Seit Juni 80 gibt es im „Husumer Frauenzentrum e.V." eine Lesbengruppe. Am 24.6. veröffentlichte diese neue Gruppe folgende kurze Notiz in den „Husumer Nachrichten": *„Im Husumer Frauenzentrum in der Gurlittstraße 13 hat sich eine Gruppe lesbischer Frauen organisiert, die sich am morgigen Mittwoch (25.), abends um 20.00 Uhr, zum erstenmal offiziell trifft. Bei diesem Treffen sind auch Frauen willkommen, die bislang nicht im Frauenzentrum mitgearbeitet haben".*

Noch am gleichen Tag erhielt das FZ die fristgerechte Kündigung mit dem Hinweis auf die Möglichkeit einer vorzeitigen Beendigung des Mietverhältnisses. Die Begründung mußten die Frauen erst per Telefon bei ihm erfragen. Angeblich drohten alle anderen Mieter des Hauses mit einer Kündigung.

Eine Woche später erhielten die Frauen plötzlich sogar eine Räumungsklage vom Amtsgericht, u.a. mit folgender Begründung: *„Die fristlose Kündigung wird auf § 554a BGB gestützt. Danach kann ein Mietverhältnis über Räume ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn der Hausfrieden so nachhaltig gestört wird, daß dem anderen Teil die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann".* Weiter heißt es: *„Bei Abschluß des Mietvertrages ist den Klägern verschwiegen worden, welche Zwecke die Frauengruppe Husum e.V. tatsächlich verfolgt. Bekannt war lediglich, daß sie sich gegenseitig helfen wollten gegenüber Behörden, Erfahrungsaustausch geschiedener Frauen etc. Die Förderung lesbischer Beziehungen innerhalb der Frauengruppe oder die Möglichkeit der Anknüpfung ist nicht erwähnt worden. Falls dies geschehen wäre, wäre nicht an die Frauengruppe Husum e.V. vermietet worden. Die Beklagten haben in dem Versammlungsraum Husum, Gurlittstr. 13 lesbische Beziehungen gefördert, daran mitgewirkt und entsprechendes organisiert".*

Genauso unverschämt und in höchstem Maße diskriminierend sind die der Anklageschrift beigefügten Briefe verschiedener Mieter, in denen diese sich darüber beklagen, *„zum x-ten Male von Leuten angesprochen"* zu werden, *„in welchem miesen Milieu sie wohnen würden".*

„Die Kinder werden sogar in der Schule beschimpft, in einem zwielichtigem Haus zu wohnen". Auch am Arbeitsplatz werde man *„recht ironisch auf diese Angelegenheit angesprochen".*

Ein Husumer Geschäftsmann hält *„mit Rücksicht auf die öffentlich verkündeten Treffs von Lesbierinnen" diese Wohnung für seine Angestellten* „nicht mehr für zumutbar" *und hat sie gekündigt.*

Mittlerweile ist nun auch noch eine Unterschriftenliste von Mietern und Nachbarn im Umlauf, auf der u.a. zu lesen ist: *„Die Vermietung eines Raumes, der geeignet ist zur Anbahnung von homosexuellen Beziehungen, verstößt unserer Meinung nach gegen die guten Sitten und gefährdet unsere Kinder* (und schon wieder einmal der Mythos von der Ansteckungsgefahr, wenns doch bloß wahr wäre, d. Verf.), *da es sich um eine ausgesprochene Wohngegend handelt".* Bisher haben 16 HE-TERRORS unterschrieben.

Wir lassen uns nicht einschüchtern

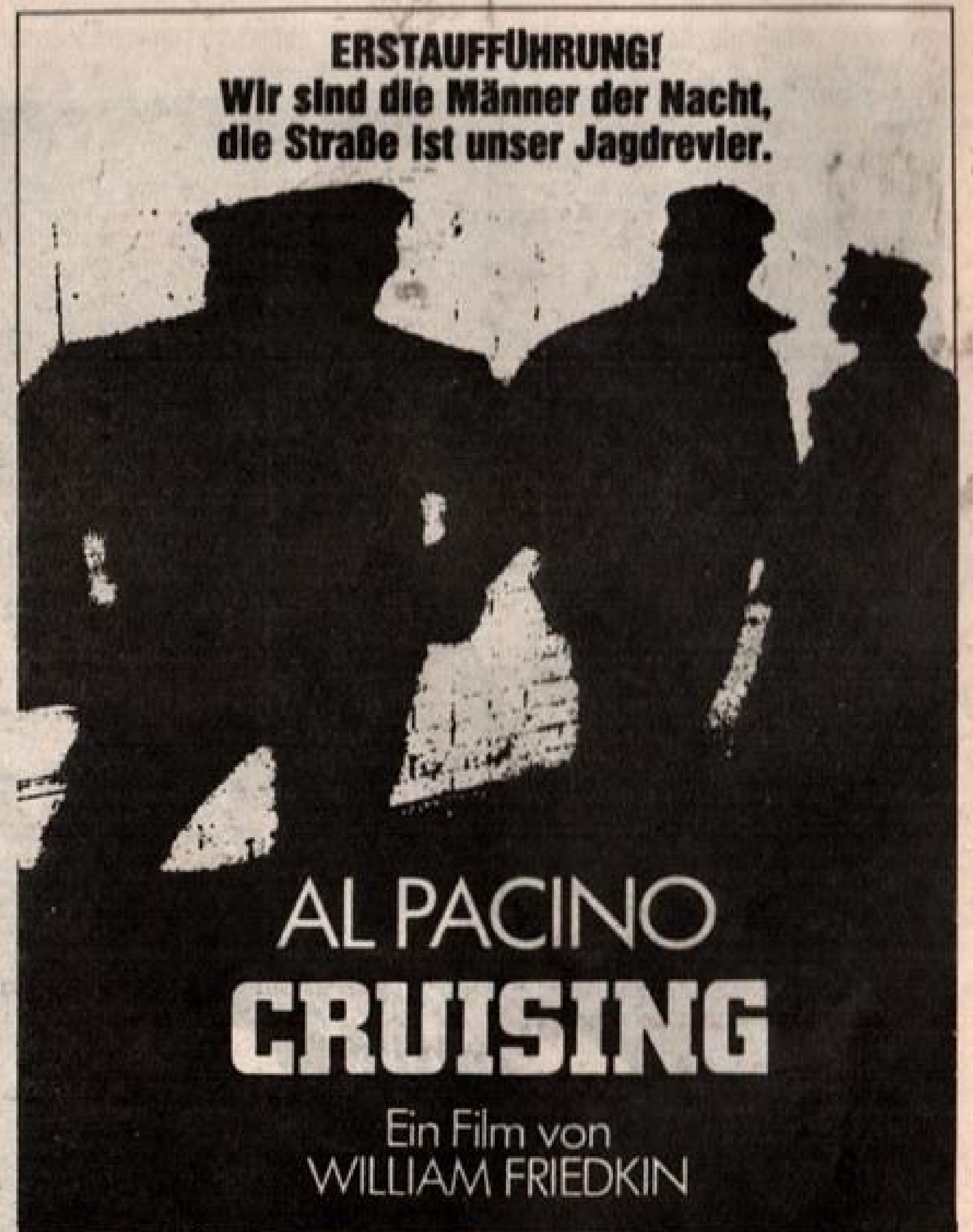
Das, was Kläger, Mieter und der Sumpf drumrum sicherlich nicht erwartet hatten, die Frauen wiesen die Klage zurück und haben bereits einen Anwalt gefunden, der ihre Sache vertritt. U.a. ist bereits ein Flugblatt zu den Vorkommnissen in Umlauf und die Gruppe plant am 15.9. eine Veranstaltung unter dem Thema: Diskrimierung von Frauen (Husum Hus, 20.00 Uhr). Auf dieser Veranstaltung werden mit größter Wahrscheinlichkeit u.a. Ilse Kokula und Gisela Böhrk (SPD) auftreten.

Auf dem zweiten SH-Lesbentreffen in Lübeck (vom 19.-21.. in der „Alternative" FZ) werden wir uns vorrangig mit den aktuellen Diskriminierungen von Lesben in Husum auseinandersetzen.

Schleswig-Holstein – weitere Aktionen hierzu sind nicht auszuschließen!!!

Mit vielmächtiger Wut und solidarischen ♀-Grüßen an die Husumer Lesben

B., Lübeck, Lesbengruppe des KB



...Der Rufmörder geht um

In den letzten Tagen wurde der Film „Cruising" mit großem Reklameaufwand auf das bundesdeutsche Publikum losgelassen. Es geht darin um Mord: um kaltblütigen, offenen Rufmord ...

Die Masche, nach der hier gestrickt wurde, ist nicht neu. In zahllosen, immer wieder frisch aufgebrühten Serien nahmen die Boulevard-Blätter jeden Mord im homosexuellen Milieu zum Anlaß, detailgetreu jeden Tropfen Blut erneut zu verspritzen. Ob Jürgen Bartsch oder Marion Ihns, ob Haarmann oder der kleine Stricher vom Hauptbahnhof – Leichen pflastern ihren Weg. So schrieb die „Mainzer Allgemeine Zeitung" im Dezember 1978 über einen schwulen Gärtner, der von zwei Strichern gefesselt und grausam umgebracht wurde: *„Seine sexuelle Veranlagung (ist) ihm jetzt zum Verhängnis geworden".*

Die außerordentliche Zugkraft von „Sex and Crime" hat auch Hollywood nicht ruhen lassen, nachdem die Welle der Horrorfilme mit Tieren oder Phantasiewesen sich verlaufen hatte.

Das halbnackte Grausen

Vor allem will der Film „authentisch" sein. Deshalb erscheint auch gleich zu Anfang der Hinweis, daß alles auf Tatsachen beruhe. Tatsache ist jedoch vielmehr, daß ein Roman zugrundeliegt.

Der Filmmacher William Friedkin, der mit seinem großen Durchbruch 1973 „French Connection" (hier: „Brennpunkt Brooklyn") die Drogenszene und später mit „Die Harten und die Zarten" das homosexuelle Milieu annähernd ehrlich anging, verlor bei seinem größten Erfolg, „Der Exorzist", wohl jeden Kontakt zur Wirklichkeit.

Ebenso wie „Der weiße Hai", „Die Mörderbienen" usw. usf. spielen auch „Der Exorzist" und jetzt „Cruising" mit geheimen Ängsten die in unserem eintönigen Alltagsleben weder Platz noch Berechtigung haben. Sie überspielen die wirklich angebrachte Angst vor dieser Zeit.

„Cruising": Hier wird fachmännisch Angst gemacht nicht zuletzt durch die kaum zu überbietende Musik für den Nervenkitzel. Bei der Schilderung des Milieus ist der Film über einige stimmige Momente nicht hinausgekommen. Da sind die Stimmungen in den Lederbars, die Reduzierung auf das Körperliche in der Subkultur ... Aber durch das Überzeichnen von Erscheinungsformen findet der Film doch nur wieder zu Klischees, die die Vorurteile eines „außenstehenden" Publikums kurz und bündig bestätigen. Ob es durch die Darstellung eines widerlichzickigen, intriganten Transvestiten oder die Schilderung eines (natürlich kaputten) Verhältnisses zwischen zwei „normalen" Schwulen geschieht – es ist ein einziges Aufbauschen.

Wer jemals nachts in New York unterwegs war, wird die Straßen und Parks kaum wiedererkennen. In seinem Bemühen, die düsteren Ahnungen von schwuler Wirklichkeit ins Bild zu setzen, verkommen Friedkins Straßen zu hochdramatischen Mördergruben, während der Central Park so stark ausgeleuchtet wird, daß es schon verwunderlich erscheint, wenn hier überhaupt noch etwas passiert.

Der Mörder ist immer ...

Was passiert, läßt sich rasch zusammenfassen – auch wenn Friedkin sich anstrengt, es recht kompliziert zu machen. Ein Mörder geht um, unter den Schwulen, in der Lederszene. Ein bleicher Bulle mit einem Pferdegesicht (Al Pacino) wird von seiner verwirrten Freundin per Geheimauftrag grausam getrennt und auf den Mörder angesetzt. Bald ist er selbst verwirrt. Er streift durch die einschlägigen Bars, hört sich um – und findet den Mörder, der (natürlich!) „nicht ganz dicht" ist. Anspruchsvoller: die billigste vulgärpsychoanalytische Variante eines „Vaterkomplexes" vermittelt dem Zuschauer wissenschaftliche Glaubwürdigkeit. Der Mörder wird herausgefordert, entlarvt und festgesetzt. Ende gut? Von wegen – ... kommt noch ein Mord. War wohl alles ein bißchen viel für den Bullen, der schließlich zu seiner Freundin zurückkehrt – verändert.

Dieses war nur ein Mörder unter vielen – ist ein Fazit aus dem Film, und ein weiteres: Dies alles ist ansteckend! (siehe Bulle) Mit der handelsüblichen Kombination Homosexualität - Kriminalität - Psychopathie-Mord hat Friedkin ein Machwerk produziert, das seine Geldgeber nicht enttäuscht.

... auf daß mein Haus voll werde

Für welches Publikum dieser Film gedacht und gemacht ist, zeigt schon die Werbung. Sie verspricht eine Peep-Show aus einem Milieu, in das sich der brave Bürger leibhaftig nicht traut. Sie verläßt sich auf die Sensationslüsternheit des ach so normalen Publikums, das sich unter wohligem Gruseln im Kinosessel aalt und heimlich genießt: Igitt wie schön!

Was bleibt hängen? Eine Welt, die so krankhaft ist und doch gleich um die Ecke beginnt, dort wo „die Schwulen" in den Lederkneipen auf Mord und Totschlag aus sind. Kann man nur beim Verlassen des Kinos erleichtert aufatmen und sagen: Herrgott, ich danke Dir, daß ich nicht so bin wie jene!

Fortsetzung nächste Seite

Vereinsverbot für Schwule in Ingolstadt

Mit einer bemerkenswerten Begründung, die wieder mal das Weltbild des Beamtentums über Schwule deutlich macht, ist in Ingolstadt einer Schwulengruppe der Eintrag in das Vereinsregister und damit die Anerkennung als e.V. verwehrt worden.

In einer für das Vereinsregister notwendigen Satzung geben die Mitglieder des „VSGI - Verein sexuell Gleichgesinnnte Ingolstadt" die Ziele in § 2 an:

„Der Verein will, ohne parteipolitisch, konfessionell oder an eine Staatsangehörigkeit gebunden zu sein, a) Toleranz und Volksbildung fördern, b) den Abbau von Vorurteilen in bezug auf sexuelle Verhaltensweisen bewirken, c) die gesellschaftliche und rechtliche Sonderbehandlung und Diskriminierung der Homosexualität abbauen, sowie d) einzelnen Menschen helfen, Probleme zu bewältigen, die auf die in b) und c) bezeichneten Umstände zurückzuführen sind".

Die Ablehnungsbegründung, die daraufhin von einem gewissen Herrn Braun, Rechtspfleger beim Amtsgericht Ingolstadt, verfaßt wurde, ist derart atemberaubend, daß wir sie in voller Länge zitieren müssen:

„Aktenzeichen 4 AR 169/80 Amtsgericht Ingolstadt. Datum vom 26.6.1980 – Vereinsregister – Beschluß

Die Anmeldung der Vorstandsmitglieder zu UR.Nr. 1432/80 des Notars Dr. Kuntz, Ingolstadt, vom 16.5.1980, den Verein VSGI – Verein sexuell Gleichgesinnter Ingolstadt in das Vereinsregister einzutragen, wird kostenpflichtig zurückgewiesen.

Gründe:

Nach dem Inhalt der Satzung besteht der dringende Verdacht, ja nahezu Gewißheit, daß der Zweck des Vereins gegen die guten Sitten verstößt und damit den Schutz der Rechtsordnung nicht verdient – § 138 BGB.

Ist schon nach dem Wortlaut fraglich, was im Zusammenhang mit der Vereinsgründung unter Toleranz und Volksbildung verstanden werden will, deren Förderung in § 2 Ziff. 1/a als Vereinsziel deklariert wird, so läßt Ziff. c deutlich erkennen, was in Wirklichkeit gemeint ist. Hier wird nämlich der Abbau der gesellschaftlichen und rechtlichen Sonderbehandlung und der ‚Diskriminierung' (Anführungszeichen im Original!) *der Homosexualität als Vereinsziel bezeichnet.*

Richtig verstanden liegt indes in der Ablehnung gleichgeschlechtlichen Tuns, sei es unter Männern, sei es unter Frauen, keine Diskriminierung im eigentlichen Sinn, deren Abbau von der Mehrheit der Rechtsgenossen als erstrebenswert angesehen werden müßte. Denn die Einschätzung, welche gleichgeschlechtlicher Betätigung in den weitesten Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht wird, beruht weder auf Willkür noch auf einer falschen Welt- und Lebensanschauung, ist vielmehr die Folge der Tatsache, daß es sich um eine Abartigkeit handelt, um ‚eine Abweichung der sexuellen Funktionen, hervorgerufen durch eine gewisse Stockung der sexuellen Entwicklung' (Sigmund Freud).

Wenngleich gleichgeschlechtliche Betätigung unter Erwachsenen weitgehend entpönalisiert wurde, so ist sie damit noch lange nicht in den Bereich des sittlich Guten und Erlaubten emporgehoben. Zeigen doch gerade die verbliebenen strafrechtlichen Normen, daß der Gesetzgeber weiterhin die Gefährlichkeit für Jugendliche voraussetzt und ins Auge faßt.

Sexualität ist ein Instrument der Fruchtbarkeit und dient der Erhaltung des Menschengeschlechts; gleichgeschlechtliches Tun ist stets zur Unfruchtbarkeit verurteilt, ist wider die menschliche Natur gerichtet und widerstrebt gesundem natürlichen Empfinden.

Es besteht der dringende Verdacht, daß mit der Vereinsgründung eine Verharmlosung nicht etwa bloß schuldlos empfangener homosexueller Veranlagung, sondern eine Verharmlosung nach wie vor sittenwidrigen gleichgeschlechtlichen Tuns und Verhaltens erstrebt wird. In die gleiche Richtung zielt im übrigen der Vereinszweck zu Ziff. 1/b. Niemand, der die Welt mit offenen Augen betrachtet, wird leugnen, daß es sexuelle Verhaltensweisen gibt, die zu bejahen, und solche, die abzulehnen sind, weil sie in sich unsittlich sind. Der Verdacht liegt nahe, daß Vorurteile in bezug auf jegliche sexuelle Verhaltensweisen abgebaut werden sollen, also auch in bezug auf solche, die sittenwidrig und ärgerniserregend sein können.

Zur gesamten Problematik vgl. Georg Siegmund: Die Natur der menschlichen Sexualität, 3. Aufl., Würzburg 1973. Da somit der Zweck und die Zielsetzung des Vereins gegen § 138BGB verstößt, die Satzung daher nichtig ist, kann die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister nicht erlangt werden.*

Im übrigen enthält die Satzung keine Bestimmungen darüber, daß der Verein in das Vereinsregister eingetragen werden soll und fehlen auch sieben Unterschriften auf der Satzung. Auch diese Mängel lassen eine Eintragung nicht zu.

Es war zu entscheiden wie geschehen. –vgl. §§ 57,59,60,138 BGB. Kosten § 130 Kost.0.

Braun
Rechtspfleger".

Leider haben die Mitglieder des VSGI zu spät Widerspruch gegen diesen Bescheid eingereicht, die Frist war schon verstr ichen. Von ihrem Anwalt wurde aber inzwischen ein neuer Antrag auf Eintragung in das Vereinsregister beantragt, so daß das Ganze von vorne losgeht. Diesmal allerdings unter veränderten Vorzeichen, da einige Schwulengruppen ihren Protest und ihre Empörung auch gegenüber der Stadt bekundet haben. Auch ist die Geschichte durch die Presse gegangen („Spiegel" und „Süddeutsche Zeitung"). Unter anderem hat auch der „Arbeitskreis schwuler Sozialdemokraten aus Bremen" sein Unverständnis und seine Empörung zum Ausdruck gebracht. Außerdem hat die FDP-Landtagsfraktion in Bayern dem „Rechtspfleger Braun" eine „eigenwillige Auffassung von den Aufgaben der Justiz" vorgeworfen, die an die „finstersten Jahre deutscher Geschichte" erinnere.

Unterstützung erhalten die Ingolstädter auch durch den Münchner Verein, der mit der gleichen Interessengemeinschaft im Vereinsregister eingetragen ist.

Aktuell ist jetzt ein Informationsstand der Nürnberger Schwulengruppe Fliederlich aus Protest gegen die Ablehnung der Vereinseintragung von der Stadt Ingolstadt verboten worden. In der Ablehnung für die Standgenehmigung heißt es wörtlich: *„Die Bereitstellung öffentlicher Flächen für derartige Progagandazwecke ist mit der öffentlichen Ordnung nicht vereinbar".* Gegen diese Ablehnung ist Widerspruch eingelegt worden. Ergebnisse stehen noch aus.

N., Nürnberg
Schwulengruppe des KB

*** Professor D. Dr. Georg Sigmund, nach eigener Einschätzung „Biologe, Psychologe, Theologe", ist Mitgründer der rechtsradikalen „Vereinigung Europäischer Bürgerinitiativen zum Schutz der Menschenwürde", die u.a. einen vehementen Kampf gegen die Schul-Sexualerziehung sogar bayerischer Provenienz führt. Zufall, daß Herr Braun sich gerade auf diesen Herrn beruft?**

Fortsetzung von der vorherigen Seite

So bleibt der Film reaktionär in jeder Hinsicht. Denn daß dies Thema gerade jetzt aufgegriffen wird, ist kein Zufall. Im Gegenteil – er wird bewußt eingesetzt für eine Kampagne, deren Gallionsfiguren Anita Bryant und Christa Mewes heißen. Als Antwort auf die Schwulenbewegung will hier die „Reaktion" die Schwulen wieder zurückkämpfen. In der „szene Hamburg" wird das so erklärt: *„Immerhin sind es die emanzipierten Schwulen selbst, die oft und gerne eine offensive Öffentlichkeitsarbeit betreiben. So ist es nicht sehr verwunderlich, daß allmählich ihre Vergnügungsplätze den Weg aus dem Dunkel des Hudson-Rivers ins Licht des Filmtheaters finden"* (Sept. 80). Daß der Film gleichzeitig in einem Wahljahr (sowohl in USA als hier) herauskommt, dürfte ein nicht unwillkommener Nebenaspekt sein.

Wir haben uns diesen Hetzfilm mit sechs schwulen Genossen gemeinsam angesehen und anschließend darüber diskutiert. Wir lehnen diesen Film ab. Wir protestieren nicht nur deshalb,weil hier Sadomasochismus für die Schwulenbewegung dargestellt wird, sondern weil Sadomasochismus falsch dargestellt und schwulenfeindlich eingesetzt wird. Es findet keine ernsthafte Auseinandersetzung mit der sadomasochistischen Realität statt, wie sie durchaus kritisch Hans Eppendorfer im konkret-extra sexualität 1 aufnimmt.

Schwulengruppe des KB

Beethovenhalle – Die Diskussion geht weiter

Am 12. Juli sollte in der Bonner Beethovenhalle eine schwule/lesbische Großveranstaltung stattfinden. „Parteien auf dem Prüfstand" war ihr Motto. Die vielen schwulen und lesbischen Vorbereitungsgruppen in der BRD wollten aufgrund einer gründlichen Untersuchungsarbeit die geladenen Parteivertreter/innen mit dem Elend und den daraus stammenden Forderungen der „perversen Minderheit" konfrontieren.

Diese Veranstaltung hätte ein hervorragendes Beispiel werden können, wie wir uns ins Bewußtsein der Hetero-Öffentlichkeit bringen können. Sie ist aber von schwulen Sektierern und den Provokateuren von der „Indianerkommune" und der „Oranienstraße" gesprengt worden.

Wir haben im AK 181 über das Platzen der Veranstaltung berichtet, dem folgte im AK 182 eine „Richtigstellung" von zwei Schwulen und zwei Lesben im KB. Nun hat uns Rolf-Dieter aus Westberlin zu dieser Berichterstattung nebenstehende Kritik geschrieben. Rolf-Dieter ist Mitglied eines Motorsportclubs (MSC), also ein Lederschwuler.

Wir haben auf der VV der KB-Schwulengruppe Ende August diesen Brief besprochen, und er hat bei uns große Betroffenheit ausgelöst. Wir geben Rolf-Dieter in den wesentlichen Punkten seiner Kritik an der „Richtigstellung" recht. Die „Richtigstellung" war zwar eine persönliche Stellungnahme von vier Genoss(inn)en, aber es ist für uns alle ein sattes Armutszeugnis, daß wir vor Rolfs Brief überhaupt nicht dran dachten, diesen Mist öffentlich zu kritisieren.

In unserer Diskussion sind die beiden schwulen Autoren des Artikels scharf kritisiert worden. Ergebnis ist, daß sie diese Selbstkritik mit unterschreiben: In der „Richtigstellung" kommt eine gefährliche Haltung zum Ausdruck: Die Verfasser(innen) haben offensichtlich etwas gegen schwarzes Leder allgemein und alle Ledermänner im besonderen, und diese Vorurteile kotzen sie aus – nach dem Beispiel reaktionärer Hetze gegen Minderheiten. Es wird eine einfache Gleichung aufgestellt: Ledertypen gleich Prügel gleich CDU gleich Bullen. Womit in zwei Absätzen eine große und selbstverständlich politisch vollkommen heterogene Gruppe zum Feind aller anderen Schwulen und Lesben gemacht wird. Nach dem verbreiteten Schwulenmotto: Wird gegen Dich gehetzt, so suche Dir Menschen, gegen die Du selbst hetzen kannst. Klar, daß sich MSCler, Lederschwule und SMler da besonders anbieten, gegen die hat ja nun wirklich fast jeder schon was.

Wir mußten in unserer Diskussion feststellen, daß auch d i e unter uns, die die „Richtigstellung" nicht mitverfaßt haben, den dort verbreiteten Vorurteilen wenigstens teilweise auf den Leim gegangen sind.

Die Pöbelei gegen die Ledermänner läuft auf einen Unvereinbarkeitsbeschluß hinaus, und zwar gegen j e d e n Schwulen, der sich mit Leder kleidet, schließlich stehen die auf der Seite der CDU, der Reaktion, der Bullen. Das widerspricht den Prinzipien demokratischer Politik, und wir haben für unsere Schwulen- und Lesbenarbeit natürlich auch klargemacht, daß wir mit jedem demokratischen Menschen zusammenarbeiten wollen, egal, wie er sich kleidet und unabhängig von seiner sexuellen Orientierung. Darauf müssen wir uns jetzt rückbesinnen.

Es freut uns, daß Rolf, der im AK mitsamt seiner ganzen Gruppe als Reaktionär beschimpft worden ist, sich jetzt so sorgfältig und offen mit uns auseinandersetzt. An Rolfs Verständnis von Diskussion kann sich so manch Radikaler ein Beispiel nehmen.

Schwulengruppe des KB

Und trotzdem: auch Faszination

Kann mensch zwischen politischem Bewußtsein und der Faszination aufgrund eigener sexueller Bedürfnisse trennen? Ich glaube ja, und ich habe es bei dem Film „Cruising" gemacht. Mir ist klar, daß dieser Film mit seiner Anknüpfung an Vorurteile, die bei den Worten Sadismus und Masochismus wach werden, nicht dazu beiträgt, die Probleme der Schwulen richtig zu schildern. Durch den konstruierten Zusammenhang mit Mord, der sich durch den ganzen Film zieht, wird die vollkommen unberechtigte Gleichsetzung „Mord gleich SM gleich Schwule"hergestellt. Es drängt sich das Bild auf, daß jeder Schwule etwas mit Mord zu tun hat, zumindest aber jeder SMler. Dies kann ich aus meiner eigenen Erfahrung nun wirklich nicht bestätigen. Ich halte SM für eine legitime Art der Sexualität unter Schwulen, für eine auf Vertrauen und gegenseitigem „Wollen" gegründete „Betätigung" mit verschiedenen, auch in dem Film wiedergegebenen Praktiken. SM ist eine aufregende und geile Art der Befriedigung. Selbst wenn, wie im Film gezeigt, die Partner sich in Parks oder Sublulturkneipen kennenlernen, also kein fundiertes Vertrauen da sein kann, übt SM-Sex eine starke Faszination auf mich aus. Ich fühlte mich von einigen Szenen des Films angezogen und wäre gern bei ihnen dabei . Nun, der Film ist in den USA gedreht worden und spielt auch dort, aber auch in der BRD gibt es natürlich eine SM-Szene. Selbst im KB –in der Schwulengruppe – hat sich eine kleine Arbeitsgruppe gebildet, die sich zum Teil auch praktisch mit dem Thema SM beschäftigt und auseinandersetzt. Eben das, was „Cruising" überhaupt nicht leistet. SM gehört ja leider zu den großen Tabus, daher auch die großen, schon vor dem Film vorhandenen Vorurteile. Es findet nun für die Besucher des Films keinerlei Auseinandersetzung statt, warum SM betrieben wird, warum er eine Faszination bei bestimmten Menschen ausübt, sondern es wird nur der direkte Zusammenhang mit Blut und Mord hergestellt. Wir Schwulen und SMler werden so im Bewußtsein der Besucher noch mehr in die Außenseiterrolle gedrängt, zu „Perversen" abgestempelt. Dagegen wehre ich mich. Ich stehe zu meiner Sexualität und der Faszination, die einige Szenen auf mich ausgeübt haben. SM ist eine Form der Sexualität von vielen anderen, und ich sehe sie als gleichberechtigt an. Für die Mehrheit der Menschen jedoch ist SM ein heiliges Tabu, und er wird noch mehr abgelehnt als das Schwulsein ohnehin schon. Von daher ist es längst überfällig, über SM eine gründliche Auseinandersetzung zu beginnen – und diese Diskussion gehört natürlich auch in den AK.

Ein Genosse der Schwulengruppe des KB

Nachtrag zur Beethoven-Veranstaltung

Durch die Unterschrift „Schwulengruppe des KB" und „Lesbengruppe des KB" unter den Artikel über die Beethovenveranstaltung im AK 181 wurde der Eindruck erweckt, als ob innerhalb der gesamten Schwulen- und Lesbengruppe des KB über die Einschätzung der Veranstaltung einstimmiger Konsens bestünde. Ich kann als Teil der Schwulengruppe des KB dieser oberflächlichen und einseitigen Darstellung über den Veranstaltungsverlauf nicht zustimmen.

Obwohl ich mit geringen Erwartungen an diese Veranstaltung nach Bonn gefahren bin und auch meine Widersprüche zu einer Parteien- und Politikerbefragung über das Thema Homosexualität habe, wollte ich dennoch die Möglichkeit wahrnehmen, bürgerlichen Politikern auf ihr scheinheiliges und wahlpropagandistisches Geschwätz die dementsprechende Antwort zu geben. Mit 1000 schwulen und lesbischen Stimmen hätte sich bestimmt auch etwas machen lassen. Bewußte Störungen der „Indianerkommune" Nürnberg, der Westberliner „Kommune Oranienstraße" und der IHB haben die Veranstaltung aber schon frühzeitig platzen lassen.

Wenn im Bericht vom AK 181 jedoch geschrieben wird, daß das Publikum die Frage Ullis von der Indianerkommune nach Wiedergutmachung für Jugendliche und Kinder, die in Heimen und Knästen kaputtgemacht wurden, mit Rufen wie „Aufhören, Aufhören" beantwortete, so ist dies eine sehr verkürzte und damit verfälschte Wiedergabe des Geschehens. Rufe nach „Aufhören, Aufhören" bezogen sich nicht auf den Inhalt des Vorgetragenen, wie das durch die Art der Darstellung im Artikel angenommen werden könnte,sondern war Ergebnis andauernder Störmanöver seitens der Indianerkommune und der Oranienstraße.

Nicht hinreichend gewürdigt wurden darüber hinaus die vorausgegangenen langen Störmanöver der Indianerkommune, der Oranienstraße und der IHB, die nach inoffiziellen Berichten schon im Vorfeld erklärt hatten, die Beethovenveranstaltung ganz gezielt und bewußt zu stören und platzen zu lassen. Nicht erwähnt wurde, daß die Indianerkommune schon seit längerer Zeit linke und schwule Veranstaltungen derart stört und konstruktives Arbeiten blockiert, daß bei mir inzwischen der Verdacht entstanden ist, daß es hier um keine inhaltliche Auseinandersetzung um Diskriminierung von Jugendlichen und Kindern mehr geht, sondern der bloße Haß auf Autoritäten und jegliche Art von Ordnung bei diesen Veranstaltungen seinen Ausdruck findet. Nicht erwähnt wurde,daß der Indianerkommune und der Oranienstraße genau wie allen anderen Betroffenen die Möglichkeit eingeräumt worden war, ihr Anliegen zu äußern und bekanntzumachen, sie aber in derart intoleranter und undemokratischer Art und Weise anderen diskriminierten und unterdrückten Gruppen in dieser Gesellschaft nicht die Möglichkeit gaben, ihre Situation zu beschreiben und Forderungen aufzustellen.

Die Vorgänge in Bonn zeigen meiner Meinung nach sehr dringend, daß wir innerhalb der Schwulen- und Lesbengruppen die Frage diskutieren sollten, wie wir auf weitere Provokationen seitens der Indianerkommune reagieren werden. Ich muß gestehen, daß ich mich ohnmächtig und unschlüssig, aber auch wütend und genervt gefühlt habe.Emotional derart aufgeladen hätte auch ich bald zu dem Teil des Publikums gehört, der „Aufhören, Aufhören" rief. Es wird Zeit, daß wir uns durch die gezielt eingesetzten Rufe der Indianerkommune wie „Faschisten" und „Erzieherschweine", die in unserem linken Bewußtsein natürlich die gewünschte Wirkung nicht verfehlen, nicht weiterhin lähmen und provozieren lassen. Denn wer läßt sich als Linker schon gern als Fascho beschimpfen?

Ganz bewußt wurde hier die neuentwickelte Art der Auseinandersetzung innerhalb der Linken, nämlich nicht über Rausschmiß das Äußern unterschiedlicher Meinungen abzuwürgen, ausgenutzt, um seine eigene Sache in aggressiver Form darzustellen.

Ich habe es bisher noch nicht erlebt, daß Mitglieder der Indianerkommune in AGs zu Pädophilie, Kinder- oder Jugendlichenunterdrückung aktiv und konstruktiv mitgearbeitet haben. Dies hat ihr Verhalten während der Beethovenveranstaltung wieder deutlich gezeigt. Hier haben sie nicht nur der Arbeit der in den Anfängen liegenden Schwulenbewegung geschadet, sondern auch die Möglichkeit verhindert, den Kandidaten der etablierten Parteien auf ihr liberales und schönfärberisches Geschwätz entsprechende Reaktionen seitens der Schwulen und Lesben zu zeigen.

Darüber hinaus wurde die Chance vertan, daß die Herren sich durch ihr Geschwätz selbst entlarvt hätten, und wurde ihnen andererseits die Möglichkeit gegeben, sich auf elegante Art und ohne jeglichen Gesichtsverlust dem ohnehin peinlichen Thema entziehen zu können. Letztendlich ist die Frage nach der politischen Strategie der Indianerkommune und der Oranienstraße zu diskutieren, die mir völlig schleierhaft ist, und zu überlegen, weshalb potentielle Bündnispartner nicht angesprochen, sondern abgeschreckt werden.

So kann ich mich dem Schluß des Artikels anschließen, in dem von der vertanen Chance gesprochen wird, *„bürgerliche Politiker in Sachen Homosexuellen-Diskriminierung zu entlarven und das öffentliche Interesse (Fernsehen) für die schwule/lesbische Sache zu nutzen"*.

Pt., Schwulengruppe des KB

Leserbrief

Betr.: Lesben-/Schwulenseite im AK 181 und 182

(Podiumsdiskussion in Bonn)

Liebe AK-Leute!

Zu eurem Artikel über die „Parteien auf dem Prüfstand" und vor allen Dingen zu der „Richtigstellung" im AK 182 muß noch einiges richtiggestellt bzw. angemerkt werden.

Zunächst einmal handelte es sich nicht um eine Veranstaltung der „Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft" (AHA) aus Westberlin, sondern um eine der Westberliner Vorbereitungsgruppe „Parteien auf dem Prüfstand" und der GLF Köln (andere Kölner Gruppen sind einige Tage vor der Veranstaltung aus verschiedenen Gründen ausgestiegen). In der Westberliner Vorbereitungsgruppe waren neben der AHA u.a. auch Vertreter der Alternativen Liste (Bereich Lesben & Schwule), der DSAP (Berlin), des MSC Berlin und der NARGS. Ruhm und Schande der Veranstaltung sollte also nicht nur der AHA zugesprochen werden (Ich habe als MSC-Mitglied in den letzten Wochen vor der Veranstaltung an der Vorbereitung teilgenommen).

Die im AK 181 aufgestellte Behauptung, daß sich *„einige Herren der AHA ... ihrem Frust über die verdorbene Veranstaltung mit einer Schlägerei mit den Indianern Luft"* machten, ist ebenfalls falsch. Dazu aber später, wenn ich zu den „MSC-Typen" aus der „Richtigstellung" komme.

Nun aber zur „Richtigstellung" aus AK 182, die ich für die „Kontroversen" um die Veranstaltung, für die Art, wie Auseinandersetzungen von einigen Leuten geführt werden, für die Wahrnehmungsstörungen derselben und für schwule bzw. lesbische Solidarität (zur Zeit) für typisch halte.

Zunächst einmal ist es gut und richtig, die Rolle der „Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld" (IHB) bei den Störungen anzudeuten. Es wäre nur noch anzumerken, daß der IHB von den Vorbereitungsgruppen lange Zeit vor der Veranstaltung angeboten worden war, sich und die Gründe für die Ablehnung der Veranstaltung auf eben dieser Veranstaltung darzustellen. Sie zogen es aber vor, vom Beginn der Veranstaltung an die Mikrophone mittels ihrer Trillerpfeifen zu übertönen. Das war nicht nur extrem stressig (die Pfeifenden hielten sich übrigens vernünftigerweise ihre Ohren gern zu), sondern sollte (was ja auch klappte) die Veranstaltung unmöglich machen.

Hätte es sich um Unmutsäußerungen gegen die Parteien (-Vertreter) gehandelt, hätte ich mich gerne daran beteiligt; besonders, wenn es schwulenfeindliche Äußerungen gegeben hätte; dazu konnte es aber aufgrund der phonstarken Trillerpfeifen gar nicht kommen.

Die Pfiffe terrorisierten eindeutig nicht nur die Politiker (was ich allerdings auch nicht gut gefunden hätte – prinzipiell), sondern vor allem das Publikum, das zu einem Großteil von recht weit her angereist war und für das es sogar z.T. die erste Begegnung mit etwas „Schwulen-/Lesbenbewegung" war (ein Aspekt der Veranstaltung, der natürlich für solche Leute, die schon seit ewig über alle emanzipatorische und politische Weisheit der Welt verfügen, unwichtig ist, da man ja mit seinem Bewußtsein allen anderen soweit voraus ist, daß eine Auseinandersetzung mit ideologisch Unterentwickelten sinnlos ist). – Woher diese Arroganz kommt, wie berechtigt sie ist, und inwieweit man sich Bündnispartner und eigener Entwicklungsmöglichkeiten dadurch elegant entledigt, sind allerdings bei den meisten „Linken" keine Fragen, über die nachzudenken sich lohnen würde. Die Andern sind halt noch nicht so weit, haben womöglich nicht einmal Abitur .

Noch eine Nebenbemerkung:

Münchenhagen ist nicht nur „Moderator der hetero-terroristischen Sendung 'Spätere Heirat nicht ausgeschlossen" (in der nebenbei auch Schwule zwecks Partnervermittlung auftraten – egal wie man das finden soll), sondern auch derjenige, der sich vor einigen Jahren, als Schwulsein noch gar nicht chic war, in einer TV-Diskussion als Moderator demonstrativ auf die Seite der Schwulen setzte, um seine Solidarität zu zeigen. Es lebe eine Heteroterroristenhysterie und die dazu gehörende Symphatisantenjagd. (U., Fr. und Ul., P. müßte bei soviel Empfindsamkeit irgendwie geholfen werden).

Nun zur Hauptsache: Die Darstellung der „MSC-Typen".

Keiner hat vermutlich was dagegen, als „MSC-Typ" bezeichnet zu werden, nur ist es eben schon auffällig, daß in der „Richtigstellung" die „MSC-Typen" den „Kommunemitgliedern" gegenübergestellt werden. Sprachlich interessant ist auch die Existenz von „MSClern" und „CDUlern", während es sonst keine x-ler gibt. Womit wir auch schon beim ersten der Irrtümer wären, dem die Richtigsteller wohl aufsitzen.

Es gibt in den MSCs vermutlich auch CDU-Mitglieder oder -Sympatisanten (ich kenne keine), es gibt aber auch Mitglieder aus allerlei anderen Parteien. Die MSCs sind nämlich glücklicherweise keine politischen Organisationen, und es gibt auch keine der allüberall im Lande beliebten und gepflegten UVBs und Berührungsverbote. Missionare können sich sowas sicher nur schwer vorstellen. In den MSCs sind Schwule, die mehr oder weniger sexuell spezialisiert sind; darauf bauen ihre Funktionen auf.

Nun geht in einigen MSCs seit einiger Zeit die Entwicklung dahin, daß man sich nicht mehr in erster Linie als „Ledertyp" begreift und dann als schwul, sondern umgekehrt. Diese Entwicklung hängt eng mit dem Projekt der Veranstaltung (und auch mit der Kandidatur von Strauß) zusammen und ist trotz des Scheiterns der Veranstaltung ein positives Ergebnis, wie auch die Zusammenarbeit mit anderen schwulen Gruppen (nicht nur in Westberlin, sondern auch in Köln, Frankfurt und München).

Für einen Teil der „Schwulenbewegung" ist es allerdings unnötig, sich über die MSCs zu informieren: sie knüpfen an schwarzes Leder ihre unreflektierten Assoziationen und damit ist dann die Sache erledigt. Es handelt sich um Rechte bzw. „Gemäßigte", was ja auch dadurch hinreichend nachgewiesen ist, daß „einige der MSC-ler ... vor der Beethovenhalle nichts besseres zu tun hatten, als den 'Vorträgen' des CDU-Vertreters ergebenst zu lauschen" (Wie wurden die MSC-Mitglieder als solche identifiziert, lauschten die Leute wirklich „ergebenst", ist es sehr schlimm, CDU-Mitgliedern zuzuhören oder läßt sich das mit einer zünftig revolutionären Tat wieder gut machen?). Ich war nicht vor der Halle und kann nicht sagen, ob sich diese MSC-Untat (so) ereignet hat.

Es begab sich aber auch, daß ein MSC-Mitglied (in solchen Angelegenheiten unvorbelastet) auf dem Podi-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

um mit Indianern und Oranien-Mädchen versuchte zu diskutieren. Ich habe es ihm schon verziehen.

„Mehrere MSC-Typen waren kurz davor, Kommunemitglieder ... kurzerhand vom Podium zu prügeln". In der Tat: K u r z d a v o r war ich einige Zeit auch. Einige Leute (nicht nur MSC-Mitglieder) waren nämlich sehr gefrustet und gestreßt (Stinkbomben, Pfeifen, Tumult). Im nächsten Absatz der „Richtigstellung" werden aus den Fast-Prüglern auch schon die „übereifrigsten Rausschmeißer" (natürlich alle aus MSCs); daß überhaupt nicht rausgeschmissen wurde, scheint ein unwesentliches Detail zu sein.

Das, was im AK 181 „einige Herren der AHA" und im AK 182 MSC-Leute machten, war folgendes:

Als Kommune-Mitglieder mitbekamen, daß die im AK 181 genannte „heimliche Pressekonferenz" lief, wollten sie diese stürmen. Daraufhin bildeten einige Dutzend Schwule vor dem Raum eine Kette, um zu verhindern, daß auch die Pressekonferenz zum Platzen gebracht wird. Oranienmädchen und Indianer versuchten dann ihr Glück mit Spucken, Treten, Beißen u.a.m., um doch noch in den Raum zu kommen. Die Kette war defensiv. An ihr waren auch einige MSC-Mitglieder beteiligt, aber auch sehr viele Unorganisierte aus dem Ruhrgebiet (keine Lederleute) und Mitglieder vieler anderer Gruppen, sowie wenigstens eine Lesbe. Ich will überhaupt nicht bestreiten, daß einige Leute in der Kette mit jedem Angriff der „Kinder" immer agressiver wurden und die Beherrschung verloren (das betrifft auch MSC-Mitglieder), so daß während dieser Rempeleien Sachen passiert sind, die ich ablehne (einem Oranien-Mädchen wurde z.B. ein Haarbüschel ausgerissen); aber es gehört schon einige Frechheit dazu, die dazu provozierenden, vorher abgegebenen Tritte und Schläge der „Kinder" (Alter zwischen ca. 14 und ca. 30 Jahren je Kind) zu übersehen und aus den vermeintlichen MSC-Mitgliedern Schlägertypen zu machen, die auf die armen, friedlichen, kleinen, hilflosen Kinder losgegangen sind.

„Von schwuler/lesbischer Solidarität konnte keine Rede mehr sein". Fürwahr, das kann nicht sein.

Der Verlauf der Veranstaltung und die Nachbereitung lassen mich immerhin die „linke" bzw. „alternative" Szene noch was klarer als bisher sehn. Was ich vorher noch für Dummheit hielt, z.B. die Inflationierung der Begriffe „faschistisch" und „terroristisch " (weil es sich um die Verharmlosung von Faschismus und Terror händelt), stellt sich ganz anders dar, wenn man dann sieht, wie solche ständig vom „faschistischen Terror" Betroffenen ihre „politischen" Auseinandersetzungen führen: Mit Buttersäure, Fußtritten, Trillerpfeifen...

schen" Auseinandersetzungen führen: Mit Buttersäure, Fußtritten, Trillerpfeifen...

Aber die „Linke" besteht nicht nur aus Leuten, die sich so verhalten. Unter Schwulen kann man überhaupt ein sehr intensives Abgrenzungsbedürfnis verzeichnen. Es gibt hier die guten und dort die bösen Schwulen. Je nach Bedarf: Die Pädos (unterdrücken kleine Mädchen und/oder schaden „unserem" Ruf), die Angepaßten (sind korrumpiert), die Transis (sind kaputt und an den „Vorurteilen" schuld), die Politschwulen (wollen unterwandern), die Tucken (siehe unter einer beliebigen anderen Kategorie), die Lederschwulen (faschistoid, dem Ruf schadend, frauenfeindlich), die Subkulturschwulen...

Und wenn Schwule etwas unternehmen, muß man sich entweder scharf distanzieren oder besser gleich sabotieren, schließlich sind nur „wir" richtig schwul, auf keinen Fall wollen „wir" mit den bösen Schwulen verwechselt werden, igitt (Sowas verkraftet die zarte Identität eines Schwulen nicht).

Was die unheimlich einheitlichen Blocks der Anderen (Pädos, Angepaßten, Transis, Lederleute...) sind und wollen, ist völlig klar. Warum soll man sich denn mit oder über solche Leute informieren, wenn man die schlimmen Schwulen genauso gut und sicher kennt wie Großmuttern die jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörer kannte. Sie sollen hochleben, die politisch getarnten intellektuellen Wix-Clubs; was anderes wäre liberaler Scheiß, den die linke Elite längst überwunden hat.

So, das war's (zum Schluß etwas allgemeiner). Ich fände es schön, wenn ihr wenigstens den Teil, der die Darstellung des MSC im AK 182 betrifft, abdrucken würdet. Wenn die Leute, die die „Richtigstellung" geschrieben haben (könnten), NUR uninformiert waren, kann man ja vielleicht in einer wahnsinnig rosigen Zukunft etwas zusammen tun.

Tschüs Rolf-Dieter, Westberlin

»... da liegt die Resignation schon nahe...«

Interview mit Peter Brosch über den Kampf gegen Heimterror und Fürsorgeerziehung

Zu diesem Interview: Der Kampf gegen Fürsorgeerziehung und Heimterror, für Gegenwehr und Alternativen ist mit dem Namen Peter Brosch verbunden. Peter wurde 1951 geboren und erfuhr als Heimkind in zehn Fürsorgestellen am eigenen Leibe, was es heißt, „Heimzögling" zu sein. Aus diesen Erfahrungen heraus beteiligte er sich aktiv an der „Heimkampagne" der APO 1968/69, worüber er in diesem Interview u.a. berichtet. 1971 gab er das Buch „Fürsorgeerziehung – Heimterror, Gegenwehr, Alternativen" heraus (Fischer 1648). Dezember 1977 wurde Peter Brosch aus dem Isenbergheim der Inneren Mission in Bremen entlassen, wo er als Sozialarbeiter tätig war und die Machenschaften der Heimleitung aufdeckte. (Ebenso enthüllte er u.a. die Skandale im Birkenhofheim.)

Aus Anlaß dieser Kündigung fand in Hamburg eine Großveranstaltung statt („Bambule – Heimterror und Gegenwehr"), an der u.a. auch Manfred Rabatsch, Jürgen Roth und eine Reihe von betroffenen Jugendlichen teilnahmen. Daraus entwickelte sich eine zweite Bewegung gegen den Heimterror, die u.a. von Peter Brosch wesentlich mitgetragen wurde. (Bambule-Plenen, Veranstaltungsreisen usw.).

Leider endete dieser hoffnungsvolle zweite Ansatz einer Heimkampagne relativ bald in Resignation. Die Ursachen hierfür wurden bisher – soweit uns bekannt – noch nicht umfassend untersucht. Dieses Interview mit Peter Brosch soll ein Versuch sein, diese Problematik anzureißen. Zu weiteren Diskussionsbeiträgen, die auch von uns aus folgen sollen, laden wir herzlich ein.

Kinderkommission, KB/Gruppe Hamburg

Frage: Seit über 10 Jahren bist du jetzt schon engagiert im Kampf gegen den Heimterror. Wie war das damals, als du angefangen hast?

P.B.: Ich selbst war 18 Jahre in der Heimerziehung gewesen und bin 1969 vorzeitig aus dem Jugendheim „Staffelberg" entlassen worden, da ich „heimmüde" war.

Ich bin dann nach Frankfurt gegangen und bin dort in die Ausläufer der ApO gekommen. Dort haben wir mit mehreren Heimzöglingen, die alle damals aus dem „Staffelberg" entwichen waren, eine „Kampfgruppe ehemaliger Fürsorgezöglinge" gegründet, d.h. also, wir haben uns verstärkt mit Jugendlichen, die noch im Heim waren, in Verbindung gesetzt, sie teilweise motiviert, aus den Heimen abzuhauen und somit von außen den Kampf zu führen, um die Zustände im Heim zu verbessern.

Im September 1969 fand dann die erste Großveranstaltung zum Thema Heimerziehung überhaupt statt, und zwar im „Staffelberg". Dort sind damals über 200 Studenten aus ganz Frankfurt, Marburg und Umgebung hingefahren, um mit uns gegen den Heimterror im „Staffelberg" anzukämpfen. Der „Staffelberg" galt damals als das modernste Heim Europas, war gerade 8 Jahre alt und dementsprechend positiv in der Presse dargestellt worden. Deshalb haben wir uns gerade auch dieses Heim vorgenommen, weil wir sagten, wenn dies das modernste Heim Europas ist, wie sieht es denn erst in anderen Heimen aus. Wir haben durch unsere Aktivitäten damals zumindest er-

dies das modernste Heim Europas ist, wie sieht es denn erst in anderen Heimen aus. Wir haben durch unsere Aktivitäten damals zumindest er-

reicht, daß die ganze Heimerziehung in Frage gestellt wurde. Der „Staffelberg" selbst hatte sich noch Polizeischutz geholt, über 300 Polizisten hatten das Heim umlagert, damit da bloß keine Sachschäden und sowas passieren. Aber zum Ende der Veranstaltung war das Heim um 80 Plätze weniger belegt, d.h. 80 Jugendliche sind gleich mit nach Frankfurt und haben ihr Entweichen als Streik begriffen. Sie haben gesagt: Wir wollen den „Staffelberg" bestreiken, bis sich die Zustände dort generell geändert haben.

Als wir die Jugendlichen über 3 Monate in der Illegalität betreut hatten und die Landesjugendämter wie auch der Landeswohlfahrtsverband und die Jugendämter generell in Hessen merkten, daß sie die Streikfront nicht mehr brechen konnten, kam der Beschluß, daß keiner der Jugendlichen noch einmal ins Heim zurückverlegt werden sollte, weil sie einfach Angst hatten, daß ein Schneeballsystem entsteht und weiter Unruhe in die Heime getragen wird.

Im November 1969 wurde der Vorschlag gemacht, daß wir in Jugendkollektive ziehen sollten und daß man versuchen sollte, Kollektive aufzubauen, wie Makarenko sie in seinem Buch „Weg ins Leben" beschrieben hat. Das war eine unserer Forderungen, nachdem wir gesagt hatten, die Zustände in den Heimen ändern sich nicht. Unser Ziel war damals, selbstständig zu leben und nur Erzieher unserer eigenen Wahl als Betreuungspersonal dazuzunehmen. Die Stadt Frankfurt ist dann auf diesen Vorschlag eingegangen und hat gesagt, o.k. wir bewilligen euch 4 Jugendwohnkollektive. Das waren die ersten Wohnkollektive in der BRD. Zugleich, wie wir unseren Kampf in Hessen laufen hatten, gründete sich die „Südfront" in München, die dann auch in Bayern die Heime angriff; danach ging es los: Berlin,



Peter Brosch

Besetzung des „Georg-von-Rauch-Hauses"; SSK in Köln; KIPPE in Mannheim, usw. ...

Man kann eigentlich davon ausgehen, daß der Auslöser „Staffelberg" eine bundesweit angelegte Heimkampagne initiiert hat.

Die Bewilligung der Wohnkollektive war eigentlich der Versuch, die ganze Front, die sich immer mehr aufbaute, durch diese Zugeständnisse einzudämmen und erst mal in den Sack zu bekommen. Ende Januar 1970 gings dann erst richtig los, als die Stadt Stück für Stück versuchte,

einzudämmen und erst mal in den Sack zu bekommen. Ende Januar 1970 gings dann erst richtig los, als die Stadt Stück für Stück versuchte,

Druck auszuüben, d.h. wir bekamen damals nur unter der Bedingung, den Kampf gegen die Heime abzubrechen, Unterstützung für die Jugendwohnkollektive. Das war damals ein ziemlich harter Coup, der aber dann doch angenommen wurde. Innerhalb des Jahres 70 ist es der Stadt Frankfurt immer mehr gelungen, Oberhand über die ganze Angelegenheit zu bekommen und sie wies dann das ganze als „Faller-Projekt" aus, als sein Modell, wo wir uns natürlich dagegen wehrten. (Faller war damals der Jugendamtsleiter). Somit wurden die Jugendkollektive Stück für Stück wieder eine Institution; über den Mechanismus Pflegekosten wurde das Personal ausgewechselt – bestimmte Studenten wurden nicht mehr bezahlt; es wurden die ersten Sozialarbeiter eingesetzt. Sie waren bei der Stadt Frankfurt beschäftigt und wurden als Druckmittel eingesetzt: Wenn sie nicht spurten, dann wurden sie ebenfalls entlassen.

Dann gab es ein Jugendwohnkollektiv in Frankfurt, wo sehr stark die Drogenproblematik drin war. Das wurde stillschweigend im Herbst 70 zugemacht, ohne daß es massiven Widerstand gegeben hat. Die Kampffront war in der Zwischenzeit so weit abgebröckelt; es war auch schon damals versäumt worden, wie auch in der späteren Zeit, jemals Solidarität mit anderen Jugendwohngemeinschaftsträgern, z.B. SSK Köln oder Georg-von-Rauch-Haus, zu üben.

Dann kam es zu einer neuen Situation Ende 70 in Berlin, wo die Randgruppenkonferenz damals stattfand. Dort wurde versucht, den Kampf gegen die Heimerziehung verstärkt aufrecht zu erhalten; doch es blieb bei verbalen Bekundungen bzw. es wurde stundenlang darüber diskutiert, ob die Jugendlichen im Heim deklassiertes Proletariat oder Lumpenproletariat sind. Und diese Auseinandersetzung führte eigentlich dazu, daß sich die Bewegung noch weiter spaltete, daß die Isolation immer stärker wurde, daß die Frankfurter, die eigentlich von der Konferenz viel Hilfe erwartet hatten, allein gelassen wurden und somit der ganzen Jugendmaschinerie hilflos ausgeliefert waren. Danach wurden Stück für Stück die Wohnkollektive aufgelöst, lediglich ein Projekt wurde noch gehalten. Das wurde immer mehr integriert als Jugendwohngemeinschaft – damit kam der Begriff Jugendwohngemeinschaft so langsam zum Vorschein und die Jugendlichen, die seiner Zeit aus der Staffelbergbewegung dabei waren, waren alle weg.

Frage: Aus der damaligen Situation wurden sehr viele Forderungen abgeleitet, nämlich diesen ganzen Heimterror abzuschaffen, Verbesserungen und Reformen durchzuführen bzw. Heime generell abzuschaffen. Was ist aus euren damaligen Forderungen geworden?

P.B.: 1972 wurde zur generellen Abschaffung der größten Mißstände ein Erlaß in Hessen herausgebracht: „Grundrechte und Heimerziehung". In diesem Erlaß spiegelten sich fast alle Forderungen, die damals 1969 von uns aufgestellt wurden, wieder.

Dieser Erlaß wurde zwar verabschiedet und auch veröffentlicht, aber im Endeffekt wurde er in der Heimerziehung nie angewandt. Es war also ein Gesetz, was die kritische Öffentlichkeit beruhigen sollte. Ein großer Erfolg für uns war jedoch, daß hier zum erstenmal überhaupt Kindern und Jugendlichen zugestanden wurde, daß sie Grundrechte haben und es wurde offen zugegeben, daß das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (1908) überhaupt keine gesetzliche Grundlage für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung bietet.

Frage: In dem Erlaß „Grundrechte und Heimerziehung" steht u.a. das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Unantastbarkeit der Würde des Menschen, auf Bildung, Brief- und Postgeheimnis usw.

Wie sieht es mit diesen „Grundrechten" in der Heimpraxis heute aus?

P.B.: Nur Bremen und Hessen haben solche „Grundrechte" verabschiedet. Als ich 76/77 im Isenberg-Heim beschäftigt war, da habe ich versucht herauszufinden, ob hier in Bremen nach diesen „Grundrechten" in der Heimerziehung verfahren wurde. Daß danach nicht verfahren wurde, zeigte der später veröffentlichte Isenbergheimskandal. Um aufzuzeigen, welch geringe Bedeutung solche Erlasse in der Heimrealität haben, möchte ich

der später veröffentlichte Isenbergheimskandal. Um aufzuzeigen, welch geringe Bedeutung solche Erlasse in der Heimrealität haben, möchte ich

ein Zitat bringen aus der Abweisung einer Strafanzeige, die ich gegen die Mitarbeiter des Isenbergheimes erstattet habe. Wenn man da liest, wie die Staatsanwaltschaft alles abschmettert – die Strafanzeigen sind nämlich zurückgewiesen worden –, dann weiß man, wie es mit dem Schutz der Kinder und Jugendlichen bzw. ihrer grundlegenden Rechte wirklich aussieht.

„Soweit von ihrem Mandanten der Tatvorwurf der Freiheitsberaubung... in dem Zusammenhang erhoben worden ist, daß das Isenbergheim ‚ständig verschlossen gewesen' sei, ergibt sich nach dem Ergebnis der Ermittlungen nicht, daß diese Maßnahme nicht von §71 JWG gedeckt war. Es muß in diesem Zusammenhang zugunsten der Beschuldigten davon ausgegangen werden, daß aufgrund der konkreten Erziehungssituation die insoweit getroffenen Maßnahmen in der Einschränkung der Freizügigkeit g e b o t e n waren". (Sperrung P.B.).

Das heißt also konkret: die ganzen Punkte, die ich damals im Fall Isenbergheim angeprangert hatte, sind von staatsanwaltschaftlicher Seite aus nicht verfolgbar, bzw. er hatte auch gar kein Interesse daran, zu verfolgen. Ein Erzieher, der ihm in jeder Beziehung ausgelieferte Personen verprügelt, ihnen die Post zensiert, ihnen Ausgangssperre verhängt, sie nicht mal zur Schule gehen läßt, wird nicht verfolgt, weil das alles irgendwo „pädagogisch begründbar", „geboten" ist und außerdem müsse man ja auch die „schwierige Situation" bedenken, in der solche Erzieher leben. Das sind die Argumente, die man heute von den meisten Strafverfolgungsbehörden zu hören bekommt. Oftmals zeigt sich auch, daß selbst das Landesjugendamt kein Interesse hat, Mißstände abzuschaffen, indem sie die Jugendlichen in solchen Heimen wie z.B. dem Birkenhof leben lassen, nur damit sie sich den Heimplatz erhalten und auch weiterhin Jugendliche dort unterbringen können. Denn sie sehen sonst kaum andere Möglichkeiten und denken auch nicht darüber nach, wie sie alternative Unterbringungsmöglichkeiten schaffen können. Und das schlimmste ist, daß die Strafverfolgungsbehörden die Straftaten der Verantwortlichen noch legitimieren und ihnen einen Freibrief für die nächsten 10 Jahre geben. Sie können sich alle auf diese Gerichtsbescheide berufen.

Gehen wir noch ein Stück weiter, gehen wir zu dem, was in Hessen als neues Reformmodell rausgebracht wurde, das ist die „heilpädagogische Intensivbetreuung" („HIP").

Frage: Was ist das denn bzw. wird zumindest hier in Hessen nach dem Erlaß „Grundrechte und Heimerziehung" verfahren?

P.B.: Es ist nichts anderes als das, was bisher in der geschlossenen Heimerziehung gemacht wurde. Da werden Jugendliche verwahrt, werden mindestens 6 Monate eingesperrt, werden von der gesamten Außenwelt isoliert, kriegen einen „Paten", – hört sich gut an, kriegen einen „Paten", einen „Sozialpaten", im Grunde genommen erinnert mich das an eine totale Sozialmafia; bei der Mafia hatte man auch seinen Paten.

Der Pate ist Erzieher, er bestimmt, was für den Jugendlichen gut ist; bestimmt, ob der Jugendliche nach einem halben Jahr endlich rauskommt oder nicht; ob man ihm schon seinen eigenen Willen gebrochen hat, daß er nicht mehr abhaut, daß er sich im Endeffekt wie eine Marionette führen läßt. Eigentlich wird nichts anderes mit ihm gemacht, als seine Persönlichkeit zu zerstören. Das ist ein sehr ausgeklügeltes und ausgetüfteltes System von Psychologen und Psychtherapeuten, denen immer wieder vorschwebt: dem Jugendlichen ist nur dann zu helfen, wenn sein persönliches Ich gebrochen wird. Dann soll ihm ein neues Ich aufgepropft werden; im Grunde genommen eine Gehirnwäsche, damit er hernach gesellschaftstüchtig funktioniert und dem Staat nicht weiter zur Last fällt. Und wenn man sich fragt, du meine Güte, der Jugendliche hat doch auch ein „Recht auf Freiheit", der darf doch nicht so eingesperrt werden, dazu heißt es in der Konzeption der „HIP":

„Hinsichtlich der rechtlichen Möglichkeiten geschlossener Unterbringung in dieser ‚HIP' ist zu beachten, für eine Unterbringung im Rahmen der Fürsorgeerziehung enthält § 71 JWG eine ausdrückliche Einschränkung der Grundrechte der Freiheit der Person und der Freizügigkeit; somit ergeben

Fürsorgeerziehung enthält § 71 JWG eine ausdrückliche Einschränkung der Grundrechte der Freiheit der Person und der Freizügigkeit; somit ergeben

sich keine besonderen Probleme bei der Durchführung der ‚HIP' bei den Jugendlichen, für die bereits im Vormundschaftsgericht Fürsorgeerziehung angeordnet ist".

D.h. also in normalem Deutsch: damit sie das überhaupt durchführen können, werden die Jugendlichen erst einmal diskriminiert: Ein Jugendlicher ist aufgefallen, war in soundsovielen Heimen, hat sich immer wieder zur Wehr gesetzt, ist abgehauen; „er entzieht sich dem Erziehungsprozess" und muß deshalb eingesperrt werden. Damit das dann auch legal ist, wird Fürsorgeerziehung angeordnet. Weiter heißt es im Text:

„Für die Durchführung einer ‚HIP' im Rahmen der freiwilligen Erziehungshilfe einer Unterbringung nach § 5 und 6 JWG, aber auch bei Gewährung von ‚HIP' als Einzelmaßnahme ist zu berücksichtigen, daß hierbei die Unterbringung zu Erziehungszwecken im Vordergrund steht und ausschlaggebend ist. Echte Erziehungsmaßnahmen und erziehungsadäquate Einschränkungen persönlicher Grundrechte können jedoch begrifflich nicht als Freiheitsentziehung im Sinne des Art. 2 und 104 GG angesehen werden. Diese Schutzfunktionen der Verfassung gelten zwar grundsätzlich auch für Minderjährige, sie finden aber eine Begrenzung durch das Erziehungsrecht der oder des Sorgeberechtigten mit der Befugnis, den Aufenthalt sowie geeignete und notwendige Erziehungsmaßnahmen zu bestimmen, wozu auch die Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt ohne richterliche Anordnung zählt. Der Erlaß ‚Grundrechte und Heimerziehung' ... ist für die ‚HIP' n u r m i t E i n s c h r ä n k u n g e n a n w e n d b a r. Die geschlossene Unterbringung darf nicht als Instrument der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mißbraucht werden."

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Zuerst wird in Hessen ein „Grundrecht" für Kinder in der Heimerziehung verabschiedet, zugleich wird durch eine „pädagogische" Konzeption, die allerdings für mich eine faschistoide Konzeption ist, das Unterlaufen dieser „Grundrechte" akzeptiert und festgeschrieben. (...)

Statt daß gute Hilfen im ambulativen Bereich oder stationäre Hilfen von Beratungsstellen und Wohngemeinschaften bezuschußt würden, sollen hier nun ca. 250,- DM pro Tag bezahlt werden. Das macht pro Jugendlichen 90.000 DM/Jahr. Der Staat scheint hier reichlich Geld zu haben, um einen jungen Menschen in unser „Gesellschaftsleben" wiederein-zu„gliedern" und ihn ja daran zu hindern, sich diesem „Erziehungsprozeß" zu entziehen.

Das ist Hirnwäsche und Zerstörung der Ichpersönlichkeit durch Staat und pädagogische Irre.

Frage: Du hast gerade gesagt, der Staat sollte lieber mehr Jugendwohngemeinschaften z.B. finanzieren. Meist du, daß Jugendwohngemeinschaften eine Alternative für die „HIP" sein können?

P.B.: Wir haben uns gesagt, es muß möglich sein, zu beweisen, daß es auch anders geht. Man kann solche Jugendliche, die sonst in geschlossenen Heimen bzw. in der „HIP" landen, anders betreuen. Und wir haben gesagt: Wir versuchen, in Bremen Wohngemeinschaften aufzubauen, in denen wir Jugendliche aufnehmen, die laut Akte als „besonders schwierig" gelten und die bisher in anderen Heimen nicht mehr aufgenommen wurden. Wir waren bereit, jeden Jugendlichen, der bei uns anläuft, zu nehmen, auch Strichjungen oder Mädchen, denen schon teilweise Prostitution angehängt wurde, und wir haben gesagt: Wir werden den Beweis führen, daß man diese Jugendlichen betreuen kann, ohne Mauern, ohne Stacheldraht, ohne Panzerglas, ohne Paten und auch lange nicht so kostenintensiv. Wir haben 24 Jugendliche in drei Wohngemeinschaften betreut.

Wir haben den Beweis erbringen können, daß während einem Jahr kein Jugendlicher ausgerissen ist, weil er sich dem „Erziehungsprozeß entziehen" wollte.

Wir hatten einen Jugendlichen, der öfters weggelaufen ist: der, ist aber

sich dem „Erziehungsprozeß entziehen" wollte.

Wir hatten einen Jugendlichen, der öfters weggelaufen ist; der ist aber nicht weggelaufen, um sich „dem Erziehungsprozeß zu entziehen", sondern weil er mit sich selbst im Konflikt war. Er war ein Strichjunge, der mit seiner Sexualität nicht klar kam, und da ist er immer wieder weggelaufen, um somit im Endeffekt eine andere Beziehung zu suchen. Über seinen Strich hat er versucht, sich zu legitimieren. Wir haben das toleriert, haben gesagt, o.k. laß ihn laufen, er kommt wieder; wir sind ihm nachgefahren, haben ihn abgeholt, alle möglichen Spiele mitgemacht; wir sind also sehr intensiv darauf eingegangen.

Zum anderen zeigten Mädchen, die wir z.B. aus dem berüchtigten Birkenhof aufgenommen hatten, die vorher total isoliert und eingesperrt waren, überhaupt kein Bedürfnis abzuhauen; die haben sich richtig heimisch bei uns gefühlt. Mit Zuhältern, was sonst immer als die große Gefahr für die Mädchen dargestellt wird, hatten wir nie Probleme; das ist im Grunde genommen auch totaler Schwachsinn — wenn ich natürlich ein Mädchenheim aufbaue mit 130 Mädchen auf einem Fleck, das zieht dann natürlich alles an.

Wenn ich einen Jungen oder ein Mädchen einsperre, gerade in seiner Pubertätszeit, und ihm jede Art von Sexualität unterdrücke und er überhaupt keine Möglichkeit hat, dann ist doch klar, daß der Jugendliche abhaut. Denn, du meine Güte, irgendwo hat man doch seine ganz natürlichen Triebe und die müssen doch auch beachtet werden, und irgendwo hat man doch auch verdammt noch mal das Recht, seine Sexualität auszuleben und dabei auch seine eigenen Erfahrungen zu machen. Und das ist ein Thema, das gerade auch in der Heimerziehung generell verpönt ist. Wir haben uns nie dazwischengestellt oder die Hand dazwischen gehalten, wenn ein Jugendlicher seinen Freund bzw. seine Freundin mitbrachte. Wir fanden das gut, daß er jemand hatte. Genau das ist ein wesentlicher Unterschied zur großen Heimerziehung, wo Sexualität nach wie vor unheimlich tabuisiert ist und sich niemand darum kümmert. Und die meisten Spannungen, aus denen heraus ein Jugendlicher in der Heimerziehung abhaut, resultieren ja gerade aus diesen Geschichten, weil er eben irgendetwas anderes haben will und sich nicht isolieren lassen will.

Frage: Sieht denn bei den Alternativen alles so positiv aus, wie du es gerade am Beispiel eurer Umgehensweise mit der Sexualität der Jugendlichen dargestellt hast?

P.B.: 1. Ein Punkt, der zu kritisieren ist, ist, daß in den Jugendwohngemeinschaften zum Teil der Anschein von Freiwilligkeit erweckt wird. „Der Jugendliche, der zu uns kommt", heißt es in den Jugendwohngemeinschaftskonzeptionen, „muß freiwillig zu uns kommen". Welche „Freiwilligkeit hat er denn eigentlich? Er kommt auf Empfehlung des Jugendamtes bzw. weil ihn woanders niemand mehr aufnehmen wollte. Er hat nur die Alternative, entweder Jugendwohngemeinschaft oder es wird ein Heimplatz für ihn gesucht; daher wird er sich für die Jugendwohngemeinschaft entscheiden.

Dann ist er dort, hat vier Wochen Probezeit, kann sich erst einmal einleben, schauen, wie er mit den Betreuern und Jugendlichen klarkommt; dann entscheiden die Jugendlichen und Betreuer plötzlich: wir wollen den nicht, der soll wieder gehen.

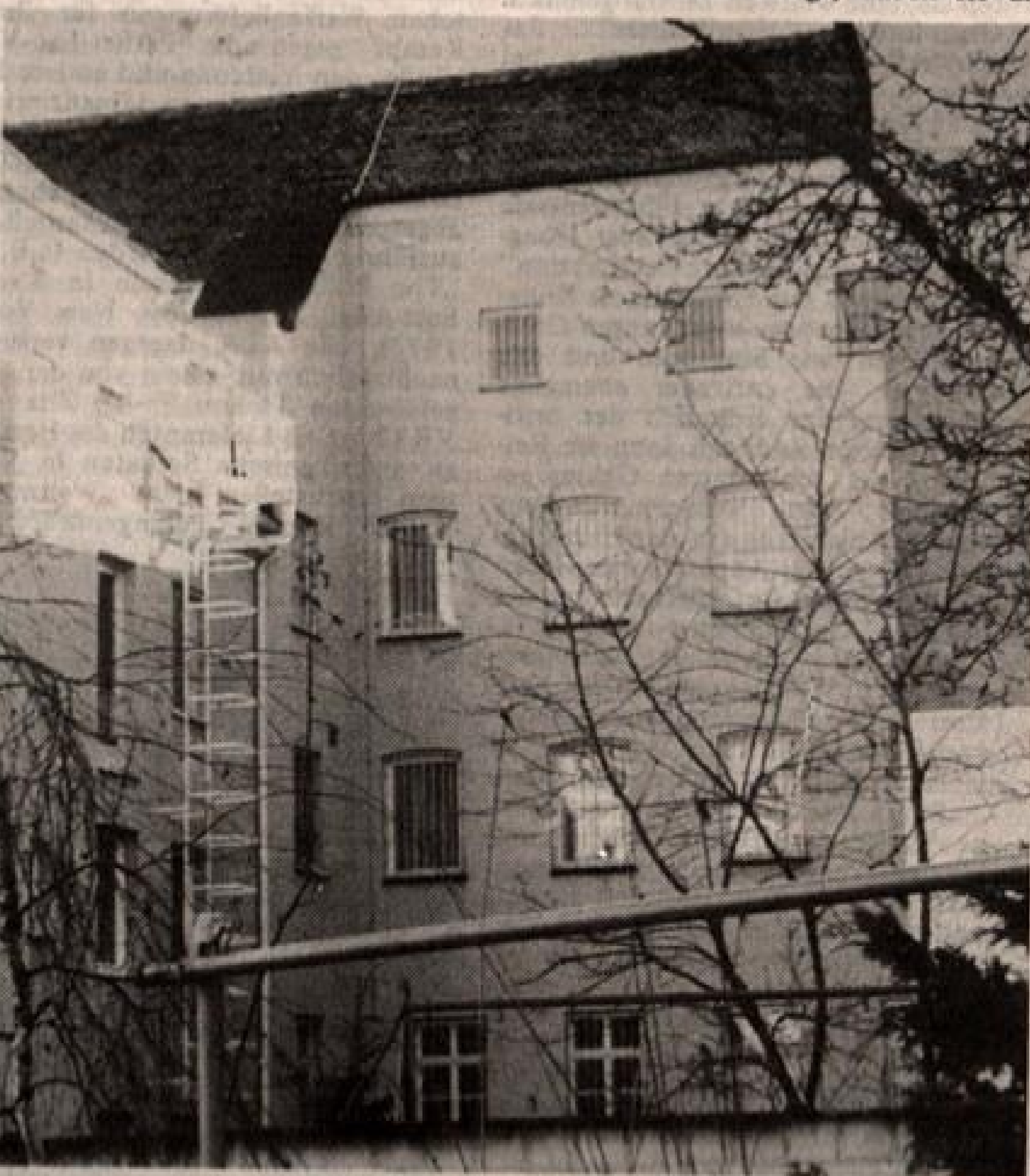
2. Angenommen, er „übersteht" die Probezeit, kommen seine Schwierigkeiten wieder — er hat ja vorher in der Heimerziehung nicht gelernt, selbständig zu leben, aber andererseits wird jetzt von ihm eine unheimliche Selbständigkeit erwartet, das ist eine Vorbedingung. Im Jugendhilfegesetzentwurf heißt es: ein Jugendlicher, der in eine Jugendwohngemeinschaft kommt, muß dazu befähigt sein, selbständig zu leben. Wo soll er das aber gelernt haben? In der Familie ist er kaum selbständig geworden, in der Heimerziehung noch viel weniger und jetzt in der Wohngemeinschaft erwarten auch die Pädagogen einen hohen Grad an Selbständigkeit von ihm. Jetzt versagt er, steht morgens nicht alleine auf, geht nicht zur Schule, irgendwo kommt er mit seiner ganzen Freizeitseinteilung nicht klar, bleibt mal länger weg, versucht natürlich seinen Freiraum auszukosten, macht sein Hausamt nicht und wird im Endeffekt nach einigen Verwarnungen aus der Wohngemeinschaft herausgeschmissen.

Ein Rausschmiß heißt im Endeffekt Zerstörung seiner gesamten, geschützten Atmosphäre, er hat keine Wohnung, er muß wieder zum Jugendamt, kommt in ein Auffangheim, in der Regel ist er zu alt für ein Heim, kriegt allein ein Zimmer, kommt dort erst recht nicht klar, kann seine Gelder nicht einteilen, wird „kriminell" und landet im Knast. Ich meine, das ist keine Perspektive für einen Jugendlichen, besonders nicht für eine Jugendlichen, der die Hoffnung hat, hier endlich mal mit Leuten zusammen zu sein, die ihm intensiv helfen.

Das läuft in vielen Jugendwohngemeinschaften so, daß ein Jugendlicher nach ein paar Verwarnungen einfach auf die Straße gesetzt wird. Das ist eine viel härtere Strafe als alles andere, was er vorher in normalen Heimen erlebt hat.

Man muß dabei aber auch den Spieß umdrehen. Nicht allein die Pädagogen in den Jugendwohngemeinschaften tragen hier die Schuld, sondern diese Zuspitzung der Situation ist ganz bewußt und gewollt von den Jugendämtern mitgefördert worden, die sagen, wir bezahlen nur so lange für den Jugendlichen, so lange er etwas tut. Wenn er nichts leistet, dann seid ihr die Schuldigen. Ihr leistet es nicht, daß er zur Schule geht usw. Ja vorher, da hatte er vielleicht jemand, der ihn händchenhaltend zur Schule gebracht hat, der ihn da hingeprügelt hat, aber so lange der Jugendliche auf Zwang dahin muß, nur damit die Gelder laufen, dann ist das keine Pädagogik mehr, die dem Jugendlichen irgendwie weiterhilft.

3. Ich sehe zur Zeit eine sehr starke Gefahr, daß sich die Jugendwohngemeinschaftsträger zu sehr an die Landesjugendämter gebunden haben. Da wurden Vereine gegründet, die heute wirtschaftlich vom Senat und seinen Behörden abhängig sind. D.h. sie haben sich ein Haus gekauft oder gemietet, die haben Personal eingestellt, das kostet alles Geld. Daraus ergibt sich der Zwang, ständig belegt zu sein. Sind sie nicht belegt, haben sie die



Vergitterte Fenster im Augsburger Mädchenheim „Sankt Afra" (eine Einrichtung des Sozialdienstes katholischer Frauen)

Vergitterte Fenster im Augsburger Mädchenheim „Sankt Afra" (eine Einrichtung des Sozialdienstes katholischer Frauen)

Schwierigkeit, ihren eigenen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. D.h. konkret, man hat sich auf ein Geschäft eingelassen: ist man jugendamtsfreundlich und entspricht dem, was die Jugendämter von einem erwarten, dann bekommt man Jugendliche. Über diesen Pflegesatzmechanismus sind viele positive, teilweise idealistische Ansätze aus der Jugendwohngemeinschaftsarbeit verdrängt worden.

Es ist ein großer Fehler, sich allein auf die Pflegesätze der Landesjugendämter einzulassen. Am schlimmsten aber ist, wenn gesagt wird, wir wollen nur lokal Jugendliche betreuen, also nur aus unserer Stadt bzw. der unmittelbaren Umgebung. Damit ist man nämlich absolut der Macht e i n e s Jugendamtes ausgeliefert, d.h. das Jugendamt kann jederzeit, wenn der Träger ihm irgendwie nicht paßt, diese Jugendwohngemeinschaften einfach nicht belegen. Damit werden die kaputtgemacht und dazu getrieben, daß sie im Endeffekt ihre Arbeit aufgeben müssen. Deshalb sollte man versuchen, regional weit gestreut auch von anderen Jugendämtern Jugendliche aufzunehmen. Es steht zwar immer wieder in den Konzepten drin, „wir wollen familientherapeutisch arbeiten". Ich kann aber nachweisen, in den ganzen Jahren, wo wir Jugendliche betreut haben, daß mit der Familie nie gearbeitet wurde. Deswegen ist es ein Hirngespinst zu sagen, aus familientherapeutischen Gründen müssen wir nur Jugendliche aus diesem regionalen Ortskreis aufnehmen; da sollte man wirklich den Jugendlichen auch eine Chance geben, die anderswo in einem Heim vergammeln.

4. Manche alternativen Träger haben sich in der Zwischenzeit einen unkontrollierbaren Überbau geschaffen, mit Geschäftsführer usw. Damit habe ich selbst 1979 in Bremen sehr miese Erfahrungen gemacht, als ich beim „Institut für Sozial- und Heilpädagogik" (IfSH Bremen) gearbeitet habe. Der Träger hatte sich unheimlich auf Pflegekosten eingelassen, hatte jemand eingestellt, der das ganze Ding als Privatgeschäft betrachtete, der die Konten ausgeraubt hat, die Gelder unterschlagen und somit den Verein in den Konkurs getrieben hat. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn dort die Aufsicht des Landesjugendamtes anders funktioniert hätte. Ich möchte nicht fordern, daß das Landesjugendamt ständig in die Bücher reinschaut, aber in diesem Fall ist es öfters darauf hingewiesen worden, daß es Unregelmäßigkeiten gibt.

Man hat sich stattdessen auf ganz andere Sachen konzentriert. Dem Träger wurden Fragen gestellt wie: „Ist es wahr, daß sie mit einem Jugendlichen ein Zimmer kurzfristig geteilt haben? Ist es wahr, daß zwischen den beiden Schlafbereichen kein Vorhang gehangen hatte?" — auf solche Fragen hatte das Landesjugendamt sich seinerzeit konzentriert, während Vorwürfe gegen die Machenschaften der Geschäftsführung dieses Vereins zunächst nicht nachgegangen wurde. Und als das Kind in den Brunnen gefallen war, d.h. der Verein war mit über 800.000 DM überschuldet und somit pleite, da wurden die Pflegesätze noch rigoros gekürzt, die Jugendlichen wurden auseinandergerissen und waren wieder mal freigegeben, um sie in der ganzen BRD neu zu verteilen.

5. Die Kooperation der Jugendwohngemeinschaften ist sehr mangelhaft; von Solidarität ist überhaupt nicht zu sprechen. Es gibt zwar Fortbildungsveranstaltungen, wo so ein bißchen auf die Arbeit der Jugendwohngemeinschaften eingegangen wird, wo die Leute sich untereinander koordinieren, aber es gibt keine Solidarität, sich gegen diese teilweise pädagogikfeindlichen Maßnahmen der Jugendämter gemeinsam zur Wehr zu setzen. Jeder Träger versucht so einigermaßen für sich, über Wasser zu bleiben.

Frage: Gibt es denn heute überhaupt noch alternative Einrichtungen, die nach eurer damaligen Konzeption von Wohnkollektiven arbeiten?

P.B.: Ja, der Klever-Hof z.B. bei Köln, der arbeitet immer noch nach unseren damaligen Vorstellungen und er macht auch die richtige Arbeit in der heutigen Situation.

Die sagen: wir pfeifen auf das Geld wir wollen nichts von euch, laßt uns in Ruhe leben, wir werden unseren Lebensunterhalt schon eintreiben. Ein Jugendlicher hat ein Recht auf „Hilfe zum Lebensunterhalt", auf Mietzuschuß. Wenn einer eine Lehre macht oder wenn jemand arbeitet, bringt er sein Geld rein, und das ist eine realistischere und sauberere Situation als so ein Zwischending, das sich Jugendwohngemeinschaft nennt, aber gar nicht so klar zu definieren ist. Der Klever-Hof ist noch ein Kollektiv und da wissen die Jugendlichen auch was

wohngemeinschaft nennt, aber gar nicht so klar zu definieren ist. Der Klever-Hof ist noch ein Kollektiv und da wissen die Jugendlichen auch, was sie tun können.

Alle andere Arbeit, wo die professionelle Arbeit nur noch von Pädagogen gemacht wird, die zum Teil nur noch einen alternativen Arbeitsplatz für sich suchen und weniger an die alternative Arbeit für die Jugendlichen denken, lehne ich heute generell ab. Die Erfahrung, die ich gemacht habe, auch in Bremen, wo Pädagogen BAT 2a verlangt und kassiert haben und die Jugendlichen teilweise rumsaßen, nichts bekommen haben und kaputtgingen, die verurteile ich.

Frage: Seit zehn bis elf Jahren hast du dich jetzt schon mit der Heimerziehung auseinandergesetzt. Wie schätzt du das Erreichte ein? Ist das nicht ein Grund zu resignieren?

P.B.: Vor elf Jahren, als ich mit anderen den Kampf gegen die Heimerziehung begonnen habe, habe ich nie geglaubt, daß man nach elf Jahren im Endeffekt wieder vor der gleichen Situation stehen würde wie damals. Ich bin 1969 davon ausgegangen: da gibt es eine starke Bewegung und es werden Veränderungen kommen; und es sah ja auch so aus, als würde es Veränderungen geben: schauen wir uns doch die ersten Jugendhilfegesetzentwürfe an, die waren ja wirklich fortschrittlich.

Wenn ich mich heute frage, was in dieser ganzen Zeit erreicht wurde, so sind das ein paar gute Aufsätze, ein paar Skandale, hier und da ist mal ein Heim geschlossen worden — das waren aber nicht sehr viele von denen, die hätten geschlossen werden müssen. Da liegt einem die Resignation schon nahe.

Und was mich zur Resignation weitergetrieben hat, ist folgendes: nach dem Isenbergheimskandal hatte alles danach ausgesehen, als gäbe es bald eine ähnliche Bewegung wie 1969. Die Bambule-Veranstaltung in Hamburg mit 2.000 Leuten weckte viel Optimismus, genauso wie z.B. der Jugendhilfetag 78, der für die Bundesregierung, die ihr neues Jugendhilfegesetz bejubeln lassen wollte, zum totalen Desaster wurde.

Doch diese Bewegung hat sich nach 1978 unheimlich schnell zerschlagen. Im Endeffekt ist seither nichts mehr weiter passiert.

Ich habe jetzt elf Jahre lang was gemacht und stehe im Grunde genommen genau auch vor dem Punkt zu sagen, für wen eigentlich und für was?

Gerade in der Arbeit des IfSH Bremen, wo ich zuletzt gearbeitet habe, habe ich die Erfahrung gemacht, daß diese alternative Arbeit, für die wir elf Jahre gekämpft haben, hier bei diesem Jugendwohngemeinschaftsträger mißbraucht wurde. Ein Vorstandsmitglied betrachtete das Ganze als sein Privatunternehmen, durch das er sich ein luxuriöses Leben leisten konnte; mehrere Pädagogen, die frisch von der Uni kamen und nie in ihrem Leben schlechte Heime von innen gesehen hatten, fanden dort alternative Jobs mit überdurchschnittlicher Bezahlung. Solidarität mit den wenigen Kollegen, die dort versuchten, die Arbeit zu verbessern, blieb ständig aus, und als die Überschuldung des Vereins feststand und die Arbeit des Vereins kurz vor dem Zusammenbruch stand, versuchten sich einige Mitarbeiter selbständig zu machen, indem sie einen eigenen Verein gegründet haben. Dadurch erreichten sie nur eins: daß die Jugendwohngemeinschaften innerhalb von vier Wochen vom Landesjugendamt aufgelöst wurden. Gute Lösungsvorschläge, die zwischen dem Landesjugendamt Bremen und dem DPWV ausgehandelt waren, wurden abgelehnt.

Ich mag ein Stück resigniert sein, Resignation aber, die sich zum großen Teil daraus begründet, daß man in der Regel mehr Solidarität von Linken erwartet hätte, gerade auch in den letzten Auseinandersetzungen.

Ich bin eigentlich heute so weit, daß ich vom Gefühl aus sage, no, du machst nichts mehr, hörst auf, machst was anderes — ich kann in meinem alten Beruf zurückgehen.

Aber umgekehrt, wenn ich dann wieder Jugendliche treffe und sehe, wie es denen dreckig geht, dann sage ich mir, es ist gerade wichtig, weiterhin den Kampf zu führen.

Das heißt aber inzwischen für mich auch: ich möchte von einem Fehler weggehen, den ich lange Zeit gemacht habe, als Einzelkämpfer immer wieder durch die Gegend zu laufen. Weil, als Einzelkämpfer hast du keine Chance, da machst du dich kaputt, da reitest du gegen tausend Windmühlen, da reitest du zum Schluß noch gegen die eigenen Leute, für die du das eigentlich gemacht hast.

Irgendwo möchte ich immer noch Impulsgeber sein, damit Leute sich weiter um dieses Thema kümmern und auch den Mut dazu finden — es haben nicht alle Leute den Mut, aus ihren eigenen beschissenen Bereichen zu berichten, weil sie Angst haben

haben nicht alle Leute den Mut, aus ihren eigenen beschissenen Bereichen zu berichten, weil sie Angst haben, juristische Prozesse von irgendwelchen Institutionen aufgedrückt zu bekommen, wie das z.B. die Innere Mission im Fall Isenbergheim mit mir gemacht hat. Sie haben mich jetzt drei Jahre durch die Gerichte gejagt und es wird noch einmal zwei Jahre dauern, bis alles abgeschlossen ist. Aber es muß verdammt noch mal Leute geben, wie z.B. der Alexander Homes, der wegen der Zustände im Vinzenzstift in die Öffentlichkeit gegangen ist, und den haben sie auch als Einzelkämpfer eingestampft. Gut, da wurde berichtet und die Sachen aufgegriffen, aber jetzt sitzt er in der Ecke, hat vom Gericht einen Maulkorb umgehängt bekommen ... Da meine ich, daß es notwendig ist, daß genügend Leute da sind, die solche Leute unterstützen und sich solidarisch mit ihnen zusammenschließen.

Ich habe auch gesagt, mein neues Buch soll eigentlich der Abschluß sein von dem Ganzen — ich habe keine Lust mehr und bin auch so weit fertig, daß ich sage, irgendwo hat das System es auch gepackt, mich zu schaffen.

Wenn ich irgendwo das Gefühl hätte, es gibt noch Leute, die sich mit einem solidarisieren, die einen mit unterstützen, dann würde ein Stück der Resignation weggenommen.

AK: Peter, wir danken dir für dieses Interview.

Kinderkommission Hamburg/Bremen



(Bd. IZZ 4203 / DM 6,80) (August '79), ISBN 3-596-24203-7



Anti Drogen Koalition:

Rattenfänger im Dienst der CIA

Sie stehen auf Kreuzungen und bieten den Wageninsassen ihre Broschüren an. Häufig direkt neben Springer's Kinderkleber, aber vereinzelt auch schon mal neben der Anti-AKW-Sonne ist ihr Aufkleber „Krieg dem Rauschgift" zu sehen: auf PKW's, Bussen, Kneipentüren, Polizeifahrzeugen und in Hamburg beispielsweise an der Eingangstür zur Davidwache. Die Rede ist von der Anti-Drogen-Koalition (ADK), die im Januar 1980 in Wiesbaden gegründet wurde. Ihre Zielsetzung ist nicht gerade bescheiden: „Dem Rauschgift und seiner Lobby muß der Krieg erklärt werden und dieser Krieg muß in den 80er Jahren siegreich beendet werden – auf dem Spiel steht die Zukunft der nächsten Generation." ... „Die ADK hat sich durch ihre bisherigen Aktionen als Kraft erwiesen, die diesen Krieg führen kann" (aus „Krieg dem Rauschgift" 2, Jan. 80).

Als Verbündete für diesen weltweiten Krieg führen sie ihre internationalen Schwesterorganisationen ins Feld, die von der US-amerikanischen Anti-Drug-Coalition ausgehend in Kolumbien, Taiwan, Italien, Canada, Schweden, Frankreich und Mexiko gegründet wurden oder deren Gründung geplant ist. In den USA trat als Gründungsorganisation die US-Labour Party (USLP) auf, deren bundesdeutscher Arm als EAP bekannt ist und hier ebenfalls die Gründung der nationalen ADK vorbereitete. Die EAP hat sich in der Vergangenheit ja vor allem in der Energiedebatte durch ihre Forderung nach unbegrenztem Ausbau der AKW's hervorgetan und alle Gegner des Atomprogramms rundweg als „Grüne Terroristen" verunglimpft. Ihr aktueller politischer Schwerpunkt setzt wiederum an einem gesellschaftlichen Konflikt an.

Der Schoß, aus dem das kroch

Die USLP wurde 1969 gegründet und gab als Ziel vor, *„in fünf Jahren eine Weltarbeiterregierung zu errichten"* (nicht näher gekennzeichnete Zitate aus dem Hintergrundbericht der „Süddeutschen Zeitung" über die USLP vom Mai 80). Ihr Vorsitzender, Lyndon La Rouche, war zuvor Mitglied einer trotzkistischen Organisation und trat als besonders rrrevolutionärer Agitator in der Studentenbewegung auf. Zwei Jahre später gab La Rouche plötzlich bekannt, seine Organisation sei die Zielscheibe einer weltweiten Verschwörung, als Gegner machte er ein Bündnis aus CIA, KGB, britischem Geheimdienst, FBI und der sogenannten Rockefeller-Fraktion aus, die es gemein-
Gegner machte er ein Bündnis aus CIA, KGB, britischem Geheimdienst, FBI und der sogenannten Rockefeller-Fraktion aus, die es gemein-
sam auf die Partei und ihre Mitglieder abgesehen hätten. Es wurden Schlägertrupps aufgestellt, die sich besonders durch blutige Überfälle auf linke Gruppen und Arbeiter hervortaten, da diese alle im Solde der CIA stünden und La Rouche allein berechtigter Führer der Revolution sei. Angebliche Gehirnwäscheangriffe ihrer Gegner dienten als Vorwand, mit *„tiefenanalytischer Therapie, endlosen Verhören unter Entzug von Schlaf und Nahrungsmitteln"* die Mitglieder zu *„deprogrammieren"*, sie also einer tatsächlichen Gehirnwäsche zu unterziehen.

Bis Mitte 74 gab sich die Partei noch links, doch dann *„verwandelte sich die USLP mit ihren 26 Zweigstellen in Europa, Asien, Kanada und Lateinamerika in eine* (offen,– Anm. AK) *rechtsradikale Organisation"*. Die marxistischen Versatzstücke ihrer Ideologie wurden gestrichen, das Ziel einer *„Weltarbeiterregierung"* machte dem Programm eines *„dynamischen Kapitalismus"* Platz.

Seitdem pflegt die USLP gute bis sehr gute Kontakte zum Ku-Klux-Klan, zur US-Nazi-Partei, zu den rechten Flügeln der Demokraten und Republikaner im Kongreß und zur Geschäftswelt. Sie *„unterhält zwei paramilitärische Ausbildungslager, die auf den Guerillakampf und Methoden der ‚Terroristenabwehr' spezialisiert sind."* ... *„Regelmässig werden vertrauliche Berichte an das FBI und die lokalen Polizeibehörden über die Tätigkeit linker Organisationen verschickt; Berichte über die Anti-Apartheid-Bewegung werden an die südafrikanische Regierung weitergeleitet; die Leiter der Elektrizitätsgesellschaften und der Kraftwerke werden über die Antinuklearbewegung auf dem laufenden gehalten; die SAVAK des Schah erhielt Informationen über die iranische Studentenbewegung in den USA."*

Einer ihrer Programmschwerpunkte ist die *„Wiedergeburt des amerikanischen Systems"*, einer drogenfreien Gesellschaft, in der *„weder Homosexuelle noch Rauschgifthändler Platz haben werden"*, ihre Zeitung „New Solidarity" treibt offen antisemitische Hetze.

Die USLP *„kontrolliert drei Gesellschaften mit einem jährlichen Gesamtprofit von über fünf Mio. Dollar"*, darunter eine Computerfirma und eine Druckerei mit einem potenten Kundenstamm (u.a. Mobil Oil, Ford-Stiftung und City-Bank). **„Geld fließt der Partei auch durch steuerfreie Deckorganisationen zu, wie die ‚ADK' und die ‚Stiftung für Fusionsenergie' zur Förderung von Nuklearkraftwerken."**

Von dieser Partei wurde im September 1979 die US-ADK gegründet, zwei Monate später trat ihr bundesdeutscher Ableger erstmals in Frankfurt öffentlich auf und gründete im Januar 1980 die nationale ADK.

Ein Programm von Rechtsaußen

„Die Waffen der britischen Oligarchie – Sekten, Drogen, Terror" hieß eine Broschüre der EAP, bevor die ADK zwei weitere zum Thema „Krieg dem Rauschgift" auf den
hieß eine Broschüre der EAP, bevor die ADK zwei weitere zum Thema „Krieg dem Rauschgift" auf den
Markt brachte. Der Inhalt ist eine schwer verdauliche Mischung aus Lügen, Halbwahrheiten und wild zugeordneten Tatsachen mit geradezu phantastisch-paranoiden Gedankenketten. Eine verkürzte Leseprobe, sinngemäß wiedergegeben: Da der ehemalige Vorsitzende der FDP, Erich Mende Repräsentant von Bernie Cornfelds IOS (Investors Overseas Service) war, und diese Schwindelfirma auch schmutzige Gelder aus dem Rauschgiftgeschäft reingewaschen haben soll – was ja durchaus vorstellbar ist – fordern die Jungdemokraten „Kein Knast für Hasch" und Innnenminister Baum „Therapie statt Strafe". Logisch, oder?

Abgesehen von diesen Entgleisungen, die ihre Seriösität in der demokratischen Öffentlichkeit und bei möglichen Bündnispartner arg erschüttert haben, formulieren sie im übrigen glasklar das, was bürgerlichen Politikern meist nur liberal verpackt über die Lippen geht („Therapie statt ..."). Sie fordern:

- **Keine noch so geringe Entkriminalisierung für Verbraucher illegaler Drogen**
- **Erheblichen Ausbau der staatlichen Fahndungstätigkeit**
- **Einrichtung zusätzlicher geschlossener Therapiezentren für Drogenabhängige und die Einstellung der sog. „Überbrückungshilfe" und „Erhaltungsprogramme" ...**
- **Behandlung der „Verherrlichung" illegaler Drogen (gemeint ist Hanf) als eindeutig kriminelles Delikt.**

Eindeutiger hat noch niemand Selektionsprogramme gefordert.

Eine Spezialität der ADK ist die Verteufelung von Hanf als besonders gefährliche Droge. Mit längst als Fälschungen erkannten „wissenschaftlichen Untersuchungen" erbringt ein Dr. Nahas, selbsternannter Sonderberater der Vereinten Nationen in Sachen Rauschgift den „Nachweis" schwerster Schädigungen auf Hirn- und Geschlechtsorgane schon bei geringem Hanfkonsum .Nicht zuletzt deswegen zeigt der ADK-Aufkleber ja auch ein durchgestrichenes Hanfblatt.

Das neue Weltjudentum

Weitaus vernebelter sind die „Grundprinzipien" der ADK hinsichtlich der Ursachen (illegaler) Drogensucht (Alkohol und Pharmaka sind überhaupt kein Thema für sie) und der politischen Ökonomie illegaler Drogen. Sie rühmt sich, alles zugängliche Material zusammengetragen zu haben und die Erklärung für das ihrer Meinung nach größte Geschäft der Weltwirtschaft vorweisen zu können. Diese Erklärung ist allerdings wahnwitzig: In ihren Broschüren behaupten sie, eine weltweit zentral gelenkte Organisation kontrolliere das Geschäft illegaler Drogen, bei Opiaten beispielsweise vom Mohnanbau bis zum Vertrieb von Heroinportionen in westlichen Großstädten. Der Kopf dieser Organisation sei die britische Krone. Als Finanzzentrale machen sie die ihr gehörende „Hongkong-Shanghai-Banking-Corporation" (Hongshang) mit Hauptsitz in Hongkong aus. In dem sogenannten Geldparadiesen wie Singapore und den Bahamas, die entweder ehemalige oder derzeitige Kolonien der britischen Krone sind, soll dann die Reinigung der schmutzigen Gelder geschehen. Alles wohlgemerkt auf direkte Anweisung aus dem Buckingham-Palast. Als Apparate zur Unterstützung dieses Geschäfts stünden der britische Geheimdienst zur Verfügung sowie die Mafia als *„Nebenprodukt britischer Subversion, des Vatikans und führender Unternehmerkreise der Gründerzeit"* und weil die meisten Mafiosi Englisch sprechen.

Ihnen zur Seite seien verschiedene Wissenschaftler und Intellektuelle der Vergangenheit und Gegenwart tätig, so u.a. Bertrand Russell und praktisch der gesamte Lehrkörper der Oxford-University, die als „Drogenpropheten" für die Werbung sorgten und die Grundsteine einer „Drogenkultur" legten, die bis Ende des laufenden Jahrzehnts die westlichen Industriegesellschaften zerstört haben wird. Nebenbei hätten diese Kräfte auch noch die RAF, die Brigate Rosse und die „Umweltschutzbanden" aufgebaut, unter tätiger Mithilfe von Amnesty International – alles mit dem Ziel der Verhinderung „technologischen Fortschritts" und der Zerstörung des „wahren Amerika".

Um diesem alle Lebensbereiche umfassenden Ansturm böser Kräfte
der Zerstörung des „wahren Amerika".

Um diesem alle Lebensbereiche umfassenden Ansturm böser Kräfte
nicht schutzlos ausgeliefert zu sein, empfiehlt die EAP-ADK zur Diagnose ihren „Spinner-Quotient-Test", der bei den Testpersonen tiefsitzende Ängste vor jeglichem annormalen Verhalten weckt. Als Lebenshilfe und geistiges Korsett bietet sie dann ihre Weltanschauung an – ein klassischer Fall von Gleichschaltung und Gehirnwäsche.

Als politische Lösung wird vorgeschlagen, stärksten Druck auf die Anbauländer von Hanf, Koka und Mohn auszuüben – also praktisch auf den größten Teil der Dritten und Vierten Welt – und sie zur Vernichtung dieser Kulturen zu zwingen. Stattdessen solle beispielsweise in Kolumbien anstelle von Hanffeldern eine Serie von AKW's errichtet werden und die Entwicklungsländer mit industriellen Großinvestitionen (sog. technologischer Transfer) noch stärker an die kapitalistischen Länder angekettet werden.

Die Schwierigkeit besteht nicht darin, diesen Brei auf seinen Wahrheitsgehalt zu überprüfen: dafür eignen sich schon die Konstruktionen um die „Hongshang" auf anschauliche Weise: Die „Hongshang" war im letzten Jahrhundert tatsächlich die Privatbank der größten britischen Opiumhändler in China. Tatsächlich gilt sie auch weiterhin als eine der Residenzen des britischen Geheimdienstes MI 5 in Asien. Im übrigen ist sie eine ganz gewöhnliche Großbank mit allerdings gewaltigen Beteiligungen in Südostasien. Außerdem wird der größte Teil des Außenhandels der VR China über sie abgewickelt. Über ihre Konten fließen ganz gewiß auch Gelder aus Rauschgiftgeschäften, aber die Finanzzentrale eines weltweiten Drogenimperiums ist sie nicht. Denn ebenso sind auch andere Großbanken an diesen Geschäften beteiligt und z.B. die „Deutsche Bank" gehört nun ganz gewiß nicht der britischen Krone.

Wer wie die ADK darüberhinaus beispielsweise hinter den Heroin-gegen-Waffen-Tauschgeschäften türkischer Faschisten als zentrales Management die „britische Oligarchie" vermutet, der ist entweder verrückt oder er betreibt eine gezielte Desinformation. Der britische Imperialismus ist nun wirklich schon lange auf dem Rückmarsch, die politischen Verhältnisse in den Hauptanbauländern werden heute maßgeblich von den USA und der BRD bestimmt.

Here comes the CIA

Bei der Frage, wem die Argumentationsketten der ADK eigentlich nützen, fällt immer wieder auf, daß insbesondere die Central Intellegence Agency mit hartnäckiger Regelmäßigkeit in Schutz genommen wird. Gerade diese Organisation ist in der Vergangenheit jedoch für eine ganze Reihe von Drogenskandalen verantwortlich gewesen.

Während des Vietnam-Krieges waren es Maschinen der CIA-eigenen Luftlinie, die Heroin aus dem „Goldenen Dreieick" brachten. Dieses Heroin wiederum wurde unter Kontrolle antikommunistischer Armeen und Guerillas hergestellt, die mit dem daraus erzielten Profit die amerikanischen Waffenlieferungen für ihren Kampf gegen die Pathet-Lao-Verbände, den Vietcong und andere Befreiungsorganisationen finanzierten. Das alles geschah mit Wissen und Unterstützung des amerikanischen Geheimdienstes und ist von mehreren abgesprungenen CIA-Mitarbeitern ausführlichst belegt worden (z.B. in „The Politics of Heroin in South-East-Asia", A. McCoy, New York, 1972). Die ADK dagegen versucht nachträglich mit einem von der CIA gefälschten Tschou En-Lai Zitat die VR China als Lieferanten des Heroins an amerikanische Soldaten in Vietnam hinzustellen (siehe „Weltmacht Droge", Kapitel „Pekingente", Econ Verlag).



Einsatzwagen mit ADK-Aufkleber vor der Davidswache auf St.Pauli

Einsatzwagen mit ADK-Aufkleber vor der Davidswache auf St.Pauli

Zweites Beispiel: Über zehn Jahre lang wurde von einer streng abgeschirmten Abteilung der CIA die Möglichkeit erprobt, LSD als chemische Waffe einzusetzen. Bei diesen Versuchen kam mindestens eine der ahnungslosen Testpersonen ums Leben. Die gesamte Versuchsreihe wurde 1953 vom damaligen CIA-Chef Allan Dulles persönlich genehmigt und abgesichert. Als diese Projekt mit dem Decknamen MKULTRA aufgedeckt wurde („The Search for the Manchurian Candidate", New York, Auszüge in „Spiegel", 15/79), gab es eine Welle der Entrüstung und Abscheu in den USA über die Praxis der CIA. Die USLP und ihre ADK wiederum sprangen umgehend für den Geheimdienst in die Bresche, indem sie das Projekt als „Unterwanderungsoperation der Vereinigten Staaten" unter – natürlich – Anleitung britischer Agenten darstellte.

Ähnliche propagandistische Schützenhilfe leisten die ADK's bei der Ablenkung von den eigentlich Verantwortlichen für die Kokain- und Marihuanageschäfte in der Karibik und Südamerika: hier werden als Drahtzieher die Weltbank und zur Abwechslung mal die kolumbianische Landarbeiterbewegung genannt. Nicht genannt wird der Einfluß des amerikanischen Geheimdienstes auf die Polizeibehörden und Generalstäbe in diesen Ländern, die durch die Bank Nutznießer illegaler Drogengeschäfte sind und zuletzt beim Putsch in Bolivien sogar die einheimische Unterwelt als Hilfstruppen rekrutierten.

Sehr viele Indizien sprechen für eine direkte Lenkung der USLP-ADK und ihrer Auslandsorganisationen durch die CIA: ihre politische Propaganda für den amerikanischen Geheimdienst und die aggressivsten Vertreter des US-amerikanischen Imperialismus, ihre finanzielle und organisatorische Absicherung, ihre gezielte Desinformationstätigkeit und nicht zuletzt ihre informatorische Ausleuchtung der fortschrittlichen Bewegungen in den Ländern ihrer Verbreitung.

Aber ob sie nun tatsächlich eine CIA-Organisation sind oder ob die CIA sie lediglich unterstützt – ihnen darf kein Fußbreit eingeräumt werden!

Das Umfeld

Zu einem Zeitpunkt, da das Thema illegale Drogen und die Betroffenheit über die Opfer von Opiaten breit diskutiert wurden, kam dieser Verein gerade recht, um von rechts-außen in die Debatte einzugreifen. Bei seinen Gründungsversammlungen kam es denn auch gleich zu lautstarken Auseinandersetzungen, als die ADK-Vertreter im Rundschlag die gesamte Presse links von der „Welt" als Drogenpropagandisten, als sog. Drogenlobby beschimpften. Ihre Ausfälle gegen jede fortschrittliche Erziehungsmethode und die als Drogenkultur bezeichneten Lebensformen und Musik von Jugendlichen (von Travolta bis Punk war alles dabei) sorgten schnell dafür, daß die Versammlungsräume sich leerten. Bei der Gründungsversammlung wurden kritische Anwesende gefilmt. Seitdem wurden die ADK'ler vor allem bei der Strassenagitation und dem Verkauf ihrer Broschüren an Verkehrskreuzungen gesehen. Sie selbst berichten von Vorträgen ihrer Mitglieder auf juristischen und medizinischen Fachversammlungen. Ihre Mitglieder bieten ein properes Erscheinungsbild und erwecken den Eindruck, „voll auf Linie" gebracht zu sein. Wenn auch ihr Aufkleber inzwischen recht weit verbreitet ist, so ist ihr aktiver Unterstützerkreis doch eher klein: neben den Mitgliedern sind es ein paar stockreaktionäre Ärzte, Psychologen und Apotheker, so ein Prof. Frey aus Mainz und das CSU-Mitglied Dr. Weinberger aus Starnberg sowie ein paar Juristen und Polizisten. Selbstverständlich wurde die ADK als „gemeinnütziger Verein" anerkannt. Nach einem Gespräch mit dem Vorstandssprecher der ADK, Dr. Pauls aus Wiesbaden, verschickte der bekannte und eher konservative „Informationskreis Drogenprobleme" eine dringende Empfehlung, mit der ADK „vorerst nicht zu kooperieren". Diese Empfehlung wurde vom Berliner Drogenbeauftragten zusätzlich verbreitet. Die ADK mußte ihre Fühler in Richtung staatliche Drogenberatungsstellen also erst einmal zurückziehen. Umso rühriger sind sie in ihrer Agitation gegenüber Eltern und Angehörigen von Drogenabhängigen: hier treffen sie auf die Betroffenheit von Menschen, die sich mit persönlichen Schuldvorwürfen quälen oder Angst um ihre Kinder haben und aus Unwissenheit deshalb nur zu gern griffige Lösungsmuster annehmen. Gleichzeitig appelliert die ADK an tiefsitzende Vorurteile gegenüber allem, was irgendwie nach Gegenkultur aussieht und empfiehlt autoritäre Erziehungsmethoden. Ihr Tarnverein „Humanistische Akademie" veranstaltet Konzertabende, um mit klassischer Musik der Drogenkultur die Stirn zu bieten.

Auch wenn die ADK sich zur Gründungszeit ministeriellen Interesses rühmte und Herr Pauls gegenüber einem Mitarbeiter der Drogenkommission damit prahlte, Innenminister Baum auf dessen Amerikareise im Februar getroffen zu haben, so schätzen wir die organisatorische Stärke der EAP-ADK doch relativ gering ein. Für weitaus gefährlicher halten wir die allgemeine Richtung der Drogendiskussion, die der ADK überhaupt erst den Boden bereitet. Wenn schon das „Aktionsprogramm der Bundesregierung" den *„Umfang des bestehenden Drogenproblems"* auf alle Jugendliche erweitert, *„die als ‚potentiell gefährdet' für abweichendes Verhalten insgesamt"* angesehen werden und dementsprechend die politische Praxis auch gleich alle „Abweichler" trifft, dann kann auch eine ADK noch viel offener zur Ausgrenzung und Verhetzung aufrufen.

Dieses faschistoide Süppchen sollten wir ihr versalzen.

Drogenkommission

»Öffnen wir die Gräber der lebendig Begrabenen«

Zum Tode von Franco Basaglia



Franco Basaglia

Kein Pförtner hindert uns am Zutritt. Wir gehen die breite, von Zypressen gesäumte Allee schnurgerade auf das Verwaltungsgebäude im Gutsherrenstil zu. Davor sitzen auf grünlackierten Bänken junge und ältere Frauen und Männer, einige plaudern, einige dösen vor sich hin. Wir sehen keine Anstaltskleidung und keine Weißkittel. Zwei Jugendliche kommen auf uns zugelaufen, packen eine von uns, rufen freundlich ,,cucina, cucina'' und versuchen, sie in Richtung Küche zu zerren. Ein älterer Mann in einem abgeschabten Jackett bittet uns um ein Feuerzeug, wobei er mit den Armen gestikuliert. Kann man diesen Menschen Feuer in die Hand geben? Eine alte Frau kichert vor sich hin. Wir sind völlig verunsichert und wissen nicht, wie wir uns verhalten sollen. Warum hilft uns niemand in dieser Irrenanstalt?

Endlich kommt ein Arzt. Er führt uns vorbei an etlichen Metern Bücherwand, in der die grünen Ordner mit Krankengeschichten aus früheren Jahrzehnten verstauben, in die Biblio-

»Unsere Arbeit ist eine einfache, eine banale Arbeit. Das wichtigste ist, Nein zur Gewalt zu sagen. Und Ja zu einer anderen Beziehung. Ein Gespenst geht um in Europa. Die Polizeimächte aller Staaten haben sich gegen die Unterdrückten verbündet. Und so wie wir Nein sagen zur Polizei, sagen wir Nein zur Psychiatrie.«

F.B.

thek. Dort sitzt bereits eine junge Ärztin, und unser Begleiter, den wir eben-

thek. Dort sitzt bereits eine junge Ärztin, und unser Begleiter, den wir ebenfalls für einen Mediziner hielten, entpuppt sich als der Patient Vittorio, der bereits über 20 Jahre in der psychiatrischen Klinik von Arezzo lebt. Vittorio und die Ärztin erzählen nun abwechseln die Geschichte der Klinik. Am Anfang ihrer Ausführungen fällt der Name Franco Basaglia, ohne dessen Arbeit die heutige Situation in Arezzo gar nicht verstanden werden könnte.

Franco Basaglia, dieser Name steht für die Revolutionierung der italienischen Psychiatrie. Er half als Psychiater, die Irrenhäuser Italiens zu zerstören. Und er wirkte als fortschrittlicher Arzt dafür, daß die Gesellschaft wieder Verständnis aufbrachte für diejenigen, denen bisher mit dem Stempel ,,geisteskrank'' auch gleichzeitig eine lebenslange Einkerkerung in eines der italienischen Irrenhäuser verpaßt wurde. Daß wir uns als interessierte Öffentlichkeit völlig frei auf dem Anstaltsgelände bewegen können, daß die Patienten freundlich und ohne Scheu sind, daß mittlerweile über zwei Drittel der vormals 720 Langzeitpatienten in die Freiheit entlassen wurden, daß es keine von hohen Drahtgittern umzäunten geschlossenen Abteilungen mehr gibt, ist das Werk Basaglias und seiner Freunde. Es ist eine Folge des großen Aufbruchs der italienischen Psychiatrie, der zu Beginn der sechziger Jahre im norditalienischen Gorizia unter der Klinikleitung Basaglias seinen Anfang nahm.



Patienten auf dem Fest in Trieste





20 Jahre nach diesem Einschnitt ist Franco Basaglia am 29 August, 56jährig, in Venedig gestorben.

Gorizia: Öffnung der Anstalt

In Gorizia schafften Basaglia und seine Mitarbeiter die Zwangstherapie für die Patienten der Psychiatrie ab, führten Vollversammlungen von Ärzten, Pflegern und Patienten ein. Sie hielten mehr von der Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patient und von deren Stärkung mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft, als von Elektroschocks, Zwangsjacke, brutaler Gewalt und Vollstopfen mit Psychopharmaka. Wenn Menschen mit den Normen, Zwängen, Geboten und Verboten der Gesellschaft nicht mehr zurechtkommen, signalisieren sie dies auf eine bestimmte Weise. Vielleicht ziehen sie sich zurück, oder sie werden aggressiv oder benehmen sich auf andere Weise anders als andere. ,,Wie aber wird auf diese Appelle geantwortet'' — beklagt Basaglia — ,,Immer nur in einer einzigen Weise: mit Repression. Um dies zu rechtfertigen, schafft die Psychiatrie ihre Symptologie — das ist die Krankheit, die Kodifizierung (= Festlegung und Einteilung) menschlichen Leidens. Und sie schafft auch die Institution, die diese ,Krankheit' verwaltet: das Irrenhaus, die Psychiatrieklinik''. (1)

Als Basaglia und seinen Freunden die Arbeit zunehmend durch Widerstände von Ärzten, Pflegern und Bevölkerung erschwert wurde — viele Pfleger hatten als arbeitslose Ex-Soldaten nach dem Weltkrieg ohne jede Ausbildung einen schlechtbezahlten Job in den Psychiatriekliniken des Landes gefunden — wanderten sie ab. Basaglia wurde 1971 Leiter der Klinik von Trieste, sein Freund Agostino Pirella übernahm die gleiche Position in Arezzo.

Gründung der „demokratischen Psychiatrie"

Zum Durchbruch verhalf der ,,demokratischen Psychiatrie'' vor allem die Arbeiter- und Studentenbewegung, die Ende der sechziger Jahre formulierte, daß der Umgang einer Gesellschaft mit den psychisch Kranken ein Gradmesser für die Menschlichkeit überhaupt sei. 1973 gründete sich, unter maßgeblicher Beteiligung Basaglias, die Organisation ,,Psichiatria Democratica'' (P.D.). Als sie im Juni 1974 ihren ersten Kongreß abhielt, erschienen über 2.500 Ärzte, Pfleger, Soziologen und andere Interessierte — die radikale Umkrempelung der Psychiatrie war nun nicht mehr eine Angelegenheit von Einzelkämpfern.

Es ist das Ziel dieser Organisation und Bewegung, die Irrenhäuser abzuschaffen und die Patienten in ein Milieu (wieder-)einzugliedern, daß ihnen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Dabei ist die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit, insbesondere der fortschrittlichen Kräfte und der Arbeiterbewegung, von wesentlicher Bedeutung. ,,*Wenn wir unsere Arbeit nicht an die großen Kämpfe der Arbeiterklasse anknüpfen, die momentan in Italien ausgefochten werden, dann hätte unsere Arbeit keinen Sinn*'', formulierte Basaglia 1977 bei einem Vortrag in Wien. (2)

Anders als die ,,Antipsychiater'' Laing und Cooper geht die P.D. davon aus, daß es tatsächlich eine ,,Krankheit des Geistes'' geben kann: ,,*Die Aussage der Antipsychiater, daß die Geisteskrankheit nicht existiere und daher auch keiner Heilung bedürfe, wird von uns abgelehnt. Der Geisteskranke ist für uns eine faktische Realität. Es geht nicht darum, seine Existenz zu leugnen, sondern darum, in allen Bereichen festzustellen, welcher Mißbrauch mit dieser ,Krankheit' getrieben wird*''. (3)

Zurück nach Arezzo. Plötzlich werden Vittorio und die Ärztin in ihrem Redefluß unterbrochen, als die Tür aufgeht und ein Patient mit einem Haufen bemalter Pappen unter dem Arm eintritt, die er uns verkaufen möchte. Wir nutzen die so entstandene Unterbrechung auch, um Essen zu gehen, in die Mensa, die ebenso von Patienten geleitet wird wie die 1972 eröffnete Cafeteria.

Das Anstaltsgelände ist riesig, früher eine ,,Hierarchie des Wahnsinns'' unter roten Dächern. Erst die Aufnahmestation für ,,die leichten Fälle'' oder die nur vorübergehend ,,Einsitzenden'', dann die Abteilungen der ,,Unruhigen'', der ,,Eingeschlossenen'', dann die ,,chronischen Fälle'', wo die psychisch Toten verwahrt wurden, und schließlich die Abteilung der ,,sudici'', der ,,sich Besudelnden'', dahinter die Totenkapelle. Auszug aus einem Protokoll: ,,*Mario Ch. wurde 1949 eingeliefert, war anfangs sehr streitsüchtig, aggressiv und wurde oft in die Isolierzelle eingeschlossen, wo ihn die Pfleger fesselten und nicht selten quälten. Nachts im ,camerone'* (großer Schlafraum mit über 100 Personen), *tags im Hof, im ,Löwenzwinger', wo sich homerische Schlachten um eine Zigarettenkippe abspielten und wo die Insassen häufig gedemütigt wurden. Im Riesenschlafraum gab es keine Matratzen, nur Algen oder Stroh auf dem Boden; die Menschen lebten dort wie Tiere. Ab und zu, wenn die ,Betten' gar zu voll gesogen waren mit Scheiße und Pisse, wurden sie herausgezogen und weggeworfen. Heute ist Mario Ch. entlassen und lebt in einem Altersheim bei Arezzo. Er sieht gesund aus und ist Sportverantwortlicher im Dorf. Man merkt ihm durchaus die 24 Jahre Irrenhaus an; er hat Schwierigkeiten beim Sprechen; nimmt, während er sich mit uns unterhält, Medikamente*''. (4)

Auch in der Anstalt Arezzo hat sich einiges geändert. Zwei Häuser haben sich ehemalige Patienten zu Wohnhäusern hergerichtet, ein Haus wird umgebaut in eine Schule für Techniker. 250 Menschen wohnen

Wohnhäusern hergerichtet, ein Haus wird umgebaut in eine Schule für Techniker. 250 Menschen wohnen

noch als Patienten auf diesem Gelände. Sie wurden in den meisten Fällen schon über 20 Jahre dort hospitalisiert, haben Angst vor der Freiheit, vor jeder roten Ampel und jedem Auto. Ihre Schritte in der Freiheit sind sehr vorsichtig, von mancherlei Rückschlägen verfolgt. Dabei wird auch gar nicht bestritten, daß sie manchmal auch etwas anstellen, Scheiben einwerfen, aggressiv werden und auch versuchen, sich selbst etwas anzutun. Der Preis, der für die jahrelange Zwangstherapie bezahlt werden muß, ist in der Tat hoch.

Was tritt an die Stelle der Klinik?

Tatsächlich reicht es nicht, einfach die Mauern einzureißen. Basaglia und seine Freunde entwickelten in Trieste ein mehrstufiges Konzept, das auch von anderen Kliniken übernommen wurde. In der ersten Phase wird die Anstalt geöffnet. Patienten können hinaus — und, was genauso wichtig ist, die Öffentlichkeit kann und soll herein. Die Patienten werden selbstbewußter und beginnen, ihre Möglichkeiten zu erkunden. In dieser zweiten Phase beschweren sie sich über die mannigfachen Mißstände, auch über Mitpatienten. Sie beteiligen sich an Planung und Durchführung von Festen und Veranstaltungen auf dem Klinikgelände oder auf den Plätzen der Stadt. Sie organisieren ihre Arbeitskraft in Putz-, Bau- und Renovierungskolonnen und landwirtschaftlichen Kooperativen. In einer dritten Stufe erhält der Patient seinen juristischen Status als voll verantwortlicher Bürger zurück. Nach einigen Wochen, sobald es der Zustand erläubt, wird der Patient formal entlassen. Er kann dann erklären, daß er freiwillig bleiben möchte. Neben diesem Status des ,,Freiwilligen'', der dem Patienten nun auch das bürgerliche Recht zurückgibt, beispielsweise Ärzte und Pfleger bei Mißhandlungen zu verklagen, wird der Status eines ,,Gastes'' eingeführt für d i e Patienten, die keiner psychiatrischen Behandlung mehr bedürfen, aber aus persönlichen Gründen die Klinik noch nicht verlassen können.

Anstelle der alten Irrenhäuser werden bürgernahe Psychiatrie-Einrichtungen geschaffen: therapeutische Wohngemeinschaften und psychohygienische Zentren, die für eine ambulante Versorgung sorgen, Arbeitskooperativen für die ,,Kranken'', damit auf ihre Schwierigkeiten besondere

»Wenn einer versteht, daß seine Probleme die Probleme aller anderen sind, dann tritt er aus der Logik der ,,Krankheit'', die ihn zum Sonderfall macht, heraus. Dann lernt er verstehen, daß sein Problem nicht ein psychologisches, sondern ein soziales und somit ein

und somit ein

politisches Problem ist. Es sind private Probleme — und das Private ist immer politisch«.

F.B.

Rücksicht genommen werden kann, solange dies nötig ist. Bedarf ein Mensch in einer akuten Situation einer stationären Behandlung, so kann er in ein Krankenhaus gehen und wird dort von dem für sein Wohngebiet zuständigen Psychiater betreut. Krankenhaus-Sonderabteilungen werden abgelehnt. Diese Einrichtungen sind nicht nur für die ,,alten'' Patienten — sie sollen gleichzeitig prophylaktisch arbeiten, um eine Psychiatrisierung der Menschen so früh wie möglich zu verhindern.

Das Modell wird Gesetz

Dieses Modell, maßgeblich entwickelt von Franco Basaglia aus seiner Praxis in Trieste, wurde 1978 in Italien Gesetz. Danach dürfen keine neuen Irrenanstalten gebaut werden, die alten sind abzuschaffen und Nachfolgeeinrichtungen aufzubauen. Das Wort ,,geisteskrank'' wurde aus allen einschlägigen Paragraphen gestrichen. Was sich so schön liest, erweist sich aber in der Realität oft als schwer durchsetzbar. Vielen Städten, Gemeinden und Kommunen fehlt das Geld für die Folgeeinrichtungen, so daß Patienten Gefahr laufen, sich selbst überlassen zu sein. Anderen ist die ganze politische Linie nicht recht.

Fortsetzung nächste Seite

Es gibt zuwenig Ärzte und zuviel Kranke

Fortsetzung von Seite 35

Auch fordert die „demokratische Psychiatrie" ein völliges Umdenken von Ärzten und anderem Pflegepersonal. Jetzt sind ihre Fähigkeiten als Mensch und Kommunikationspartner gefragt und nicht mehr die List und Kraft, die Patienten einfach ruhigzustellen. Sie müssen oftmals länger und intensiver als früher arbeiten. Dabei ist für die Pfleger besonders gravierend, daß nun ein Zuverdienst durch eine zweite Arbeitsstelle zu ihrem kärglichen Pflegerlohn nicht länger möglich ist, weil die Zeit fehlt. Sie müssen sich kritisieren lassen, was mit einem Verlust von Machtgefühl verbunden ist.

Die Nagelprobe steht noch aus

In kleinen Städten, in denen die Umwelt noch überschaubar ist und die Familien noch eine größere Zusammengehörigkeit haben, sind die Ziele leichter zu erreichen. (Die Klinik in Trieste konnte schon 1977 endgültig geschlossen werden). Besonders im Norden Italiens, wo die fortschrittlichen Kräfte in der Öffentlichkeit stark vertreten sind, konnten die radikalen Reformer Erfolge erzielen. Dabei spielt auch der Einfluß der PCI eine wichtige Rolle. Die Zusammenarbeit mit ihr — so heißt es in einem P.D.-Bericht aus dem Jahre 1976 — sei trotz verschiedener Widerstände und Verzögerungen am leichtesten und intensivsten, begünstigt durch *„ihre Sensibilisierung auf die Probleme des sozialen Ausschlusses und der sozialen*

»Psychiatrie ist die Allianz zwischen schlechter Medizin und Justiz«.

F.B.

Fürsorge, ihre organisatorische Struktur und natürlich die Tatsache, daß viele Anhänger der P.D. auch PCI-Mitglieder sind". (5) Andere führende P.D.-Aktivisten gehören der PdUP oder einer Basisgruppierung an. Selbst unter linkeren Christdemokraten finden ihre Aktivitäten Zustimmung.

Ob sich das Modell insgesamt durchsetzt, entscheidet sich jetzt in den großen Städten, wo die Sozialstrukturen bereits lockerer sind, und im Süden, wo rechte Politiker eine menschenwürdige Behandlung psychisch Kranker bekämpfen. Diese Kreise klagten beispielsweise Basaglia im Süden, wo rechte Politiker eine menschenwürdige Behandlung psychisch Kranker bekämpfen. Diese Kreise klagten beispielsweise Basaglia der Beihilfe zum Mord an, weil einer der entlassenen Patienten einen Menschen erschlagen hatte. Er wurde freigesprochen.

Kurz vor seinem Tode nahm Basaglia eine Stelle in Rom, einem der Zentren des Widerstands, an. Er sollte dort für die speziellen Verhältnisse eine Alternative zu den geschlossenen Anstalten entwickeln. Bevor seine dortige Arbeit Früchte tragen konnte, verstarb er.

Die radikale Psychiatrie-Reform in Italien, bei der eine große Utopie sichtbare Gestalt anzunehmen scheint, ist nicht allein sein Werk. Die Leistungen seiner Ärztekollegen, vieler Pfleger, einer wohlwollenden und interessierten Öffentlichkeit und der Patienten, die noch den Mut zur Freiheit und zur erneuten Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt haben, werden hierzulande oft vergessen.

Franco Basaglia war einer von ihnen, er hatte nicht vergessen, daß die Patienten Menschen sind. So konnte er Motor einer radikalen Änderung und einer menschlicheren Gesellschaft werden, ein politischer Psychiater.

In Arezzo werden Patienten und Beschäftige ihre Vollversammlung, auch eine demokratische Errungenschaft, die zweimal wöchentlich stattfindet, zugunsten des Gedenkens an Basaglia unterbrochen haben. Den Vorsitz hatte sicher wieder die 65jährige Maria, auch eine ehemals „Chronische", die die Versammlung durch das Mikrofon mittlerweile mit großer Souveränität leitet. Maria wird diese Aufgabe, die ihr sichtlich Spaß macht, erfüllen, bis auch die Irre Anstalt von Arezzo aufgehört haben wird zu existieren. Sie und all die anderen verdanken Menschen wie Franco Basaglia, daß sie nicht mehr in dunklen Verließen psychiatrischer Anstalten bis zum Tode dahinvegetieren müssen.

Re., Italien-Kommission

Anm.:
1. Sil Schmid: Freiheit heilt, Berlin 1977, S. 40
2. Franco Basaglia: Macht das Tor auf in: Neues Forum, Wien, Heft 284/85 August/September 1977, S. 39
3. Sil Schmid, a.a.O., S. 54
4. Sozialisation der Ausgeschlossenen, Hrsg. v. A. Pirella, Hamburg 1975, S. 20
5. Sil Schmid, a.a.O., S. 57

In seinem Artikel „Vom linken Wunderglauben an die bürgerliche Medizin" (AK 182) hat ein Genosse der „Krankheits"zelle eine ganze Reihe von Gründen genannt, die das Vertrauen in die Ärzte und die gesamte Gesundheitsversorgung in der BRD erschüttern lassen: unmenschliche Zustände in unseren Krankenhäusern, das Ausgeliefertsein der Patienten, der katastrophale Personalmangel; der Unwille und die Unfähigkeit von Ärzten, die tatsächlichen Ursachen von Krankheiten zusammen mit den Patienten zu ergründen und zu bekämpfen; die Ohnmacht der Ärzte und des Pflegepersonals gegenüber den immer häufiger werdenden unheilbaren Krankheiten; die Skrupellosigkeit, mit der Ärzte das Vertrauen der Patienten mißbrauchen und im Interesse der Pharmaindustrie und eigener Vorteile Arzneimittel-Testungen und andere Experimente an Patienten vornehmen (wie jetzt erst wieder an Kindern in der Kieler Klinik); schädliche Nebenwirkungen von Medikamenten; das Abschieben alter Menschen in die Isolation der Altersheime. Weitere Beispiele lassen sich hinzufügen.

Der Genosse kommt dann zu dem Kern seiner Aussage: *„Hauptseite ist die Funktion der Medizin in unserer Gesellschaft. Hier treten den Gesundheitsarbeitern die gesellschaftlichen Mißstände in Form von kranken Individuen gegenüber. Und nun darf die Medizin ihre Künste beweisen: Mit Maschinen und Medikamenten gegen jahre- und jahrzehntelange krankmachende Umwelteinflüsse. Der Ausgang des Kampfes ist schon entschieden, bevor er beginnt. Doch weil es nicht zu ertragen ist, daß wir in einer Gesellschaft leben, die alle krankmacht und dann noch nicht mal die Schäden ausbügeln kann, wird der Medizin eine Allmacht zugesprochen. Sie darf alles machen. Die brutalste Körperverletzung ist erlaubt, sie dient ja der Gesundheit! Die Exzesse der modernen Medizin haben mächtige Antriebskräfte in der Profitgier der Pharmaindustrie und der Ärzte."*

Bis hierhin teile ich den Standpunkt des Genossen. Doch er baut in seinem Artikel eine Theorie auf, die sehr bedenklich ist - genauso bedenklich, wie das GRÜNE „Gesundheitsprogramm". (Dazu spä- in seinem Artikel eine Theorie auf, die sehr bedenklich ist - genauso bedenklich, wie das GRÜNE „Gesundheitsprogramm". (Dazu spä- ter). So sind die Beispiele, die er zur Untermauerung seiner Theorie aufzählt, besonders extreme Fälle, die keineswegs auf alle Krankheiten übertragbar sind. Als erstes ist die „Behandlung" von Krebspatienten genannt worden. An ihnen dürfen ehrgeizige Ärzte noch bis zur letzten Stunde herumschnippeln - oft wird, wie Hackethal nachgewiesen hat, erst durch das Herumstochern in den Krebszellen die Krankheit richtig angestachelt.

Mit dem zweiten Beispiel - die Situation alter kranker Menschen - spricht der Genosse dann etwas deutlicher die Frage der „Sterbehilfe" an. Er schreibt: *„Ich möchte mal wissen, wo in dieser langen Quälerei ein vermehrter Einsatz von Maschinen und Medikamenten geholfen hätte? Tatsache ist doch, daß hier die Medizin in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft das Leben der Alten verkürzt statt verlängert, und sie dabei noch bis in den Tod hinein quält."*

Es wird immer sehr schnell davon gesprochen, daß die Technik angeblich die Menschen quäle. In den letzten zwei Jahren ist in der bürgerlichen Presse immer wieder Angst vor den Maschinen und Geräten z. B. auf den Intensivstationen geschürt worden, mit „Horror"bildern, auf denen ein Patient - kaum sichtbar inmitten der Maschinen liegt, angeschlossen mit vielen Schläuchen und Elektroden. Damit wird das Ziel verfolgt, eine weitere Einsparung auch auf diesem Sektor in der Öffentlichkeit besser verkaufen zu können.

Gesundheitsarbeiter, die ihren Arbeitsplatz auf einer Intensivstation haben, wissen, wieviele Menschen dort sterben. Das spricht aber keineswegs gegen die Maschinen. M. E. gibt es nichts erschreckendes an dieser Technik, es sei denn, die Geräte sind total veraltet, defekt und nicht richtig gewartet. Und das kommt allerdings sehr häufig vor! Z. B. wurde bei einer Überprüfungsaktion an Geräten in den Krankenhäusern in NRW *„festgestellt, daß von 282 überprüften Geräten 193 Geräte insgesamt 918 Mängel aufwiesen. 625 dieser Mängel – unter anderem an Infusionspumpen, künstlichen Nieren, Herz-Lungen-Maschinen, Narkosegeräten und Herzschrittmachern – waren so schwerwiegend, daß sie nach Meinung der Prüfer zu lebensbedrohlichen Gefährdungen von Patienten und Bedienungspersonal hätten führen können"* („FR", 27.5.80). (Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Strahlenunglück im St.Georg-Krankenhaus in Hamburg, bei dem, verursacht durch unsachgemäße Wartung eines Bestrahlungsgerätes, 1972 mehrere Krebspatienten an Verbrennungen gestorben sind. Auch ist bekannt, daß gerade schwerkranke Menschen oft nach Operationen sich erst im Krankenhaus infizieren, weil die hygienischen Bedingungen miserabel sind. Mal abgesehen von der Krankheit selbst werden die zusätzlichen Qualen der Kranken durch diese Bedingungen verursacht. Dazu kommt, daß das Personal gar keine Zeit mehr hat, sich um einzelne Patienten zu kümmern, diese mit ihrer Angst total allein gelassen werden. Gefährlich wird es im Krankenhaus nachts, wenn die Nachtwache von unausgebildeten Schwesternschülerinnen oder Studentinnen/en übernommen wird, die im Notfall überhaupt nicht in der Lage sind, die richtigen Entscheidungen, dazu noch schnell, zu treffen – dabei ist schon so mancher Patient ums Leben gekommen bzw. zusätzlich gequält worden.

Ist es nicht so, daß in jedem Haushalt mehr technische Geräte für den täglichen Gebrauch stehen, als auf einer Intensivstation? Vor dem Gebrauch dieser Geräte werden wir doch auch nicht gewarnt. Wenn auch Beatmungsgeräte, Narkosegeräte u.a. direkt am menschlichen Körper angeschlossen werden, so sind sie a n s i c h nicht gefährlicher, als ein Skalpell in der Hand des Chirurgen – es kommt eben nur darauf an, wie damit umgegangen wird. Auch Labor- und Röntgenuntersuchungen sind notwendige, nicht mehr wegzudenkende Diagnosehilfen, auf die wir nicht verzichten können. Wenn Ärzte heute ihre Fähigkeiten verlieren, den Kranken selbst zu untersuchen und *„dabei auch die sozialen und seelischen Ursachen zu erkennen"*, so liegt das daran, daß die Ärzte keine Zeit und kein Interesse mehr haben, sich mit den Patienten zu unterhalten, es liegt an der wachsenden Patientenzahl pro Arzt – es **müssen also mehr Ärzte her!** Doch das ist nicht im Interesse der reaktio- zu unterhalten, es liegt an der wachsenden Patientenzahl pro Arzt – es müssen also mehr Ärzte her! Doch das ist nicht im Interesse der reaktio- nären Ärzteschaft, die eifrig mit dafür sorgt, daß durch Reduzierung der Studienplätze die Zahl der Konkurrenten möglichst gering gehalten wird. Auf einen Praxis- oder Krankenhausarzt kamen 1977 in der BRD rund 1100 Patienten (nach Drucksache 9/960 des Hamburger Senats, Antwort auf eine ‚Große Anfrage', 26.6.79).

Patienten-Testament erleichtert „passive" Sterbehilfe

Die reaktionäre Ärzteschaft war es auch, die im März 1979 mit neuen Richtlinien ihrer Ärztekammer die bereits praktizierte „passive" Sterbehilfe in der Öffentlichkeit propagiert hat. Aufgrund dieser Richtlinien ist es allein Sache des Arztes zu entscheiden, ob ein Patient weiter am Leben erhalten wird, oder nicht, auch wenn ein sog. Patienten-Testament, ausgestellt vom Patienten während er noch im Besitz seines vollen Bewußtseins ist, ihm zusätzlich einen Blanco-Verzichts-Schein für seine Entscheidung geliefert hat. Diese „Testamente" können bei den Ärztekammern angefordert werden und beinhalten u.a. folgenden Passus:

„Persönliche Bestimmung mit testamentarischem Wert im Fall einer schweren, unheilbaren Erkrankung oder eines Unfalls. *Der/die Unterzeichner/nende ... versichert, daß er im Fall eines unheilbaren Leidens nicht mit ‚künstlichen Mitteln' am Leben erhalten werden will..."* („Welt", 3.4.80).

Dieselben Leute, die Arzneimittelversuche, unnötige Schnippeleien, Kunstfehler und Fehldiagnosen in rauhen Mengen an den ihnen anvertrauten Menschen verbrechen, sollen entscheiden dürfen, wie lange Leben erhalten wird? Daß dieses Vertrauen schon oft mißbraucht worden ist, zeigen Beispiele von Fällen, bei denen Patienten für tot erklärt wurden, weil eine Niere zur Transplantation gebraucht wurde, oder die Fälle, bei denen der Pathologe oder Totengräber feststellen mußte, daß der Patient noch atmete und wieder zum Bewußtsein kam.

Bei weiterer Reduzierung der Geräte besteht die Gefahr, daß schnell mal ein Gerät einfach abgeschaltet wird, weil ein anderer, vielleicht „wichtigerer" Patient es gerade benötigt. Die Schwelle für das Einsetzen der „passiven" Sterbehilfe wird dadurch immer weiter herabgesetzt. Mal überspitzt gesagt, werden dann vielleicht alte kranke Menschen nicht erst mit 80, sondern bereits mit 70 Jahren „von ihren Qualen erlöst". Der Vatikan nennt es das *„Recht auf den Tod"*, im Gegensatz zu einem *„Anschlag gegen das Menschengeschlecht"* (FR, 27.6.80) im Falle einer Abtreibung.

„In der Erklärung heißt es weiter, niemand könne verpflichtet werden, eine Therapie anzuwenden, die zwar schon im Gebrauch, aber noch mit Risiken versehen oder zu aufwendig sei. Ein Verzicht darauf könne auch nicht mit Selbstmord gleichgesetzt werden, sondern sei vielmehr ‚schlichtes Hinnehmen' menschlicher Gegebenheiten." (FR, ebenda).

Es läßt sich an diesen extremen Beispielen, die der Genosse angeführt hat, nicht der Nachweis erbringen, wir benötigten nicht mehr und bessere Maschinen und Medikamente. Aber es läßt sich an einem anderen Beispiel zeigen, wie die technischen Geräte tatsächlich an die Bedürfnisse der Menschen angepaßt werden können: Auf dem Gesundheitstag in Westberlin haben eine Hebamme und eine Ärztin über ihre guten Erfahrungen mit „Hausgeburten" in der Dachauer Klinik berichtet. Sie haben dort erreicht, daß die „Fließbandgeburten" mit all ihren schädlichen Auswirkungen, wie z. B. Dammrisse, der Vergangenheit angehören. Hier wird die natürliche, sanfte Geburt praktiziert und trotzdem stehen Ärzte, Pflegepersonal und technische Geräte zur Verfügung. Bei der hohen Säuglingssterblichkeit (1977 starben 15,4 von 1000 lebend geborenen Kindern im ersten Lebensjahr ; nach „Vorwärts", 8.2.79) und der steigenden Anzahl kranker bzw. mißgebildeter Neugeborener – jede 5. Geburt ist heute eine sog. Risikogeburt – können wir auf die Technik nicht verzichten.

Dies ist leider bisher eine von wenigen Ausnahmen, wie die Bedingungen in den Kliniken tatsächlich menschlicher gestaltet werden könnten.

„Weniger Betten — weniger Kranke"

ten.

„Weniger Betten — weniger Kranke"

„Wir haben nicht zuwenig Ärzte, wir haben zuviele Kranke", dieses vom französischen Arzt Jean Carpentier auf seine Weise aufgezeigte Problem wird von den Herrschenden auf ihre Weise gelöst: Der Bedarf an Personal in den Krankenhäusern wird an der Anzahl der Betten gemessen und berechnet. Sie streichen nun einfach die „überschüssigen" Betten weg und der Bedarf an Personal ist wieder gedeckt. So sieht der Krankenhausbedarfsplan (KBP) für die Hamburger Krankenhäuser (Mai 1977) eine Reduzierung von nochmals 2700 Betten bis 1985 vor, nachdem bereits schon mehr als 1200 seit 1975 gestrichen worden waren. In Westberlin sollen von 1977 bis 1990 über 9000 Betten abgebaut werden (Flugblatt der ÖTV Westberlin, 18.3.77). Die Auswirkungen kann sich jede/r selbst ausmalen.

Die Sparpläne bewirken insgesamt eine noch weitere Unterversorgung der Bevölkerung, eine Förderung privater Krankenhäuser, Praxen und Versicherungen, und sie unterhöhlen das Krankenkassensystem. Bei den Medikamenten müssen wir inzwischen auch tiefer in die Tasche greifen, weil nicht mehr alles – und gerade die leichten, meist massenhaft eingenommenen Mittel – von den Krankenkassen bezahlt wird.

Die GRÜNEN kommen in ihrem Programm diesen Bestrebungen voll entgegen:

„– *Ökologische Medizin muß daher vermeiden: Überkonsum von Arneimitteln, unnütze chirurgische Eingriffe, übertechnisierte Großkrankenhäuser"* an anderer Stelle noch deutlicher: *„... für den radikalen Abbau des Konsums von chemischen Arzneien ...".* Man/frau denkt zuerst, das sei ja alles ganz vernünftig. Wer will schon „Überkonsum", „unnütze" Eingriffe, „über"technisierte Krankenhäuser. Ein Zuviel ist niemals gut, das ist einsichtig... Stattdessen soll jeder seinen Teil an Verantwortung an der „Volksgesundheit" tragen – darauf versuchen die GRÜNEN uns einzuschwören.

Im AK 181 wird von Kt. genau dieses Verzichtsprogramm zu recht angegriffen.

Krankheit – Waffe gegen den Kapitalismus?

Der Genosse der „Krankheits"zelle vertritt allerdings noch einen anderen Standpunkt als die GRÜNEN. Er schreibt: *„Die Krankheit ist eine mächtige Waffe gegen den Kapitalismus. In der gegenwärtigen sozialen Situation in der BRD birgt sie ein ähnliches Potential wie der Kampf gegen die AKWs und die Umweltverseuchung. Sie macht klar, wie unmenschlich unsere Gesellschaft ist..."* (Das ist übrigens auch der Standpunkt von Carpentier, s. „Aufwiegelung zur Gesundheit").

An anderer Stelle schreibt der Genosse über die Funktion, die seiner Meinung nach die Medizin im Kapitalismus hat: *„Die Krankheitssymptome müssen nämlich mit aller Gewalt (im wahrsten Sinne des Wortes) totgeschlagen werden, um wenigstens den Anschein von Gesundheit zu wecken. Eine Medizin, die ohne Exzesse funktioniert, müßte bei uns so aussehen, daß den Patienten mit wenigen Ausnahmen gesagt wird: ‚Da kann man nichts machen! Vielleicht ein paar Pillen, damit Sie sich besser fühlen, an der Krankheit ändert sich aber nichts. Dafür müßten Sie 6 Monate krank geschrieben werden, oder auswandern, oder aufhören zu arbeiten ...'"* Er ist der Meinung, daß der gigantische Apparat, der aufgerichtet worden sei, *„...nur Profit abwirft, der Bevölkerung nichts nutzt und die Krankheitsursachen mit aller Macht verschleiern hilft".*

Bei dieser Sicht der Dinge, die rein idealistisch und zugleich zynisch ist und die Tatsachen auf den Kopf stellt, kann man natürlich nur zu der Schlußfolgerung kommen, daß es direkt unsinnig sei, für eine bessere Gesundheitsversorgung für alle zu kämpfen, daß Reformen nur zur Verschleierung der Unmenschlichkeit des Kapitalismus beitragen würden.

Es sind nicht der Apparat oder die Medikamente oder die Technik, die die Ursachen von Krankheiten verschleiern – es sind all diejenigen, die die Krankheiten verursachen, und/ oder an ihnen verdienen, dazu gehören auch die Mediziner und andere Wissenschaftler, die aufgrund ihrer Stellung in dieser Gesellschaft, die ihnen Macht und Privilegien ein- ren auch die Mediziner und andere Wissenschaftler, die aufgrund ihrer Stellung in dieser Gesellschaft, die ihnen Macht und Privilegien ein- räumt, gar kein Interesse daran haben, sich diese selbst abzuschneiden, obwohl sie sehr gut über Umfang und Ursachen von Krankheiten informiert sind.

Wie kann nun eigentlich die Krankheit zur Waffe gegen den Kapitalisten werden? Der Genosse spricht sich im Prinzip dafür aus, daß Krankheiten lieber zum Ausbruch gelangen und nicht mehr durch Medikamente oder Geräte-Therapie „„unterdrückt" und damit verschleiert werden sollten. Was wäre nun aber damit Positives erreicht? Die Krankheit schwächt doch nur den Körper und den Geist und führt keinesfalls automatisch zum Bewußtsein über die Ursachen, geschweige denn zum Kampf dagegen. Wir leisten doch wesentlich weniger Widerstand und können schlechter kämpfen mit einer Nierenentzündung oder Magenkrämpfen. Nein, wir sind es, die den Angriffen der Kapitalisten und ihrer B- und C-Waffen täglich ausgeliefert sind und uns nur sehr schlecht bis gar nicht dagegen schützen können. Die Folgen müssen w i r tragen – die Herrschenden haben keinerlei Interesse daran, daß mehr als unbedingt notwendig und „wirtschaftlich vertretbar" für das Ausbügeln der Folgen der krankmachenden Produktionsweise und Wohnverhältnisse aufgewendet wird.

Es ist gut zu verstehen, wenn fortschrittliche Gesundheitsarbeiter/innen sich total ohnmächtig fühlen, angesichts der Flut von Elend, die in die Krankenhäuser gespült wird. Sie k ö n n e n ihrem Anspruch, den Menschen tatsächlich grundlegend helfen zu wollen, gar nicht gerecht werden. Deshalb sind über 10.000 Menschen nach Westberlin zum Gesundheitstag gefahren. Und die von dort mitgenommenen Anregungen, der Erfahrungsaustausch über Möglichkeiten des Widerstands im Gesundheitsbereich, können vielleicht dazu führen, daß der Weg aus der „Sackgasse" gefunden wird.

Kämpfen wir für ein menschenwürdiges Leben – nicht für einen „menschenwürdigen" Tod! Keine Sparmaßnahmen in der Gesundheitsversorgung!

Eine Genossin der Gesundheitskommission



Interview mit Samora Machel

Mosambik ist wieder in die Schlagzeilen geraten: vom „Ruin" bis zum „neuen Pragmatismus" reichen die Einschätzungen, die insbesondere in der rechtsorientierten bürgerlichen Presse mit einem hämischen Unterton versehen sind. Aber auch die Linke, und hier wäre insbesondere die „taz" zu nennen, meint, in Mosambik die Abkehr von wesentlichen Vorstellungen eines egalitären Sozialismus konstatieren zu müssen.

Es hat wesentliche personelle Veränderungen im Regierungs- und Verwaltungsapparat gegeben, die von Machel selbst als „Säuberungen gegen eine korrupte Bürokratie" gekennzeichnet werden. Tatsache ist ebenfalls, daß Mosambik mit sehr schweren ökonomischen Problemen zu kämpfen hat, die z.T. durch den Befreiungskampf in Zimbabwe mitverursacht wurden (Schließung der Grenzen, Unterbringung von über 200.000 Flüchtlingen etc.) und die z.T. auch durch Naturkatastrophen (in einigen Teilen des Landes hat es seit 1978 nicht mehr geregnet) mitentstanden sind. Allerdings gab und gibt es Krisen in der Realisierung der neuen Konzeption der landwirtschaftlichen Struktur (communal villages) und der Versorgung der Bevölkerung durch den (staatlichen) Einzelhandel. Mit einer erheblichen Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise und mit der Reprivatisierung des kleinen Einzelhandels versucht die Regierung hier gegenzusteuern. Weiterhin wurden multinationale Konzerne zu Investitionen in Mosambik aufgefordert und portugiesische Kolonialflüchtlinge zur Rückkehr ermuntert. Andererseits plant Mosambik den Beitritt zum RGW.

Das im folgenden auszugsweise abgedruckte Interview („Afrique-Asie", Juli 80) mit Samora Machel bringt deutlich zum Ausdruck, daß Mosambik nach wie vor auf seinem antiimperialistischen und unabhängigen außenpolitischen Kurs beharrt. Recht breiten Raum gibt Machel der Erörterung der ökonomischen Probleme der entstehenden sozialistischen Gesellschaft, die nach wie vor mit der Erfüllung der menschlichen Grundbedürfnisse ringt und deren ökonomisches Potential noch lange nicht entfaltet ist. Die Zusammenarbeit der fortschrittlichen Staaten im südlichen Afrika hat hier eine ganz besonders wichtige Funktion.

Was die innenpolitischen Kontroversen betrifft, so greift Machel zwar sehr massiv die Bürokratisierungstendenzen an, bleibt jedoch dabei recht allgemein, so daß unterschiedliche politische Strömungen mit kontroversen Positionen nicht gekennzeichnet werden.

Das Interview führte der Chefredakteur von „Afrique-Asie" und Freund Machels, Simon Malley, dem übrigens dieser Tage die Aufenthaltserlaubnis in Frankreich nicht verlängert wurde. Er ist Ägypter. Gegen diesen Affront des französischen Imperialismus haben inzwischen mehr als zwei Dutzend afrikanische Staaten scharfen Protest eingelegt.

Wir betrachten dieses Interview als einen Einstieg in die solidarische Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Entwicklung in Mosambik.

Afrika-Kommission

Samora Machel: Die Unabhängigkeit Zimbabwes hat ganz gewiß eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in unserer Region hervorgerufen, eine Veränderung, die unseren Interessen entgegenkommt. Denn der Imperialismus hat nicht nur politische oder militärische Waffen. Er gebraucht auch und vor allen Dingen ökonomische Waffen. Und die ökonomische Waffe ist gefährlicher, weil subtiler, heimtückischer. Der Imperialismus kennt Afrika sehr gut. Er hat es jahrhundertelang beherrscht, ausgebeutet, unterdrückt. Er besitzt außerdem die Technologie, die Wissenschaft, das Geld und verfügt außerdem über hervorragende Druckmittel uns gegenüber. Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel, Zimbabwe betreffend, geben. Obwohl unabhängig, hat es keinen einzigen Geologen, obgleich es Goldminen, Kohleminen, Chrom und Eisen besitzt. Es hat keinen einzigen Agronomen, obgleich es Mais, Tabak, Tee etc. produziert. Es hat keine Veterinäre, wo es doch so viel Vieh besitzt. Es hat keine Ingenieure, keine Mediziner. Absolut nichts.

Aber ja, der Kolonialismus hat Advokaten herangebildet, Historiker, Philosophen, Soziologen — etwa so wie bei uns — aber wo sind die Hydrologen, die Chemiker, die Bewässerungstechniker, die Bau- und Staudammtechniker? ... Sehen Sie denn nicht, daß wir leider vom Imperialismus leicht verwundbar bleiben? Aber nun, wie sollen wir widerstehen? Natürlich wollen wir die Revolution machen, haben wir den tiefen Wunsch, alles umzukrempeln, alles zu verändern. Aber der Imperialismus bleibt in unserer Nähe und er hält die Zügel einer Wissenschaft in der Hand, zu der er uns keinen Zugang gewährt hat.

Wie können wir diese Verwundbarkeit besiegen, wenn nicht durch die lebendige Einheit der Kräfte der afrikanischen Staaten, durch ihren ständig wachsenden Zusammenhalt, ihre Zusammenarbeit. In einem Land wie Zimbabwe haben die Rassisten geglaubt, daß sie sich ewig halten könnten. Also haben sie Fabriken gebaut und Werke errichtet, Gold, Chrom und Eisen abgebaut. Wie können die nationalistischen Kräfte denn den Platz einnehmen, der ihnen rechtmäßig zusteht, wenn die Rassisten allein die Wissenschaft, die Technologie in den Händen halten? Mit anderen Worten, und damit komme ich zurück zu meiner ersten Frage: wie können wir unseren Sieg verteidigen? Ich sage „unseren" Sieg, weil der Sieg des zimbabwischen Volkes unser aller Sieg ist. Aller afrikanischen Völker.

Frage: Aber glauben Sie, Genosse Präsident, daß der Imperialismus es Ihnen gestatten wird, diesen Sieg zu verteidigen? Man sagt z.B., daß die USA Mosambik auf ihre schwarze Liste gesetzt haben?

Samora Machel: Ich habe den Amerikanern gesagt: „Ihr seid es, die auf die schwarze Liste des mozambikanischen Volkes gesetzt gehört. Während unseres Befreiungskampfes haben die USA unser Recht auf Unabhängigkeit, auf Freiheit abgestritten. Sie waren die bedingungslosen Verbündeten des portugiesischen Kolonialismus. Sie haben uns niemals geholfen. Nach unserem Sieg, das lassen Sie mich feststellen, haben nun auch wir unsere schwarze Liste. Und wir sind es, die die USA auf unsere schwarze Liste gesetzt haben!" Ich glaube, es ist das erste Mal in der Geschichte, daß ein Land, das diplomatische Beziehungen mit einem anderen Land unterhält, letzteres auf eine schwarze Liste setzt, wie es die USA machen. Aber haben sie jemals das rassistische Rhodesien auf ihre schwarze Liste gesetzt? Haben sie es jemals mit Südafrika gemacht? Vielleicht, weil Washington in Wirklichkeit die Apartheid begünstigt.

Lassen Sie uns in unserer Diskussion, unserer Analyse fortfahren. Der letzte Kongreß der Frelimo hat die grundlegenden Abschnitte unserer Entwicklung festgelegt. Wir haben gesagt, daß die Landwirtschaft die Basis unserer Wirtschaft ist. Daß die Industrie dabei das dynamisierende Element ist und daß die Schwerindustrie bei allem eine entscheidende Rolle spielt. Wenn die Amerikaner uns auf ihre Liste gesetzt haben, so, weil sie all das wissen. Sie wissen auch, daß wir Schluß machen wollen mit dem Hunger, der Nacktheit, der Krankheit, der Armut und dem Elend. Damit Schluß machen, um Lebensmittel produzieren zu können, um all unseren Bürgern eine anständige Wohnung zur Verfügung stellen zu können, um den Analphabetismus auszurotten. Aber die USA glauben, aufgrund ihrer landwirtschaftlichen Reichtümer die Welt beherrschen zu können. Wenn nun Mosambik, dessen klimatische Bedingungen für die Landwirtschaft günstig sind — wir kennen praktisch keine Dürreperioden — eine Agrarmacht würde, wäre die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus auf diesem Gebiet zerschlagen.

Wissen Sie, daß in jeder Sekunde unheimliche Wassermengen aus unseren Flüssen ins Meer fließen, während wir Hunger leiden? Wenn wir zweihundert Staudämme hätten, wäre Mosambik die Kornkammer Afrikas. Wir wären die Lieferanten von Lebensmittelprodukten für die erdölproduzierenden Länder. Ja, nur zweihundert Staudämme, wo unser Land tausende davon haben könnte! Wir haben tatsächlich fünfzehn große Flüsse und ihr Wasser fließt zu unserem Unglück ins Meer. Wir können all das produzieren, was Afrika, Europa und erst recht Lateinamerika produzieren. Baumwolle, Weizen, Mais, Reis, Tee, Kaffee, Milch und sogar Blumen! Wir haben Bedingungen, die sich nicht einmal hinter denen Kanadas zu verstecken brauchten, wir könnten reiche, sehr reiche Viehherden züchten: Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine etc. Die Reichtümer unseres Bodens, auf der Erde und unter der Erde sind beträchtlich, denn wir besitzen Rohstoffe, die uns zu einem der größten Produzenten des Kontinents machen könnten; z.B. sind wir einer der größten Aluminiumproduzenten, dank der Energie, die Cabora Bassa uns liefert ... Es gibt nur wenige afrikanische Staaten, die so viele Leistungsmöglichkeiten haben.

Aus diesem Grund befinden wir uns auf der schwarzen Liste der USA. Wir wollen das Kräfteverhältnis umdrehen, unserer Abhängigkeit ein Ende setzen, die von außen gründlich organisiert wird. Was sie anbetrifft, so kämpfen sie dafür, daß diese Abhängigkeit aufrechterhalten wird. Daß wir weiterhin von ihrem Weizen, ihrem Mais, ihrem Mehl abhängig bleiben ...

Also habe ich ihnen gesagt, daß es ihre Strategie ist, für die Aufrechterhaltung und Fortdauer der Unterentwicklung zu kämpfen. Sie leben, ja sie leben dank der Unterentwicklung der anderen ... Diese Strategie basiert also auf zwei wesentlichen Elementen: auf der Destabilisierung und wirtschaftlichen Abhängigkeit der Entwicklungsländer. Das heißt tatsächlich die Organisation der Unterentwicklung! Das also ist ihre Zivilisation! Den Analphabetismus organisieren, die Unwissenheit aufrechterhalten, uns die Mittel rauben, mit denen wir Krankenhäuser und Schulen bauen könnten. Sie dagegen machen aus der Erziehung ein Geschäft, genauso wie aus den Krankenhäusern und dem Sterben. Sie organisieren die Prostitution, den Drogenhandel, unterhalten Banden, die Mafia. Gegen all das, Genosse, wollen wir kämpfen.

Frage: Aber welche Gegenstrategie würden Sie nun empfehlen? Unser Genosse Aquino de Bragança beruft sich oft auf das, was er die „samorianische Strategie" nennt. Worum handelt es sich?

Samora Machel: (lacht aus vollem Herzen bevor er weiterspricht)

Unsere Politik beruht auf dem Prinzip, daß wir unsere Kooperation mit allen Völkern ausweiten wollen. Wir wollen Hilfe von niemand. Wir bitten niemanden um Hilfe. Wir sind für die wirtschaftliche, wissenschaftliche, technologische und kulturelle Zusammenarbeit mit allen.

Und im Rahmen dieser Zusammenarbeit definieren wir auch die Ziele und Prioritäten. Wir kennen die Bedürfnisse unseres Landes und wir kämpfen dafür, sie unserem Volk erfüllen zu können. Aber wenn wir auch bereit sind, mit aller Welt zu kooperieren, so wollen wir doch wissen und festlegen, was die Interessen jedes einzelnen sind.



Frage: Es scheint so, als hätten Sie genau das auch Claude Cheysson, dem Abgesandten der Europäischen Gemeinschaft (EG) gesagt und offenbar war dieser über einige Vorschläge ziemlich überrascht ...

Samora Machel: Ja, ich habe ihm ohne Umschweife gesagt, daß wir keine Hilfe wollen, von wem sie auch kommen mag. Kooperation, meinetwegen. Aber welche Interessen verknüpft die EG mit dieser Kooperation? Meines Wissens handelt es sich nicht um eine allgemeine Wohlfahrtsorganisation. Sie wird daher präzise Interessen verfolgen. Was für welche? Wenn man uns sagt: wir werden Ihnen fünf Millionen Dollar geben, so antworte ich: Im Austausch wofür? Ich glaube nicht, daß sie uns so einen Kredit umsonst geben! Wer macht das denn schon? Gewöhnlich macht das doch nur Gott ... Gott ist dafür auch gut, aber die EG? Ihre Berufung ist es doch nicht, Verteilungen vorzunehmen, als wenn man gratis Bier ausschenken würde ... Wenn die EG kooperieren will, so soll sie in erster Linie eine Industrie aufbauen, die unsere Infrastruktur verbessern helfen kann und uns aus der Abhängigkeit von den Industriemächten befreit. In dieser Richtung könnte ich mir eine konstruktive Zusammenarbeit mit der EG vorstellen. Und das habe ich auch M. Cheysson gesagt. (...)

Frage: Wie erklären Sie die politische und organisatorische Offensive zur Säuberung des Staatsapparates? Ihre Ursprünge und ihre Ergebnisse?

Samora Machel: Das fundamentale Ziel dieser Offensive ist, sicherzustellen, daß unser Staatsapparat ein geeignetes Instrument wird, das die großen Ziele, welche die Partei Frelimo für dieses Jahrzehnt vorgesehen hat, verwirklichen kann, das Jahrzehnt unseres Sieges über die Unterentwicklung. Gleichzeitig geht es darum, unsere Produktionsbereiche zu organisieren, damit wirksam auf die großen Anstrengungen, die wir unternehmen werden, geantwortet werden kann.

Es war also notwendig, eine globale und umfassende Aktion zu starten, die es erlaubt, jeden Tag den Kampf gegen die Mentalität zu verstärken, die im Kolonialismus begründet liegt, gegen die Ideologie des Kolonialismus, gegen die Ideologie der Unterentwicklung und gegen physische und den Strukturen des Staatsapparates und in den Schlüsselpositionen verschiedener Produktions- und Sozialbereiche.

Dank eines Systems der Repression, Unterdrückung und Ausbeutung ist es dem Kolonialismus gelungen, unsere nationalen Reichtümer an sich zu reißen. Am Tag der Unabhängigkeit hat für die Demokratisierung der Arbeit eine neue Phase begonnen, eine Phase des Lernens, ein neues Leben für die Arbeiterklasse. Mit anderen Worten: man mußte lernen, in Freiheit und Demokratie zu arbeiten. Lernen, aktiv und dynamisch an allen Lebensbereichen in unserem Land teilzunehmen.

Auf jeden Fall erzeugt dieser Vorgang auch Widersprüche zwischen den Elementen, die versuchen von der Freiheit und Demokratie in dem Sinne zu profitieren, daß sie im Staatsapparat Bürokratismus, Opportunismus, Korruption, Schlamperei und Mißachtung der Interessen des Volkes einreißen lassen. Mit Hilfe der Handlungsweise dieser Leute infiltriert die Methode einer bourgeoisen Arbeit Stück für Stück den Staatsapparat, verletzt damit die Interessen der Arbeiterklasse und hemmt die Möglichkeiten des Staates, die von der Partei festgelegte Politik zu verwirklichen.

keiten des Staates, die von der Partei festgelegte Politik zu verwirklichen.

In der ersten Phase der politischen und organisatorischen Offensive wurde angestrebt, diese Elemente aus dem Staatsapparat und wichtigen Positionen im Produktionsbereich zu entfernen, Positionen, die von Leuten eingenommen wurden, die weder die nötige politische und technische Kompetenz gehabt haben, noch die unentbehrlichen menschlichen Qualitäten.

Begründet auf einer stärkeren Beteiligung des Volkes hat es dieser Prozeß möglich gemacht, die nötigen Mittel für den Kampf gegen Hunger, Elend, Nackheit, Krankheit und Unwissenheit bereitzustellen, gegen Unterentwicklung zu kämpfen und die Erziehung der Arbeitermassen sicherzustellen, in ihrem Kampf gegen die Ideologie des Kolonialismus, d.h. richtig gesagt, die Ideologie der Unterentwicklung.

Sie fragen mich, ob es eine Form von Kulturrevolution war?

Die Offensive reiht sich in die Entwicklung unserer Revolution ein, in welcher die kulturelle Seite ein grundlegender und integrierter Bestandteil ist.

Wir haben oft gesagt, daß der bewaffnete Kampf zur nationalen Befreiung ein höchst kultureller Akt war. Auf revolutionären Grundlagen werden wir unsere mosambikanische Persönlichkeit entwickeln.

Die Offensive hat auch die kulturelle Perspektive unserer Revolution wiederaufgerichtet, weil sie eine subjektive Veränderung der Mosambikaner bewirkt hat, sie hat wieder mehr Vertrauen in den kollektiven Kampf hervorgebracht und in den individuellen gegen Fatalismus, Schlappheit, Passivität, unterwürfiges Akzeptieren der Armut, des Elends, in den Kampf gegen die alten Werte.

Die Ergebnisse? Gut, ich schätze, die Offensive hat schon eins der wesentlichen Ziele erreicht: sie hat die Säuberung des Staatsapparates erlaubt, von infiltrierten, korrumpierten, inkompetenten und unfähigen Elementen. Die Beteiligung der großen Masse ist die Garantie für den Aufbau eines Staatsapparates, der nicht korrumpiert aber dynamisch und leistungsfähig ist, der die Bestrebungen und Interessen der Allianz Bauern-Arbeiter widerspiegelt und wirksam auf die Anforderungen des Kampfes gegen die Unterentwicklung eingeht.

Chile: Gestern Somoza — morgen Pinochet

Kurz vor dem 11. September, dem Jahrestag des Putsches, hat Santiago die erste große Massendemonstration seit sieben Jahren erlebt. 50.000 bis 100.000 Menschen zogen durch die Straßen und riefen Parolen gegen Pinochet und die Regierung. Noch Stunden nach der Auflösung der Demonstration zogen kleinere Gruppen durch die Stadt, riefen Parolen und sangen oppositionelle Lieder („FR", 29.8.80).

Anlaß für den breiten Protest war eine Veranstaltung mit dem Chef der christdemokratischen Partei, Eduardo Frei, gegen den neuen Verfassungsentwurf der Regierung, der das Pinochetregime noch auf Jahrzehnte hinaus stabilisieren soll. Die Veranstaltung in einem Theater von Santiago war zunächst erlaubt worden, der Zugang zu dem Gebäude wurde dann aber gesperrt. Mit 8.000 Menschen war der



Saal schon lange vor Beginn völlig überfüllt. Tausende von Menschn sammelten sich dann vor dem Theater, und nach Schluß der Veranstaltung bildete sich der riesige gemeinsame Demonstrationszug.

Diese Demonstration wurde dann von starken Polizeikräften aufgelöst (trotzdem wurde danach noch in kleinen Gruppen weiterdemonstriert!), es gab eine unbekannte Zahl von Verhaftungen und mindestens zwei Verletzte („FR", 29.8.80).

Daß die Veranstaltung der Christdemokraten überhaupt genehmigt wurde, steht im Zusammenhang mit dem Verfassungsprojekt, das der Junta nun endlich den Rahmen der „institutionellen Demokratie" verleihen soll. Der Christdemokrat Frei, der bekanntlich das Eingreifen der Militärs gegen das „Chaos der Allenderegierung" gefordert und den Putsch von Pinochet zunächst begrüßt hatte, versucht seit langem, sich als zivile und demokratische Alternative zur Junta anzubieten, weitgehend erfolglos allerdings. Zwar konnte Frei bisher in einigen Medien und im Ausland seine vor allem wirtschaftsbezogene Kritik an der Juntapolitik anbringen, eine öffentliche Massenveranstaltung ist aber seit dem Putsch einmalig. Damit sollte offenbar die Bereitschaft der Junta zur Demokratisierung vorgespiegelt werden. Der vorliegende Verfassungsentwurf ist aber dermaßen zynisch und allein auf die Machtstabilisierung Pinochets zugeschnitten, daß selbst die reaktionärsten Kreise der Christdemokratie (z.B. Frei) und auch die Führung der katholischen Kirche, die in Chile nicht gerade zu den fortschrittlichen zählt, dem Entwurf eine deutliche Absage erteilt haben.

Ausgearbeitet wurde der Entwurf von einem — von der Junta einberufenen — Gremium reaktionärer Politiker und Advokaten. Vorgesehen ist eine *„Periode der graduellen Evolution"*, die bis 1989 dauern soll. Dann erst, *„wenn das Land die wirtschaftliche Entwicklung und soziale Modernisierung (!) vollzogen hat"*, erhält die Verfassung gesetzliche Gültigkeit. Der zukünftige Präsident soll dann direkt für acht Jahre gewählt werden, der erste Kandidat 1989 soll durch die Junta bestimmt werden. D.h., daß Pinochet bis 1997 an der Macht bleiben kann. Die Wahlen sind natürlich „frei", nur die Parteien mit *„totalitärer, gewalttätiger oder anarchistischer Tendenz"*, d.h. also sämtliche UP-Parteien, die bei den letzten regulären Wahlen 43 % repräsentierten, und erst recht die revolutionäre Linke sind von vornherein ausgeschlossen. Alle marxistischen Parteien werden auf ewig verboten, alle anderen Parteien sollen ihre Mitgliederlisten öffentlich bekanntgeben. Damit und durch den Umstand, daß für die Übergangszeit von acht Jahren kein Parlament vorgesehen ist, wird nicht nur die linke, sondern auch die bürgerlich-demokratische Bewegung ausgeschlossen.

Trotzdem wurde diese bereits völlig eingeschränkte „Demokratie" noch weiter abgesichert. Es wird ein sogenannter „Nationaler Sicherheitsrat" geschaffen, der die „nationalen Interessen" zu definieren hat und der ermächtigt ist, *„jeder Autorität des Staates seine Auffassung nahezulegen zu jeder Tatsache, Handlung oder Sache, die nach seinem Urteil die nationale Sicherheit beeinträchtigen könnte."* Dies kann öffentlich oder geheim geschehen („taz", 1.8.80).

Die Zusammensetzung des Nationalen Sicherheitsrates ist besonders aufschlußreich, er soll bestehen aus: den vier Oberbefehlshabern der Streitkräfte und der Polizei, dem Generalstabschef der nationalen Verteidigung und — damit wenigstens ein paar Zivilisten dabei sind — den Präsidenten des Senats, des Obersten Gerichtshofes und der Zentralbank (!). Damit nicht irgendwann nach 1997 ein Präsident auf die Idee kommt, die Militärs aus dem Sicherheitsrat abzuberufen, ist in der Verfassung festgelegt, daß die Oberbefehlshaber von Armee und Polizei nicht abgesetzt werden können.

Im weiteren werden in dieser sogenannten Verfassung allerlei bürgerlich-demokratische Rechte aufgezählt, die seit sieben Jahren in krassester Form verletzt werden. Was soll das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, wenn sämtliche Gruppen und Parteien, die das Volk repräsentieren, verboten bleiben. Was soll das Recht auf Erziehung und Gesundheitsfürsorge, wenn diese Bereiche inzwischen weitgehend privatisiert und damit nur für eine vermögende Minderheit zugänglich sind. Was soll die sogenannte Arbeitsfreiheit bei rund 20 % Arbeitslosen. Na ja, und eine Wirtschaftsordnung, die auf dem *„Recht auf freiem und privaten Eigentum an Produktionsmitteln"* beruht, ist auch gleich in der Verfassung mit verankert worden („FR", 27.8.80).

Die Abstimmung über dieses Verfassungsprojekt ist mit dem den Faschisten eigenen Sinn für zynische Provokationen auf den 11. September festgelegt worden. Über den Ablauf dieser Wahlfarce wurde noch nichts bekanntgegeben, er ist aber leicht vorstellbar. Im Januar 1978 gab es die Abstimmung über eine UN-Resolution, die das Pinochetregime verurteilt hatte. Pinochet hatte sich damals per Referendum die Zustimmung und damit internationale Anerkennung beschaffen wollen. Damals wie heute war die Abstimmung praktisch von heute auf morgen angesetzt worden, ohne Pressefreiheit, ohne öffentliche Debatte und mit massiver Manipulation erreichte die Junta damals 75 % der abgegebenen Stimmen.

Der Widerstand heute ist aber erheblich stärker. Neben Christdemokraten, Kirche, demokratischer Jugendbewegung, einer Initiative von rund 100 Intellektuellen, Wissenschaftlern und bekannten Persönlichkeiten, die in einem Brief eine grundlegende Veränderung der Verfassung forderten, wendet sich natürlich die gesamte Linke gegen den Entwurf. Hier scheint eine Möglichkeit gegeben, einen breiten und wirksamen Protest der Massen zu organisieren.

Die große Demonstration z.B. war offenbar in keiner Weise von der Christdemokratie dominiert, sondern wurde von der Linken geprägt. Während auf der Frei-Veranstaltung im Theater die Hauptparole „Freiheit, Freiheit!" war, riefen die Massen auf der Straße: „Pinochet — Faschist" oder: „Gestern Somoza — morgen Pinochet"! (laut spanischen Presseberichten).

Über den Verbleib und die Anzahl der Verhafteten ist noch nichts bekannt geworden. Wir hoffen, daß diese erste Massendemonstration nur der Auftakt war und daß es gelingt, den 11. September 1980 nicht zu einer Abstimmungsfarce, sondern zum großen Kampftag zu machen.

Lateinamerika Kommission

Nikaragua:

Keine Revolution, die nach dem Godesberger Programm abläuft!

Mit einem riesigen Fest wurde am 19. Juli der erste Jahrestag der sandinistischen Revolution in Managua gefeiert. Rund ein Viertel der nikaraguanischen Bevölkerung, fast 600000 Menschen, beteiligten sich an den Feierlichkeiten. Von den knapp dreißig Regierungsdelegationen — neben mehreren Staaten des realen Sozialismus und Lateinamerikas waren auch die USA und die BRD vertreten — erntete die cubanische mit Fidel Castro den mit Abstand meisten Beifall. Fidel erklärte, daß die Hilfe Washingtons (75 Mill. Dollar) zu wenig sei für ein Land, das jährlich 160 Milliarden für Rüstung ausgebe. Er erinnerte daran, daß Somoza im Jahre 1961 die Schweinebucht-Invasoren mit dem Wunsch verabschiedet haben soll, ihm ein Stück des Castrobartes zu bringen. Er sagte schmunzelnd, während er sich den Bart kraulte: *„Ich bin hier mit allen Barthaaren. Ich gebe Euch meinen Bart als symbolisches Geschenk"*, („Welt", 21.7.80), die Menge applaudierte heftig.

Daniel Ortega, der die offizielle Rede der nikaraguanischen Regierung hielt, warnte vor einem Wahlsieg von Reagan: *„Mr. Reagan, der Bruder von Somoza, verspricht, daß er — sollte er der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein — gegen die Hexe, die er in der nikaraguanischen Revolution sieht, Krieg führen wird"* („taz", 24.7.80).

Zu feiern gibt es in Nikaragua allerhand seitdem Somoza aus dem Land gejagt und sein gesamter Clan enteignet wurde. Keiner braucht mehr Angst vor den Überfällen der Nationalgarde und der Willkür der Justiz zu haben; das Volk kann sich legal organisieren und in bisher unbekannter Weise Einfluß auf Politik und Wirtschaft nehmen: Die Pressefreiheit ist garantiert. Die Slums und die Indianerviertel werden an die Trinkwasserversorgung und die Kanalisation angeschlossen, ein neues Gesundheitssystem wird aufgebaut, das vor allem auch eine ärztliche Versorgung der armen Landbevölkerung sicherstellt.

Unter Somoza waren 52% der Bevölkerung Analphabeten; in nur fünf Monaten gelang es den Sandinistas mit einem Heer von 100000 Freiwilligen, diese Quote auf ca 12% zu drücken.

Die reaktionäre Arbeitsgesetzgebung Somozas, die den Kapitalisten praktisch völlige Willkür ermöglichte, wurde abgeschafft und durch ein vollkommen neues Gesetz ersetzt.

Jede erfolgreiche Revolution steht nach dem Sieg vor dem Problem, den Elan der Massen zu retten, um das Zerstörte wieder aufzubauen und die Erwartungen, die bisher unterdrückt werden mußten, nun durch harte Arbeit zu erfüllen. Dabei ergibt sich der Zwang, auch kurzfristig wirtschaftliche Erfolge zu erreichen, denn wenn die Lebenslage der Bevölkerung nicht rasch verbessert wird, verblaßt die Erinnerung an die Diktatur und es entsteht der Eindruck, als ob sich alles nicht gelohnt habe.



Massendemonstrationen in Managua

Die Schwierigkeiten, die dabei bestehen, sind enorm. Viele der Anforderungen stehen gegeneinander: Einerseits muß die Arbeitslosenquote von rund 60% dringend abgebaut und das Recht auf Arbeit durchgesetzt werden; gleichzeitig aber müssen die Betriebe rentabel arbeiten, mit dem Notwendigsten auskommen und also auch Lohnkosten sparen. Das gröbste Elend muß gelindert werden, vor allem durch Investitionen im Gesundheits- und Sozialsystem, das ja durch die Zehntausende von Kriegsopfern zusätzlich belastet ist. Gleichzeitig müßten diese Gelder aber auch dringend in die Betriebe, Plantagen und Farmen gesteckt werden, um eine langfristige Selbstversorgung zu gewährleisten. Die Auslandsschulden, ca. 1,5 Milliarden US-Dollar, mußte die neue Regierung anerkennen, weil sie dringend auf neue Kredite angewiesen ist. Trotz dieser Probleme ist es gelungen, schon nach wenigen Monaten die Versorgung mit den wichtigsten Konsumgütern sicherzustellen.

Wie bereits erwähnt, ist die Finanzhilfe der USA ausgesprochen dürftig. Ein 75-Mill.-Kredit, der von Carter seit Monaten beantragt ist, wird immer wieder verschoben und neu verhandelt. Zuletzt bildete der Rücktritt der zwei bürgerlichen Mitglieder der Regierungsjunta den Anlaß, die Auszahlung des Kredits weiter zu verschieben, voraussichtlich soll er jetzt im Oktober ausgezahlt werden.

In der BRD ist die Unterstützung der sandinistischen Regierung angeblich nicht mehr umstritten, jedenfalls *„.... befürwortet auch die CDU die Unterstützung der sandinistischen Regierung in Nicaragua"* („Neue Züricher Zeitung", 30.8.80). Nach Angaben von Außenminister Genscher hat die BRD seit 1979 90 Millionen DM Entwicklungshilfe bereitgestellt. Dem Außenminister Nikaraguas wurden bei seinem Besuch in Bonn weitere Hilfen zugesagt. Genscher persönlich hat erklärt, er wolle sich darum bemühen, „Mißverständnisse" (!) zwischen der sandinistischen Regierung und den USA auszuräumen. Und das ehemalige SPD-Aushängeschild Eppler, der die BRD bei den Feierlichkeiten in Managua vertreten hat, erläuterte nochmal, worauf es ankommt: Es bestehe zwar die Gefahr, daß *„die Dynamik der nicaraguanischen Revolution zu einer Entwicklung in den Totalitarismus führt"*. Deswegen sei es die wesentliche Aufgabe *„als Staat und vor allem als Partei zu helfen"* — *„dies könnten wir uns auch einiges kosten lassen"*. Dabei darf man sich nicht gleich abschrecken lassen, er habe *„Erscheinungen beobachtet, die für Westeuropäer etwas befremdlich (!) seien: Reden, Aufmärsche, Sprechchöre, Transparente, die vielen jungen Männer und Frauen, die mit Maschinenpistolen durch die Straßen patroullieren ... dies werde keine Revolution sein, die sich am Godesberger Programm orientiert"* („FR", 25.7.80). Genau — und damit es nie dazu kommt, ist die Solidarität aller Linken besonders dringend!

Lateinamerikakommission

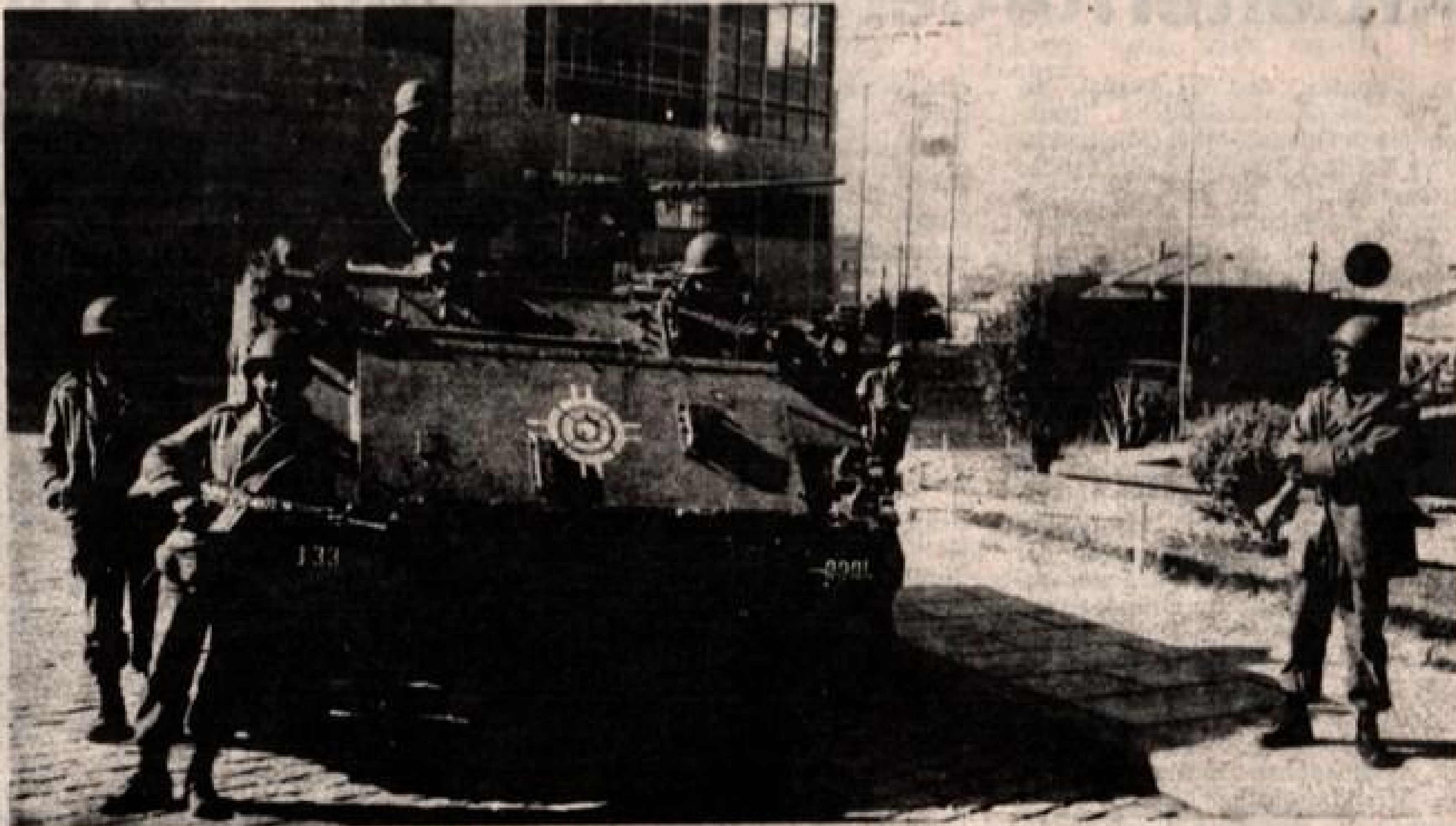
Es herrscht Ruhe im Land

Bericht über eine Reise in das Bolivien der Faschisten

Am 17. Juli haben faschistische Generäle in Bolivien geputscht, um der Errichtung einer demokratischen Regierung zuvorzukommen. Von dieser Mitte-Links-Regierung unter der Führung des Sozialdemokraten Siles Suaso erhofften sich viele Bolivianer die Beendigung von Korruption und staatlich gedecktem Kokainhandel, sowie die Einleitung wirksamer Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen des bolivianischen Volkes. Seit dem Putsch herrscht in Bolivien eine Militärregierung unter der Führung des ultrarechten Generals Garcia Meza. Innenminister ist Louis Arce Gomez, der schon vor dem Putsch als einer der wesentlichen Drahtzieher der bolivianischen Kokainmafia bekannt war. Nach chilenischem Muster unterdrücken die Faschisten die demokratische Opposition des Landes.

Dies war die Situation, in der ich mich entschloß, meine schon lange vor dem Putsch geplante Bolivienreise anzutreten. Ich war nicht sicher, überhaupt nach Bolivien einreisen zu können, denn zur Zeit meiner Abreise waren die Grenzen des Landes geschlossen. Ich flog nach Peru und hoffte, daß sich mir dort vielleicht doch noch eine Einreisemöglichkeit nach Bolivien eröffnen würde.

Nach drei Wochen Aufenthalt in Peru war es dann am 7, August endlich soweit. Ich startete mit dem Bus in Richtung La Paz, zusammen mit 40 anderen Bolivienfahrern aus verschiedenen Ländern. Im Busherrschte eine starke Anspannung und zeitweise hatte ich auch Zweifel. ob mein Entschluß, in das Bolivien der Faschisten zu fahren, richtig gewesen war. Je weiter sich unserer Bus der bolivianischen Hauptstadt näherte, um so deutlicher wurde uns, daß wir nicht mehr sicher La Paz vor 21 Uhr erreichen würden. Um 21 Uhr begann aber die Ausgangssperre, die die Putschisten über das ganze Land verhängt hatten, um die Organisierung des Widerstandes zu erschweren. Die Fahrer des Busses entschieden in dieser Situation, daß wir unterwegs in einem Hotel übernachten sollten. Bei dem Hotel angekommen, stellte sich jedoch heraus, daß dort eine Übernachtung für uns nicht möglich war. daraufhin beschlossen wir die Weiterfahrt nach La Paz, auch auf die Gefahr hin, daß wir die Stadt nicht vor Beginn der Ausgangssperre erreichen würden. Um 21 Uhr waren wir noch eine halbe Stunde von La Paz entfernt. Von nun an befürchteten wir ständig, daß unsere Fahrt vom Militär gestoppt werden würde, aber zu unserer Überraschung erreichten wir unbehindert die Stadt. Aus Peru hatte ich noch in Erinnerung, daß in den Abendstunden die Straßen recht belebt sind. Im Vergleich dazu zeigte sich La Paz bei unserer Ankunft wie ausgestorben. Die einzigen Menschen, die sich noch außerhalb der Häuser befanden, waren Soldaten, die in den Straßenecken und auf den Plätzen herumstanden. Nur ganz selten sah ich noch Zivilisten, die wohl den Beginn der Ausgangssperre verpaßt hatten und im Laufschritt nach Hause hasteten. Auf der Fahrt durch die Stadt versuchten Bolivianer zweimal,



unseren Bus anzuhalten, wohl in der Hoffnung, auf diese Weise doch noch von den Soldaten unbehelligt ihre Wohnung erreichen zu können. Ich war sehr erleichtert, als wir endlich in unserem Hotel angekommen waren und die akute Bedrohung durch das Militär vorbei war. Daß wir in unserem Bus ungehindert während der Ausgangssperre durch La Paz fahren konnten, haben wir uns nachträglich damit erklärt, daß unser Bus leicht als Touristenbus zu erkennen war, und daß man wohl bereit war, uns als Touristen eine geringe Überschreitung der Ausgangssperre durchgehen zu lassen. Ich meine, daß sich die bolivianischen Faschisten darum bemühen, Ausländern ein möglichst positives Bild der dortigen Zustände zu vermitteln.

In der Nacht fielen Schüsse vor dem Hotel. Schweizer Touristen hatten von ihrem Zimmerfenster aus gesehen, wie auf dem Platz vor dem Hotel eine Gruppe Menschen in einer Reihe mit im Nacken verschränkten Händen aufgestellt war. Sie waren offensichtlich gerade verhaftet worden und wurden von Soldaten mit Gewehren bewacht. Eine Frau wurde gerade von einem Soldaten aus der Gruppe herausgegriffen und geschlagen. Als die Soldaten bemerkten, daß sie dabei aus dem erleuchteten Hotelzimmer beobachtet wurden, schossen sie in Richtung dieses Fensters.

Am hellen Tage zeigte sich La Paz dann weniger bedrohlich. Zwar sah ich immer noch eine Menge Soldaten, die Gebäude und Anlagen überwachten oder einfach in Gruppen mit ihren Gewehren auf Parkbänken herumsaßen, ich hatte aber nicht mehr ein solch starkes Gefühl der Bedrohung wie noch in der Nacht zu-
ren Gewehren auf Parkbänken herumsaßen, ich hatte aber nicht mehr ein solch starkes Gefühl der Bedrohung wie noch in der Nacht zu-
vor. Auf den ersten Blick machte La Paz am Tage den Eindruck, als würde das Leben wieder ganz normal laufen. Hinweise auf den Ausnahmezustand waren für mich als Touristin erst bei genauerem Hinsehen zu entdecken. Das Gewerkschaftshaus, das am Tage des Putsches von paramilitärischen Banden überfallen worden war,wobei drei der dort Versammelten ermordet wurden, war vom Militär besetzt. Die Fensterscheiben waren zerbrochen und ich hatte den Eindruck, daß das Haus von Soldaten überquellen würde, denn in sämtlichen Fenstern und Türen waren deren grüne Uniformen zu erkennen. Auch die Universität, vor dem Putsch noch voller Leben, war geschlossen und vom Militär besetzt. Bolivianer erklärten mir, daß durch die Schliessung der Universitäten ein wichtiger Teil der demokratischen Opposition Boliviens ausgeschaltet werden sollte, denn in noch höherem Maße als bei uns, sind die Universitäten in Bolivien Stätten der demokratischen Diskussion und der Organisierung der Opposition. Man erwartet in Bolivien, daß die Universitäten noch längere Zeit geschlossen bleiben werden. Eine Bolivianerin, die unter vier Augen noch ganz frei mit mir über die Zustände in ihrem Lande geredet hatte, lehnte es im Cafe und auf der Straße ab, vor den Augen und Ohren anderer Bolivianer über politische Fragen zu sprechen.

Ich erfuhr, daß der Generalstreik in La Paz nicht gut befolgt worden war. Als Ursache dafür wurde mir angegeben, daß die Koordination des Streiks ungeheuer schwierig war. Den Putschisten war eine nahezu vollständige Nachrichtensperre gelungen, sodaß Informationen über den Stand der Streiks in anderen Betrieben und in den anderen Städten für die Menschen in La Paz kaum zu erhalten waren. Wegen der mangelnden Informationen befürchteten viele Menschen im Falle einer Beteiligung am Streik, eventuell allein dazustehen. Diese Verunsicherung ist noch dadurch verstärkt worden, daß der am Tage des Putsches verschleppte Führer des Gewerkschaftsdachverbandes, Juan Lechin, am Abend des 21. Juli
durch verstärkt worden, daß der am Tage des Putsches verschleppte Führer des Gewerkschaftsdachverbandes, Juan Lechin, am Abend des 21. Juli
im Fernsehen dazu aufrief, am nächsten Tage zur Arbeit zu gehen. In der gleichen Sendung erklärte der neue Innenminister, daß diejenigen, die am nächsten Tage nicht bei der Arbeit erscheinen würden, als Saboteure betrachtet würden und mit „härtesten Strafen" rechnen müßten. In dieser Situation haben sich in La Paz viele Menschen entschlossen, den Aufruf zum Generalstreik nicht zu befolgen.

Die Vereinzelung und die Einschüchterung der Bevölkerung, die in den Städten relativ gut funktioniert hat, konnte in den Minengebieten nicht gelingen. Die jahrelange Kampferfahrung in Verbindung mit dem hohen Grad gewerkschaftlicher Organisierung haben in den Minen eine Koordinierung des Widerstandes ermöglicht. Ein Zeichen für die Stärke der Arbeiterbewegung in den Minengebieten ist es auch, daß dort seit nahezu 20 Jahren Radiosender unter der Kontrolle der Gewerkschaften arbeiten. Wegen der Informationssperre hatten diese Sender in den Tagen des Putsches eine besondere Bedeutung für die Gebiete, in denen die Programme der Minensender zu empfangen waren. Der hohe Bewußtseinsstand der Menschen in den Minengebieten zeigt sich auch in der breiten Organisierung der Frauen in den Hausfrauenkommitees. Die Kommitees befassen sich u.a. mit Fragen der Nahrungsmittelversorgung und mit den Arbeitsbedingungen der Frauen. Die Hausfrauenkommitees haben in der Vergangenheit wiederholt in die Auseinandersetzungen um die mineneigenen Lebensmittelgeschäfte, sowie in die gewerkschaftlichen Kämpfe eingegriffen.

Das Problem des Aufbaus eines Kommunikationssystems, so wurde mir in Bolivien immer wieder erklärt, ist ein ganz entscheidendes Problem, ohne dessen Lösung sich ein breiter Widerstand gegen die Faschisten nur sehr schwer entwickeln läßt. Die Kontrolle des Militärs über Rundfunk und Presse ist zur Zeit perfekt. Durch die Ausgangssperre wird sogar weitgehend das Malen von Parolen an Häuserwände verhindert. In Bolivien ist es somit zur Zeit nur sehr schwer möglich, etwas über Ziele und Formen des Widerstandes zu erfahren.
Häuserwände verhindert. In Bolivien ist es somit zur Zeit nur sehr schwer möglich, etwas über Ziele und Formen des Widerstandes zu erfahren.
Einen Hinweis darauf, daß sich trotz aller Schwierigkeiten ein organisierter Widerstand in Bolivien entwickelt, erhielt ich erst ganz am Ende meiner Reise. In St. Cruz lernte ich eine Sympathisantin des MIR kennen, mit der ich viel über die Verhältnisse in Bolivien nach dem Putsch geredet habe. Sie erzählte mir, daß mehrere ihrer Bekannten inzwischen in den Untergrund gegangen seien.

Cr/Hannover

Boliviensolidarität in Trier

„Freiheit und Demokratie für Bolivien" – unter diesem Motto stand eine Veranstaltung am 28. August, zu der die Arbeitsgemeinschaft Frieden, der 3. Welt-Laden, der AK 3. Welt der Katholischen Hochschulgemeinde, KSJ-Stadtgruppe und Hochschulring, sowie AI und Bolivienhilfe eingeladen hatten.

Das Anliegen: Öffentlichkeit herstellen, zu einer Zeit, in der sich die Medien wieder aktuelleren Themen zugewendet haben. Das Programm: 1. ein Diavortrag, in dem sehr klar und drastisch dargestellt wurde, wie der Reichtum Boliviens an Bodenschätzen immer wieder Anlaß gab und gibt, Land und Volk in Armut und Unterdrückung zu halten. 2. ein Referat eines Vertreters der ILA/Bonn, der selbst einige Jahre in Bolivien verbracht hat und von daher mit großer Betroffenheit und Sachkenntnis weitere wichtige Informationen gab und sehr detailliert die Entwicklung der letzten zwei Jahre bis hin zur Machtübernahme durch Garcia Meza am 17. Juli' 80 aufzeigte. 3. die Diskussion zu fortgeschrittener Stunde um Möglichkeiten der praktischen Solidarität umfaßte Aufrufe zu Spenden für CONADE ebenso wie die Gründung eines Arbeitskreises Lateinamerika, die feste Absicht, weiterhin und verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und in irgendeiner Form Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie das neue Regime nicht anerkennt und die Wirtschaftsbeziehungen zu Bolivien abbricht. Andiskutiert wurde die Möglichkeit, Vertreter der Kirche zu mobilisieren.

Vom Inhaltlichen und der Teilnahme her (ca. 130 Leute) eine sehr gelungene Veranstaltung.

Anmerkung: die linke Szene glänzte durch Abwesenheit. Es soll Zeiten gegeben haben, in denen Internationalismus GROSSgeschrieben wurde.

Eine AK-Leserin



Deutsch-argentinische Zusammenarbeit der Geheimdienste — wir fordern Aufklärung

Die Kinderhilfe Lateinamerika hat in einem Offenen Brief an das Außenministerium gefordert, noch einmal auf die Zusammenarbeit von europäischen mit lateinamerikanischen Geheimdiensten aufmerksam gemacht. Die PSOE in Spanien hat aufgedeckt, daß die argentinische Botschaft in Spanien die Aktivitäten faschistischer Banden mit Hilfe ihres diplomatischen Status deckt. In der BRD geht es vor allem um die Vorgänge in Bremen, zu deren Aufklärung von den Behörden nichts beigetragen wird. Hier ein Ausschnitt aus dem Offenen Brief der Kinderhilfe:

„..., In diesem Zusammenhang fühlen wir uns verpflichtet zu sagen, daß unter den argentinischen Exilierten in der Bundesrepublik und ihren deutschen Freunden große Unruhe herrscht, insbesondere nachdem die Vorfälle in Bremen bekannt wurden, wo Offiziere der argentinischen Kriegsmarine Teilnehmer einer friedlichen Demonstration gegen die Morde der Videla-Diktatur photografieren konnten und durften, ohne daß die deutsche Polizei dies zu verhindern versucht hätte. Im Gegenteil, die Teilnehmer der Protestkundgebung wurden von der Polizei festgenommen. Am alarmierendsten jedoch ist die Angabe des argentinischen Offiziers César Luis Borgogno, der sich völlig frei bewegte und die Protestierenden photografierte, daß die argentinische Kriegsmarine direkt mit dem MAD zusammenarbeitet.

Obwohl alle diese Ereignisse detailliert in den lokalen Zeitungen, in Radio Bremen und der überregionalen Presse dargelegt wurden und der Wagen, aus dem die argentinischen Offiziere ihre Aktion vornahmen identifiziert wurde, ist von den deutschen Behörden nichts unternommen worden: Weder wurde bei der argentinischen Botschaft Protest eingelegt, noch wurde der Offizier Borgogno befragt, ob er seine Behauptungen aufrechterhalte . . ."

Informationsmaterial von:
Kinderhilfe Lateinamerika e.V.
Siebengebirgsallee 29
5000 Köln 41
Tel.: 0221/441541
Konten:
PschA Köln Nr. 19179-502
BfG Köln Nr. 1140650300

Streiks in Polen beendet

Arbeiterforderungen erfüllt – Erfolg auf der ganzen Linie?

Am Sonntag, den 31.August, erklärte das überbetriebliche Streikkomitee in Gdansk, MSK (Miedzyzkladowy Komitet Strajkowi), die Streiks für beendet. Ebenso das zentrale Komitee in Szczecin (ehemals Stettin). In Gdansk und Szczecin unterzeichneten Streikkomitees und Regierungsdelegationen Abkommen, die ankündigen, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen.

Nachdem alle Versuche der polnischen Regierung, die Streikbewegung zu spalten, einzuschüchtern oder aufzuweichen, scheiterten und die Streikbewegung in der letzten Augustwoche sich zunehmend ausbreitete, gab die polnische Führung in der wichtigsten Streitfrage nach und garantierte das Recht zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften und das Streikrecht (Vereinbarungen siehe Kasten). Noch am Samstag hatte die Plenarsitzung des ZK der PVAP getagt. Zuvor hatte die polnische Regierung mit verschiedenen Taktiken versucht, der Streikbewegung die Wucht zu nehmen. Sie versuchte, durch ökonomische Zugeständnisse in den einzelnen Betrieben, die Streikfront aufzuweichen und die bewußtesten Teile zu isolieren. Sie versuchte, durch eine Kombination von Reformversprechen und Drohungen vor einer sowjetischen Intervention, die Arbeiterklasse einzuschüchtern. Nichts half. Die Streikwelle wuchs weiter und zwang die Regierung, die überbetrieblichen Streikkomitees als Verhandlungspartner zu akzeptieren, die damit die Autonomie der Gewerkschaftsbewegung vorwegnahmen. Ein militärisches Eingreifen wurde hauptsächlich durch die Solidarität der polnischen Arbeiterklasse verhindert. Denn diesmal standen die Werftarbeiter nicht allein, sondern der Streik erfaßte viele Sektoren der polnischen Arbeiterklasse. Auch Betriebe, die selbst nicht in den Streik traten, erklärten ihre Streikabsicht für den Fall, daß die Miliz oder Armee die Werftarbeiter angreifen sollten. Ihre Solidarität erklärten u.a. die Arbeiter des Renommierwerks Nr.1, des Stahlkombinats Nowa Huta. Diese Situation hat den politischen Preis für ein militärisches Eingreifen immens in die Höhe getrieben; die Panzer hätten den Mythos vom „real existierenden Sozialismus" hinweggefegt. Beeinträchtigt in ihren Reaktionsmöglichkeiten war die polnische Führung daneben durch Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse Polens. So hatten beispielsweise Mitglieder der Gruppe „DIP", die sich aus den Herrschenden rekrutiert, bereits Anfang Juli schleunige Reformen gefordert (siehe Artikel in diesem AK); auch hatte der Ex-Außenminister Stefan Olszowski – nach dem letzten Parteitag im Februar als Botschafter nach Berlin abgeschoben – den Regierungskurs kritisiert.

Die Streikkomitees haben sich ihrerseits bemüht – wie sie selbst ausdrückten, – keinerlei Vorwand für Repressionen zu geben. Alkohol war in den bestreikten Betrieben verboten;

Die Streikkomitees haben sich ihrerseits bemüht – wie sie selbst ausdrückten, – keinerlei Vorwand für Repressionen zu geben. Alkohol war in den bestreikten Betrieben verboten;

die Arbeiter wurden aufgefordert, in den Betrieben zu bleiben, d.h. keine Demonstrationen durchzuführen. Damit wollten die Streikkomitees militante Kämpfe wie 1970 von vornherein vermeiden. Es wurde alles vermieden, was den Eindruck einer engen Zusammenarbeit mit erklärtermaßen oppositionellen Gruppen wie dem KOR hätte erwecken können. Das ging soweit, daß nicht offen die Freilassung der inhaftierten Oppositionellen, sondern schlicht die Freilassung aller während des Streiks Verhafteten gefordert wurde (wobei jedem klar ist, was damit gemeint ist).

Zwischen Einigung und Generalstreik

Begleitet von der Ablösung Pykas als Leiter der Regierungsdeligation durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Jagielski nahm die polnische Staats- und Parteiführung am 22.8. endlich Verhandlungen mit den zentralen Streikkomitees (MSKs) in Gdansk und Szczecin auf. Zuvor hatte sich die Führung beharrlich geweigert, mit überbetrieblichen Komitees zu verhandeln. Gleichzeitig stellte die Parteizeitung „Trybuna Ludu" am 22.8. fest: *„Das Postulat der Schaffung sogenannter freier Gewerkschaften ist im Grunde nicht diktiert von Sorge um bessere Vertretung der Interessen der Beschäftigten, sondern von oppositionellen Aktivisten in den Vordergrund gerückt worden, um im Bereich einer solchen Organisation politische Aktivität zu entwickeln, die gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung gerichtet ist"* („FAZ",23.8.).

Erstes Ergebnis der Verhandlungen in Gdansk war die Wiederherstellung der Telefonverbindungen mit anderen Teilen Polens. Von der Erfüllung dieser Forderung hatte das MSK weitere Verhandlungen abhängig gemacht. Die ersten Verhandlungen wurden ohne Einigung abgebrochen.

Nur zwei Tage später wurden umfangreiche Umbesetzungen im Politbüro und im Machtapparat bekanntgegeben, und am 25.8. tagte eine Sondersitzung des ZK der PVAP. Ministerpräsident Babiuch, erst seit Februar im Amt, verlor seinen Job an Pinkowski (1971 - 74 stellv. Leiter der Planungskommission beim Ministerrat). Aus dem Politbüro weichen mußten ferner: Lukaszewizc, zuständig für Propaganda (Streiks als Ausdruck „mangelnden Klassenbewußtseins" war sein letztes theoretisches Glanzstück); Szydlak, Vorsitzender des Zentralrates der alten Gewerkschaften und schließlich der Chef der Planungskommission, Wrszacyk. Dafür wurde Stefan Olszowski ins Politbüro zurückberufen, aus dem er im Februar abgewählt worden war. Neuer Finanzminister wurde Krzak, Vorsitzender der Planungskommission. Kisiel. Die Umbesetzungen begründete Gierek: *„Wir haben in verantwortliche Funktionen auch die Genossen berufen, die vorher die wachsenden Ungerechtigkeiten gesehen haben und versuchten, dem entgegenzuwirken, aber deren Stimmen wir nicht zur Zeit gehört haben"* („FAZ" und „HB", 26.8.). Über der-

die Genossen berufen, die vorher die wachsenden Ungerechtigkeiten gesehen haben und versuchten, dem entgegenzuwirken, aber deren Stimmen wir nicht zur Zeit gehört haben" („FAZ" und „HB", 26.8.). Über der-

artige Debatten ist – natürlich – nie etwas bekannt geworden. Nach dem VIII. Parteitag der PVAP im Februar 1980 wurden zwar einige Umbesetzungen in der Parteispitze bekannt,



Praktische Solidarität mit den Streikenden: Freßpakete werden rübergereicht



MSK-Sprecher Lech Walesa nach der Einigung

aber mehr auch nicht. Das theoretische SED-Organ kommentierte den Parteitag: Die Entwicklung Polens in den siebziger Jahren habe *„objektive Grundlagen für die Festigung der politisch-moralischen Einheit des polnischen Volkes"* geschaffen („Einheit", Nr.5/80, S.536).

In einer Rede vor der Sondersitzung des ZK der PVAP am 25. August erläuterte Gierek die Sichtweise des Politbüros: *„Wir müssen einen Ausweg aus diesem dramatischen Konflikt finden, auf dem Weg der Verständigung mit der Arbeiterklasse, mit den Arbeitern. (...) Wir haben übereinstimmend festgestellt, daß Grundbedingung für dieses Ziel ist, die Gründe für die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu beseitigen, ein Klima gegenseitigen Vertrauens wiederherzustellen ... Die Vorschläge, die ich in meiner Fernsehrede vor einer Woche gemacht habe, hatten notwendigerweise keinen umfassenden Charakter (so kann man es auch nennen – AK). Und auch heute ist es noch zu früh dazu, wenn wir ernsthaft mit der Bevölkerung reden wollen. Es geht nämlich um tiefgehende Änderungen in der Wirtschaft ..."* („FAZ", 26.8.). Konkret hatte Gierek nur einen größeren Spielraum für die Betriebe angekündigt. Es muß wohl Giereks Geheimnis bleiben, wie er gleichzeitig *„die Gründe für die Unzufriedenheit"* beseitigen und die

(„FAZ", 26.8.). Konkret hatte Gierek nur einen größeren Spielraum für die Betriebe angekündigt. Es muß wohl Giereks Geheimnis bleiben, wie er gleichzeitig *„die Gründe für die Unzufriedenheit"* beseitigen und die

Fleischpreiserhöhung aufrechterhalten wollte (*„Mit voller Konsequenz wird der Beschluß der Regierung über die Einfrierung der Fleischpreise und der Fleischprodukte bis zum Herbst nächsten Jahres ausgeführt."* hieß es in der Fernsehansprache vom 19.8.). Er erklärte die Bereitschaft der Regierung, entgegen der anfänglichen Weigerung, nun doch mit den zentralen Streikkomitees zu verhandeln (mittlerweile gab es drei: in Gdansk für das Drei-Stadt-Gebiet, in Sczcecin und in Wroclaw) und wiederholte die Warnung, daß „nur ein sozialistisches Polen ein Staat mit festen Grenzen" sein könne *und sich die Parteiführung „nicht mit Forderungen einverstanden erklären (würde), die gegen die Grundlagen der Existenz der Nation und des Staates gerichtet sind"* („FAZ", 26.8.). Dazu zählte die Parteileitung, wie die Parteizeitung ‚Trybuna Ludu' klargemacht hatte, die Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften. Gierek kündigte stattdessen eine Reform der Gewerkschaften an, inklusive geheimen Wahlen zu den betrieblichen Gewerkschaftsorganen mit unbegrenzter Kandidatenliste in allen Betrieben, die dies wünschten. Am 26.8. übertrug der Lokalrundfunk im Raum Gdansk die Verhandlungen zwischen MSK und der Regierungsdelegation.

Neue Forderungen des MSK wurden bekannt, die besseren Mutterschutz (drei Jahre Lohnfortzahlung) und mehr Plätze in den Kinderkrippen forderten. Das MSK lehnte die Gewerkschaftsreform als Kompromiß ab und bestand auf dem Recht neue Gewerkschaften aufzubauen. Die Streikwelle breitete sich über weitere Gebiete Polens aus. Ebenfalls am 26.8. fuhr die polnische Führung ein neues Geschütz auf: Erstmals übertrug das Fernsehen eine Predigt von Kardinal Wyszynski – die die Streikenden zur Mäßigung aufrief (siehe weiter unten).

Deutliche Drohungen mit sowjetischer Intervention

Am 26.8. kommentierte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS erstmalig die Streikwelle in Polen. Zu den ökonomischen Schwierigkeiten meinte „TASS": *„Aber man braucht wirklich kein Volkswirtschaftler zu sein, um zu sehen, daß diese Schwierigkeiten zu überwinden sind. Und sie können gewiß nicht mit den tiefgreifenden, akuten und unheilbaren Übeln verglichen werden, mit denen die kapitalistische Welt geschlagen ist."* Soll wohl heißen, Streiks sind völlig unnötig. In Bezug auf die Streiksituation in Polen schreibt „TASS": *„Der subversive Lärm, der im Westen um Polen erzeugt wird, kann schwerlich anders gedeutet werden, denn als Versuch gewisser (?) imperialistischer Kreise sich unverschämt in die inneren Angelegenheiten eines souveränen sozialistischen*

kann schwerlich anders gedeutet werden, denn als Versuch gewisser (?) imperialistischer Kreise sich unverschämt in die inneren Angelegenheiten eines souveränen sozialistischen

Staates einzumischen, mit der Absicht, die Entwicklung der Ereignisse in eine Bahn zu lenken, die ihnen zupaß käme" (Zitate nach „FAZ", 27. 8.). Wir sind weit davon entfernt, die Motivation für die Berichterstattung der bürgerlichen Presse anders zu beurteilen. Nur angesichts der Drohungen gegen die *„antisozialistischen Elemente"* in den überbetrieblichen Streikkomitees und den sowjetischen Methoden gegen *„Einmischung"* (CSSR, Afghanistan...) hat eine solche Erklärung einen anderen Charakter als eine linke Kritik am Imperialismus: Sie ist schlicht eine verklausulierte Drohung.

Wie der Zufall so spielt, wurde „Trybuna Ludu" am 27. – also einen Tag später – deutlicher. In einem von ZK-Sekretär Wojna unterzeichneten Artikel heißt es: **„Wir sind ein großes und wichtiges sozialistisches Land mit einem bedeutenden Wirtschafts-, Volks- und Militärpotential. Unser Land liegt mitten im Zentrum des Kontinents in dem unmittelbaren Sicherheitsbereich der sozialistischen Weltmacht – der Sowjetunion"** („FAZ", 28.8.). Weiterhin hieß es in dem Artikel: *„Für diese Welt ist das Interesse Polens,* **unabhängig davon, ob sie für uns Sympathie empfindet oder nicht,** *keine übergeordnete Angelegenheit. Das Interesse Polens können nur wir Polen selbst verteidigen. Die Geschichte hat uns das häufig auf bittere Weise gelehrt..."*

Damit hat zum ersten Mal eine Parteiführung im RgW unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß Entscheidungen über die Entwicklung ihres Landes in letzter Instanz von der „sozialistischen Weltmacht" getroffen werden. Die polnische Führung hat sich sicher eine sowjetische Intervention nicht gerade herbei ge-

lung ihres Landes in letzter Instanz von der „sozialistischen Weltmacht" getroffen werden. Die polnische Führung hat sich sicher eine sowjetische Intervention nicht gerade herbei ge-

wünscht; ihr dürfte völlig klar gewesen sein, daß weder sie noch ihre Partei eine solche Entwicklung überlebt hätte. Die Warnungen vor einer sowjetischen Intervention dienten hauptsächlich zur Einschüchterung der Arbeiterklasse. „Trybuna Ludu" erklärte am 27.8., es dürfe weder an *„der Gesellschaftsordnung und dem*

Fortsetzung nächste Seite

Neue Gewerkschaft keine Partei

Der Text der Übereinkunft über die Gründung freier Gewerkschaften, die bei den Verhandlungen in der Danziger Lenin-Werft zwischen Streikenden und Regierung erzielt wurde, hat in einer inoffiziellen Übersetzung der Nachrichtenagentur Reuter folgenden Wortlaut:

1. Die Aktivitäten der Gewerkschaften in Polen habendie Erwartungen der Arbeiter nicht erfüllt. Deshalb wird es als nützlich erachtet, neue selbstverwaltete Gewerkschaften zu gründen, die echte Vertreter der Arbeiterklasse sein würden. Wir stellen niemandes Recht in Frage, in der alten Gewerkschaft zu bleiben, und in Zukunft könnte es sogar Zusammenarbeit zwischen den beiden Gewerkschaften geben.

2. Das überbetriebliche Streikkomitee (MKS) stellt fest, daß es bei der Errichtung unabhängiger, sich selbst verwaltender Gewerkschaften (MKS) die polnische Verfassung beachten wird. Die neuen Gewerkschaften werden die sozialen und materiellen Interessen der arbeitenden Menschen vertreten, und sie haben nicht die Absicht, die Rolle einer politischen Partei zu spielen.

Sie akzeptieren den Grundsatz der verstaatlichten Produktionsmittel, der die Basis des kommunistischen Systems Polens bildet.

Sie anerkennen, daß die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei eine führende Rolle im Staat spielt, und sie stellen bestehende internationale Bündnisse nicht in Frage.

Sie sind bemüht, den arbeitenden Menschen angemessene Möglichkeiten der Kontrolle zu geben, ihre Auffassungen auszudrücken ind ihre Interessen zu verteidigen.

Die Regierungskommission erklärt, daß die Regierung die Freiheit und Unabhängigkeit der neuen Gewerkschaften sowohl in ihrer Struktur als auch in ihrer Organisation garantieren wird. (FR)

aus: „FR", 1.9.80

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Paktsystem" noch an dem „*Platz unserer Partei im politischen Leben*" Polens gerüttelt werden. Sonst müsse mit „*unberechenbaren Konsequenzen*" gerechnet werden („FAZ", 28. 8.). Und nocheinmal erklärte die Parteiführung ganz deutlich, daß dazu auch die Forderungen zählen, die „*darauf hinauslaufen, die Gewerkschaftsbewegung in unserem Land zu zerschlagen und sie der Partei entgegenzustellen*".

L. Walesa hat für das MSK in Gdansk betont: „*Wir kämpfen nicht gegen das System. Wir kämpfen für freie Gewerkschaften. Das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln stellen wir nicht in Frage*" (‚Die Neue', 28.8.).

Die Kirche springt in die Bresche

Der Einfluß des Katholizismus in Polen ist ungeheuer. Der Papst-Besuch führte zu Massenexessen, von denen die Partei nicht mal zu träumen wagt. An der Spitze der katholischen Kirche in Polen steht der Erzreaktionär Kardinal Wyszinski. Alle Welt erwartete nun, daß dieser die Chance nützen würde, ein atheistisches Regime noch weiter zu destabilisieren als es eh schon ist. Doch böses Erwachen, er dachte nicht daran. Im Gegenteil, er sprach Gierek richtig aus dem Herzen: „*Wir wissen, daß die beste Wirtschaftsordnung enttäuscht, wenn es keine reelle Arbeit gibt*" („FAZ", 28.8.). Eine solche Frechheit hatte sich kein Parteiführer bisher erlaubt (der wäre seinen Job auch los). Die Streikenden hatten verstärkten Zugang der Kirche zu den Medien gefordert. In der Tat wurde die Predigt Wyszynskis erstmalig im Fernsehen übertragen und was da übern Bildschirm kam, dürfte manchen zum Nachdenken über diese Forderung veranlaßt haben. Die Arbeit sei „*ein Element der geistigen Formation. Wenn diese geistige Formation vertieft wird, dann hört die ganze Volkswirtschaft auf zu hinken. Und deshalb, meine Lieben, ist die Arbeit und nicht die Tatenlosigkeit Verbündeter des Menschen...*" Genau das behauptet die PVAP auch. Mit 'nem bißchen mehr Maloche wäre der ganze Schlamassel gar nicht erst passiert.

Arbeiter der Lenin-Werft in Gdansk

Folgenden Satz aus der Predigt traute sich die „FAZ" lieber nicht zu veröffentlichen: „*Erstens gilt es solider zu arbeiten, zweitens heißt es sparen und Zerstörungen zu vermeiden, drittens weniger zu borgen und mehr auszuführen, und viertens sind die Menschen besser mit den Alltagsnotwendigkeiten zu versehen*" („taz". 29.8.). Das ist ziemlich genau das kurz vor den Streiks von Babiuch erklärte Programm! Nun wurde verständlich, was Gierek am 19. August im Fernsehen eigentlich meinte mit seiner Aussage: „Immer besser gestalten sich die Beziehungen des Staates mit der Kirche. Man muß diese Werte schätzen und verteidigen".

Es ist ein Paradoxum: Die katho-
Staates mit der Kirche. Man muß die-
se Werte schätzen und verteidigen".

Es ist ein Paradoxum: Die katholische Kirche versucht sich in Ehrenrettung für eine „kommunistische" Staatsführung! Vielleicht kann die DKP das erklären...? Walesa, Katholik und Sprecher des MSK: „*Wir brauchen die Unterstützung der Kirche nicht. Sie soll sich da nicht einmischen*" („taz", 29.8.).

Letzter Versuch der Gierek-Regierung...

Bis zuletzt hat die Staats- und Parteiführung nach Wegen gesucht, um das Koalitionsrecht vom Tisch zu bekommen. Nachdem Gierek vor der ZK-Sondersitzung am 25.8. Neuwahlen in den Betrieben anbot, erwachte der Zentralrat der Gewerkschaften Polens (ZR) und erarbeitete Kritiken an der Entwicklung Polens und ein Reformprogramm für die Gewerkschaften, das schlicht verblüfft. Da hieß es auf einmal, es habe in Polen Rückschritte bei der Entwicklung der „sozialistischen Demokratie" gegeben. Der ZR forderte, die Gewerkschaften sollten künftig bei den Fünfjahresplänen „mitentscheiden" dürfen, ein neues Gewerkschaftsgesetz solle die Autonomie der Gewerkschaften garantieren, deren Aufgabe die „*Kontrolle über die im weiten Sinne Sozialpolitik des Staates*" werden solle, die Gewerkschaften sollten das Recht auf Gesetzesinitiative und auf Anfragen an das Parlament (Interpellationsrecht) haben. Die beiden zuletzt genannten gelten in der DDR schon lange. Höhepunkt des Reform-Paketes: **„Im Falle der Erschöpfung aller anderen Möglichkeiten des Einflusses auf Änderung dieser Entscheidungen (die die Interessen der Arbeiter betreffen – AK) soll den Gewerkschaften das Recht auf Streik zustehen"** („PAP", lt. „FAZ", 28.8.). Der ZR denkt da wohl ähnlich wie die „FAZ", „*daß das Bestehen und Funktionieren eines solchen Modells schon früher der Partei den Ärger mit einer solchen Bewegung heute hätte ersparen können*" (28.8.).

Statt (wie 1970) mit ‚Miliz' oder (wie 1976) mit drakonischen Urteilen die Einschüchterung der Streikenden zu versuchen, baute die PVAP auf die Integration (zumindest von Teilen) der Arbeiteropposition in die staatlichen Gewerkschaften, um so die Kontrolle über die Arbeiterklasse wiederzugewinnen, oder wie es die PVAP-Spitze ausdrückt, „*das Vertrauen der ganzen Arbeiterklasse*" zurückzugewinnen (Gierek). Die Streikkomitees haben sich nicht mit solchen Reformversprechen zufrieden gegeben. Immerhin wurden nach der Niederschlagung der Streiks 1970 ähnliche Versprechungen gemacht.

Das Ende der Streiks...?

Am 28. August forderte Walesa auf, keine weiteren Betriebe zu bestreiken. Eine Ausweitung des Streiks solle nur erfolgen, wenn die Regierung nicht binnen drei Tagen das Koalitionsrecht zugestehe. Einen Tag später machten die vom MSK zu Verhandlungen autorisierten „Experten" der Parteiführung den Vorschlag, keine Konkurrenzgewerkschaften aufzubauen, sondern insgesamt neue Gewerkschaften zu bilden, wenn die Gewerkschaftseinheit ihr so am Herzen liege (u.a. „FAZ", 30.8.). Dieser „Expertengruppe", die vom Gdansker MSK gestellt wurde, gehören

zen liege (u.a. „FAZ", 30.8.). Dieser
„Expertengruppe", die vom Gdansker MSK gestellt wurde, gehören

nicht nur Streikende, sondern auch Intellektuelle an. Sie verhandelten in der gemischten Kommission mit der Regierung. Die anwesenden Vertrauensleute erklärten sich weiterhin bis auf eine Ausnahme bereit, schriftlich die „führende Rolle" der PVAP anzuerkennen (wie von einem Regierungsvertreter gefordert wurde, „SZ", 30./31.8.). Der Leiter der Regierungsdelegation, Jagielski, nahm Rücksprache in Warschau und erklärte am Samstag (30.8.), daß die polnische Regierung die Forderung nach Gewerkschaftsfreiheit akzeptiere. Die Einzelheiten wurden dann öffentlich verhandelt.

Zusammen mit der Einigung wurde in Gdansk eine Erklärung vom MSK unterzeichnet (siehe „Neue Gewerkschaft, keine Partei"), die den verleumderischen Behauptungen, die Streikkomitees zielten auf die Beseitigung des „real existierenden Sozialismus" an, den Boden entzieht. Durch die Formulierung, „*Sie anerkennen, daß die PVAP eine führende Rolle im Staat spielt*", wird einerseits der polnischen Verfassung entsprochen und andererseits klargestellt, daß dies nicht automatisch in den Gewerkschaften gelte („PAP", lt. „FAZ", 3.9.). Zur Überwachung der Umsetzung der Vereinbarungen wird eine gemischte Kommission aus MSK, Regierung und Lokalbehörden gebildet. Eine solche Kommission wird auch für die zu führenden Tarifverhandlungen gebildet.

Die Einigungen schreiben bedeutende materielle Verbesserungen fest – inklusive eines weitgehenden „Mutterschutzes", die Abschaffung der „kommerziellen Läden" und die Zahlung von Urlaubsgeld für die Streiktage (40 % des Lohnes). **Die MSKs in Gdansk Szczecin haben sich verpflichtet, die durch den Streik entstandenen Produktionsrückstände aufzuarbeiten** (binnen drei Monaten, wie es in der Gdansker Vereinbarung festgehalten wurde). Die politischen Zusagen der polnischen Regierung betreffen zum einen die Sicherung der Streikaktivsten (Punkt 9. und 20. in der Vereinbarung von Szczecin, Punkt 4 in der Gdansker Vereinbarung), gehen aber auch darüber hinaus. Zugesichert wurde eine erneute Veröffentlichung der „Schlußakte von Helsinki", auf die sich ja auch die PVAP bezieht, die Freilassung der während des Streiks inhaftierten Oppositionellen (was am 1.9. auch geschah), Gedenktafeln für die 1970 erschossenen Arbeiter der Warski- und der Lenin-Werft und die Vereinbarung, „*daß politische Aktivisten nicht Repressionen unterliegen werden, wenn sie mit ihrer Aktivität nicht in der Weise von Vergehen die sozialistische Grundordnung und grundlegende Interessen der Volksrepublik Polen angegriffen haben oder gewöhnliche Straftaten verüben. Die Bildung von Organisationen kann erfolgen im Einklang mit der Gesetzgebung der Volksrepublik Polen*" (Vereinbarungsprotokoll aus Szczecin, zitiert nach „FAZ", 3.9.). Was diese Vereinbarung konkret bedeutet, ist noch nicht einzuschätzen. Zumal wenn der Chefredakteur von „INTERPRESS", Wojeciechoski, über das KOR schreibt: „*Das politische Programm dieser etablierten Opposition ist aber in Polen in etwa genauso realistisch und populär wie seinerzeit (vor dem Übergang zum individuellen Terror – AK) die Postulate der Baader-Meinhof-Gruppe in der Bundesrepublik waren*" („Spiegel", 35/80). Immerhin deutet aber dieser Passus von Szczecin darauf hin, daß von dem Streikkomitee die Frage nach der Organisationsfreiheit aufgeworfen wurde.

Für alle politischen Zugeständnisse gilt, daß sie ausgesprochen schwammig und unkonkret formu-

Fortsetzung nächste Seite

Die Vereinbarung von Stettin

Die Vereinbarung von Stettin

Mittelpunkt: Autonome Gewerkschaften

STETTIN, 31. August (AP). Die in Stettin erscheinende Zeitung „Szczecinski" hat am Samstag 28 Punkte veröffentlicht, auf die sich die Verhandlungskommissionen der streikenden Arbeiter dieser Stadt und der Regierung geeinigt haben und die nach Ansicht von Beobachtern das Modell für eine Beilegung des Arbeitskonfliktes auch an anderen Orten sein könnten. Die Zeitung druckte die Vereinbarung in einer Sonderbeilage unter der Überschrift: „Wir haben eine Vereinbarung erzielt — Stettin kehrt zur Arbeit zurück — Regierungskommission unterzeichnete heute morgen Vereinbarung". Die 28 Punkte sind:

1. Schaffung autonomer, in ihrem Wesen sozialistischer Gewerkschaften gemäß der polnischen Verfassung. Die Streikkomitees sollen zu neuen Arbeiterausschüssen werden und die Wahlen zu neuen Gewerkschaften vorbereiten.
2. Bis zum 31. Dezember soll ein Spezialprogramm der Regierung für Preise und Versorgung ausgeführt werden.
3. Lohnerhöhungen sollen, mit Schwerpunkt auf den unteren Lohngruppen, bewilligt werden.
4. Die Rentenbezüge sollen bis zum 1. Januar 1981 erhöht werden.
5. Im Beruf geschädigte Arbeiter sollen weiter den gleichen Lohn erhalten, auch wenn sie geringer bezahlte Arbeit übernehmen müssen.
6. Frauen mit kleinen Kindern können, wie im Gesetz vorgesehen, drei Jahre lang zu Hause bleiben, sollen aber für diesen ganzen Zeitraum einen Lohnausfall ersetzt bekommen.
7. Die Familienzulagen sollen an die der Miliz und der Armee angeglichen und in drei Raten, beginnend am 1. Januar 1981, gezahlt werden.
8. Die Schlußakte von Helsinki sowie die Menschenrechtscharta der UNO sollen veröffentlicht werden.
9. Keine Strafverfahren gegen Arbeiter wegen Beteiligung am Streik.
10. Keine Vergeltungsmaßnahmen gegen politische Aktivisten, wenn sie nicht gegen „sozialistische Prinzipien" verstoßen.
11. Der Dialog zwischen Kirche und Staat soll ausgebaut werden, und die Kirche soll größeren Zugang zu den Nachrichtenmedien erhalten.
12. Für die 1970 bei Unruhen auf der Stettiner Werft ums Leben gekommenen Arbeiter soll eine Gedenkplatte aus Marmor errichtet werden.
13. Die Gesundheitsfürsorge in Polen und die Versorgung mit Medikamenten sollen verbessert werden.
14. Die „stillen" Preiserhöhungen bei Bedarfsgütern sollen ein Ende haben.
15. Lebensmittel sollen gleichmäßig und ohne Bevorzugung an Läden verteilt werden.
16. Ein erhöhtes Angebot an Fleisch.
17. Polnische Erzeugnisse sollen nicht in Spezialgeschäften gegen harte Devisen angeboten werden, solange das Angebot in den Läden für den Normalverbraucher nicht ausreichend ist.
18. Die Streiklage soll der Bevölkerung erläutert werden.
19. Unternehmen sollen mehr Rohstoffe erhalten.
20. Alle diejenigen, die wegen Arbeitsniederlegungen zwischen 1970 und 1980 den Arbeitsplatz verloren, sollen nach Prüfung jedes Falles wiedereingestellt werden.
21. Eine Untersuchung der Zensurpraxis soll bis zum 30. November abgeschlossen sein.
22. Die Frage, ob der Samstag ein arbeitsfreier Tag wird, soll bis zum 31. Dezember entschieden werden.
23. Die höchstzulässige Wartezeit für die Vergabe von Wohnungen soll von jetzt zwölf auf fünf Jahre vermindert werden.
24. Das Urlaubsgeld soll bis Jahresende erhöht werden.
25. Gewerkschaften sollen das Recht erhalten, Arbeiter zu Fortbildungskursen zu delegieren.
26. Die Arbeiter erhalten für die Zeit des Streiks 40 Prozent ihres Lohnes.
27. Bis zum Jahresende wird eine geänderte Werftarbeitercharta vorgelegt.
28. Die Vereinbarung soll von den örtlichen Medien und der staatlichen Nachrichtenagentur veröffentlicht werden.

Unterzeichnet ist die Vereinbarung von dem Vorsitzenden des Streikkomitees, Marian Juzczuk, und dessen Stellvertreter Kazimierz Fischbein sowie vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Kazimierz Barcikowski, dem Sekretär des Politbüros Andrzej Zabinski und dem Ersten Sekretär des Parteikomitees von Stettin, Janusz Brych.

aus: „FAZ", 1.9.80

Die 21 Forderungen der Streikenden

DANZIG, 26. August (dpa). Die 21 Punkte, die das überbetriebliche Streikkomitee der Regierungsdelegation bei den Verhandlungen als Verhandlungsgrundlage vorlegt, haben folgenden Wortlaut:

1. Die Akzeptierung von der Partei und den Arbeitgefern unabhängigen freien Gewerkschaften, die sich aus der von der Volksrepublik Polen ratifizierten Konvention Nummer 87 der Internationalen Arbeitsorganisation ergeben, die die Gewerkschaftsfreiheit betrifft,

2. Garantie des Rechts auf Streik sowie der Sicherheit der Streikenden und der sie unterstützenden Personen.

3. Einhaltung der von der Verfassung der Volksrepublik Polen garantierten Freiheit auf das Wort, Druck und Publikation. Damit dürfen auch nicht die unabhängigen Zeitschriften unterdrückt werden. Zugang der Vertreter aller Glaubensbekenntnisse zu den Massenmedien.

4. Wiedereinstellung auf ihren vorherigen Arbeitsplatz.

a) Personen, die wegen der Verteidigung der Rechte der Arbeiter entlassen wurden, vor allem die Teilnehmer der Streiks von 1970 und 1976 — der Studenten, die wegen ihrer Überzeugungen von der Universität verwiesen wurden.

b) Freilassung aller politischen Häftlinge, darunter Edmunda Sadrozyńskiego, Jan Kozlowski, Marek Kozlowski.

c) Aufhebung aller Verfolgung wegen Überzeugungen.

5. Veröffentlichung in den Massenmedien von Informationen über die Gründung des überbetrieblichen Streikkomitees und Veröffentlichung der Forderung.

6. Reale Schritte zu unternehmen mit dem Ziel, das Land aus der Krisensituation zu bringen durch

a) völlige Veröffentlichung von Informationen über die gesellschaftlich-wirtschaftliche Situation und

b) Ermöglichung der Teilnahme an der Diskussion über das Reformprogramm für alle Gesellschaftskreise und für alle Schichten.

7. Lohnweiterzahlung für alle Arbeiter, die an dem Streik teilnehmen, für den Zeitraum des Streiks wie für den Urlaub aus Fonds des Zentralen Gewerkschaftsrates.

8. Anhebung des Grundlohns für einen jeden Arbeiter um 2000 Zloty im Monat als Ausgleich für die bisherigen Preissteigerungen.

9. Garantie eines automatischen Lohnanstiegs parallel zum Anstieg der Preise und zum Absinken des Geldwerts.

9. Garantie eines automatischen Lohnanstiegs parallel zum Anstieg der Preise und zum Absinken des Geldwerts.

10. Eine Sicherstellung einer besseren Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln und Export nur von Überschüssen.

11. Einführung von Lebensmittelkarten für Fleisch und Fleischprodukte, bis die Situation am Markt normal ist.

12. Aufhebung der kommerziellen Preise und Beendigung des Verkaufs für Devisen im sogenannten inneren Export.

13. Einführung von Grundsätzen zur Einstellung von Führungskräften nach dem Prinzip der Qualifikation und nicht nach der Parteiangehörigkeit sowie Abschaffung von Privilegien für die Miliz, den Sicherheitsdienst und den Parteiapparat durch

a) Gleichstellung der Familienzuschläge.

b) Abschaffung von speziellem Verkauf von Waren (in besonderen Läden).

14. Senkung des Rentenalters für Frauen auf 50 Jahre und für Männer auf 55 Jahre sowie der erforderlichen gearbeiteten Zeit in Volkspolen auf 30 Jahre für Frauen und 35 Jahre für Männer, ohne Berücksichtigung des Alters.

15. Gleichzeitig der Altrenten auf die Ebene der gegenwärtig gezahlten Renten.

16. Verbesserung der Arbeit des Gesundheitsdienstes und Sicherung einer vollen medizinischen Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung.

17. Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von Plätzen in den Krippen und in den Vorschulen für die Kinder der arbeitenden Frauen.

18. Einführung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubes in den ersten drei Jahren für die Erziehung der Kinder.

19. Verkürzung der Wartezeit auf Wohnungen.

20. Anhebung der Tagegelder von 40 Zloty auf 100 Zloty (eine Mark sind 16 Zloty) sowie ein Teuerungszuschlag.

21. Einführung von allen freien Samstagen für die Arbeiter im Schichtdienst und ununterbrochenen Dienst, wenn ein freier Samstag nicht gewährt wird, Rekompensierung durch mehr Urlaub oder andere freie Tage.

Überbetriebliches Streikkomitee mit dem Sitz in der Danziger Werft.

aus: „FAZ", 27.8.80

Streiks in Polen — so sehen's die andern

PCF (Frankreich)

PCF-ZK-Sekretär Charles Filterman meinte anderthalb Wochen vor dem Ende des Streiks: *„Dieser Konflikt könnte mit Vorteilen für Polen und den Sozialismus zu Ende gehen."* Der PCF-Funktionär hob das Verhalten der polnischen Führung positiv hervor und betonte, daß *„ins Auge fällt, daß sich die Situation durch eine demokratisch organisierte Diskussion und den Verzicht auf Repressionsmaßnahmen auszeichnet"*.

CGT (Frankreich)

Der Chef der PCF-nahen Gewerkschaft CGT George Seguy erklärte: *„Die Erfahrung zeigt, daß die Konzeption der Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern neu entwikkelt werden muß. Sie stimmt nicht mehr mit dem Bedürfnis nach demokratischen und gewerkschaftlichen Ausdrucksmöglichkeiten überein. Auch in einem sozialistischen Land müssen Gewerkschaften die Arbeiter verteidigen und nicht einzig und allein im Schatten der Partei und des Staates woanders gefaßte Entscheidungen umsetzen."*

PCI (Italien)

Die „eurokommunistische" PCI erwärmt sich besonders für Pläne zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe. Ihre Zeitung „L' Unita" hebt hervor, daß *„eine Wirtschaft sozialistischer Art, vor allem, wenn sie erstmal aus der heroischen Anfangsphase heraus ist, nicht einfach von oben dirigiert werden kann."*

KP der USA

Gus Hall, Vorsitzender der KP der USA schrieb im Zentralorgan seiner Partei: *„Ein Streik in einem sozialistischen Land ist ein Ausdruck ideologischer Rückständigkeit, für die wiederum die Führung die Verantwortung zu tragen hat. ... Die Streiks finden nicht deshalb statt, weil an dem System des Sozialismus etwas grundlegend falsch ist, sondern sie sind auf Schwächen in der Führung und einer Verformung („deformation") sozialistischer Methoden zurückzuführen."*

DKP

Wechselvoll gestaltete sich die Berichterstattung der DKP in ihrer „UZ". Am 16.8. servierte sie ihren Lesern die Zusammenfassung einer Stellungnahme des polnischen Politbüro-Demagogen Jerzy Lukasiewicz. So teilte die „UZ" mit, *„daß das System der sozialistischen Demokratie in Polen so entwickelt sei, daß jede Angelegenheit mit anderen Methoden als Arbeitsunterbrechungen gelöst werden kann und sollte."*

Weiter erfuhr man aus der „UZ", *„daß eine Lösung des Problems nicht durch Lohnerhöhungen, sondern nur durch eine Produktionssteigerung, durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht werden"* könne.

Wenige Tage darauf flog Lukasiewicz, der den streikenden Arbeitern in seiner Stellungnahme *„mangelndes Klassenbewußtsein"* vorgeworfen hattte (was die ‚UZ' nicht wiedergab), aus dem Politbüro und wurde kaltgestellt.

Am 30.8. hob die ‚UZ' nun hervor, die nach Gdansk entsandte Regierungskommission sei *„von großer Hochachtung für die Streikenden erfüllt."* Gleichzeitig gab sie jedoch (Lynch-)Stimmungen von Parteiversammlungen wieder, wo gefordert wurde, die Regierung solle „die Karten der anderen Seite aufdecken – sagen, wer die Leute sind, die den Streik in Gdansk führen, und auch wer hinter ihm steht."

Ebenfalls am 30.8. gab die ‚UZ' ausführlich und ohne eigenen Kommentar die Stellungnahme des Chefs der KP der USA wieder.

W i d e r s p r ü c h l i c h gestaltete sich die Berichterstattung in der ‚UZ' am 1.9.. Dort wurde einerseits bekanntgegeben, daß die Regierung die „Formalisierung des Streiksrechtes" wie auch die Anerkennung neuer, selbständiger Gewerkschaften zugesichert habe. Wenige Seiten später heißt es jedoch in einem Artikel über das „antisozialistische KOR-Komitee" in Polen: *„Das KOR-Konzept schimmert auch bei einigen Forderungen des Gdansker Streikkomitees durch"*. Ist das so zu verstehen, daß das „konterrevolutionäre KOR-Konzept" nun auch schon bei der polnischen Regierung, die die Forderungen der Streikenden akzeptiert hat, *„durchschimmert"*?

Die GRÜNEN

Am 21. August (dem 12. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in die CSSR) erklärten die GRÜNEN: *„Die Grünen solidarisieren sich mit den polnischen Arbeitern und warnen vor einer Einmischung aus Ost und West."* Die GRÜNEN hoben besonders die Forderungen nach *„basisdemokratischen Gewerkschaften"* und *„dezentralen Entscheidungsstrukturen"* hervor. Die GRÜNEN glauben dann, nicht nur die polnische Führung (mit ihrer Armee und Polizei) sondern auch die Streikenden ermahnen zu müssen, „ohne Anwendung von Gewalt ... die Auseinandersetzung" fortzuführen.

Sie erinnerten dabei an den sowjetischen Einmarsch in die CSSR und die Intervention in Afghanistan und betonten, daß die Sowjetunion gezeigt habe, *„daß sie auf solche fundamentalen und unkontrollierbaren Herausforderungen nur mit einer beschränkten Skala von Antworten zu reagieren im Stande ist."* Die GRÜNEN befürchteten darüberhinaus, *„daß eine Eskalation der Gewalt in Polen von der westlichen Rüstungsindustrie und den ‚Rüstungsparteien' mißbraucht werden würde zu einer Verschärfung der Blockkonfrontation und einer enorm verstärkten Aufrüstung."*

KBW

Der KBW weiß über die Streiks zu berichten: *„Auch die katholische Kirche hat ihn ein Stück weit (?!) unterstützen müssen, und das ist wichtiger als der zweifellos vorhandene ideologische Einfluß des Klerus"*.

Zum Ausbleiben einer sowjetischen Intervention in Polen meint der KBW: *„Die gegenwärtige Massenstreikbewegung hat schon jetzt das sozialimperialistische Imperium, insbesondere in Osteuropa, erschüttert. Daß die neuen Zaren bisher noch nicht eingeschritten sind, hängt direkt mit dem erfolgreichen Widerstandskrieg der Völker Kampucheas* (gemeint sind die völkermörderischen Pol-Pot-Banditen – Anm. AK) *und Afghanistans zusammen"* („KVZ", 1.9.).

GIM

In einer Erklärung vom 26.8. meint das „Politische Büro" (die Leitung) der trotzkistischen GIM, es sei *„in Ländern wie Polen eine politische Revolution erforderlich: die bürokratische Kaste dort muß entmachtet werden, an ihre Stelle müssen Organe treten, die von Arbeitern selbst gebildet und kontrolliert werden. Ein solcher Prozeß ist in Polen in Gang gekommen."*

Die sozialdemokratische Dissidentengruppe KOR wird von der GIM als Oppositionsgruppe *„überwiegend auf sozialistischer Grundlage"* bezeichnet, die *„für die Vorhut der Arbeiterklasse die Rolle eines politischen ‚Inspirators' spielt."* („Was tun", 30. 8.).

Wie in Polen eine *„sozialistische Demokratie"* (‚Was tun') entstehen soll, ohne daß eine revolutionäre Organisation existiert, verrät die GIM leider nicht.

„KPD"

Die „KPD" (vormals KPD/ML) meint, Polen sei *„von den scheinsozialistischen osteuropäischen Staaten derjenige, der bei der offenen Wiederherstellung des Kapitalismus am weitesten fortgeschritten ist, in dem die gesellschaftlichen Widersprüche am klarsten zutagetreten"*. Was die langfristigen Perspektiven anbelangt, meint die „KPD": *„Die Hoffnung auf eine bessere Entwicklung in Polen, auf Unabhängigkeit wie erst recht auf Sozialismus trägt so die Arbeiterklasse, vor allem ihr linker Flügel"* („Roter Morgen", 29.8.). **Die Avantgarde des polnischen Proletariats, die „KP Polens", die die KPD/ML in früheren Jahren bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten hochleben ließ, scheint sich mit der Übersiedlung ihres Chefs von Tirana (Albanien) nach Peking bedauerlicherweise in Wohlgefallen aufgelöst zu haben. Sie findet jedenfalls keine Erwähnung mehr.**

Fortsetzung von der vorherigen Seite

liert sind; sie kündigen großteils nur an, d a ß etwas verändert wird. So soll beispielsweise die Zensur *„bis auf Staats- und Militärgeheimnisse"* („FR", 1.9.) abgeschafft werden. Bislang ist aber nicht einmal gesichert, ob die neu zubildenden unabhängigen Gewerkschaften Zugang zu den Massenmedien haben werden oder nicht, ob das Informationsmonopol des Staatsapparates bestehen bleibt. Ebenso wenig sind die Rechte der neuen Gewerkschaften und ihr Verhältnis zu den alten, die bestehen bleiben, irgendwo erläutert.

Die Auslegung der Vereinbarungen wird wesentlich von der Formierung der neuen Gewerkschaften abhängen, davon ob es ihnen gelingt, sich jetzt nach der spontanen Streikwelle fest zu verankern. Das gesamte Gdansker MSK-Präsidium hat in den Betrieben gekündigt und will sich in einen Funktionärskörper der neuen Gewerkschaften umwandeln. Welche Strömungen dort vertreten sind, ist uns weitgehend unbekannt.

Für die polnische Staats- und Parteiführung fangen die eigentlichen Schwierigkeiten jetzt erst an. Nach der Unterzeichnung der Einigungen in Szczecin und im Dreistadt-Gebiet traten in Südpolen 32 Betriebe – davon 19 Zechen – mit rund 200 000 Beschäftigten in den Streik. Sie forderten die Übernahme der Vereinbarungen und erhebliche Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen („FAZ", 3.9.), um die Grubenunglücke zu bekämpfen. Die polnische Führung sprach quasi sofort von „akzeptablen" Forderungen und nahm Verhandlungen mit dem überbetrieblichen Streikkomitee in Katowice auf. Will die polnische Führung die Streiks wirklich beenden, muß sie schon die Gültigkeit der Vereinbarungen für ganz Polen garantieren.

Nur, bislang ist völlig unklar, wie die polnische Führung mit einem bankrotten Staatshaushalt derartig umfangreiche soziale Verbesserungen überhaupt finanzieren will. Es reicht ja nicht, wie geplant, die Preise stärker zu kontrollieren, sondern es müssen Waren auf den Markt (was sollen die Arbeiter sonst mit Lohnerhöhung?). Das aber hieße, das ehrgeizige Exportprogramm (s. AK 181) drastisch zu kürzen oder aber noch mehr zu importieren, was die Auslandsverschuldung erhöhen würde. Beides ist fast unmöglich, denn eine Reduzierung des Exports würde ebenfalls die Handelsbilanz weiter zerrütten. Wenn der PVAP also nicht ein wahres Rationalisierungswunder gelingt (und gerade daran hapert es ja), bliebe ihr nur noch die Reduzierung der Militärausgaben und der Abbau des bürokratischen Staatsapparates, beides nicht gerade wahrscheinlich. Sie wird wohl versuchen, die Realisierung der Zugeständnisse solange hinauszuzögern, bis entweder die Resignation in der spontanen Bewegung siegt oder sie einer neuen Streikwelle ausgesetzt ist. Wir tippen auf letzteres...

Der „TASS"-Kommentar vom 1.9. kann eigentlich nur so verstanden werden, daß die PVAP-Führung Zoff kriegt. (Darauf deutet auch die Veröffentlichung einer herben Kritik an der PVAP-Spitze in der DDR hin.) Da werden ihr einen Tag nach der Beilegung der Streiks die eigenen Argumente um die Ohren gehauen. Da seien „anti-sowjetische Elemente" am Werk, um *„die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu ihren konterrevolutionären Zwecken auszubeuten"* („TASS" zitiert hier ‚Trybuna Ludu'). Diese würden versuchen, *„die Bande der Partei mit der Arbeiterklasse (soll heißen die Gewerkschaften – AK), die wichtigste Energiequelle der PVAP und des polnischen Staates, an(zu)tasten"*. Da ist die Rede von „drahtzieherischer Aktivität vom Ausland her" (Zitate aus „FR", 2.9.). Wohlbemerkt, diese Äußerungen brachten „TASS" und „Pravda" einen Tag n a c h der Beilegung der Streiks und es wäre naiv anzunehmen, daß die noch nichts von der Einigung wußten. Man darf gespannt sein, was aus der Ecke noch kommt.

Auch in der eignen Partei (die während des Streiks bis auf den Regierungsapparat sich als nicht-existent bewies), kommt auf die PVAP-Spitze nun einiges an Schwierigkeiten zu. Zentrales Dogma bislang war, daß nur die Partei (-Führung) in der Lage sei, die „objektiven Interessen" der Arbeiterklasse zu erkennen und zu vertreten und jeder „Fraktionismus" nur schaden könne. Nun hat die Partei nicht nur zugegeben, Fehler gemacht zu haben, sondern auch, daß eine Minderheit das bereits frühzeitig erkannt hatte. Ebenso hat sie die Berechtigung der Forderungen der streikenden Arbeiter anerkannt. Damit ist jede Rechtfertigung für das Verbot oppositioneller (linker) Organisationen und das Fraktionsverbot hinfällig geworden. Damit ist auch nicht mehr einsichtig, warum der Meinungsstreit in der Partei nicht öffentlich geführt werden sollte. Wir sind gespannt, ob und wie die PVAP auf diese Fragen reagieren wird.

RgW-Kommission

AUFFORDERUNG

Mit größtem Interesse erwarten wir eine Stellungnahme der „reinen Ökologen" zu den wirtschaftlichen Forderungen der polnischen Arbeiter. Wir sind jederzeit bereit, eine Stellungnahme dazu im AK abzudrucken. enttäuscht uns nicht.

Die SED und die Streiks in Polen

Die Medien in der DDR sind wohl oder übel zu einer, wenn auch dürftigen, Berichterstattung über die Streiks der polnischen Arbeiter genötigt gewesen – allein schon aus dem Grund, daß das westdeutsche Fernsehen ausführlich über die polnischen Ereignisse berichtete.

Während der Streiks sprach das „Neue Deutschland" lediglich von gewissen „Arbeitsniederlegungen", deren Quantität noch bis heute verschwiegen wird. Breit wiedergegeben wurden die Ansprachen von Gierek und verschiedene Parteiversammlungen. Haupttenor war dabei die Warnung vor *„anarchistischen und antisozialistischen Elementen"*, die sich Einfluß auf die Arbeiter zu verschaffen suchten. Am 23. August gebrauchte das SED-Zentralorgan dann auch erstmals das Wort Streik , die jedoch – so wurde kurz und bündig qualifiziert – *„keines der vor dem Land stehenden Probleme zu lösen vermögen"* („ND", 23.8.80).

Am 27.8. erschien dann der erste Kommentar, der in der Wiedergabe eines „TASS"-Kommentars bestand. Schwerpunkt war wiederum die Einmischung des Imperialismus, der versuche, den *„Sozialismus ... von innen zu unterhöhlen"*. Die polnische Wirtschaft sei *„jetzt in der Tat mit schwierigen Problemen konfrontiert worden. Aber man brauche doch wahrlich kein Ökonom zu sein, um zu erkennen, daß diese Schwierigkeiten überwindbar seien"*, heißt es weiter.

Am 1.September, nachdem sich die polnischen Streikkomitees mit der Regierung über einen Kompromiß geeinigt hatten, wurden die erzielten Vereinbarungen wie etwa das Streikrecht, die Bildung unabhängiger Gewerkschaften usw. mit keinem Wort erwähnt. Lapidar hieß es, daß *„Übereinkommen unterzeichnet"* wurden, *„die die Wiederaufnahme der Arbeit sowie die Regelung von in den letzten Tagen aufgeworfenen Fragen betrafen"* („ND", 1.9.). Immerhin mußte das „ND" eröffnen, daß Streikkomitees existierten und mit der Regierung verhandelten. Am 2.September erschien ein weiterer Kommentar im „ND", diesmal handelte es sich um die Wiedergabe eines „Prawda"-Artikels.

Nunmehr wurde den *„antisozialistischen Elementen"* bescheinigt, daß es ihnen „gelungen" sei, das *„Vertrauen eines Teils der Arbeiterklasse zu mißbrauchen und die ökonomischen Schwierigkeiten zu ihren konterrevolutionären Zielen auszunutzen"*. Diese „Elemente" seien bestrebt, *„ihre Aktionen mit der reaktionären polnischen Emigration und mit Wühlzentren zu koordinieren"* („ND", 2.9.).

Die Revisionisten kommentieren die polnischen Arbeiterstreiks in dem Sinne, daß sie teilweise durchaus ihre „Berechtigung" haben, sofern es sich um „materielle Forderungen" drehe, die natürlich nicht „überzogen" sein dürften. Handelt es sich aber um „überzogene" materielle Forderungen oder gar um politische Forderungen, dann seien „antisozialistische Elemente" und „konterrevolutionäre Kräfte" sowie die massive imperialistische Einmischung und „Diversion" daran schuld. Es ist bezeichnend, wie auch die SED-Führung zu den Arbeitern steht, für wie b l ö d e sie die Arbeiter halten, wenn sie zu bloßen Anhängseln „antisozialistischer Elemente" usw. degradiert und beschimpft werden!

Die Propaganda der SED konzentrierte sich in den letzten Tagen ausschließlich auf die imperialistischen Einmischungen, die Schuld an allem Übel seien.

Bemerkenswert ist nur ein Artikel im „ND", wo die SED den amerikanischen KP-Chef Gus Hall Kritik an der Politik der PVAP üben läßt; Gus Hall (der einer nicht gerade bedeutenden KP vorsteht) fragt nach den Ursachen der polnischen Arbeiterstreiks und stellt fest, daß es um „Meinungsverschiedenheiten" darüber gehe, *„wieviel die Regierung für Investitionen in neuen Anlagen, Industriezweigen"* usw. aufwenden solle. Diese „Differenzen" führten zu Streiks, *„vor allem, wenn die Führung nicht im täglichen Dialog mit den Arbeitern steht"*.

„Bürokratischer Führungsstil" der PVAP führe zu „Mißverständnissen" und nicht alle Arbeiter würden dem „Verständnis" entgegenbringen. Ein Streik in einem „sozialistischen Land" sei auch Ausdruck *„ideologischer Rückständigkeit, für die wiederum die Führung die Verantwortung zu tragen hat"*. Das Volk wäre nicht genügend in die Regierungsprozesse miteinbezogen worden, wäre nicht an *„Entscheidungsprozessen beteiligt"*. Dies seien *„Schwächen in der Führung"* und *„Verformungen sozialistischer Methoden"* („ND", 31.8.80).

Das ist schon – unter „Bruderländern" des „realen Sozialismus" – recht derbe Schelte.

Freilich, allzu weit wollte und kann die SED bei den Gedanken von Gus Hall nicht gehen, denn wer im Glashaus sitzt, sollte bekanntlich nicht mit Steinen werfen ...

DDR-Kommission

»Gesunder Menschenverstand«?

Wie tief die polnischen Revisionisten gesunken sind, führte kürzlich der Chef der staatlichen polnischen Nachrichtenagentur „interpress", Miroslaw Wojciechowski vor. In einem Beitrag für den „Spiegel" schrieb er über die „polnischen Berufsoppositionellen" (er meinte offensichtlich das KOR, das er aber nicht namentlich erwähnte): *„Niemand will abstreiten, daß diese Leute bei den gegenwärtigen Unruhen eine gewisse Rolle gespielt haben. Das politische Programm dieser etablierten Opposition ist aber in Polen in etwa genauso realistisch und populär wie seinerzeit die Postulate der Baader-Meinhof-Gruppe in der Bundesrepublik waren.*

Jeder, der jedoch einigermaßen die Vorgänge von 1968 in der Bundesrepublik im Gedächtnis hat, wird bestens die Gründe dafür begreifen, wieso es den polnischen Extremisten für einen Augenblick gelingen konnte, die Szene zu beeinflussen. Allerdings braucht man wohl niemanden (innerhalb der westdeutschen Bourgeosie? – Anm. AK) *erst lang und breit zu erklären, daß Extremisten, die ja überhaupt außerhalb jeglicher Legalität handeln und versuchen, der Gesellschaft ihre eigenen, verschrobenen politischen Konzeptionen aufzuzwingen, einfach keine Gesprächspartner sein können.*

Bestimmt hätte damals kein Mensch erwartet, der Bundeskanzler würde mit Andreas Baader verhandeln. Ich will, daß diese gleiche Portion an gesundem Menschenverstand(!) auch auf Polen zutrifft. Ich spreche hier natürlich von der Zeit, da die Baader-Meinhof-Gruppe noch legal und noch nicht in den ausweglosen Terrorismus abgetaucht war."

Vergessen hat dieser Herr nur noch eine Rechtfertigung der blutigen Niederschlagung der Streiks im Dezember 1970, nach dem Motto: Niemand konnte schließlich 1967 erwarten, daß die Polizei lange mit Benno Ohnesorg diskutierte. Und da bei uns in Polen ein ähnlich „gesundes Volksempfinden" herrscht ...

RGW-Kommission

Ein Jahr nach der Spaltung des KB

Mit einer Artikelserie im AK 160 (20.8.79) begann vor einem Jahr die Auseinandersetzung, die schließlich im Dezember 79 zur Abspaltung der ZL-Fraktion (heute: „Gruppe Z") vom KB führte. Diese Abspaltung von nahezu einem Fünftel der Mitglieder - darunter zahlreiche Genoss(inn)en, die entscheidenden Anteil am Aufbau des KB hatten - bedeutete zweifellos einen schweren Schlag für den ohnehin 'krisen'geschüttelten KB.

Mit einem Jahr Abstand ist zu fragen:

+ Wie beurteilen wir im Rückblick die damaligen Streitpunkte?

+ Hätte die Spaltung zum damaligen Zeitpunkt vermieden werden können?

+ Welchen Weg haben KB und „Gruppe Z" seit der Spaltung genommen?

+ Zeichnen sich Möglichkeiten für eine Überwindung der Spaltung ab?

Die damaligen Streitpunkte

Die dreimonatige Eskalation des Fraktionskampfes im Herbst 79 bietet ein kompliziertes Bild, weil von der ZL-Fraktion gerade auf dem Höhepunkt der Konfrontation eine Totalwendung in ihrer Argumentation vorgenommen wurde. In der Folge entwickelte sich die „Gruppe Z" nach der Spaltung völlig anders, als es aufgrund der ersten Phase des Fraktionskampfes zu vermuten war. Mehr oder weniger ergab sich so in einer Reihe von Fragen geradezu eine Umkehrung der 'Fronten' zwischen ZL-Fraktion und KB-Mehrheit.

Da diese Totalwendung der ZL-Fraktion nicht schrittweise und allmählich, sondern als plötzlicher Bruch erfolgte, lassen sich die zwei Phasen des damaligen Fraktionskampfes sehr sauber voneinander unterscheiden: Die erste Phase umfaßte den Zeitraum vom AK 160 (20.8.79) bis AK 165 (29.10.79), also gut zwei Monate. Die zweite Phase wurde von der ZL-Fraktion mit dem AK 166 (12.11.79) eröffnet.

In der e r s t e n Phase war die ZL-Fraktion darum bemüht, sich als **„leninistische Avantgarde"** zu stilisieren, die im kleinbürgerlich versumpfenden KB die Fahne der alten politisch-ideologischen Ideale hochhielt. Der KB sei, so klagte damals die ZL-Fraktion, zum **„Tummelplatz aller möglichen 'emanzipatorischen' Ansprüche"** geworden, **„die sich ... in diverse Gewänder bestimmter Fehlströmungen kleiden"**. Seitens der Leitungs- und Organisationsmehrheit fehle die Bereitschaft, diesen *„Fehlströmungen"* durch *„ideologischen Kampf"* entgegenzutreten. Stattdessen werde von der Mehrheit **„eine Theorie der friedlichen Koexistenz**

fehle die Bereitschaft, diesen „Fehlströmungen" durch „ideologischen Kampf" entgegenzutreten. Stattdessen werde von der Mehrheit „eine Theorie der friedlichen Koexistenz

aller möglichen ideologischen Strömungen in unserer Organisation" praktiziert.

In der z w e i t e n Phase des Fraktionskampfes beschränkte sich die ZL-Fraktion ausschließlich auf das Thema der Politik gegenüber den GRÜNEN. Die Polemik der ZL-Fraktion kreiste dabei ständig um den ebenso grobschlächtigen wie falschen Vorwurf des *„Ausstiegs aus der Wahlbewegung"*. Von nun an zog die ZL-Fraktion bzw. dann „Gruppe Z" alle bewährten Register der antikommunistischen Polemik, um den KB als eine „stalinistische", rigide, undemokratische, dogmatische, hierarchische, sektiererische etc.pp. Gruppe darzustellen. Sich selbst hingegen stilisierte die ZL-Fraktion (mit einigem Erfolg) als eine undogmatische, zum „Abschneiden alter Zöpfe" der ML-Vergangenheit des KB bereite Vereinigung. Zugunsten dieses neuen Profils wurden fast sämtliche Themen und Thesen der ZL-Fraktion aus der ersten Phase des Streits stillschweigend zugrabe getragen.

Zugleich war und ist die „Gruppe Z" darum bemüht, die bloße E r i n n e r u n g daran auszulöschen, daß von ihr praktisch sämtliche materiellen V o r a u s s e t z u n g e n für die Spaltung des KB bereits in der e r s t e n Phase des Streits geschaffen worden waren. Ihre offizielle Version lautet jetzt: *„Ende letzten Jahres mußten wir ... den KB verlassen - unser Engagement auch in der Grünen Partei wurde nicht geduldet"* (aus einem Werbeflugblatt der „Gruppe Z" für ihre Zeitschrift).

War die Spaltung vermeidbar?

Zweifellos hatten allein die I n h a l t e der ZL-Argumentation in der ersten Phase des Streits eine sehr schroffe Polarisierung hervorgerufen. Insbesondere gilt das für das damalige Lieblingsthema der ZL, die *„Grauzonen des Feminismus"* im KB. In diesem Punkt haben sich KB und „Gruppe Z" nach der Spaltung sogar noch weiter voneinander entfernt. Aber: **„Trotz der Schärfe der während des viermonatigen Fraktionskampfes nach und nach aufgekommenen Meinungsverschiedenheiten hätten diese letzten Endes doch keine organisatorische Trennung zwischen KB und ZL-Gruppe erfordert. Es kam ein weiteres Element hinzu, das schließlich eine Trennung unvermeidlich machte, nämlich das spezielle Fraktions-Verständnis der ZL..."** (Aus AK 169, Bericht zum 1. Kongress des KB - 14.1.80).

Die ZL definierte ihre Fraktion ausdrücklich als **„Instrument für die Schlacht um die Mehrheit"** und verfuhr in ihrer gesamten Praxis immer mehr nach diesem Prinzip. Das heißt, die gesamte Aktivität der ZL-Fraktion ordnete sich immer mehr dem Ziel einer *„Schlacht um die Mehrheit"* unter: Breite Teile des KB wurden zunehmend durch Konfrontationen lahmgelegt; die Zusammenarbeit zwischen ZL-Fraktion und Mehrheit brach zusammen: das Berichtswesen der ZL-Fraktion gegenüber dem LG starb allmählich ab; der ZL-Fraktion angehörende Kader (darunter sogar von der Organisation bezahlte Funktionäre) widmeten ihre Arbeitskraft fast nur noch dem Fraktionskampf und dem Aufbau eigener Fraktionsstrukturen. In der umstrittenen Frage der Politik gegenüber den GRÜNEN lehnte es die ZL-Fraktion schließlich fast vollständig ab, dem LG überhaupt noch Berichte zu geben. In der letzten Phase des Fraktionskampfes stellte die ZL-Fraktion auch ihre Beitragszahlungen an den KB fast total ein.

Eine Fortführung des Streits in dieser Form hätte in absehbarer Zeit zur Zerstörung des KB geführt. Um überhaupt als Organisation weiterbestehen zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine Trennung unvermeidlich. Der sprichwörtliche letzte T r o p f e n, der am Ende das Faß zum Überlaufen brachte, waren öffentliche Provokationen der ZL gegen den KB in Zusammenhang mit der 'grünen' Problematik. Die U r s a c h e der Spaltung ist aber selbstverständlich nicht in diesem allerletzten 'Tropfen' zu suchen, sondern in der gesamten V o r g e s c h i c h t e. Die Frage kann also nur sein: Wäre es zu einem f r ü h e r e n Punkt des Fraktionskampfes noch möglich gewesen, den Konflikt soweit zu entschärfen, daß er nicht zur Spaltung geführt hätte? Die Antwort auf diese Frage muß naturgemäß spekulativ ausfallen. Uns stellt es sich auch im Rückblick so dar, daß die ZL mit ihrer ultimativen Spaltungsdro-

weit zu entschärfen, daß er nicht zur Spaltung geführt hätte? Die Antwort auf diese Frage muß naturgemäß spekulativ ausfallen. Uns stellt es sich auch im Rückblick so dar, daß die ZL mit ihrer ultimativen Spaltungsdro-

hung („**Notbremse**" am 22.8.79) gleich zu B e g i n n des Konflikts Formen vorgelegt hatte, von denen sie später – unabhängig von ihrem eigenen Willen oder von den Einsichten mancher ZL-Genoss(inn)en - nicht wieder herunter konnte. So ergab sich für die ZL-Fraktion subjektiv zwingend, daß sie die Inhalte ihrer Polemik mehr und mehr ausweitete und verschärfte. Im Rückblick ist es verblüffend, in welchem atemberaubenden Tempo und mit welch spielerischer Leichtigkeit die ZL im Verlauf weniger Wochen immer gröbere Vorwürfe gegen die - bis dahin von ihr ohne ernste Widersprüche mitgetragene - Politik des KB aus dem Hut zauberte. Noch erstaunlicher ist, daß es der ZL ausnahmlos gelang, ihre gesamte Fraktion 150%ig auf diese Polemiken zu „vereinheitlichen". Nachdem die ZL-Fraktion zur von ihr proklamierten *„Schlacht um die Mehrheit"* angetreten war, gab es für sie offenbar nur noch die Devise „Sieg oder Spaltung".

Nach der Spaltung

Die ZL hatte den Fraktionskampf b e g o n n e n mit der Selbstdarstellung, ihr gehe es um eine **„Rückbesinnung"** auf die KB-Tradition. Ihre Polemik gegen die Mehrheit könne sich in jeder Hinsicht *„auf bereits erarbeitete Positionen stützen"*. **„Als großartige 'Entdecker' haben wir uns eh nicht verstanden"**. (J. Reents im AK 162, S.43).

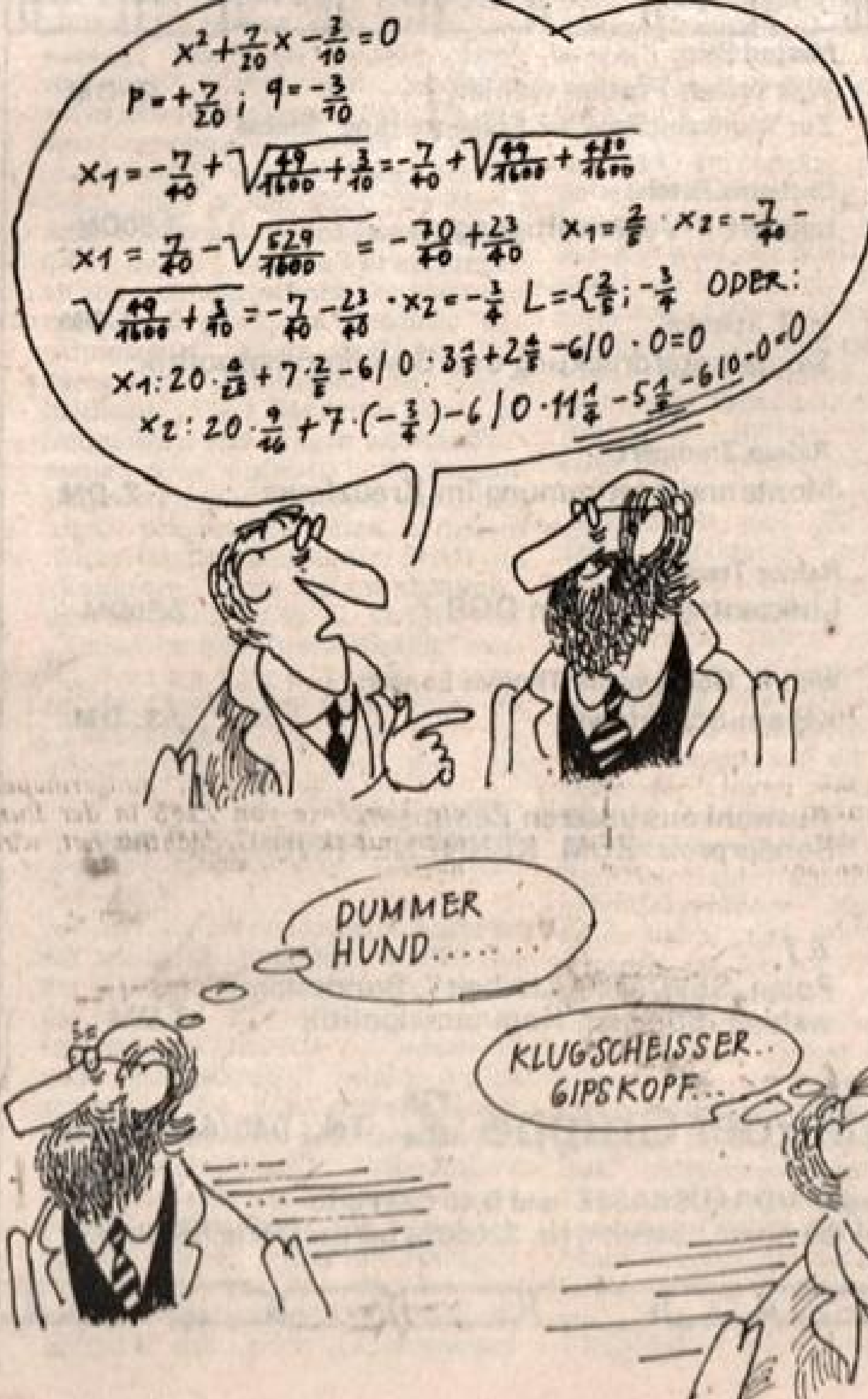
In der Praxis ging die „Gruppe Z" nach ihrer Abspaltung jedoch den e n t g e g e n g e s e t z t e n Weg. Dies begann damit, daß sie keine Gelegenheit und keine Klamotte ausließ, um den KB als dogmatische K-Gruppe zu diffamieren - und sich auf diese Weise billige Sympathien bei „undogmatischen Linken" zu kaufen. Diese herzlich platte Polemik setzte sich dann fort mit Distanzierungen von Inhalten bisheriger KB-Politik: Polemik gegen die Revisionismuskritik, Polemik gegen die Internationalismus-Politik des KB u.a.m.

Das alles mag - jedenfalls KB-intern - als ein reichlich erstaunlicher und makabrer Kostümwechsel gesehen werden. **Diese Sichtweise ändert aber nichts an der Tatsache, daß es ein vernünftiger und sinnvoller Schritt der ZL war, in d i e s e Richtung ein eigenes Profil zu suchen. Als „Lenins letztes Aufgebot" und KB-Traditionsverband hätte der ZL-Fraktion nur ein jämmerliches Dasein und ein rascher Zerfall blühen können. Eine politische 'Lücke' konnte von der ZL-Fraktion nur eindeutig r e c h t s vom KB erobert werden. Daß eine 'Lücke' hier in der Tat vorhanden ist, zeigt sich an den ganz respektablen 'Rekrutierungs'erfolgen der „Gruppe Z".**

Verbunden mit dieser Profilierung

werden. Daß eine 'Lücke' hier in der Tat vorhanden ist, zeigt sich an den ganz respektablen 'Rekrutierungs'erfolgen der „Gruppe Z".
Verbunden mit dieser Profilierung

der „Gruppe Z" nach rechts ist eine weitgehende Einstellung politischer P r a x i s. In den 'traditionellen' Arbeitsgebieten des KB (z.B. Aktionen gegen die Faschisten und gegen Strauß, „Rock gegen rechts", Antimil-Aktionen, aber auch in der antifaschistischen Untersuchungsarbeit) ist die Aktivität der „Gruppe Z" gleich Null. Soweit es dabei um militante Aktionen geht (z.B. gegen Strauß), spielen offensichtlich auch Rücksichten gegenüber dem Bündnisspektrum der „Gruppe Z" (GRÜNE und „undogmatische Linke") eine wichtige Rolle. Hinzu kommt aber eine prinzipielle Entscheidung der ZL, ihre gesamte Arbeitskraft möglichst total auf wenige ausgewählte Arbeitsfelder zu konzentrieren. Konkret: Die GRÜNEN und das Spektrum der „undogmatischen Linken" (plus die Schwulenbewegung als traditionelles Arbeitsgebiet einiger „Z"-Genossen). In diesem sehr reduzierten Rahmen konzentriert sich die „Gruppe Z" zudem in erster Linie darauf, sich als eine theoretisch potente Gruppe darzustellen. (Einige Parallelen lassen sich insofern zur alten Strömung „Hauptseite Theorie" in der ML-Bewegung ziehen). Die „Gruppe Z" hat durch diese Schwerpunkt-Setzung einige Voraussetzungen, um real vorhandene, teilweise schmerzliche Theorie- und Schulungsdefizite des KB zu bearbeiten. Als ein besonderes Arbeitsgebiet der „Gruppe Z" zeichnet sich dabei die marxistische Ökonomie ab.



Dies alles zusammengenommen, bietet der von der „Gruppe Z" nach der Spaltung eingeschlagene Weg aber gewiß keine A l t e r n a t i v e zur Politik des KB:

+ Es wäre schlecht, wenn sich der KB gleichfalls aus den meisten Praxisfeldern, realen Bewegungen und Aktionen verabschieden würde.
+ Es wäre schlecht, wenn auch vom KB wesentliche Untersuchungs- und Enthüllungsarbeiten (wie vor allem auf dem Antifa-Sektor) eingestellt würden. Eine Zeitung wie der „Arbeiterkampf" wäre undenkbar ohne eine Organisation, die kontinuierlich zu einer V i e l z a h l von Themen arbeitet.
+ Es wäre schlecht, wenn auch der KB den Weg der Anpassung an die „undogmatische Linke" auf Kosten von wichtigen Bestandteilen seiner bisherigen Politik gehen würde. Bekanntermaßen hat sich unter den „K-Gruppen" der Neuen Linken weithin Zusammenbruch und 'Rechtsentwicklung' breitgemacht:

- Die „KPD" hat sich zu Beginn dieses Jahres aufgelöst; Reorganisierungsversuche von Restgruppen der „KPD" sind bisher nicht erkennbar.
- Der KBW existiert schon seit längerem kaum noch in realen Bewegungen, Aktionen und Diskussionszusammenhängen.
- Die KPD/ML hat sich in den letzten Jahren soweit von ihrem

- Der KBW existiert schon seit längerem kaum noch in realen Bewegungen, Aktionen und Diskussionszusammenhängen.
- Die KPD/ML hat sich in den letzten Jahren soweit von ihrem

früheren superradikalen Anspruch wegentwickelt, daß sie sich heute von der DKP fast nur noch durch ihren Antisowjetismus unterscheidet.

Ein Wegfall des KB würde für die g e s a m t e Linke eine weitere Verschiebung des Spektrums nach rechts bedeuten. Offensichtlich hat gerade die Existenz des KB als linksextremistischer Buhmann eine erhebliche Schutzfunktion für die marxistische Linke bei den GRÜNEN, namentlich die „Gruppe Z", gehabt. Zumindest in der Anfangszeit hat der KB auf diese Weise antikommunistische Aggressionen von „undogmatischen Linken" bei den GRÜNEN aufgefangen, die sich andernfalls wahrscheinlich gegen die „Gruppe Z" gerichtet hätten.

In einem ähnlichen Zusammenhang ist auch die legendäre „erfolgreiche Bündnispolitik" der „Gruppe Z" ins Spektrum der „undogmatischen Linken" zu sehen: Diese Erfolge hängen sehr weitgehend von der Fähigkeit und Bereitschaft der „Gruppe Z" ab, ihren Bruch mit den ollen Kamellen der KB-Vergangenheit zu dokumentieren. Solange die „Gruppe Z" dem antikommunistischen Vorurteil Zucker gibt und solange sie Bereitschaft signalisiert, mit den „leninistischen Ladenhütern" (Diktatur des Proletariats usw.usf.) zu brechen, sind in diesem Spektrum Erfolge zu erzielen. Kritisch wird es für die „Gruppe Z" hingegen immer dann, wenn ihre undogmatischen Partner wieder einmal (zu Recht oder zu Unrecht?) zu entdecken meinen, daß die „Gruppe Z" sich in Wirklichkeit doch nicht wesentlich vom bösen KB unterscheide.

Wege zur „Wiedervereinigung"?

Die „Gruppe Z" hat nach der Abspaltung vom KB ein recht bemerkenswertes Eigenleben entwickelt. Die spezielle Art dieses Eigenlebens provoziert bei uns leicht Ärger oder Hohn, vor allem angesichts des überheblichen super-„leninistischen" Anspruchs, mit dem uns die ZL-Fraktion in der ersten Phase des Fraktionsstreits vor einem Jahr entgegentrat und den sie heute noch zur 'Frauenfrage' durchblicken läßt. Trotzdem wäre es ganz falsch, die Politik der „Gruppe Z" nur unter dem Aspekt des „V e r r a t s" an unserer gemeinsamen politischen Arbeit, der Anbiederung an die „undogmatische Linke" usw. zu sehen: Die Existenz der „Gruppe Z" stellt a u c h eine recht nützliche Bereicherung der linken Szene dar. Insbesondere gilt das für die umfangreiche Aktivität der „Gruppe Z" in der Grünen Partei. Es gilt aber auch z.B. für theoretische Arbeiten der „Gruppe Z" auf einigen Gebieten, die - trotz aller inhaltlichen Kritik - auch als Denkanstösse begriffen werden sollten.

Allein die bestehenden Widersprüche über unsere Politik in und gegenüber der Grünen Partei würden ein Fortdauern der Spaltung wohl nicht rechtfertigen: Es gibt heute im KB eine ganze Reihe von Genoss(inn)en, die in d i e s e m Punkt weitgehend mit der „Gruppe Z" übereinstimmt. Überdies hat es natürlich auch früher - vor dem Start des Fraktionsstreits durch die ZL - immer wieder Meinungsverschiedenheiten über unsere Politik in der Wahlbewegung (wie in zig anderen Fragen auch) gegeben. Der KB war und ist „pluralistisch" genug, um solche Widersprüche auszuhalten.

Schwieriger wäre auf der inhaltlichen Ebene wahrscheinlich in erster Linie der Streit um die Frauenpolitik zu bewältigen. Mit der Verabschiedung eines 'Autonomie-Statuts' der KB-Frauen ist der KB in dieser Frage konsequent in d i e Richtung weitergegangen, die von der ZL-Fraktion so erbittert als *„feministische Fehlströmung"* bekämpft wurde. Mit ihrer traurigen Vergewaltigungsbroschüre hat die „Gruppe Z" erst kürzlich noch einmal öffentlich dokumentiert, daß sie in dieser Beziehung bisher nicht lernfähig ist. Selbst wenn die sonstigen Differenzen gar nicht bestünden, gäbe es wahrscheinlich eine große Zahl von Genossinnen (die Mehrheit?), die wegen der frauenpolitischen Äusserungen der „Gruppe Z" vorerst nicht zur Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Organisation bereit wären.

In jedem Fall läßt die gesamte Vorgeschichte der Spaltung Spekulationen auf eine „Wiedervereinigung" in absehbarer Zeit illusionär erscheinen. Unter den konkreten Umständen stellt sich sogar die Frage, ob die derzeitige f a k t i s c h e „Arbeitsteilung" nicht für beide Seiten nützlicher ist als eine voreilige „Wieder-

in absehbarer Zeit illusionär erscheinen. Unter den konkreten Umständen stellt sich sogar die Frage, ob die derzeitige f a k t i s c h e „Arbeitsteilung" nicht für beide Seiten nützlicher ist als eine voreilige „Wieder-

vereinigungs"-Debatte.

Sinnvoll freilich wäre eine Ergänzung dieser faktischen „Arbeitsteilung" (beispielsweise in der Wahlbewegung) durch eine kontinuierliche und systematische Beratung und Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

Nicht weniger sinnvoll und wichtig wäre eine gezielte politische-ideologische Diskussion. In diesem Zusammenhang ist es höchst bedauerlich, daß die „Gruppe Z" mit einer der besten Traditionen des KB gebrochen hat, nämlich der öffentlichen Darlegung und Austragung interner Meinungsverschiedenheiten. Die „Gruppe Z" gibt sich trotz ihres sagenhaft undogmatischen Anspruchs nach außen hin als einheitlicher. „monolithischer" Block. Wir wissen beispielsweise, daß es innerhalb der „Gruppe Z" (zumindest anfangs) unterschiedliche Meinungen zum Thema 'Vergewaltigung', 'Verteidigung von Vergewaltigern durch linke Anwälte', 'Belästigungen von Frauen durch (ausländische) Männer' u.a.m. gegeben hat. Diese Meinungsverschiedenheiten sind aber wohlweislich niemals für eine öffentliche Diskussion zugänglich gemacht worden. Stattdessen wurde von der „Gruppe Z" die Vergewaltigungsbroschüre (als individuelles Produkt e i n e r Verfasserin ausdrücklich kenntlich gemacht) auf den Markt geworfen, in der sich von Diskussionsprozessen innerhalb der „Gruppe Z" absolut nichts widerspiegelt. Ähnliches gilt mehr oder weniger auch für Meinungsverschiedenheiten in Zusammenhang mit den GRÜNEN. **Dieses Bestreben der „Gruppe Z", sich nach außen als wasserdicht „vereinheitlichter" Block zu präsentieren, schafft selbstverständlich kein fruchtbares Klima für Diskussionen.**

Kt.,Hamburg

Zehn Monate später

Wir wurden vom KB gebeten, für diesen AK eine *„rückblickende Betrachtung der KB-Spaltung"* aus unserer Sicht, nebst *„zukünftiger Entwicklungen, Möglichkeiten etc."* zu schreiben, womöglich als Auftakt einer längerwährenden Debatte, die sich *„über mehrere AKs hinziehen"* könnte (Zitate aus einem KB-Schreiben an uns). In der Tat: in dem vom KB vorgeschlagenen Artikelumfang (600-700 Zeilen) ist eine halbwegs erschöpfende Betrachtung des komplexen Themas der Fraktionierung **im** KB, seiner anschließenden Spaltung und der darauf basierenden autonomen Entwicklung des Rest-KB und der Gruppe Z nicht möglich. Allenfalls kann ein Einstieg in dies Thema genommen werden. Wir wollen uns hier in diesem Sinn auf drei Aspekte konzentrieren, wohl wissend, daß wir dabei vielerlei, auch wichtige, Problematik unberücksichtigt lassen müssen.

Uneingelöste Versprechungen

Ausgangspunkt des Streits, der zur Fraktionierung im KB führte, waren unterschiedliche Vorschläge, **wie** Tendenzen der Anpassung von Teilen des KB an *„faulende"* und ‚Mode'-strömungen der BRD-Linken zu begegnen sei. Dieser Streit offenbarte recht schnell auch die unterschiedliche Bewertung über den Grad einer un- und anti-marxistischen Stoßrichtung dieser Strömungen. Unsere Kritik an einem Um-sich-greifen solcher Strömungen und Stimmungen im KB, die u.E. zu seiner alsbaldigen Handlungsunfähigkeit führen müßte, wurde seitens der (ehemaligen) LG-Mehrheit also nicht etwa damit begegnet, daß Existenz und Ausmaß derselben bestritten wurde, sondern indem z.B. öffentlich davor gewarnt wurde, diese Problematik mit *„Schlachtermessern"* und *„Preßlufthämmern"* zu Leibe zu rücken statt mit *„Skalpellen"*. Feminismus und andere *„kleinbürgerliche Fehlströmungen"* gebe es – lt. LG-Mehrheit – zwar bedauerlicherweise ziemlich breit im KB, trotzdem dürfe man sie nicht *„totkommentieren"*.

Insgesamt gesehen, wurde also von der LG-Mehrheit mit diesen und ähnlichen Sprüchen eine gerade erst aufkeimende politische Kontroverse umverlagert in einen Streit um die richtige **Methode** scheinbar gleich bewerteter Mängel, Fehler und Erschöpfungszustände im KB. Im selben Zusammenhang machten auch zwei geflügelte Worte Furore, nämlich *„jeder kehre vor seiner eigenen Tür"*, statt *„in fremde Bereiche hineinzustüm-*
sammenhang machten auch zwei geflügelte Worte Furore,nämlich „jeder kehre vor seiner eigenen Tür", statt „in fremde Bereiche hineinzustüm-
pern". Mit solcherlei künstlich ideologisierter, tatsächlich aber bloß kleinkarierter Kompetenzhuberei, bestritt die ehemalige LG-Mehrheit die Kompetenz ihrer Kritiker, bestimmte Arbeitsbereiche des KB kritisch unter die Lupe zu nehmen. Sie dagegen versprach der Organisation, die unleugbaren Probleme mit *„größerer Sachkenntnis"* umfassend zu recherchieren und zu analysieren. Zuvor allerdings sollte noch das *„allgemeine Niveau der Organisation"* kräftig *„angehoben"* werden.

Vor diesem Hintergrund wurden unsere Bemühungen und Kritiken mal onkelhaft-verständnisvoll als Ausdruck unserer *„revolutionären Ungeduld"*, mal weniger zuvorkommend als Ergebnis unseres *„Krisenkollers"*, als *„Roßkur"*-Vorschläge etc. abgebügelt. Sowohl das Herüberziehen der aufkeimenden Kontroverse auf einen ziemlich unsinnigen Methodenstreit, als auch die öffentlichen Spekulationen der LG-Mehrheit über unsere Mentalität hat letztlich den möglichen Verlauf der Kontroverse in Richtung auf einen – für den KB eigentlich recht fruchtbaren – Prozeß einer kritischen Überprüfung seiner bisherigen politischen Positionen (die ja zusammen mit ihm selbst in die Krise geraten sind) verbaut, hat zugleich viel böses Blut geschaffen und die Debatte mit einem irrationalen Element befrachtet, die diese für Außenstehende (und sicher auch für eine große Zahl von KB-Mitgliedern) *„unüberschaubar"* machte, wie vielerorts zu vernehmen war.

Wichtiger als eine nachträgliche Aufhellung dieses „Dickichts" scheint uns darum, die Frage nach der Einlösung damals gegebener Versprechungen der LG-Mehrheit an den KB zu stellen. Die Forderung, *„nicht in fremde Bereiche hineinzustümpern"*, entlarvt sich vor dem Hintergrund etwa halbjähriger autonomer Entwicklung des Rest-KBs als reines Ablenkungsmanöver in der damaligen Kontroverse mit uns. Das LG und insbesondere sein Vorsitzender (Kt.) hat – kaum, daß wir ausgeschlossen waren – putzmunter in alle möglichen *„fremden Bereiche hineingestümpert"*, sei es seine schräge Kritik am Gesundheitsteil des GRÜNEN-Programms (wo er in dieser Hinsicht ausnahmsweise sogar Ärger mit den „Fachleuten" im KB kriegte), seien es seine albernen Auslassungen zum Polenstreik auf Seite 1 des letzten AKs.

Wichtiger noch ist, zu hinterfragen, was aus dem Versprechen der (ehemaligen) LG-Mehrheit geworden ist, die Krisendebatte im KB künftig *„qualifizierter"* und *„wissenschaftlicher"*, unter Vermeidung uns damals vorgeworfener *„voluntaristischer"* Ansätze und *„Kraftakte"* etc., zu führen. Weiter: was aus dem Versprechen geworden ist, das *„Niveau der Organisation anzuheben"*, als damals postulierte Voraussetzung für eine qualifizierte Krisendebatte. Tatsache ist – und jedes KB-Mitglied wird dies bestätigen müssen – daß in Sachen Qualifizierung der Organisation (Schulung) rein gar nichts gelaufen ist, daß seit unserem Ausschluß aus dem KB die allgemeine Krisendebatte schlicht eingestellt wurde (allenfalls noch weitere Zerfallserscheinungen dokumentiert wurden – wie z.B. die Betriebsflucht-Debatte), daß also Leitung und Organisation heute noch ratloser vor dem Zerfall des KB stehen als noch vor einem Jahr.

Auch die damals von der LG-Mehrheit zugesagte behutsame Behandlung (*„Skalpell"* statt *„Schlachtermesser"*) und Zurückdrängung z.B. der *„Grauzonen des Feminismus"* und ähnlicher anti-marxistischer Stimmungen im KB hat sich unter (?) der Hand in ihr Gegenteil verwandelt, nämlich in die inzwischen vollzogene Anpassung der KB-Frauenpolitik an die feministische Ideologie eines absterbenden Zweiges der Frauenbewegung, so daß heute die inzwischen gewählte Frauenleitung im KB ganz zu Recht den Gleichklang ihrer Politik zur feministischen Bewegung konstatieren kann. Nachdem frühere Versuche einer marxistischen Frauenpolitik als „Sektierertum" und *„aufgesetzte und unberechtigte Stellvertreterinnenpolitik"* abgewertet wurde,
che einer marxistischen Frauenpolitik als „Sektierertum" und „aufgesetzte und unberechtigte Stellvertreterinnenpolitik" abgewertet wurde,
schreibt sie u.a. in einem Rundbrief an die Organisation: „ ...*aber WIR und die Situation in der FB* (=Frauenbewegung; Anm. d. V.) *hat sich geändert. (...) Es braucht uns wirklich nicht mehr peinlich zu sein, im KB zu sein ...*". (Aus Rundbrief ca. Mitte Juni 1980.)

Die damals von uns als *„Waffenstillstand"* kritisierte Nichtbereitschaft (oder Unfähigkeit?) der LG-Mehrheit zur Auseinandersetzung mit den *„Grauzonen des Feminismus"* und anderen subjektivistischen Stimmungen im KB, können wir heute – fast 1 Jahr später – nicht mehr aufrechterhalten. Immerhin impliziert die Kritik eines *„Waffenstillstandes"* noch eine Gegnerschaft zur schonend behandelten anderen Position. Ein Blick in den AK dagegen demonstriert den voranschreitenden Übergang des KB (und seiner Leitung) zur Position des befürwortenden Propagandisten der damals angeblich nur behutsamer zu „bekämpfenden" Linie. Auch hier also beweist sich nachträglich die Position der LG-Mehrheit, die uns damals „empört" entgegengehalten wurde, als Ablenkungsmanöver.

Ausstieg aus der Wahlbewegung

Vor einem Ausstieg des KB aus der alternativen Wahlbewegung warnten wir erstmals im November letzten Jahres:

„Die derzeit im Mehrheitsblock erkennbare Abkehr von der Wahlbewegung (z.T. hinter maximalistischen Forderungen, Parolen und Ansprüchen versteckt), würde weitere Chancen verbauen, die Krise im KB zu überwinden. Eine derzeit im KB erkennbare (und – wenn überhaupt – absolut verfrühte!) Umschaltung auf kritisch-distanzierte „Unterstützung" (statt aktiver Mitarbeit und Einflußnahme innerhalb der Bewegung) (gemeint war die grüne Wahlbewegung; Anm. d. V.) *würde die Talfahrt des KB in die politische Bedeutungslosigkeit beschleunigen und zahlreiche Arbeitsfelder des KB akut gefährden."* (AK 166 und Z Nr. 0)

Diese Warnung zusammen mit unserer Kritik am *„politischen Schlingerkurs"* der LG-Mehrheit – (*„Der schnelle Wechsel von kurzatmigen Spurts und plötzlichen Vollbremsungen drückt den Mangel an längerfristiger Planung auf Basis strategischer Einschätzung und Analyse und damit den Mangel an politischer Anleitung unserer Massenarbeit aus."*) – war für uns damals der Anfang vom Ende, diente dem damaligen Mehrheitsblock des KB, seine Ausschlußkampagne gegen uns direkt einzuleiten.

Mit sicherem Blick für das Wesentliche, hat Genosse Kt. von der LG-Mehrheit beides zitiert und für den Mehrheitsblock bewertet: Wir würden damit *„Stimmungsmache"* gegen den KB betreiben, wir bedienten uns der *„Methode von Demagogen"*, betrieben die *„schmutzigsten Praktiken, die die kommunistische Bewegung kennt"* etc.pp. (ebenda). Verglichen mit der parallel dazu in der Organisation entfachten Stimmung gegen unsere Minderheitsgruppe, waren diese Kennzeichnungen noch verhältnismäßig freundlich gehalten.

Das weitere ist bekannt: Unsere Verweigerung und dann öffentliche Bekämpfung des äußerst aggressiven Kurses des KB-Mehrheitsblocks nicht nur gegen die Grüne Partei, sondern zugleich alle diejenigen Linken und Bunt-Alternativen, die das Angebot der Euro-Grünen (SPV) zum gemeinsamen Aufbau einer einheitlichen nationalen Partei annehmen wollten, bzw. diesem Plan sympathisierend gegenüberstanden, brachte unserer Minderheits-Gruppe – ohnehin schon durch zahlreiche „Beurlaubungen" gebeutelt – eine Welle von Ausschlußanträgen ein, die auf formale und bürokratische Zerschlagung unseren Opposition orientierte und der wir uns bloß noch durch **einseitige Erklärung für uns geltender Fraktionsrechte** (v.a. Entzug des Disziplinarrechts) entziehen konnten. Unser formaler Ausschluß aus dem KB war die unmittelbare Folge, verklausuliert in der bezeichnenden Formulierung, daß wir uns damit selbst *„abgespalten"* hätten.

Wichtiger scheint uns jetzt die rückblickende Bewertung unserer damaligen o.e. Warnungen und Kritik: Derzeit wichtigster Faktor der alternativen Wahlbewegung ist unstrittig die Grüne Partei. Trotz Mitarbeit einzelner weniger KB-Mitglieder dort, hat der KB hier keinerlei politischen Einfluß auf Diskussion und Entwicklungsrichtung von immerhin fast 20.000 Mitgliedern. Dies dürfte zwischen uns und dem KB, sowie innerhalb des KB, unumstritten sein. Die uns vom KB noch vor wenigen Monaten entgegengehaltene These, wir würden den Begriff der alternativen Wahlbewegung unzulässig auf die Grüne Partei verengen und dabei die lokalen bunten und alternativen Listen unter den Tisch fallen lassen, sowie die Behauptung des KB, gerade hier seinen politischen Einfluß nicht bloß erhalten, sondern ausgebaut zu haben, hat sich ebenso als Hilfs-„Argument" und Seifenblase erwiesen, die während des Münsteraner Operetten-Kongresses der Bunt/Alternativen platzte (was die meisten KB-Mitglieder allerdings erst mit mehrwöchiger Verspätung begriffen haben). Daß diese Lage der Dinge auch von den Klügeren im heutigen KB nicht anders gesehen wird, belegt die interne Debatte von LG-Mitgliedern, die wir u.a. in unserer Broschüre *„KB am Scheideweg"* dokumentierten. Wichtiger noch als der verlorengegangene Einfluß des KB in den bunten und alternativen Listen ist u.E. der Umstand, daß der KB dieselben bei seinem Versuch, sie als Vehikel in seine aggressive Politik gegen die Grüne Partei zu instrumentalisieren, z.T. schlicht zerschlagen hat. So blieb von diesem politischen Ausflug des KB nur die Kritik aus den Reihen der Bunt/Alternativen (z.B. Kunzelmann für die AL Westberlin) an den nicht eingelösten Versprechungen des KB (z.B. die Durchführung einer P.P. Zahl-Kampagne, die Erstellung eines nationalen Infos u.dgl.m.) übrig.

Diese schlichte Beschreibung auch vom KB kaum bestreitbarer Tatsachen belegt nachträglich nicht bloß die Berechtigung unserer damaligen Warnung („Abkehr von der Wahlbewegung"), sondern zugleich die Richtigkeit unserer Kritik am *„politischen Schlingerkurs"* und seiner Ursachen (*„Mangel an längerfristiger Planung ..."*). Zugleich hat sich aufgrund dieses *„politischen Schlingerkurses"* die innere Krise des KB soweit verschärft, daß er – zumindest in Bezug auf die alternative Wahlbewegung – weitgehend handlungs**unfähig** geworden ist, wie LG-Mitglieder inzwischen freimütig bekennen. Der nach dem Saarbrücker Programm-Kongreß der GRÜNEN ausgebrochene Richtungskampf innerhalb des LG konnte inzwischen beschwichtigt werden, nachdem sich alle Beteiligten an der Kontroverse auf die Notwendigkeit *„verstärkter Mitarbeit"* des KB innerhalb der Grünen Partei einigten ...freilich mit dem **praktischen** Ergebnis, daß dieser – inzwischen auch formell gefaßte **Beschluß** – kaum noch jemand im KB juckt, also nicht mehr umgesetzt werden konnte. Wir glauben nicht, daß der KB aus dieser selbstgebastelten Sackgasse wieder herauskommen kann, solange seine Leitung nicht bereit ist, die Wahlpolitik des letzten Jahres einer umfassenden und schonungslosen Selbstkritik zu unterziehen. Dies aber müßte zugleich auch die Legitimationsbasis dieser Leitung in Frage stellen, da sie über die Durchsetzung eines bestimmten Kurses in der Wahlpolitik den alten KB (einschließlich seiner alten Leitung) gespalten hat und die neue Leitung ihre Legitimation gerade aus der Notwendigkeit der Trennung von der ehemaligen Zentrumsgruppe bezieht. Mit anderen Worten: Die Handlungsunfähigkeit des KB in Bezug zur alternativen Wahlbewegung hat die politische Ausweglosigkeit seiner Leitung zur Ursache und Voraussetzung.

litische Ausweglosigkeit seiner Leitung zur Ursache und Voraussetzung.

Marxismus verteidigen?

Wir haben die anfänglich für uns ziemlich schwer zu verarbeitende Erfahrung machen müssen, daß der damalige Mehrheitsblock (bzw. zuerst die LG-Mehrheit und dabei federführend ihr Vorsitzender) die Kontroverse mit uns auf einer Welle haßerfüllter **Feindseligkeit** begann. Wir hatten damals kaum unsere erste Kritik vorgelegt, als vom Mehrheits-LG die Parole ausgegeben wurde, daß wir den KB zerstören wollten (zuerst in der Variante, daß unsere Kritiken dies „objektiv" bewirken würden, später ganz hemmungslos, daß wir dies auch höchst subjektiv bezweckten). Darum – so die Linie der „Vereinheitlichung" innerhalb der damaligen Mehrheitsfraktion – sollten sich unabhängig von bestimmten Positionen, Zustimmung oder Ablehnung zu diesem oder jenem Punkt der KB-Politik etc. **alle** Mitglieder um die LG-Mehrheit scharen, die an einer Existenz-Verteidigung des KB interessiert seien. Diese Vereinheitlichungslinie, eingefädelt als mehr oder weniger geschickter Trick zur Erlangung solider Mehrheitsverhältnisse, noch bevor der eigentliche Streit richtig begonnen hatte und unabhängig von der Qualität und Substanz dieser oder jener Argumentationsführung, hat seine Urheber – wegen des damit so leicht erzielten Erfolges – anscheinend derart nachhaltig begeistert, daß sie diese Art von Politik aus der hauseigenen Apotheke gleich noch als Linie in der Massenpolitik ausprobieren mußten. Mit anderen Worten: Dieses innerorganisatorisch ausprobierte politische Element, geboren

2000 Hamburg 19

aus der Not mangelhafter substantieller Argumentation und Überzeugungsfähigkeit, verselbständigte sich nach unserem Ausschluß aus dem KB, wurde zum eigenständigen Element KB-typischer Selbstdarstellung und KB-spezifischem Selbstverständnis, produzierte eine exzentrische Feindseligkeit (nicht bloß uns gegenüber, sondern) gegenüber allen Strömungen und Gruppierungen innerhalb der westdeutschen Linken, die anderes wollten und taten als der KB mit dem Ergebnis der Aufgabe bisheriger Bereitschaft zur offenen und öffentlichen Kontroverse mit (prinzipiell) **allen** Strömungen der Linken. Vorläufiger Höhepunkt dieser Art von Welt- und Selbstbetrachtung dürfte der berüchtigte Artikel über *„eine äußerst komplizierte Aktion"* (auf dessen angekündigte Fortsetzung wir immer noch mit äußerster Spannung warten!) gewesen sein, in dem versucht wird, die politischen Zielvorstellungen aller möglichen Strömungen der westdeutschen Linken zu einer gigantischen Verschwörung gegen die Existenz des KB zusammenzubrauen. Weniger die hochgradig alberne Beschreibung dieser Linken außerhalb des KB, vielmehr die über diese Transportmittel kenntlich gemachte Einschätzung der überaus enormen Wichtigkeit der eigenen Existenz ist das Abstoßende an diesem Artikel. Die kaum noch steigerbare Selbstüberschätzung des KB geht einher mit einer weitgehenden **Verkennung** der Prozesse innerhalb der westdeutschen Linken; beides bedingt einander und macht nicht bloß uns eine halbwegs gedeihliche Zusammenarbeit mit ihm enorm schwer: **Wer also ....**

... wie LG-Mitglied De. das Zustandekommen des radikaldemokratischen GRÜNEN-Programms in Saarbrücken bloß aus der *Angst* der linken Grünen vor publizistischer Prügel des abseitsstehenden KB zu erklären vermag;

... wer – wie dasselbe höchst einflußreiche LG-Mitglied – großmäulig KB-intern ankündigt, *„gut vorbereitet"* auf der sozialistischen Konferenz zu intervenieren, um *„dort eine (auch öffentlichkeitswirksame) Polemik gegen Bahro"* zu führen, vor Ort aber mangels Substanz die Zähne nicht auseinanderkriegt und in seinem Auswertungsartikel dieser Konferenz öffentlich belegt, daß er nicht einmal verstanden hat, um was dort überhaupt diskutiert wurde;

... wer, wie der KB, die Notwendigkeit des Aufbaus einer sozialistischen Partei in der BRD (inhaltslos!) propagiert und darum zugleich auch die Sozialistischen Konferenzen für *„äußerst wichtig"* einschätzt, aber – wiederum mangels Substanz – weder zu ihrer Vor-, noch zu ihrer Nachbereitung irgendetwas beisteuern kann und diese substantielle Unfähigkeit nur durch äußerste Arroganz („alles Seminarmarxisten") vor den eigenen Mitgliedern verhüllen muß;

... wer – wie *„Mitglieder des LG des KB" – den „streitbaren Dialog mit anderen ideologischen Positionen"*, sowie *„die Seite der Theorie und des ideologischen Streits (zu) stärken"* vorankündigt (UW 32, S. 13), bei der erstmöglichen Nagelprobe, nämlich einem politischen Streit mit W. Maier von den „Komitees..." über die internationale Lage angesichts der allgemeinen Kriegsvorbereitungen nur eine klägliche Seite seichten Geredes an Nebenpunkten zustande bringt (vgl. „Hefte für Demokratie und Sozialismus" 3/80);

... wer – wie dasselbe LG des KB – der westdeutschen Linken nur noch Zerfall und Abrücken vom Marxismus attestieren kann und sich selbst als *„Hauptkraft"* bei der Verteidigung des Marxismus darstellt und zugleich diesen Marxismus peinlicherweise auf die Notwendigkeit organisierter Arbeit, dem Festhalten am „Hauptwiderspruch" Kapital/Arbeit und dem daraus folgenden notwendigen Umsturz der alten Ordnung, sowie der Notwendigkeit gelegentlicher Gegengewalt reduziert und damit schlicht verarscht (ebenda), wer also die Verteidigung von etwas (hier: der Marxismus) versuchen will, ohne so recht zu wissen, um was es dabei eigentlich geht; –

der lebt nicht nur in einer anderen als der wirklichen Welt, sondern macht es seiner Umgebung ziemlich schwer, mit ihm ein einigermaßen gedeihliches Auskommen zu pflegen.

Die eigentlich sympathische Parole von der Verteidigung des Marxismus ist dem KB unter der Hand zum formelhaften Aufkleber geraten, der – ohne erkennbaren inhaltlichen Zusammenhang – auf beliebige Tätigkeiten geklebt wird. Wenn in „Auswertung" des absolut ergebnislosen 1. ordentlichen KB-Kongresses der „einstimmige Beschluß", *„den KB ausdrücklich als marxistisch-leninistische Organisation zu erhalten und auszubauen"*, abgefeiert wird (UW 32, S.4), ohne daß selbiges in seiner Frauenpolitik, der Entwicklung seiner Revisionismus-Kritik (Polen-Auswertung), seinen theoretischen Anstrengungen ganz allgemein etc.pp. erkennbar wird, und dann – neun Monate nach diesem historischen Ereignis – der leitende KB-Genosse F. öffentlich und ergebnislos darüber rätselt, *„auf welche ‚brennenden Fragen' unsere weitere Arbeit zu konzentrieren sei"* (was *„sich als schwieriger (erwies), als wir zunächst gedacht hatten"* – vgl. AK 183, S. 47), dann wird offenkundig, daß diese – wie gesagt: sympathische – Formel nichts weiter als eine Leerhülse ist, zu nichts tauglich außer zum Selbstbetrug.

Wir hoffen, daß wir dieses Urteil über den KB demnächst revidieren können, dann nämlich, wenn er in ca. drei Monaten seinen 2. Kongreß abhält, auf dem er ja – wie angekündigt – zu inhaltlichen Festlegungen etc. kommen will, die dann – wir hoffen es ernsthaft – seine Parole von der Verteidigung des Marxismus tatsächlich mit Inhalten füllt, über die zu streiten lohnt, die mithelfen könnten, die Krise des Marxismus zu überwinden und darum zugleich auch Grundlage gedeihlicher Zusammenarbeit nicht bloß unserer beider Gruppen sein könnten, sondern zum allgemeinen Prozeß einer sich zur sozialistischen Partei hin vereinigenden Linken beitragen könnten. Wir drücken dem KB die Daumen.

Thomas Langer, Willi K. Goltermann, Mitglieder der Gruppe Z

Wie es zur Spaltung des KB kam

Im Dezember 79 spaltete sich die sog. ZL-Fraktion (heute: „Gruppe Z") vom KB ab. In den meisten linken und bürgerlichen Darstellungen werden Meinungsverschiedenheiten über die Mitarbeit des KB bei den GRÜNEN als Hauptgrund für diese Spaltung genannt. Diese Version wird auch von der „Gruppe Z" vertreten, obwohl sie allein schon durch die damaligen Veröffentlichungen im AK (die gesamte Auseinandersetzung wurde vollständig dokumentiert) widerlegt wird.

Wir wollen hier deshalb den Ablauf der Auseinandersetzung, die zur Spaltung des KB führte, nochmals knapp zusammenfassend darstellen.

Die „Notbremse" der ZL vom 22.8.79

Im Namen der „Zentrumsleitung" (ZL) wurden im AK 160 drei Artikel veröffentlicht. Anspruch der drei ZL-Artikel war es, die Ursachen der schon seit längerem diskutierten Krise des KB (Mitgliederschwund, Auflagenrückgang des AK, zunehmende „Bocklosigkeit" usw.) zu analysieren. Diese Ursachen wurden allgemein in der *„Zersetzung revolutionärer Moral"* im KB und speziell in der *„Verwischung der Abgrenzung zum Feminismus"* in der Frauenpolitik gesehen. Die drei Artikel, die durchweg n e u e Auffassungen und Thesen der ZL zur Diskussion stellten, waren so spät an die AK-Redaktion gegeben worden, daß keine Gelegenheit zu einer Auseinandersetzung im selben AK bestand. Die Mehrheit des LG (8 von 10) nahm deshalb in das (organisationsintern verbreitete) 'Beschlußprotokoll' ihres routinemäßigen Treffens am 20.8.79 (dem Erscheinungsdatum des AK 160) folgende Abgrenzung auf: *„Die Stellungnahmen geben lediglich die Meinung einer Minderheit des LG (etwa ein Fünftel) wieder. Die Mehrheit des LG wird im AK 161 eine Gegenstellungnahme veröffentlichen"*. Diese Abgrenzung, mit der sie offensichtlich nicht gerechnet hatte, brachte die ZL so durcheinander, daß sie zwei Tage später, am 22.8., im sog. „Zentrum" (einer „Anleiterrunde", in der etwa die Hälfte der Hamburger „Bereiche" vertreten waren) eine folgenschwere Kraftprobe unternahm: Die ZL eröffnete das Treffen mit einer Erklärung, daß gegen sie eine „üble Hetzkampagne" laufe. „**Sollten diese ganz und gar unleninistischen Methoden nicht augenblicklich eingestellt werden, werden wir auch vor organisatorischen Konsequenzen nicht zurückschrecken**". Konkret drohte sie mit Rücktritt und mit Fraktionsbildung oder „**kollektivem Austritt**" aus dem KB. Nach diesem spektakulären Auftakt ließ die ZL o h n e vorausgehende Diskussion über ihre drei Artikel im AK 160 „abstimmen". Die große Mehrheit der Anwesenden bekundete ihre „Zustimmung". Dieser Putschversuch wurde im weiteren Gang der Auseinandersetzung von der ZL unbeirrbar als „**Notbremse**" gerechtfertigt: Die ZL habe zu diesem außergewöhnlichen Mittel greifen müssen, um die gegen sie laufende „Hetzkampagne" zu stoppen. Mit dieser „**Notbremse**" hatte die ZL gleich zu Beginn der Auseinandersetzung eine scharfe Polarisierung provoziert, die über die reale Schärfe des inhaltlichen Konflikts weit hinausging. Daraus ergab sich - wie wir in AK 162 (17.9.79) schrieben, für die ZL der Zwang, *„sich eine Rechtfertigungsideologie für die von ihr provozierte Polarisierung zu schaffen. Indem ein maßloses Zerrbild von der Politik und den Absichten der LG-Mehrheit aufgebaut wird, schafft sich die ZL-Gruppe ein Feindbild nach Maß, als dessen 'leninistischer' Widerpart sie nun zu erscheinen versucht"*.

Die Entwicklung der Auseinandersetzung

AK 160: Im *„Grauzonen"*-Artikel wurde die Frauen-Politik des KB aus der Sicht der ZL analysiert. Nach Meinung der ZL sei seit längerem im AK die *„Abgrenzung von feministischen und Modeströmungen"* viel zu kurz gekommen. *„Unter diesen Rahmenbedingungen"* sei im KB ein Anwachsen von *„Grauzonen des Feminismus"* zu beobachten, *„vor allem in solchen Organisationsteilen, die nur über ungenügend qualifizierte und geschulte Genossinnen verfügen"*. Es gebe *„unter unseren Genossinnen eine Reihe von Abweichungen in Richtung des Feminismus"*. Diese These wurde von der ZL an einigen sehr oberflächlich behandelten, z.T. bewußt verfälschten, Beispielen aus der Praxis konkretisiert. Im Artikel **„Krise, Utopismus und Entsolidarisierung"** wurde als weitere *„Fehlströmung"* (neben den *„feministischen Abweichungen"*) der *„Utopismus"* angegriffen. Dieser „Utopismus" besteht nach Meinung der ZL darin, *„daß er den Blick fürs Machbare, Erreichbare zunehmend verliert"*, daß er „zu hohe" Erwartungen an die kommunistische Organisation stelle. Als konkrete Beispiele des „Utopismus" nannte die ZL die Forderung von Genossinnen nach mehrheitlicher (53%) Besetzung aller Leitungsorgane mit Frauen und die Forderung einer „Einheit", wechselnde Delegierte auf die Treffen des „Zentrums" schicken zu dürfen. In diesem Artikel hatte der legendäre Streit um „**Keimform**" und „**Zweckbündnis**" seinen Anfang: Die ZL vertrat, daß *„Keimform und Zweckbündnis"* zwei w i d e r s p r ü c h l i c h e *„Aspekte"* der Organisation seien, wobei das *„Zweckbündnis"* i m m e r die *„Hauptseite"* sei, dem sich die *„Keimform"* (Ansprüche auf individuelle und kollektive Emanzipation innerhalb des KB usw.) *„unterordnen"* müsse.

AK 161: In einem Artikel **„Angst ist ein schlechter Ratgeber"** wurde von der ZL erstmals die LG-Mehrheit für die von der ZL kritisierten *„Fehlströmungen"* im KB (*„Utopismus"* und *„Feminismus"*) verantwortlich gemacht. Die LG-Mehrheit schüre nämlich *„Angst vor der ideologischen Auseinandersetzung"*. Insbesondere wolle sie Kritik am Feminismus (und dessen *„Grauzonen"* im KB) *„verbieten"*. Damit schüre die Mehrheit zugleich *„Angst vor der leninistischen Organisation"*. Die Mehrheit betreibe nur noch *„Krisenverwaltung"*, d.h. sie blockiere den *„ideologischen Kampf gegen Fehlströmungen"*, die von der ZL als wesentliche Ursache der Organisationskrise gesehen wurden.

AK 162: Im Artikel **„Lieber 'olle Kamellen' als neue Philosophien"** erneuerte die ZL den Vorwurf, die Mehrheit propagiere *„eine Theorie d e r f r i e d l i c h e n K o e x i s t e n z aller möglichen ideologischen Strömungen in unserer Organisation"*.

AK 163: In einem **„Stellungnahme der Zentrums-Leitung"** überschriebenen Artikel klagte die ZL über eine *„Beweihräucherung von Fehlern und Fehlströmungen als 'neue Wege', 'Experimente' etc."* seitens der KB-Mehrheit. Dies sei **„ein indirektes Versprechen auf Waffenstillstand und friedliche Koexistenz mit den verschiedenen Formen des Spontaneismus, eine Lobhudelei des Pluralismus im KB"**. Diese Haltung der Mehrheit würde *„dem Feminismus an der Basis des KB reichlich in die Hände arbeiten: Unsere 'Femis' können jetzt ganz ungeniert ihre Thesen in Zellen, auf Versammlungen aller Art vertreten und... sich jede Art von Gegenargumentation strikt verbeten. Das dient dem Feminismus und schadet der Herausbildung und Festigung unserer Frauenpolitik"*. Im selben Artikel wurde die Organisationskrise beschrieben als *„allgemeine Verweigerungstendenz"* einerseits und *„einseitiger Ausbau der 'Keimform' – Seite"* andererseits. Der KB sei so zum **„Tummelplatz aller möglichen 'emanzipatorischen' Ansprüche"** geworden, *„die sich ... in diverse Gewänder bestimmter Fehlströmungen kleiden"*.

AK 164: Im Artikel **„Lenin kontra Krisenverwaltung"** zog die ZL einen historischen Vergleich von der Krise des KB (und der BRD-Linken insgesamt) zur Phase der „Stolypinschen Reaktion" (1907 - 1912) - eine Phase schärfster Repression gegen die russische Arbeiterbewegung und die revolutionären Organisationen, begleitet von einem starken Mitgliederrückgang der Gewerkschaften und der politischen Organisationen, von „Stagnation und Zerfall" (Lenin). Die ZL vertrat die These, daß die damalige Krise der russischen Revolutionäre nur *„ s e k u n d ä r "* auf den reaktionären Terror zurückzuführen sei, *„ p r i m ä r "* aber eine positive **„Reinigung der Partei von kleinbürgerlichen Mitläufern"** gewesen sei. In Übertragung auf die gegenwärtige Krise der Linken schlußfolgerte die ZL, daß es auch hier in einer Phase des Aufschwungs (APO und Anfang der 70er Jahre) einen Zustrom von *„kleinbürgerlichen Mitläufern"* gegeben habe, *„daß der Charakter der Kämpfe der letzten Jahre kleinbürgerlich-demokratische Tendenzen verstärkt in den KB trieb, die nun von unserem Kampf desertieren"*. Dieser Tendenz könne und müsse durch **„eine allgemeine Rückbesinnung auf die Grundlagen unserer Politik"** entgegengetreten werden. Die Krise des KB müsse gekontert werden „mit einer Politik der Herausbildung einer 'Avantgarde', die am Ende einer **Krise für den Aufschwung startklar** ist". Ihre Sichtweise der Krise der BRD-Linken führte die ZL im AK 165 noch weiter aus: Die Krise sei ausgelöst worden durch *„eine 1973/1974 einsetzende umfassende i d e o l o g i s c h e Offensive der Bourgeoisie und ihrer Agenturen gegen die neuaufgekommenen Ideen eines radikalen Marxismus-Leninismus"*. Dies habe zum Zusammenbruch des linken *„Umfelds"* geführt, der sich zunächst als *„Isolierung der kommunistischen Zirkel"* und dann *„unter anhaltender ideologischer Offensive der Bourgeoisie"* als Krise der kommunistischen Organisationen selbst fortgesetzt habe. Die ZL-Fraktion hat zumindest bis Ende Oktober 79 (der AK 165 erschien am 29.10.79) - also bis gut zwei Monate nach Beginn der Auseinandersetzung - ganz eindeutig und ausschließlich auf den Versuch gesetzt, sich als „leninistische Fraktion" innerhalb eines von *„Fehlströmungen"* und *„Pluralismus"* geschüttelten KB darzustellen.

Gegenüber der späteren Legendenbildung der „Gruppe Z" ist lückenlos nachzuweisen, daß es d i e s e Streitfragen waren, die bereits Ende Oktober zu einer schroffen Polarisierung im gesamten KB, besonders naturgemäß in der Hamburger Ortsgruppe (als Hochburg der ZL-Fraktion), geführt hatten. Das Ergebnis war, daß weithin eine gemeinsame politische Arbeit nicht mehr stattfand und auf absehbare Zeit für unmöglich gehalten wurde.

Die Spaltung im Dezember

Vor diesem konkreten Hintergrund brachte die ZL-Fraktion im AK 166 (12.11.79) e r s t m a l s die Politik des KB gegenüber der sich formierenden Grünen Partei in die Debatte: Bei der KB-Mehrheit sei *„derzeit eine Abkehr von der Wahlbewegung erkennbar"*, die *„hinter maximalistischen Forderungen, Parolen und Ansprüchen versteckt"* werde. Dadurch werde *„die Talfahrt des KB in die politische Bedeutungslosigkeit beschleunigt und zahlreiche Arbeitsfelder des KB akut gefährdet"*.

Für diese aus dem hohlen Bauch produzierte Spekulation konnte die ZL-Fraktion auch nachträglich keine Indizien nennen. Diese Spekulationen waren aber die offizielle Geburtsstunde der Legende, daß der KB die ZL-Fraktion ausgeschlossen habe, weil er gegen eine Mitarbeit bei den GRÜNEN sei. Zugleich mit der Geburt dieser Legende ließ die ZL-Fraktion alle Thesen und Themen, die sie bis dahin in der Auseinandersetzung verfochten hatte, fallen wie eine heiße Kartoffel. Einzig und allein die Polemik gegen *„feministische Fehlströmungen"* wurde (in deutlich reduziertem Umfang) auch nach der Spaltung von der „Gruppe Z" fortgeführt.

Gegen die in der „undogmatischen Linken" durchaus populäre Spaltungslegende der „Gruppe Z" stehen die T a t s a c h e n :

1. Die Mitarbeit des KB bei den GRÜNEN war zumindest zu diesem Zeitpunkt (Mitte November 79) kein Streitpunkt. Dies wurde unmittelbar nach Erscheinen der ZL-Polemik (AK 166) in einem internen Rundschreiben des LG bekräftigt: Die *„aktive Mitarbeit"* bei den GRÜNEN sei *„nicht umstritten"*. *„Die Meinungsverschiedenheit besteht also nur hinsichtlich des A u s m a ß e s einer Mitarbeit in der grünen Wahlbewegung einerseits und der Wahrung einer bunt/alternativen Autonomie gegenüber der grünen Wahlbewegung andererseits"*.
Konkret bezog sich die spekulative Polemik der ZL im AK 166 a u s s c h l i e ß l i c h auf unsere Politik anläßlich des 'Offenbacher Kongresses' von grünen, bunten und alternativen Listen (3./4.11.79): Die ZL war gegen einen stärkeren autonomen Zusammenschluß bunter und alternativer Listen und insbesondere gegen die Ansetzung eines bunt/alternativen 'Beratungstreffen' in Frankfurt (14.-16.12.79).
2. Meinungsverschiedenheiten über die Mitarbeit in der Grünen Partei und über die dort konkret zu führende Politik - Meinungsverschiedenheiten, die zu einem s p ä t e r e n Zeitpunkt (nachdem die Spaltung bereits klar war) tatsächlich eine Rolle spielten - hätten für sich genommen auf keinen Fall zur Spaltung des KB geführt. Bewiesen wird dies bereits durch die Tatsache, daß eine kleinere Anzahl von Genoss(inn)en, die nicht bloß in der Wahlfrage, sondern auch in nahezu sämtlichen sonstigen Streitfragen 100%ig die Positionen der ZL verfochten, auch nach der Spaltung im KB blieben (Die sog. „Mittelgruppen"). Zudem ist spätestens durch die Delegiertenkonferenz des KB im Juli d.J. und durch die offene Debatte im AK deutlich geworden, daß inzwischen auch außerhalb der „Mittelgruppen" eine nicht unerhebliche Zahl von Genoss(inn)en in der Frage der Grünen Partei weitgehend die Politik der „Gruppe Z" vertritt.

Daß es im Dezember 79 zur Spaltung des KB kam, kann also nur verstanden werden vor dem konkreten Hintergrund der vorangegangenen mehrmonatigen Auseinandersetzung um das „leninistische" Selbstverständnis der ZL-Fraktion und ihre daraus resultierenden Forderungen zur „**Krisenbewältigung**" durch „**Verschärfung des ideologischen Kampfes gegen kleinbürgerliche Fehlströmungen**". Zu der dadurch produzierten Polarisierung und Lähmung der Arbeitsfähigkeit des KB kam schließlich noch eine weitere Eskalation durch die ZL-Fraktion hinzu, die dann konkret die Spaltung auslöste: Die ZL-Fraktion erklärte, daß sie ihrem eigenen Fraktionsverständnis nach nicht mehr an Mehrheitsbeschlüsse des KB gebunden sei. Zugleich stellte die ZL-Fraktion die Zahlung ihrer Mitgliedsbeiträge an den KB – bis auf einen sog. „Mindestbeitrag" von 5 bis 20 Mark - ein. Von diesen „Mindestbeiträgen" konnten bei ca 150 Anhängern der ZL-Fraktion also nicht einmal mehr die 4 freigestellten KB-Funktionäre bezahlt werden, die zur ZL-Fraktion gehörten. – Damit war von der ZL-Fraktion faktisch die Spaltung vollzogen.

Kt., Hamburg

Zur Trotzki-Debatte

Mit Trotzkis Buch "Verratene Revolution" beschäftigte sich U. von der RGW-Kommission in AK 179. Ihm antwortete in AK 182 ein Verteidiger Trotzkis. Hier hat nun wieder U. das Wort.

Lieber H.W.,

Du schreibst, Trotzki hätte sich lediglich "präziser ausdrücken müssen", als er die Arbeiter und Bauern als herrschende Klasse in der stalinistischen UdSSR bezeichnete. Meiner Auffassung nach handelt es sich bei dieser Behauptung Trotzkis in seiner Schrift "Verratene Revolution" von 1936 (vgl. AK 179) nicht nur um eine Formulierungsschwäche.

Trotzki schrieb 1935, daß in der Sowjetunion *"die Bürokratie ihre politische Herrschaft auf den sozialen Grundlagen des Arbeiterstaates ausübt". "Die Bürokratie"*, so Trotzki, *"hat das Proletariat politisch, aber nicht gesellschaftlich enteignet"* (1). Hinter dem stalinistischen Macht– und Unterdrückungsapparat steckt für Trotzki nicht das Klasseninteresse einer neuen Bourgeoisie, sondern lediglich der Mangel an Konsumgütern. *"Der Mangel an Konsumgütern und der allgemeine Kampf, sie zu bekommen, schaffen einen Polizisten, der sich die Aufgabe der Verteilung anmaßt"* (2). So sieht Trotzki in der Sowjetunion 1936 noch einen 'proletarischen Staat': *"Die Verstaatlichung von Grund und Boden, industriellen Produktionsmitteln, Transport und Verkehr bilden mit dem Außenhandelsmonopol in der UdSSR die Grundlagen der Gesellschaftsordnung. Diese von der proletarischen Revolution geschaffenen Verhältnisse bestimmen für uns im Wesentlichen den Charakter der UdSSR als den* *den Charakter der UdSSR als den* *eines p r o l e t a r i s c h e n S t a a t e s"* (3) (Hervorhebung v. mir - d. Verf.).

Trotzki fordert lediglich eine 'p o l i t i s c h e Revolution' gegen die Bürokratie, nicht aber eine 's o z i a l e Revolution'. *"Doch was die Eigentumsverhältnisse anbelangt, so brauchte die neue Macht keine revolutionären Maßnahmen zu ergreifen. Sie würde das Planwirtschaftsexperiment weiterentwickeln"* (4). Staatseigentum an den Produktionsmitteln und Planwirtschaft mit Sozialismus gleichzusetzen, ist das etwa kein Ökonomismus, ja Revisionismus?

Daß ich Trotzki *"in die Nähe der antikommunistischen Totalitarismustheorie"* rücke, findest Du unzulässig. Nun, Trotzki bezeichnete die UdSSR als *"totalitär–bürokratischen Staat"* (5). Auch wenn ich Trotzki insoweit zustimme, daß es a u f d e r E r s c h e i n u n g s e b e n e einige Parallelen zwischen Stalinismus und Faschismus gibt, so muß er sich allerdings vorwerfen lassen, daß seine "Verratene Revolution" auf eben dieser Ebene stehen bleibt.

Trotzki gegen Arbeiterrechte

Trotzkis Forderung 1920, die Gewerkschaften zu *"Vollstreckern der Arbeitsdisziplin"* zu machen, war Deiner Meinung nach damals nichts Besonderes. Du zitierst dazu Lenin, der im März 1918 dazu aufrief, die Arbeitsdisziplin zu heben. Trotzki beschränkte sich jedoch nicht darauf, zur Hebung der Arbeitsdisziplin aufzurufen (was lebensnotwendig für die junge Sowjetrepublik war). Trotzki forderte darüberhinaus die **"Militarisierung der Arbeit"** (6). Für Arbeiter, die von dieser Forderung Trotzkis nicht so begeistert waren, hatte sich Trotzki etwas ganz Besonderes ausgedacht: *"...die 'Fahnenflüchtigen' der Arbeit werden in Disziplinierungsbataillone eingeordnet oder in Konzentrationslager gesteckt werden müssen"* (7). Das war damals selbst Stalin zuviel, der heftig gegen diese Auffassungen Trotzkis polemisierte (vgl. Stalin, Werke, Band 5, S. 3-12).

Trotzki trat auch für die Abschaffung des Streikrechtes ein, denn *"...der im Bau begriffene sozialistische Staat braucht die Gewerkschaften nicht zum Kampf um bessere Arbeitsbedingungen – das ist Aufgabe der gesamten gesellschaftlichen und staatlichen Organisation –, sondern um die Arbeiterklasse zu Produktionszwecken zu organisieren, zu erziehen, zu disziplinieren, zu verteilen, zu gruppieren..."* (8). Hier zeigt sich deutlich, daß Ökonomismus und Bürokratismus bei Trotzki 'gut zusammen gehen'. Was Trotzki hier vertritt, entspricht genau der Position der Freunde des sogenannten "realen Sozialismus" und könnte aus einer DKP– Broschüre stammen.

Du irrst Dich übrigens, lieber H.W., wenn Du schreibst, daß Lenin erst im Januar 1922 für das Streikrecht eintrat. Lenin verteidigte bereits in einer Rede am 30.12.1920 das Streikrecht gegen Trotzkis Angriffe. Lenin sagte über Trotzki: *"Nach ihm ist der Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterklasse nicht Sache der Gewerkschaften im Arbeiterstaat. Das ist ein Fehler"* (9). Lenin charakterisierte die Sowjetrepublik in dieser Rede als *"Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen"* und machte deutlich: *"Unser heutiger Staat ist so beschaffen, daß das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich s c h ü t z e n muß..."* (10). *"Seine Politik"*, so Lenin über Trotzki, *"ist letzten Endes eine Politik des bürokratischen Herumzerrens an den Gewerkschaften"*. Der bevorstehende (zehnte) Parteitag der Bolschewiki müsse *"diese Politik verurteilen und ablehnen"* (11). Lenin ließ sich nie, auch nicht durch die sehr schwierige Lage der Sowjetmacht, zu solchen Äußerungen geschweige denn Taten 'hinreißen' wie Trotzki. Daher kann man die schwierige Situation des Sowjetstaates um 1920 keinesfalls als Rechtfertigung für Trotzkis Eskapaden heranziehen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch Lenins Urteil über Trotzki in einer seiner letzten Aufsätze, einem Brief an den Parteitag vom 24.12.1922: *"Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß an Selbstbewußtsein und eine Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat"* (12).

Trotzki sah nicht die Notwendigkeit, im Sozialismus stets den Klassenkampf zu führen, um die Herausbildung einer bürokratischen neuen Bourgeoisie zu verhindern. Die Gefahr der Aushöhlung der Sowjetmacht von innen heraus durch bürgerliche Kräfte existierte für ihn nicht. Im März 1918 meinte er über die von der Sowjetmacht beschäftigten bürgerlichen Spezialisten: *"Wie in die toten Maschinen, so ist auch in diese Techniker, Ingenieure, Ärzte, Lehrer, gestrigen gewesenen Offiziere, in ,sie alle ein gewisses Kapital von unserem Volksvermögen hineingesteckt, das wir zu exploitieren (ausbeuten - AK), auszunutzen verpflichtet sind, wenn wir die Grundfragen, die vor uns stehen, überhaupt lösen wollen"* (13). Daß Trotzki die bürgerlichen Spezialisten mit Maschinen auf eine Stufe stellte, zeigt, wie sehr er mit dem dialektischen Materialismus auf dem Kriegsfuß stand. Von der kapitalistischen Gesellschaft geprägte und privilegierte Menschen werden noch sehr lange Zeit auch unter den schönsten sozialistischen Verhältnissen b ü r g e r l i c h e Auffassungen in den verschiedensten Formen vertreten und damit der sozialistischen Entwicklung schaden. Die ökonomische Basis einer Gesellschaft bestimmt den Überbau (die politischen Ideen u.ä.), aber der Überbau hat auch eine Rückwirkung auf die Basis, es besteht eine W e c h s e l w i r k u n g zwischen Überbau und Basis der Gesellschaft. Daraus ergibt sich, daß die sozialistische Basis einer Gesellschaft stets Gefahr läuft, von einem bürgerlichen Überbau verändert zu werden.

Daß Trotzki der stalinistischen Bürokratisierung keine besonders glaubwürdige Alternative entgegensetzen konnte, zeigt sich schon in seinen Schriften um 1920. Die Einzelleitung der Betriebe, das 'Personalprinzip', sah er als *"höher und fruchtbarer als das Prinzip der Kollegialität"* (14)an.

Von der Antreiberei Marke Stachanow war Leo Trotzki auch nicht weit entfernt: *"Bei der vergesellschafteten Produktion haben Stücklohn, Prämien usw. die Aufgabe, die Menge des gesellschaftlichen Produkts und somit auch den allgemeinen Wohlstand zu steigern"* (15).

In einem bürokratischen Arbeiterstaat wie der Sowjetrepublik 1920, in der die Produktion noch keineswegs vergesellschaftet war, stärkten derartige bürgerliche Praktiken die kapitalistischen Tendenzen. In einer wirklich vergesellschafteten Produktion hingegen wären diese Methoden des Kapitalismus nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich.

Wie Stalin, so pries auch Trotzki die Privilegierung von Teilen der Arbeiterklasse als sozialistische Errungenschaft: *"Der Staat muß – das ist, versteht sich, klar – die besten Arbeiter durch das Prämiensystem in die besten Lebensbedingungen setzen"* (16).

Allerdings muß auch festgestellt werden, daß die Stalinismuskritik Trotzkis, auch wenn sie keine Weiterentwicklung des Marxismus, wie durch Mao Tse Tung, beinhaltete, insoweit fortschrittlich war, als sie sich bemühte, die revolutionären, antibürokratischen Traditionen des Bolschewismus wach zu halten.

U.,RGW–Kommission

Anmerkungen

1) Leo Trotzki: Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus, in:"Unser Wort",Halbmonatsschrift der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD)Nr.4,6,7 Mai–Juli 1935
2) Leo Trotzki: Verteidigung des Marxismus, Westberlin 1973, S.9
3) Leo Trotzki: Verratene Revolution, Dortmund 1979 S.241
4) ebenda, S.245/46
5) ebenda, S.107
6) Leo Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, Hamburg 1920, S.113
7) Leo Trotzki: Werke(russ.) Band 15,S.126, zitiert in:Charles Bettelheim: Die Klassenkämpfe in der UdSSR 1917 – 1923, Westberlin 1975,S.321
8) siehe, S. 118
9) W.I.Lenin: Werke, Band 32, S.6
10)ebenda, S.7
11)ebenda, S.26
12)W.I.Lenin: Werke, Band 36, S.578
13)Leo Trotzki: Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjetrepublik retten, Berlin 1919, S.9
14)siehe 6),S.138
15)siehe 6),S.123f
16)siehe 6),S.140

Laßt viele weit're Blumen blühen!

Zu zwei Buchbesprechungen von Trotzki, „Verratene Revolution"

Marx hat in Anlehnung an Hegel einmal gesagt, daß alle Ereignisse von weltgeschichtlicher Bedeutung sozusagen zweimal stattfinden: einmal als Tragödie und ein weiteres Mal als Farce. Die deutsche Geschichte der letzten sechzig Jahre scheint diesem Marxwort recht zu geben. War die Stalinisierung der Weimarer KPD eine echte Tragödie, die mit zum Sieg des Faschismus beitrug, so war das Entstehen diverser ML-Karikaturen dieser KPD im Gefolge der 68er Bewegung eine Farce. Eine Farce freilich, die zum Verschleiß und zur Demoralisierung Tausender subjektiv revolutionär gesinnter Genoss/inn/en führte.

Sozialdemokratie, Stalinismus und Faschismus hatten – jeweils auf ihre Weise und mit ihren Methoden – dazu beigetragen, den originären – weil revolutionären – Marxismus zu vernichten und aus dem Bewußtsein der Arbeiterklasse zu löschen.Als endlich wieder eine Bewegung entstand, sozial außerhalb der Arbeiterklasse angesiedelt, die sich das Ziel der revolutionären Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse stellte, war sie auf sich allein gestellt und orientierungslos. Ein beträchtlicher Teil der Bewegung stieß bei der Suche nach einer proletarisch-kommunistischen Identität und einem historischen Anknüpfungspunkt vermittelt über das „kulturrevolutionäre China mit seiner Stalin-Verehrung auf die KPD der zwanziger und dreißiger Jahre.

Was hier als „Marxismus-Leninismus" übernommen wurde, hatte wenig gemein mit dem wissenschaftlichen Sozialismus eines Marx, Engels oder Lenin. Statt einer Methode zur Analyse und revolutionären Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wurde ein dogmatischer Kanon von platten Phrasen übernommen, die längst nur mehr der blinden Rechtfertigung der jeweiligen politischen Linie der stalinistischen Führung gedient hatten.

Die quasi-religiöse Übernahme dieser Tradition verhinderte die notwendige Rekonstruktion des Marxismus als revolutionärere Methode und die kritische Aneignung der Geschichte und damit die Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Sie trug neben anderen Faktoren nicht unwesentlich zum Scheitern dieser „jungen kommunistischen Bewegung" der siebziger Jahre an den gesellschaftlichen Realitäten der BRD (aber auch Österreichs) bei.

Die Krise dieser Bewegung mit ihren mannigfachen Erscheinungsformen (Rückzug ins Privatleben, auf die unmittelbare Betroffenheit, Intellektualismus, Resignation, Aufgabe eines sozialistischen/kommunistischen Anspruchs überhaupt etc.) ist heute Gegenstand heftiger Debatten innerhalb der Linken. Für einen Teil der ehemaligen ML-Fraktion der Bewegung könnte es eine heilsame Krise sein. Heilsam insofern, als sie zum Aufbrechen verkrusteter Schemata führt, die auf Vorurteilen beruhen und den Blick auf den wirklichen Gang der Dinge verstellen.

Um den Krisenschock dieser Art könnte es sich bei zwei Buchbesprechungen von Trotzki, „Verratene Revolution" handeln, die kürzlich erschienen sind: eine Literaturbesprechung von Ralf Fücks in den „Heften für Demokratie und Sozialismus" 1/79 und ein Artikel im „Arbeiterkampf" 179.

Allein schon die Tatsache ist bemerkenswert, daß Genoss/inn/en, die aus der ML-Tradition kommen oder ihr doch zumindest nahestanden (zur Ehre des KB sei gesagt, daß er immer Abstand zum rigiden ML bewahrt hat), sich mit Trotzki inhaltlich auseinandersetzen und ihn nicht einfach als „übelsten Feind des Leninismus" oder „Agenten Hitler und des Mikado" begeifern. Der Versuch, zu einer materialistischen Erklärung der Entwicklung der Sowjetunion zu kommen, kann nicht am Werk jenes Mannes vorbeigehen, der von Beginn an mit dieser Entwicklung handelnd und analysierend verbunden war. Nur sehr beschränkte Gemüter, die aus dem Scheitern der ML-Organisationen nichts gelernt haben, werden heute noch ihr Auskommen mit Chrushtshewschen Verschwörertheorien und ähnlichen Infantilismen finden. Der denkende Teil der ML-Fraktion hat begonnen, neue Wege zu suchen.

Diese Wege zu gehen, ist nicht immer ganz leicht. Außer psychischen Barrieren steht eine unterschiedliche Sprache, eine andere Art zu denken diesem Vorhaben erschwerend entgegen. Als der bessere Wanderer aui neuen Wegen erweist sich Ralf Fücks. Er rechnet nicht bloß mit den simplen „Erklärungsmodellen" orthodoxer ML-Prägung ab, sondern versucht relativ ausführlich, auf Trotzkis Positionen einzugehen. Während U., der Autor des „Arbeiterkampf"-Artikels, resümiert, Trotzki leite die Degeneration der Sowjetunion ähnlich den neo-stalinistischen ML-ern einfach aus dem „Verrat" einiger Parteiführer ab, nur setze er diesen historisch früher an, kommt Fücks zum gegenteiligen Schluß. Er setzt sich näher mit den objektiven Ursachen auseinander, die Trotzki für diese Entwicklung anführt.

Dabei gibt es zwischen ihm und dem KB-Genossen (bzw. der Genossin) eine Menge methodischer Gemeinsamkeiten. Beide orten eine angebliche Übereinstimmung zwischen Stalin und Trotzki, einen „Ökonomismus", der in einer verselbständigt gedachten Dynamik der Entwicklung der Produktivkräfte liege, die unter Vernachlässigung der lebendigen Klassenkräfte und ihrer entsprechenden Klassenkämpfe als quasi automatischer Motor der geschichtlichen Entwicklung gesehen werde (was umso verblüffender ist, als Trotzki aufgrund seiner Ablehnung der stalinistischen „Theorie" von der „Gesetzmäßigkeit" der geschichtlichen Entwicklung bisher fast immer mit dem Vorwurf des „Voluntarismus" und des „Subjektivismus" belegt wurde – gerade in der großen historischen Auseinandersetzung zwischen der Stalinschen These vom „Sozialismus in einem Lande" und der von Trotzkischen Konzeption von der „permanenten Revolution" und der Notwendigkeit des Fortschreitens des internationalen Klassenkampfs wurde Trotzkis Auffassung z.B. immer wieder als „Export der Revolution" verfälscht und denunziert).

Trotzki ist weit von einem „ökonomistischen" Ansatz entfernt. Wenn er die Bedeutung des „Abflauens" der revolutionären Nachkriegswelle von 1917 bis 1823 in Europa, das „Ausbleiben" einer zweiten erfolgreichen Revolution in ihren Auswirkungen für die russische Entwicklung betont, geht er sehr wohl vom Klassenkampf aus, vom Klassenkampf in seiner internationalen Dimension. Als Internationalist weiß er, daß das Schicksal der Sowjetunion nicht bloß in Moskau oder Leningrad, sondern ebenso in Berlin, Hamburg und Shanghai entschieden wird, ja letztlich in der internationalen Arena. Und es sind immer Klassenkämpfe, an die er dabei denkt, keine statistischen Angaben über Produktionsziffern.

Aber auch für Rußland selbst hat Trotzki nicht den Klassenkampf vergessen. In der Plattform der Linksopposition waren Maßnahmen entwikkelt, die den Aufbau des Sozialismus u.a. durch eine Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Arbeitern und NEP-Leuten, zwischen der Dorfarmut und den Kulaken vorgesehen haben, während die damalige Stalin-Bucharin-Führung der Partei eine illusionäre Politik der Versöhnung dieser Gegensätze und Widersprüche zu betreiben versuchte.

Weitab von jeder Vorstellung, nach erfolgreicher Machtergreifung durch das Proletariat genüge das Forcieren der bloßen Entwicklung der Produktivkräfte, um das gesellschaftliche Stadium des Sozialismus zu erreichen, hat Trotzki die ständige Revolutionierung aller Lebensbereiche als dritten Aspekt seiner Theorie der „permanenten Revolution" dargelegt – lange bevor Mao Tse-tung von „Kulturrevolution" gesprochen hat.

Man könnte noch auf viele Punkte eingehen. Aber die Antwort auf eine Buchbesprechung kann keine theoretische Diskussion ersetzen. Sie kann Rahmenbedingungen der Diskussion aufzeigen und Hinweise auf ihre künftige Entwicklung geben, mehr nicht. So sei die Feststellung gestattet, daß bei beiden Autoren eine profunde Kenntnis des Gesamtwerks von Trotzki bzw, der Positionen der von ihm begründeten Strömung ein besseres Verstehen seiner politischen Methodik erleichtern würde und einiges an Polemik und Mißverständnissen wegfallen ließe.

Bei ihrer Suche nach einem neuen Verständnis der Weltlage und einer neuen Methodik revolutionärer Politik hat Trotzki den ehemaligen ML-Genoss/inn/en weit mehr zu bieten als nur eine realistische Beschreibung und klassenmäßige Analyse der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Fragen der Einheitsfrontpolitik, wie sie vom 3. und 4. Kongreß der Komintern ausformuliert wurden, der Klassenunabhängigkeit des Proletariats, beides gegenübergestellt der stalinistischen Volksfrontpolitik, Heranführung der Massen an die Übernahme der Staatsgewalt, Faschismusanalyse etc. ... es gibt genügend Themen, die einer Beachtung durch maoistische oder Ex-ML-Genoss/inn/nen wert wären.

Im Zuge einer gründlichen Aufarbeitung der Geschichte würden ihnen vielleicht andere Parallelen in der Herangehensweise auffallen, Parallelen nicht zwischen Trotzki und Stalin, sondern zwischen Stalin und Mao Tse-tung. Die Vorstellung vom „Sozialismus in einem Land" etwa, die sowohl eine Erklärung für die heutige und vergangene Außenpolitik der VR China liefert wie auch für die zahlreichen Wendungen der Außenpolitik der Stalinschen Sowjetunion, wo dieselben Mächte unmittelbar hintereinander einmal Friedensmächte, dann wieder imperialistische Kriegstreiber waren. Gewisse Ähnlichkeiten in der Auseinandersetzung mit oppositionellen Strömungen in der Partei, ob Trotzki, Sinowjew und Bucharin, oder Liu Shao-chi, Lin Biao und die „Viererbande". legen den Schluß auf ähnliche gesellschaftliche Verhältnisse in beiden Ländern nahe. Eine kritische Analyse der Klassennatur ist nicht nur für die Sowjetunion notwendig, sondern auch für die Volksrepublik China. Der Personenkult war nicht auf Stalin beschränkt, auch Mao Tse-tung hat sein diesbezügliches Scheibchen abgeschnitten. Warum sollten „Luxusexzesse", wie sie von der Teng-Führung der „Viererbande" untergejubelt werden, bloßes Fehlverhalten dieser Fraktion sein und nicht allgemeiner Ausdruck des Konsumverhaltens einer ähnlichen Bürokratie wie in der Sowjetunion?

Die gegenwärtige Situation der Linken erfordert Mut, Mut zum Abschied von vertrauten Standardantworten, die sich als unzuläglich erwiesen haben. Um einen neuen Anfang zu finden, genügt keine Geschichtsforschung, so wichtig sie auch ist. Antworten müssen gefunden werden, nicht nur Antworten auf die Ökologiebewegung, auch marxistische Antworten auf die Fragen der Revolution in Zentralamerika und im Iran. Und nicht zuletzt Antworten auf die Frage nach dem Charakter der Staaten, in denen die Bourgeoisie enteignet und der bürgerliche Staat zerstört wurde – nicht in erster Linie ein historisches Interesse erfordert diese Antworten, es ist die aktuelle Weltsituation selbst (von den indochinesischen Ereignissen über die afghanische Frage bis zu den jüngsten Entwicklungen in Osteuropa), die solche Antworten verlangt. Aus gemeinsamen Antworten müssen gemeinsame Schritte folgen. Damit es soweit kommt, genügt eine Blume nicht. Laßt viele weit're Blumen blühen, Genoss/inn/en der „Kommitees" und des KB! Oder, um es mit einem Sprichwort zu sagen: eine Schwalbe macht noch keinen Sommer!

(Dieser Text wurde uns von der trotzkistischen Gruppe Kommunistische Liga zum Abdruck übergeben).

Lesenswertes lesenswert gestalten
Zur Verbesserung des AK-Layouts

So einleuchtend auch die Überschrift klingen mag, ein Großteil des AK's ist häufig eher so gestaltet, als sollten diejenigen unterstützt werden, die sagen: der AK ist sooo dick, ich kann doch nicht zwei Wochen mit Lesen verbringen. Diese Klagen hört man nicht allein beim Straßenverkauf oder sonstwo, sondern auch aus den eigenen Reihen der Organisation.

Nur gibt es eine ganze Reihe von politischen Gründen, die zum Rückgang des AK-Verkaufs geführt haben, angefangen von der geschwundenen Identifikation mit dem AK bis zur stärker werdenden ‚Konkurrenz' anderer linker Zeitschriften oder Broschüren. Demgegenüber erscheint die Frage, wie der AK gestaltet sein sollte, vergleichsweise nebensächlich. Ist sie aber nicht! Denn je nachdem, wie gut oder schlecht eine Zeitung gestaltet ist, werden auch mehr oder weniger Zeitungen gekauft bzw. Artikel gelesen. Daher sollen die folgenden Zeilen einmal Überlegungen zum ‚Gesicht' des AK's zum Inhalt haben.

All das wird jedoch überflüssig, wenn mensch meint, das Layout wird eh' in der Hamburger Technik gemacht und daher an dieser Stelle das Lesen abbricht. Denn: verbessern kann sich das AK-Layout nur, wenn gleich beim Artikel- oder Kurzmeldungenschreiben entsprechend mitgedacht wird.

Dieser Artikel spricht neben der Frage nach dem AK-Layout auch viele allgemeine Gestaltungsprobleme an, weswegen er für alle interessant ist, die einmal mit der Erstellung von Flugblättern oder Broschüren beschäftigt sind.

Also bitte weiterlesen!

Wie jedes x-beliebige Produkt sind die bürgerlichen Zeitungen durch bestimmte Aufmachung auf bestimmte Zielgruppen und spezielle Verkaufsbedingungen zugeschnitten. Die „Bild" beispielsweise hat deshalb ihre überdimensionalen Überschriften, um beim morgendlichen Zur-Arbeit-Hasten noch eben überflogen werden zu können. Da die Zeitungen gefaltet auf dem Stapel liegen, befinden sich die „Aufreißer" des Tages in der oberen Hälfte, die Artikel selbst nehmen im Vergleich zu den Überschriften und Anzeigen nur einen sehr geringen Raum ein. Die Aussagen sind so auf das Minimale, aber für die bürgerliche Propaganda wesentliche, beschränkt. Das Ziel der „Bild" ist m.M. nach auch weniger, Informationen zu vermitteln, als vielmehr, anknüpfend an die triste und nach Abwechslung schreiende Arbeitssituation, Emotionen in eine reaktionäre Richtung zu treiben, und sie ist dementsprechend gestaltet. Die völlig anders aufgemachte „Welt" dagegen gibt sich durch ihre Unauffälligkeit (keine großen Überschriften, dezentes Blau, strenges Raster, nach dem jeden Tag die Rubriken denselben Platz einnehmen etc.) einen seriössachlichen Anstrich. Diese quantitativ und qualitativ wesentlich gehaltvollere Tageszeitung hat entsprechend einen ganz anderen Kundenkreis, angesiedelt etwa im Spektrum zwischen Abiturienten und Bundestagsabgeordneten.

Sieht man sich dagegen einige AK's an, fallen einem sehr viele Unsinnigkeiten auf, woraus deutlich wird, daß sich die jeweilige Gestaltung des AK's eher nach dem Gedünken der einzelnen Layouter(innen) richtet als nach einem vereinheitlichten, auf den anzusprechenden AK-Käuferkreis zugeschnittenen Konzept. Ich möchte hierfür nur einige Beispiele anführen:

– Da wird die Größe von Überschriften nicht nach Stellenwert der Artikel bestimmt, sondern danach, welche Spaltenbreite der Artikel zufällig einnimmt. Dabei kommt dann zuweilen heraus, daß Kurzmeldungen größere Überschriften bekommen als längere grundsätzliche Artikel. Effekt: Theoretische Artikel wirken noch stärker als Bleiwüsten, Kurzmeldungen dagegen bekommen ein starkes Übergewicht.
– Da werden die Hauptüberschriften der Titelseite im Vergleich zum Namen ARBEITERKAMPF winzig gesetzt. Diese Schlagzeilen, mit deren Hilfe man z.B. auf der Straße Diskussionen initiieren oder auch nur auf die Inhalte des AK's aufmerksam machen könnte, gehen so völlig unter.
– Da erinnern die ersten aktuellen Seiten eher an Telefonbücher, obwohl es hier am leichtesten ist, entsprechendes Fotomaterial zur Illustration zu finden.
– Da findet sich auf den Betriebs- und Gewerkschaftsseiten ein halbseitiger Artikel mit der sehr informativen Überschrift ‚Die schlimmen Fuffziger'. Wer kann daraus schon ablesen, ob der Artikel überhaupt interessant ist?
– Da ist in ein Foto, auf dem man eine friedlich vor sich hinziehende Demo erkennen kann, die Überschrift ‚Brutaler Bulleneinsatz gegen Antifaschisten' einkopiert.
– Da wird ein Artikel mit einem roten Foto unterlegt, ein wirklich tolles Eigentor, welches darin besteht, daß das Foto selbst fast nicht zu identifizieren ist und man sich vorm Lesen gehörig mit Kopfschmerztabletten eingedeckt haben soute.

...

Es lassen sich tatsächlich jedesmal eine Menge Fehler im Detail und im Groben aufzählen, die einem das AK-Lesen vergraulen können. Das jedoch halte ich für schädlich, weil wir alle Hebel in Gang setzen müssen, den AK-Käuferkreis wieder zu verbreitern.

Um nun etwas Grund in die Überlegungen um eine sinnvolle Konzeption der AK-Gestaltung zu bringen, möchte ich zunächst einige Bemerkungen zu den Verkaufsbedingungen machen.

– Der AK ist auch bei einem Umfang von 48 Seiten die dickste Zeitung einer „K-Gruppe".
– Der linke Blätterwald hat sich in den letzten Jahren stark verbreitert. Das Argument, ‚der ist sooo dick, ich hab noch sooo viel Anderes zu lesen', ist also nicht so einfach von der Hand zu weisen.
– Wie bei den ersten Umfragen zur Neukonzeptionierung des AK deutlich wurde, besteht seine Attraktivität darin, daß er differenziert zu

Fortsetzung nächste Seite

SPENDENAUFRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

Von rund 30 Genoss/inn/en werden bei uns derzeit die AK- und Buchmanuskripte auf dem Composer geschrieben, während der AK-Erstellung im Schichtbetrieb, für den Großteil freiwillig und zusätzlich zu ihrer sonstigen Arbeit als Berufstätige.

Es ist vollkommen einsichtig, daß wir gerade hier besonders rationell und mit möglichst wenig Streß die Arbeitsbedingungen gestalten müssen.

Die alten Composer sind sehr laut und vor allem abgenutzt, die Tastaturen sind nicht mehr voll funktionsfähig, eine Erneuerung stand auf jeden Fall an. Wenn wir statt der bisherigen Composer verschiedene Tastaturen, Bildschirm und einen Speicher benutzen, hat dies erhebliche Vorteile: Zur Zeit ist ein geschriebener Text nicht mehr änderbar; für jeden Tippfehler müssen allein drei neue Zeilen geschrieben und nachträglich mühsam eingeklebt werden, das macht zur Zeit etwa 15 % der Schreib- und Layoutarbeit aus, die man weitgehend einsparen kann, wenn der Text im Speicher auf dem Bildschirm abgerufen wird und Korrekturen nachträglich einfach eingetippt werden.

Wenn der Text erst zum Schluß aus dem Speicher ausgetippt wird, dann kann der Text auch jeweils in der Größe, mit den Typen, Zeilenabstand ausgedruckt werden, wie man es für das Layout wünscht.

Wir wissen, daß diese Systeme im kapitalistischen Betrieb dazu genutzt werden, um mit dem Computer gleichzeitig die gesamte Arbeit von Tipper/innen kontrollierbar zu machen, was den Druck und den Streß enorm erhöht.

Doch auch bei uns ist es notwendig, die Belastungen für die Augen durch Bildschirme zu beachten. Eine entsprechende Auswahl der Bildschirme, der Tastatur und der Einrichtung sowie der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die im einzelnen von den Betroffenen zu diskutieren sind, müssen dafür sorgen, die Belastung möglichst gering zu halten.

Ohne die im einzelnen günstigsten Geräte (z.B. beim Bildschirm oder der Tastatur etc.) zu bekommen, weil nur ganze Systeme angeboten werden, würde eine entsprechende Einrichtung – gekauft – für unsere Anforderungen rund 200.000 DM kosten. Wir haben deshalb angefangen, selbst ein System aufzubauen, das schon seine Funktionstüchtigkeit in Tests bewiesen hat. Zudem wollen wir gleichzeitig damit ein eigenes elektronisches Datensystem für den Verlag aufbauen, der derzeit seine Datenerfassung und Buchhaltung auf einer EDV auf Miethasis macht, was uns monatlich 2000 DM Miete kostet. Das System, das wir in diesem Jahr aufbauen wollen, hat folgende Kosten:

Der jetzige Entwicklungscomputer und spätere Verlagscomputer kostet	**30.000 DM**
5 Terminals für die Texterfassung	**60.000 DM**
2 Schnelldrucker	**30.000 DM**

5 Terminals für die Texterfassung 60.000 DM
2 Schnelldrucker 30.000 DM

Die Gesamtsumme beträgt damit	**120.000 DM**

Davon müßten bis zum Jahresende 1980 noch 100.000 DM durch Spenden aufgebracht werden.

Durch dieses neue System werden wir außerdem die monatlichen Mietkosten für Composer und EDV von 6.000 DM auf 1.500 DM (für zwei Fotosatzmaschinen) drücken, womit wir zukünftigen, unvermeidlichen Kostensteigerungen erheblich gelassener entgegensehen könnten.

Wir möchten alle Genossinnen und Genossen und darüber hinaus alle Leser des AK auffordern, diese Spendensammlung mit großen und vielen kleinen Beträgen solidarisch zu unterstützen.

Spenden bitte unter Angabe des Kennwortes „AK-Spende" auf das Konto von
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Nr. 4 501 755 00

AK-Redaktion und Verlagskollektiv

Spendeneingang seit AK 183

N.N., Frankfurt	50.–
E.V., Butzbach	50.–
Charlotte, Göttingen	400.–
W.Sch., Hildesheim	200.–
Klaus St., Gütersloh	100.–
D.R., Aichwald	100.–
Dietrich F., Nannover	150.–
KB-Gruppe Braunschweig, Rücklagen	3860.–
Andreas H., Freiburg	50.–
M.H.	500.–
Bernd-Michael	1000.–
Lore E.	200.–
Johannes R.	15.–
Gabi, Hamburg	2000.–
Chemiebereich, Hamburg	200.–
DLH/Hafen, Hamburg	20.–
S.M., Hamburg	400.–
Ma., IKAH	50.–
Insgesamt von AK 183 bis AK 184	9345.–
Insgesamt erhöhen sich die Spenden für die Technik damit auf	**20090.–**

Spendenkonto: Heinrich Eckhoff, Dresdner Bank Hamburg, BLZ 20080000, Kontonummer 450175500, Stichwort: AK-Spende

Leserbriefe

Leserbriefe

Tanzania, 24/8/1980

Liebe Freunde,

obwohl ich erst jetzt in den Genuß eures AK Nr. 182 gekommen bin, will ich dennoch ein paar kurze Bemerkungen zu eurer Preiserhöhungsdiskussion machen:

1. Als unorganisierter Linker lese ich den AK hauptsächlich wegen seiner guten Hintergrundberichte, die in der Regel eine Auswertung verschiedenster bürgerlicher und linker Zeitungen enthält. Diese Artikel lassen sich für verschiedenste politische Aktivitäten und Anlässe gut verwenden, insbesondere im Zusamenhang mit den Inhaltsverzeichnissen.
2. Als Zwei-Wochen-Zeitung kann der AK allenfalls als Ergänzung zu sonstiger Tageszeitungslektuere dienen, sei es die taz, die Neue, die FR, die SZ oder was auch immer. Von daher ist das Abonnement des AK eine in jedem Fall zusätzliche Ausgabe und ein Preisvergleich mit linken Tageszeitungen bzgl. des Preises für mich induskutabel ... selbstverständlich für mich dabei, eine Tageszeitung zu lesen.
3. Der Vergleich mit anderen Zeitungen wie ‚links', titanic, etc. trägt m.E. nicht, da sich keine dieser Zeitungen so gut für die systematische Auswertung mittels eines Archivs verwenden läßt.

Was die inhaltliche Gestaltung anbelangt wäre demzufolge mein dringender Appell, auf jeden Fall die ausführliche Hintergrundberichterstattung mit Quellenangaben etc. beizubehalten. Ein reißerischer aufgemachtes Blatt (vielleicht a la SAZ von der SAG) wäre für mich nicht verwendbar, sollten sich solche Bild-Zeitungs-Methoden nur auf die Titelseite beziehen, wage ich zu bezweifeln, ob dadurch mehr Leser gewonnen werden können. Mit einer äußerlich anziehenderen Form lassen sich wohl schwerlich Leute erreichen, die kein Interesse an tiefgehenden Analyen haben, und die sollten dann doch wohl im Innenteil folgen oder wollt ihr etwa – der Auflage wegen – eine linke Bildzeitung im Zwei-Wochen-Rhytmus ohne inhaltlichen Tiefgang??? Dann gute Nacht, KB!

Dabei denke ich, daß eine inhaltliche Straffung der Artikel durchaus drinliegt, ohne den Tiefgang zu verlieren. Nebenbei bemerkt kenne ich auch viele Unorganisierte (mich eingeschlossen), die durchaus auf die teilweise seitenlange Polemik bzgl. der Westdeutschen Linken verzichten können. Informationen sind gut aber ihr habt eine seltene Begabung, vieles unnötig lang und breit rumzuwalzen. Wären solche Sachen nicht eher für interne Mitgliederdiskussionen geeignet, wenn überhaupt? Ich will hiermit nur andeuten, wie ihr m.E. eine Diskussion innerhalb eurer Organisation führen solltet: entweder wollt ihr eine Mitgliederzeitung oder ihr wollt auch andere erreichen. Bei letzterem müßtet ihr schon einige Gewohnheiten bei Artikeln, insbesondere bzgl. innerorganisatorischer Flügelkämpfe und westdeutscher Linker, ändern.

Bei einem Preis von 4,- DM, so angemessen er auch von den Unkosten her sein mag, werdet ihr sicherlich außerhalb der Organisation keine neuen Leser/innen werben können, eher noch welche verlieren. Der AK ist eine Organisationszeitung und von daher einfach nicht zu vergleichen mit sich unparteiisch (im Sinne von Organisationsabhängigkeit) gebenden Magazinen wie Konkret, Titanic, Spontan usw., die einen ähnlich hohen oder auch höheren Preis kassieren. Die Schwelle, eine Organisationszeitung zu kaufen, dürfte bedeutend höher liegen und von daher müßte zumindest von der Preisgestaltung her ein Anreiz gegeben werden. Von daher denke ich, daß das 3,- DM – Modell plus freiwillige Förder-Abos in diesem Sinne besser wäre. Ich gehe dabei davon aus, daß euch an einer relativen Außenwirkung gelegen ist.

Die Herausgabe nur einer Zeitung, nämlich des AK, und der Verzicht auf die Internationale und den Rebell, die m.E. nur eine publizistische Verzettelung beinhaltet haben, finde ich richtig.

Sofern ihr zur wöchentlichen Herausgabe tendiert, würde ich das im Interesse der Aktualität sehr begrüssen, allerdings auch hier die Warnung vor einer inhaltlichen Oberflächlichkeit. Klar wäre dann eine Seiten- und Preisreduzierung fällig, jedoch überlegt euch gut, ob ihr es inhaltlich schafft, eine gute Zeitung zu machen (wie sieht es mit den dazu zur Verfügung stehenden Kräften innerhalb der Organisation aus?).

Zu guter letzt noch der dringende Rat, eine journalistische Schulung eurer Basisreporter zu machen. Wie vermittele ich welche Inhalte tiefgehend genug und dennoch kurz und bündig? Damit wäre ein Teil des Bleiwüstenproblems gelöst und bei euch gibt es doch sicherlich einige Medienfachleute bzw. journalistisch versierte Leute, die so etwas vermitteln können. Ggf. wäre eine entsprechende Anleitung bzw. Artikelserie mit praktischen Ratschlägen zur Artikelverfassung und -gestaltung doch auch schon was wert.

Ein momentan in Tanzania befindlicher AK-Leser ... nicht identisch mit eventuellen Momentan-Abonnenten des AK. Im übrigen durchaus solidarische Grüße...

Anmerkung: Dieser Brief wurde gekürzt, AK-Redaktion

●

Peinlich, aber wahr

Unsere Zellendiskussion über die Möglichkeiten, an Gelder für die Spendenkampagne ranzukommen, brachte erstaunliches zu Tage. Zwei Genossinnen sind immer noch in der Kirche und zahlen brav jeden Monat zusammen 52,- DM Kirchensteuer. „Ich wollte immer schon mal austreten und bin nie dazu gekommen" war die vermeindliche Selbstrechtfertigung. Nicht nur, daß dadurch in den vergangenen Jahren einige tausend Mark vernünftigen Zwecken entgangen sind, wird doch auch hiermit eine reaktionäre Organisation direkt unterstützt. Schlimm wirds allerdings, wenn dies kein Einzelfall sein sollte und z.B. KBler gegen die klerikale Anti-Abtreibungskampagne kämpfen, andererseits diese aber als Noch-Mitglieder bei den Katholen fleißig mitfinanzieren!

(Zum Kirchenaustritt muß man beim Standesamt ein kleines Formular unterschreiben. Der Kirchenaustritt wird erst in drei Monaten rechtsgültig. Also noch in diesem Monat austreten, wenn die Eintragung auf der Lohnsteuerkarte 1981 gelöscht werden soll. d.S.)

Ein Metallgenosse/KB Hamburg

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14täg. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Buttons bezogen werden können, die sich (erfahrungsgemäß) sehr gut verkaufen lassen (Bestelliste anfordern!). Genossinnen und Genossen in Hamburg haben sich z.B. für die letzten Aktivitäten im Wahkampf und für Anti-Kriegs-

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Fragen Stellung bezieht, die Linke im weitesten Sinne betreffen. Außerdem liefert er in einzelnen Rubriken (z.B. Antifa, Schwule) sonst nicht oder nur sehr schwer zugängliches Spezialwissen.

– Abzüglich der 15 - 20 % AK's, die durch Abos weggehen, verteilt sich der Großteil seiner Auflage einerseits auf den Verkauf unter Bekannten und andererseits den Verkauf in der Öffentlichkeit, also Straßen-, Kneipen-, Initiativenverkauf o.ä.

Nimmt man nun an, daß im günstigsten Fall der Verkauf unter Bekannten und in der Öffentlichkeit sich zu gleichen Teilen aufsplitten läßt, überlegt man, daß bei den in der Öffentlichkeit verkauften AK's wiederum ein Großteil auf Leser(innen) entfällt, die den AK bereits einmal gelesen haben, zieht man hinzu, daß wegen der geschrumpften Mitgliederzahl nur noch wenige Verkaufseinsätze außerhalb des eigenen politischen Bereichs gemacht werden, wird deutlich, daß der AK hauptsächlich im engsten KB-Umfeld verbreitet ist.

Und hier liegt der Knackpunkt: Denn eine Organisation, die mittels antikapitalistischer und kommunistischer Propaganda mit dazu beitragen will, eine Grundlage für eine sozialistische Alternative in diesem Land aufzubauen, ist auf ein sehr breit gestreutes Feld von Organisationen, Initiativen und Menschen angewiesen, die nicht der antikommunistischen Hysterie unterliegen, sondern den KB als politische Kraft zumindest akzeptieren.

Das macht deutlich, daß die Gestaltung des AK's auf eben dieses Umfeld, also auf den Verkauf in der Öffentlichkeit zugeschnitten sein muß.

Für die weitere Untersuchung eines AK-Gestaltungskonzepts sind hiermit nunmehr zwei Fragen interessant:

a) Wie muß der AK gemacht sein, um der Situation auf der Straße, in Kneipe, Veranstaltung oder sonstwo gerecht zu werden? Denn hier geht es ja darum, daß die Titelseite auf den AK aufmerksam machen muß.

b) Wie müssen die Innenseiten gemacht sein, damit man überhaupt durch die Zeitung hindurch findet, Artikel, die einen interessieren, herausfindet, auch mal Artikel aus einer Rubrik liest, die einen sonst nicht so interessiert, Artikel nicht vor Ende wegen der Bleiwüste weglegt etc.

Die Titelseite – Werbemittel für den AK!

Die Titelseite – Werbemittel für den AK!

Für den Verkauf in der Öffentlichkeit halte ich zwei Aspekte wichtig, denen die Gestaltung Rechnung tragen muß.

Der eine ergibt sich aus der Situation, daß ein/e Verkäufer/in im Verkehrsgewühl, in einer Kneipe, vor oder nach einer Veranstaltung etc. in der Regel nur recht flüchtig wahrgenommen wird. Von der Titelseite (und manchmal wird nur die obere Hälfte hochgehalten) werden folglich auch nur die Zeilen, die groß gesetzt sind, wahrgenommen, also hauptsächlich der leuchtende rote, zwar bereits verkleinerte, aber immer noch relativ große Name ARBEITERKAMPF.

Einem regelmäßigen Käufer wird diese Information genügen, und er wird zielstrebig auf den/die Verkäufer/in zusteuern. Sporadische Käufer oder jemand, der den AK noch nie gelesen hat, wird sich dagegen nur zum Kauf der Zeitung bewegen lassen, wenn er ein Thema im AK findet, das ihn gerade interessiert. Um aber auch solche Leute auf den AK zusteuern zu lassen, müssen die Schlagzeilen auf der Titelseite einfach größer werden, um optisch mit dem Kopf der Titelseite konkurrieren zu können.

Neben der Vergrößerung der Schrifthöhe wäre außerdem noch zu beachten, daß die Überschriften untereinander farblich und von der Schrifthöhe her in Kontrast stehen sollten, damit alle einzeln auf sich aufmerksam machen.

Wichtig ist es außerdem noch, daß Überschriften nicht direkt auf die Knickfalte gesetzt werden, denn was nützt es, wenn nur die obere Hälfte des Titels hochgehalten wird und man z.B. liest: ‚Südafrika hat'. (Die Auflösung des Rätsels, was Südafrika nun hat, findet Ihr auf der unteren Hälfte der Titelseite von AK 174).

Der zweite Aspekt ergibt sich aus der Tatsache, daß das linke Spektrum recht unterschiedliche Interessen hat. Wie bereits gesagt, sind Käufer/innen, die den AK sporadisch kaufen, meist nur an speziellen Themen interessiert. Um nun möglichst viele Menschen aus den unterschiedlichsten politischen Bereichen ansprechen zu können, liegt es nahe, daß auf der Titelseite einerseits auf möglichst viele Artikel und andererseits auf Artikel aus den verschiedenen Rubriken des AK's hingewiesen wird.

Möglichst viele Überschriften: Das würde meiner Meinung bei dem zur Verfügung stehenden Platz heißen: Vier Hauptüberschriften auf der Titelseite plus Text. Außerdem sollten wir uns weiterhin die Mühe machen, für die rechte Spalte (‚Aus dem Inhalt') kurze Hinweise auf Artikel im Innern des AK's zu formulieren. Allerdings sollte, wie die gesamte Titelseite auch, diese rechte Spalte auf den Verkauf in der Öffentlichkeit zugeschnitten sein, was hieße, sie auffälliger zu gestalten und nicht wie bisher, wo sie erst gelesen wird, wenn der AK bereits gekauft ist (zu vergleichen mit den Seiten 3 und 4 im „Spiegel").

Trennung nach Artikelarten

Je nachdem, in welcher Stimmung man/frau ist, wieviel Zeit zum Zeitunglesen da ist oder man sich nimmt, sucht mensch sich nur bestimmte Artikel zum Lesen heraus.

In diesem Zusammenhang schlage ich zunächst eine grobe Einteilung des AK's in Artikelarten vor. (Diese Einteilung ist nicht dieselbe wie in bürgerlichen Zeitungen, wo nur so getan wird, als würde es um der Sachlichkeit willen eine Trennung zwischen Kommentar und Nachrichten geben; die Mittel jedoch, wie diese Trennung optisch gekennzeichnet wird, sind ähnlich. Mann und Frau vergleiche also!) Der Unterschied zwischen Artikelarten liegt auf der Hand: Einerseits gibt es Artikel, die hauptsächlich Informationen liefern, die also etwa wie Nachrichten mehr beiläufig aufgenommen werden können, also meist aktuell-agitatorische Artikel oder Meldungen. Andererseits gibt es Artikel, bei denen man/frau sich Zeit nehmen muß, Artikel, die z.B. in Auseinandersetzungen eingreifen, theoretische Artikel, Leserbriefe, Interviews etc.

Aktuelle Artikel – sie sollten so gestaltet sein, wie Aktuelles eben ist, nämlich – durch Assoziationen ausgedrückt: Schlaglicher aufwerfen, bunt, unerwartet, marktschreierisch, das Geschehen direkt vor Augen haben etc.

Demgegenüber sollten wir die anderen Artikel so gestalten, daß sie den Eindruck vermitteln, ‚Hier soll sich der/die Leser/in mal in Ruhe hinsetzen' und sich eine Meinung zu diesem oder jenem Problem bilden. Es ist daher einleuchtend, sie ohne großen ‚Schnickschnack' ruhig zu gestalten, als blockartig, symetrisch etc.

Da bei diesen Artikeln allerdings

stalten, als blockartig, symetrisch etc.

Da bei diesen Artikeln allerdings

immer die Gefahr besteht, daß sie zu ‚Bleiwüsten' werden, (häufig mangels Fotomaterial), sind hier besonders typografische Mittel wichtig, wie auffälliger Vorspann, aus dem Text herausgelöste Zwischenüberschriften, fette Textstellen usw...

Die einzelnen Seiten – kein Labyrinth, sondern bitte viele Wegweiser

An diesem Punkt sollte man/frau sich einmal vor Augen halten, daß der AK, geballt wie keine andere Zeitung, Artikel an Artikel reiht, ohne durch Werbung ständig aufgelockert zu sein. Mensch muß sich also schon gehörig konzentrieren, um ganz zu erfassen, was auf den einzelnen Seiten alles an interessanten Artikeln steht. Da uns also daran gelegen ist, mit der Zeit jeden Leser für mehrere Fragen des gesellschaftlichen Kampfes zu interessieren, müssen alle Seiten so gestaltet sein, daß sie leicht überflogen werden können. Außerdem muß jeder Artikel um sich herum soviel Information haben, daß der/die Leser/in einerseits grob weiß, worum es im Artikel geht und andererseits durch das Lesen dieser Informationen an den Text herangeführt wird.

Zunächst geht es also darum, daß auf jeder einzelnen Seite die verschiedenen Artikel, je nach ihrem Stellenwert, unterschieden werden können. Also: längere, wichtige Artikel bekommen für Überschriften, Fotos etc. mehr Platz zur Verfügung als kurze Artikel. Da nun aber jeder Artikel seinen Wert hat, darf nun auf einer Seite nicht so etwas wie eine Hitparade aufgestellt werden (oben die wichtigen Artikel, unten die Kurzmeldungen, sondern es geht darum, Artikel ‚spannungsreich' auf einer Seite zu verteilen, denn: Kurzmeldungen z.B., die meist nur wenige Zeilen haben, werden dadurch besonders auffällig, daß sie neben einem längeren Artikel stehen. Sie sind so viel auffälliger, als wenn sie sich in einem Haufen anderer Kurzmeldungen befinden. (Da es allerdings häufig nicht zu umgehen ist, daß einzelne Rubriken sehr viele Kurzmeldungen haben, sollte hierfür eine eigene Kennzeichnung eingeführt werden.)

Als Zweites geht es darum, daß – je nach Länge des Artikels – von den Autor(inn)en bestimmte Elemente mitgeliefert werden müssen, die dann entsprechend auffällig auf der Seite untergebracht werden müssen. Hierbei geht es um vier Elemente: a) die Hauptüberschrift, b) Stichwort oder Zweitüberschrift, c) Vorspann, d) Zwischenüberschrift. Die Reihenfolge dieser Elemente ist dieselbe, wie meist das Überfliegen eines Artikels vor sich geht, womit auch deutlich sein sollte, was mit dem Heranführen an den Artikel gemeint ist: Sind nämlich alle diese Elemente deutlich auf der Seite zu erkennen, ist der/die Leser/in schon fast beim Lesen des Artikels. Und das sollte erreicht werden.

Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung: Wie auch im letzten AK habe ich bereits von mehreren Seiten zu hören bekommen: das wird eine linke „Bild"-Zeitung und das geht einem ja nun total gegen den Strich! Keine Diskussion. Punkt. Ich halte das für eine sehr unsachliche Rangehensweise an Gestaltungsfragen. Denn erstens wird mir damit untergeschoben, ich hätte im Kopf, das inhaltliche Konzept des AK's in Richtung „Bild" umzubiegen. Und zwei-

schoben, ich hätte im Kopf, das inhaltliche Konzept des AK's in Richtung „Bild" umzubiegen. Und zwei-

tens wird an der Tatsache vorbeigegangen, daß es eine ganze Masse von Menschen gibt (wenn man sich schon selbst außen vor läßt), die „Bild" lesen, die „Stern" lesen, ohne daß wir sie deshalb als reaktionär bezeichnen würden.

Ich bitte deshalb darum, daß diese Debatte mit Argumenten, welche Gestaltung für den AK am sinnvollsten ist, geführt wird und stehe dazu, daß ich sogar in diesem Punkt etwas von der „Bild" lernen kann und außerdem einen AK vorziehe, der gestalterisch eher an die „Bild" angelehnt ist als an die „Welt" oder die völlig blasse KVZ.

Js. (SSB Hamburg)

LESERBRIEF

Für Juliane und Wolfgang

Im Urlaub haben wir betroffen die Meldung vom Tod von Juliane Plambeck und Wolfgang Beer gehört.

Natürlich hatten wir erwartet, daß der AK auf den Tod der beiden eingeht und seine Betroffenheit zeigt. Denn das halten wir für eine selbstverständliche menschliche = linke Solidarität. Aber bis heute hat der AK keine Andeutung von Betroffenheit gezeigt. Oder ist es dem AK egal, wenn zwei Genossen sterben?

Zeitgründe in der Redaktion können wohl keine Rolle gespielt haben. Denn immerhin hat die Redaktion es „geschafft" ein Artikelchen über das erfreuliche Ableben des Schahs auf die Titelseite von AK 182 zu setzen, obwohl der Schah zwei Tage später gestorben ist. Selbst wenn kein verwertbarer Artikel vorgelegen hätte, erwarten wir von der Redaktion immerhin soviel Betroffenheit, daß sie wenigstens kurz unsere Trauer ausdrückt.

Nebenbei: Wir sind nicht mehr bereit, nach Stammheim so einfach an einen Unfall zu glauben. Immerhin gibt es einige offene Fragen.

- Schon in der Woche vor dem Unfall waren Freunde von Wolfgang Beer in Baden-Württemberg von der Polizei heimgesucht bzw. überwacht worden (nach taz, v. 28.7.80). Die Fahndung lief also bereits vorher.
- Schon einmal vor zwei Jahren war die Steuerung von Wolfgangs Wagen aus völlig unerklärlichen Gründen defekt, nachdem er seinen Wagen bei einem Knastbesuch für mehrere Stunden unbewacht abgestellt hatte (s. taz, v. 28.7.80).
- Vielleicht hat Herr Herold (BKA) doch die Wahrheit gesagt, als er davon sprach, daß der Unfall unter „hohem Fahndungsdruck" passiert sei (ZDF-Sendung, 3.8.80). Uns allein sind 34 Fälle seit 1972 bekannt, wo Menschen bei Verfolgungsfahrten durch die Polizei in den Tod gejagt wurden.

Ungeachtet davon, ob es ein „normaler" Unfall war oder nicht, gehört es für uns zumindest zur Solidarität unter Linken – und dazu gehört auch die RAF – die Trauer über den Tod von Genossen zum Ausdruck zu bringen.

Fl., Antifa-Kommission Hamburg, I., IKAH